

REGRESSION UND REFORM IN EINER WIRTSCHAFTLICHEN AUSNAHMESITUATION

Zu einigen strukturellen und ökonomischen
Besonderheiten der Agrarwirtschaft der SBZ
in den ersten Nachkriegsjahren

von

Armin Moritz
aus Meseberg

D 29

Disbui. Erlangen

1984



REGRESSION UND REFORM IN EINER WIRTSCHAFTLICHEN AUSNAHMESITUATION

Zu einigen strukturellen und ökonomischen
Besonderheiten der Agrarwirtschaft der SBZ
in den ersten Nachkriegsjahren

Inaugural-Dissertation
in der Philosophischen Fakultät I
(Philosophie, Geschichte, Sozialwissenschaften)
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Armin Moritz
aus Meseberg

D 29

Tag der mündlichen Prüfung: 12.03.1984

Dekan: Universitätsprofessor Dr.Sünkel

Referent: Universitätsprofessor Dr.Ruffmann

Korreferent: Universitätsprofessor Dr.Heller

INHALT

A Einleitung.....	1
B Theoretischer Teil.....	20
C Bodenreform.....	72
D Empirischer Teil.....	86
E Systematisierender Teil.....	227
F Schlußbetrachtung.....	277
Anhang.....	I

Analytisches Inhaltsverzeichnis

A EINLEITUNG.....	1
I Zur Fragestellung.....	1
II Method(olog)ische Anmerkung.....	7
III Der Aufbau der Untersuchung.....	10
IV Zur Quellenlage und zur Literatur.....	12
V Eine wirtschaftliche Ausnahmesituation.....	14
 B THEORETISCHER TEIL: ENTWICKLUNG VON KRITERIEN ZUR ERFASSUNG DER STRUKTURELLEN UND FUNKTIONALEN SPEZIFITÄT DES AGRAR- WIRTSCHAFTSSYSTEMS.....	 20
I Wirtschaften: Grundtatbestände,-probleme und -prinzipien...	20
1.Grundtatbestände und -probleme des Wirtschaftens.....	20
2.Grundprinzipien des Wirtschaftens.....	23
II Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung.....	25
1.Gesamtsystem,Subsysteme,Wirtschaftsordnung.....	25
2.Die zwei reinen polaren Grundformen von Wirtschaftsordnungen	27
2.1.Privatwirtschaftliche Marktwirtschaft.....	28
2.2.Zentralverwaltungswirtschaft.....	28
3.Eine Typologie gemischter Wirtschaftssysteme.....	29
3.1. Die sachlich konstitutiven Faktoren.....	30
3.2. Die Typisierung gemischter Wirtschaftssysteme.....	31
1.Kriterium: Dominanz des Plankoordinierungssystems.....	31
2.Kriterium: Dominanz privater oder öffentlicher Verfügungs- gewalt über die Produktionsmittel.....	34
3.3. Weitere systemtypische Merkmale von Wirtschaftsordnungen	34
III Der Agrarsektor: Grundtatbestände und -probleme.....	35
1.Der "primordiale Sektor".....	35
2.Die Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Entwicklung	36
3.Intersektorale Beziehungen der Landwirtschaft.....	38
4.Einkommensinstabilität und Risiko.....	40
5.Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte.....	41
6.Bodenrente.....	43
6.1. Abgeleitete Nachfrage nach Boden.....	43
6.2. Grundrente als ökonomische Rente und als preisbestim- mendes Kostenelement.....	44
6.3. Grundrente als Residualeinkommen.....	45
6.4. Grundrente und Eigentum bei Marx.....	45
7.Agrarpolitik in ZVW. Grundlagen.....	47
8.Familienbetrieb und optimale Betriebsgröße.....	51

IV Agrarsysteme: Die betriebswirtschaftliche Charakteristik der landwirtschaftlichen Produktion.....	56
1. Agrarökonomie. Methodische Vorbemerkung.....	56
2. Agrarsysteme. Vorbemerkung.....	57
3. Determinanten agrarökonomischer Entscheidungen.....	58
3.1. Standortverhältnisse.....	59
3.2. Arbeit.....	60
3.3. Kapital.....	60
3.4. Betriebsgröße.....	61
4. Wandel der Faktorenkombination.....	62
5. Wandel der Betriebsvielfalt.....	63
V Ein Phasenmodell agrarökonomischer Entwicklung.....	66
1. Ableitung des Modells.....	66
2. Der zeitliche Verlauf des Strukturwandels.....	68
2.1. Verdichtungsphase.....	68
2.2. Intensivierungsphase.....	68
2.3. Mechanisierungsphase.....	69
2.4. Aufstockungsphase.....	71
C BODENREFORM.....	72
I Historische Anmerkung.....	72
II Ansätze zu einer Klassifikation/Typologie von Bodenreformen	73
III Der bodenpolitische Aspekt der Bodenreform.....	81
IV Bodenreform und Agrarsiedlung.....	83
V Kriterien einer systematischen Betrachtung der Bodenreform	84
D EMPIRISCHER TEIL.....	86
I Die Standortverteilung der mitteldeutschen Landwirtschaft.	86
1. Die natürlichen Voraussetzungen.....	86
2. Standorte.....	89
3. Die Bodenbenutzung.....	91
II Die Landwirtschaft im NS-System.....	94
1. Das Reichserbhofgesetz.....	94
2. Der Reichsnährstand.....	98
2.1. Zielsetzung.....	98
2.2. Aufbau und Gliederung.....	99
2.3. Marktordnung.....	100
3. Die (mittel)deutsche Landwirtschaft im Kriege.....	106
3.1. Die industrielle Produktion.....	106
3.2. Struktur und Organisation der Landwirtschaft im Kriege	110
3.3. Die landwirtschaftliche Erzeugung bis Kriegsende.....	114

Nach dem Zusammenbruch:

III Bevölkerung und Arbeitskräfte.....	119
1.Bevölkerungsentwicklung.....	119
2.Regionale Entwicklung.....	121
3.Biologische Bevölkerungsstruktur.....	124
4.Erwerbs- und Berufsstruktur.....	125
5.Arbeitslosigkeit.....	128
6.Zur Lage der Umsiedler.....	129
IV Die mitteldeutsche Wirtschaft nach Kriegsende.....	133
1.Die allgemeine wirtschaftliche Situation.....	133
2.Die deutsche Wirtschaft vor dem Kriege und der Verlust Ostdeutschlands.....	137
3.Die wirtschaftliche Verflechtung.....	138
4.Die regionale Entwicklung bis Kriegsende.....	140
5.Die Verteilung der Bodenschätze.....	141
6.Kriegszerstörungen.....	141
7.Die Produktionsleistungen der SBZ.....	144
V Die Reparationsleistungen der SBZ.....	147
VI Die wirtschaftliche Situation und Leistungsfähigkeit der mitteldt. Landwirtschaft in der Nachkriegszeit.....	153
1.Die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft nach Kriegsende	153
2.Der Bestand an Maschinen und Geräten.....	156
3.Der Verbrauch mineralischer Dünger.....	158
4.Erträge der pflanzlichen Produktion.....	159
5.Viehbestände und tierische Produktion.....	161
6.Die ernährungswirtschaftliche Situation der SBZ.....	163
VII Die "demokratische Bodenreform".....	166
1.Rechtsgrundlagen.....	168
2.Rechtsprobleme.....	170
3.Technische Durchführung.....	174
4.Zu einigen Problemen bei der Durchführung.....	183
5.Zur Lage und Gemeinwirtschaft der Neubauern.....	186
VIII Die Betriebsgrößenverteilung.....	189
1.Die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1939.....	189
2.Die Wirkung der Bodenreform auf die Betriebsgrößenverteilung	191
IX Agraradministration und -planung.....	194
1.Verwaltungsaufbau.....	194
2.Planung und Erfassung.....	198

X Institutionen des neuen Agrarwirtschaftssystems.....	206
1.VdgB/MAS.....	206
2.Ländliche Genossenschaften.....	211
3.Staatsgüter.....	215
XI Die Landwirtschaft im neuen Rechtssystem.....	216
1.Alte Rechtsbestimmungen und Institutionen.....	216
2.Das neue Agrarrecht.....	218
3.Zur Rechtspraxis.....	224
E SYSTEMATISIERENDER TEIL: STRUKTURELLE, FUNKTIONALE UND ÖKONOMISCHE SPEZIFIKA DER AGRARWIRTSCHAFT DER SBZ.....	227
I Wirtschaften in der Ausnahmesituation.....	227
II Strukturelemente des Agrarwirtschaftssystems.....	229
1.ZVW oder Marktwirtschaft?.....	229
2.Strukturelemente.....	230
3.Die Grundprobleme des Wirtschaftens und ihre Lösung in der Ausnahmesituation.....	234
III Typologische Benennung.....	240
IV Agrarökonomische Spezifika der Ausnahmesituation.....	241
1.Zu den Grundtatbeständen und -problemen des Agrarsektors..	241
1.1. Der primordiale Sektor.....	241
1.2. Landwirtschaft und volkswirtschaftliche Entwicklung...	242
1.3. Die intersektoralen Beziehungen.....	243
1.4. Einkommen und Risiko.....	245
1.5. Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte.....	246
1.6. Grundrente.....	248
1.7. Agrarpolitik.....	249
V Betriebswirtschaftliche Charakteristika.....	252
1.Determinanten agrarökonomischer Entscheidungen.....	252
2.Faktorenkombination.....	257
3.Betriebsvielfalt.....	258
4.Optimale Betriebsgröße.....	259
VI Die Regressionsphase.....	261
VII Transformation oder Reform?.....	263
VIII Die "demokratische Bodenreform".....	269
F SCHLUSSBETRACHTUNG.....	277

ANHANG

1. Abkürzungen.....	I
2. Dokumente.....	II
3. Verzeichnis der Karten, Schaubilder, Tabellen, Dokumente...	X
4. Anmerkungen.....	XIV
5. Literaturverzeichnis.....	XLII
5.1. Quellen.....	XLII
5.2. Literatur.....	XLV
5.2.1. Zum theoretischen Teil.....	XLV
5.2.2. Zur Bodenreform.....	IL
5.2.3. Zum empirischen Teil.....	L
5.2.4. Unveröffentlichte Dissertationen.....	LVIII

An dieser Stelle möchte ich denen danken, die in irgendeiner Weise das Zustandekommen dieser Arbeit ermöglicht oder befördert haben, vor allen aber: Professor Ruffmann für die Betreuung der Arbeit und die Geduld, die er dabei gezeigt hat sowie besonders auch für seine Hilfe bei der Schaffung geeigneter Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens; Professor Heller für sein förderliches Interesse und seine andauernde Gesprächsbereitschaft, aus denen sich immer wieder Impulse für die wissenschaftliche Arbeit entwickelten; Frau Schönlein für zahllose Hilfeleistungen beim Arbeiten und ihre ständigen Ermutigungen.

Erlangen, im Dezember 1983

Man verwechsle nicht, was in den Geschichtsbüchern steht, mit dem, was einer, dessen Zeit sie beschreiben, durchgemacht hat.

Ludwig Marcuse

A EINLEITUNG

I Zur Fragestellung

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes herrschten in Deutschland chaotische Verhältnisse. Millionen Menschen hatten Leben oder Gesundheit verloren. Wohnungen, industrielle Anlagen, das Transport- und Kommunikationssystem waren in großem Ausmaß zerstört. Weitere Millionen Menschen waren aus ihren angestammten Wohnsitzen geflohen oder vertrieben worden und strömten in die von den Alliierten besetzten Teile Deutschlands. Sie, die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen (in der SBZ verharmlosend "Umsiedler" genannt), hatten einen unverdient großen Teil der Kriegsfolgelasten zu tragen. Die Kapazitäten und Produktionsleistungen der Industrie, aber auch der Landwirtschaft waren durch die Kriegseinwirkungen erheblich vermindert worden. Die SBZ hatte zusätzlich unter der anfänglich rücksichtslosen Demontage- und Reparationspolitik der Sowjets zu leiden. Mangel in größtem Ausmaß herrschte in weiten Teilen der Bevölkerung und diktierte das Verhalten der Menschen. Die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Unterkunft wurde zu einem großen Problem.

Im Gefolge des Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Herrschaftssystems waren auch wesentliche Teile des Kriegswirtschaftssystems brüchig geworden, der ganze Wirtschaftsablauf war ins Stocken geraten. In das politische Vakuum traten sofort nach der Kapitulation Deutschlands die alliierten Siegermächte. In ihren jeweiligen Zonen übernahmen sie die oberste Gewalt ("Okkupationsregimes") und begannen, mehr oder weniger verzögert, die nach ihrem jeweiligen Verständnis besten bzw. zweck-



mäßigsten politischen Systeme zu installieren. Die Beschädigungen des NS-Kriegswirtschaftssystems machten nach einiger Zeit der Improvisationen ordnungspolitische Grundentscheidungen notwendig, die in den westlichen Zonen anders ausfielen als in der SBZ und zu ganz gegensätzlichen Entwicklungen in diesen Gebieten führten. Im Ggs. zu den Westmächten begannen die Sowjets in ihrer Zone schon sehr bald nach Kriegsende die überkommene Wirtschaftsordnung gemäß ihren Zielvorstellungen konsequent umzubauen. Dabei wurden die zentralverwaltungswirtschaftlichen Strukturen und der Zwangscharakter des Wirtschaftens in ihren Grundzügen beibehalten, aber im Sinne der nunmehr geltenden ideologischen, politischen, sozial - und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen modifiziert. Hierbei legten die besonderen Bedingungen der Ausnahmesituation (cf. AV) sowie politische Rücksichtnahmen den sowjetischen und deutschen Machthabern gewisse Einschränkungen auf. Die von diesen eingeleiteten Maßnahmen der sog. antifaschistisch-demokratischen Umwälzung des gesamtgesellschaftlichen Systems und Lebens in der SBZ erwiesen sich als so angelegt, daß sie im-dann eingetretenen -- Bedarfsfalle als erste und zielstrebige Schritte in Richtung der "Sowjetisierung Mitteldeutschlands" (Thalheim) dienen konnten, d.h. der Umformung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen, einschließlich der Denk- und Werthaltungen der Bevölkerung, nach dem Vorbild der sowjetischen Verhältnisse unter, allerdings nicht sehr weitgehender, Berücksichtigung der deutschen Besonderheiten; denn der "besondere deutsche Weg zum Sozialismus" wurde, kaum propagiert, schon wieder verlassen.

Auch das mitteldeutsche Agrarwirtschaftssystem unterlag diesem Umformungsvorgang. Es wurde in einer Weise umgestaltet, die - bei Scheitern der gesamtdeutschen Option der Sowjets - den Weg zur für diesen Fall wohl schon sehr früh als anzustrebendes Ziel ins Auge gefaßten Kollektivierung ebnen oder zumindest nicht verbauen sollte. Das durch die sog. demokratische Bodenreform geschaffene Agrarwirtschaftssystem, besonders was die einzelbäuerliche Produktionsweise und die damit verbundenen Besitzverhältnisse betrifft, hatte dann auch transitorischen Charakter. Es war Teil eines gesamtgesellschaftlichen Systems, das

gewissermaßen - seinen Möglichkeiten nach - als Übergang zur "Übergangsgesellschaft" konzipiert worden war.

Die Aufgabe, der wir uns mit dieser Arbeit unterziehen wollen, besteht nun darin, wie dem Thema schon zu entnehmen ist, die Spezifität der Struktur des mitteldeutschen Agrarwirtschaftssystems sowie der durch das Ordnungsgefüge und die besonderen Bedingungen bewirkten Eigentümlichkeiten des Wirtschaftsablaufs bzw. seiner Ergebnisse zu beschreiben. Dabei ergeben sich drei Teilaufgaben: Einmal die Schilderung der allgemeinen Bedingungen agraren Wirtschaftens unter den besonderen Verhältnissen der Ausnahmesituation; zum anderen eine Beschreibung des in dem neuen Agrarwirtschaftssystem realisierten Ordnungsgefüges; zum dritten die Herausstellung der in diesem Agrarwirtschaftssystem unter den Bedingungen der Ausnahmesituation sich ergebenden agrarökonomischen Spezifika. Verbunden mit dieser Zielsetzung ist eine Untersuchung des Vorgangs und der Wirkungen der Bodenreform. Die strukturbildende Wirkung und die transformatorische bzw. reformerische Relevanz dieses Komplexes agrarpolitischer Maßnahmen und der Charakter der Reform selbst sollen untersucht werden.

Die Lösung dieser Aufgaben ist nicht möglich durch eine bloße Schilderung von Ereignissen und Zuständen im Sinne der Nacherzählung historischen Geschehens. Vielmehr wollen wir, auf der Grundlage einer breit angelegten Darstellung der Verhältnisse der mitteldeutschen Landwirtschaft in der Ausnahmesituation und dieser selbst, eine systematisch-analytische Beschreibung der Struktur und funktionalen Spezifität der Agrarwirtschaft der SBZ in den ersten Nachkriegsjahren versuchen. Natürlich kann dies keine vollständige Darstellung aller Besonderheiten dieses ökonomischen Teilsystems sein; aber zumindest sollen die wichtigsten Charakteristika angesprochen werden. Ein solches Vorhaben kann nicht - wie gesagt - durch bloße Materialsammlung, -aufbereitung und -präsentation erledigt werden; dies kann nur ein erster, wenn auch wichtiger und unverzichtbarer Teil der Arbeit sein. Darüber hinaus müssen Kriterien einer systematischen Analyse und Beschreibung der strukturellen und funktionalen Besonderheiten eines Agrarwirtschaftssystems erarbeitet werden.

Auch für die systematische Charakterisierung der Bodenreform konnte kein fertiger Kriterienkatalog einfach übernommen werden, sondern war eigens zu entwickeln. Und das nicht, weil es keine Typologien von Bodenreformen gäbe; vielmehr weil es auch hier, wie bei der vorgenannten Aufgabe, darum ging, die Besonderheiten der Ausnahmesituation und der Entwicklung der (mittel)deutschen Landwirtschaft angemessen zu berücksichtigen. Obgleich wir die in den Teilen B und C unternommenen Anstrengungen zur Entwicklung einer terminologischen Systematik keineswegs als Fehlschlag betrachten, bleibt doch mindestens, wie Holesovsky es in Bezug auf seine eigene Arbeit ausgedrückt hat, "the residual feeling that other concepts might have done better". Was hier unternommen wurde, kann man als einen Versuch der Instrumentalisierung von Theorien bzw. Theoriensegmenten für die historisch-systematische Analyse ganz konkreter und eigentümlicher Verhältnisse betrachten.

Um auf die im ersten Teil des Themas vorkommenden Stichwörter zu sprechen zu kommen: Was hier unter der sog. wirtschaftlichen Ausnahmesituation zu verstehen ist, wird mit ihrer allgemeinen Charakterisierung in dieser Einleitung (AV) verdeutlicht werden. Im empirischen Teil nimmt ihre faktenmäßige Darstellung relativ breiten Raum ein. Dies ist unerlässlich, weil nur so die konkret-historische Bedingungskonstellation agraren Wirtschaftens in ihrer Bedeutung für die Herausbildung der strukturellen und funktionalen Spezifika der Agrarwirtschaft der SBZ hinreichend deutlich wird. Die Bevölkerungs- und Arbeitskräfteentwicklung, der Zustand des gewerblich-industriellen und anderer Wirtschaftsbereiche, die Teilungsdisparitäten, die Reparationsleistungen u.a.m. waren wichtige ökonomische Determinanten der Entwicklung des Agrarsektors.

"Regression" ist ein Terminus, der aus dem Phasenmodell der agrarökonomischen Entwicklung hergeleitet wird (cf. B V) und Bezug auf Substitutionsprozesse und die Kombination der Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft nimmt. Ganz allgemein wird durch ihn der Vorgang agrarökonomischer Rückentwicklung bezeichnet, wie er in der Ausnahmesituation stattfand. Regression, so kann man sagen, ist der Prozeß und das Ergebnis der Adaption

der landwirtschaftlichen Produktion an dramatisch verschlechterte wirtschaftliche Bedingungen, die im wesentlichen durch Resubstitutionen der Produktionsfaktoren erfolgt.

Der Begriff "Reform" steht dem der "Transformation" gegenüber und hat einen doppelten Bezug. Einmal den auf die sog. Bodenreform, zum anderen den auf die Wirtschaftsordnungspolitik und die durch sie bewirkten strukturellen Änderungen. Im Thema bezieht er sich nur auf letzteren Aspekt. Dazu und zum Terminus "Transformation" einige klärende Bemerkungen. Ob man mit Bezug auf die Änderungen des Ordnungsgefüges in Mitteldeutschland nach 1945 von einer Transformation oder einer Reform sprechen will, ist zunächst eine Definitionsfrage. Nichts spricht dagegen, schon dann von einer Transformation zu sprechen, wenn sich nur ein konstitutives Element der Wirtschaftsordnung ändert. Hier soll aber erst dann von der Transformation eines Wirtschaftssystems gesprochen werden, wenn ein Plankoordinierungssystem durch ein anderes, das System der dezentralen durch das der zentralen Planung des Wirtschaftsprozesses (vice versa), ersetzt wird. Reformen hingegen sind Veränderungen der wirtschaftspolitischen Ausgestaltung des einen oder anderen Wirtschaftssystems unter Beibehaltung des jeweils realisierten Plankoordinierungssystems (cf. dazu Blauch u.a. (1971)). Je nach Bezugssystem kann ein Maßnahmenkomplex als "Reform" oder "Transformation" bezeichnet werden. Bei den hier angestellten vergleichenden Betrachtungen beziehen wir uns immer auf den unmittelbaren historischen Vorgänger, das NS-Kriegswirtschaftssystem, nicht auf andere realisierte Wirtschaftssysteme oder gar theoretische Modelle. Wie sich erweisen wird, beschränkten sich - trotz anderen Augenscheins - die ordnungspolitischen Maßnahmen in der SBZ auf die Modifizierung dieses Kriegswirtschaftssystems entsprechend den geänderten sozial- und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen.

Die Bodenreform wiederum, und dies ist der andere Bezugsgegenstand dieses Begriffs, als Vorgang der Umgestaltung wichtiger Bereiche des mitteldeutschen Agrarwirtschaftssystems, war einerseits eine agrarrevolutionäre Maßnahme, nämlich in Bezug auf die inhaltliche Ausgestaltung des Bodenreformbegriffs, sie ging in diesem Sinne weit über eine Reform hinaus; andererseits, nämlich in Bezug auf die stattgehabten Änderungen des Ordnungsgefüges,

war sie, gemäß der oben angeführten Unterscheidung von Transformation und Reform, lediglich eine reformerische Maßnahme, da durch sie kein neues Plankoordinierungssystem geschaffen wurde. Dies muß hervorgehoben werden, weil die transformatorischen Wirkungen solch spektakulärer Maßnahmen wie der Bodenreform in Mitteldeutschland oft überschätzt werden, und zwar in der Regel deshalb, weil man keine zuverlässigen Kriterien für die Strukturelevanz solcher Vorgänge hat.

Ein Wort noch zur zeitlichen Eingrenzung. "In den ersten Nachkriegsjahren" ist sicher keine sehr genaue zeitliche Grenzziehung, soll es auch gar nicht sein. Bei der Um- bzw. Ausgestaltung des mitteldeutschen Agrarwirtschaftssystems im Sinne politischer Zweckmäßigkeit bzw. ideologischer Zielvorstellungen könnte man ex post facto verschiedene Phasen gegeneinander abgrenzen. Eine erste Phase umfaßt den komplexen ordnungspolitischen Vorgang der Umgestaltung der mitteldeutschen Landwirtschaft nach Kriegsende, dessen Kern die sog. demokratische Bodenreform war, mit deren Abschluß und dem Beginn der längerfristigen Planung, hauptsächlich im industriellen Sektor, der Hauptteil dieser Phase beendet ist. Das bis 1947/48 entstandene Agrarwirtschaftssystem bestand ohne größere strukturelle Änderungen bis 1952 fort, als die Kollektivierung der einzelbäuerlichen Landwirtschaft einsetzte. Diese zweite Phase datiert bis zur sog. Vollkollektivierung im Frühjahr 1960. Die darauf folgende dritte Phase der nahezu ausschließlich "genossenschaftlich-sozialistisch" und "staatlich-sozialistisch" produzierenden Landwirtschaft wurde durch die Bildung der sog. kooperativen Einrichtungen/Abteilungen durch eine vierte Phase gigantischer Konzentrationen abgelöst. Mit der bald gewonnenen Erkenntnis des wirtschaftlichen Fehlschlags dieser Organisationsformen kann man für die jüngste Zeit eine fünfte Phase pragmatischerer Korrekturen feststellen.

Die vorliegende Arbeit befaßt sich im wesentlichen nur mit dem ersten Teil der ersten Phase der Umgestaltung der Landwirtschaft in Mitteldeutschland. Und zwar beschränken wir uns darauf, weil ab 1948/49 gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen, wie z.B. der Beginn der längerfristigen Planung, einsetzen,

die auch den Agrarsektor stark tangierten. Auch innerhalb der Landwirtschaft selbst setzten Entwicklungen ein, die das von uns geschilderte Agrarwirtschaftssystem weiter modifizierten, wie z.B. der verschärfte Kampf gegen die größeren Bauern, weitere Zentralisationen im institutionellen Bereich, die über die Bildung von Universalgenossenschaften schließlich zur Fusion von VdgB und Genossenschaften führten u.a.m. Diese Vorgänge hätten wegen ihrer agrarpolitischen Bedeutung eine detaillierte empirische Darstellung nötig gemacht, ohne daß diese für die hier zu leistende systematische Charakterisierung des Agrarwirtschaftssystems größere Relevanz gehabt hätte; denn diese Maßnahmen änderten die Grundstruktur des Systems nur graduell, ließen das Plankoordinierungssystem und die Art der Dispositionsbefugnisse über die sachlichen Produktionsmittel unverändert. Deshalb wurde als zeitlicher Rahmen dieser Untersuchung der Zeitraum vom Herbst 1945 bis zum Frühjahr 1949 gewählt, also, bei großzügiger Benennung, die Zeit zwischen Kriegsende und der Gründung der DDR.

II Method(olog)ische Anmerkung

Diese Einleitung soll nicht mit der Erörterung methodologischer Probleme überfrachtet werden, obwohl in Zusammenhängen wie diesen Überlegungen zu solchen Fragen wie: dem Verhältnis von Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie, von narrativer zu systematisch-analytischer Geschichtsschreibung, die Verwendung von "Theorien in der Geschichtswissenschaft" bzw. "in der Praxis des Historikers" u.a.m. anzustellen waren, um zu einem tragfähigen Ansatz zu kommen. Auch auf Arbeiten, die in verallgemeinernder Weise die Zeit nach dem 2. Weltkrieg thematisieren, z.B. Badstübner(1979) u.ä., soll hier nicht eingegangen werden, wenn gleich die Auseinandersetzung mit solchen Ansätzen wie der marxistischen bzw. marxistisch-leninistischen "Theorie der Übergangsgesellschaft" bei der Findung eines eigenen "Approach" unerläßlich und auch nützlich war. Die innerhalb der Wirtschaftswissenschaften eher eine Randstellung einnehmende Theorie der Wirtschaftssysteme (Comparative Economics bzw. Comparative Economic Systems) weist die verschiedensten Varianten und Ansätze

auf. Die Theorie und der Vergleich von Wirtschaftssystemen sind u.E. für eine systematisch-analytische Wirtschaftsgeschichtsschreibung unerlässlich. Betrachtet man als Historiker die große Fülle divergierender Ansätze zu diesen Problemen, so kommt man in die Verlegenheit, sich für einen dieser Ansätze entscheiden zu müssen. Der Grund für die Wahl der sog. Ordnungstheorie, der Fortentwicklung des Eucken'schen morphologischen Ansatzes, ist dessen gute begriffliche Durcharbeitung und die sich daraus ergebende relativ unproblematische Operationalisierbarkeit. Dabei ist festzustellen, daß der ordnungstheoretische Ansatz mit den unter dem Label "Comparative Economics/Comparative Economic Systems" entwickelten Ansätzen ganz wesentliche Elemente gemeinsam hat, ja daß man generell sagen kann, daß die verschiedenen Ansätze zwar ihre jeweiligen Akzente anders setzen, aber keineswegs unverträglich sind, sondern im Gegenteil oft geeignet sind, einander zu ergänzen. Da die meisten dieser Ansätze auf der Grundlage der gleichen wirtschaftstheoretischen Axiome entwickelt worden sind und sich des gleichen theoretischen Instrumentariums bedienen, ist dies auch nicht weiter verwunderlich. Ist dies nicht der Fall, wie z.B. bei der politischen Ökonomie des Marxismus(-Leninismus) oder auch bei Varianten der sog. Radical Economics, so sind auch die auf dieser abweichenden Grundlage entwickelten Theorien der Wirtschaftssysteme in Bezug auf die vorerwähnten in der Regel weder kompatibel noch integrierbar.

Aus der Sicht des Historikers besteht nun ein Nachteil dieser Systemmodelle in ihrer intendierten Ahistorizität. Ganz gezielt nämlich wird versucht, bei der Konstruktion dieser Modelle die historischen Eigentümlichkeiten realer Wirtschaftssysteme als etwas akzidentelles zu eliminieren. Außerdem interessieren den Modellkonstrukteur insbesondere vollentwickelte und längerfristig stabile reale Wirtschaftssysteme, nicht kurzlebige fragmentarischen und transitorischen Charakters. So werden regelmäßig als Beispiele für ZVW sog. Soviet Type Economies herangezogen, d.h. vollentwickelte und langfristig stabile Wirtschaftssysteme mit Kollektiveigentum in der Landwirtschaft. Aber schon Eucken hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß zwar

alle ZVW notwendigerweise zu Formen staatlichen Eigentums tendieren, dies aber für eine solche nicht unabdingbar ist, wie die Beispiele des NS-Systems und auch der SBZ-Wirtschaft der ersten Nachkriegsjahre zeigen. Die systematisierenden Wirtschaftswissenschaften kümmern sich im Grunde um solche transitorischen Systeme wie das der SBZ-Wirtschaft nur wenig. Der Historiker ist aber nicht selten mit theoretisch-analytischem Werkzeug nur unzureichend ausgestattet, um zu systematischen Beschreibungen solcher Ausnahme- und Umbruchsituationen zu gelangen, die dann im Gegenzug auch von den systematisierenden Wirtschaftswissenschaften zur Kenntnis genommen würden. Es scheint deshalb wünschenswert zu sein, diese Disziplinen enger zusammenzuführen, um einerseits das theoretische Instrumentarium für den Historiker handhabbarer, und andererseits die Kenntnis historisch-konkreter Fakten für die systematische Analyse von Wirtschaftssystemen fruchtbarer zu machen.

Im folgenden soll, wie schon bemerkt, wenigstens ansatzweise versucht werden, Theorien(segmente) aus verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen u.a. Bereichen für eine historische Untersuchung verwendbar zu machen. Die Gefahr eines eklektischen Verfahrens bei der Erstellung eines theoretischen Ansatzes der Untersuchung wird dabei durchaus nicht übersehen, daß nämlich eine angenommene Verträglichkeit (Widerspruchsfreiheit) der zusammengestellten Theorien(segmente) nicht gegeben sein muß, sondern vielmehr explizit nachgewiesen werden müßte. Das kann hier nicht geleistet werden. Seine Leistbarkeit wird jedoch - bona fide - vorausgesetzt. Die Validität der einzelnen Theorien(segmente) kann auch nicht nachgewiesen werden; dies vollständig zu leisten ist ohnehin nur schwer möglich. Der vorliegende Versuch wird dennoch gewagt - in Kenntnis der bestehenden Risiken.

Bezüglich unserer besonderen Aufgabenstellung gehen wir davon aus, daß es in den jeweiligen Phasen der agrarökonomisch-technologischen Entwicklung(Technisierungsstufen) allgemeine wirtschaftliche Probleme gibt, die in allen Wirtschaftsordnungen auftreten, wenn auch ihr jeweiliges Erscheinungsbild verschieden sein kann. Da aber jedes Agrarwirtschaftssystem als Bestandteil

der jeweils realisierten Wirtschaftsordnung eine spezifische Struktur hat, die die Gestaltung des Wirtschaftsablaufs entscheidend determiniert, sind die wahrgenommenen Phänomene das Ergebnis der Durchdringung allgemeiner agrarwirtschaftlicher Probleme mit systemspezifischen Einflüssen. Bei der Erfassung der Spezifik eines Agrarwirtschaftssystems muß man beide Aspekte, den strukturellen und den allgemein ökonomisch-technologischen im Zusammenwirken mit den besonderen Bedingungen der jeweiligen Situation berücksichtigen. Wir versuchen dies hier durch die Kombination des ordnungstheoretisch-typologischen Ansatzes mit einem Phasenmodell agrarökonomischer Entwicklung, das eng verbunden ist mit der systematischen Beschreibung landwirtschaftlicher Betriebssysteme sowie dem Versuch einer allgemeinen Kennzeichnung der Eigentümlichkeiten landwirtschaftlicher Produktion in dichtbevölkerten Industrieländern. Und das Ganze soll eingebettet werden in eine Darstellung der wirtschaftlichen Ausnahmesituation.

III Der Aufbau der Untersuchung

Die Arbeit gliedert sich in fünf Teile. In dem vorliegenden Teil A, der Einleitung, wird u. a. eine allgemeinere Kennzeichnung der wirtschaftlichen Ausnahmesituation (A V) vorgenommen. Im Teil B, dem theoretischen Teil, werden die Grundlagen einer systematischen Beschreibung des Agrarwirtschaftssystems, seines Ordnungsgefüges und seiner ökonomischen Charakteristika erarbeitet. In den Abschnitten B I und B II werden die Strukturelemente von Wirtschaftssystemen besprochen und eine Typologie gemischter Wirtschaftssysteme vorgestellt, die insbesondere auch Kriterien für deren Benennung und Vergleich enthält. Im Abschnitt B III werden allgemeinere Fragen agraren Wirtschaftens angesprochen, deren Kenntnis uns für das Verständnis der Probleme der Landwirtschaft im allgemeinen und auch in der Ausnahmesituation notwendig erscheint. Von besonderer Bedeutung sind die Abschnitte B IV und B V. Hier wird eine systematische Darstellung der Faktoren gegeben, die die betriebswirtschaftlichen Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion und deren Wandlungen bestimmen. Im Abschnitt B V wird dann, auf dieser Grundlage, Herlemann's Phasenmodell agrarökonomischer Entwicklung

vorgestellt, das gut geeignet ist, die Regressionserscheinungen in der Ausnahmesituation nicht nur historisch einzuordnen, sondern auch deren Ursachen und Konsequenzen zu verstehen. Die in Teil C angestellten Überlegungen dienen in erster Linie dazu, den eigentlichen Kern der sog. demokratischen Bodenreform in systematischer Weise zu erfassen. Dabei wird ein Bezug nicht nur zu den besonderen Bedingungen der Ausnahmesituation hergestellt - das ist selbstverständlich, sondern auch zu dem in B III-V vorgestellten Denkansatz. Dadurch sind über die längerfristigen Konsequenzen der Agrarpolitik in der SBZ interessante Aussagen möglich, ohne daß man diese Politik selbst und ihr propagandistisches Beiwerk in allen Einzelheiten untersuchen müßte.

Im Teil D, dem empirischen Teil, wird das historische Material gesammelt, auf das das im Teil B entwickelte Instrumentarium anzuwenden ist. Zunächst werden die Standortverhältnisse der mitteldeutschen Landwirtschaft untersucht (D I). Unerläßlich für die Beantwortung der Frage, wie tiefgreifend die Umgestaltung der Agrarwirtschaft der SBZ nach dem Zusammenbruch war, ist die Kenntnis der Hauptzüge des NS-Agrarwirtschaftssystems (D II). Die besonderen Bedingungen der Ausnahmesituation sind nicht allein ursächlich auf den Zusammenbruch und seine Folgen rückführbar. Schon während des Krieges (D II 3.) setzten (Fehl)entwicklungen ein, die dann in der unmittelbaren Nachkriegszeit voll zum Tragen kamen. Die Darstellung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der landwirtschaftlichen Produktion und der Situation der mitteldeutschen Landwirtschaft nach Kriegsende selbst (D III-VI) ist im Grunde die faktenmäßige Explikation dessen, was wir eine wirtschaftliche Ausnahmesituation genannt haben. Abschnitt D VII befaßt sich mit der Durchführung und einigen Problemen der Bodenreform; der folgende zeigt ihre Auswirkungen auf die mitteldeutsche Agrarstruktur (Betriebsgrößenverteilung). In den Abschnitten D IX-XI werden die wesentlichen Ordnungselemente und ihr funktionaler Zusammenhang beschrieben. Im Mittelpunkt stehen hierbei der administrative und institutionelle Aufbau, das Planungs- und Lenkungssystem sowie einige Aspekte der rechtlichen Verfaßtheit und der Rechtspraxis. Wir

hoffen, mit der empirischen Darstellung in Teil D eine ausreichende faktenmäßige Grundlage für die im Teil E folgenden Ansätze zu einer systematischen Beschreibung der Agrarwirtschaft der SBZ geschaffen zu haben.

In diesem Teil E wird unter Verwendung des im Teil B entwickelten analytischen Instrumentariums eine systematische Kennzeichnung der Struktur und der ökonomischen Spezifik des mitteldeutschen Agrarwirtschaftssystems nach der Bodenreform versucht. Dabei wird auch auf die besonderen Probleme der Regressionsphase eingegangen und die Frage beantwortet, ob die Modifizierungen des NS-Kriegswirtschaftssystems durch die ordnungs- bzw. agrarpolitischen Maßnahmen der Nachkriegszeit eine Transformation oder Reform dieses Systems bedeuten. Abschließend wird dann anhand der in C V entwickelten Kriterien eine Einschätzung der sog. demokratischen Bodenreform gegeben.

Im Teil F werden die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt.

IV Zur Quellenlage und zur Literatur

Der Zugang zu Primärquellen in der DDR ist bundesdeutschen Historikern im allgemeinen weitgehend und dem Schreiber im besonderen gänzlich verwehrt. Die selektive Veröffentlichung historischen Materials läßt die Vermutung als begründet erscheinen, daß interessantes Quellenmaterial entweder noch nicht aufgearbeitet ist oder der breiten wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorenthalten wird. Einige bestellte Arbeiten aus der DDR, die entweder in den Sonderbänden der ZfG oder andernorts besprochen worden sind oder sich in unveröffentlichten DDR-Dissertationen oder anderswo als Literaturangabe fanden, wurden von Bibliotheken in der DDR nicht ausgeliehen. Merkwürdigerweise hatte entweder die Deutsche Bücherei oder eine andere Bibliothek kein Exemplar oder Ausleihe und Kopieren wurden ausdrücklich abgelehnt. Ein solches Gehabe wirkt befremdlich und nährt den Verdacht, daß es besondere Gründe für ein derartiges unkooperatives Verhalten geben muß. Gleichwohl kann die Quellenlage als relativ gut eingeschätzt werden, da es mittlerweile eine beträchtliche Zahl materialreicher Arbeiten von DDR-Historikern über den Zeit-

raum der sog. antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Mitteldeutschland von 1945-49 gibt und auch die eine oder andere Quellenedition vorliegt. Dabei seien besonders einige, meist unveröffentlichte Dissertationen, Archivveröffentlichungen, aber auch kleinere Spezialarbeiten in Fachjournals hervorgehoben. Stellvertretend für diese Kategorien sehr brauchbarer Arbeiten seien die von Kuntsche genannt: seine Dissertation von 1970 und die daran anknüpfenden Aufsätze in der WZ Rostock von 1971 und 1972 sowie die frühere Arbeit im JbWG 1967.

Das verarbeitete Quellenmaterial selbst ist oft lückenhaft, das statistische nicht sehr verlässlich und nicht selten unbrauchbar. Gleichwohl ermöglicht eine kritische Aufarbeitung wichtige, wenn auch nicht immer voll gesicherte Einsichten in das historische Geschehen. Das im Teil D verwertete, aus der Zeit nach dem Zusammenbruch stammende Material muß generell sehr vorsichtig rezipiert werden, worauf im Text selbst gelegentlich hingewiesen wird. Die Unzuverlässigkeit des statistischen Materials hat verschiedene Ursachen. Eine ist zweifelsohne die Unvollkommenheit der Erhebungs- und Verarbeitungsmethoden sowie die Mängel des seinerzeitigen statistischen Apparates selbst. Zum anderen wurden zahlreiche Statistiken von der Administration oder auch später von Historikern im jeweils erwünschten Sinne "aufbereitet". In unserem Fall kann es als sicher gelten, daß die Bauern selbst zu ihrem Vorteil falsche Angaben machten, wenn ihnen dies möglich war, etwa über die Betriebsgröße bei drohender Enteignung. Das Veranlagungssystem ermunterte, ja zwang sie manchmal geradezu zu solchem Verhalten. So war es für sie z.B. günstig, die Angaben über die Nutzfläche und die Viehzahl (bis 1949) geringer als tatsächlich zu halten, das hatte ganz handfeste Vorteile bei der Pflichtablieferung.

Aus dem Studium der Ergebnisse der DDR-Historiographie konnte nicht nur eine Fülle von (statistischem) Material für unsere Zwecke gewonnen, sondern auch zahlreiche Hinweise zu Spezialproblemen entnommen werden, die für eine differenziertere Betrachtung der Bodenreform und der Agrarwirtschaft der SBZ unerlässlich sind. Beispielfhaft seien, unter Verweis auf die oben genannten Arbeiten von Kuntsche, das Zugkraftproblem und die

Gemeinwirtschaft der Neubauern erwähnt. Leider haben wir auch viel Zeit mit der Lektüre völlig unbrauchbarer pseudowissenschaftlicher Propagandaschriften vergeudet, die als solche nicht von vornherein erkennbar waren. Die zahlreichen Regional- und Lokalstudien sind von ganz unterschiedlicher Qualität. Sie enthalten aber gelegentlich mehr oder weniger gut aufgearbeitetes dokumentarisches Material, und sie bedienen sich manchmal, wenn auch sehr selektiv, der Methode der "Oral History".

Wenn man die Mühen eines nur durch wenige Hilfsmittel unterstützten Bibliographierens nicht scheut, kann man eine große Zahl kleinerer und auch umfangreicherer Arbeiten zu unserem Thema ausfindig machen, die aus der Bundesrepublik oder anderen westlichen Ländern stammen. Ihr Spektrum reicht von kurzen Zeitschriftenartikeln, etwa über juristische Probleme der Bodenreform, über Dissertationen bis zu den als Standardwerken anzusprechenden Arbeiten von Kramer, Merkel u.a. Besonders die älteren Arbeiten, und dies verdient hervorgehoben zu werden, waren für unsere Zwecke unentbehrlich. Und zwar nicht so sehr deshalb, weil es nur wenige neuere Arbeiten gibt - was der Fall ist -, sondern weil sie sehr materialreich sind sowie manchmal auf intimer Vertrautheit mit dem Gegenstand - so bei Kramer, der eine Zeitlang Vizepräsident der DVLF gewesen war - beruhen. Allerdings waren keine darunter, die sich eines Ansatzes bedient hätten, der dem hier benutzten vergleichbar gewesen wäre. Gerade dieser Umstand, den wir als Mangel empfanden, hat dann dazu geführt, diese Arbeit so zu konzipieren, wie weiter oben ausgeführt wurde.

V Eine wirtschaftliche Ausnahmesituation

Der hier gewählte Ausdruck "wirtschaftliche Ausnahmesituation" ist zugegebenermaßen weder elegant, noch systematisch durchgebildet, noch findet er unseres Wissens in der ökonomischen Analyse in unzweideutiger Weise Verwendung. Gleichwohl halten wir diese begriffliche Improvisation für berechtigt, ja für notwendig, da die in der Wirtschaftstheorie benutzten Termini in der Regel von zu großer Allgemeinheit und zu abstrakt sind, um eine recht extreme historisch-konkrete Situation, wie z.B. die nach dem 2. Weltkrieg in Mitteldeutschland, in ihrer Singularität an-

gemessen beschreiben zu können. Mit diesem Ausdruck wollen wir zweierlei: einmal, durch das Epitheton, auf den sozialen Bereich verweisen, auf den sich unsere Untersuchung konzentriert; zum anderen soll er auf die Außergewöhnlichkeit, ja - im nichttrivialen Sinne - Einmaligkeit der Bedingungskonstellation des Wirtschaftens hinweisen, wie sie nach dem Ende des Krieges in (Mittel)deutschland gegeben war. Diesen Ausdruck wollen wir mit drei weiteren in Verbindung bringen: Normalsituation, Krise und Extremsituation. Alle vier zusammen ergeben ein, wenn auch lückenhaftes Spektrum von strukturell-ökonomischen Bedingungskonstellationen des Wirtschaftens; die Ausnahmesituation wäre dabei zwischen Krise und Extremsituation anzusiedeln. Als Bezugsgrößen dieser Begriffe ist an ganze Volkswirtschaften und die diese durch ihre Wirtschaftstätigkeit bildenden Groß-Kollektive gedacht. In unserem Fall sind das die SBZ-Wirtschaft und -Bevölkerung. Diese Ausdrücke sollen die durchschnittlichen wirtschaftlichen Bedingungen erfassen. Es ist klar, daß sich die individuellen Verhältnisse von den durchschnittlichen einer Gesamtwirtschaft sehr stark unterscheiden können, daß sich also ein Kollektiv in einer bestimmten Situation befinden kann, ohne daß sich für jedes ihm angehörige Individuum und für Kleinstgruppen dieselbe Situation ergeben müßte, und umgekehrt. Wenn die durchschnittlichen Verhältnisse in einer Großgruppe so schlecht sind, daß man gerade das Existenzminimum erreichen kann, größere Bevölkerungsminoritäten aber unter dieses Niveau abgleiten; andererseits aber eine nicht unbeträchtliche Minderheit saturiert ist, erhebt sich, neben vielen anderen, auch die Frage der (Inner)gruppensolidarität, konkret: Wie verhält sich z.B. der mit Nahrungsmitteln reichlich versehene alteingesessene Bauer gegenüber einem verelendeten Heimatvertriebenen? Aber diese und ähnliche Fragen liegen nicht im Rahmen dieser Untersuchung. Sie soll nur, mit Bezug auf den vorangestellten Aphorismus, andeuten, daß über solche allgemeinen Überlegungen, wie sie hier angestellt werden, die konkrete Situation der einzelnen Betroffenen nicht vergessen werden darf.

In einer Normalsituation sind die wirtschaftlichen Verhältnisse und Daten zwar keineswegs konstant, sie unterliegen viel-

mehr konjunkturellen Schwankungen und werden längerfristig durch evolutionäre Wachstumsprozesse modifiziert; die Abweichungen von einem (statistischen) Durchschnitt, unter Berücksichtigung von Trends, überschreiten jedoch ein leicht feststellbares Maß nicht. Das Wirtschaftssystem ist, abgesehen von systemspezifischen Mängeln, als solches intakt. Dies gilt im Prinzip auch für eine Krise, in der jedoch oft ordnungspolitische Maßnahmen von mitunter großer Tragweite ziemlich wahrscheinlich sind, weil man zu Recht annimmt, daß der realisierte Ordnungstyp Mängel aufweist, die mit zur krisenhaften Entwicklung beitragen, die dann ansatzweise in Richtung der Transformation des Wirtschaftssystems gehen können, ohne daß diese eine notwendige Folge sein müßte. Die großen Abweichungen (Verschlechterung) der wirtschaftlichen Verhältnisse von den "normalen" bzw. durchschnittlichen sind jedoch, wie in der Normalsituation, hauptsächlich eine Folge konjunktureller und evolutionärer Prozesse. Sind diese Verschlechterungen noch schwerwiegender als in einer Wirtschaftskrise und sind sie nicht primär durch konjunkturelle und evolutionäre Vorgänge bewirkt, so wollen wir von einer Ausnahmesituation und im äußersten Fall von einer Extremsituation sprechen.

In Anlehnung an die in Teil B verwendete Terminologie könnte man den Begriff "Ausnahmesituation" etwa so einführen: Es gibt ein Wirtschaftssystem konstituierende und seinen Funktionsablauf determinierende Faktoren. Wenn konstituierende Faktoren beschädigt werden und ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen, kommt es zu ordnungs- bzw. strukturbedingten Funktionsstörungen des Wirtschaftssystems. Wenn die Ablaufgrößen sich außerordentlich verschlechtern (Input-Größen), kommt es zu Output-Einbrüchen (verschärftem Mangel), was bei Strukturschäden fast unausweichlich ist. Wenn nun sowohl die Ordnungselemente zerfallen als auch die Input-/Output-Größen sich dramatisch verschlechtern, kommt es zur Ausnahmesituation - im Ggs. zur Krise, in der es, wie bemerkt, nur geringere, nicht durch eigentlichen Ordnungsverfall hervorgerufene Funktionsstörungen gibt. Die Verfügbarkeit der materiellen Ressourcen/Produktionsfaktoren und der Organisationsgrad des Wirtschaftsprozesses sind in einer Weise einge-

schränkt, daß der Wirtschaftsablauf und das Produktionsniveau weit unter den, durch den Entwicklungsstand der produktiven Kräfte (technologisches Niveau u.dgl.) prinzipiell gegebenen und in der Normalsituation weitgehend realisierten Möglichkeiten zurückbleiben. In einer solchen Situation geht es deshalb auch vorrangig um die Erreichung eines vormals realisierten Produktionsniveaus ("Wiederherstellungsperiode").

Die äußerste Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ist in einer Extremsituation gegeben. In ihr ist, im Ggs. zur Ausnahmesituation, das Subsistenzminimum für das Kollektiv nicht mehr gewährleistet, es droht zugrunde zu gehen. Diese akute Existenzbedrohung kann eintreten, wenn durch Katastrophen größten Ausmaßes (durch Umwelt- und Strukturzerstörungen im allgemeinsten Sinn) die strukturellen und güterwirtschaftlichen Voraussetzungen des Wirtschaftens zerstört werden und dadurch einem Großkollektiv die Nahrungsgrundlage entzogen wird. Heute, um diese Beschreibung zu illustrieren, deutet vieles darauf hin, daß das Verhalten eines großen Teils der Menschheit zu einer globalen Extremsituation führen könnte.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen in der Ausnahmesituation führt zwar nicht zur Gefährdung der Subsistenz des jeweiligen Großkollektivs, wohl aber der von Minderheiten, Kleinstgruppen (Familien) und Individuen, die zeitweilig - und nicht selten für zu lange Zeit - das Existenzminimum nicht erreichen. Unter den neuartigen, anomalen Bedingungen der Ausnahmesituation kann es zur Ausbildung einer spezifischen, situativ determinierten wirtschaftlichen und allgemeinen Verhaltensrationalität kommen, die von der der Normalsituation abweicht. Es kann auch zur temporären Aussetzung bzw. Umkehr säkularer Trends der Wirtschaftsentwicklung, mithin zu Regressionerscheinungen im wirtschaftlichen Bereich kommen, wodurch Fragen (z.B. die "Agrarfrage") aufgeworfen werden können, die sich in der Normalsituation nicht oder nicht mehr gestellt hatten. Die veränderte Konstellation der wirtschaftlichen Bedingungen führt auch zu einer geänderten Bewertung der wirtschaftlichen Güter. Die keineswegs mehr selbstverständliche Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Wohnung erhält absolute

Priorität und führt zu ungewohnten wirtschaftlichen, aber auch allgemein (zwischen) menschlichen Verhaltensweisen. Hervorgerufen werden solche Ausnahmesituationen niemals durch innerökonomische Entwicklungen, sondern immer durch Ereignisse, die von außen in das Wirtschaftssystem/-geschehen hineinwirken (Kriege, Revolutionen u. dgl.), wobei es allerdings nicht selten vorkommt, daß wirtschaftliche Interessen oder Entwicklungen diese Vorgänge indirekt mitbewirken. Wie einer solchen Ausnahmesituation begegnet wird, hängt einmal von der Schwere der Schädigungen der Wirtschaft, vor allem aber von den jeweiligen Machtverhältnissen ab. Die in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation durch den strukturellen Zerfall, durch die Desorganisation des Wirtschaftsablaufs unausweichlich gewordenen ordnungspolitischen Entscheidungen fallen entsprechend diesen Machtverhältnissen. Dabei muß es nicht notwendigerweise zu Transformationen kommen, sondern die ordnungspolitische Grundentscheidung kann auch auf die - modifizierte - Restitution des bestehenden Ordnungstyps hinführen, wie dies in Mitteldeutschland nach Kriegsende der Fall war. Wie diese Entscheidungen in den beiden Teilen Rumpfdeutschlands zeigen (cf. dazu Gregory/Leptin (1977)), besteht durchaus, wie Eucken zutreffend festgestellt hat, eine Wahlmöglichkeit bezüglich der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundordnung. Die Frage allerdings, ob ein bestimmtes Plankoordinierungssystem den besonderen Bedingungen der Ausnahmesituation besser gerecht wird als ein anderes, konkret: ob in einer Ausnahmesituation eine zentralgesteuerte Zwangswirtschaft notwendig ist oder nicht, wird unterschiedlich beantwortet. Wenn dies, wie wir meinen, der Fall sein sollte, besteht in der Ausnahmesituation gleichwohl die Möglichkeit und Notwendigkeit einer ordnungspolitischen Grundentscheidung für die Zukunft. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Ausnahmesituation sind eine Mischung von situationsbedingten Improvisationen und aus längerfristigen Zielvorstellungen erwachsenen ordnungsformenden Maßnahmen. Die besonderen Anforderungen der Ausnahmesituation, vor allem die Sicherung des kollektiven Subsistenzminimums und z.B. auch die Rücksichtnahme auf bestehende Werthaltungen, limitieren den Grad reformerischer oder transformatorischer

Eingriffe, zwingen zu einer speziellen "Strategie" der Transformation/Reform.

In der NS-Kriegswirtschaft waren das politische und wirtschaftliche Subsystem besonders eng verflochten. Es war der NS-Politik gelungen, die Wirtschaft für ihre Zwecke sehr weitgehend zu instrumentalisieren. Die Zerstörung des politischen Herrschaftssystems im Gefolge der militärischen Niederlage mußte auch zur Dissolution des Wirtschaftssystems und damit zu erheblichen Lenkungsproblemen führen. Die Abtrennung der Ostgebiete und die Teilung Deutschlands in Besatzungszonen bedeutete die Desintegration gewachsener wirtschaftlicher Beziehungen. Die Kriegszerstörungen hatten zu einem akuten Kapitalmangel geführt. Die Verhältnisse in der SBZ wurden gegenüber denen in den Westzonen noch weiter verschlimmert durch den enormen Rohstoffmangel, durch Demontagen, Reparationen und Besatzungskosten sowie durch die Beeinträchtigungen, die der Übergang zu einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mit sich brachte. In der Ausnahmesituation kam es, wie Eucken (1951) es genannt hat, zu einer "erschreckenden Primitivisierung der Wirtschaftsmethoden", die gekennzeichnet war durch "ein Nebeneinander von zentralen Zuteilungen, Preisen auf dem Schwarzmarkt, Tauschwerten und subjektiven Bewertungen in den Haushaltungen und Betrieben", sowie der Wiederentstehung des 1. Geldsystems (Sachgut wird Geld), Naturaltausch u. dgl. m.

Im reformierten Agrarwirtschaftssystem der SBZ ergaben sich in der Ausnahmesituation widerstreitende Tendenzen. Der Ordnungsrahmen tendierte auf weitere Zentralisation und wurde zielgerichtet in diese Richtung fortentwickelt; die sektorendogenen Kräfte dagegen, verbunden mit traditionellen Elementen, drängten eher auf eine Form freien einzelbäuerlichen Wirtschaftens bei Dominanz dezentraler Lenkungsmechanismen unter der Wirkung einer phasen- und im Grunde auch agrarpolitisch induzierten Konzentrationstendenz (Aufstockung).

B THEORETISCHER TEIL:

ENTWICKLUNG VON KRITERIEN ZUR ERFASSUNG DER STRUKTURELLEN UND FUNKTIONALEN SPEZIFITÄT DES AGRARWIRTSCHAFTSSYSTEMS

I Wirtschaften: Grundtatbestände, -probleme und -prinzipien

Jedes Wirtschaften läßt sich, unabhängig von dem jeweils realisierten Ordnungstyp, durch bestimmte Grundtatbestände kennzeichnen. Aus diesen und dem Zweck wirtschaftlichen Handelns, der Bereitstellung von Gütern zur Bedürfnisbefriedigung, ergeben sich die Grundprobleme des Wirtschaftens. Als Instrumente zur Lösung dieser Grundprobleme dienen die jeweils realisierten Ordnungstypen. Der prozeß des Wirtschaftens wird in seiner Eigenart durch die Ordnungsform bestimmt. Durch die idealtypische Konstruktion der polaren reinen Ordnungsformen bzw. durch die realtypische Rekonstruktion historisch-konkreter Mischformen ist eine modelltheoretische Beschreibung des spezifischen, ordnungsbedingten Funktionsablaufs möglich. Es lassen sich eindeutige Beziehungen zwischen dem realisierten Ordnungstyp, dem ordnungsspezifischen Funktionsablauf und den sich daraus ergebenden charakteristischen Funktionsproblemen feststellen. Zwischen den zwei polaren, idealtypischen Ordnungsformen¹⁾, der reinen privatwirtschaftlichen Marktwirtschaft (Verkehrswirtschaft unter den Bedingungen vollständiger Konkurrenz) und der reinen kollektivwirtschaftlichen Zentralverwaltungswirtschaft (vollständige zentrale Planung des Wirtschaftsprozesses bei kollektivem Eigentum der Produktionsmittel) lassen sich eine Vielzahl von Mischformen einordnen. Bei den historisch-konkreten Ordnungsformen, dies sei hier nochmal hervorgehoben, handelt es sich stets um Mischformen, da die reinen Ordnungsformen idealtypische Konstrukte und aus theoretisch ableitbaren und empirisch leicht nachweisbaren Gründen funktionsunfähig sind.

1. Grundtatbestände und -probleme des Wirtschaftens

Bedürftigkeit²⁾ bei Güterknappheit, so könnte man etwas verkürzt formulieren, ist das ursächliche Momen wirtschaftlichen Handelns. Der in der Regel arbeitsteilig organisierte Prozeß der Herstellung wirtschaftlicher Güter kann auf sehr verschiedene Weise

realisiert werden und wird von Tauschhandlungen in den vielfältigsten Formen begleitet sowie mit Hilfe unterschiedlicher Medien bzw. Institutionen geregelt und vollzogen. Der arbeitsteilige Prozeß des Wirtschaftens zum Zwecke der Knappheitsminderung bzw. Bedürfnisbefriedigung läuft im Grundschemata so ab, daß durch die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden (die zwei ursprünglich nicht hergestellten Faktoren) und Kapital (der im Prozeß des Wirtschaftens erst erzeugt werden muß) aus den Darbietungen der Natur Rohstoffe gewonnen, daraus Zwischenprodukte und aus diesen konsumierbare Endprodukte (Güter 1. Ordnung) hergestellt werden. Hierbei ergeben sich einige Probleme ganz allgemeiner Art, deren Bewältigung allerdings auf prinzipiell verschiedene Weise versucht werden kann.

Daraus, daß die Produktionsfaktoren nur in beschränktem Umfang verfügbar und zudem alternativ einsetzbar sind sowie dem Umstand, daß die Bedürfnisse der Einzelnen in ihrer Gesamtheit ebenso unübersehbar sind wie die Produktionsmöglichkeiten bezüglich verschiedener Ziele bei alternativem Mitteleinsatz ergibt sich 1. das allgemeine Allokationsproblem, nämlich das Problem der optimalen Zuweisung der Produktionsfaktoren auf die verschiedenen möglichen Verwendungen: Die aus Bedürfnissen hervorgehenden Wahlentscheidungen (Planungen) der Wirtschaftssubjekte gilt es so aufeinander abzustimmen, daß der entstehende Gesamtnutzen maximiert und die Opportunitätskosten (= dem entgehenden Nutzen durch Nichtrealisierung alternativer Produktionsmöglichkeiten) möglichst gering gehalten werden. Von der jeweils realisierten Form der Wirtschaftsordnung hängt es nun ab, wer nach welchen Prinzipien die notwendigen Planentscheidungen trifft und auf welche Weise die Einzelpläne der Wirtschaftssubjekte koordiniert werden.

Bezogen auf den Faktor Arbeit ist neben Anzahl und Qualifikation der Leistungswille eine produktionsrelevante Größe. Da im arbeitsteiligen Wirtschaftsprozess günstigstenfalls eine partielle Identität von Planenden und Planausführenden besteht, ergibt sich bei verschieden gelagerten Interessen das Problem der Anreize bzw. Zwänge zur Leistung und damit 2. das Leistungs- bzw. Motivationsproblem. Leistungsanreize können über Formen

des Einkommens oder auch über einkommensindifferente Belohnungsformen (Prestige u.dgl.) wirksam werden. Leistungszwänge können über inner- oder außerbetriebliche Kontrollen ausgeübt werden, wobei letztere entweder von der Marktgegenseite (Konsument) oder -nebenseite (Konkurrent), oder aber von einer staatlichen Bürokratie ausgehen. Es liegt auf der Hand, daß auch die Art der Lösung des Leistungsproblems ordnungsabhängig ist.

Außerhalb und innerhalb des Wirtschaftsprozesses kommen die unterschiedlichsten Interessen: persönliche, familiäre und gruppenspezifische, zur Wirkung, die z.T. erheblich konfliktieren. Diese Interessenkonflikte führen zu Versuchen, durch die Verschaffung von Machtpositionen die Durchsetzung der jeweils eigenen partikulären Interessen zu Lasten der übrigen Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen zu erreichen, woraus sich 3. das Interessen- und Machtproblem ergibt. Dies kann zu Verzerrungen des Ordnungsgefüges und der Funktion des Wirtschaftssystems führen. Andererseits sind aber partikuläre Interessen die "Triebkraft für die wirtschaftliche Entwicklung", aber nur dann, "wenn es gelingt, das Ausmaß von Leistungsabgabe mit dem Grad der Verwirklichbarkeit von Interessen zu verknüpfen" (Gutmann). In diesem Falle helfen sie das Leistungs- und Lenkungsproblem zu lösen. Um dies zu gewährleisten, ist eine äußere Ordnung nötig, die das Entstehen privater wirtschaftlicher Macht verhindert und zugleich Leistungsanreize und -kontrollen begründet. Zur Schaffung dieser Ordnung bedarf es einer öffentlichen Ordnungsmacht, die nun ihrerseits kontrolliert und begrenzt werden muß.

Allein aus dem Umstand, daß manche Gesellschaftsglieder über keinerlei Faktoreinnahmen verfügen, ergibt sich das Problem der Einkommensverteilung und -umverteilung und damit - indirekt, zuweilen auch direkt - der Güterverteilung, kurz gesagt: 4. das Verteilungsproblem. Darüber hinaus wird die im Prozeß des Wirtschaftens entstehende Einkommensverteilung auf die Teilnehmer des Wirtschaftsprozesses selbst für korrekturbedürftig gehalten. Das Verteilungsproblem ist eng mit dem Interessen- und Machtproblem verknüpft.

Bei diesen andeutungsweise vorgestellten Grundproblemen handelt es sich um "allgemeine Probleme des Wirtschaftens, die in allen

wie auch immer beschaffenen Wirtschaftsordnungen aktuell werden"(Hensel). Da diese Probleme jedem Wirtschaften inhärent sind, sich jedoch nicht von selbst lösen, aber gelöst werden müssen, um ein einigermaßen reibungsarmes Funktionieren einer Volkswirtschaft zu ermöglichen, ergibt sich von hier aus die Ordnungsbedürftigkeit jeder Wirtschaft. Jedes Wirtschaften geschieht in einer bestimmten Ordnung und ist von dieser bestimmt, indem diese die Art der Lösung der angeführten Probleme vorzeichnet.

2. Grundprinzipien des Wirtschaftens⁴⁾

Aus dem oben benannten Zweck des Wirtschaftens und dem Grund Sachverhalt der Güterknappheit ergeben sich die zwei wirtschaftlichen Grundprinzipien(oder die zwei Aspekte des wirtschaftlichen Prinzips): das Prinzip der Nutzenmaximierung bei 1.der Güterverwendung und 2.bei der Güterherstellung.

Der Nutzen eines Gutes ergibt sich aus seiner Bedeutung für die Verwirklichung vorgegebener Ziele. Da es sich beim Nutzen um eine subjektive, intensive, nichtmeßbare Größe handelt, ist es problematisch, den Nutzen von Gütern, besonders von denen höherer Ordnung(konsumferne Güter), festzustellen. Bei unterschiedlicher Verwendung stiften die Güter unterschiedliche Nutzen und verursachen Kosten(entgangener Nutzen). Das Wirtschaften ist ein Handlungszusammenhang, bei dem vorzuziehende Zwecke mit unterschiedlichen Mitteln verwirklicht werden können. Der entstehende Nutzen hängt nun sowohl von den Zwecken als auch von den verwendeten Mitteln ab. Die Zwecke können unterschiedlichster Art sein. Betrachtet man sie als vorgegebene Daten, so folgt daraus, daß Nutzenmaximierung je nach Allokationssystem und nach den Rechts-, Sozial- und politischen Verhältnissen ganz Verschiedenes bedeuten kann. In jedem Falle setzt aber Nutzenmaximierung möglichst vollständige Kenntnis aller wirtschaftlich relevanten Daten voraus.

Bei dem Versuch, Nutzenmaximierung bei der Güterverwendung zu erreichen, muß bedacht werden, daß jede Verwendung eines Gutes auf Kosten aller anderen möglichen Verwendungen geht(allgemeines Kostengesetz), was bedeutet, daß der Nutzenzuwachs bei einer

bestimmten Verwendung eines Gutes mindestens so groß sein sollte wie der Nutzen, der bei alternativer Verwendung entstünde (allgemeines Kostenprinzip⁵⁾). Da ab einem bestimmten Punkt zusätzliche Gütereinheiten immer geringer werdende Nutzenzuwächse erbringen - der Grenznutzen⁶⁾ nimmt ab (Gossen'sches Gesetz), müssen zum Zwecke der Nutzenmaximierung die einzelnen Güter so auf ihre verschiedenen Verwendungen verteilt werden, daß sich ihre Grenznutzen in allen ihren Verwendungen ausgleichen (Gossen'sches Prinzip des Ausgleichs der Grenznutzen).

Auch in der Landwirtschaft erfolgt die Güterherstellung durch die Kombination komplementärer Produktionselemente (Sachverhalt der Komplementarität), insbesondere werden feste mit variablen⁷⁾ Faktoren kombiniert, wobei zu beachten ist, daß ab einem bestimmten Punkt, der Ertragsschwelle, jede zusätzliche Einheit der variablen Faktoren einen immer geringer werdenden zusätzlichen Ertrag (Grenzertrag) erbringt (Gesetz vom abnehmenden Grenzertrag). Bei der Verbundproduktion - von einer solchen spricht man, wenn die Herstellung eines Gutes immer mit der eines anderen oder mehrerer anderer zusammen erfolgt -, einem wichtigen Merkmal der Landwirtschaft, besteht eine wechselseitige Abhängigkeit der Nutzen der einzelnen Güter⁸⁾, wodurch bei unterschiedlichen Kosten- bzw. Nachfrageentwicklungen eine Erzeugungsanpassung und damit Nutzenmaximierung in der Regel erschwert werden.

Wenn man nun als weitere Möglichkeit Art und Menge der herzustellenden Güter als Datum betrachtet und davon ausgeht, daß bei der Herstellung eines Gutes im allg. mehrere Verfahren möglich sind, dann stellt sich in diesem Falle Nutzenmaximierung als das Problem der Auswahl und Kombination der Produktionsverfahren dar. Durch Spezialisierung, Substitutionen, Produktionsumwege (für die das Zeitelement eine große Bedeutung hat) lassen sich längerfristig die Kosten⁹⁾ ohne Nutzenentgang senken, vorausgesetzt, es besteht die Möglichkeit und die Neigung zu entsprechenden Investitionen.

Wirtschaften ist immer zweckgerichtetes Handeln. Damit die Wirtschaftssubjekte sparsam wirtschaften, d.h. kostensparend handeln, müssen sie entsprechend motiviert sein. Nutzenmaxi-

mierung ist nur möglich, wenn sowohl die Planenden wie auch die Planausführenden ihr Handeln am wirtschaftlichen Prinzip ausrichten.

II Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung

Zu den folgenden Ausführungen und insbesondere der Art der Verwendung des Systembegriffs sei angemerkt, daß der Schreiber sich der damit verbundenen Problematik schon bewußt ist. Zum einen sei auch hier betont, daß "System" eine analytische Kategorie¹⁰⁾ ist, die auf Gegenstände unterschiedlichster Art angewendet werden kann, daß es ein System Wirtschaft als materiale Entität also nicht gibt; daß vielmehr die Wirtschaft, deren agrarer Sektor usw. lediglich wie ein System behandelt bzw. mit Kategorien der Systemtheorie beschrieben werden. Systeme sind Modelle¹¹⁾ von Realitätsbereichen, bei deren Beschreibung bestimmte Aspekte mit Hilfe einer systemtheoretischen Betrachtung hervorgehoben werden. Gleichwohl reden wir im folgenden verkürzend so, als ob diese Systeme objektiv-reale Gebilde wären. Zum anderen ist die terminologische Durchbildung der hier verwendeten Ausdrücke sicher recht mangelhaft und erreicht bei weitem nicht die Präzision die etwa Ropohl (1978), der dort eine mengentheoretische Explikation in überzeugender Weise leistet, fordern würde. Einem solchen Einwand ließe sich aber die begründete Vermutung entgegenhalten, daß man einem solchen Anspruch in Bezug auf das spezifische Interaktionsfeld Wirtschaft ohnehin kaum gerecht werden könnte, ohne die Ceteris-paribus-Annahme noch mehr als gemeinhin schon üblich überzustrapazieren. In diesem Sinne versprechen wir uns von den folgenden terminologischen Festsetzungen und Explikationen durchaus einen - wenn auch begrenzten - Nutzen.

1. Gesamtsystem, Subsysteme, Wirtschaftsordnung

Als System bezeichnen wir eine Anzahl von Elementen mit bestimmten Eigenschaften, die miteinander in Beziehung stehen. Nicht alle Eigenschaften der Elemente und nicht alle ihre Beziehungen sind systemkonstituierend. Da es sich bei sozialen Systemen um "Systeme organisierter Komplexität" handelt, bedarf es zur theo-

retischen Erfassung dieser Systeme der Reduktion der faktischen Systemkomplexität. Durch Selektion bestimmter Beziehungen zwischen den Elementen und der Ordnung der Beziehungen nach bestimmten Regeln erhält man eine konstruierte Struktur(Ordnung) des Systems. Faktische Systeme sind zwar nicht identisch mit den theoretischen Modellen - wie oben betont wurde -, aber sie weisen eine analoge spezifische Struktur(Ordnung) auf. Der Grad der Ordnung eines Systems ist hoch, wenn für die Elemente eine geringe Wahlmöglichkeit für Zustände und Beziehungen besteht. Er ist niedrig, wenn diese Wahlmöglichkeit groß ist. Bei niedrigem Ordnungsgrad ist die Ungewißheit über künftige Systemzustände (Verhalten der Elemente) groß, bei hohem nimmt die Voraussagbarkeit zu.

Systeme können zueinander in vielfältigen Beziehungen stehen. So können sie Teilsysteme eines übergreifenden Gesamtsystems sein und auch selbst wiederum Subsysteme umfassen(hierarchischer Aspekt) oder einen Komplex von Systemen bilden, wie das bei den sozialen Systemen der Fall ist. Der Mensch als Grundelement sozialer Systeme verfügt über die vielfältigsten Handlungsmöglichkeiten. Aus der Fülle möglicher Handlungen lassen sich durch Herstellung eines Sinnzusammenhangs Handlungsbereiche ausgrenzen, die in bestimmter Weise geordnet sind - die sozialen Subsysteme. Als sinnzusammenhangstiftendes Abgrenzungskriterium menschlicher Handlungsbereiche, und damit als Konstituens der sozialen Subsysteme, kann die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen.

Das wirtschaftliche Subsystem ist die Gesamtheit der Handlungen, die auf die Deckung des Bedarfs und der dahinter stehenden Bedürfnisse nach wirtschaftlichen Sachgütern und Dienstleistungen gerichtet ist.

Das politisch-rechtliche Subsystem produziert diejenigen kollektiven Güter, die die Bedürfnisse nach rechtlichem und politischem Schutz befriedigen sollen(persönliche Sicherheitsrechte).

Das soziokulturelle Subsystem dient der Befriedigung der Bedürfnisse nach kulturellen Werten.

Sowohl zwischen den sozialen Teilsystemen wie auch zwischen

den wirtschaftlichen Teilvorgängen herrscht Interdependenz¹²⁾.

Wie im wirtschaftlichen Subsystem Zielsetzung(Planentscheidung) und Zielrealisation(Handlungsbeziehungen) erfolgen, und damit die Eigenart der Lösung der wirtschaftlichen Grundprobleme, hängt von der Struktur und dem Ordnungsgrad des realisierten Wirtschaftssystems ab.

Die Struktur des Wirtschaftssystems wird gebildet durch die Entscheidungsstruktur(Kompetenz), die Informationsstruktur (Koordination) und der Motivationsstruktur(Leistung)¹³⁾. Diese Struktur zeigt sich in den spezifischen Formen

- der Planung,
- der betriebsinternen Willensbildung,
- der Ausübung von Eigentumsrechten an sachlichen Produktionsmitteln,
- der formalen Unternehmens- und Betriebsziele,
- der Leistungskontrollen,
- der Entstehung und Funktion des allgemeinen Tauschmittels Geld,
- der Preisbildung.

Diese systemdifferenzierenden Ordnungselemente wurzeln in bewußt gestalteten rechtlichen und in historisch gewachsenen sozialen Regeln. Die Gesamtheit der konkret bestehenden Regeln des Rechts und der Konvention, die diese Formen bedingen, ist die Wirtschaftsordnung.

Zusammenfassend läßt sich, mit Gutmann, die Handelsordnung als der Grad der Geordnetheit der Beziehungen zwischen den Elementen des Wirtschaftssystems und die Wirtschaftsordnung als der äußere Bezugsrahmen für das Zustandekommen einer solchen Handelsordnung im Wirtschaftssystem, also die genannten Formelemente und die sie begründenden rechtlichen und sozialen Regeln, definieren.

2. Die zwei¹⁴⁾ reinen polaren Grundformen von Wirtschaftsordnungen

Diese zwei Grundformen, die reine Verkehrswirtschaft(privatwirtschaftliche Marktwirtschaft) und die reine Zentralverwaltungswirtschaft, haben vor allem theoretische Bedeutung. Historisch-konkrete Wirtschaftssysteme sind stets Mischformen. Die reinen Grundformen sind idealtypische Konstruktionen, in

denen ein einheitliches Lenkungs- und Koordinierungssystem verwirklicht gedacht wird. Anhand der oben genannten systemdifferenzierenden Ordnungselemente lassen sich die polaren Typen wie folgt kennzeichnen.

2.1. Privatwirtschaftliche Marktwirtschaft

Die Planung der Produktion erfolgt dezentral und marktgesteuert durch die einzelnen Wirtschaftssubjekte unter der Bedingung vollständiger Konkurrenz auf allen Märkten und Vertragsfreiheit. Die Produktionsfaktoren werden durch den Marktpreismechanismus in die alternativen Verwendungen gelenkt. Es besteht Privateigentum an den sachlichen Produktionsmitteln. Staatseigentum ist möglich, wenn es in die Marktordnung eingepaßt und mit dem Konkurrenzprinzip verträglich ist. Die betriebsinterne Willensbildung geschieht als Alleinbestimmung durch die Privateigentümer der sachlichen Produktionsfaktoren bei möglicher betriebsinterner Mitbestimmung durch die Träger des Faktors Arbeit. Die Zielsetzung der planenden Wirtschaftssubjekte auf Betriebs- bzw. Unternehmensebene richtet sich am Prinzip der Gewinnmaximierung aus (Profitprinzip). Preisbildung und Leistungskontrolle erfolgen über den Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage bei vollem Risiko und voller Haftung der Produzenten bzw. Anbieter (Rentabilitätsprinzip). Geld entsteht spontan in der zweiten und dritten Form (als Gegenleistung für ein empfangenes Sachgut oder eine Dienstleistung bzw. als Giralgeld bei der Kreditgewährung¹⁵).

2.2. Zentralverwaltungswirtschaft (ZVW)

In der ZVW erfolgt die Planung und damit die Allokation der Produktionsfaktoren zentral durch staatliche Stellen nach dem Prinzip der Feststellung von Bedarf und Aufkommen (Primat der Statistik) und dem Versuch ihres Ausgleichs (Mengensaldierung). Von der Zentrale gehen die Plananweisungen über intermediäre, nichtselbständige Planebenen zu den Betrieben. Es herrscht Staatseigentum an den sachlichen Produktionsmitteln u. auch kollektives Gruppeneigentum. Die Willensbildung erfolgt allein durch die staatlichen Zentralinstanzen, die die Eigentumsrechte über die sachlichen Produktionsmittel ausüben. Das Ziel der

produzierenden Wirtschaftseinheiten ist die Erfüllung des Planes (Planerfüllungs- und Prämienprinzip). Die Leistung wird über Planbilanzierung kontrolliert. Die Preise werden staatlich festgesetzt und haben, weil sie solcherart keine Knappheitsrelationen anzeigen, keine Lenkungsfunction. Geld entsteht nach Maßgabe der Zentralinstanzen nichtspontan in der zweiten und dritten Form.

3. Eine Typologie gemischter Wirtschaftssysteme¹⁶⁾

"Die Modellprämissen dieser "reinen" bzw. "vollkommenen" Wirtschaftssysteme haben einen so hohen Abstraktionsgrad, daß diese Grundformen für die Charakterisierung der Funktionsweisen konkreter Wirtschaftssysteme nur einen beschränkten Aussagewert haben. Um zu einer aussagefähigen Typologie der Wirtschaftssysteme zu kommen, muß man entweder auf deduktivem Wege von den Grundformen oder auf induktivem Wege von den konkreten Wirtschaftssystemen her einen mittleren Abstraktionsgrad der Wirtschaftssystemmodelle anstreben, wobei Mitte hier nicht im geometrischen Sinne, sondern als Zwischenfeld zwischen höchster Abstraktion und Einzelfallbetrachtung gemeint ist. Mit anderen Worten, es reicht nicht aus, nur die bipolaren idealtypischen Grundformen der Wirtschaftssysteme aufzuzeigen, sondern es müssen auch die realtypischen Wirtschaftssystemformen, die wirklichkeitsnäher sind, ausgewiesen werden."¹⁷⁾

Die historisch-konkreten Wirtschaftssysteme sind dadurch gekennzeichnet, daß in ihnen komplexe Lenkungs- und Koordinierungssysteme realisiert sind. In diesen Fällen sind bei der realtypischen Rekonstruktion die jeweils dominierenden systemkonstituierenden Ordnungselemente herauszustellen. Dabei kommt es darauf an, nicht eine beliebig lange Liste der Systemelemente zu erstellen, sondern die determinierenden Ordnungselemente danach zu bewerten, inwieweit sie die Systemwirklichkeit effektiv prägen. Die abgrenzungsrelevanten Faktoren gilt es gegenüber den "ergänzenden Systemelementen von wesentlich geminderter Formkraft" herauszustellen¹⁸⁾.

Der ordnungstheoretische Ansatz geht davon aus, daß Wirtschaftssysteme gesellschaftliche, rechtliche, institutionelle, geistig-sittliche und morphologische Gebilde sind. Die Präge-

kraft der einzelnen Faktoren ist von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. In jedem Falle aber werde Systemwirklichkeit durch die sachlich konstitutiven Faktoren geschaffen: das Lenkungs- und Koordinierungssystem und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Der Wirtschaftsverfassung als rechtlich konstitutivem und den vorherrschenden Ordnungsideen als geistig konstitutivem Faktor komme auch eine gewisse Formkraft zu, wobei einschränkend anzumerken ist, daß die jeweilige Wirtschaftsverfassung als die Gesamtheit der dem Wirtschaftssystem zugrunde liegenden kodifizierten Rechtsregeln und auch die jeweiligen Ordnungsideen nicht selten nur teilweise mit der Systemwirklichkeit übereinstimmen¹⁹⁾.

3.1. Die sachlich konstitutiven Faktoren

Die hauptsächlichen Funktionen, die das Lenkungs- und Koordinierungssystem zu erfüllen hat, sind die Anzeige der gesamtwirtschaftlichen Güterknappheiten; die Abstimmung der Pläne und Handlungen der Wirtschaftssubjekte zum Zwecke der indizierten Güterknappheiten; der Ausgleich und die Kontrolle der Interessen der Wirtschaftssubjekte; die Gewährleistung einer proportionalen und stetigen Wirtschaftsentwicklung.

Die Art der güterwirtschaftlichen Knappheitsanzeige konstituiert die zwei Grundformen der Lenkungs- und Koordinierungssysteme, die marktwirtschaftlichen (Marktpreismechanismus) und die zentralverwaltungswirtschaftlichen (Mengensaldierung in Planbilanzen).

Das formal-rechtliche Eigentum an den sachlichen Produktionsmitteln und die tatsächliche Verfügungsgewalt sind oft nicht identisch. Entscheidend für die Funktion eines Wirtschaftssystems ist die tatsächliche Verfügungsgewalt, die von Privaten, Kollektiven und Bureaukratien (Staat) ausgeübt werden kann. Herrscht private Verfügungsgewalt vor, wird das System als privatkapitalistisch bezeichnet, bei Dominanz staatlicher Verfügungsgewalt sprechen wir von einem bürokratischen (sozialistischen)²⁰⁾ Wirtschaftssystem.

"In fast allen Wirtschaftssystemen der Gegenwart (und auch der Vergangenheit-AM) finden sich sowohl Elemente dezentraler und zentraler Lenkungs- und Koordinierungssysteme als auch

Formen der privaten und öffentlichen Verfügungsgewalt über Produktionsmittel nebeneinander. Entscheidend für den Charakter des Wirtschaftssystems ist die jeweilige Dominanz der einen oder anderen Form des Lenkungs- und Koordinierungssystems und der Dispositionsgewalt an Produktionsmitteln."²¹⁾

Ein mechanisches Verfahren zur Feststellung der Dominanz der sachlich konstitutiven Faktoren scheint es nicht zu geben. Gleichwohl läßt sich im konkreten Einzelfall die vorherrschende Form des Lenkungssystems und der Verfügungsgewalt unschwer feststellen.

3.2. Die Typisierung gemischter Wirtschaftssysteme
Welches Planungssystem in einem historisch-konkreten Wirtschaftssystem vorherrscht, läßt sich daran erkennen, ob die Pläne der Einzelwirtschaften, von Kollektiven oder staatliche Stellen (Planungssubjekte) das Wirtschaftsgeschehen entscheidend bestimmen.

Die dominierenden Plankoordinierungsmittel (Markt-, Plansteuerung) geben Aufschluß über das vorherrschende Lenkungs- und Koordinierungssystem (Plankoordinierungssystem).

Die Verteilung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel auf Privatpersonen und staatliche Stellen sowie "die jeweils überragende Bedeutung"²²⁾ des privaten oder öffentlichen Sektors für die Orientierung und die Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte" legen fest, ob es sich um ein privatkapitalistisches oder bürokratisches (sozialistisches) Wirtschaftssystem handelt.

1. Kriterium: Dominanz des Plankoordinierungssystems

Nach dem Kriterium der Dominanz des Plankoordinierungssystems unterscheidet Peters²³⁾ die Grundtypen unvollkommener (gemischter) Wirtschaftssysteme, die sich aus der Kombination der jeweils vorherrschenden Pläne der Wirtschaftssubjekte mit dem Plankoordinierungssystem ergeben.

a. Unvollkommene Zentralverwaltungswirtschaft

Die Pläne staatlicher Zentralstellen steuern sowohl den kurzfristigen Wirtschaftsprozess wie auch die längerfristige Wirtschaftsentwicklung. Daneben existieren individuelle Wirtschafts-

pläne auf Teilsektoren(Konsumsphäre,Berufs- und Arbeitsstättenwahl,private Dienstleistungs- und Produktionseinheiten). Die zentrale Plananweisung herrscht eindeutig vor,bei subsidiären Märkten und Resten von Vertragsfreiheit.

b. Unvollkommene Marktwirtschaft

Es dominieren die Pläne der Einzelwirtschaften,die über den Markt durch den Preismechanismus koordiniert werden. Der Staat nimmt durch administrative Planung und staatliche Preisfestsetzung sowie eigene wirtschaftliche Betätigung Einfluß auf Angebot und Nachfrage. Außerdem verzerren zumeist monopolistische und gruppenwirtschaftliche Elemente(Kartelle u.dgl.) die Marktkoordinierung.

c. Globalgesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft

Dieses Wirtschaftssystem ist dadurch gekennzeichnet,"daß die Pläne der dominierenden Einzelwirtschaften sowie der Gruppen primär marktmäßig koordiniert werden und der Staat gleichfalls die Wirtschaftssubjekte bzw. deren Interessenorganisationen (Gewerkschaften,Arbeitgeberverbände) durch indikative Entwicklungsplanung dahin bringen will,ihre Pläne und Handlungen an Orientierungsdaten globaler Zielprojektionen,die der Staat mit den autonomen Gruppen in Konzertierte Aktionen erörtert hat,mitauszurichten. Die eigentliche Beeinflussung des Marktgeschehens findet dann global mit Hilfe der konjunkturpolitischen Instrumente der Geld-,Kredit- und Fiskalpolitik statt, und zwar mit dem Ziel,die makroökonomischen Relationen so zu verändern,daß extreme konjunkturelle Lagen vermieden und somit Konjunkturverläufe verstetigt werden."²⁴⁾

d. Sektoralgesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft

Durch konzertierte Aktionen mit autonomen Gruppen und quantifizierte,sektorspezifische Zielprojektionen,d.h. durch indikative Planung der Sektorentwicklung,versucht der Staat die dominierenden Wirtschaftspläne der Einzelwirtschaften und Gruppen unter Zuhilfenahme branchenspezifischer strukturpolitischer Maßnahmen zu beeinflussen.

e. Zentralgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft

In dieser planen die Gruppen selbständig und stimmen auch ihre Pläne durch Gruppenverhandlungen und Kollektivverträge unterein-

ander ab. Diese ausgehandelten Pläne bedürfen aber der Zustimmung durch ein zentrales Kollektivorgan, in das die einzelnen Gruppen Vertreter entsenden.

(Die Formen der marktgesteuerten, der global- und marktgesteuerten sowie der sektoral- und marktgesteuerten unvollkommenen Gruppenwirtschaft unterscheiden sich nur durch die Dominanz der Gruppen(pläne) von den entsprechenden unvollkommenen Marktwirtschaften.)

Art der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel Grundtypen unvollkommener Wirtschaftssysteme	Vorwiegend private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel	Vorwiegend öffentliche Verfügungsgewalt über Produktionsmittel
unvollkommene Marktwirtschaft	privatkapitalistische unvollkommene Marktwirtschaft	sozialistische unvollkommene Marktwirtschaft
globalgesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft	privatkapitalistische globalgesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft	sozialistische globalgesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft
sektoralgesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft	privatkapitalistische sektoralgesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft	sozialistische sektoralgesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft
marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	privatkapitalistische marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	sozialistische marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft
global- und marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	privatkapitalistische global- und marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	sozialistische global- und marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft
sektoral- und marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	privatkapitalistische sektoral- und marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	sozialistische sektoral- und marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft
zentralgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft		sozialistische zentralgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft
unvollkommene Zentralverwaltungswirtschaft		sozialistische unvollkommene Zentralverwaltungswirtschaft

Tab. 2: Typen unvollkommener Wirtschaftssysteme.

Aus: Peters(1976) S.404

2. Kriterium: Dominanz privater oder öffentlicher Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel

Differenziert man die so erhaltenen Grundtypen gemischter Wirtschaftssysteme entsprechend der Dominanz privater oder öffentlicher Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, so erhält man die Typen gemischter Wirtschaftssysteme nach der Art der Kombination der sachlich konstitutiven Faktoren (Tab. 2, S. 33).

3.3. Weiteres systemtypische Merkmale von Wirtschaftsordnungen²⁵⁾

Es ist vorstellbar, daß historisch-konkrete Wirtschaftssysteme sich bezüglich der Dominanz und Kombination der sachlich konstitutiven Faktoren nicht unterscheiden, sehr wohl aber in anderen systemkonstituierenden Merkmalen.

Für Peters sind die geistig konstitutiven Faktoren, die jeweils vorherrschenden Ordnungsideen, sowie die rechtlich konstitutiven, die jeweilige Wirtschaftsverfassung, d.h. die Gesamtheit der wirtschaftsrelevanten rechtsverbindlichen Regelungen, weitere systemkonstituierende Determinanten. Die ergänzenden Faktoren bestimmen den Charakter eines Wirtschaftssystems in einer Weise, die von Fall zu Fall recht verschieden sein kann. Im konkreten Einzelfall können z.B. Sitte, Tradition, und Arbeitsethos (sittliche Determinanten) durchaus großes Gewicht haben, ebenso wie: die wirtschaftspolitischen Leitbilder und der Stand der wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse (geistige Determinanten); die Art und Organisation der Wirtschaftspolitik und -verwaltung und die Organisation der Wirtschaftssubjekte (institutionelle Determinanten); die Geld- und Währungssysteme und die Beschaffenheit der Tausch- und Versorgungszentren (morphologische Determinanten); die Art und der Umfang der Wirtschaftssubjekte vom jeweiligen Arbeitgeber, vom Staat und von Gruppen sowie die Beschaffenheit der Arbeitsverhältnisse und die Formen der Mitbestimmung (gesellschaftliche Determinanten).

III Der Agrarsektor: Grundtatbestände und -probleme

1. Der "primordiale Sektor"

Beim gegenwärtigen Stand der volkswirtschaftlichen Entwicklung in der "ersten" und - mit Einschränkungen - der "zweiten" Welt und vor allem in Anbetracht der Diskussion über die in der Tat weitgehend verfehlte EG-Agrarpolitik gerät die Tatsache nur zu leicht aus dem Blickfeld, daß wir alle in einer ganz fundamentalen Weise auf die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft angewiesen sind. Unsere physische Existenz²⁷⁾ hängt zuallererst davon ab, daß wir "unser täglich Brot" haben. In wirtschaftlichen Ausnahme- und Notsituationen - es sei daran erinnert, daß viele Millionen Menschen in der "dritten" und "vierten" Welt sich permanent in solchen befinden - wird jedem klar, daß die Landwirtschaft als der "auf die unmittelbaren Bedürfnisse menschlichen Lebens orientierte Wirtschaftszweig" (Heidhues) gegenüber allen anderen Bereichen der Wirtschaft eine Vorrangstellung hat. Dies ist so seit der sog. neolithischen Revolution. So ist die Landwirtschaft, verglichen mit den anderen Wirtschaftssektoren, also auch im zeitlichen Sinne primordial.

Aus dem Umstand der Schaffung der Nahrungsgrundlage der Menschen, die unabdingbar und zugleich auch hinreichend für seine Fortexistenz ist, ergibt sich - im Ggs. zu allen anderen Sektoren - die prinzipielle Möglichkeit autarker Existenz der Landwirtschaft, auf die etwa Blohm völlig zu Recht hinweist. Nach dem Zusammenbruch 1945 kam diese Möglichkeit zumindest tendenziell zur Geltung, neben anderem darin, daß die Teilungsdisparitäten sich in der Landwirtschaft ungleich weniger schwer auswirkten als im gewerblichen Bereich. Zugleich wurde in dieser Zeit aber auch deutlich, daß die Landwirtschaft in fortgeschrittenen Industrieländern aufs engste mit den anderen Wirtschaftszweigen verbunden ist und ihre beeindruckende Leistungsfähigkeit ohne die Verwendung sektorextern produzierter Inputs nicht möglich wäre.

Es wird im folgenden noch einiges über Industrialisierung und deren Folgen für die Landwirtschaft gesagt werden. Deshalb sei hier erwähnt, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft für

diesen Prozeß grundlegende Voraussetzungen geschaffen hat. Gewiß waren die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung eng verschränkt und interdependent²⁸⁾. Jedoch sollte nicht übersehen werden, daß der "Takeoff" und das Fortschreiten der Industrialisierung nur durch die Produktivitäts- und Ertragssteigerungen der Landwirtschaft möglich waren, die die Nahrungsgrundlage einer stets zunehmenden nichtagrarischen Bevölkerung schufen. Es ist überdies unbestritten, daß ein großer Teil des in der Industrie eingesetzten Kapitals in der Landwirtschaft akkumuliert worden war, und daß der "rural exodus" die neu entstehenden Gewerbebetriebe mit Arbeitskräften versorgte.²⁹⁾

2. Die Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Entwicklung

Im Verlaufe des Industrialisierungsprozesses kommt es, gemessen an der Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der übrigen Wirtschaftssektoren einschließlich der nichtagrarischen Urproduktion, zu einem relativen Rückgang des Agrarsektors. Bei wachsender Gesamtbevölkerung nahm die Agrarbevölkerung und die Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen zunächst relativ, später auch absolut ab. Ebenso verminderte sich der Anteil der Agrarproduktion am Bruttosozialprodukt(BSP). Eine immer geringer werdenden Zahl in der Landwirtschaft Tätiger vermochte immer mehr Menschen immer besser zu ernähren. Die landwirtschaftliche Produktion verlor nach und nach ihren vornehmlich subsistenzwirtschaftlichen Charakter und orientierte sich zunehmend an den Anforderungen des Marktes. Dadurch geriet sie aber auch in einen ständig stärker werdenden sowie oft als lästig und in seinen Wirkungen als ungerecht empfundenen Anpassungsdruck.

Die hohe Rate technischen Fortschritts in der Landwirtschaft führte zu steigender Arbeits- und Bodenproduktivität durch den zunehmenden Einsatz ertragssteigernder Betriebsmittel(biologischer und chemischer Fortschritt) und arbeitssparender Maschinen sowie zu einer enormen Steigerung der Versorgungsleistung(total output), denen eine weit geringere Steigerung des Nahrungsmittelverbrauchs gegenüberstand. Bei abnehmendem Bevölkerungswachstum und Erhöhung des Wohlstandsniveaus(steigende Einkommen) besteht eine geringe Einkommenselastizität der men-

genmäßigen Nachfrage nach Agrarprodukten, bei gleichzeitig wachsendem Angebot. Dieses Ungleichgewicht zwischen absolut steigendem Angebot und relativ sinkender Nachfrage setzt, zumal die Mobilität der in der Landwirtschaft eingesetzten Produktionsfaktoren sehr begrenzt ist, die realen Agrarpreise unter Druck (relative Kaufkraft). Das Agrarpreisniveau sinkt, das Paritätsverhältnis³⁰⁾ der Agrarpreise fällt unter 100. Dies führt zu einem starken Einkommensdruck in der Landwirtschaft und schließlich zu einer beträchtlichen Einkommensdisparität. In einer funktionierenden Marktwirtschaft - die Aufnahmefähigkeit der anderen Sektoren vorausgesetzt (keine strukturelle Arbeitslosigkeit, kein "Null-Wachstum") - würde dies zu einer Abwanderung³¹⁾ aus der Landwirtschaft und zu einer Umverteilung der Produktionsfaktoren führen. Allerdings vollzog sich die Adaption der Landwirtschaft an die neu entstehenden volkswirtschaftlichen Bedingungen nur in wenigen Ländern auf diese Weise, in denen sich dann auch - über die unterschiedliche Preisentwicklung der einzelnen Agrarprodukte (Agrarpreisgefüge) - eine tiefgreifende Umstrukturierung innerhalb des Agrarsektors vollzog. In vielen Ländern, so auch in Deutschland³²⁾, wirkte eine aus verschiedenen Motiven heraus betriebene staatliche protektionistische Agrarpolitik strukturkonservierend und mehr oder weniger adaptionshemmend. Hier führten Preiskontrollen und -festsetzungen im Verbund mit der Schutzzolpolitik schließlich zu Produktionskontrollen und einer Tendenz zur "totalitären Beherrschung der Wirtschaftstätigkeit" (Hayek), mit dem Höhepunkt von 1933-45 und der Fortsetzung in der SBZ/DDR.

Nun bedarf die Landwirtschaft u.E. ganz gewiß staatlicher Hilfe³³⁾, um die sozialen Härten einer notwendigen Adaption an die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen vollziehen zu können. Allerdings sollte eine solche hilfreiche Agrarpolitik nicht nur symptomlindernd wirken, sondern an den wirtschaftlichen Ursachen ansetzen und ihre Problemsicht nicht auf vordergründige, rein ökonomische und fiskalische Tatbestände beschränken, sondern diese spezifischen Adaptionsschwierigkeiten der Landwirtschaft mit Blick auf den gesamtgesellschaftlichen, ökologischen und globalen Kontext zu lösen versuchen. In hochin-

dustrialisierten Ländern mit starker volkswirtschaftlicher und internationaler Verflechtung und Marktintegration der Landwirtschaft(zunehmende Interdependenz) kann es eine reine und bloß nationale Agrarpolitik ohnehin nicht mehr geben.

3. Die intersektoralen Beziehungen der Landwirtschaft

Nicht nur die wechselseitigen Beziehungen der sozialen Subsysteme,sondern auch die innerhalb des wirtschaftlichen Subsystems,und hier vor allem auch die Art der Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen bzw. Produktionsstufen, spiegeln die jeweilige Spezifik des Problems der wirtschaftlichen und damit untrennbar verbunden der politischen Macht in einer Gesellschaft wider. Die zunehmende Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung wirtschaftlicher Vorgänge mit fortschreitender Industrialisierung zwingt die Landwirtschaft dazu,immer engere Beziehungen zu wirtschaftlichen Unternehmen einzugehen, die als Input-Lieferanten oder Output-Abnehmer in irgendeiner Weise mit der Produktion,der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu tun haben. Wie erwähnt,handelt es sich bei der Landwirtschaft um einen im ganzen gesehen schrumpfenden Sektor. Der daraus entstehende Anpassungsdruck erklärt zusammen mit den besonderen produktionstechnischen und natürlichen Voraussetzungen landwirtschaftlicher Produktion die Eigenart der Probleme und der Beziehungen der Landwirtschaft zu anderen Bereichen der Wirtschaft.

Zunehmender Kapitalbedarf und fallendes Paritätsverhältnis stellen die Landwirtschaft vor große Probleme bei der Kapitalbeschaffung und -nutzung sowie bei der Vermarktung ihrer Erzeugnisse. Einer Vielzahl landwirtschaftlicher Produktionsbetriebe stehen in der Regel regionale Angebots- und Nachfrage-monopole gegenüber. Die Frage ist von größter Bedeutung,wer diese,in enger Beziehung mit der Landwirtschaft stehenden Unternehmen kontrolliert,ob es zu einer Integration des i.e.S. landwirtschaftlichen Sektors mit außerlandwirtschaftlichen Unternehmungen kommt; oder ob sich die Sektoren,durch differierende Interessen klar getrennt,mehr oder weniger unversöhnlich gegenüberstehen,und es zu einer Art "economic battlefront"(Hole-

sovsky) zwischen den Sektoren kommt.

Sei der Mitte des vorigen Jahrhunderts haben die Landwirte versucht, durch die moderne Form der ländlichen Genossenschaften³⁴⁾, zweckspezifischen Selbsthilfeorganisationen auf der Grundlage freiwilliger Assoziation, die neuartigen Probleme kooperativ durch vertikale Integration zu lösen. Die Vielzahl ländlicher Spezialgenossenschaften kann man unter die Hauptgruppen Kredit- (ländlicher Personalkredit als spezifische Form), Warenbezugs-, Absatz-³⁵⁾, Verwertungs-, Nutzungs- und Betriebsgenossenschaften zusammenfassen³⁶⁾, wobei als eine typische und verbreitetste Form vertikaler Integration die Molkereigenossenschaften hervorzuheben wären.

Diesem Versuch, die ökonomischen Probleme der Landwirtschaft durch überbetriebliche begrenzte Kooperation im Sinne der landwirtschaftlichen Produzenten zu lösen, stand von jeher die Forderung nach staatlicher Hilfe für die Landwirtschaft gegenüber. Selbst- und Staatshilfe sind nicht nur ihrer Art, sondern vor allem ihren Wirkungen nach ganz gegensätzlicher Natur³⁷⁾. Wenn Holesovsky die ländlichen Genossenschaften mit den Gewerkschaften vergleicht und ihnen eine ähnliche Funktion³⁸⁾ zuerkennt, so will er nicht nur die eminente wirtschaftliche Bedeutung der kooperativen Selbsthilfe betonen, sondern auch auf die politische Relevanz dieser Art wirtschaftlicher Assoziationen hinweisen. Je mehr die landwirtschaftliche Selbsthilfe durch staatliche Hilfe ersetzt wird, je mehr gerät auch die politische Selbständigkeit der Landwirtschaft in Gefahr, je größer wird die Abhängigkeit der Landwirte von staatlichen Institutionen und staatlicher Agrarpolitik. Die Tendenz zu immer ausgedehnterer staatlicher Kontrolle wirtschaftlicher Tätigkeit verstärkt sich und mit dieser auch die Manipulierbarkeit der Landwirte selbst. Die verhängnisvolle Verstrickung wirtschaftlicher und politischer Interessen in der staatlichen Agrarpolitik zeigte sich nicht erst nach 1933, sondern auch schon während der Zeit der Weimarer Republik, als die genossenschaftliche Selbsthilfe neben anderen Problemen vor allem der Kreditnot der Landwirte (Verschuldung) nicht Herr zu werden vermochte und die massive Staatshilfe die Abhängigkeit der Landwirtschaft von den poli-

tischen Instanzen überdeutlich werden ließ. Mit der Aufgabe der Hoffnung, die meisten wirtschaftlichen Probleme eigenverantwortlich in kooperativer Selbsthilfe lösen zu können und der zunehmenden Abhängigkeit von staatlichen Hilfsmaßnahmen, hatte die Landwirtschaft auch weitgehend ihre politische Selbständigkeit und ihr politisches Gewicht eingebüßt. (Auf die besondere soziopolitische Konstellation in Preußen-Deutschland, die es (groß)agrarischen Pressure Groups erlaubte, unangemessen großen Einfluß auf die Gesamtpolitik zu nehmen, soll an anderer Stelle eingegangen werden.)

4. Einkommensinstabilität und Risiko

Die zunehmende volkswirtschaftliche Verflechtung und Marktintegration haben die Landwirtschaft zu einem außerordentlich konjunkturrempfindlichen Wirtschaftsbereich werden lassen. Bemerkenswert ist die empirisch-statistisch festgestellte Tatsache, daß bei relativer Stabilität der landwirtschaftlichen Produktion die Agrareinkommen starken, konjunkturell bedingten Schwankungen unterworfen sind. So sanken z.B. während der Weltwirtschaftskrise die Preise für Agrarprodukte doppelt so stark wie die der benötigten Betriebsmittel, so daß das Erlös-Kosten-Verhältnis sich dramatisch verschlechterte, was bei hoher Verschuldung sehr oft zu Insolvenz mit folgendem Bankrott führte. Zu erklären ist dieser Tatbestand durch das relativ unelastische Angebot von Agrarprodukten. Zwar ist auch die diesbezügliche Nachfrage ziemlich unelastisch, aber bei starken Einkommensrückgängen sinkt auch die Gesamtnachfrage und es kommt zu Substitutionen, die den Gesamterlös zusätzlich senken. Dem steht eine anomale Angebotsreaktion³⁹⁾ der Landwirte gegenüber, die versuchen, durch eine Erhöhung der Angebotsmenge bei sinkendem Preis das Familieneinkommen zu sichern. Die Folge ist natürlich eine Verstärkung des Preisverfalls. Ein weiterer Grund für die relative Unelastizität des Angebots ist der Umstand, daß eine Output-Senkung, bei dem hohen Anteil outputunabhängiger (fixer) Kosten in der Landwirtschaft, nur zu geringfügigen Kosteneinsparungen führt.

So kann es zu der Situation kommen, daß der Landwirt bei ge-

steigerter Produktion und Mühe ein sinkendes Einkommen erzielt. Die meisten Bauern empfinden diese Lage, deren Zustandekommen sie kaum durchschauen, als ungerecht und werden entsprechend, in der Regel durch die Forderung nach staatlicher Hilfe, reagieren.

Worum es sich hier handelt, ist die Abnahme bzw. Verminderung des Marktrisikos der Landwirtschaft durch den Staat. Man kann, grob gesprochen, zwei Arten des Risikos, denen sich die Landwirtschaft konfrontiert sieht, unterscheiden. Jede landwirtschaftliche Produktion ist nicht nur an langfristig stabile natürliche Gegebenheiten (natürliche Standortbedingungen) gebunden, sondern in unmittelbarer Weise von unvorhersehbaren kurzfristigen Schwankungen der natürlichen Bedingungen (vor allem Witterungsirregularitäten) und produktionsspezifischen Risiken (Feuer, Seuchen u. dgl.) abhängig. Dagegen haben sich die Landwirte schon frühzeitig auf verschiedene Weise zu schützen versucht, u. a. durch Reservehaltung, Versicherungen und besondere Arten von Selbsthilfeeinrichtungen. Mit zunehmender Marktintegration drängten neuartige, aber für den einzelnen ebenso unvorhersehbare wirtschaftliche Risiken nach angemessenen Lösungen. Einkommensinstabilität und -disparität bis hin zur Existenzgefährdung vieler Betriebe führten zu einer verstärkten Staatshilfe für die Landwirtschaft und über diese zu einer mehr oder weniger weitgehenden Abnahme des Marktrisikos der Landwirtschaft durch den Staat. So hilfreich diese Risikoübernahme durch den Staat sich für viele einzelne Landwirte ausgewirkt haben mag, so bedenklich waren oft die gesamtwirtschaftlichen, die politischen und auch die Folgen dieser Interventionen für die Einstellungen vieler Landwirte zu wirtschaftlichen und sozialpolitischen Problemen und der Funktion und dem Umfang staatlicher Aktivitäten überhaupt.

5. Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte

Die nicht nur, aber vor allem in totalitären bzw. quasi-totalitären Staaten zu beobachtende Kluft zwischen formalrechtlichen Eigentumstiteln und faktischen Verfügungsrechten macht es notwendig, einige Bemerkungen zu den landwirtschaftlichen Besitz-

verhältnissen einzufügen⁴⁰⁾.

Fundamental ist die Unterscheidung, wie sie z.B. Holesovsky vornimmt⁴¹⁾, zwischen Verfügungs- und Nutzungsrechten⁴²⁾ (actual custody=disposition or operational rights) und rechtlichen Eigentumstiteln (legal ownership title) auf der anderen Seite. Wenn es darum geht, die wirtschaftliche Relevanz von Eigentums- bzw. Besitzrechten zu beurteilen, braucht man sich um die rechtlichen Eigentumstitel nur wenig zu kümmern. So verfährt z.B. Dovring⁴³⁾, der einen sehr umfassenden Begriff von Besitz als einem System von Entscheidungen und einem Instrument der Verteilung hat. Für ihn ist Besitz gleichbedeutend mit einem Bündel von Rechten, das nicht nur das Land umfaßt, sondern alle die Rechte, die der Wirtschaftende in seinen beiden Eigenschaften als Produzent und Gesellschaftsmitglied ausüben kann.⁴⁴⁾ Unter Besitz im konventionellen Sinn sei mindestens eines der folgenden drei Rechte zu verstehen: 1. Die Möglichkeit, über Ressourcen zu verfügen; 2. Die Möglichkeit, über den Grund und Boden zu verfügen; 3. Der Anspruch auf (Boden)rente. Dabei umfaßt die Möglichkeit der Ressourcenverwendung Entscheidungsbefugnisse auf mehreren Ebenen: 1. Die Bewirtschaftung; 2. Die Planung der Produktion; 3. Die Beeinflussung der Marktbedingungen; 4. Die Teilnahme an der Erstellung von Grundregeln für politische Entscheidungen. Dies ist in der Tat ein sehr weitgespanntes "Concept of Tenure", das zweifelsohne seine Berechtigung hat. Wir ziehen hier gleichwohl einen engeren Begriff vor, der sich auf die Nutzungs- und Verfügungsrechte im oben umrissenen Sinne beschränkt.

Nach Holesovsky⁴⁵⁾ gibt es zwei Grundmodelle agraren Landbesitzes, den vom Eigentümer selbst bewirtschafteten Betrieb (owner operated farm) und den kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieb (capitalist farm, absentee ownership), wobei er die auf der Grundlage freiwilligen Zusammenschlusses gebildeten landwirtschaftlichen Kooperativen zur ersten Gruppe rechnet. Beim zweiten Grundmodell unterscheidet er zwei Subformen: die Variante mit Privatbesitz (z.B. verpachteter Großbesitz) und die staatskapitalistische Variante, wie sie sich in den Ostblock-Staaten findet. Zudem gebe es noch eigentümliche hybride Eigentumskombinationen, worunter er die symbiotische Interdependenz im "Latifun-

dio-minifundio-Komplex" versteht, die nicht nur zwischen den Haciendas und den unterhalb des Subsistenzniveaus liegenden Familienwirtschaften der Pächter und Landarbeiter in Süd- und Mittelamerika bestehe, sondern auch, und dieser Hinweis ist sehr erhellend, zwischen den "Soviet collective farms with their private plot sector"⁴⁶⁾.

Wenn man einmal den immer wieder eintretenden zielgerichteten Wandel durch Bodenreformen als Ausnahme übergehe, so Dovring, habe sich der Wandel der Verteilungsmodi von Eigentum und Betriebsgröße und des institutionellen Rahmens außerordentlich langsam vollzogen, wobei für ihn sich der landwirtschaftliche Familienbetrieb als das effizienteste Besitz- und Wirtschaftssystem erwiesen hat⁴⁷⁾. Die Stärke der nicht zu großen Betriebe mit Familienarbeitsverfassung sei allgemein anerkannt, selbst dort, wo andere Betriebssysteme und Besitzformen vorherrschten.

Für die Stabilität und Invarianz dieser Strukturen und Institutionen führt Dovring drei Gründe an: 1. Die biologische und räumliche Natur der landwirtschaftlichen Produktion; 2. Sektorale Verhältnisse und Faktorenpreise und 3. Trägheit. "Vested Interests", die überdurchschnittliche Vorteile von einem System haben, hielten dieses System auch dann noch aufrecht, wenn seine ursprüngliche vernunftmäßige Begründung nicht mehr gegeben sei. Bei Instabilität bzw. Transformation eines Agrarwirtschaftssystems gilt es also zu prüfen, welche der Stabilitätsbedingungen nicht mehr erfüllt waren.

6. Bodenrente

Bei der Diskussion über die Fragen des Bodeneigentums, der Bodenbesteuerung und damit verbunden der Bodenbesitzreform haben die unterschiedlichen Auffassungen über den Charakter der Bodenrenten ("absolute Grundrente", Differentialrenten) eine große Rolle gespielt (Thünen, Ricardo, Marx, George, Damaschke u.a.).

6.1. Abgeleitete Nachfrage nach Boden

Produktionsfaktoren dienen definitionsgemäß der Herstellung von Konsumgütern (Güter 1. Ordnung), sind selbst also Güter höherer Ordnung und somit nicht direkt zur Bedürfnisbefriedigung geeignet. Die Nachfrage nach ihnen ergibt sich aus der Nachfrage

nach den Endprodukten, zu deren Erzeugung sie beitragen, sie ist abgeleitet. Der Faktorinput wird sich an der Minimalkostenkombination der beteiligten Faktoren auszurichten haben. Bodenmobilität⁴⁸⁾ vorausgesetzt, wird ein Landwirt bei dem Versuch, eine gewinnmaximale Ausbringung zu erzielen, soviel Boden pachten oder erwerben, bis der Punkt erreicht ist, in dem das Grenzerlösprodukt seinen Marktpachtsatz (bei Eigentumserwerb handelt es sich um kalkulatorische Kosten) entspricht, d.h. wenn die marginalen Kosten gleich dem Wert des Grenzprodukts sind.

6.2. Grundrente als ökonomische Rente und als preisbestimmendes Kostenelement

"Nun besteht eine der Besonderheiten des Bodens darin, daß sein Gesamtangebot im Gegensatz zu dem der meisten anderen Faktoren relativ unveränderlich ist und deshalb im allgemeinen in Reaktion auf einen höheren Bodenpreis⁴⁹⁾ nicht erweitert und auf sinkende Bodenrenten nicht reduziert werden kann."⁵⁰⁾

Unter Wettbewerbsbedingungen bildet sich der Gleichgewichtspreis für Boden bzw. der Pachtsatz als Funktion von Angebot und Nachfrage. Da Boden in unveränderlicher Menge angeboten wird, also vollkommen unelastisch, wird dieser Preis allein durch die Nachfrage bestimmt. Es handelt sich um den Fall einer reinen ökonomischen Rente. Lassen Klima, Qualität des Bodens und wirtschaftliche Standortbedingungen keine alternativen Verwendungen des Bodens zu, so führt z.B. ein Sinken des Getreidepreises auch zum Preisverfall für Getreideböden⁵¹⁾. Das bedeutet also, daß nicht der Getreidepreis von der Höhe des Bodenpreises, sondern umgekehrt, der Bodenpreis vom Preis des Endprodukts abhängig ist.

Der einzelne Landwirt hat die aus dem bestehenden Bodenpreis entstehenden effektiven (Bodenpacht) oder kalkulatorischen (Bodeneigentum) Kosten in sein ökonomisches Kalkül zu ziehen. Insofern geht die Bodenrente in die Produktionskosten ein, denn selbst wenn er bei Bodenbesitz effektiv keine Bodenrente zu zahlen hat, muß er die entgehenden Alternativerlöse, die das Produkt aus Bodenmenge und Pachtzins sind, als kalkulatorische Kosten behandeln. Stellt sich somit aus der Sicht des einzelnen Landwirts die Bodenrente als preisbestimmendes Kostenelement dar, so ist aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive, wie oben angedeu-

tet, die Bodenrente eine vom Preis der Güter 1. Ordnung bestimmte Größe. "Ob die Rente ein preisbestimmendes Kostenelement ist oder nicht, hängt vom Standpunkt ab - von dem eines kleinen Unternehmens, eines kleinen Landwirtschaftszweigs, möglicherweise eines Einzelnachfragers oder von dem der Volkswirtschaft als Ganzes. Was für die ganze Gemeinschaft oder einen beherrschenden Wirtschaftszweig ein preisbestimmter Renten'ertrag eines unelastisch angebotenen Faktors ist, kann dem einzelnen Unternehmen oder einem kleinen Landwirtschaftszweig, die unter vielen potentiellen Nachfragern nicht ins Gewicht fallen, als preisbestimmendes Kostenelement erscheinen."⁵²⁾

6.3. Grundrente als Residualeinkommen

Behandelt man die Grundrente als Restgröße, die nach Abzug aller anderen Faktorkosten vom Gesamterlös eines Betriebes übrig bleibt, so lassen sich verschiedene Arten unterscheiden. Verbleibt selbst den auf schlechtesten Böden (Grenzböden) wirtschaftenden Betrieben nach Abzug aller Kosten ein Restbetrag, so wird dieser als absolute Grundrente bezeichnet. Differentialrenten erzielen solche Betriebe, deren Böden den vorerwähnten gegenüber eine größere Fruchtbarkeit aufweisen, die also bei gleichen Kosten höhere Erträge und damit Gesamterlöse erzielen (Fruchtbarkeitsrente). Sind die Bezugs- und Absatzverhältnisse eines Betriebes vorzüglicher als die eines anderen - ceteris paribus⁵³⁾, so erzielt er den gleichen Erlös bei geringeren Kosten und damit eine Differentialrente (Lagerrente). Werden nun durch eine verbesserte Agrartechnologie, wiederum ceteris paribus, höhere Erträge bei gleichem Aufwand oder gleiche Erträge bei geringerem Aufwand erzielt, so vergrößert sich die als Restgröße erscheinende weitere Form der Differentialrente, die Intensitätsrente. Diese residualen Renten gehen nicht bestimmend in den Produktionspreis ein, sondern setzen ihn voraus.

6.4. Grundrente und Eigentum bei Marx

Marx ging davon aus, daß von dem angewandten Kapital nur das variable, nämlich die menschliche Arbeitskraft, neuen Wert und mit diesem Mehrwert und Profit hervorbringe. Das konstante Kapital hingegen, die Rohmaterialien, Werkzeuge, der Boden u. dgl.,

sei nicht produktiv. Einleuchtend ist, daß das konstante Kapital ohne die es verwendende menschliche Arbeitskraft, die es auch hervorgebracht hat⁵⁴⁾, totes Kapital bleiben muß. Andererseits ist aber die produzierte Wertgröße auch eine Funktion des sog. konstanten Kapitals⁵⁵⁾. Man faßt deshalb in der nichtmarxistischen Analyse sowohl das konstante wie auch das variable Kapital unter dem Begriff "Produktionsfaktoren" zusammen und hält es in der Regel für vertretbar, daß für deren Nutzung ein Preis gezahlt wird.

Boden sei nicht beliebig herstellbar, wie z.B. Kapitalgüter; er sei eine "monopolisierbare Naturkraft". Aus der Nutzung einer solchen monopolisierbaren und monopolisierten Naturkraft durch das Kapital ergebe sich ein Surplusprofit⁵⁶⁾, der in diesem Falle als Grundrente bezeichnet wird. Bei der Grundrente handele es sich um eine Differentialrente, "denn sie geht nicht bestimmend mit ein in den allgemeinen Produktionspreis, sondern setzt ihn voraus" (Marx). Marx unterscheidet zwei verschiedene Differentialrenten. Einmal die Ricardo'sche Grundrente, die als Differentialrente I bezeichnete Differenz, die zwischen dem Produkt von zwei gleichen Mengen Kapital und Arbeit auf derselben Bodenquantität erzielt wird. Sie sei im wesentlichen eine Produktivitätsdifferenz, die durch unterschiedliche Bonitätsgrade des Bodens, Marktlagen, Grundstücksverhältnisse u.dgl. entstehe. Sie könne auch durch hauptsächlich außerwirtschaftliche Einflüsse bewirkt werden: unterschiedliche Besteuerung, ungleiche Kapitalverteilung, technologische Entwicklungen, Interventionismus u.dgl.

Die Differentialrente II hingegen sei ein Surplus, das durch den Einsatz von Kapital höherer Produktivität, d.h. zuschüssigem Kapital, auf gleichem Boden erzielt werde. Der Realisierung dieser Rente sind durch das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag⁵⁷⁾ allerdings relativ enge Grenzen gesetzt.

Von diesen beiden Formen der differentialen sei die absolute Grundrente, die aus der Trennung von Eigentum und Nutzung des Bodens entstehe, zu unterscheiden. Diese absolute Rente entspringe einzig und allein dem Privateigentum am Boden und dem Monopol des Eigentümers, und sie sei - wegen der Trennung von Nutzung

und Besitz - Element der Preisbestimmung. Sie sei als Monopolrente und im Ggs. zu den Differentialrenten ökonomisch nicht rechtfertigbar und schädlich. Marx: "Das Grundeigentum fängt einen Teil des Mehrwerts ab, der sonst in die Ausgleichung zur allgemeinen Profitrate⁵⁸⁾ eingehen würde. Die Rente bildet dann einen Teil des Werts, spezieller des Mehrwerts der Waren, der ... den Grundeigentümern zufällt, die ihn aus den Kapitalisten (den Pächtern-AM) extrahieren."⁵⁹⁾

Da diese Rente nur bei Trennung von Eigentum und Nutzung realisiert werden könne und von dem Pächter an den Grundeigentümer abgeführt werde, führten Selbstbewirtschaftung und Verstaatlichung des Bodens gleichermaßen zur Aufhebung der absoluten Rente. Die Differentialrenten blieben davon unberührt. Der Bodenpreis sei im übrigen die kapitalisierte Rente.

Man kann einwenden, daß erstens die Trennung von Eigentum und Nutzung nur ausnahmsweise auftritt (englisches Pachtsystem); daß zweitens in diesem Fall die Pachtzahlungen gewöhnlich aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ermittelt werden und deshalb durchaus als Nutzungsgebühren für ein wirtschaftlich knappes Gut betrachtet werden können, zumal der Boden in seiner Gesamtheit zwar ein Monopolgut ist, faktisch aber eine Vielzahl von Anbietern miteinander konkurrieren, so daß weder auf der Anbieter- noch auf der Nachfragerseite ein Monopol herrscht.

7. Agrarpolitik in der ZVW. Grundlagen

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, uns systematisch oder auch nur ausschnittsweise über Agrarpolitik als einer Form sektoraler Wirtschaftspolitik in marktwirtschaftlich verfaßten Wirtschaftssystemen zu äußern⁶⁰⁾; die theoretischen Grundlagen der ZVW wurden weiter oben angesprochen. Hier sei nur auf einige Besonderheiten der Agrarwirtschaft und -politik im zentralverwaltungswirtschaftlichen Bereich hingewiesen.

Auch für die Agrarpolitik als sektoraler Wirtschaftspolitik in einer ZVW gilt, daß sie als Ergänzung zur globalen Wirtschaftspolitik zu betrachten ist und wegen der allgemeinen Interdependenz wirtschaftlicher Vorgänge Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft zeitigt. Allerdings unterscheiden sich sowohl das Ordnungsgefüge

als auch die Wirtschaftspolitik in ZVW ganz fundamental von ihren Analoga in Marktwirtschaften. Wie problematisch ein nur empirisches Vorgehen bei der Charakterisierung der entscheidenden Merkmale ist, zeigt z.B. v. Dietze's Begriff der "totalitären Agrarpolitik"⁶¹), unter die er die des Faschismus (Italien), Nationalsozialismus (Deutschland) und Bolschewismus (SU, SBZ/DDR, übrige Satelliten und VR China) zusammenfaßt. Die phänotypische Ähnlichkeit agrarpolitischen Handelns sollte den Blick auf wichtige systemare Unterschiede (z.B. Eigentumsformen), die den Charakter und die Wirkungen scheinbar gleichartigen Vorgehens stark modifizieren können, nicht verstellen.

Während in Marktwirtschaften weitgehend eine indirekte Lenkung der Produktion stattfindet, erfolgt diese in ZVW, und zwar relativ unabhängig von den dominierenden Eigentumsformen, in mehr oder weniger vollkommener Weise direkt. Die Tendenz zur totalen staatlichen Lenkung aller Wirtschaftsvorgänge bringt unausweichlich eine immer weiter gehende Beschränkung privater Verfügungsrechte bis zu deren völliger Aufhebung mit sich. Die Beseitigung der unternehmerischen Entscheidungsbefugnis und Verantwortung läßt auch in der Landwirtschaft eine Wirtschaftsführung auf eigene Rechnung und eigenes Risiko, ungeachtet fortbestehender rechtlicher Eigentumstitel, nicht mehr zu. Staatliche Planungsinstanzen übernehmen weitgehend die betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Entscheidungen über die Ausrichtung und Gestaltung der Produktion. Als Lenkungsinstrumente werden hauptsächlich Abbauauflagen und Ablieferungsverpflichtungen in Verbindung mit Betriebsmittelzuweisungen benutzt. Das entstehende Motivationsproblem, das mit "moral suasion" sowie wirtschaftlichem und politischem Druck allein nicht lösbar ist, wird mit "ökonomischen Hebeln" angegangen. Über fixe und relativ hohe administrativ festgesetzte Preise bzw. über ein System der geteilten Preise - niedrige Preise für das "Soll" und hohe Preise für die überschießenden Mengen ("freie Spitzen") - sollen dem Landwirt Produktionsanreize gegeben werden. "Diese zentral gesteuerte Lenkung hat zur Folge, daß die Bauern keineswegs immer "marktkonform", sondern im Gegenteil vielfach sogar volkswirtschaftlich unsinnig handeln. Denn entscheidend für die betriebs-

wirtschaftliche Einstellung ist nicht die zweckmäßigste Belieferung des Marktes und die richtige Anpassung der Betriebsorganisation an die Standortverhältnisse, sondern vordringlich die Erfüllung des Ablieferungssolls und die Nutzung der wirtschaftlichen Chancen, die das Absatz- und Preissystem der ZVW bietet, die aber keineswegs mit den volkswirtschaftlichen Belangen übereinzustimmen brauchen."⁶²⁾ Vor allem verhindert die zentrale Lenkung "die sachgemäße Anpassung der Produktion an die auf kleinstem Raum sehr unterschiedlichen Standortbedingungen". Die starren Planaufgaben, die recht willkürlichen administrativen Preisfestsetzungen und die Beschränkung der Dispositionsbefugnisse vermindern nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Agrarwirtschaftssystems, sondern auch die systemkonforme Leistungsbereitschaft der Landwirte. Die Verschärfung des Allokationsproblems wird besonders in Bezug auf die Betriebsgröße spürbar. Da in einer ZVW Preise keine Indikatoren relativer Güter- bzw. Faktorknappheiten sind, ist nicht nur bei gegebener Struktur der Betriebseinheiten ein Auseinanderklaffen einzelwirtschaftlicher Einstellungen und volkswirtschaftlicher Belange wahrscheinlich, sondern auch das Problem effizienter Bodenallokation, d.h. der optimalen (=kostengünstigsten) Betriebsgröße, ist kaum lösbar. Zum einen sind die Verfügungsrechte an Grund und Boden beseitigt, zum anderen gibt es keine funktionierende Kostenrechnung, die eine Bewertung der relativen Knappheit des Faktors Boden zuließe. Eine Wanderung des Bodens zum "besten Wirt" ist deshalb so gut wie ausgeschlossen.

Es ist zu erwarten, daß zentrale Wirtschaftsplanung nicht nur die betriebswirtschaftlich sinnvolle Produktionsgestaltung behindert, sondern wegen ungenügender privatwirtschaftlicher Anreize zu verminderter Leistungsbereitschaft führt. Der kaum vermeidbare Widerspruch zwischen persönlichen und gesamtwirtschaftlichen Interessen wird in allen ZVW zu einem permanenten Problem. Allerdings muß dieser Konflikt nicht immer und überall in gleicher Weise virulent werden. Wenn es den offiziellsten Ideologien gelingt, den Anschein zu erwecken, sie machten sich die vorherrschenden traditionellen Werthaltungen, persönlichen Leitbilder u.dgl. zu eigen, kann dieser Konflikt vielleicht latent gehalten

oder zumindest gemildert oder aufgeschoben werden.

Bei alldem darf eines nicht übersehen werden: Einerseits wird der Bauer in einer ZVW weitgehend wirtschaftlich proletarisiert, verliert immer mehr den Status eines eigenverantwortlich wirtschaftenden Unternehmers. Andererseits aber werden ihm auch die Risiken landwirtschaftlicher Produktion in hohem Maße abgenommen, ein Umstand, den viele Landwirte, vor allem diejenigen, die mit den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise konfrontiert worden waren, positiv vermerkten. Daß diese Risikoverminderung bzw. -abnahme zum Preis wirtschaftlicher und politischer Entmündigung erfolgte, wurde anscheinend nicht jedem Betroffenen zum Problem.

Auf folgende interessante Tatbestände sei noch hingewiesen. Sucht man nach einer Erklärung für die "Vorreiterfunktion" der Landwirtschaft bei der Ausformung eines mehr oder weniger spezifisch nationalsozialistischen Wirtschaftssystems, so ist der Verweis auf die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Landwirte und der damit verbundenen Aufgeschlossenheit gegenüber dem Nationalsozialismus sicher berechtigt, ebenso wie der auf die besondere politische Konstellation, die es den Agrarideologen um Darré erlaubte, sehr früh ihre befremdlichen agrarpolitischen Vorstellungen in praktische Politik umzusetzen. Auf der anderen Seite erleichtert die begrenzte Zahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie ihre relative qualitative Homogenität (Standardisierung) die zentrale Lenkung der Landwirtschaft in einer Weise wie in sonst keinem anderen Wirtschaftszweig.

In ZVW besteht eine nicht nur theoretisch leicht einsehbare Tendenz zu großen Produktionseinheiten auch in der Landwirtschaft, sondern dies ist auch ein empirisch belegbares Faktum. In der Mechanisierungsphase korrespondiert dieser ordnungsspezifische mit einem allgemein ökonomischen Trend nach Betriebsvergrößerung. Die Besonderheiten der Wirtschaftslenkung in ZVW heben die wirtschaftlichen Vorteile kleinbetrieblicher Produktion weitgehend auf. Außerdem erschwert die große Zahl kleinerer Betriebseinheiten die zentrale Kontrolle. Gleichwohl blieb in der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft die Betriebsgrößenverteilung in Deutschland nahezu völlig unverändert. Aus ideologischen und

sozialpolitischen Gründen wurde eine - zugegebenermaßen wohl nicht übermäßig starke - ordnungs- und phaseninduzierte Tendenz zur Betriebsvergrößerung⁽⁶³⁾ blockiert. Die temporäre Umkehrung dieser Tendenz in der SBZ nach dem Ende des 2. Weltkriegs erfolgte u.a. auch aus ideologischen Gründen, jedoch im Hinblick auf spätere großbetriebliche Produktion.

8. Familienbetrieb und optimale Betriebsgröße

Ungeachtet der Existenz mehr oder weniger überzeugender theoretischer Ableitungen der optimalen Betriebsgröße, ist deren praktische Bestimmung ebenso problematisch wie die ökonomische Beurteilung des bäuerlichen Familienbetriebs angesichts zahlreicher Argumente sowohl für als auch wider diesen.

Eine der grundlegenden Arbeiten zum Problem der optimalen Betriebsgröße ist die schon in den 20er Jahren entstandene von Tschajanow(1930). Er weist auf die von denen in der Industrie abweichenden Verhältnisse bezüglich des Kostengefüges und die Grenzen der Betriebsvergrößerung in der Landwirtschaft hin. "Eine Betriebsvergrößerung pflegt in der Industrie und auch in der Landwirtschaft beträchtliche Ersparnisse an Kosten aus der Nutzung der Produktionsmittel mit sich zu bringen. Aber in der Landwirtschaft können sich diese Vorteile nicht auswirken, weil dem Hindernisse entgegenstehen, die dem Betriebsorganisator in der Industrie unbekannt bleiben.

Der Betriebsleiter in der Landwirtschaft, der seine Fläche ausdehnt, gewinnt sehr viel daran, daß die allgemeinen Unkosten und der Aufwand für die ortsfesten Einrichtungen ... auf die Flächeneinheit berechnet, fallen; aber gleichzeitig verliert er an den stark anwachsenden Ausgaben für die Transporte innerhalb des Betriebes. ...

Den ganzen Vorteil, den die Erweiterung der Produktion bringt, verschlingt die Verteuerung der innerbetrieblichen Transporte, und je intensiver der Betrieb ist, um so eher tritt der Fall ein, daß bei einem Flächenzuwachs der Reinertrag aufgezehrt wird."⁽⁶⁴⁾

Es ist nicht nur so, daß der Betriebsvergrößerung in der Landwirtschaft, je nach technologischem Stand und Produktionspro-

programm, Grenzen gezogen sind. Bei dem Versuch, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft durch Intensivierung zu erhöhen, kann bei Vorherrschen landwirtschaftlicher Großbetriebe eine Tendenz zur Betriebszerlegung eintreten. "Nicht selten waren und sind Großgrundbesitzer bei einer Intensivierung der Landwirtschaft genötigt, ihre Güter in einzelne Vorwerke zu zerschlagen. In Südrußland setzte sich der Zwang zur Zerlegung der großen Betriebe in kleinere besonders beim Übergang vom Körner- zum Zuckerrübenbau durch.

So errichtet das Wesen der landwirtschaftlichen Produktion selbst Schranken gegen die Betriebsvergrößerung, und deshalb können die Vorzüge des Großbetriebes in der Landwirtschaft niemals so hohe Werte erreichen, daß er den Kleinbetrieb erdrückt." ⁶

Bei den Untersuchungen über die optimale Betriebsgröße gehe es, so Tschajanow, darum, dasjenige Ausmaß der Betriebsfläche zu ermitteln, bei dem unter sonst gleichen Umständen (*ceteris paribus*) die Gesteungskosten der gewonnenen Erzeugnisse am geringsten werden. Arbeitsintensivierung führe, wegen der durch die häufigeren Ausfahrten anwachsenden Transportkosten, zu einer relativ geringen Betriebsgröße. Umgekehrt verhalte es sich bei einer Kapitalintensivierung durch Mechanisierung. Die Verteilung der dadurch gestiegenen Kosten verlange eine größere Betriebsfläche. Die höhere Arbeitsproduktivität (-leistung) senke die Zahl der Ausfahrten, wodurch sich die Transportkosten verringerten. Von großem Einfluß seien auch die Marktlage bzw. die Preisverhältnisse, d.h. die Relation der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu industriellen.

"Fassen wir das bisher Dargelegte zusammen, so können wir feststellen, daß das Optimum der Betriebsflächengröße von einem außerordentlich weiten Krises von Bestimmungsgründen abhängt und bei der großen Veränderlichkeit vieler von ihnen, wie z.B. der Arbeitsintensität des Betriebes, die größtenteils durch das jeweilige Verhältnis der angebauten Früchte bestimmt wird, oder der Marktlage, die noch schnellerem Wechsel unterworfen ist, nicht als leicht bestimmbar und stabil angesehen werden darf." ⁶⁶

In der neueren Literatur wird dieses Problem sachlich ganz ähnlich, wenn auch unter Einbeziehung weiterer Aspekte, diskutiert

Die optimale Betriebsgröße ist die optimale Ausstattung der Einzelbetriebe mit Fläche im Sinne der ökonomischen Theorie (Grenzproduktivitätstheorie). Die Faktorproportionen stellen sich dabei als Funktion des "unteilbaren Faktors" dar.

"Die absolute Betriebsgröße allein genügt nicht, um uns über die Effizienz der Produktion ins Bild zu setzen", meint dazu Holesovsky und fährt fort: "Die Definition der optimalen Betriebsgröße hat deshalb flexibel zu sein. ... "Die entscheidende Frage ist nicht die nach der Größe, sondern nach dem Faktorenverhältnis." M.a.W., die Menge des Faktors, der in kleineren Beträgen variiert werden kann (wie etwa Boden u.a. variable Inputs) sollte so groß sein, wie es für die volle Auslastung aller unteilbaren Faktoren, also derjenigen, die nur in großen Einheiten einsetzbar sind, nötig ist. Es mag überraschen, zu erfahren, daß die empirische Anwendung dieses Prinzips der Faktorenallokation, gemäß der vorherrschenden Meinung der westlichen Wirtschaftswissenschaftler, zugunsten des Familienbetriebs spricht: die optimale Größe ist diejenige, die mit der managerialen Kontrollspanne eines bäuerlichen Familienhaushalts übereinstimmt. In diesem Fall ist "Management" der unteilbare Faktor. Indessen muß hinzugefügt werden, daß das Faktorenverhältnis-Argument gewöhnlich ergänzt wird durch Überlegungen über die Anreize für denjenigen, der den Betrieb bewirtschaftet." ⁶⁷⁾

Die Bestimmung der optimalen Größe im konkreten Fall dürfte also recht schwierig sein, muß doch neben dem ökonomischen und sozialen auch der individuelle Aspekt des Betriebsgrößenoptimums, der sich aus der Betriebsleiterfähigkeit ableitet, berücksichtigt werden ⁶⁸⁾. Ganz allgemein muß bei den Überlegungen zum Betriebsgrößenoptimum und zum Familienbetrieb die Bedeutung des qualitativen Aspekts des "human capital", der Einfluß des Betriebsleiters auf den Betriebserfolg ⁶⁹⁾, in der Landwirtschaft betont werden.

Leichter als die optimale Größe läßt sich eine Mindestgröße ermitteln, die dann unterschritten ist, wenn die Opportunitätseinkommen (außerlandwirtschaftliche Einkommen) höher ausfallen als die in der Landwirtschaft. Wenn trotzdem oft keine Betriebsaufgabe erfolgt, so hat das einerseits mit der Wirksamkeit außer-

ökonomischer Faktoren und andererseits mit dem hohen Anteil kalkulatorischer Kosten an den Gesamtkosten zu tun.

Die tatsächlich vorgefundene Betriebsgrößenstruktur ist stark von außerökonomischen Kräften mitbewirkt. "In die Beeinflussung der historischen Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur mischen sich ... ökonomische und außerökonomische Faktoren in so starkem Maße, daß es kaum möglich ist, die Bedeutung der einzelnen Faktoren oder Faktorengruppen zu isolieren."⁷⁰⁾ Man könnte sich deshalb mit Seidenfus' Feststellung begnügen, daß es für die vorgefundenen Betriebsformen und damit auch für den Familienbetrieb hauptsächlich historisch-gesellschaftliche Gründe gebe. Holesovsky⁷¹⁾ hingegen glaubt eine ökonomische Begründung für das Voherrschen und die empirisch nachweisbare "Superiorität der Familienbetriebe" geben zu können. Erstens variierten die Material Inputs mit der Farmgröße und stellten deshalb "Constant Cost to Scale" dar, d.h. der Skaleneffekt erschöpfe sich in der Landwirtschaft viel früher als im gewerblichen Bereich. Zweitens stiegen die Transportkosten mit zunehmender Entfernung vom Farmmittelpunkt. Drittens sinke die Effektivität des Managements mit der Größe: ab einer gewissen Größe sei es schwer, detaillierte Kenntnisse über Boden, Wetter und Pflanzen zu erhalten und für Fremdarbeitskräfte stiegen die Kontrollkosten. Viertens seien die Möglichkeiten der Arbeitsteilung in der Landwirtschaft beschränkt, die Arbeitsgänge würden von der unwandelbaren Abfolge biologischer Prozesse diktiert, die Saisonabhängigkeit verbiete eine große Zahl ständiger Arbeitskräfte. "So gibt eine ganze Anzahl technischer Gründe, neben dem eingebauten Eigeninteresse des bäuerlichen Haushalts (das die Kontrollkosten eliminiert) und den Grenzen der Kontrollspanne (Informations- und manageriale Nachteile), dem Familienbetrieb einen entscheidenden Vorteil gegenüber Betriebsgrößen einer anderen Organisationsstruktur. Das bedeutet jedoch nicht, daß die absolute Größe des Betriebsoptimums nicht in dem Maße zunehmen könnte, wie der technologische Fortschritt es dem bäuerlichen Haushalt ermöglicht, eine zunehmend größer werdende Fläche effektiv zu bewirtschaften."⁷²⁾

Der technologische Faktor determiniere die optimale Größe

keineswegs mit "eiserner Notwendigkeit", weil erstens viele Elemente des technischen Fortschritts unabhängig von der Betriebsgröße sind (Saatgut, Viehzucht, Düngung, auch Traktoren und zahlreiche Maschinen); sofern nicht, können zweitens Skalenvorteile über kooperative Einrichtungen auch kleinen Betrieben zugänglich gemacht werden. "So ist es möglich, institutionelle Einrichtungen anzugeben, die es ermöglichen, die technologischen Skalenvorteile für jede Teiloperation zu nutzen, während der bäuerliche Familienbetrieb der Kern des Systems bleibt." ⁷³⁾

Blohm ⁷⁴⁾ erkennt den relativ kleinen selbständigen Unternehmenseinheiten in der Landwirtschaft gewisse Vorzüge zu, sieht aber auch entscheidende Nachteile. So entstehe aus dem selbständigen Wirtschaften auf eigenem Grund und Boden, auf eigene Rechnung und eigenes Risiko ein "selbstverständlicher Anreiz zur Entfaltung der Leistungsfähigkeit", d.h. es bestehe praktisch kein Motivationsproblem. Die Arbeit als solche gebe Befriedigung (geringer Grad an Entfremdung), wozu der Generationenzusammenhang entscheidend beitrage. Die große Zahl von Betrieben ermögliche eine gute Standortanpassung. Eine gewisse wirtschaftliche Flexibilität ergebe sich daraus, daß jährliche Einkommensschwankungen relativ leicht verkraftbar seien, sofern das mehrjährige Durchschnittseinkommen ausreichend sei.

Als Nachteile führt er die begrenzten Möglichkeiten der Konzentration (Faktorenkombination) und Spezialisierung an, bedingt eben durch die große Zahl und die Kleinheit. Die Arbeitsproduktivität sei kaum meßbar und oft gering. Aus der starken Differenzierung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus ergebe sich eine große Einkommensdiparität innerhalb der Landwirtschaft.

Die Einstellung zum bäuerlichen Familienbetrieb hängt offensichtlich sehr weitgehend davon ab, welches Gewicht man den vorgetragenen und weiteren Argumenten pro und contra beimißt und welche außerwirtschaftlichen Ziele und Vorstellungen man mit ihm verbindet.

IV Agrarsysteme: Die betriebswirtschaftliche Charakteristik der landwirtschaftlichen Produktion

1. Agrarökonomie. Eine methodische Anmerkung

Die Umformung selbst, die Änderung des Ordnungsgefüges des mitteldeutschen Agrarwirtschaftssystems, versuchen wir mit der Typologie gemischter Wirtschaftssysteme zu erfassen. Was wir weiterhin brauchen, sind Kriterien

- zur Einordnung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Umwälzung in den längerfristigen Entwicklungsverlauf der Landwirtschaft;
- zur Beschreibung der Auswirkungen auf die Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebssysteme;
- zur Erfassung einer situationsbezogenen wirtschaftlichen Rationalität der Änderung des Ordnungsgefüges und der betriebswirtschaftlichen Spezifik, wenn man nämlich Regression als einen Adaptionsvorgang an geänderte Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft betrachtet. Die sozialpolitischen Intentionen der agrarpolitischen Akteure sind dabei natürlich zu berücksichtigen.

Für die Lösung des ersten Teils dieser Aufgabe werden wir Herlemann's Phasenmodell (Technisierungsstufen)⁷⁵⁾ der Entwicklung der Landwirtschaft heranziehen. Dabei werden wir davon ausgehen - gestützt auf eine entsprechende Annahme Herlemann's -, daß das NS-System und das der Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch nicht durch eine Phasengrenze getrennt sind, sondern der selben Technisierungsstufe angehören.

Die Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebssysteme läßt sich mit der von Andreae⁷⁶⁾ entwickelten Systematik sehr gut beschreiben. Die Betriebssysteme werden anhand der Faktorenkombination (Intensivierung) und der Betriebsvielfalt (Diversifizierung) sowie des Produktionsprogramms klassifiziert. Da das Produktionsprogramm sich nur sehr langsam ändert, ist es wohl bedeutsam zur Erfassung längerfristigen Wandels; für unsere Zwecke hingegen wäre seine Untersuchung ohne größere Aussagekraft, blieb es doch im wesentlichen unverändert.

Wenn man die Gestaltung der Betriebssysteme als Funktion der wirtschaftlichen Bedingungen⁷⁷⁾ (relative Faktorpreise, Absatz-

lage u.dgl.) auffaßt, läßt sich durch die Herstellung des Bezugs zwischen einer Änderung der wirtschaftlichen Bedingungskonstellation und der Gestaltung der Betriebssysteme die wirtschaftliche Rationalität einer derartigen Reaktion feststellen und auf diese Weise die dritte Teilaufgabe lösen.

Ob es sich bei der Umformung und deren wirtschaftlichen Wirkungen um originäre Ziele der ordnungs- und agrarpolitischen Maßnahmen in der SBZ oder vielmehr um "instrumentelle Zwischenziele" handelte, ist eine Frage, der an anderer Stelle nachzugehen sein wird.

2. Agrarsysteme. Vorbemerkung

Die natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen, die Bevölkerungsdichte, die Betriebsgröße⁷⁸⁾ und der Industrialisierungsgrad einer Volkswirtschaft bestimmen im Zusammenspiel mit dem Ordnungsgefüge und der jeweiligen Agrarpolitik die Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebssysteme⁷⁹⁾. Eine Eigentümlichkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung besteht darin, daß sie Verbundproduktion⁸⁰⁾ ist, das bedeutet, daß die Erzeugung eines Produkts stets zusammen mit der anderen erfolgt, z.B. die von Milch mit der von Fleisch und Häuten, wobei ein Großteil der verwendeten Futtermittel ebenfalls betriebsintern erzeugt wird. Dieser Umstand mindert einerseits die Reagibilität der Produktion bei Preisänderungen für nur ein Produkt erheblich, aber andererseits auch das Marktrisiko, da es - außer in Krisenzeiten - unwahrscheinlich ist, daß sich die Nachfrage nach allen Komponenten der Produktion gleichzeitig und in gleichem Ausmaß in eine Richtung ändert.

Betriebssysteme lassen sich dementsprechend dadurch kennzeichnen, wieviele Betriebszweige sie umfassen, d.h. nach der Anzahl der erzeugten Produkte und nach deren Anteil am Gesamtverkaufserlös (Diversifizierungsgrad). Ein weiteres Merkmal ist die Kombination der drei Produktionsfaktoren (Intensitätsgrad). Die Vielfalt möglicher Betriebssysteme kommt besonders in der konkreten, wesentlich standortorientierten Gestaltung des Produktionsprogramms zum Ausdruck. Anhand dieser drei Bestimmungsgrößen läßt sich eine systematische Kennzeichnung betriebswirt-

schaftlicher Charakteristika vornehmen.

Durch die Marktverflechtung wird der landwirtschaftliche Betrieb zu einem Glied der Volkswirtschaft, erst dann orientiert sich der Landwirt immer stärker am ökonomischen Prinzip, d.h. er versucht die drei Produktionsfaktoren so zu kombinieren, daß die Minimalkostenkombination⁸¹⁾ verwirklicht wird. Der Faktoreinsatz stellt sich dann als Funktion der Produktivität und der Kosten dar.

Die enge Marktverflechtung der landwirtschaftlichen Betriebe in den hochentwickelten Industrieländern läßt die Anforderungen des Marktes und die natürlichen Standortbedingungen zu entscheidenden Determinanten der Gestaltung der Betriebssysteme werden. Insbesondere auch infolge der großen außerlandwirtschaftlichen Nachfrage nach Boden verteuert sich dieser ständig, weshalb auch der Grundrentenanspruch hoch ist. Hohes Wohlstandsniveau bedingt auch relativ hohe Einkommensansprüche in der Landwirtschaft. Die relativ günstigen Kapitalkosten führen zu hohem Kapitalbesatz (Betriebsmittel zur Ertragssteigerung, arbeitssparende Maschinen) mit gutem Nutzeffekt, d.h. guter Arbeitsproduktivität und relativ hoher Flächenproduktivität.

Die wirtschaftlichen Gründe für die große Zahl relativ kleiner selbständiger Unternehmenseinheiten (Familienbetriebe) in der Landwirtschaft Westeuropas und Deutschlands - im Ggs. zu früheren Epochen und anderen Regionen und Staaten (sog. sozialistische Länder Süd- und Mittelamerika usw.) - wurden weiter oben aufgeführt. Hier sei sie nur als historisches Faktum konstatiert.

3. Determinanten agrarökonomischer Entscheidungen

Durch die Beschreibung der Beeinflussung der im folgenden aufgeführten determinierenden Faktoren haben wir die Möglichkeit, die von der Ordnungs- und Agrarpolitik ausgehenden wirtschaftlichen Wirkungen von der makro- über die meso- bis zur mikro-ökonomischen Ebene zu verfolgen. Das bedeutet, daß wir die (agrar) politischen Maßnahmen als solche beiseite lassen und stattdessen deren Effekte auf die Determinanten in den Mittelpunkt unserer Analyse stellen können.

3.1. Standortverhältnisse

a. Natürliche Standortbedingungen⁸²⁾

Die landwirtschaftliche Produktion ist gekennzeichnet dadurch, daß der Boden nicht nur als Standort, sondern als originärer Produktionsfaktor genutzt wird. Insofern werden Produktionsausrichtung und Betriebsstruktur von der Qualität des Bodens, die in Bodenwertzahlen ausgedrückt wird und auch durchaus beeinflußbar ist (Meliorationen), entscheidend mitbestimmt⁸³⁾. Das Bodenrelief, die Oberflächengestaltung des Bodens, spielt ebenfalls eine Rolle. Der wichtigste natürliche Faktor ist jedoch das Klima⁸⁴⁾, das die Anpassungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion an die wirtschaftlichen Standortbedingungen festlegt.

b. Wirtschaftliche Standortverhältnisse

Im Zusammenspiel mit den natürlichen Bedingungen Klima und Boden bestimmen die realisierten Tauschbedingungen (Marktlage), d.h. die Absatzlage (Entfernung zum Markt) über die Transportkosten und die Nachfrage (Anforderungen des Marktes nach Art, Qualität und Menge) über die Preisstruktur die relative Rentabilität der einzelnen Betriebszweige. Bei dem Versuch, über eine bestimmte Produktionsausrichtung die Minimalkostenkombination zu realisieren, hat sich der Landwirt an diesem Preis-Kosten-Verhältnis (Transportkosten der Agrarprodukte und der Betriebsmittel sowie deren Preise) zu orientieren.

c. Volkswirtschaftlicher Entwicklungsstand

Entscheidend für Organisation, Intensität und Produktionsleistung der Landwirtschaft ist der Grad der Industrialisierung⁸⁶⁾ eines Landes. Ein hoher Entwicklungsstand korrespondiert mit enger Marktverflechtung, hohem Kapitaleinsatz und hoher Arbeitsproduktivität. Durch Ausbau der Infrastruktur kommt es zu einer Verbesserung und Nivellierung des Marktzugangs mit entsprechend verbesserten Absatzbedingungen. Es stehen gewerblich hergestellte Betriebsmittel relativ kostengünstig zur Verfügung, Arbeits- und Flächenproduktivität erhöhen sich usw. "Erst bei einem ausreichenden volkswirtschaftlichen Niveau⁸⁷⁾ ist es der Landwirtschaft möglich, in dem wünschenswerten Maße die Produktionsrichtung an die natürlichen Standortverhältnisse anzupassen. Denn nur

unter günstigen Verkehrsverhältnissen und dementsprechend relativ ausgeglichenen Absatzmöglichkeiten können die einzelnen Betriebszweige vornehmlich nach der Gunst des natürlichen Standorts orientiert werden."⁸⁸⁾

3.2. Arbeit

Bei steigender Produktivität und stark konkurrierender außer-agrarischer Nachfrage, evtl. noch verbunden mit sozialen Sicherungsmaßnahmen und oligopolistischen Strukturen des Arbeitsmarktes, steigen die Kosten des Faktors Arbeit. Zusammen mit traditionellen Elementen und relativ kleinen Betriebsgrößen führte dies zum Vorherrschen der bäuerlichen Familienbetriebe mit Familienarbeitsverfassung auch in weiten Gebieten Deutschlands. Der Einsatz von Fremdarbeitskräften⁸⁹⁾ ging immer mehr zurück, auch eine Folge kapitalintensiverer Wirtschaftsweisen mit dem Einsatz arbeitssparender Maschinen. "Infolgedessen bestehen die Aufgaben des Arbeitseinsatzes und der Arbeitsorganisation in der hochentwickelten Landwirtschaft Europas und Nordamerikas weniger in der sachgemäßen Anpassung der Beschäftigung von Fremdarbeitskräften an die Betriebsorganisation als vielmehr in der produktiven Nutzung des Arbeitspotentials der bäuerlichen Familie durch richtige Gestaltung der Betriebsorganisation und zweckmäßige Bemessung der Betriebsintensität."⁹⁰⁾

3.3. Kapital⁹¹⁾

Ohne Einsatz beträchtlicher Mengen an Kapital ist bei einem bestimmten technologischen Entwicklungsstand eine ausreichende Arbeits- und Bodenproduktivität und damit eine rationelle Wirtschaftsführung nicht möglich. Je höher der industrielle Entwicklungsstand eines Landes ist, je geringer sind die relativen Kosten des Kapitals⁹²⁾, je größer ist sein Nutzeffekt in der Landwirtschaft und um so größer wird ihr Kapitalbedarf. Immer grössere Mittel werden in Anlagen, lebendes und totes Inventar investiert, der Kapitalbesatz (Kapital je Flächeneinheit bzw. je Arbeitskraft) steigt ständig. Da es sich in aller Regel um Fremdkapital handelt, stellt die Schuldenbedienung⁹³⁾ oft ein schwerwiegendes betriebswirtschaftliches Problem dar, zumal sich das

Paritätsverhältnis zuungunsten der Agrarpreise verschiebt. Die große Zahl relativ kleiner Betriebe erschwert eine ökonomische Verwendung des investierten Kapitals erheblich; die für eine Einkommenssicherung erforderliche hohe Arbeitsproduktivität wird, wegen der von der Familienarbeitsverfassung nicht selten ungünstig beeinflussen und deshalb suboptimalen Faktorenkombination, oft nicht erreicht⁹⁴⁾. Das Dilemma, in dem sich viele kleinere Familienbetriebe befinden, ist die Unvermeidlichkeit hohen Kapitaleinsatzes für eine rentable Wirtschaftsführung, die aber auf der anderen Seite durch bestimmte Merkmale der Arbeits- und Betriebsverfassung stark beeinträchtigt wird, mit der Folge oft eintretender Unfähigkeit, Kapitalverzinsung und -amortisation aus eigener Kraft zu leisten.

3.4. Betriebsgröße⁹⁵⁾

Die faktisch vorgegebene Betriebsgröße⁹⁶⁾ bestimmt sowohl die Betriebsorganisation und die Produktionsausrichtung wie auch - bei flächenabhängiger Produktion - den Output und damit das Einkommen. Die "optimale" Betriebsgröße hingegen ergibt sich - unter rein ökonomischem Aspekt - aus der Minimalkostenkombination der Produktionsfaktoren⁹⁷⁾. Das Problem der optimalen Betriebsgröße bei gegebenem Entwicklungsniveau der produktiven Kräfte kann nur dann auch faktisch gelöst werden, wenn bei funktionierendem Preismechanismus und Faktormobilität die Faktorallokation über Angebot und Nachfrage entschieden wird. Diese Situation besteht weder in ZVW noch in den meisten privatkapitalistischen Marktwirtschaften, weshalb Mißallokationen geradezu typisch für die Agrarwirtschaft in beiden Systemen geworden sind.

Größere Betriebe müssen zwangsläufig auf betriebsfremde Arbeitskräfte zurückgreifen (Lohnarbeitsverfassung), deren Einsatz sich in eine Betriebsorganisation einfügt, die sich weitgehend an den natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen ausrichten kann. Je knapper ein Betrieb mit Boden ausgestattet ist, je mehr orientiert sich die Betriebsorganisation an der produktiven Nutzung der Familienarbeitskräfte, die allein im Betrieb tätig sind (Familienarbeitsverfassung). Es werden arbeitsintensivere Betriebssysteme entstehen. Bodenreichere (Mittel)betriebe

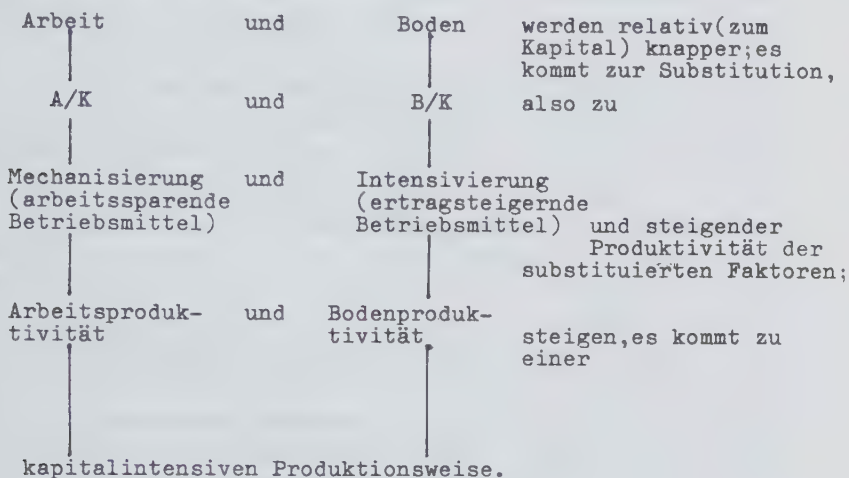
erzielen durch arbeitsproduktive Extensivbetriebszweige in der Regel eine ausreichende Arbeitsproduktivität und Einkommen. Bodenarme (Klein)betriebe weisen oft eine geringe Arbeitsproduktivität⁹⁸⁾ und entsprechend niedrige Einkommen auf, es sei denn, hohe Organisationsintensität und damit auch hohe Arbeitsproduktivität werden durch Intensivbetriebszweige bzw. flächenunabhängige Produktion erreicht.

4. Wandel der Faktorenkombination

Jedem volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand entspricht eine "optimale produktive Kombination der Agrarsysteme", die aus der Grenzproduktivitätstheorie abgeleitet werden kann⁹⁹⁾. "Die Mengenkombination der Produktionsfaktoren muß sich reziprok zu ihren Kostenrelationen verhalten; denn die Grenzproduktivität eines jeden Produktionsfaktors sinkt um so weiter, je stärker dieser Faktor im Vergleich zu den anderen eingesetzt wird. Es ist anzustreben, den Einsatz eines jeden Produktionsfaktors gerade so weit zu treiben, bis seine Grenzproduktivität seinen Kosten entspricht. Die Minimalkostenkombination ist dann erreicht, wenn die Grenzleistungen aller drei Faktoren proportional ihren Grenzkosten sind."¹⁰⁰⁾

Die Industrialisierung ändert die relativen Faktorkosten. Bei hohem Industrialisierungsgrad und großer Besiedlungsdichte, also in "dichtbesiedelten Industrieländern"¹⁰¹⁾, verteuern sich die Faktoren Arbeit und Boden¹⁰²⁾ sehr stark, während Kapitalgüter relativ immer billiger werden. Die hohen Kosten für Boden und die sehr hohen für Arbeit, zusammen mit den relativ niedrigen für Kapital, erfordern eine Faktorenkombination, bei der sehr viel Kapital mit wenig Boden und sehr wenig Arbeit zusammenwirkt. Die Kostenstruktur der Faktoren erzwingt und ermöglicht zugleich eine hohe Arbeits- und Bodenproduktivität¹⁰³⁾ durch kapitalintensive¹⁰⁴⁾ Wirtschaftsweise. Es werden Boden durch bodensparende und menschliche Arbeitskraft durch arbeitssparende Kapitalgüter substituiert. Konkret bedeutet dies, daß ertragssteigernde Betriebsmittel (Intensivierung) und Maschinen (Mechanisierung) in immer stärkerem Maße eingesetzt werden. "Der Endzustand der Betriebsmittelkombination ist demnach durch sparsamen Einsatz von

Boden und Arbeitskräften, aber sehr hohen Einsatz von Kapital in jeder Form gekennzeichnet. Die Landwirtschaft arbeitet kapitalintensiv."¹⁰⁵⁾



5. Wandel der Betriebsvielfalt

Die grundlegende und entgegengesetzte Tendenzen der Wandlungen der Betriebsvielfalt kennzeichnenden Kategorien sind Diversifizierung und Spezialisierung.

Merkmal	Mono-produktbetriebe	Spezialbetriebe	Verbundbetriebe
Anzahl der potentiellen Verkaufsprodukte	eins	mehrere	mehrere bis viele
Anteil des wichtigsten Betriebszweiges am Verkaufserlös	>90 vH	50-90 vH	<50 vH
Statische Begriffe	einsseitig	mehreseitig	vielseitig
Dynamische Begriffe	← Diversifizierung → ← Spezialisierung →		

Tab. 3: Stufen der Betriebsvielfalt in der Landwirtschaft. Aus: Andreas (1977) S.159

Diversifizierung: "Wenn der Landwirt mehrere bis viele Betriebszweige zu einem organischen Ganzen vereint, so hat das in dreifacher Hinsicht ökonomische Vorteile zur Folge. Es

sinken dann die Gewinnungskosten pro Flächen- und Produkteinheit wegen der gleichmäßigeren Belastung mit Betriebsarbeit; es steigen die Naturalerträge von der Fläche wegen der vollkommeneren Ausnutzung der Bodenfruchtbarkeit, und häufig wächst auch der Geldwert des Ertrages wegen besserer Verwertungsmöglichkeiten." ¹⁰⁶⁾

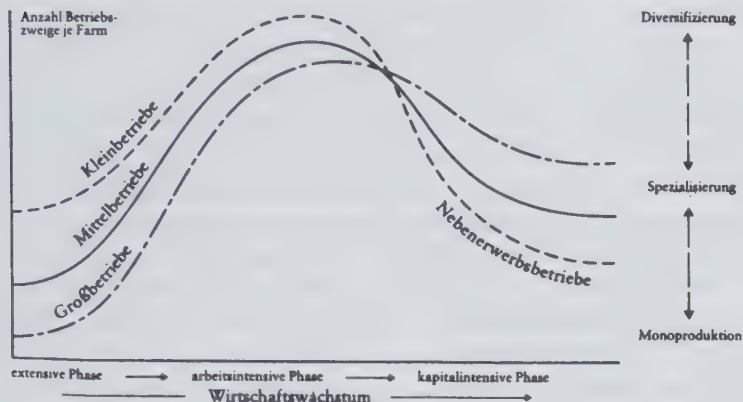
Mit zunehmender Industrialisierung schwächen sich die Vorzüge starker Diversifizierung wieder ab. Das risikomindernde Moment der Diversifizierung verliert an Bedeutung und das Problem des Arbeitsausgleichs nimmt bei kapitalintensiver Wirtschaftsweise eine andere Gestalt an.

Die Substitution der sich verteuern den Arbeit durch Maschinen, insbesondere für das Abschwächen der Arbeitsspitzen im jahreszeitlichen, aber auch täglichen Verlauf (Vollerntemaschinen, Melkmaschinen u.dgl.), führt sehr oft zu absoluten Spezialkosten. Diese Festkosten lassen sich nicht auf mehrere Betriebszweige verteilen, so daß aus Rentabilitätsgründen der Zweig, in dem die Maschine zum Einsatz kommt, einen genügend großen Umfang haben muß (Alternative: Kooperation). Diese Kapitalinvestitionen führen zwangsläufig zur betrieblichen Schwerpunktbildung, d.h. zur Spezialisierung. Je kleiner ein Betrieb ist, je stärker wird der Spezialisierungsdruck sein ¹⁰⁷⁾.

Unter Kostengesichtspunkten läßt sich sagen, daß bei arbeitsintensiver Wirtschaftsweise, wegen der potentiellen Verbundkosten, die Tendenz zur Diversifizierung geht, wohingegen kapitalintensives Wirtschaften, wegen der hohen absoluten Spezialkosten, die Spezialisierung fördert. "Arbeitswirtschaftliche Rücksichten zwingen also dazu, beim Übergang von der arbeits- zur kapitalintensiven Landwirtschaft die Diversifizierung abzubauen, vom Verbund- zum Spezialbetrieb überzugehen." ¹⁰⁸⁾

Infrastrukturelle Vervollkommnungen verbessern den Marktausgleich und erhöhen die Verflechtung, wodurch das Diversifizierungsfördernde Motiv der Selbstversorgung entfällt. Saisonale und erntebedingte Einkommensschwankungen verlieren an Gewicht, da der Staat durch verschiedene Maßnahmen immer mehr den Landwirten das Marktrisiko abnimmt ¹⁰⁹⁾ (Wegfall des Motivs der Risikominderung). Darüber hinaus fördern die Zunahme agrarökonomischen

Wissens und die agrartechnologischen Innovationen über die dadurch wachsenden Anforderungen an den Landwirt dessen Spezialisierung¹¹⁰⁾.



In der Regel entsprechen

1. der extrem extensiven Landwirtschaft Monoproduktbetriebe;
2. der arbeitsintensiven Landwirtschaft Verbundbetriebe und
3. der kapitalintensiven Landwirtschaft Spezialbetriebe.

Da die Landwirtschaft ihre Intensität aber im Zuge der volkswirtschaftlichen Entwicklung in der Reihenfolge
extensiv → arbeitsintensiv → kapitalintensiv

wandelt, muß folgende Veränderung in der Betriebswirtschaft zu erwarten sein:

Monoproduktion → Diversifizierung → Spezialisierung.

Schaub.1: Diversifizierung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen im Wirtschaftswachstum. Aus: Andrease(1977) S.161

Solange der Bodenwert niedrig ist, herrschen extensive Wirtschaftsweisen und einseitige Betriebe vor. Mit steigendem Bodenwert setzen sich intensive Wirtschaftsweisen und vielseitige Betriebe durch, solange die volkswirtschaftliche Verflechtung gering ist. Nimmt diese zu, kommt es zu Spezialisierung, aber ohne Einseitigkeit.

In einer Regressionsphase, wie der in der SBZ nach dem 2. Weltkrieg, kann es zu einem Rückgang der kapitalintensiven zugunsten der arbeitsintensiven Wirtschaftsweisen kommen. Dazu trugen in der SBZ u.a. die Zerschlagung der großen Betriebe mit der Ansetzung zahlreicher Neusiedler und die allgemeine Verschlechterung der Tauschbeziehungen (volkswirtschaftliche Entflechtung) bei.

V Ein Phasenmodell agrarökonomischer Entwicklung

1. Ableitung des Modells

Herlemann¹¹¹⁾ geht es darum, den "Einfluß der wirtschaftlichen Dynamik auf Struktur und Produktionsgestaltung der Landwirtschaft" zu untersuchen. Die faktische Entwicklung sei gekennzeichnet durch Mängel der Wirtschaftsordnung und durch phaseninkonforme Agrarpolitik. Herlemann jedoch glaubt, eine tieferliegende wirtschaftsimmanente Entwicklungsgesetzlichkeit feststellen zu können. Er geht davon aus, daß die Unterschiede der landwirtschaftlichen Produktivität und Ertragsfähigkeit "verschiedene Stufen eines einheitlichen Entwicklungsprozesses kennzeichnen, den die Landwirtschaft in allen Industrieländern durchzumachen hat"¹¹²⁾. Es handele sich hierbei um eine "aus gesicherten Erkenntnissen der ökonomischen Theorie¹¹³⁾ deduktiv abgeleitete Hypothese der wirtschaftlich-technischen Entwicklungsstufen (Technisierungsstufen der Landwirtschaft)"¹¹⁴⁾. Diese Hypothese wurde als Antwort auf "die Frage nach den Gründen für die - durch die natürlichen Ertragsbedingungen nicht zu erklärenden - regionalen Unterschiede des Arbeitskräftebesatzes, des Mechanisierungsgrades, der Arbeitsproduktivität, des bäuerlichen Familieneinkommens und der Betriebsgrößenstruktur" formuliert¹¹⁴⁾.

Im Verlaufe des volkswirtschaftlichen Wachstumsprozesses vollziehe sich in ursprünglich dichtbesiedelten Ländern¹¹⁵⁾ ein durch diesen induzierter Strukturwandel der Landwirtschaft mit entsprechenden Wandlungen der landwirtschaftlichen Betriebsführung. Durch Faktorsubstitutionen ändere sich die Wirtschaftsweise und Produktionsgestaltung der Landwirtschaft. Den dadurch bewirkten betriebswirtschaftlichen Vorgang macht Herlemann zur Grundlage seines "Technisierungsstufen" genannten Phasenmodells¹¹

Als theoretische Grundlage seines Stufenmodells benutzt Herlemann eine von ihm vorgenommene "Erweiterung der Intensitätslehre Thünens"¹¹⁷⁾. Die Intensität ergebe sich als Funktion des Verhältnisses der Agrarpreise zu denen landwirtschaftlicher Produktionsmittel, oder besser: der Kaufkraft bzw. des Tauschwerts landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegenüber nichtagrari-

schen Produkten¹¹⁸⁾. Steigende Kaufkraft landwirtschaftlicher Erzeugnisse führt zur Intensivierung, d.h. zur Erhöhung des (Arbeits- oder Kapital-)Aufwands je Flächeneinheit.

Je teurer/knapper ein Produktionsfaktor ist, je höher wird seine Produktivität, oder anders ausgedrückt: je geringer wird seine relative Einsatzmenge sein ($\text{Produktivität} = \frac{\text{Output}}{\text{Faktor}}$). Betriebsgestaltung und Verlauf des Technisierungsprozesses sind nach Herlemann eine Funktion der relativen Knappheiten der drei Produktionsfaktoren¹¹⁹⁾.

<u>Einfluß der Substitution auf die Produktionsge- staltung</u>	<u>Betriebswirtschaftlicher Vorgang (Technisierungs- stufe)</u>	Entwicklungsverlauf ↓
B/A: arbeitsintensiver	Verdichtung	
B/K: kapitalintensiver	Intensivierung	
A/K: arbeitseffektiver	Mechanisierung	
A/B: arbeitsextensiver	Aufstockung	

Die regionale Ausprägung von Agrarsystemen hängt sowohl von der relativen Faktorknappheit, als auch den natürlichen Voraussetzungen ab. Volkscharakter, religiöse, kulturelle und politische Einflüsse sowie traditionelle Bindungen spielten bei der konkreten Ausgestaltung der betriebswirtschaftlichen Spezifik ebenfalls eine oft nicht unerhebliche Rolle.

Fortschreitende Industrialisierung bringe eine Änderung des Faktorverhältnisses mit sich und führe zu ökonomischer und sozialer Differenzierung. Aus dem internationalen Phänomen der Steigerung der absoluten Erträge und der Produktivität in der Landwirtschaft resultiere eine Tendenz zur Ausweitung der Wirtschaftsräume, d.h. zu internationaler Arbeitsteilung, und zwar auch intersektoraler. Von hier aus ergibt sich die Bedeutung der internationalen Handelsbeziehungen und das Problem des Protektionismus. Agrarprotektionismus¹²⁰⁾ als der Versuch, die ökonomischen Adaptionsprobleme einer nationalen Landwirtschaft durch die Schaffung künstlicher Barrieren an den Staatsgrenzen (ein Einfuhrzoll wirkt sich wie die Verlängerung des Transport-

wegs aus) oder durch Subventionen(intersektorale Transfers) zu lösen,d.h. durch Verminderung des Marktdrucks und -risikos, ist prinzipiell "phaseninkonform",hemmt die wirtschaftsimmanente Dynamik. Agrarpolitische Interventionen hingegen,seien sie struktur-,sozial- oder auch konjunkturpolitischer Art,die die Adaption der Landwirtschaft an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen,unter Abwendung der größten Härten für die unmittelbar Betroffenen,zu fördern vermögen,können als phasenkonform gelten.

2. Der zeitliche Verlauf des Strukturwandels

Der zeitliche Verlauf¹²¹⁾ des landwirtschaftlichen Strukturwandels,die Abfolge der Technisierungsstufen der Landwirtschaft, kann wie folgt umrissen werden.

2.1. Verdichtungsphase

Starkes Bevölkerungswachstum und - wegen noch fehlender oder unzureichender Industrialisierung - nur geringe Möglichkeiten außerlandwirtschaftlicher Beschäftigung führen,in Verbindung mit einer kaum ausweitbaren landwirtschaftlichen Nutzfläche(LN), zu steigendem Arbeitskräftebesatz in der Landwirtschaft. Die Folgen sind einerseits sinkender Grenzertrag der Arbeit,mit niedrigem Lohnniveau und geringem Lebensstandard der in der Landwirtschaft Tätigen,aber andererseits steigende Bodenwerte und Grundrenten für die Bodeneigentümer. Die Substitution von Boden durch Arbeit führt zu einer bodenproduktiven und arbeitsintensiven Wirtschaftsweise mit sehr geringer Arbeitsproduktivität.

2.2. Intensivierungsphase

Die beginnende bzw. fortschreitende Industrialisierung schafft neue außeragrарische Arbeitsplätze und bedeutet gewerbliche Kapitalbildung. Allerdings nimmt die Industrie nur einen Teil des Arbeitskräfteüberschusses auf. Produktivitätsfortschritte in der Industrie,bei einer relativ geringen Nachfrage nach Industrieerzeugnissen,führen zu sinkenden Preisen für Industrieprodukte. Aus der steigenden Nachfrage(Zunahme nichtlandwirtschaftlicher Konsumenten) ergeben sich für Agrarprodukte hingegen verbesserte Absatzmöglichkeiten. Gleichbleibende Lohn-

kosten und Verbilligung industriell erzeugter Produktionsmittel führen zu zunehmendem Kapitaleinsatz in der Landwirtschaft in Form ertragssteigernder Betriebsmittel, d.h. zu einer Intensivierung der Wirtschaftsweise, mit der Folge beträchtlicher Produktivitätssteigerungen. Steigende Flächenerträge bedeuten auch eine höhere Arbeitsproduktivität. Es bildet sich eine bodenproduktive, arbeits- und kapitalintensive Wirtschaftsweise mit Bevorzugung tierischer Veredelungswirtschaft heraus. Allgemeine Bodenknappheit in Verbindung mit hohem Arbeitsaufwand und zunehmendem Einsatz ertragsteigernder Produktionsmittel lassen die Erhöhung der Bodenleistung als Hauptmerkmal der Intensivierungsphase erscheinen.

Zum konkret-historischen Verlauf dieser Phase bemerkt Baron: "Wären die Wandlungen der Kostenstruktur ausschließlich eine Folge der durch den technischen Fortschritt sich ändernden Knappheitsverhältnisse der Produktionsfaktoren¹²³⁾, so hätte die Intensivierungsphase bereits mit dem Nachlassen des starken Bevölkerungswachstums nach dem 1. Weltkrieg ihren Abschluß finden müssen. Sowohl weltwirtschaftliche als auch nationalpolitische Ereignisse und Entscheidungen wie eine protektionistische Agrarpolitik, die Weltwirtschaftskrise, die Reichsnährstandspolitik, der 2. Weltkrieg und seine Folgen verzögerten jedoch den Abschluß dieser Entwicklungsstufe um etwa drei Jahrzehnte..."¹²²⁾

2.3. Mechanisierungsphase

Bei fortschreitender Industrialisierung verlangsamt sich das Bevölkerungswachstum. Die Verknappung des außerlandwirtschaftlichen Arbeitskräfteangebots führt zu einer Erhöhung des Lohnniveaus. Das zwischen dem sekundären sowie tertiären und der Landwirtschaft entstehende Einkommensgefälle hat eine Abwanderung aus der Landwirtschaft zur Folge. Die relative Verteuerung des Faktors Arbeit erzwingt seine Substitution durch arbeitsparende Betriebsmittel (Mechanisierung).

"Für den landwirtschaftlichen Betrieb steht in dieser gesamtwirtschaftlichen Situation die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch arbeitseffektive und kapitalintensive Wirtschaftsweise im Vordergrund. Arbeit wird durch Kapital vorwiegend in Form von technischen Hilfsmitteln, Geräten und Maschinen

substituiert. Sofern eine weitere Reduktion des Arbeitsbesatzes im Betrieb nicht realisierbar ist¹²⁴⁾, hat eine weitere Verbesserung der Arbeitsproduktivität größere Nutzflächen zur Voraussetzung. Damit wird eine Tendenz zur Vergrößerung der durchschnittlichen Betriebsgröße eingeleitet. (Aufstockungsphase)."¹²⁵⁾

Größeren Betrieben mit nicht ausschließlicher Familienarbeitsverfassung fällt die Anpassung an die in der Mechanisierungsphase herrschende Kostenstruktur und damit die Verwirklichung der Minimalkostenkombination leichter. Sie sind in der Senkung des Arbeitskräftebesatzes flexibler und haben bessere Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung zum Zwecke der Mechanisierung. Weiter bieten sie günstigere Voraussetzungen für eine effiziente Mechanisierung bei einem relativ niedrigen Kapitalaufwand je Flächeneinheit.

Mechanisierungsphase und Betriebsaufstockungsphase sind zeitlich nur schwer gegeneinander abzugrenzen, da sie - je nach Betriebsgröße - zum Teil simultan verlaufen."¹²⁶⁾

Kurz gesagt ist das Hauptmerkmal dieser Phase die Steigerung der Arbeitsproduktivität: Die Verknappung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte erzwingt deren Substitution durch starken Kapitalbesatz hauptsächlich in Form der Mechanisierung.

Es ist dies eine Phase, in der die Bedeutung internationaler Arbeitsteilung weiter zunimmt und sich die nachteiligen Wirkungen des Agrarprotektionismus, der zur "Verfälschung der relativen Knappheitsverhältnisse" führt, deutlich zeigen. Begünstigt diese (protektionistische) Agrarpolitik, aus welchen Gründen auch immer, die kleinbäuerlichen Familienwirtschaften und eine auf Verdichtung der Agrarbevölkerung gerichtete Bodenreform- und Siedlungspolitik, durch die die Intensivierung auf Kosten der Arbeitsproduktivität gefördert wird¹²⁷⁾, erweist sie sich nicht nur als eindeutig phaseninkonform und trendwidrig, sondern es entsteht daraus auch eine Art Reproduktionsmechanismus des Interventionismus/Protektionismus. Eine zu geringe Arbeitsproduktivität (bei zu hohem Arbeitsaufwand) der kleinbäuerlichen Wirtschaften führt zu unzulänglichen Einkommen und mit diesen zu der Forderung nach höheren Erzeugerpreisen (Paritätsforderung). Werden die wirtschaftlichen Ursachen der Disparität nicht beseitigt, wird

diese Forderung ständig erhoben werden (müssen)¹²⁸⁾.

2.4. Aufstockungsphase

Diese Phase ist gekennzeichnet durch eine weitere Verringerung des Arbeitskräftebesatzes und fortschreitendem Einkommensgefälle (Disparität). Dadurch besteht weiterhin ein starker Anreiz zur Abwanderung, verstärkt auch für Betriebsleiter. Zu kleine Betriebe werden verkauft oder verpachtet bzw. von "Freizeitbauern" bewirtschaftet. Eine gewisse Bodenmobilität bietet den Vollerwerbslandwirten die Möglichkeit zur Betriebsaufstockung. Die so bewirkte bessere Kapazitätsnutzung des technischen Potentials und die Verbesserung der "Man-land-ratio"¹²⁹⁾ ermöglichen ein ausreichendes Arbeitseinkommen.

"Die durch das Wirtschaftswachstum erzwungene Substitution von Arbeit durch Boden erfolgt durch Flächenaufstockung, vollständigen oder teilweisen Betriebszusammenschluß und/oder durch der landwirtschaftlichen Produktion angemessene Kooperationsformen. Dies führt insgesamt zu einer Vergrößerung der durchschnittlichen Betriebsfläche. Die relativ hohen Kosten der Arbeitserledigung lassen eine arbeitsextensive, jedoch kapitalintensive Wirtschaftsweise angebracht erscheinen.

Die gegenläufigen Tendenzen der Betriebsvergrößerung der Vollerwerbsbetriebe einerseits und der Betriebsverkleinerung andererseits sind somit charakteristisch sowohl für den Verlauf der Mechanisierungsphase als auch für den der Betriebsaufstockungsphase."¹³⁰⁾

volkswirtschaftlicher Entwicklungsstand		spezif. Merkmale, Erfordernisse u. zeitl. Abfolge d. Technisierungsstufen			
Periode	von der wirtsch.-techn. Entwicklung erforderliche Anpassung	Technisierungsstufe und Substitutionsprozeß	Preis-Kostenstruktur	Wirtschaftsweise	Entwicklungstendenz d. durchschnittlichen Betriebsgröße
vorindustrielle	→ - 1870	Verdichtung B/A	→ - 1870	arbeitsintensiv bodenproduktiv	Verkleinerung
beginnende Industrialisierung	1870 - 1925	Intensivierung B/K	1870 - 1952	kapitalintensiv bodenproduktiv	Verkleinerung
fortschreitende Industrialisierung	1925 - 1966	Mechanisierung A/K	1952 - 1966	kapitalintensiv arbeitseffektiv	Vergrößerung
hochentwickelte Industriegesellschaft	1966 - →	Aufstockung A/B	1966 - →	bodenextensiv arbeitseffektiv	Vergrößerung

C BODENREFORM¹⁾

I Historische Anmerkung

Bodenbesitz war in früheren Gesellschaften, ist aber auch heute noch ein wesentlicher Machtfaktor und deshalb waren und sind alle mit ihm zusammenhängenden Probleme nicht nur wirtschaftlicher, sondern immer auch politischer Natur. Der entstehende Bevölkerungsdruck in der Vor- und Frühphase der Industrialisierung, und später die Folgen der Industrialisierung selbst, ließen die Frage nach der Verteilung des Bodens und der Art der Besitzrechte an ihm als dringlich erscheinen, und sie fand in den verschiedenen Theorien und Ideologien unterschiedliche Antworten. Eine wichtige Rolle in der Bodenreformdiskussion spielte Ricardo's Grundrententheorie, die Auffassung der Grundrente als arbeitsloses Einkommen und des Bodens als eines Monopolgutes. Darauf gestützt reichten die Forderungen von der systematischen Wegsteuerung der Grundrente (George) bis zur Nationalisierung des Bodens (Oppenheimer), um dadurch das Bodenmonopol der privaten Eigentümer aufzuheben, oder wie Oppenheimer es ausdrückte, "die Bodensperre zu brechen". Aber auch aus einer ganz anderen Richtung kam die Forderung nach Verstaatlichung des Bodens bzw. einer Art "Obereigentum" an ihm, nämlich aus der Überzeugung, der Boden sei ein Erbteil Gottes und somit Gemeingut aller Menschen.

Mit zunehmender Bodenspekulation rückte das Problem der städtischen Grundrente in den Vordergrund, es ging jetzt nicht mehr um die Konfiskation der gesamten Grundrente, sondern um die Abschöpfung des unverdienten Wertzuwachses (Zuwachsrente), zum Problem wurde die "Grundrente von morgen", im Ggs. zur "Grundrente von gestern".

In der Landwirtschaft gewannen wirtschaftliche Erwägungen an Bedeutung, wie die Ermöglichung der Bewegung des Bodens zum besten Wirt und die Frage der bäuerlichen Siedlung. Letzteres Problem zeigt aber auch deutlich die politischen Implikationen, die eine Reform des Bodenbesitzes unweigerlich hat. Die Agrarreform- und Siedlungsbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland verdankte ihre Resonanz staats- und nationalpolitischen Über-

legungen. Konservative wurden zu ideologischen Trägern der inneren Kolonisation.

Die sozialistische Theorie nach Marx bekämpfte nicht nur das private Grundeigentum als Quelle der unverdienten Grundrente, sondern jeden aus dem Boden - der als eine Kapitalform galt - gewonnenen (Kapital)profit als Ausbeutereinkommen. Die Forderung nach Beseitigung des privaten Bodenbesitzes war nur konsequent. Zugleich wurde dem bäuerlichen Familienbetrieb seine zukünftige Existenzberechtigung und -fähigkeit abgesprochen, die landwirtschaftliche Erzeugung sollte in großbetrieblichen Produktivgenossenschaften erfolgen. Diese orthodoxe Auffassung war jedoch innerhalb der Sozialdemokratie nie unumstritten. "Auf dem Kieler Parteitag von 1927 legte die Sozialdemokratie ein Bekenntnis zum bäuerlichen Eigentum ab, das nicht nur geduldet, sondern besonders geschützt und produktionstechnisch entwickelt werden soll. Man scheute sich aber andererseits, ganz mit der Vorliebe vieler für den Großbetrieb zu brechen, und setzte als Höchstgrenze für einen Großbetrieb in den östlichen Provinzen 750 ha fest. So mündete die so radikal begonnene Bewegung ein in ein sozialkonservatives Programm des Bauernschutzes, einer gemäßigten Siedlung und einer Produktionssteigerung."²⁾

Ziele wie: gesteigerte Produktivität, verbesserte technische Methoden und Finanzierung der Landwirtschaft traten um diese Zeit in das Zentrum der Bodenreformargumentation und verdrängten die naturrechtlichen und humanitären Erwägungen. Die ganze spätere Diskussion, vor allem nach dem 2. Weltkrieg und im Rahmen der UN-Gremien über Land Reform und Agrarian Reform geht um das Problem der Adaption der Landwirtschaft an die durch die Industrialisierung geschaffenen neuen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedingungen und um "transforming traditional agriculture"³⁾, d.h. um Strukturveränderungen und Fortschritte der Landwirtschaft vornehmlich in den sog. unterentwickelten Ländern.

II Ansätze zu einer Klassifikation/Typologie von Bodenreformen

Unter Bodenreform wird zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten auch verschiedenes verstanden, der historisch-ideo-

logische Charakter der Bodenreformvorstellungen springt geradezu ins Auge. Deshalb scheint es notwendig zu sein, einiges über die inhaltliche Auffüllung von "Bodenreform", die Ziele und Haupttypen der Bodenreformsysteme zu sagen.

Die Literatur, in der die zuletzt in I erwähnten und damit verbundene Probleme diskutiert werden, ist kaum zu überblicken. Insbesondere im Zusammenhang mit Aktivitäten von UN-Organisationen entstand in ihrem engeren und weiteren Umfeld⁴⁾ eine schnell wachsende Zahl von Arbeiten, die Bodenreform hauptsächlich in dem angesprochenen Kontext von allgemeiner Unterentwicklung und ihrer anzustrebenden Überwindung diskutierten. Aber sowohl die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Ausgangsbedingungen in den jeweiligen Ländern und Regionen wie auch die anvisierten Ziele und die erwogenen Methoden zur Erreichung dieser Ziele unterscheiden sich zu sehr von dem hier zum Gegenstand gemachten Vorgang, als daß diese Diskussionen und ihre i.d.R. umstrittenen Ergebnisse hier unmittelbare Anwendung finden könnten. So interessant und anregend die Analyse des Zusammenhangs von Agrarreformen und wirtschaftlicher Entwicklung ist, die z.B. bei Kuhn (1967) und (1968), Raup (1963) sowie Heimpel (1968) unternommen wird, so scheinen doch die besonderen Merkmale der mitteldeutschen Landwirtschaft nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes hiermit nicht hinreichend erfaßt werden zu können. Die vermutete Ähnlichkeit von wirtschaftlicher Unterentwicklung und wirtschaftlicher Ausnahmesituation besteht nur in unwesentlichen Einzelheiten, insgesamt sind sie nicht vergleichbar. Deshalb sind auch die Kriterien, die in Bezug auf das eine Phänomen entwickelt worden sind, nicht ohne weiteres auf das andere übertragbar. Hinzu kommt, daß die eindeutige Prädominanz ideologischer und gesellschaftspolitischer Zielsetzungen in der SBZ den i.e.S. wirtschaftlichen Aspekt der Bodenreform als Handlungsorientierung stärker zurücktreten ließ.

Die allgemeineren, stark komparatistisch angelegten Typologien, wie z.B. die von Tuma (1965), Christodoulou (1972) oder Le Coz (1974) wiederum hätten, um sie für unsere Zwecke verwendbar zu machen, einen so hohen Bearbeitungsaufwand erfordert, als daß wir uns - auch angesichts der Unsicherheit des Resultats

tats - zu diesem Schritt hätten entschließen können.

Für unsere Zwecke auch nicht brauchbar sind Arbeiten aus dem sowjetischen Machtbereich über die dort stattgefundenen Reformen, weil zum einen ihre theoretische Grundlage, die marxistisch-leninistische Agrartheorie, mit unserem Ansatz nicht kompatibel ist und weil sie zum anderen fast ausnahmslos apologetisch-akklamierend sind, Merkmale, die eine Auseinandersetzung mit ihnen auf einer anderen Ebene als derjenigen, auf der wir uns hier bewegen, nötig machen würde.

Aus diesen Gründen beschränken wir uns bei den folgenden Bemerkungen im wesentlichen auf einige u.E. wichtige Ausschnitte aus der deutschen Diskussion des Problems Bodenreform, in der Hoffnung, daß mit ihrer Hilfe die sog. demokratische Bodenreform historisch und auch systematisch hinreichend genau erfaßt werden kann. Das sollte auch deshalb gelingen, weil ja die Grundfragen der Analyse und damit wichtige Kriterien der Beurteilung der Reform durch unseren Ansatz schwerpunktmäßig vorgegeben sind.

Diehl gibt in seinem Handbuchbeitrag eine Begriffsbestimmung und eine Klassifikation der Bodenreformer nach den verfolgten Zielen und unterscheidet zwischen Bodenreformbestrebungen, die sich auf den ländlichen Boden, im Ggs. zum städtischen Grund- und Hauseigentum, beziehen. Diehl's Ausführungen tragen das Prägema ihrer Entstehungszeit, sind aber gleichwohl instruktiv für das Verständnis der Bodenreformdiskussion und -bewegung in Deutschland. Er unterscheidet eine engere und eine weitere Begriffsauffassung. "Im weiteren Sinne versteht man unter Bodenbesitzreform alle Bestrebungen, die auf eine Reform des bestehenden Bodenrechts abzielen. Also z.B. auf Änderung des Erbrechts am Boden, der Wohnungsgesetzgebung, der Bauordnung und Baupolizei usw., ferner alle auf Einführung bzw. Förderung des Siedlungswesens, Heimstättenwesens und auf schärfere Besteuerung des Bodenwerts gerichteten Reformbestrebungen. ... Hier soll über die Bodenbesitzreform im engeren Sinne gehandelt werden, d.h. über die Richtung, welche eine radikale und grundlegende Änderung unseres Bodenrechts mit dem Ziele erstrebt, daß den privaten Bodeneigentümern jedes Privileg und jede Monopolstellung,

die sie durch den Bodenbesitz haben können, verlieren." ⁶⁾ Er unterscheidet zwei Hauptgruppen von Bodenreformern, deren zweite er nochmals unterteilt. 1. Die Sozialisten: Sie erstreben die Aufhebung des privaten Grundeigentums zusammen mit der Beseitigung der ganzen privatwirtschaftlichen Produktionsweise. 2. Diejenigen, die wohl die privatwirtschaftliche Ordnung anerkennen, aber eine Reform des privaten Bodenbesitzrechtes anstreben. Diese Gruppe unterteile sich in die agrarsozialistischen Bodenreformer ⁷⁾, die eine Beseitigung des privaten Grundeigentums forderten und den Privaten lediglich ein Nutzungsrecht an Grund und Boden zuerkannten, und den "Bodenreformern im engeren Sinne", die grundsätzlich das private Grundeigentum beibehalten wollten, aber für die Beseitigung des daraus zu gewinnenden arbeitslosen Einkommens, der sog. Grundrente, plädierten. "Wir haben demnach drei Gruppen von Bodenreformern zu unterscheiden: 1. Die sozialistischen Bodenreformer, 2. Die agrarsozialistischen Bodenreformer, und 3. Die eigentlichen Bodenreformer oder die Bodenreformer im engeren Sinne." ⁸⁾ Diese wollten das private Bodeneigentum so gestalten, daß es "die sozial gerechte und volkswirtschaftlich zweckmäßige Bearbeitung des Bodens" garantiere. "Das natürliche Recht des Menschen ginge nicht auf gleichen Anteil am Boden, wohl aber auf die Früchte eigener Arbeit", dies sei die "rechtmäßige Basis des Eigentumsrechts" ⁹⁾.

Diehl unterscheidet in seinem Urteil über die von ihm referierten Bodenreformvorstellungen zwischen dem ländlichen Bodenbesitz und städtischem Grund- und Hauseigentum, bei welchem das "unearned increment" (Wertzuwachs) eine viel bedeutendere Rolle als beim landwirtschaftlichen Gewerbespiele. "Was den ländlichen Boden anbelangt, so scheint uns hier das Privateigentum die sozialpolitisch zweckmäßigste Besitzform zu sein; wenn aus dem ursprünglichen Gemeineigentum am Boden in den meisten Ländern sich das Privateigentum Einzelner herausgebildet hat, so ist für diese Entwicklung wesentlich maßgebend gewesen, daß das Privateigentum die für einen rationellen und möglichst ergiebigen Landwirtschaftsbetrieb geeignetste Besitzform ist." ¹⁰⁾

Für v. Frauendorfer ist Bodenbesitzreform ganz allgemein die Änderung der Beziehungen der Menschen zum Boden, also Reform des

des Bodenbesitzes und der Bodenbewirtschaftungsformen. Den unterschiedlichen Bodenreformvorstellungen sei ihr historisch-ideologischer Charakter leicht anzusehen. Die von ihm konstatierten Schwierigkeiten bei der Begriffsverwendung versucht er dadurch zu mildern, daß er einem engeren, der Bodenreform (land reform), den weiteren der Agrarreform (agrarian reform) gegenüberstellt. Die engste Auffassung von Bodenreform sei die Neuverteilung des Bodens oder die Neuordnung der Grundbesitzverhältnisse. Agrarreform sei ein "Komplex agrarrechtlicher und agrarpolitischer Maßnahmen, dessen Ziel die Förderung des Wohlstands der landwirtschaftlichen Bevölkerung und die Erzeugungssteigerung der Landwirtschaft bildet"¹¹⁾. Die mit derartigen Reformen verfolgten Ziele seien vielfältig, in jüngster Zeit konzentrierten sie sich auf das Problem der Unterentwicklung, im Mittelpunkt stehe die Beseitigung von Defekten der Agrarverfassung, die eine moderne Agrarentwicklung blockierten. Eine Bodenreform bedürfe hier der Ergänzung durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen. Jede Bodenreform bekomme dadurch ein politisches Moment, soll sie doch "Hemmungen für die Entfaltung der Wirtschaftskräfte und der vollen menschlichen Arbeitskapazität" abbauen, die zugleich auch als soziale Ungerechtigkeit empfunden würden.

"Der an diesen verschiedenen Punkten ansetzende Reformwille ist im Laufe der Zeit von verschiedenen Ideologien getragen worden. Das theoretische Wunschbild der Reformen ist letzten Endes wohl überall von humanitären Motiven bestimmt gewesen. Die Neuverteilung des Bodens soll die materielle und psychische Wohlfahrt möglichst großer Teile der Bevölkerung fördern und den Bodenbebauern das Gefühl vermitteln, daß ihnen ein gerechter Anteil an dem durch Bodenbesitz gegebenen wirtschaftlichen Reichtum zufließt. Eng verbunden mit dieser Gerechtigkeitsforderung ist das Streben nach Sicherheit und Erhaltung der errungenen Wirtschaftsgrundlage. Im einzelnen sieht das Wunschbild freilich verschieden aus."¹²⁾

So sei das Ziel der sich an der Französischen Revolution orientierenden Bodenreformer die Schaffung eines gesunden bürgerlichen Mittelstandes (Familienwirtschaften) als Ideal

politischer Stabilität, wirtschaftlicher Volleistung und sozialer Ruhe gewesen. Hingegen verfolge die unter strategischen Gesichtspunkten modifizierte orthodox-marxistische Doktrin andere Zwecke. "Die Vernichtung des privaten Großgrundbesitzes und der großen Bauernbetriebe soll nach diesem Programm ein Kleinbauerntum schaffen, das sich später aus wirtschaftlichen Gründen gemeinwirtschaftlichen Zusammenschlüssen nicht mehr verschließt und so den Weg zur Kollektivierung und Nationalisierung des Bodens ebnet. Diese Tendenzen, die sich in manchen Ländern nur in schwankenden Umrissen erkennen lassen, sind freilich vielfach nicht das Ergebnis organischer Entwicklungen und Planungen, sondern revolutionärer Aktionen gewesen, die mit dem bestehenden System abrupt gebrochen haben und daher im Grunde nicht als eigentliche Reformen bezeichnet werden können. Doch ihren Wirkungen nach sind diese Umgestaltungen der Agrarstruktur den eigentlichen Bodenreformen nahe verwandt..."¹³⁾

Strenge wissenschaftliche Definitionen zum Zwecke der Typologisierung der Reformsysteme seien kaum möglich. Die Bedeutung der Reformen sei von verschiedenen Faktoren abhängig, so von der Besitzverteilung - ob bäuerlicher Familienbesitz oder Großgrundbesitz vorherrsche -, vom volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand, der politischen Verfassung, den vorherrschenden Traditionen u.dgl. Außerdem entsprängen die Reformmaßnahmen häufig dem Gebot der Stunde und bezögen sich auf einmalige Situationen, die gemeistert werden müßten und seien daher kaum nach allgemeinen Kriterien klassifizierbar.

Als mögliches Klassifikationskriterium erwägt v. Frauen-dorfer die Intensität der öffentlichen Eingriffe: "Einen weiteren Maßstab könnte die Intensität der öffentlichen Eingriffe bilden, wobei man milde Formen, die bei agrarpolitischen Hilfs- und Schutzmaßnahmen verschiedener Art stehenbleiben, sodann intensivere Einwirkungen, die sich auf Pachtschutz, Flurbereinigung usw. beziehen, ohne aber Eigentumswechsel nötig zu machen, und schließlich radikale Maßnahmen zu unterscheiden hätte, denen als Ziel entweder die Bodenaufteilung zum Zwecke der Schaffung kleiner Familienwirtschaften oder

aber die Kollektivierung vorschwebt. Weniger empfiehlt sich die Scheidung zwischen Agrarreformen und Agrarrevolutionen, da es letzten Endes nicht so sehr auf die Art des Umgestaltungsvorgangs als auf seine Wirkungen ankommt.

Am ehesten läßt sich noch eine Klassifikation nach den freilich oft hypothetischen Endzielen und nach der Ausgangslage durchführen."¹⁴⁾ Diese von v.Frauendorfer vorgeschlagene Typologie¹⁵⁾ erfaßt u.E. die Bodenreform in der SBZ nicht hinreichend genau, weil sie eine zu wenig differenzierte Beschreibung der Ausgangslage liefert, denn "vorherrschender Großbesitz ohne Aufteilung in abhängige Kleinwirtschaften", die allein infrage kommende Beschreibung der Ausgangslage, trifft wohl auf Gegenden Mecklenburgs, Vorpommerns und auch Brandenburgs zu, nicht aber auf das übrige Gebiet der SBZ. Gleichwohl sind diese Vorschläge hilfreich als Anhaltspunkte für eine mögliche Typologisierung von Bodenreformen.

Die jeweils aus aktuellem Anlaß entstandenen Arbeiten von Niehaus und Seraphim¹⁶⁾ werden wir an anderer Stelle ausführlich heranziehen, hier nur einige allgemeinere Bemerkungen zur Definition und Klassifizierung von Bodenreformen.

Niehaus definiert: "Agrarreformen sind Veränderungen der Agrarverfassung"¹⁷⁾. Als Kernstück der Agrarverfassung hat stets die Grundbesitzverteilung gegolten."¹⁸⁾ Bei der inhaltlichen Ausgestaltung stehe dem liberalen Wunschbild die sozialistische Ideologie konträr gegenüber. Eine Agrarreform sei zu beurteilen nach ihren Grundsätzen, ihrem Verfahren und dem Grad der Veränderung, den sie in der Agrarverfassung hervorrufe¹⁹⁾.

Seraphim führt unter Hinweis auf die volkswirtschaftliche Interdependenz aus, "daß die Gestaltung der Bodenordnung heute wie immer ein eminent politisches Problem ist. Es ist dies auch gar nicht anders möglich, denn jede tiefgreifende Neuordnung der nationalen Bodengrundlage ist ein Akt, der so vielgestaltige wirtschaftliche, soziale und gesamtstaatliche Folgewirkungen zeitigt, daß an ihm nicht nur die Masse der in positivem oder negativem Sinn Betroffenen beteiligt

ist, sondern daß dank der innigen Verflechtungen und Wechselwirkungen, die innerhalb der modernen Volkswirtschaften bestehen, das Gesamtgefüge derselben mit berührt wird. Es handelt sich also um einen Vorgang strukturverändernder Art mit Breiten- und Tiefenwirkungen von so bedeutender Tragweite, daß er in der Tat zu einem zentralen Anliegen der gesamten Volkswirtschaft wird."20)

Bei der Bodenreform in der SBZ habe es sich eindeutig um eine Strafmaßnahme gehandelt, deren Motive nicht auf der Ebene einer echten Bodenreform gelegen hätten. Bei einer solchen handele es sich vielmehr um den Versuch, der Landwirtschaft die Adaption an sich ändernde wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Die Beurteilung einer Bodenreform müsse auf ihre Ursachen und Wirkungen eingehen. "Die wissenschaftliche, speziell die nationalökonomische Diskussion kann erst dann einsetzen, wenn es sich darum handelt, festzustellen, welche wirtschaftlichen und sozialen Ursachen einer Reform zugrunde liegen, und welche ökonomischen und sozialen Wirkungen ein Vorgehen zeitigt, das durch diese Ursachen hervorgerufen ist.

Übrigens wäre es verfehlt leugnen zu wollen, daß auch mit Maßnahmen vorzugsweise politischen Charakters unter Umständen gewisse soziale und ökonomische reformerische Eingriffe verbunden werden können. In diesem Fall handelt es sich jedoch um einen Nebenzweck, dessen Verwirklichung nicht eigentlich entscheidend ist, bzw. primär angestrebt wird. Es ist grundsätzlich etwas anderes, ob eine Enteignungs- und Strafaktion auch zu bestimmten Reformmaßnahmen genutzt wird, oder ob eine Reform zu Enteignungen greifen muß, wenn sie ihr Ziel nicht auf anderem Wege erreichen kann. Denn im ersten Fall handelt es sich in erster Linie um die wirtschaftliche Vernichtung eines politischen Gegners, im zweiten Fall steht im Vordergrund die Schaffung eines Zustandes, der in höherem Maße den sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen soll als der bisherige."21)

III Der bodenpolitische Aspekt der Bodenreform

Bodenpolitik ist u.a. die staatliche Beeinflussung der Bodennutzungsdispositionen. In diesem Sinne hat jede Bodenreform einen bodenpolitischen Aspekt. Ebenso könnte man bodenreformerische Maßnahmen als besondere Form der Agrarpolitik betrachten. "Die Agrarpolitik gestaltet ordnungspolitisch u.a. die Bodenrechtsverhältnisse(Bodenordnung) in der Land- und Forstwirtschaft(Agrarverfassung). ... Als Teil der Eigentumsordnung gestaltet die Bodenordnung den individuellen wirtschaftlichen Dispositionsspielraum mit und insoweit den ordnungspolitischen Rahmen arbeitsteiliger Produktion."²²⁾ Es sei hier deshalb eine kurze Bemerkung über die Gestaltung der Bodennutzungsdispositionen unter wirtschaftlichem und ordnungspolischem Gesichtspunkt eingefügt.

"Die Nutzung des Bodens in der Landwirtschaft²³⁾, als Standort für Industrie und tertiären Sektor..., als Rohstoffquelle und als Umwelt ... ist ein Problem der Allokation knapper Ressourcen. Bodenpolitik ist deshalb Allokationspolitik. Wirtschaftlich genutzter Boden ist i.d.R. das Ergebnis früherer Investitionen ... also insofern Kapital."²⁴⁾ M.a.W., welcher Art Motive und Ziele einer Bodenreform auch sein mögen, dieser allokationspolitische Aspekt der Änderung von Bodennutzungsdispositionen wird immer wirksam werden. Boden ist nicht nur prinzipiell unvermehrbar und deshalb auf eine ganz besondere Weise knapp - in gewisser Hinsicht kann er als Monopolgut gelten; auch in seiner Eigenschaft als originärer Produktionsfaktor und als Kapital muß er, um das Allokationsproblem lösbar zu machen, einer knappheitsbezogenen Bewertung unterworfen werden. Bodenpreis und Grundrente bekommen aus dieser Perspektive eine unverzichtbare ökonomische Funktion zugewiesen. "Je knapper der Boden ist, desto wertvollere Alternativnutzungen werden bei einer bestimmten Nutzung ausgeschlossen: steigende Opportunitätskosten. Bei Wettbewerb ist die Grundrente dafür ein Indikator. Die ricardianische Differentialrententheorie, die in der bodenpolitischen Diskussion bis heute eine Rolle spielt, übersieht diese Indikatorrolle der Grundrente. Die

Grundrente ist Kontrakteinkommen aus Vermietung und Verpachtung; bei Eigennutzung eines Grundstücks ist sie ein Residualeinkommen. Der Wettbewerb weist die Bodennutzung den Aktivitäten zu, die die höchste (ggf. kapitalisierte) Grundrente einbringen. Bodenpolitische Eingriffe in die Grundrente stören insoweit die Effizienz der Allokation. ...

Die Bodenpreise entsprechen tendenziell den kapitalisierten erweiterten Grundrenten. Die Intensität der Bodennutzung nimmt mit der Entfernung vom Kern eines Verdichtungsgebietes ab (ebenso die Gradienten der Grundrenten bzw. Bodenpreise); sie ist Folge der Knappheit von Grundstücken mit hoher "Zugänglichkeit", Agglomerationsvorteilen²⁵⁾ und Transportkostenersparnissen.²⁶⁾

Das hier angesprochene Allokationsproblem ergibt sich grundsätzlich in jedem Wirtschaftssystem, findet aber in unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen auch verschiedene Lösungen. Wenn die Funktion der Grundrente - Bodenpreise sind, wie oben bemerkt, die kapitalisierte Grundrente - als Indikator der Bodenknappheit²⁷⁾ beeinträchtigt ist, wirkt sich dies nachteilig auf die Effizienz der Bodenallokation aus. Bodenreformerische Maßnahmen beeinflussen nun direkt (Bodenumverteilung) und auch vermittelt (Änderung des Dispositionsspielraums) die Bodenallokation. Dadurch und durch die Schaffung oder Beeinträchtigung einer realistischen Knappheitsanzeige für Boden beeinflussen sie die Effizienz der Bodenallokation und über diese die landwirtschaftliche Produktion.

Die wirtschaftliche Relevanz ordnungspolitischer Umgestaltung des Bodenrechts wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß dadurch die mit dem Bodeneigentum verbundenen Dispositionsbefugnisse ihren Charakter völlig ändern können. "Das im "Bodeneigentum" zusammengefaßte Spektrum von Dispositionsrechten unterliegt historischem Wandel. Es umfaßt Nutzungs- (Eigengebrauch, Vermietung, Verpachtung usw.) und Verfügungsrechte (Verkauf, Vererbung, Belastung usw.); sie können inhaltlich begrenzt und befristet sein. "Bodeneigentum" reicht entsprechend vom unbefristeten und unbe-

grenzten privaten Volleigentum bis zum Kollektiveigentum mit staatlicher Nutzungs- und Verfügungsbefugnis." ²⁸⁾

Eine Verschiebung auf diesem Spektrum wirkt sich über die sich vergrößernden oder verkleinernden Dispositionskosten (Informations-, Kommunikations-, Durchsetzungskosten) und externen Effekte auf die Effektivität der Bodennutzung aus ²⁹⁾.

IV Bodenreform und Agrarsiedlung

Bodenreform und Agrarsiedlung sind nicht identisch, wohl aber ist in der Regel ländliche Siedlung, wenn man darunter die Seßhaftmachung von in der Landwirtschaft Tätigen und ihre Bindung an den Boden versteht - wobei der Boden sowohl Standort als auch Produktionsfaktor ist, Bestandteil von Agrarreformen. Die Zielsetzung solcher Siedlungsmaßnahmen kann ganz unterschiedlich sein, meist ist sie eine Mischung aus politischen, sozialen und wirtschaftlichen Intentionen ³⁰⁾ und sie braucht sich nicht auf den Agrarbereich ^{2a} beschränken.

Analog und parallel zu den Entwicklungs- bzw. Technisierungsstufen der Landwirtschaft ³¹⁾ kann man mit Herlemann für Deutschland vier Hauptsiedlungsperioden unterscheiden: die Erschließungs-, die Verdichtungs-, die Intensivierungs- sowie die Mechanisierungs- und Aufstockungsphase. In den einzelnen Phasen hat die Agrarsiedlung, entsprechend den sich wandelnden technologischen und wirtschaftlichen Bedingungskonstellationen (Faktorproportionen) unterschiedliche Bedeutung, sie verliert in der Mechanisierungs- und Aufstockungsphase schließlich ihre Berechtigung.

Gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Ausnahmesituationen können diese "normale" Phasenfolge jedoch unterbrechen, es kommt dann, wie z.B. in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, zu einer Regressionsphase. Eine dramatische Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen, vor allem auch der Zustrom der Millionen Heimatvertriebenen, führte zu einem Rückfall in frühere Entwicklungsphasen - Verdichtung, Intensivierung - und erzwang geradezu ein Wiederaufleben der Siedlungstätigkeit in ganz Deutschland, mit deutlichen Paral-

lelen zur Zeit nach dem 1. Weltkrieg. Diese Bedingungen erleichterten die "revolutionäre Umgestaltung der mitteldeutschen Agrarstruktur"(Herlemann) ganz wesentlich. Daß dies nicht das gesellschaftspolitische Ziel der Agrarreform war, ist dabei nicht ausschlaggebend.

V Kriterien einer ansatzweise systematischen Betrachtung der Bodenreform

Erinnern wir uns an die Merkmale, nach denen die von uns angeführten Autoren Bodenreformen bzw. -reformer zu klassifizieren versuchten. Diehl unterschied zwischen einer Bodenreform im weiteren und engeren Sinne. Diese untergliederte er nach den verfolgten Zielen; nach der Intensität bzw. Radikalität der Reform des bestehenden Bodenrechts in drei Gruppen.

Niehaus beurteilte Bodenreformen nach deren Grundsätzen, Verfahren und dem Grad der durch sie bewirkten Veränderungen.

Hauptkriterien der Typologie v. Frauendorfer's waren die Ausgangslage und Ziele der Reformen sowie ergänzend die Intensität und Wirkungen der reformerischen Maßnahmen. Mit Holzheu sei desweiteren auf den allokatonspolitischen Aspekt reformerischer Eingriffe in das Bodeneigentum bzw. die Dispositionsbefugnisse und damit auch auf deren ordnungspolitische Dimension, die auch Seraphim betont, hingewiesen.

Der im Anschluß an Herlemann hergestellte Bezug von Bodenreform, Agrarsiedlung und Technisierungsstufen der Landwirtschaft legt es nahe, die Art und die Wirkungen von Bodenreformen nach ihrer Phasenkonformität bzw. ihrer Situationsadäquanz³²⁾ zu beurteilen. Unbedingt gestellt werden muß neben der Frage nach der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit die nach der sozialen Gerechtigkeit/Relevanz der Reform.

Fassen wir diese Merkmale verallgemeinernd zusammen, so sollte man zur Beurteilung von Bodenreformen, zumindest in einem dem vorliegenden vergleichbaren Zusammenhang, u.a. eingehen auf:

- Die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Ziele (Zielkonflikt)
- Die Phasenkonformität der geschaffenen wirtschaftlichen Tatbestände, vor allem mit Hinblick auf das Betriebsgrößenproblem (suboptimale oder optimale Betriebsgröße, Minimalgröße (Sub-

sistenz)), Bodenmobilität u.ä., d.h. auf die phasenbezogene volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit.

- Die Situationsadäquanz oder die situationsbezogene volkswirtschaftliche und sozialpolitische Zweckmäßigkeit. Das Allokationsproblem spielt bei diesem Punkt wie auch bei dem der Phasenkonformität eine wichtige, wenn auch der jeweiligen Art nach unterschiedliche Rolle. In beiden Fällen ist auch zu prüfen, ob die Reform institutionelle Hemmnisse der kurz- oder langfristigen agrarökonomischen Entwicklung beseitigte oder nicht - oder gar neue schuf.

Hier sei noch auf folgenden Punkt hingewiesen: Wenn in einer Phase ein Trend zur Betriebsvergrößerung besteht, muß eine Bodenreform, die in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation zahlreiche Betriebe suboptimaler Größe oder gar unter der Minimalgröße schafft, diese Tendenz nach gewisser Zeit besonders deutlich werden lassen, dann nämlich, wenn die temporäre große Bedeutung des - zumindest tendenziellen - Subsistenzcharakters des Wirtschaftens verschwindet. Je nach Art der Wirtschaftsordnung wird man diesem ökonomischen Zwang auf verschiedene Weise Rechnung zu tragen versuchen: z.B. durch Begünstigung der Betriebsaufstockung, Kooperation u.dgl. oder aber durch Kollektivierung.

- Den Bezug zum Ordnungsgefüge. Festzustellen wäre, ob die reformerischen Maßnahmen mit der bestehenden Wirtschaftsordnung kompatibel sind, oder ob sie Teil der Schaffung einer neuen sind, also zur Transformation beitragen.
- Die soziale Relevanz/Gerechtigkeit der Maßnahmen.
- Außerdem empfiehlt sich die historische Einordnung der Reform durch die Herstellung des Bezugs zum historischen Diskussionsverlauf und den darin entwickelten Reformmodellen.

D EMPIRISCHER TEIL

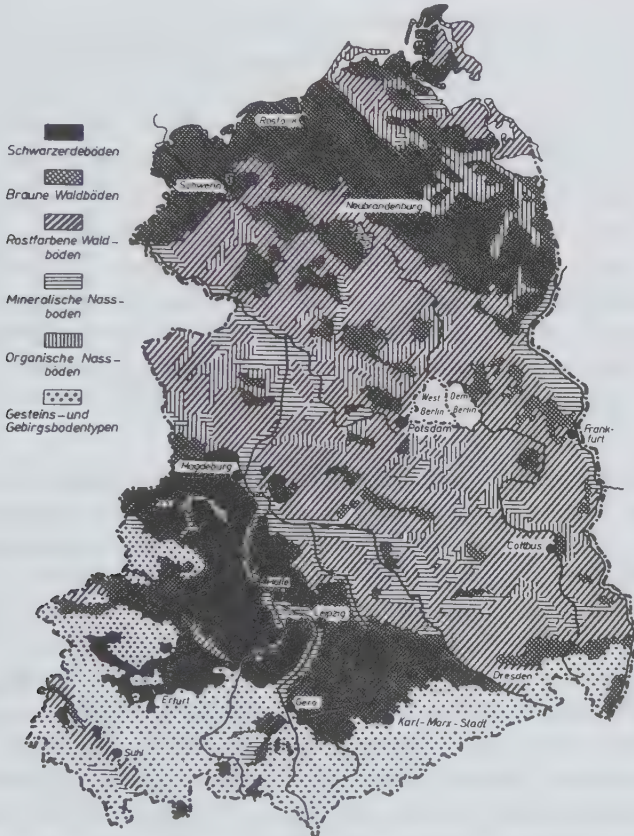
I Die Standortverteilung der mitteldeutschen Landwirtschaft¹⁾

1. Die natürlichen Voraussetzungen

a. Boden

Auf dem Gebiet der heutigen DDR werden in der Regel sieben²⁾ Bodenklassen nach ihrer "natürlichen Fruchtbarkeit", die durch eine sog. Rothertragsmeßzahl angegeben wird (Bonität), unterschieden. Böden mit der höchsten Anbauwürdigkeit (Meßzahl 80 und darüber), die Steppenböden, sind eher selten und kommen oft nur in Insellage vor. Diese Böden nehmen mit 5.083 qkm ca. 1/20 der Gesamtbodenfläche³⁾ ein, sie kommen vor allem in den Bezirken Magdeburg Halle und Erfurt vor. "Die Sowjetzone ist ausgezeichnet durch das große Bördegebiet in Sachsen-Anhalt, das sich zwischen dem Harzvorland, Magdeburg und Halle erstreckt und den in Deutschland am besten bewerteten Ackerboden besitzt. Ferner sind als fruchtbare Böden in der Sowjetzone bekannt das Elbtal mit den schwersten Tonböden, die Goldene Aue, die Keuper Mulde und das Altenburger Gebiet in Thüringen, in Sachsen die Leipziger Tieflandsbucht mit der Lommatzscher Lehne und in Brandenburg die Uckermark und das Oderbruch. In Mecklenburg seien erwähnt der "Klützer Winkel", die fruchtbaren Böden in der Gegend von Wismar, Rostock, überhaupt das Gebiet nördlich des baltischen Höhenrückens."⁴⁾ Auch die folgenden Bodenwertklassen (Waldsteppenböden, Braune Waldböden) sind noch für den Anbau anspruchsvollerer Kulturen (Zuckerrüben, Weizen u. dgl.) geeignet und kommen ebenfalls vor allem in den genannten Bezirken vor⁵⁾. Böden mit einer Meßzahl unter 50 sind nicht mehr zuckerrüben- und bis zu einem Wert um 35 nur noch bedingt weizenfähig. Am weitesten verbreitet sind die rostfarbenen Waldböden (mit 33.443 qkm ca. 1/3 der Gesamtfläche). Sie werden für den Roggen-, Kartoffel- und Lupinenanbau genutzt. Diese Kulturen werden auch bis hinab zu den geringwertigsten Böden angebaut. Die organischen Naßböden des Havelländischen Luch und des Spreewalds eignen

sich zur Wiesen- und Weidewirtschaft und teilweise auch zum Gemüseanbau. Das Oderbruch (mineralischer Naßboden) eignet sich bei intensiver Bearbeitung für sehr anspruchsvolle Kulturen. Moorböden gelten als natürliches Grünland. Einen Überblick über die Verteilung der einzelnen Bodenarten gibt Karte 1.



Karte 1: Die Bodentypen in Mitteldeutschland. Aus: Schmidt-Renner, Hg. (1962) S. 176

Daraus ist zu ersehen, daß in Bezug auf die Bodenqualität der Bezirk Halle mit vorwiegend sehr guten und besten Böden am günstigsten ausgestattet ist. Gute Böden besitzen auch - in einem geringeren Verhältnis - die Bezirke Magdeburg, Erfurt und Leipzig. Ganz überwiegend geringwertige Böden finden

sich in den Gebirgsregionen der Bezirke Suhl und Gera und im Bezirk Cottbus. In den mecklenburgischen Bezirken sind mittlere.z.T. noch weizenfähige(Braune Waldböden),bis geringwertige Böden(Rostfarbene Waldböden) vorherrschend⁶⁾.

b. Relief

Bis auf den Raum der Mittelgebirge: Harz,Thüringer Wald, Erzgebirge,Vogtland ist die agrarische Nutzungsfähigkeit vom Relief her kaum eingeschränkt. Dies ist besonders wichtig für die Mechanisierung bei großflächigem Anbau. Reliefbedingte Schwierigkeiten bieten z.B. stark geneigte Talhänge. In den Mittelgebirgen findet man deshalb Feldkulturen in geringerem Verhältnis,vorwiegend in den Talauen und den Vernebnungsflächen,seltener im Terrassenanbau. Verbreiteter sind hier Viehwirtschaft und - bei günstigen klimatischen Bedingungen - Obst- undWeinbau(Elb- und Unstruttal und anderswo). Die Steillagen der Mittelgebirge machen besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Bodenerosion notwendig.

c. Klima

Das Klima des mitteldeutschen Raumes ist ein Übergangsklima, wobei von West nach Ost der maritime Einfluß ab-,der kontinentale zunimmt. Mäßig warmen Sommern folgen in der Regel milde Winter. Die Niederschläge sind kontinuierlich verteilt(größte Menge im Sommer). Die saisonalen Durchschnittswerte können aber in manchen Jahren beträchtlich vom langjährigen Durchschnitt abweichen(so 1946/47)⁷⁾. Regional steigt die Niederschlagsmenge mit der Meereshöhe,was bei vorwiegend westlichen Winden dazu führt,daß an den Westseiten der Mittelgebirge die Hauptniederschläge fallen(in Hochlagen über 1.200 mm/Jahr),während an den Osträndern teilweise unter 480mm/Jahr niedergehen. Der Durchschnitt der jährlichen Niederschlagsmenge liegt bei 480-600mm. Als besonders wichtig erweisen sich somit die Einflüsse der Mittelgebirge und die der Ostsee. Geringe Niederschlagsmengen an den Osträndern des Harzes und des Thüringer Waldes führen dort saisonal zu allgemeiner Wasserknappheit und machen örtlich Bewässerung der Kulturen notwendig. Der Einfluß der Ostsee führt dazu,daß je nördlicher die Lage,je später der

Vegetationsbeginn ist. Die Vegetationszeit verkürzt sich (später Beginn, frühes Ende) spürbar in den Höhenlagen der Mittelgebirge.

Ein weiterer, für die landwirtschaftliche Nutzung bedeutender Faktor sind die Wasserverhältnisse. Die Naßböden erfordern oftmals eine besonders arbeitsintensive Bearbeitung, die nur unter günstigen Bedingungen jeweils erfolgen kann (Stundenböden). Auch sind besondere arbeitstechnische (kapitalintensive) Vorkehrungen notwendig. Drainage ist eine ständige Aufgabe, ein ganzes Netz von Vorflutern muß funktionsfähig erhalten werden.

2. Standorte

Die Verteilung der Standorte hängt in hohem Maße von den angesprochenen natürlichen Faktoren: Bodenwertigkeit, Klima, Relief, Wasserverhältnisse usw., aber auch von den wirtschaftlichen Standortverhältnissen ab.

a. Getreide

Weizen ist ein anspruchsvolles Getreide. Sein Anbau erfordert hochwertige Böden (Steppenböden, Braune Waldböden, mineralische Naßböden), genügend Feuchtigkeit und Wärme und ausreichende Düngung. Er konkurriert um die sehr guten Böden mit anderen Kulturen, seine Anbaufläche ist langfristig nach dem Kriege zurückgegangen, die Erträge sind für Mitteldeutschland nicht bedarfsdeckend. Wie die Angaben über die Bodenwertigkeit vermuten lassen, konzentriert sich sein Anbau auf die Bezirke Halle, Magdeburg und Erfurt.

Roggen stellt bedeutend geringere Ansprüche an Bodenqualität und Düngung. Er ist flächen- und mengenmäßig die bedeutendste Getreidekultur Mitteldeutschlands. Die Ausbringung kann auch hier den Bedarf nicht decken⁸⁾, die Bedarfslücke ist allerdings relativ gering. Der Roggenanbau hat seine Schwerpunkte in den Bezirken Cottbus, Potsdam, Schwerin, Frankfurt/Oder und Neubrandenburg. Gerste, Hafer und Mais haben (bzw. hatten) nur einen geringen Anteil am Gesamtanbau⁹⁾.

b. Hackfrüchte

Der Anbau von Kartoffeln ist, wegen ihrer relativ niedrigen

Ansprüche an den Boden und wegen ihrer großen Bedeutung für die menschliche und tierische Ernährung sowie als industrieller Rohstoff, in Mitteldeutschland sehr weit verbreitet. Sie werden auf nicht mehr weizenfähigen Böden angebaut und sind wegen ihrer günstigen Beeinflussung der Bodengare wichtig für die Fruchtfolge. Man kann sagen, daß Kartoffeln dort angebaut werden, wo für anspruchsvollere Kulturpflanzen (z.B. Zuckerrüben, Weizen, Gemüse) die natürlichen Voraussetzungen fehlen.

Zuckerrüben stellen hohe Ansprüche an Boden und Arbeitsintensität. Sie liefern (Masse und Stärkewert gleichermaßen) die relativ besten Erträge und werden in ihrer Gänze genutzt: Blatt und Zuckerschnitzel als Futter, Zucker und Nebenprodukte als menschliche bzw. tierische Nahrung. Sie werden hauptsächlich auf den tiefgründigen humosen Steppenböden der Bezirke Magdeburg und Halle und in vereinzelten Inseln angebaut. In früheren Zeiten war der Zuckerrübenbau das Fundament der relativen Wohlhabenheit der Bauern in den genannten Gebieten.

Turnips (Futterrüben) dienen der Verfütterung, ihr Anbau ist, wenn auch nicht umfangreich, so doch weit verbreitet, stellen sie doch keine hohen Ansprüche an den Boden.

c. Gemüse-, Obst- und Weinbau

Obwohl Obst- und Gemüsebau besondere Anforderungen an die natürlichen Standortfaktoren stellen (Gemüse: hochwertige Böden mit ausreichender Wasserversorgung; Obst: günstige Reifebedingungen), richten sie sich vorwiegend nach der Markt- und Arbeitskräftelage (Intensivkulturen), so daß sie zumeist im inneren Thünen'schen Ring¹⁰⁾ zu finden sind. Die Standorte sind, wenn es auch bleibende Schwerpunkte gibt, nicht fixiert. Anders beim Weinbau, der nur an den terrassierten Südhängen des Elb- und Unstruttals erfolgt. Sein Umfang ist gering, die Qualität des Weins in der Regel ebenfalls.

d. Viehhaltung

Rindviehhaltung ist über das ganze Gebiet Mitteldeutschlands verbreitet. Schwerpunkte von nur geringem Gewicht finden sich vor allem in Gebieten, die wegen der Besonderheiten des Reliefs

oder aus anderen Gründen den Anbau von Ackerkulturen erschweren oder nicht lohnend erscheinen lassen. Der Rindviehhaltung kommt sehr große Bedeutung zu: Rindfleisch, Milch und Milchprodukte, Rohstoffe und auch natürlicher Dung.

Schweinehaltung erfolgt ebenfalls ohne besondere Schwerpunkte. Sie richtet(e) sich, da sie an keine spezifischen natürlichen Bedingungen gebunden ist, fast ausschließlich nach den wirtschaftlichen Standortverhältnissen. Im Deutschen Reich konzentrierte sie sich vorwiegend in der Nähe der großen Häfen (Verwendung billiger Futtermittelimporte).

Geflügel- und Schafhaltung haben vergleichsweise nur geringes Gewicht.

(Auf die Standortverteilung der Forstwirtschaft und Fischerei und anderer landwirtschaftlicher Zweige gehen wir hier nicht ein, obwohl ihnen natürlich regional große Bedeutung zukommt.)

3. Die Bodenbenutzung

Die Bodennutzungsformen der mitteldeutschen Landwirtschaft haben sich nach dem Kriege nicht wesentlich geändert. Fünf Jahre nach Kriegsende stellte Gleitze¹¹⁾ fest: "Im Bereiche der Produktionswirtschaft Mitteldeutschlands hat der Agrarsektor über Krieg und Nachkriegszeit hinweg die verhältnismäßig geringsten Strukturveränderungen¹²⁾ erlebt.

Die land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche ist seit Jahrzehnten konstant. Der Anteil der Forsten hat sich allmählich nur ganz wenig erhöht. Die Ackerflächen sind im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte an Umfang geringfügig verringert worden, Wiesen und Weiden blieben praktisch unverändert. Die Bodennutzung des Ackerlandes zeigt selbst in den Fruchtarten keinerlei ernsthafte Veränderungen. Das frühere Nutzungsprogramm der landwirtschaftlichen Betriebe gilt auch heute noch über alle geänderten Besitzverhältnisse hinweg als voll bewährt. Und das, obwohl eine sogenannte Bodenreform den privatwirtschaftlichen Großbetrieb im ganzen sowjetischen Zonengebiet restlos enteignete."

Die Bodennutzung sah 1938 in den einzelnen Ländern wie folgt aus¹³⁾.

	SBZ*	Mecklenb.- Vorpommern	Branden- burg	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin**
ACKERLAND v.H.	5.099.642 53,1	1.194.679 23,4	1.054.349 20,7	1.363.161 26,7	726.758 14,3	760.695 14,9	10.105
davon:							
Getreide v.H.	3.063.079 60,1	729.215 23,8	649.002 21,2	812.044 26,5	424.212 13,8	448.606 14,6	4.909
Hülsen- früchte	87.908 ^a	43.800	20.138	24.643	14.403	3.044	52
Ölfrüchte	38.627 ^b	14.407	9.652	5.837	3.819	4.912	14
Kartoffeln v.H.	809.760 15,9	149.537 18,5	221.186 27,3	210.644 26,0	108.087 13,3	120.306 14,9	1.873
Zuckerrüben v.H.	218.770 4,3	43.623 19,9	23.260 10,6	129.898 59,4	13.097 6,0	8.892 4,1	8
andere Hül- senfrüchte	237.262 ^c	61.086	39.408	50.950	46.108	39.710	458
Grünfutter- pflanzen	518.452 ^d	119.884	62.316	103.289	105.692	127.271	207
GARTENLAND*	191.182 ^e	27.425	49.462	41.860	25.902	46.533	16.680
WIESEN u.WEIDEN v.H.	1.355.919 14,1	386.706 28,5	347.723 25,6	246.636 18,2	165.329 12,2	219.525 16,2	2.722
FORSTEN v.H.	2.949.955 30,7	494.875 16,8	891.291 30,2	552.200 18,7	495.724 16,8	515.865 17,5	20.573
Gesamte land-u. forstwirtschaftl. genutzte Fläche:	9.596.698 21,9	2.103.685 21,9	2.342.825 24,4	2.203.857 23,0	1.413.713 14,7	1.542.618 16,1	50.080

* Ohne Berlin; ** Groß-Berlin; * Einschl.Obstanlagen u.Baumschulen; SBZf Anteile an der Gesamtfläche bzw. am Ackerland; Anteile am Ackerland: a=1,7%,b=0,8%,c=4,7%,d=10,2%; Anteil an der Gesamtnutzfläche: e=2%; Länderanteile in v.H. der jeweiligen Gesamtfläche der SBZ(ohne Berlin).

Tab. 6: Die Bodennutzung 1938 in Mitteld. nach Ländern. Quelle: Stat.Hdb.(1948) S.116-130

Die land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche in den fünf Ländern der SBZ(ohne Berlin) betrug 1938 ca. 9,6 Mill. ha. 30,7% davon waren Forsten, 53,1% Ackerland, 2% Gartenland und 14,1% Grünland(Wiesen und Weiden). Die Nutzungsverhältnisse in den einzelnen Ländern waren, vor allem auf Grund der verschiedenen natürlichen Voraussetzungen(Bodenbeschaffenheit und Relief), unterschiedlich. Mecklenburg und Sachsen-Anhalt hatten einen überdurchschnittlichen Ackerlandanteil und einen unterdurchschnittlichen an Forsten, hier hatte Brandenburg den höchsten relativen Anteil(30,2% aller Forsten). Die Ackerflächenverhältnisse¹⁴⁾ der Länder unterscheiden sich in mancher Hinsicht. Die Relativzahlen der Getreideanbaufläche¹⁵⁾ korrespondierten in allen Ländern ziemlich genau mit denen der Ackeranteile. Das gilt auch für den Kartoffelanbau, der nur in Brandenburg signifikant über(27,3; 20,7)

und in Mecklenburg unter(18,5:23,4) den Ackerlandanteilen lag. Besonders auffallend sind die unterschiedlichen Anteile der Länder am Zuckerrübenanbau. Sachsen-Anhalt verfügte über 59,4%(26,7% des Ackerlandes) des gesamten Zuckerrübenlandes, was ganz eindeutig auf den hohen Anteil bester Böden zurückzuführen ist. In den übrigen Ländern war der relative Anteil des Zuckerrübenlandes sehr gering,nur in Mecklenburg war er noch beträchtlich(19,9:23,4). Hier war auch der Grünlandanteil(28,5% aller Wiesen und Weiden) besonders hoch.

Die Änderungen der Bodennutzung nach dem Zusammenbruch bis etwa 1950 waren vernachlässigbar gering. Es kam allerdings zu einer nicht unbeträchtlichen Verminderung der LN (ohne Forsten) und des Ackerlandes¹⁶⁾.Bei gleichzeitig gesunkener Ertragsfähigkeit und dem Fehlen von Ausgleichsmöglichkeiten mußte die dadurch bewirkte Output-Senkung durchaus fühlbar werden.

Die Entwicklung der LN und der Forsten verlief von 1938 bis 1950 wie folgt.

	LN ⁺	Ackerland	Wiesen u. Weiden ⁺⁺	Forsten
1946	95,3	94,9	96,6	100,7
1947	95,5	94,8	96,7	101,1
1948	95,9	95,4	96,0	100,1
1949	96,0	96,0	94,8	99,1
1950	98,1	98,5	94,8	98,4

⁺ Ohne Forsten; ⁺⁺ Weiden ziemlich konstant,starke Abnahme bei Wiesen.

Tab. 7: Die land- und forstwirtschaftl. genutzte Fläche in der SBZ 1946-50(1938=100).
Quelle: Stat.Jb.DDR 1955 S.200f

Während die Ackerfläche allmählich wieder zunahm,wurden die Wiesenflächen kontinuierlich abgebaut und in Ackerland umgewandelt,von dem (in Stärkewert ausgedrückt) höhere Erträge gewonnen werden konnten. Außerdem waren die Viehzahlen nach dem Kriege stark abgefallen und mit ihnen der Grünfütter- und Heubedarf.

II Die Landwirtschaft im NS-System

1. Das Reichserbhofgesetz(REG)

Das Ziel des REG umriß Reichsbauernführer und Ernährungsminister Darré so: "Wir Nationalsozialisten sehen im deutschen Grund und Boden Garanten einer ausreichenden Ernährung unseres Volkes, vor allen Dingen aber den gesunden Untergrund zur Erhaltung und Mehrung seines guten Blutes! ... Das Reichserbhofgesetz beendet für den Bauern das ihn bisher ständig bedrohende Schicksal einer ewigen Sorge um den Verlust seines Hofes und seiner Scholle. Das Reichserbhofgesetz ist die einzige Möglichkeit, dem Bauerntum die Scholle untrennbar zu verbinden und ihm und seinen Enkeln für ewige Zeiten den Hof zu erhalten. Durch dieses Bauernrecht sorgen wir dafür, daß die Scholle dem deutschen Volke sowohl Ernährer als auch der gesunde rassisch biologische Untergrund verbleibt, auf dem noch nach einem Jahrtausend deutsche Geschichte gemacht wird."¹⁷⁾

In der Präambel des Gesetzes wird diese Zielstellung wiederholt: 1. Das Bauerntum soll als "Blutsquell des deutschen Volkes" erhalten werden; 2. Privatrechtliches Eigentum wird durch personengebundenes Sippeneigentum abgelöst; 3. Erbhöfe werden dem kapitalistischen Marktgeschehen weitgehend entzogen.

Im folgenden seien die wichtigsten Definitionen und Bestimmungen des REG wiedergegeben.

Erbhof: "Land- und forstwirtschaftlicher Besitz in der Größe von mindestens einer Ackernehmung¹⁸⁾ und von höchstens 125 Hektar ist Erbhof, wenn er einer bauernfähigen Person gehört."¹⁹⁾ Es wurden eine Mindest und Höchstgrenze, von denen gewisse Ausnahmen möglich waren (§5), festgelegt (§§2 und 3). Überschreitungen waren z.B. "mit Rücksichtnahme auf die Bodenart oder das Klima" (§5(2)1.) und aus ideologisch inspirierten Gründen möglich.

Bauer: "Der Eigentümer des Erbhofs heißt Bauer. Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger, deutschen oder stammesgleichen Blutes und ehrbar ist."²⁰⁾ Die Besitzer anderer

landwirtschaftlicher Betriebe hießen "Landwirt" (§11).
Erbrecht: "Der Erbhof geht kraft des Gesetzes ungeteilt an den Anerben über." (§19(2))²¹⁾ Die vom Gesetz vorgeschriebene Anerbenordnung (§20) ist mit ihrer grellen Diskriminierung der weiblichen Angehörigen und Verwandten ein Kuriosum. Die Töchter des Erblassers z.B. standen in der Rangfolge hinter den Söhnen des Erblassers und deren Söhnen, dem Vater und den Brüdern des Erblassers sowie deren Söhnen und Enkeln. Daß "Blutsbindungen" Vorrang vor bürgerlichen Rechtsformen hatten, zeigen die §§21(6) und 25(2), die adoptierte Kinder von der Erbfolge ausschließen, demgegenüber aber uneheliche Kinder des Erblassers einbeziehen. Erbhofbesitzer selbst waren nicht erbberechtigt, außer sie tauschten ihren Hof gegen den zu erbenden (§22). Wurden von einem Erblasser mehrere Erbhöfe hinterlassen, war der Erstberufene, und in entsprechender Reihenfolge der jeweils Nächstberufene, wahlberechtigt (§23). Von größter Bedeutung war §24(1): "Der Erblasser kann die Erbfolge kraft Anerbenrechts durch Verfügung von Todes wegen nicht ausschließen oder beschränken."²²⁾ Das bedeutete, daß es prinzipiell keine Testierfreiheit gab, es sich hier also nicht, wie beim bürgerlichen Erbrecht, um ein Intestaterb-recht²³⁾ handelte. Ausnahmen waren jedoch während einer Übergangszeit (§25(1)) und besonders dann möglich, wenn keine Anerben gemäß §20 vorhanden waren (§25(5)). Und wie Grundmann (1979) zeigt, hat die Rechtssprechung diese und die zahlreichen anderen mildernden Ausnahmeregelungen weitestgehend ausgeschöpft. Der Anerbe konnte den Erbhof ohne Verlust des Anspruchs auf das restliche Erbe ausschlagen (§29(1), (2)). Immerhin war man also nicht dazu verdammt, Erbhofbauer von Gesetzes wegen werden zu müssen.

Versorgungspflicht: Abkömmlinge des Erblassers hatten Anspruch auf angemessene Versorgung bis zur Volljährigkeit, auf Ausbildung und Ausstattung (§30(1), (2)), aber es mußte gewährleistet sein, "daß der Hof bei Kräften bleibt" (§32). Der Ehegatte des Erblassers hatte im Bedarfsfall Anspruch auf ein Altenteil (§31). "Unverschuldet in Not geratenen Abkömmlingen" war "Heimatzuflucht" zu gewähren (§30(3)).

Veräußerung und Belastung: "Der Erbhof ist grundsätzlich unveräußerlich und unbelastbar." (§31(1))²⁴⁾ In Ausnahmefällen waren sie zulässig, mußten dann aber (anerben)gerichtlich genehmigt werden (§31(2)). "In den Erbhof kann wegen einer Geldforderung nicht vollstreckt werden." (§38(1))²⁵⁾ Ausnahmen waren möglich bei öffentlich-rechtlichen Forderungen, aber nur gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse, die nicht zum Zubehör zählten und nicht zum Unterhalt des Bauern erforderlich waren (§39(1)). Hierbei konnte der Reichsnährstand die Schuld des Bauern übernehmen und zu dessen Gläubiger werden (§39(3)).

Anerbengerichtsbarkeit: Das Anerbenrecht wurde aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit herausgenommen und - in der Instanzenfolge - den Anerbengerichten, den Erbhofgerichten und dem Reichserbhofgericht (in Celle) übergeben (§40). Die Anerbengerichte wurden bei den zuständigen Amtsgerichten auf Bezirksebene (§§41,42), die Erbhofgerichte bei den Oberlandesgerichten (§43) eingerichtet.

Das REG wurde durch eine Reihe von Ausführungs- bzw. Durchführungsbestimmungen und Rechtsverordnungen laufend ergänzt. Eine Vielzahl von Übergangs- und Sonderregelungen sollten die Konflikte, die sich aus den Bestimmungen dieses absonderlichen Gesetzeswerkes und den Zielen der "Erzeugungsschlachten" ergaben, abmildern helfen (Zielkonflikt).

Das ideologische Fundament des REG, der Blut- und Bodenschwulst, ist ohne Frage unter jeder Kritik. Der Hinweis möge genügen, daß die Bauernschaft allein aus statistischen Erwägungen (Anteil an der Gesamtzahl der Lebendgeburten, Land-Stadt-Wanderung u.dgl.) als "Blutsquell des deutschen Volkes" wohl kaum in Frage kam, von eugenischen Vorbehalten ganz zu schweigen. Auch über die Bedingung der deutschen Staatsbürgerschaft, die im übrigen leicht zu umgehen war, und den Nachweis "deutschen Blutes" können wir hinweggehen.

Daß es sich bei dem Anerbenrecht des REG um eine "alte deutsche Erbsitte" handelte, ist bestenfalls halb wahr. Der bestehende Brauch war durchweg ein anderer. Zwar gab es die Anerbensitte; sie war aber, wo es sie gab - und sie war in

Südwestdeutschland z.B., einem traditionellen Realteilungsgebiet²⁶⁾, kaum verbreitet - ein Intestaterbrecht mit Testierfreiheit des Erblassers und auch angemessener Berücksichtigung der weiblichen Verwandten. Darauf weist Haushofer, der Serings Kritik wiedergibt, hin: "Sering hatte als hauptsächlichen Unterschied zwischen Reichserbhofrecht und den bisher geltenden Anerbengesetzen und die dahinterstehenden Anerbensitten drei Punkte festgestellt: die grundsätzliche Beschränkung der Freiheit des Eigentümers, über den Erbhof durch Übergabe oder durch Testament zu verfügen; das Verbot der Erbabfindungen an die Miterben; und die Zurücksetzung der Frauen und Töchter zugunsten der männlichen Erbfolge. Eine weitere, besonders in Süddeutschland beklagte Härte des Erbhofgesetzes bestand in der grundsätzlichen Nichtachtung der Gütergemeinschaft, die auf aber Tausenden von Bauernhöfen durch Eheverträge bestand."²⁷⁾

Da das Gesetz aber, wie erwähnt, eine Reihe von Ausnahmebestimmungen kannte, konnte sich wenigstens die "Rechtsprechung der Anerbengerichte bis hinauf zu ihrer Spitze, dem Reichserbhofgericht, in Celle, (bemühen), das Gesetz brauchbar zu machen"²⁸⁾.

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten war die Beschränkung der Veräußerung und Belastung des Erbhofs sehr bedenklich. Darré sprach es im Geleitwort klar aus, daß diese Bestimmung gegen die "ichsüchtige Bedürfnisbefriedigung der Besitzer", gegen die gesamte kapitalistische (marktwirtschaftliche) Wirtschaftsweise, "in der allein der Rechenstift entscheidet", gerichtet war²⁹⁾. Das Prinzip, daß der Boden zum besten Wirt wandern solle, wurde ausdrücklich verworfen³⁰⁾. "Niemals ist der Sinn der Bauernarbeit das Befriedigen handelswirtschaftlicher Bedürfnisse."³¹⁾ Die Landwirtschaft, zumindest die Erbhöfe, wurde aus der Marktwirtschaft, die ohnehin immer weiter abgebaut wurde, herausgenommen. Im Zusammenspiel mit den gesamtwirtschaftlichen Planungen, der Funktion des Reichsnährstandes und einer reglementierenden Marktordnung wurde der Bauernschaft zwar ein hohes Maß an Sicherheit vor nachteiligen konjunkturellen und anderen wirtschaft-

lichen Einflüssen gewährt - ein Umstand, dessen Bedeutung man keineswegs unterschätzen darf. Der Preis aber war nicht nur im engeren wirtschaftlichen Bereich durch die Einschränkung der Dispositionsbefugnisse und die ständig zunehmende Reglementierung der gesamten Wirtschaftstätigkeit zu zahlen, sondern über die Auswirkungen der gesamtgesellschaftlichen Transformation auch in allen anderen sozialen Bereichen. Keineswegs hat diese Gesetzgebung die phasenspezifische Adaption der deutschen Landwirtschaft und ihre wirtschaftliche Effizienz gefördert.

2. Der Reichsnährstand(RNST)

2.1. Zielsetzung

"Der Reichsnährstand ist der Träger der nationalsozialistischen Agrarpolitik. Aufbau und Aufgaben entstammen nationalsozialistischer Zielsetzung und nationalsozialistischem Gestaltungswillen. Der Reichsnährstand ist daher die Verwirklichung des Nationalsozialismus in der deutschen Agrarpolitik."³²⁾

Die Zersplitterung des landwirtschaftlichen und sonstigen Verbandswesens bis 1933 hätte zum Gegeneinanderwirken verschiedener Sonderinteressen, das kapitalistisch-liberalistische Wirtschaften zur enormen Verschuldung und die immer weiter aufklaffende Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen zur ständig größer werdenden Benachteiligung der deutschen Landwirtschaft geführt. Die Zusammenfassung der Erzeuger, Be- bzw. Verarbeiter und Verteiler landwirtschaftlicher Produkte zu einem einheitlichen Reichsnährstand sollte diesen drei Hauptübeln ein Ende bereiten. Der RNST sollte, wie das REG die rechtlichen, die wirtschaftlichen und organisatorischen Grundübel beseitigen, die, so Saure, Wirkungen eines freien landwirtschaftlichen Marktes, "der nur der Börse dient", waren. "Notwendig war ... die Ablösung dieser Spekulationswirtschaft durch eine geordnete Bedarfsdeckungswirtschaft, die nicht zum Eigennutz eines Berufsstandes, sondern zum Gesamtwohl des Volkes durchgeführt wird."³³⁾ Den genannten Übeln zugrunde hätte eine noch größere Gefahr gelegen: "Nicht nur wirtschaftlich, sondern

auch geistig war der deutsche Bauer mehr und mehr in die liberalistisch-kapitalistische Welt verstrickt, in der kein Raum mehr sein sollte für ein starkes und gesundes Bauern-tum."³⁴⁾ Die geistige Abdankung und der wirtschaftliche Ruin der Bauernschaft hätte aber bedeutet, so Saure, daß durch das allmähliche Versiegen des "Blutsquells des deutschen Volkes" dieses selbst seiner rassisch-blutsmäßigen Substanz verlustig gegangen wäre usw.

Aus dieser Einschätzung der Lage und den nationalsozialistischen Zielvorstellungen - der Erhaltung der völkischen "Blut- und Bodenquelle" und der Sicherstellung der Ernährung (weitgehende Autarkie) - ergaben sich die Aufgaben des RNST. Dabei wurden, nach Saure, drei Bereiche unterschieden. 1. Die allgemeinen berufsständischen Aufgaben, die in der wirtschaftlichen, sachlichen und "geistigen" Förderung der Landwirtschaft bestanden. 2. Die Durchführung einer nationalsozialistischen Marktordnung, durch die die Bauern aus der kapitalistischen Marktwirtschaft herausgenommen und "volkswirtschaftlich gerechte Preise" für Erzeuger und Verteiler sowie tragbare für die Verbraucher gesichert werden sollten. 3. Die besonderen Aufgaben, die die Durchführung des REG, die Schuldenregulierung, die bäuerliche Siedlung u.a.m. betrafen.

2.2. Aufbau und Gliederung

Der RNST war der "ständische" Zusammenschluß der Personen und Institutionen, die direkt oder mehr vermittelt mit der Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung landwirtschaftlicher Produkte befaßt waren (§1 der 1.VO zum RNSTG)³⁵⁾. Für folgende fünf Gruppen bestand Zwangsmitgliedschaft³⁶⁾: 1. Für alle in der Landwirtschaft Tätigen; 2. Für landwirtschaftliche Genossenschaften³⁷⁾; 3. Für den Landhandel sowie die Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse; 4. Für alle angegliederten Einrichtungen, für die der RNST die Gesamtrechtsnachfolge³⁸⁾ antrat; 5. Für alle (Zwangs)zusammenschlüsse (Marktverbände)³⁹⁾.

Der RNST stand als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts⁴⁰⁾ unter "positiver Staatsaufsicht", d.h. er war staatlichen Stellen untergeordnet⁴¹⁾, die jeder-

zeit in seine Belange eingreifen konnten. Sein Verwaltungs- und Leitungsprinzip war das "Führerprinzip". Der Reichskanzler ernannte den Reichsbauernführer, der wiederum die Unterführer ernannte. "Der Reichsbauernführer ist der Führer und gesetzliche Vertreter des Reichsnährstandes. Er wird vom Reichskanzler ernannt." (§10(1) der 1.VO zum RNSTG)⁴²⁾. Das bedeutete auch, daß die Mitglieder des RNST, wie z.B. die Genossenschaften, keine rechtsfähigen, sondern lediglich Verwaltungseinheiten waren.

Der RNST gliederte⁴³⁾ sich gebietsmäßig in 19 Landesbauernschaften⁴⁴⁾, 514 Kreisbauernschaften und die Ortsbauernschaften, fachlich in vier Hauptabteilungen⁴⁵⁾, die Reichsverwaltungshauptabteilung und die Reichshauptabteilungen Mensch, Hof und Markt. Ohne eigentliche Bedeutung waren die gesamtständischen Einrichtungen des Reichsbauernrats, -tags und -things. Die Finanzierung des RNST erfolgte aus Mitgliederbeiträgen⁴⁶⁾, Gebühren und staatlichen Beihilfen.

2.3. Marktordnung

"Marktordnung im Sinne nationalsozialistischer Agrarpolitik ist die Schaffung geregelter Preis-, Absatz- und Versorgungs-verhältnisse. Es handelt sich nicht um eine Planwirtschaft, welche die Erzeugung einer zentralen Stelle unterwerfen würde ... Sie erfaßt die landwirtschaftlichen Erzeugnisse erst, wenn sie auf den Markt kommen."⁴⁷⁾ Allerdings sind Kontingentierungen⁴⁸⁾ und Ablieferungspflichten (z.B. für Brotgetreide) doch wohl Eingriffe, die vor der Vermarktung einsetzen. Die Einflußnahme des RNST auf Erzeugung und Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse beschränkte sich keineswegs nur auf eine indirekte Steuerung.

Der Hauptzweck der Marktordnung, so wurde behauptet, sei die Sicherstellung der Ernährung und die "Verwirklichung eines gerechten Preises" für die Erzeuger und Verteiler und eines tragbaren für die Verbraucher. Einer in etwa gleichbleibenden Kaufkraft der Löhne sollte ein ausgeglichenes Angebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu stabilen Preisen gegenüberstehen. Preisbildung und Versorgung waren deshalb dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage zu entziehen.

An deren Stelle sollte eine Bedarfsdeckungswirtschaft treten. "Während in der freien Wirtschaft der bewegliche Preis die Handlungen der Erzeuger und Verteiler bestimmt, sollen sich jetzt Erzeugung und Verteilung nach dem volkswirtschaftlichen Bedarf richten, der sich in einer ausgeglichenen, konjunkturlösen Wirtschaft ... nur allmählich ändert."⁴⁹⁾ Deshalb war es auch nötig, sich weitgehend von (Lebens- und Futtermittel) importen unabhängig zu machen, was ohnehin, auch auf anderen Gebieten, angestrebt wurde (Autarkie).

Um die rechtliche Grundlage für die bei dieser Zielsetzung erforderlichen weitgehenden Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen zu schaffen, wurde das Reichsnährstandsgesetz (am 19. Sept. 1933⁵⁰⁾) mit den nachfolgenden Verordnungen erlassen. Dieses Gesetz ist in der Tat ein "berufsständisches Ermächtigungsgesetz" (Saure), gleicht es doch für seinen Geltungsbereich auffallend dem verhängnisvollen Vorgänger vom 24. März 1933. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erhielt hierdurch das Recht, ganz nach Gutdünken die schwerwiegendsten Eingriffe, insbesondere auch in das Marktgeschehen, vorzunehmen (§§ 2-4, 6 und 9). Besondere Bedeutung kam der Bildung "marktregulierender Zusammenschlüsse", den Marktverbänden, zu.

Marktverbände

Die sog. Hauptvereinigungen, die sich in regionale Wirtschaftsverbände gliederten, waren dreistufige Marktverbände, die sowohl die Erzeuger wie auch die Verarbeiter und Verteiler umfaßten. Die Wirtschaftlichen Vereinigungen schlossen dagegen entweder Verarbeiter und Verteiler oder nur Verarbeiter zusammen. Beide Formen waren Zwangszusammenschlüsse, die jedoch weit größere Befugnisse hatten als die bis dahin bekannten Zwangskartelle. "Zweck und Aufgabe der Zusammenschlüsse ist, auf den betreffenden Gebieten "die Marktordnung nach den Bedürfnissen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls durchzuführen und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen". Hierfür sind ihm fast unbeschränkte Vollmachten erteilt. Sie können u. a. die Erzeugung, die Ablieferung, den Absatz, die Verarbeitung, die Verwendung und die Verteilung regeln, Vorschriften über die Lieferung, Verpackung, Lagerung, Kennzeichnung und

und Güteanforderungen erlassen, Verkaufs-, Verrechnungs- und Zahlungsbedingungen festsetzen, den Arbeitsumfang und den Ausstattungsgrad der verarbeitenden Betriebe regeln, Mindestumsatzmengen festsetzen und volkswirtschaftlich unnötige Betriebe dauernd oder vorübergehend stilllegen, die Neuerrichtung, die Wiederaufnahme und die Erweiterung der Leistungsfähigkeit von Betrieben untersagen, wenn sie z.B. bestehende Betriebe gefährden, Abnahme-, Verarbeitungs- und Einlagerungspflichten auferlegen, zur Deckung ihrer Aufwendungen Umlagen und Gebühren und zur Bildung von Ausgleichsstocks Ausgleichsabgaben erheben, Preise und Preisspannen festsetzen usw." ⁵¹⁾

Entstanden durch derartige Eingriffe Mitgliedern des RNST wirtschaftliche Schäden, so bestand keine Schadenersatzverpflichtung des Reiches (§6 RNSTG); eine Entschädigung durch den Verband selbst lag in dessen Ermessen. Der Ernährungsminister konnte bei Zuwiderhandlungen drastische Kriminalstrafen ohne Gerichtsbeschluß verhängen (§9 RNSTG). Die einzelnen Verbände konnten Ehrengerichte einsetzen (§5 der 2.VO zum RNSTG). Den Mitgliedern stand "zum Schutze gegen unbillige Härten" der Beschwerdeweg und die Anrufung von Schiedsgerichten offen ⁵²⁾.

"Die Leitung der Hauptvereinigungen und der Wirtschaftsverbände erfolgt nach dem Führerprinzip durch den Vorsitzenden ..." ⁵³⁾ Diese Zwangszusammenschlüsse gab es für alle wichtigen Produkte bzw. Verarbeitungsvorgänge, so für die Milch-, Vieh-, Getreidewirtschaft usw. ⁵⁴⁾

Besonders betroffen von diesen drastischen Eingriffen in den Markt waren naturgemäß alle Personen und Organisationen, die ihren Lebensunterhalt der Existenz einer beeinflussbaren Spanne zwischen Auf- und Verkaufspreis verdankten, die Händler im weitesten Sinne, die jetzt aber - nicht ohne Grund - "Verteiler" genannt und in sog. Verteilerfachschaften (nach Art der Handelsware) organisiert wurden. Ihnen ließ man eine "weltanschauliche Erziehung im Geiste einer auf das Wohl des Volksganzen gerichteten Standesehre und Standespflicht" (Mehrens) angeidehen. Auf dieser Grundlage kam es auch zu einer "Berufsbereinigung" bei dieser Gruppe. Nicht vorgesehene

Handelsgewinne ließen sich natürlich nicht völlig, aber doch sehr weitgehend verhindern.

Bei einer so umfassenden Reglementierung des Binnenmarktes und bei der Verfolgung des Zieles der größtmöglichen Autarkie der Gesamtwirtschaft mußte auch der Außenhandel - zumal Devisen notorisch knapp waren - staatlicher Bewirtschaftung unterworfen werden. Zur Steuerung der Ein- und Ausfuhr, die außerhalb der Zuständigkeit der Marktverbände lagen, wurden die sog. Reichsstellen eingerichtet. 1936 gab es deren fünf⁵⁵⁾. Die Aufgaben dieser Reichsstellen waren die Überwachung aller Einfuhren, die Sicherung der Marktordnung gegen jede Störung von außen und die Bewahrung einer Elastizität der Lebensmitteleinfuhr, insbesondere bei Störungen des Binnenmarktes durch Ernteschwankungen im Inland u.ä. Sie funktionierten wie folgt: "Wer eine Ware einführen will, die der Bewirtschaftung unterliegt, muß sie vor der zollamtlichen Abfertigung der zuständigen Reichsstelle zum Kauf anbieten. Diese ist zur Übernahme nicht verpflichtet. Lehnt sie die Übernahme ab, so ist die Einfuhr verboten. Im Falle der Übernahme wird bei der Wiederabgabe zu dem ... Übernahmepreis ein Zuschlag erhoben, der den Preis auf die Höhe des Inlandes heben soll... Die Reichsstellen wirken also wie Schleusen, die die Auslandsware auf die Höhe der Preisebene des Inlandes heben."⁵⁶⁾ Die Reichsstellen führten auch selbst ein.

Dieses System war natürlich viel flexibler und effektiver als ein Zollsystem. Man konnte so die Einfuhr völlig kontrollieren und auf die Schwankungen der Weltmarktpreise durch Änderung der Unterschiedsbeträge reagieren. Die Einfuhr kann so nahezu beliebig gesteuert werden (sofern genug Devisen vorhanden sind) und von anderen als wirtschaftlichen Erwägungen abhängig gemacht werden, sind doch auch negative Unterschiedsbeträge (bei negativer Differenz von In- und Auslandspreis) prinzipiell möglich, wenn auch ökonomisch nicht sinnvoll⁵⁷⁾. Um eine einigermaßen ausgeglichene Devisenbilanz zu bekommen, bevorzugte man bei den Agrarimporten Länder, die auf der Basis der Gegenseitigkeit dafür deutsche Industriewaren abnahmen, selbst wenn andere Agraranbieter günstigere Preise offerierten.

Da durch die Preis- und Marktpolitik eine automatische Steuerung der Warenbewegung ausgeschaltet war, mußte Versorgungsstörungen durch dirigierten Marktausgleich und Vorratswirtschaft vorgebeugt werden. Man mußte insbesondere auch zeitlichen und örtlichen Absatz- und Versorgungsspannungen begegnen, die die Keime eines grauen und - bei erheblichen Versorgungsschwierigkeiten - eines schwarzen Marktes in sich tragen. Eine solche Vorratshaltung war durch eine planmäßige Übereinfuhr möglich.

Bei aller notwendigen und zweifelsohne berechtigten Kritik des RNST sollte eines nicht übersehen werden: daß nämlich der RNST mit seiner wirtschaftlich-sozialen Wirkung bei einem großen Teil der Bauernschaft eine durchaus positive Aufnahme fand, die freilich nicht frei von z.T. großen Vorbehalten war. Die meisten Bauern waren jedenfalls - wenn auch in weniger absurder und schwülstiger Weise als die NS-Ideologen - von der Berechtigung und Notwendigkeit der Existenz ihres "Standes", gerade auch angesichts seiner wirtschaftlichen Bedrohung, die keineswegs bloß eine Erfindung besagter Ideologen war, überzeugt.

Die Ordnung des RNST war, so kann man sagen, die Verhängung des permanenten Belagerungszustandes über die gesamte Land- und Nahrungsgüterwirtschaft. Alle verbliebenen Residuen der wirtschaftlichen oder sonstigen Form von Selbstbestimmung waren nur vorläufige, alle Rest-Freiheiten solche auf Abruf. Der Reichsbauernführer bzw. Ernährungsminister war ermächtigt - von einem Führer und Reichskanzler, der sich de facto selbst ermächtigt hatte -, ganz nach Gutdünken Maßnahmen zu treffen, die von Preisregulierungen bis zu Anbaukontingenten und Betriebsstillegungen reichten. Der Rechtsweg gegen derartige Führermaßnahmen war ausgeschlossen. Zwar gab es in der Tat keine umfassende zentrale Produktionsplanung; im Prinzip war sie aber durchaus möglich, und die spätere Kriegswirtschaft kam ihr sehr nahe. Dem einzelnen Landwirt verblieb so ein gewisser Entscheidungsspielraum, jedoch nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern als Konsequenz ökonomisch-funktionalistischer Erwägungen. Die Rechte und Freiheiten der Pro-

duzenten waren auf unbedeutende Reste reduziert, ihr Zusammenschluß in autonomen Verbänden war durch deren Inkorporierung in den RNST - wodurch sie die Eigenschaft, juristische Personen zu sein, verloren hatten - unmöglich gemacht. Das Recht, Entscheidungen zu fällen und die Rechtsfähigkeit hatte allein eine Person: der Reichsbauernführer bzw. Ernährungsminister. Es ist deshalb auch nicht gerechtfertigt, von einem Reichsnährstand zu sprechen, denn zum einen war er keine genuin ständische Einrichtung, zum anderen fehlte ihm jegliche verfassungsrechtliche Autonomie⁵⁸⁾ und zum dritten gab es keinerlei innerständische Selbstbestimmung⁵⁹⁾. Der RNST war vielmehr eine hierarchisch-administrative Befehlsweitergabe- und wirtschaftliche Steuerorganisation, die nach dem Prinzip der Führerwillkür funktionierte.

Die Marktordnung, die eine funktionale Einheit mit dem RNST bildete, war eine durchaus ambivalente Einrichtung. Sie wies, als Konsequenz eines bis auf die Spitze getriebenen Staatsinterventionismus, wesentliche Merkmale einer ZVW auf. Ambivalent war diese weitgehende Beseitigung der bis dahin mehr oder weniger freien Märkte in einem mehrfachen Sinne: Einmal gab es Personen und Gruppen, die überwiegend nachteilige (z.B. Händler, Genossenschaften) resp. überwiegend vorteilhafte (z.B. überschuldete und existenzgefährdete Betriebe) Wirkungen zu spüren bekamen; dann gab es wiederum solche, bei denen sich Vor- und Nachteile die Waage hielten. Darüber hinaus waren die makroökonomischen Auswirkungen des in eine ZVW übergleitenden Markt dirigismus zwiespältig. Man kann nicht gleichzeitig verhindern, daß der Boden zum besten Wirt wandert, d.h. letztlich den zu honorieren, der am effektivsten wirtschaftet, und Höchstleistungen bei den "Erzeugungsschlachten" erzielen wollen. Die Preisgabe des "Kalkulationsprinzips" in der Landwirtschaft bewirkt auf längere Sicht zwangsläufig einen Produktivitätsabfall, wobei die Flächenerträge - wegen des größeren Betriebsmittel-, Kapital- und/oder Arbeitskräftebesatzes - durchaus steigen können. Gesamtökonomisch bedeutet die Abkehr von der Markt- und Verkehrsfreiheit, und das heißt auch von dem Prinzip der Honorierung der kostengünstigsten Produktion, und der Übergang

zu einer an einem zweifelhaften Prinzip von Gerechtigkeit orientierten zentralverwaltungswirtschaftlichen "Bedarfsdeckungswirtschaft", wobei der Bedarf letztendlich eine autoritär festgesetzte Größe ist, daß ein geringeres BSP erzielt wird als bei günstigerer Verteilung der verfügbaren wirtschaftlichen Ressourcen möglich wäre.

Durch feste Löhne und Preise, kontrollierte Produktion und Distribution lassen sich wohl konjunkturelle Störungen weitgehend eliminieren und ist eine gewisse Stabilität der Gesamtwirtschaft - mit den entsprechenden Auswirkungen in den soziopolitischen Bereich - durchaus erreichbar. Aber der zu zahlende Preis besteht nicht nur in einer negativen Differenz von Nutzen und Kosten beim gesamtwirtschaftlichen Saldo, sondern auch in der Abschaffung nahezu aller Freiheiten und Freiräume im wirtschaftlichen und politisch-rechtlichen Bereich. Wer also bereit ist oder gezwungen wird, seine Freiheit, die zwar immer verbunden ist mit dem Risiko der falschen Entscheidung und des Scheiterns, aber auch mit den Möglichkeiten der Selbstbestimmung, aufzugeben und dafür ein gewiß nicht unbedeutendes Maß an Sicherheit - wirtschaftlicher, sozialer und auch psychisch-geistiger - und der damit verbundenen Fremdbestimmung durch ungehemmte Führerwillkür einzutauschen, der wird in letzter Konsequenz immer der Betroffene sein.

3. Die (mittel)deutsche Landwirtschaft im Kriege

3.1. Die industrielle Produktion

Um die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland auch im Kriege sicherzustellen, bedurfte es bei dem erreichten Technisierungsgrad der Landwirtschaft der ausreichenden Zulieferung von Industrieerzeugnissen. Im großen und ganzen konnten die notwendigen, agrarextern produzierten Inputs bis 1944 in ausreichender Menge bereitgestellt werden

Die Ausgangslage für die deutsche Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie war sehr ungünstig. "Deutschland war auf allen Gebieten wirtschaftlich unvorbereitet für einen Weltkrieg"⁶⁰⁾, behauptete Kehrl. Zu Beginn des Krieges herrschte

Rohstoffmangel, Rüstungsproduktion und Industrielager waren minimal, die Arbeitskräftelage war unbefriedigend, die Organisation der Wirtschaft wies erhebliche Mängel auf (Kompetenzzersplitterung, "Ressortpartikularismus", Mängel bei der Koordinierung der Produktion und Administration).

Der organisatorische Umbau der Gesamtwirtschaft hatte jedoch bis 1939 wichtige Ansätze für die zentrale Wirtschaftslenkung geschaffen. Die parallel mit der Mobilmachung verfügte Rationierung wichtiger Ge- und Verbrauchsgüter für die Bevölkerung funktionierte von Beginn an gut. Die ebenfalls eingeführte umfangreiche Produktions- und Investitionssteuerung wurde allerdings durch den "Ämterpluralismus" - es gab ja kein kompetentes Kabinett und deshalb auch keine einheitliche Gesamtplanung - erheblich beeinträchtigt.

Nach dem Krieg gegen Polen und dem militärisch für Deutschland unerwartet günstig verlaufenen Westfeldzug konnte die angespannte Rohstofflage durch Kriegsbeute verbessert werden. Zahlreiche Kriegsgefangene wurden in der deutschen Industrie und Landwirtschaft eingesetzt. Auch standen in den eroberten Gebieten der deutschen Planung neue Industriekapazitäten zur Verfügung, die aber, wie Kehrl meint, nicht ausreichend genutzt wurden. Kehrl geht sogar so weit, zu behaupten, "daß der Krieg wirtschaftlich in den Jahren 1940/41 verloren wurde"⁶¹). Der Zersplitterung der Organisation und der wirtschaftlichen Inkompetenz der militärischen Stellen komme hierfür die Hauptschuld zu.

Der deutliche Rüstungsanstieg im Wirtschaftsjahr 1942/43 wird ursächlich auf die Änderungen der Wirtschaftsorganisation, die nach der Ernennung von Speer zum Reichsminister für Rüstungs- und Kriegsproduktion erfolgten, zurückgeführt. Speer nutzte seine umfassenden Vollmachten zu entscheidenden Veränderungen des Organisationsgefüges. Durch dessen technokratisch-zentralistische Perfektionierung konnten die nachteiligen Wirkungen der "Zwei- oder Mehrgleisigkeit" der Wirtschaftslenkung stark abgemildert werden. Durch die Zusammenfassung der Produktionsplanung unter technologischen Gesichtspunkten in sog. Haupt- und Sonderausschüssen und den sog. Ringen (produktionsspezifische Zusammenfassungen

einzelner Zulieferer) wurde die Verantwortung für die Produktion der Wirtschaft selbst übertragen. Dadurch, meint Kehrl, sei "eine ungeheure Dynamik" ausgelöst worden. Die Produktionsziffern scheinen dies zu bestätigen. Durch die Einführung der "Zentralen Planung" konnten viele Engpässe beseitigt werden. Die enorme Steigerung der Gesamtproduktion diente in erster Linie der Abdeckung des ständig steigenden Bedarfs an Kriegsmaterial, obwohl auch die zivile Produktion gesteigert werden konnte.

	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Industrie insgesamt	106	102	105	106	119	117
davon:						
Verbrauchsgüter	100	95	96	87	91	87
Rüstung	125	220	220	320	500	425

Tab. 8: Der Index der industriellen Produktion 1939-44 (1938=100). Quelle: Stolper(1964) S.187

Eine Einschränkung des Zivilkonsums mußte dennoch vorgenommen werden, zumal der bald einsetzende Bombenkrieg zu ständig steigenden, immer auf's neue zu ersetzenden Kapazitätsverlusten führte.

Die Auswirkungen des Luftkriegs machten die Aufsplitterung und Verlagerung wichtiger und gefährdeter Fertigungen notwendig. Das führte zu einer ständig zunehmenden Mehrbelastung, zumal auch das Verkehrsnetz gegen Bombardements nur unzureichend geschützt werden konnte. Trotz großer Verluste gelang es, die Produktion noch zu steigern, bis im Juli 1944 ein absoluter Höchststand erreicht war. Die seit April 1944 erfolgte systematische Bombardierung der chemischen Industrie und der Energiebetriebe führte in der zweiten Jahreshälfte zu erheblichen Engpässen, deren wichtigster der Treibstoffmangel war. So mußten u.a. auch viele landwirtschaftliche Maschinen auf Holzgas umgestellt werden. Durch das Zurückweichen der Front kam es zu einer Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage. Die massierten und konzentrierten Luftangriffe verursachten irreparable Schäden, insbesondere auch durch die Unterbrechung der Verkehrswege, wodurch nicht nur die Versorgung der Front, sondern auch die der einzelnen Industriebetriebe mit Material u.dgl. litt.

Für die Organisation der deutschen Kriegswirtschaft im 2. Weltkrieg maßgebend waren die Schlußfolgerungen, die man aus den Fehlern und Unzulänglichkeiten der Wirtschaftsführung während des 1. Weltkriegs ziehen zu müssen. Zu diesen gehörte die Einsicht, daß eine ausreichende Ernährung der Wehrmacht und der Bevölkerung nur gesichert werden kann, wenn der Landwirtschaft und der Nahrungsgüterindustrie alle produktionsnotwendigen Industrieerzeugnisse in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung gestellt werden. So wurden während des Krieges nicht nur annähernd genügend Landmaschinen und Ersatzteile hergestellt, um die verschlissenen Teile ersetzen zu können, sondern der Maschinen- und Traktorenbesatz wurde in den ersten Kriegsjahren sogar erhöht.

	absolut*	v.H.**
Elektromotoren (über 6 PS)	83,7	29,3
Dampfkraftmaschinen*	2,9	29,6
Kleinschlepper (8-22 PS)	5,1	28,0
Ackerschlepper (über 22 PS)	14,1	38,2
Drillmaschinen	197,0	27,5
Düngerstreuer	60,0	26,6
Hackmaschinen	56,9	30,9
Heuwender	82,9	22,2
Mähbinder	119,5	38,7
Mähmaschinen mit Aufbaumotor	5,8	39,3
Kartoffelerntemasch.	137,2	31,6
Rübenroder	28,8	36,5
Dreschmaschinen mit Kraftantrieb	216,3	25,8
Bindfaden-Stroh- pressen	91,6	49,8
Drahtstrohpresse	1,7	37,2

* 1.000 Stück; ** Des Reichsgebiets von 1937;

* Einschl. Dampfflugkomobile.

Tab. 9 : Der Bestand ausgew. Antriebs- und
Arbeitsmaschinen in Mitteld. 1939.
Quelle: Gleitze (1956) S. 161

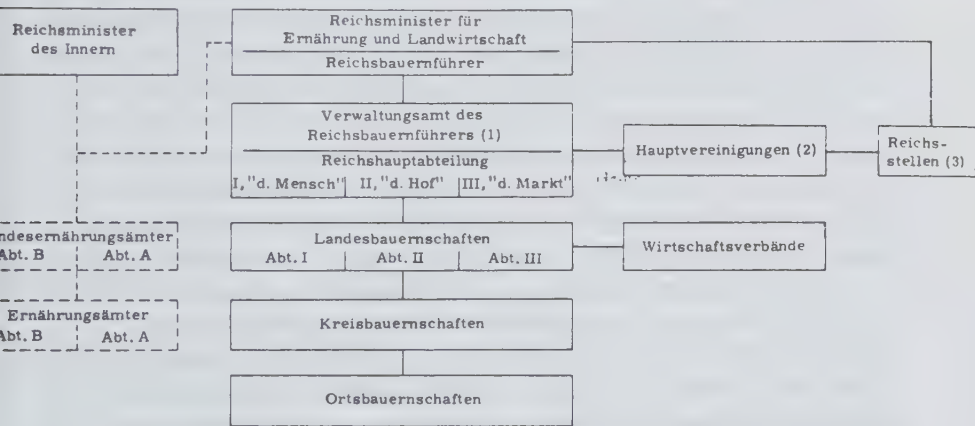
Ganz ohne Zweifel war aber die Erweiterung der Mechanisierung der deutschen Landwirtschaft geringer, als sie unter friedensmäßigen Bedingungen hätte sein können und wohl auch sollen (Mechanisierungsphase). Besonders war man darauf bedacht, die landwirtschaftliche Produktion durch ausreichende Düngung

zu sichern. Die katastrophale Stickstoffknappheit⁶²⁾ während des 1. Weltkriegs war eine nachdrückliche Lehre gewesen, ähnliches nicht wieder entstehen zu lassen. Die Versorgung mit Mineraldüngern verschlechterte sich jedoch zusehends und war nur bei Kali bis zuletzt ausreichend. Die Erzeugung von Stickstoff und Phosphorsäure wurde zugunsten kriegswichtiger Produkte stark eingeschränkt. Wichtig für schnellverderbliche landwirtschaftliche Produkte ist auch ein rechtzeitiger Transport zu den Verarbeitungsbetrieben und deren ungestörte Funktion. Es konnte für die Zwecke der Ernährungsindustrie genügend Transportraum zur Verfügung gestellt werden, und auch die Verarbeitung funktionierte ohne größere Reibungen. Die Wirkungen des Luftkriegs waren bei Kriegsausgang aber auch hier zu spüren. So wurden die Verkehrswege immer öfter unterbrochen und auch die Verarbeitung wurde stark beeinträchtigt, z.B. durch den Ausfall zahlreicher Großmühlen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß⁶¹⁾ bis weit in das Jahr 1944 hinein den dringendsten Bedarf abdeckende Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Landmaschinen und Ersatzteilen, die zwar eingeschränkte mit Mineraldüngern und Brennstoffen sowie das Vorhandensein ausreichender Transport- und Verarbeitungskapazitäten wesentlich zur weitgehenden Aufrechterhaltung der Produktionsfähigkeit der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft beigetragen haben.

3.2. Struktur und Organisation der Landwirtschaft im Kriege
Die organisatorischen Voraussetzungen für eine zentral geplante Kriegsernährungswirtschaft waren mit dem RNST und den komplementären Einrichtungen schon lange vor Kriegsausbruch geschaffen worden. Der RNST, so Riecke, "erwies sich in der Folge, allerdings unabhängig von den Ideen, die zu seiner Gründung geführt hatten, als ein geradezu vorbildliches(!) Instrument für die Kriegsernährungswirtschaft"⁶³⁾. Es habe, so Riecke weiter, keine Vorausplanung für einen Angriffskrieg gegeben. Allerdings waren alle Maßnahmen für den Kriegsfall bestens vorbereitet, so daß gleichzeitig mit der allgemeinen Mobilmachung die Kriegsernährungswirtschaft durch VO vom

27.Aug.1939⁶⁴⁾ reibungslos eingeführt werden konnte. Der Übergang von der (Friedens)marktordnung zur Zwangswirtschaft war genauestens kalkuliert. Als Ergänzung zum Apparat des RNST⁶⁵⁾, der Marktverbände und Reichsstellen wurden beim Stabsamt des RNST und bei den Landesbauernschaften sog. Ernährungs-sicherungsstellen(E.S.-Stellen) eingerichtet. Der gesamte RNST wurde in den staatlichen Apparat eingegliedert. Organisatorischer Träger der Maßnahmen der Kriegswirtschaft wurden die Landesernährungs- und Ernährungsämter, die sich in zwei Abteilungen gliederten. Die Abteilung A besorgte die Aufbringung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die Abteilung B deren Verteilung. Aber auch hier ging es nicht ohne hemmende Kompetenzzersplitterung ab: Die Abteilung A nämlich fiel in die Zuständigkeit des RNST, die Abteilung B hingegen in die des Ernährungsministeriums, wodurch, nach Riecke⁶⁶⁾, Doppelarbeit und unnötige Reibereien entstanden.



- 1) Aufgabengebiete der Reichshauptabteilungen: I. Presse, Propaganda, Ausstellungswesen. II. Fachliche Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe. III. Steuerung und Überwachung der Marktordnung.
- 2) Hauptvereinigungen der: Getreide- und Futtermittelwirtschaft, Kartoffelwirtschaft, Zuckerwirtschaft, Gartenbauwirtschaft, Weinbauwirtschaft, Milch- und Fettwirtschaft, Vieh- und Fleischwirtschaft, Eierwirtschaft, Brauwirtschaft, Fischwirtschaft.
- 3) Reichsstellen für: Getreide, Futtermittel und sonstige Erzeugnisse, Milcherzeugnisse, Öle und Fette, Eier, Tiere und tierische Erzeugnisse, Garten- und Weinbauerzeugnisse.

—— Friedensmässige Organisation - - - - organisatorische Ergänzung im Kriege

Schaub. 3: Die Organisation der Marktordnung und der Kriegsernährungswirtschaft. Aus: Hanau/Plate (1975) S.27

Die Ausgangslage für die Ernährungswirtschaft war relativ günstig gewesen. Zwar waren die weitgesteckten Ziele der "Erzeugungsschlachten", Vierjahrespläne u.dgl., die für die Landwirtschaft bedeutende Ertragssteigerungen vorgesehen hatten, nicht erreicht worden - Deutschland blieb weiterhin auf beträchtliche Nahrungs- und Futtermittelimporte angewiesen; aber es war doch gelungen, durch planmäßige Vorratswirtschaft nicht unbeträchtliche Reserven anzulegen. Bei einem jährlichen Einfuhrbedarf von 2 Mill.t bei Brot- und Futtergetreide und 400.000t bei Fett, konnte man davon ausgehen, daß durch die angelegten Vorräte: 6 Mill.t Getreide und 600.000t Fett der Zuschußbedarf - normale Ernten vorausgesetzt - für etwa drei Jahre gedeckt war⁶⁷⁾. Außerdem bestanden noch handelsvertragliche Vereinbarungen über weitere Lieferungen.

Die Kriegsernährungswirtschaft funktionierte in den Grundzügen wie folgt. a. Seit der Errichtung der dem Reichsbauernführer unterstellten "Dienststelle für Ernährungssicherung" am 1. Mai 1936 wurden alljährlich sog. Ernährungsbilanzen erstellt, in denen ein Überblick über den Umfang der eigenen Produktion, den Bedarf und die notwendigen Importe gegeben wurde. Jeder einzelne Hof wurde durch Anlegen einer sog. Hofkarte (und im größeren Rahmen: der Kreiswirtschaftsmappe) genauestens statistisch erfaßt. b. So wurde es möglich, detaillierte Bewirtschaftungs- und Verteilungspläne durch die Hauptvereinigungen, denen die Reichsstellen eingegliedert wurden, aufstellen zu lassen. c. Für die effektive Durchführung dieser Planungen war die vollständige Erfassung der gesamten Produktion notwendig. Es wurden alle bewirtschafteten Lebensmittel, ausgenommen die für die Selbstversorgung notwendigen, beschlagnahmt. d. An die Verbraucher wurden Lebensmittelkarten mit gestaffelten Rationen ausgegeben⁶⁸⁾, die diese beim Einzelhandel zu festgesetzten Preisen einlösen konnten.

In diesem System wurden zentral festgelegt: Güterpreise, Löhne, Anbaukontingente, Ablieferungsmengen, Betriebsmittelzuteilungen, Handelsgewinne, Verarbeitungsmengen und -ver-

fahren, die gesamte Distribution, der Bedarf usw., also nahezu alle Produktions- und Distributionsvorgänge, von der Aussaat bis zum Verkauf des Brotes z.B. Eine zentralistisch organisierte Bürokratie plante und steuerte alle wichtigen Wirtschaftsabläufe. Bemerkenswert dabei ist, daß dieses System mit gutem Erfolg bis zum Zusammenbruch funktionierte, was bei nur mißmutiger Teilnahme der meisten Beteiligten sicher nicht möglich gewesen wäre.

Ende 1942 waren die eingelagerten Vorräte verbraucht. Es trafen jedoch weiterhin handelsvertraglich vereinbarte Lieferungen in Deutschland ein, so u.a. aus Dänemark⁶⁹⁾ und der SU (bis 1941). Die SU lieferte 1940 immerhin 1,1 Mill. t Getreide nach Deutschland. Insgesamt erreichten diese Importe jedoch nicht den Vorkriegsstand und erlaubten keine weitere Vorratshaltung. Zwar kamen aus den besetzten Gebieten bedeutende Lieferungen; gemessen an dem Gesamtbedarf und dem Eigenaufkommen Deutschlands waren sie jedoch nicht erheblich. So entwickelte sich der Anteil der Einfuhren am Gesamtaufkommen von Agrarprodukten (Dt. Reich, Gebietsstand 1. Sept. 1939) wie folgt:

1938/39=9,9; 1939/40=7,5; 1940/41=8,0; 1941/42=10,0; 1942/43=14,8; 1943/44=12,9%.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Anzahl der zu versorgenden Personen in diesem Gebiet von 1938=72,2 auf 1943/44=88,8 Mill. angewachsen war⁷⁰⁾. Die genannten Zahlen werden dadurch relativiert, daß die Wehrmacht sich zum großen Teil aus den besetzten Ländern selbst versorgte. Da es in den besetzten Gebieten zu großen Entnahmen durch die Wehrmacht kam und diese Länder auch von der allgemeinen Blockade gegen die Achsenmächte betroffen waren, mußten sich weitere Entnahmen für den Export nach Deutschland natürlich deutlich fühlbar machen.

Unter den gegebenen Verhältnissen war die ausreichende Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln weitgehend von der Aufrechterhaltung des inländischen Produktionsniveaus abhängig. Um dieses nicht allzusehr absinken zu lassen, mußten neben einer im allgemeinen zufriedenstellenden

Versorgung mit Betriebsmitteln, genügend Arbeitskräfte zum Einsatz bereitstehen. Da die Wehrmacht bei ihren U.k.-Stellungen wenig Rücksicht auf die Belange der Landwirtschaft nahm, mußten die entstehenden Lücken durch den Einsatz von "Fremdarbeitern" und Kriegsgefangenen ausgeglichen werden. Rein zahlenmäßig gab es während des Krieges keinen ernsthaften Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande. Das Fehlen qualifizierter Betriebsleiter blieb jedoch nicht ohne nachteilige Auswirkungen.

Bei der Verwaltung des Mangels an Nahrungsmitteln stellt sich immer die Frage, wie man es mit dem Viehbestand halten soll, denn das Vieh wird in solchen Situationen zu einem direkten Nahrungskonkurrenten für den Menschen. Es ist letztlich die Entscheidung zwischen hochwertigen tierischen Nahrungsmitteln in unzureichender Quantität und mengenmäßig evtl. ausreichenden pflanzlichen Nahrungsmitteln zu treffen. Entscheidet man sich für den "Umweg über den Tiermagen", kann man wohl die Versorgung mit tierischem Eiweiß sicher stellen, nicht aber die über das pure Überleben entscheidende mit ausreichenden Kalorien, denn bei der Mästung von Schweinen z.B. gehen ca. 80% des Kalorienwertes der pflanzlichen Futtermittel verloren. Aus diesem Grunde erfolgte auch eine starke Reduzierung des Schweinebestandes von 1938/39=27 auf 1943/44=18,6 Mill., ohne daß man den Fehler des "Schweinemords" im 1. Weltkrieg wiederholt hätte. Der Rindviehbestand hingegen blieb nahezu konstant, wobei das Milchaufkommen der Molkereien, wegen des größeren Anteils an Milchkühen, sogar anstieg.

3.3. Die landwirtschaftliche Erzeugung bis Kriegsende
Im vorangehenden Abschnitt wurde schon erwähnt, daß die Versorgung der Landwirtschaft mit industriellen Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern bis Kriegsende nahezu ausreichend war. Gleiches kann man für die Bereitstellung mineralischer Düngemittel nicht sagen.

	1939		1940		1941		1942		1943	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.
Kali*	1.216	100,0	1.366	112,3	1.225	100,7	1.348	110,4	1.150	94,6
Phosphorsäure*	454	100,0	351	77,3	319	70,3	340	74,9	335	73,8
Stickstoff*	704	100,0	675	95,9	621	88,2	506	71,9	360	51,1

* 1.000t Reingehalt

Tab. 10: Der Verbrauch betriebsfremder Düngemittel in Deutschland 1939-43 (1939=100). Quelle: Hanau/Plate (1975) S.21

	1938/39		1942/43	
	absolut (1.000t)	kg/ha	absolut (1.000t)	kg/ha
Stickstoff (Gehalt an N)	218,3	32,5	147,2	22,3
Phosphorsäure (Gehalt an P ₂ O ₅)	182,2	27,2	75,3	11,4
Kali (Gehalt an K ₂ O)	323,5	48,3	339,2	51,4

Anm.: Der Verbrauch in Mitteld.lag bei N u.K₂O über u.entsprach bei P₂O₅ etwa dem Reichsdurchschnitt.

Tab.11 : Der Düngerverbrauch in Mitteld.(mit Berlin)1938/39 u.1942/43. Quelle: Gleitze(1956) S.161

Dabei ist zu berücksichtigen, das der Jahresverbrauch im Durchschnitt der Jahre 1927-32 bei Stickstoff 379.00t, bei Phosphorsäure 478.00t betragen hatte. Das heißt aber, daß der drastische Rückgang bei Stickstoff weniger bedeutungsvoll als der bei Phosphorsäure war, denn bei Stickstoff wurden lediglich die gestiegenen, aber immer noch nicht optimalen Mehrgaben abgebaut, während bei Phosphorsäure ein großes, boden- und pflanzenphysiologisch relevantes Defizit auftrat.

Obwohl die Landwirtschaft eine weit unterdurchschnittliche U.k.-Stellungsquote⁷¹⁾ aufwies, nämlich 17,7 gegenüber einer Quote für alle Fachbereiche zusammen von 29,8, und ihre Gefallenenquote überdurchschnittlich war: 9,3 gegenüber 8,7 für alle Bereiche zusammen (bei allerdings etwas geringerer Wehrdienstquote), gab es während des Krieges keine Probleme bei der ausreichenden Bereitstellung von Arbeitskräften für diesen Wirtschaftsbereich. Von den 4.994.400 am 31. Mai 1939 in der Landwirtschaft beschäftigten männlichen Arbeitskräften waren am 31. Mai 1943 1.718.600 zur Wehrmacht eingezogen, und gefallen oder gestorben waren 160.700. Dieser kriegsbedingte Ausfall an Arbeitskräften wurde ausgeglichen und sogar - rein zahlenmäßig - überkompensiert durch den Einsatz von 700.00 Kriegsgefangenen und 1,5 Mill. "Fremdarbeitern". Man muß jedoch davon ausgehen, daß bis Kriegsende die Zahl der inländischen männlichen Arbeitskräfte weiter zurückging und die Zahl der Gefallenen anstieg, so daß bei einem plötzlichen Abzug aller Kriegsgefangenen und "Fremdarbeiter" die Arbeitskräftesituation der Landwirtschaft leicht katastrophal werden konnte.

Entscheidend war jedoch, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft weitgehend aufrecht erhalten werden konnte. Inwieweit dies gelang, sollen die folgenden statistischen Angaben zeigen.

a. Getreide.

	Weizen ^a	Roggen ^b	Gerste ^c	Hafer ^d
1935/39	1,6	2,2	1,3	2,2
1939/40	1,63	2,41	1,3	2,31
1940/41	1,38	1,89	1,22	2,27
1941/42	1,43	2,12	1,1	1,91
1942/43	1,19*	1,63*	1,12	2,3
1943/44	1,45	2,21	0,92	2,04
1944/45	1,27	1,88	0,8	1,68

* Witterungsbedingte Ausfälle; Einheit: Mill. t
Mitteldeutschlands Anteile an der Gesamternte
1935/39: a=33,4; b=28,9; c=35,1; d=37,9%.

Tab.12 : Die Ertragsentwicklung bei Getreide
in Mitteld. 1935/39-1944/45, geschätzt
nach den Anteilen an der Gesamternte
1935/39. Quelle (der Zahlen der Gesamternten): Hanau/Plate (1975) S.44

Die Aufstellung macht einerseits die allmählichen Ertragsrückgänge, andererseits aber auch deutlich, daß gerade bei Roggen und Weizen, also bei Brotgetreide, die Erzeugung ein beachtliches Niveau hielt, und daß mit derartigen Ergebnissen bei Berücksichtigung der handelsvertraglichen Lieferungen und derjenigen aus den besetzten Gebieten - bei Getreide zumindest - eine ausreichende Versorgung bis Kriegsende sichergestellt war.

b. Hackfrüchte.

Wir beschränken uns hier auf die volkswirtschaftlich wichtigsten Hackkulturen Kartoffeln und Zuckerrüben.

	1935/39	1940	1941	1942	1943	1944
Kartoffeln ^a	14,2	14,3	14,6	12,1*	13,8	10,5
Zuckerrüben ^b	6,1*	7,1	7,0	7,1	6,3	5,3

* 1939=7,3; + Witterungsbedingte Ausfälle; Einheit: Mill. t
Mitteldeutschlands Anteile an der Gesamternte 1935/39
bzw. 1939: a=25,4; b=43,3%

Tab.13 : Die Ertragsentwicklung bei Kartoffeln u. Zuckerrüben in Mitteld. 1935/39 bzw. 1939-1944, geschätzt nach den Anteilen an der Gesamternte 1935/39 bzw. 1939. Quelle (der Zahlen der Gesamternten): Hanau/Plate (1975) S.55,69

Besonders deutlich ist der Ertragsrückgang bei Kartoffeln. Man muß bei dessen Einschätzung jedoch berücksichtigen, daß der Kartoffelbedarf durch die starke Verringerung des Schwei-

nebestandes auch zurückgegangen war, weil man sich den "Umweg über den Tiernagen" in dem gehaltenen Umfang nicht mehr leisten konnte. Bei dem Rückgang der Zuckerrübenenerträge ist bemerkenswert, daß der Ertrag von 1935(10,6 Mill.t) während des ganzen Krieges übertroffen wurde, was auf die starke Ausweitung der Anbaufläche zurückzuführen ist. Allerdings mußten ja auch die Importausfälle ausgeglichen werden.

	1934/38	1939/43
Weizen	24,6	25,4
Roggen	17,1	18,8
Gerste	22,4	23,8
Hafer	21,5	23,6
Kartoffeln	172,7	177,9
Zuckerrüben	293,9	303,6

Tab. 14 : Die Erträge der Hauptkulturen in Mitteld. (mit Berlin) 1934/38 u. 1939/43 (dz/ba). Quelle: Gleitze (1956) S. 159

c. Viehwirtschaft.

	1936	1943
Pferde	808.705	714.240
Rinder	3.593.472	3.542.764
davon		
Kühe	1.949.523	1.946.683
Schweine	6.190.396	4.024.040
Schafe	1.594.591	1.808.766
Ziegen	691.450	732.449

Tab. 15 : Die Viehbestände in Mitteld. nach den Zählungen von 1936 u. 1943 (ohne Berlin). Quelle: Stat. Hdb. (1948) S. 196f

	1938	1943
Gesamterzeugung (1.000t)	4.939,7	4.347,3
Milchleistung je Kuh (kg)	2.549	2.265

Tab. 16 : Die Kuhmilcherzeugung in Mitteld. (ohne Berlin) 1938 u. 1943. Quelle: Stat. Hdb. (1948) S. 218

Sowohl der Milchkuhbestand als auch die Milcherzeugung änderten sich während des Krieges nur wenig. Der Schweinebestand - und damit die Erzeugung von Schweinefleisch - ging erheblich zurück, ebenso auch die Eiererzeugung. Da der durchschnittliche Fettgehalt der Milch auch in etwa das Niveau halten konnte, blieb die Versorgung mit Trinkmilch und Butter auf der Grundlage der durch handelsvertragliche Importe ergänzten inländischen Milcherzeugung gesichert. Der Ausfall bei Schweinefleisch konnte hingegen nicht ausgeglichen werden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die landwirtschaftliche inländische Gesamtproduktion Deutschlands während der Dauer des 2. Weltkriegs ein derartiges Niveau halten konnte, daß eine Ernährungskrise größeren Ausmaßes bis Kriegsende nicht

eintrat. Dies bleibt, bei allen anzumeldenden Vorbehalten, eine beachtenswerte organisatorische und fachliche Leistung der deutschen Landwirtschaft und der Produktion und Distribution steuernden Organisationen.

Wichtig für eine Betrachtung der Auswirkungen der Produktionsentwicklung während des Krieges für die Prospekte der unmittelbaren Nachkriegszeit sind die Entwicklungen der Hektarerträge, weil sich in diesen verschiedene Faktoren, die für eine weitere Ertragsentwicklung relevant sind, widerspiegeln.

Ertragsrückgänge können verschiedene Ursachen haben. Eine wichtige ist ohne Zweifel die Unterversorgung mit mineralischen Nährstoffen aufgrund mangelhafter Düngung. Eine andauernde Unterversorgung mit Kali und Phosphorsäure wirkt sich hierbei längerfristig nachteiliger aus als geringe Stickstoffgaben, die sehr kurzfristig ausgeglichen werden können. Wenn wir als Beispiel die durchschnittlichen Hektarerträge bei Getreide als Indikator für die erhaltene oder verlorene Ertragsfähigkeit des Ackerbodens nehmen wollen, so läßt sich sagen, daß diese bis kurz vor Ende des Krieges fast ebenso gut war wie zu dessen Beginn (cf. Tab. 14 und Hanau/Plate (1975) S. 44). Die Flächenerträge sind während der Dauer des Krieges in etwa gleich geblieben, was auch bedeutet, daß bei Kriegsende die Ackerböden in keiner besonders schlechten Verfassung waren. Die letzten Erträge weisen allerdings auf gewisse Erschöpfungserscheinungen hin.

Wie die Gesamtversorgung mit Nahrungsmitteln (inländische Produktion + Einfuhrüberschuß) sich auf die alltäglichen Konsummöglichkeiten der "Normalverbraucher" auswirkte, läßt sich einigermaßen zuverlässig⁷²⁾ an den festgelegten Rationen ablesen (cf. Tab. 55). Zur Ergänzung hier der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung:

	1938/39	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43	1943/44
absolut	46,2	41,7	38,9	32,6	31,2	28,2
v.H.	100	90,3	84,2	70,6	67,5	61,0

Tab. 17 : Der Pro-Kopf-Fleischverbrauch in Deutschland 1938/39 bis 1943/44 (kg/E). Quelle: Hanau/Plate (1975) S. 100

Der Verbrauch und die Rationen gingen also für die "Normalverbraucher" bis Kriegsende deutlich zurück und erreichten

ihren vorläufigen Tiefststand bei Kriegsende. Die Verminderung der je Kopf zur Verfügung stehenden Lebensmittel hielt auch nach Kriegsende an und erreichte ein absolutes Minimum im zweiten und dritten Nachkriegsjahr.

III Bevölkerung und Arbeitskräfte

Im Hinblick auf die mitteldeutsche Landwirtschaft und das Agrarwirtschaftssystem interessiert die Bevölkerungsentwicklung im Kriege und in den ersten Nachkriegsjahren vor allem unter drei Gesichtspunkten. Erstens war unter den Bedingungen der erzwungenen Autarkisierung⁷³⁾ der mitteldeutschen Ernährungswirtschaft die Gesamtzahl der Bevölkerung zusammen mit der der sowjetischen Truppen und des Verwaltungspersonals in etwa identisch mit der Zahl der von der mitteldeutschen Landwirtschaft mit Nahrungsmitteln⁷⁴⁾ zu versorgenden Personen. Zweitens hatte die Bevölkerungsentwicklung bedeutsame Auswirkungen auf die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Drittens schließlich bestand ein Zusammenhang zwischen den Strukturveränderungen der mitteldeutschen Agrarwirtschaft und dem Problem der Integration der zu einem großen Teil landwirtschaftlichen Berufsgruppen zugehörigen, nach Mitteldeutschland eingeströmt und dort verbliebenen Flüchtlinge und Vertriebenen⁷⁵⁾.

1. Bevölkerungsentwicklung

Für die Bevölkerungsbilanz der unmittelbaren Nachkriegszeit war die natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht ausschlaggebend. Die nach Millionen zählenden Opfer des Krieges und der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik hatten am Ende des 2. Weltkriegs die Gesamtzahl der Deutschen (Dt. Reich in den Grenzen von 1937) beträchtlich vermindert. Für die Bevölkerungsbilanz der einzelnen Besatzungszonen von größter Bedeutung war jedoch der Zustrom ebenfalls nach Millionen zählender Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, die zahlenmäßig die Kriegsverluste stark überkompensierten.

Die Bevölkerungsverluste lassen sich nur schwer nach Zonen aufschlüsseln. Nach Arntz⁷⁶⁾ wird die Zahl der Wehrmachts-

toten auf 3.050.000 geschätzt(Dt.Reich 1937). Die Opfer unter der Zivilbevölkerung entstanden hauptsächlich durch den Bombenkrieg, im Zuge der Vertreibung der Deutschen aus den Ostprovinzen des Dt.Reiches und der Volksdeutschen aus Südosteuropa sowie durch nationalsozialistische Verbrechen. Die Zahl der durch Bomben Getöteten ist umstritten, Arntz⁷⁷⁾ schätzt sie auf 1/2 Million. Derselbe Autor gibt als wahrscheinliche Zahl der Opfer von Flucht und Vertreibung zwischen 1944 und 1946 2 1/2 Millionen an. "Aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen durch Maßnahmen des "Dritten Reiches"" sollen 300.000 Deutsche, darunter 170.000 deutsche Juden, ums Leben gekommen sein. Die Gesamtzahl der Opfer - Toter und Verschollener - der Zivilbevölkerung lag bei über drei Millionen.

"Die deutsche Volkssubstanz büßte also durch den Zweiten Weltkrieg mehr als 6.500.000 Menschen ein: zum sehr erheblichen Teil unentbehrliche⁷⁸⁾ Menschen der besten Jahrgänge. Auch von den 2.010.000 Soldaten und Zivilpersonen, die verwundet oder dauernd kriegsbeschädigt wurden, ist ein großer Teil nicht mehr zu vollen Leistungen fähig."⁷⁹⁾

Als temporärer Bevölkerungsverlust muß die nicht unbeträchtliche Zahl der in den ersten Nachkriegsjahren in Kriegsgefangenschaft befindlichen Wehrmachtsangehörigen und der in die SU Deportierten berücksichtigt werden.

Die Außenwanderungsverluste⁸⁰⁾, die durch die Emigration aus Deutschland nach 1939 und nach 1945 entstanden, waren zwar nicht gering, jedoch für die Gesamtbilanz nicht bedeutend.

Die Bevölkerungsverschiebungen von 1939 bis Kriegsende innerhalb der späteren vier Besatzungszonen, die durch Verlagerung von Produktionsschwerpunkten, Neuaufbau und Ausbau von Rüstungsbetrieben und durch die Evakuierung und Flucht der Bevölkerung aus den Großstädten hervorgerufen wurden, waren temporär, wurden relativ kurzfristig nach Kriegsende weitgehend ausgeglichen.

Der für unsere Fragestellung wichtige Saldo von Bevölkerungsverlusten und -zugängen des mitteldeutschen Raumes wurde am nachhaltigsten von der Zuwanderung geflohener oder

vertriebener Reichs- und Volksdeutscher beeinflusst. Diese verlustreichen Wanderungen riesiger Bevölkerungsgruppen hatten kein Präzedenz, ihre demographischen Wirkungen für Mitteldeutschland waren außerordentlich bedeutsam. Die Gesamtzahl (Saldo aus Zu- und Abwanderung und natürlicher Bewegung) der Heimatvertriebenen in der SBZ entwickelte sich nach Seraphim⁸¹⁾ von 1945 bis 1950 wie folgt.

Jahr	1945	1946	1947	1948	1949	1950
Gesamtzahl (1.000)	2.482	3.598	3.726	3.823	3.853	3.840

Tab.18 : Die Gesamtzahl der Heimatvertriebenen in der SBZ 1945-1950. Quelle: Seraphim(1954) S.45,65

Bilanziert man die Bevölkerungsverluste und -zugewinne von 1939 bis 1950 für das Gebiet der (späteren) SBZ/DDR, so ergibt sich folgendes Bild (absolute Zahlen gerundet).

	Bevölkerung (1.000)	Differenz zu 1939(1.000)	Bevölkerungs- dichte(E/qkm) ⁺	Bevölkerungsstand (1939=100)
1939	16.745	-	155	100,0
1946	18.057 ⁺⁺	+1.312	167	107,8
1947	18.892	+2.147	175	112,8
1948	19.066	+2.321	177	113,9
1949	18.892	+2.147	175	112,8
1950	18.388	+1.643	171	109,8

⁺ Fläche: SBZ einschl. Ost-Berlin 107.862 qkm

⁺⁺ Ohne Personen in Umsiedler-, Kriegsgefangenen- und anderen Durchgangslagern (Storbeck(1964) S.235 nennt als Inklusivzahl für 1946 18.355.000 E).

Tab. 19: Gesamtzahl, Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsstand der SBZ 1939-1950.. Quelle: Stat.Jb.DDR 1955 S.8f

In den Jahren nach Kriegsende waren also unter dramatisch verschlechterten Bedingungen auch noch beträchtlich mehr Menschen mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

2. Regionale Entwicklung

Für die regionale Bevölkerungsentwicklung der unmittelbaren Nachkriegszeit in der SBZ waren die jeweiligen Zugänge an Heimatvertriebenen entscheidend, wie deren Verteilung nach Ländern zeigt. (Dazu umseitig Tab.20)

	Wohnbev. (1.000)		Heimatvertriebene(1.000)		v.H. der Gesamtbev.	
	1945	1946	1945	1946	1945 ⁺	1946 ⁺⁺
Brandenburg	2.077	2.527,5	406	540,7	19	21,4
Mecklenburg	1.723	2.139,6	631	903,2	37	42,2
Sachsen-Anhalt	3.479	4.160,5	581	899,6	17	21,6
Thüringen	2.485	2.927,5	425	571,0	17	19,5
Sachsen	4.756	5.558,6	439	6 3,9	9	12,8

⁺/SBZ=17; ⁺⁺ SBZ=20,8

Tab. 20: Die regionale Bevölkerungsentwicklung und der Anteil der Heimatvertriebenen in der SBZ 1945/46. Quelle: Seraphim(1954) S.45

Nach Ländern aufgeschlüsselt stellte sich der Saldo von Bevölkerungsabgängen und -zugängen(Wohnbev.) wie folgt dar.

	17.März 1939	20.Okt.1946 ⁺	Differenz zu 1939	31.Aug.1950	Differenz zu 1946
Brandenburg	2.436.663	2.546.355	+109.692	2.579.675	+ 33.320
Mecklenburg	1.392.177	2. 89.270	+697.093	2.027.124	- 62.146
Sachsen-Anhalt	3.433.283	4.124.769	+691.486	4.071.856	- 52.913
Thüringen	2.429.800	2.909.413	+479.613	2.837.641	- 71.772
Sachsen	5.465.200	5.510.600	+ 45.400	5.682.802	+172.202
Ost-Berlin	1.588.000	1.174.600	-413.400	1.189.100	+ 14.500

⁺ Ohne Personen in Umsiedler-,Kriegsgefangenen- und anderen Durchgangslagern.

Tab. 21 : Saldo der Zu- und Abgänge der Wohnbev. in den Ländern der SBZ 1946 und 1950(Basis-jahr 1939). Quelle: Stat.Jb.DDR 1955 S.9

Die Verteilung der Bevölkerungsverschiebungen auf die Gemeindegrößenklassen ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Gemeindegrößenklassen	Anzahl der Gemeinden	Bevölkerung(1.000)			Veränderungen in v.H. zu 1939	
		1939	1946	1950	1939-46	1939-50
unter 10.000	9.159	8.119,9	10.196,6	9.550,5	+25,6	+17,6
10.000-20.000	119	1.360,4	1.542,4	1.646,8	+13,4	+21,1
20.000-50.000	74	1.886,9	2.107,2	2.505,9	+11,7	+32,8
50.000-100.000	12	904,1	1.023,6	874,2	+13,2	- 3,3
100.000 u. mehr	11 ⁺	4.474,1	3.485,2	3.810,8	-22,1	-44,8
Insgesamt ⁺	9.375	16.745,4	18.355,0	18.388,2	+ 9,6	+ 9,8
Ost-Berlin	1	1.588,0	1.174,6	1.189,1	-26,0	-25,1

⁺ Ohne Ost-Berlin

Tab. 22 : Die Bevölkerungsverschiebungen in der SBZ 1939-46 und 1939-50 in den Gemeindegrößenklassen. Quelle: Stat.Jb.DDR 1960 S.25

Je weiter man die Bevölkerungsveränderungen aufschlüsselt, um so aussagekräftiger werden die Zahlen. Die Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken verlief wie folgt.(Dazu umseitig Tab.23)

	Bevölkerungsveränderung		Index der Veränderung (1939=100)	
	1939-46	1946-50	1946	1950
Rostock	+246.813	- 6.016	140,9	139,9
Schwerin	+269.412	-35.635	159,0	151,2
Neubrandenburg	+217.767	-14.724	142,2	139,3
Potsdam	+ 82.971	+ 3.864	107,3	107,7
Frankfurt/O.	-14.138	+32.774	17,7	103,0
Cottbus	+ 93.269	- 3.677	113,1	112,5
Magdeburg	+192.193	-16.193	114,3	113,1
Halle	+397.862	-26.538	122,8	121,2
Erfurt	+219.974	-23.443	118,8	116,8
Gera	+156.515	-32.888	124,8	119,6
Suhl	+ 70.002	- 5.222	113,9	112,9
Dresden	- 1.496	+31.809	99,9	101,6
Leipzig	+105.311	-20.410	106,8	105,5
Chemnitz	+ 29.752	+143.537	101,4	108,0
Ost-Berlin	-413.680	+14.492	74,0	74,9
SBZ*	+1.652.527	+41.650	109,9	110,1
SBZ**	+2.066.207	+27.158	113,7	113,9

*Einschl.Ost-Berlin; ** Ohne Ost-Berlin

Tab. 23 : Die Bevölkerungsveränderungen der SBZ 1939-46 und 1946-50 nach Bezirken. Quelle: Storbeck(1964) S.246f

Die Zuwanderungsstärke nahm in der unmittelbaren Nachkriegszeit von Ost nach West zu. Insbesondere der Raum westlich und südlich der Elbe hatte Zugänge von über 40 und teilweise 50 E/qkm⁸³⁾. Allerdings kam es nach Konsolidierung der chaotischen Verhältnisse unmittelbar nach Kriegsende zu Korrektur- und Ausgleichsbewegungen, sowohl innerhalb der SBZ wie auch interzonal. Besonders bemerkenswert ist die Bevölkerungszunahme der mecklenburgischen Bezirke. Diese, strukturschwach und vorwiegend agrarisch, hatten mit Abstand die höchsten relativen und auch, nach dem Bezirk Halle und neben Erfurt, die höchsten absoluten Zuwächse: Rostock 246.813(=40,9%), Schwerin 269.412(=59%), Neubrandenburg 217.767(=42,2%). Die Struktur dieser Zuwanderung wird deutlich, wenn man die unterschiedliche Verteilung auf die Stadt- und Landkreise⁸⁴⁾ und die Gemeindegrößenklassen betrachtet. Alle drei Bezirke verloren zwar bis 1950 wieder Einwohner; der Zuwachs dieser drei nordmitteldeutschen Bezirke blieb dennoch weit überdurchschnittlich: Rostock 39,9, Schwerin 51,2, Neubrandenburg 39,3%, wohingegen der SBZ-Durchschnitt(mit Ost-Berlin) bei 10,1% lag. Einige Bezirke(Dresden 0,1, Potsdam 2,3%) und - mit Ausnahme von Halle und Erfurt⁸⁵⁾ - alle mitteldeutschen Großstädte(über 100.000E) hatten bis Ende 1946 Wanderungs- bzw. Kriegsverluste zu verzeichnen. Die höchsten relativen

Bevölkerungsverluste(1939=100) hatten Magdeburg mit 30,7, Dresden mit 28,4, Chemnitz mit 26,6, Ost-Berlin mit 26 und Plauen mit 25,1%. Wie Tab. 22 zeigt, wurde die hohe relative Bevölkerungszunahme der Gemeindegrößenklasse bis 10.000E bis 1950 wieder stark reduziert. Zwar kam es langfristig zonenweit zu keiner "Auffüllung des Landes"⁸⁶⁾, wohl aber der Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte. Das Stadt-Land-Verhältnis der Bevölkerung änderte sich fast nur in den nördlichen Bezirken signifikant. Der Züg aufs Land war nur temporär gewesen, hervorgerufen durch die besondere Notsituation der unmittelbaren Nachkriegszeit. Außerdem hatten die meisten Städte Zuzugssperren verhängt, so daß die Zuwandernden gezwungen waren, vorübergehend in den Dörfern und kleinen Landstädten unterzukommen. Wie sich weiter unten erweisen wird, handelte es sich bei der Aufnahme einer großen Zahl Zugewanderter im agrarischen Norden der SBZ um eine langfristig stabile, durch eine radikale Veränderung der dortigen landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur ermöglichte, wirtschaftliche und soziale Integration.

3. Biologische Bevölkerungsstruktur

Der Anteil der Geschlechter an der Wohnbevölkerung der SBZ 1939-50 entwickelte sich wie folgt.

	17. Mai 1939 ⁺		29. Okt. 1946 ⁺⁺		31. Aug. 1950	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
absolut	7.452.876	7.704.247	7.796.200	10.558.800	8.161.200	10.227.000
v.H.	49,2	50,8	42,5	57,5	44,4	55,6
gesamt	15.157.123		18.355.000		18.388.200	

⁺ Ohne Ost-Berlin; ⁺⁺ Ohne Personen in Umsiedler-, Kriegsgefangenen- und anderen Durchgangslagern.

Tab. 24 : Der Anteil der Geschlechter an der Wohnbev. der SBZ 1939, 1946 und 1950.
Quelle: Stat. Jb. DDR 1955 S. 8f

Die folgenden Tabellen geben über den Anteil der arbeits- und nichtarbeitsfähigen Bevölkerung an der gesamten Wohnbevölkerung Auskunft.

	Gesamt (1.000)	Wohnbev. im arbeitsfähigen Alter		
		v.H. der Wohnbev.	Männer von 15 bis 65 Jahre (1.000)	Frauen von 15 bis 60 Jahre (1.000)
17.05.1939	11.309,7	67,5	5.721,3	5.588,4
29.10.1946	11.552,4	62,5	4.736,5	6.815,8
31.08.1950	11.646,1	63,3	5.185,0	6.461,1

Tab. 25: Anteil der Bev. im arbeitsfähigen Alter an der Wohnbev. der SBZ 1939, 1946, 1950. Quelle: Stat. Jb. DDR 1955 S. 8f

	Gesamt (1.000)	Wohnbev. im nichtarbeitsfähigen Alter		Gesamt (1.000)	im Rentenalter ⁺	
		unter 15 Jahren v.H.der Wohnbev.	je 100 Pers. im arbeitsf. Alter		v.H.der Wohnbev.	je 100 Pers. im arbeitsf. Alter
17.05.1939	3.575,3	21,4	31,6	1.860,3	11,1	16,5
29.10.1946	4.535,1	24,5	39,2	2.400,8	13,0	20,8
31.08.1950	4.201,6	22,9	36,1	2.540,4	13,8	21,8

⁺Männer über 65, Frauen über 60 Jahre

Tab. 26: Anteil der Bev. im nichtarbeitsfähigen Alter an der Wohnbev. der SBZ 1939, 1946, 1950. Quelle: Stat.Jb.DDR 1955 S.8f

Die Entwicklung der Sexual- und Altersstruktur und des Anteils der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung muß im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften als sehr ungünstig bezeichnet werden. Die Geschlechterproportionen verschoben sich stark zugunsten des weiblichen Bevölkerungsteils. Gleichzeitig nahm der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren und der über 60 bzw. 65 Jahren stark zu, d.h. der Anteil der Bevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter wuchs beträchtlich. Als besonders gravierend muß der Verlust bei der männlichen arbeitsfähigen Bevölkerung, und hier besonders der Altersgruppe zwischen 20 und 40 Jahren - die Geschlechterrelation männlich/weiblich betrug hier (gemessen an der Gesamtbevölkerung) 1946 18,5/28,5⁸⁷⁾, gewertet werden. Diese starken Kriegsverluste konnten nur teilweise (quantitativ) durch die Zunahme der weiblichen arbeitsfähigen Bevölkerung ausgeglichen werden.

4. Erwerbs- und Berufsstruktur

Das Leistungsgefüge in Mitteldeutschland (ohne Ost-Berlin) in den Jahren 1939-49 stellt die folgende Tabelle dar (Tab. 27 umseitig).

Demnach waren 1939 auf dem Gebiet der SBZ (ohne Ost-Berlin) in der Land- und Forstwirtschaft 1,7 Mill. Personen oder 22,2%⁸⁸⁾ aller Erwerbspersonen beschäftigt; das waren 3,7% weniger als im Reichsdurchschnitt und gar 4,7% weniger als in WD (ohne West-Berlin). Der Anteil der in Industrie und Handwerk Beschäftigten lag auf dem Gebiet der SBZ bei 47,9% gegenüber 42,2% Reichsdurchschnitt (WD 42,1%), also um 5,7%

	Anteil an d.Gesamtzahl d.Erwerbstätigen					Erwerbsquote 1939 ⁺		
	1939	1946	1947	1948	1949	Westd.	SBZ	Dt.Reich
Land-und Forstwirtschaft	22 ^a	29	28	25	25	136	115	131
Industrie u. Handwerk	48 ^b	42	44	46	46	213	247	214
Handel u. Verkehr	17 ^c	15	12	13	13	87	86	89
Öffentl.Dienste u.priv.Dienstleistungen	13 ^d	14	16	16	16	71	69	73
						507	517	508

* Erwerbsquote=Erwerbspersonen je 1.000E; * Nicht ganzzahlig gerundete Werte nach Storbeck(1964, S.271

a b c d
Westd.* : 26,9 42,1 17,1 13,9
Dt.Reich* : 25,9 42,2 17,6 14,3

Tab. 27: Das Leistungsgefüge in Mitteld. 1939 und 1946-49 mit Vergleichszahlen für Westd.(ohne Westberlin,mit Saarland) und das Dt.Reich(1937) für 1939. Quellen: Gleitze(1950) S.37, Storbeck(1964) S.271

darüber. Die Erwerbsquote war hier mit 517 auch höher als im Reich(508) und in WD(507). Storbeck stellt zutreffend fest: "Bereits ohne den industriellen Großstandort Berlin erreichte vor dem Kriege Mitteldeutschland eine höhere Industriequote als Westdeutschland. ... Im Durchschnitt gesehen war Mitteldeutschland vor dem Kriege ein Industrieland, dessen günstige landwirtschaftliche Produktionsbedingungen nur einen geringeren Teil der Bevölkerung für diesen Wirtschaftsbereich erforderten als in Westdeutschland."⁸⁹⁾ Dieses nivellierte Bild muß regional differenziert werden: die Nord- und Ostbezirke waren, von Enklaven abgesehen, ausgesprochen industrie-arm, vorwiegend agrarisch; hier war die wirtschaftlich dominierende landwirtschaftliche Betriebsform der Großbetrieb.

Kriegs- und Nachkriegsereignisse veränderten das Bild deutlich. Das Leistungsgefüge in Mitteldeutschland(ohne Ostberlin) entwickelte sich - über die oben markierten Zwischenstufen - von 1939 bis 1950 wie die folgende Tab.28 zeigt.

Auffallend sind hier die Änderungen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Hier nahmen sowohl die Zahl der Erwerbspersonen als auch der Anteil an der Gesamtzahl aller Beschäftigten sowie die Erwerbsquote erheblich zu, wohingegen die entsprechenden Werte für die Bereiche Industrie und Handwerk

	Anzahl d.Erwerbs- personen(Mill.)		v.H.der Gesamtzahl d.Erwerbspersonen		Erwerbsquote	
	1939	1950	1939	1950	1939	1950
Land-u.Forst- wirtschaft	1,70	2,059	22,2	26,0	115	120
Industrie u. Handwerk	3,66	3,601	47,9	45,4	247	209
Handel u. Verkehr	1,27	1,151	16,6	14,4	86	67
Öffentl.Dienst u.priv.Dienst- leistungen	1.02	1,113	13,3	14,1	69	65
Gesamt	7,65	7,924			517	461

Tab. 28 : Das Leistungsgefüge in Mitteld.(ohne Ost-Berlin) 1939 und 1950.
Quelle: Storbeck(1964) S.271f

sowie Handel und Verkehr stark abnahmen. Nur im öffentlichen Dienst(einschl. privater Dienstleistungen) nahm die Beschäftigung absolut und relativ zu, allerdings weniger erheblich als in der Land- und Forstwirtschaft. "Wir beobachten hier einen Umwandlungsprozeß von der arbeitsintensiven Distribution auf eine ausgeweitete Verwaltungsbürokratie mit marktfremden Dispositions- und Kontrollfunktionen."⁹⁰⁾ Die Entwicklung in der Landwirtschaft war gekennzeichnet durch eine starke Zunahme der Selbständigen - ihre Zahl stieg hier von 1939 317.000 auf 1946 561.000⁹¹⁾, die hauptsächlich durch die im Verlaufe der Agrarreform geschaffenen Neubauernstellen und die so erfolgte inneragrarisches Umschichtung sowie die Eingliederung zahlreicher Heimatvertriebener zustande kam. Nach 1946 zog die sich allmählich ausweitende Industrie wieder Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ab, die Arbeitsmöglichkeiten im (privaten) Handel engten sich ein, der öffentliche Dienstleistungsbereich expandierte ununterbrochen.

Festzuhalten bleibt die - trotz der starken Kriegsverluste - erhebliche Zunahme der Gesamtbevölkerung der SBZ in den Nachkriegsjahren, aber auch deren ungünstige Zusammensetzung im Hinblick auf das Arbeitskräftepotential. "Immerhin erfüllte das mitteldeutsche Gebiet für die vielen Millionen Vertriebenen die Funktion eines Filters. Hunderttausende verblieben buchstäblich am Wege; die biologische Bevölkerungsstruktur der sowjetischen Zone erwies sich auch aus diesem Grunde ... gegenüber der westdeutschen als wesentlich un-

günstiger."92)

Die Arbeitskräftebilanz sah im interzonalen Vergleich für die SBZ am ungünstigsten aus. Der demographische Produktivitätsgrad(=Relation von produktiver zu konsumtiver Bevölkerung) lag nach dem Kriege um 1/10 niedriger als vor diesem. Während die Erwerbspersonen(=aktive Arbeitskräfte) von 1936 bis 1946 um 6% zunahmen, stieg die der nichterwerbstätigen Bevölkerung um rund 26%. Die Rückkehr arbeitsfähiger Kriegsgefangener verbesserte diese Relation nach 1946, konnte sie aber kurzfristig nicht wesentlich korrigieren.

Die verschlechterte Alterszusammensetzung, die Veränderung der Geschlechterrelation zuungunsten der männlichen Arbeitskräfte und vor allem der Ausfall fachlich erfahrener Arbeitskräfte mußten zu einem starken Absinken der volkswirtschaftlichen Produktivität führen.

5. Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit war Ende 1945 in der SBZ - wie nicht anders zu erwarten - sehr hoch. Viele Betriebe arbeiteten noch nicht wieder und zahlreiche Menschen waren in die Zone eingeströmt. Angesichts der stark verschobenen Geschlechterproportionen war der Anteil der weiblichen Arbeitssuchenden im ganzen Berichtszeitraum wesentlich höher als der der männlichen.

	Gesamt	männl.	weibl.
Dez. 1945	21,6	6,7	14,9
Juni 1946	4,0	0,5	3,5
Dez. 1946	2,5	0,3	2,2
1947*	1,3	0,2	1,1
1948*	3,1		
1949*	5,9		

* Jahresdurchschnitt

1936	1947	1949	1950	1951
100	56	85	98	113

Tab. 30: Die Arbeitsproduktivität der Ind. der SBZ 1936-51 (1936=100). Quelle: Roesler(1978) S.117

Tab. 29: Anteil der voll arbeitsfähigen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen(v.H.).
Quelle: Barthel(1979)S.59f

Bezieht man nicht nur die voll arbeitsfähigen Arbeitslosen in die Rechnung ein, sondern alle Arbeitswilligen ohne Beschäftigung, dürfte die Gesamtzahl sich nicht unwesentlich erhöhen. Gleichwohl muß diese Arbeitslosenquote - vom Dez. 1945 abgesehen - als relativ gering gelten. Obwohl die Gefahr

der Massenarbeitslosigkeit durchaus bestand, konnte sie vermieden werden. "Um diese Arbeitslosigkeit zu verhindern, erwies es sich als das geeignetste Mittel, die Arbeitsproduktivität zu verringern. Im Ggs. zu anderen Möglichkeiten waren mit dieser Methode auch keine zusätzlichen Kosten verbunden. Eine Herabsetzung der Arbeitsproduktivität auf, sagen wir, die Hälfte, bedeutete, daß jetzt doppelt so viele Arbeitskräfte benötigt wurden. Bei feststehender Erzeugung⁹³⁾ sind eben Produktivität und Zahl der Arbeitskräfte umgekehrt proportional."⁹⁴⁾ Registrierungs- und Arbeitspflicht ermöglichten der Administration, alle Arbeitskräfte zu erfassen und in die für erforderlich erachteten Beschäftigungen zu lenken. Arbeitsplatzzuweisungen, denen bei Strafe des Entzugs der Berechtigungsscheine für Nahrungsmittel zu folgen war, waren wichtiger Teil der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

6. Zur Lage der Umsiedler

Auch unter wesentlich günstigeren wirtschaftlichen Voraussetzungen hätte die Versorgung und Eingliederung der großen Zahl von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen größte Anstrengungen erfordert. Unter den Bedingungen der Nachkriegszeit wurden die dringendsten Aufgaben: Versorgung der Ankömmlinge mit Nahrung, die Beschaffung von Unterkünften sowie ihre medizinische und soziale Betreuung zu kaum lösbaren Problemen. Allerdings dürften die desaströsen Wirtschaftsverhältnisse in der SBZ der sozialen und wirtschaftlichen Integration eher förderlich gewesen sein - so paradox dies klingen mag, hatten doch Kriegs- und Nachkriegsereignisse die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen gelockert und verschoben, für den Einbau größerer Bevölkerungsteile eher günstige Bedingungen⁹⁵⁾.

Unter den Bedingungen der erzwungenen Autarkisierung der Ernährung der SBZ war längerfristig der potentielle Nahrungsspielraum und kurzfristig der tatsächliche von größter Bedeutung für die Versorgung der um die Heimatvertriebenen gewachsenen Bevölkerung. Im Vergleich zu den Westzonen war der Selbstversorgungsgrad vor dem Kriege bei pflanzlichen Erzeugnissen (Stärkewert je E), nicht aber bei Fleisch, Milch

und Fett, günstiger gewesen, soweit eine solche Aussage angesichts der starken Verflechtung der deutschen Regionen vor dem Zusammenbruch und der Berechnungsweise überhaupt sinnvoll ist. Beträchtliche Mengen Nahrungsmittel sind bis dahin aus anderen Teilen Deutschlands und dem Ausland in den mitteldeutschen Raum geflossen, ebenfalls beträchtliche Mengen wurden ausgeführt. Die Abschnürung eines bis dahin in keiner Weise auch nur tendenziell autarken Gebietes schuf völlig neuartige Probleme. "Die sowjetische Besatzungszone mußte sich selbst und dazu noch ein starkes Besatzungsheer ernähren. Und das bei stark gesunkenen Hektarerträgen und einer schwer mitgenommenen Viehwirtschaft. Der Einstrom mehrerer Millionen Menschen, die die zu Versorgenden allein im Laufe des Erntejahres 1945/46 um fast 15 vH vermehrte, verstärkte die seither in der sowjetischen Zone anhaltende Versorgungs-
krise."⁹⁶⁾ Dabei war der Nahrungsspielraum der SBZ 1946 relativ günstiger als in den Westzonen, zumindest bei pflanzlichen Produkten. Hier waren die Erzeugungsquoten (Menge je E) bei Getreide und Kartoffeln beträchtlich höher. Die Viehdichte, die schon immer geringer als in WD gewesen war, war nach dem Zusammenbruch noch mehr abgesunken, da es zu einer starken Reduzierung des Viehstapels gekommen war. Die umfangreichen Entnahmen der Besatzungsmacht ließen zwischen den Ertragsmengen und den für die Versorgung der Bevölkerung tatsächlich verfügbaren Nahrungsmitteln eine nicht unerhebliche Differenz entstehen, wohingegen in den Westzonen die Besatzungsmächte bald Versorgungshilfen leisteten. Diese Versorgungskrise mußte die Heimatvertriebenen, die keine Verbindungen und in der Mehrzahl keinerlei Tauschwerte⁹⁷⁾ für eine zusätzliche, über die geringen, auf Bezugsscheine erhältlichen Nahrungsmittelmengen, die oft nicht einmal verfügbar waren, hinausgehende Lebensmittelbeschaffung hatten, besonders schwer treffen. Hinzu kam, daß es diesen Menschen oft am Elementarsten mangelte: an Bekleidung, Schuhwerk, Hausrat und vor allem Wohnung. Viele von ihnen waren entkräftet und krank.

Die Zustände in den Lagern, in denen die Ankömmlinge zunächst gesammelt und untergebracht wurden, waren, milde ausgedrückt,

sehr unbefriedigend. "Weder in den Durchgangs- noch in den Sammellagern konnte von der geforderten "menschenwürdigen Unterkunft" die Rede sein. Die hygienischen Zustände der 358 Lager in der SBZD im Jahre 1945 mit einer Belegung von 237.000 Personen waren meist überaus schlecht; viele von ihnen wurden 1945 und 1946 zu Brutstätten des Flecktyphus, Typhus und anderer Infektionskrankheiten. ...

Die Verpflegung der heimatvertriebenen Lagerinsassen lag mit einem Satz von 1.100 Kalorien je Kopf und Tag weit unter dem Existenzminimum. Aber auch diese Menge konnte in vielen Fällen nicht bereitgestellt werden."⁹⁸⁾

Wegen der gewaltigen Verluste an Wohnraum und Industrieanlagen bereiteten Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung für die aus den Lagern Entlassenen allergrößte Schwierigkeiten. Die Zahl arbeitsloser Heimatvertriebener war zunächst sehr groß. Eine ablehnende Haltung der Alteingesessenen gegenüber den "Fremden" war weit verbreitet.

Angesichts dieser für die Heimatvertriebenen katastrophalen Verhältnisse mußte jede Maßnahme, die dieses Elend wirksam lindern half, bei ihnen generell positive Aufnahme finden. "Radikale Evakuierungs- und Enteignungsmaßnahmen, die eine große Härte gegenüber der eingesessenen Bevölkerung bedeuteten, können angesichts der dringenden Notlage im ganzen kaum mißbilligt werden.

Die sog. Bodenreform brachte bei aller wirtschaftlich-sozialen Fragwürdigkeit eine gewisse Auflockerung der gestauten Flüchtlingsmassen und ermöglichte die Verminderung der Zahl der Lager von 358 mit rd. 347.000 Insassen auf 107 mit 145.000 Insassen im Herbst 1947."⁹⁹⁾ Die Ansetzung zahlreicher Heimatvertriebener auf Neusiedlerstellen¹⁰⁰⁾ war für eine langfristig stabile Integration von großer Bedeutung und kam diesen, wegen des hohen Anteils landwirtschaftlicher Berufsgruppen, besonders entgegen. Nimmt man die Berufsgruppen Landwirtschaft und Gartenberufe (466.731=30,08% der Vertriebenen), Forst- und Jagd- sowie Fischereiberufe (25.414=1,68%) und mithelfende Familienangehörige in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft (128.946=8,55%) für das Jahr 1946

zusammen, so ergibt dies einen Anteil von ziemlich genau 40% an der Gesamtzahl der berufsmäßig erfaßten Heimatvertriebenen. Bei der Beurteilung der Bodenreform muß der Tatsache ihrer großen Integrationswirkung besonderes Gewicht beigemessen werden.



Karte 3: Die Heimatvertriebenen in der SBZ 1946. Aus: Seraphim(1964) Anhang

IV Die mitteldeutsche Wirtschaft nach Kriegsende

1. Die allgemeine wirtschaftliche Situation

Die nationalsozialistische Terrorherrschaft und der 2. Weltkrieg hatten Deutschland politisch und wirtschaftlich ruiniert hinterlassen. Nicht nur war die deutsche Volkswirtschaft schwer beschädigt worden, sondern durch die Aufteilung der Konkursmasse des Dt. Reiches in Besatzungszonen und die Abtrennung Ostdeutschlands hörte sie auf als zusammenhängende Einheit zu existieren. Zudem waren das politisch-administrative und wirtschaftliche Organisationsgefüge zu großen Teilen zusammengebrochen bzw. aus verschiedenen Gründen unbrauchbar geworden. Die Hypotheken, die nach dem Zusammenbruch auf Mitteldeutschland lasteten und die die Sowjets in ihrer Zone übernehmen mußten, umreißt Stammer¹⁰¹⁾ so: "Die Besatzungsmacht übernahm mit diesen Ländern (der SBZ -AM) im Jahre 1945 weder eine demokratisch geordnete Gesellschaft, in der der "Wiederaufbau" mit Hilfe vorhandener politischer Gruppen und demokratischer Werthaltungen hätte in Angriff genommen werden können, noch ein Wirtschaftsgebiet, das in seinen gewerblich-industriellen und landwirtschaftlichen Potenzen in dem damaligen Zustand auch nur einigermaßen als innerlich ausgeglichen angesprochen werden konnte. Die vorhandene wirtschaftliche und soziale Substanz des Landes muß vielmehr als ein in seiner Lebensfähigkeit auf die west- und ostdeutschen Gebiete angewiesenes Wrackstück der vom Nationalsozialismus umgeformten und in der Kriegswirtschaft soldatisch organisierten deutschen Gesellschaft angesehen werden. ... Die Restbestände der auf wirtschaftliche und soziale Expansion ausgerichteten Gesellschaft bildeten daher auch nach dem Zusammenbruch den Untergrund, auf dem der Neubau der Zonengesellschaft errichtet wurde."

Nettl¹⁰²⁾ bemerkt zur Situation bei Kriegsende: "Im Mai 1945 war Deutschland nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich am Ende. Die Industrie und auch das Transportsystem, beides strategische und taktische Hauptziele der Bombenabwürfe der Alliierten, hatten schwer gelitten. In allen

vier Zonen herrschte Nahrungsmittelknappheit, und alle Waren erhielten je nach den Bedürfnissen und Neigungen der Bauern einen neuen Wert." Die letzte Behauptung ist sicher ein wenig überspitzt; aber grundsätzlich weist sie auf eine für unsere Analyse interessante Besonderheit dieser Ausnahmesituation hin, auf die noch einzugehen sein wird.

Die Zerstörung der deutschen Wirtschaftseinheit und die starke Reduzierung der binnenwirtschaftlichen (jetzt interzonalen) und Außenbeziehungen bedeuteten für die einzelnen "Wrackteile" des Dt. Reiches schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile.

Mit dem Fortfall der wichtigsten politischen Hemmnisse, also spätestens seit Gründung des Dt. Reiches, hatte sich die Wirtschaft und die Standortverteilung in Deutschland fast ausschließlich gemäß den natürlichen Voraussetzungen und i.e.S. wirtschaftlichen Überlegungen - vor allem bei der industriellen Investitionstätigkeit - entwickelt. Die wirtschaftliche Binnenverflechtung und Differenzierung war stark ausgebildet. Zwar waren auch die eine zunehmende internationale Arbeitsteilung kennzeichnenden Außenbeziehungen sehr bedeutsam, jedoch spielten bei deren Gestaltung von der Reichsgründung an bis zum Zusammenbruch 1945 - besonders ausgeprägt während der Zeit des NS-Regimes - politische (Autarkie-) Erwägungen eine große Rolle. Deutschland ist weder der Möglichkeit nach noch tatsächlich jemals autark¹⁰³⁾ gewesen, so daß selbst während der Periode größter Anstrengungen zur Erlangung der gesamtwirtschaftlichen bzw. ernährungswirtschaftlichen Autarkie die Außenbeziehungen für das Funktionieren der deutschen Wirtschaft eine wichtige Bedingung waren.

Die Verteilung der Rohstoffe, der Wirtschaftskapazitäten und Standorte des ungeteilten Deutschland¹⁰⁴⁾ (Dt. Reich 1937) ließ Erwägungen einer regionalen Autarkisierung Mitteldeutschlands als absurd erscheinen. Besonders der Mangel an wichtigen Rohstoffen mußte die in andere deutsche Regionen liefernde und exportorientierte Verarbeitungsindustrie¹⁰⁵⁾ Mitteldeutschlands weitgehend paralysieren.

Die Rüstungs- und Kriegswirtschaft der Nationalsozialisten, der mehr strategische als i.e.S. wirtschaftliche Überlegungen zugrunde gelegen hatten, hatte zwar zu einer enormen Kapazitätsausweitung, aber auch zu einer - unter friedenswirtschaftlichen Gesichtspunkten - nicht unbeträchtlichen Deformierung der sachlichen und regionalen Wirtschaftsstruktur und -tätigkeit geführt. Der Bombenkrieg und die Kampfhandlungen hatten wirtschaftliche Kapazitäten und Vorräte in großem Umfang vernichtet. Es ist evident, daß die politisch-strategisch motivierte, sich hauptsächlich an geographischen Merkmalen orientierende Zerstückelung Deutschlands in Besatzungszonen, die die gewachsenen wirtschaftlichen Interdependenzen der Regionen in keiner Weise berücksichtigte, schwerwiegende Folgen für die Wirtschaftstätigkeit der Zonen haben mußte. Die drastische Reduzierung der interzonalen und der Außenbeziehungen sowie die Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße, die verbunden war mit der Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung, verschärften die wirtschaftliche Situation in Rumpfdeutschland bis an den Rand der Kata^astrophe.

Die starken Kapazitätsverluste der mitteldeutschen Industrie und des Transportwesens waren zu einem geringeren Teil durch unterlassene Ersatzinvestitionen und Selbstzerstörungen ("Taktik der verbrannten Erde") in den letzten Kriegsmonaten bewirkt worden. Ungleich umfangreicher waren die Verluste durch den Bombenkrieg und nach Kriegsende durch die Reparationspolitik der Sowjets, die umfangreiche Demontagen vornahmen und Teile der verbliebenen Industriekapazität in sowjetisches Eigentum überführten (SAG's).

Diese Kapazitätsverluste bewirkten ein dramatisches Absinken der Produktionsleistungen. Der hauptsächlich durch die Teilungsdisparitäten und die starke Einschränkung der interzonalen und Außenbeziehungen entstandene Rohstoff-, Zwischenprodukt- und Ersatzteilmangel trugen entscheidend zu dieser Output-Minderung bei. Ein Zehren von der Substanz ("negative Akkumulation") durch Unterlassen von Ersatzinvestitionen für verbrauchte Lagerbestände und verschlissenes Produktivkapital war unter diesen Umständen unausweichlich und ver-

mochte eine gewisse Erleichterung der angespannten Wirtschaftsverhältnisse zu bewirken, mußte sich aber in der Zukunft nachteilig auswirken. Der große Facharbeitermangel führte nicht nur zu einem Absinken der Arbeitsproduktivität, sondern trug auch seinen Teil zu der geringen Produktionsleistung bei. Die schlechte Ernährungslage und der allgemein niedrige Lebensstandard verminderten die Einsatzfähigkeit der Arbeitskräfte beträchtlich. Die Zerstörungen und Demontagen wichtiger Teile des Transportsystems ließen zusätzliche Versorgungs- und Verteilungsprobleme entstehen. Der bald nach Kriegsende einsetzende wirtschaftliche Strukturwandel, die Enteignungen und Verstaatlichungen zahlreicher Unternehmen und die Neuorganisation der gesamten Wirtschaft führten zu nicht geringen Friktionen im Wirtschaftsprozeß und über diese sicher auch zu einem Produktivitäts- und Produktionsabfall.

Darüber hinaus stand der stark verminderte Output keineswegs in vollem Umfang für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Priorität hatten vielmehr die Reparationen an die Sowjets, die in immer stärkerem Umfang, statt als Demontagen, in Form von Entnahmen aus der laufenden Produktion zu leisten waren. Nicht unbeträchtliche Mengen dringend in der Zone benötigter Güter wurden als erzwungener Überschuß von den sowjetischen Handelsgesellschaften "aufgekauft" und exportiert, darunter auch landwirtschaftliche Erzeugnisse und große Mengen Holz.

Eine außerordentlich geringe Verfügbarkeit von Kapitalgütern und Betriebsmitteln in der Landwirtschaft der SBZ, bei gleichzeitig durch die Schaffung zahlreicher Neubauernstellen erhöhtem Bedarf, war die Folge der gesunkenen Produktionsleistungen der mitteldeutschen Industrie. So wurden in den ersten Nachkriegsjahren keine Traktoren hergestellt, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in nur geringer Zahl. Viele Zugmaschinen fielen wegen Ersatzteilmangels aus, was besondere Probleme schuf, da auch bei tierischer Zugkraft große Verluste zu verzeichnen waren. Der Betriebsmittelmangel war besonders gravierend. An mineralischen Düngern (außer Kali) waren nur wahrhaft klägliche Mengen verfügbar, Bindegarn war

notorisches Mangelgut und das Fehlen von Schuhzeug und Bekleidung machte vor allem den heimatvertriebenen Neusiedlern zu schaffen. Der Mangel an Baumaterialien schuf große Probleme bei dem Versuch, die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Konsolidierung der Neubauernwirtschaften zu schaffen.

Die folgenden Angaben und Ausführungen stellen den Versuch dar, die kurz geschilderte wirtschaftliche Situation der SBZ in der Nachkriegszeit durch Präsentation verfügbaren (statistischen) Materials schlaglichtartig zu beleuchten.

2. Die deutsche Wirtschaft vor dem Kriege und der Verlust Ostdeutschlands

Die folgenden Indexzahlen über die Verteilung der Bevölkerung und Produktion in Deutschland vor dem Kriege vermitteln eine erste Vorstellung von der wirtschaftlichen Struktur der Besatzungszonen und Ostdeutschlands.

	Ostd. (östl. Oder/Neiße)	SBZ (ohne Berlin)	Berlin (Ost und West)	Westl. (mit Saar)
Bevölkerung (1936)	13,9	21,9	6,3	58,0
Gebiets- fläche	24,3	22,8	0,2	52,7
NPW (1936)				
der Landw. +	23	25	-	51
der Ind.	6	24	9	61

+ Ohne Nahrungsmittelproduktion

Tab. 31: Die Verteilung der Bevölkerung, der Gebietsfläche und der Produktion in Deutschland vor dem Kriege (Deutsches Reich, Gebietsstand 1937 = 100). Quelle: Gleitze (1956) S. 3

"Die aus der Abspaltung Ostdeutschlands im deutschen Wirtschaftsgefüge entstandenen Disproportionen waren außerordentlich stark. Selbst in der Grobstruktur ähnelte ja das deutsche Wirtschaftsgebiet östlich der Oder/Neiße weder dem allgemeinen Reichsdurchschnitt, noch den mitteldeutschen oder den übrigen Teilen Deutschlands. Es hatte seit jeher eigengetonte Züge ...:

- a) den verhältnismäßig hohen Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugung am Sozialprodukt,
- b) die große Bedeutung der schlesischen Kohle als Energiegrundlage,
- c) die breite industrielle Entwicklung Ostdeutschlands, aller-

dings mit einem überdurchschnittlichen Anteil der Klein- und Mittelbetriebe.

Mit der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung aus ihren Wohn- und Arbeitsstätten östlich der Oder/Neiße gingen der deutschen Volkswirtschaft an Kapazitäten und Leistungen, gemessen an dem Vorkriegsstand, verloren:

		Ostdt. Anteil
a) in der Land- und Forstwirtschaft		
Landwirt. Nutzfläche	1939	25,7%
Forsten u. Holzungen	1935/38	22,8%
Landw. Betriebe	1939	16,5%
darunter Großbetriebe (Güter über 100 ha)	1939	44,6%
Viehbestände (Großvieheinheiten)	1936/38	22,2%
Milch- u. Buttererzeugung	1938	ca. 21,0%
b) in der Industrie		
Industrieerzeugung insgesamt	1939	5,8%
darunter Bergbau	1939	11,5%
Steine und Erden	1939	11,4%
Verbrauchsgüterindustrien	1939	8,2%
Handwerkserzeugung insgesamt	1939	über 15,0%
c) an Bodenschätzen		
sichere Steinkohlevorräte	1939	8,0%
sichere Braunkohlevorräte	1939	17,1%
Bleierz-Vorräte	1939	39,0%
Zinkerz-Vorräte	1939	63,9%

In allen Teilräumen der gespaltenen deutschen Wirtschaft haben sich neue Standortbedingungen ergeben, unter denen sich nunmehr eine neue wirtschaftliche Entwicklung vollzogen hat." 106)

3. Die wirtschaftliche Verflechtung

Besser als noch so elaborierte Ausführungen machen die folgenden Zahlen den Grad der Binnenverflechtung und die Bedeutung der Außenbeziehungen für die Regionen deutlich. Dabei handelt es sich auf mehr oder weniger gute Schätzungen der Europäischen Wirtschaftskommission über die Lieferungen und Bezüge der deutschen Teilräume 1936, im Verhältnis zu Produktion und Verbrauch, stützende Indexzahlen. 107)

	Anteile in vH				
	Ost- deutsch- land	Mittel- deutsch- land	Berlin	West- deutsch- land	Deutsches Reich Insges.
a) bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen*)					
<i>Lieferungen in vH der Prod.</i>					
a) in andere deutsche Ge- biete	32	31	•	6	—
b) in das Ausland (Ausfuhr)	•	3	•	•	1
<i>Bezüge in vH des</i>					
<i>Verbrauchs</i>					
a) aus anderen deutschen Gebieten	6	19	78	12	—
b) aus dem Ausland (Einfuhr)	11	11	22	12	12
b) bei industriellen Erzeugnissen**)					
<i>Lieferungen in vH der Prod.</i>					
a) in andere deutsche Ge- biete	56	49	64	22	—
b) in das Ausland (Ausfuhr)	11	15	12	18	16
<i>Bezüge in vH des</i>					
<i>Verbrauchs</i>					
a) aus anderen deutschen Gebieten	65	55	64	21	—
b) aus dem Auslande (Einfuhr)	9	6	9	12	10
c) bei landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen zusammen					
<i>Lieferungen in vH der Prod.</i>					
a) in andere deutsche Ge- biete	43	43	64	18	—
b) in das Ausland (Ausfuhr)	5	11	11	13	12
<i>Bezüge in vH des</i>					
<i>Verbrauchs</i>					
a) aus anderen deutschen Gebieten	39	45	68	18	—
b) Aus dem Auslande (Einfuhr)	10	8	13	12	11
*) Einschl. Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie.					
**) Einschl. die des Bergbaues.					

Tsb.32: Lieferungen und Bezüge der deutschen Teilräume 1936. Aus: Gleitze(1956) S.8

Die Außenhandelsverflechtung der Regionen und ihre Import- und Exportquoten(wertmäßig) für 1936 geben die folgenden, umseitigen Indexzahlen wieder.

Bei Zugrundelegung des tatsächlichen Verbrauchs und der Nettoproduktion kann man als den Saldo aus Lieferungen an andere deutsche Gebiete sowie dem Export und den Bezügen aus anderen deutschen Gebieten sowie dem Import den jeweiligen Überschuß bzw. Zuschußbedarf ermitteln und den regionalen Selbstversorgungsgrad(Nettoproduktion in v.H.des Verbrauchs) angeben. Dabei ist zu beachten,daß eine rein wertmäßige Er-

Erzeugnisse	Dt.Reich	Ostd.	SBZ(ohne Berlin)	Berlin	Westd.
Einfuhr in v.H. des Verbrauchs					
Landw.	12	11	11	22	12
Industrielle	10	9	6	9	12
Importquote	11	10	8	13	12
Ausfuhr in v.H. der Produktion					
Landw.	1	-	3	-	-
Industrielle	16	11	15	12	18
Exportquote	12	5	11	11	13

Tab. 33: Die Außenhandelsverflechtung der Regionen und ihre Import- und Exportquoten 1936(wertmäßig). Quelle: Gleitze(1956) S.96,198

mittlung des Selbstversorgungsgrads keinerlei Auskunft über die sachlichen Relationen der Überschuß- bzw. Fehlmengen gibt. Bei unterbrochenen Außenbeziehungen braucht ein Selbstversorgungsgrad von 100 oder sogar darüber,wegen der Nichtsubstituierbarkeit der meisten Güter,nicht mit Autarkie,also der völligen wirtschaftlichen Unabhängigkeit(Selbstgenügsamkeit),identisch zu sein.

	Dt.Reich	Ostd.	SBZ(ohne Berlin)	Berlin	Westd.
Landw. u.Nahrungs- mittelind.	89	122	107	22	82
Ind. einschl.Berg- bau,Energie,Bauge- werbe	108	78	105	114	113
Gesamte Erzeugung	102	98	105	87	103

Tab. 34: Der Selbstversorgungsgrad der Regionen. Quelle: Gleitze(1956) S.167; Jahr: 1936

Mitteldeutschland(ohne Ost-Berlin) hatte also einen wertmäßig errechneten Selbstversorgungsgrad von über 100,und zwar sowohl in der Landwirtschaft wie auch in der Industrie. Anscheinend recht günstige Startbedingungen für eine wirtschaftlich eigenständige Zonenexistenz.

4. Die regionale Entwicklung bis Kriegsende

Die regionale Entwicklung der industriellen Nettoproduktion von 1933 bis 1944 gibt die umseitige Tabelle wieder.

Die Leistungsfähigkeit der mitteldeutschen Industrie war 1944 also noch recht beträchtlich,relativ größer jedenfalls als die der westdeutschen. Über die Situation bei Kriegsende sagen diese Zahlen allerdings nicht allzuviel aus. Deutlich wird aber die starke Kapazitätsausweitung der mitteldeutschen

Industrie von 1936 bis 1944. Während des Krieges nahm die Verbrauchsgütererzeugung immer mehr ab. Im letzten Kriegsjahr soll die "eigentliche Kriegsgerätefertigung" bei 40% der deutschen Industrieproduktion gelegen haben.

Jahr	Dt.Reich	Ostd.	SBZ(ohne Berlin)	Berlin	Westd.
Gesamte Industrie, ohne Energiewirtschaft					
1933	63,2	71,1	66,9	47,9	57,9
1936	100	100	100	100	100
1939	126,8	115,5	136,7	134,4	122,9
1944	132,5	145,3	144,7	111,5	129,2
Bergbau und Grundstoffindustrie					
1933	60,4	67,3	60,7	51,1	60,1
1936	100	100	100	100	100
1939	120,0	115,5	129,7	131,1	116,5
1944	134,1	197,5	142,8	105,5	127,3
Bau- und Investitionsgüterindustrie					
1933	42,7	47,2	40,7	35,9	44,6
1936	100	100	100	100	100
1939	137,7	103,2	149,3	144,9	134,7
1944	164,6	148,8	186,2	143,6	161,7
Verbrauchsgüterindustrie					
1933	88,9	95,1	100,5	69,2	88,8
1936	100	100	100	100	100
1939	119,2	126,5	127,8	113,1	115,1
1944	141,6	140,5	141,7	53,5	111,1

Tab. 35: Die regionale Entwicklung der industriellen Nettoproduktion in Deutschland 1933 - 1944 (preisbereinigt, 1936=100). Quelle: Gleitze(1956) S.173

5. Die Verteilung der Bodenschätze

Die folgende Tabelle macht deutlich, wo nach einer Separierung Mitteldeutschlands die größten Engpässe der Zonenwirtschaft zu liegen kommen mußten. Gut ausgestattet war die SBZ mit Kali, Braunkohle und Kupfererzen. Sonst sah es recht düster aus. (Dazu Tab.36 umseitig)

6. Kriegszerstörungen

Die Verluste wirtschaftlicher Kapazität in Mitteldeutschland durch Kriegszerstörungen waren beträchtlich. Den größten Schaden richteten dabei zweifelsohne die Bombardements der angloamerikanischen Luftflotten an. Die Zerstörungen durch direkte Kampfhandlungen waren auf bestimmte Gebiete, vor allem auf Berlin und das Umland in der Mark Brandenburg, beschränkt, dort aber dann erheblich. Selbstzerstörungen von "strategisch wichtigen Einrichtungen" wie: Industrieanlagen, Brücken, Tal-

	Einheit	Dt.Reich(Ge- biet 1937)	Ostd.	SBZ	Westd.
Steinkohle					
Sichere Vorräte bis 1.000m Tiefe	Mill.t v.H.	55.900 100	4.500 8,0	200 0,4	51.200 91,6
Wahrscheinl Vorräte über 1.000m Tiefe	Mill.t v.H.	197.500 100	10.00 5,1	100 0,0	187.400 94,9
Vorräte insgesamt	Mill.t v.H.	253.400 100	14.500 5,7	300 0,1	238.600 94,2
Braunkohle					
Vorräte insgesamt	Mill.t v.H.	56.800 100	9.00 17,1	27.900 49,1	19.200 33,8
Steinsalz					
Vorräte insgesamt	Mrd.t v.H.	16.000 100	2.000 12,5	5.600 35,0	8.400 52,5
Kalisalz(Reinkali)					
Vorräte insgesamt	Mill.t v.H.	20.100 100	-	13.700 68,2	6.400 31,8
Erdöl					
Vorräte insgesamt	1.000 t	38.025	-	-	38.025
davon sichere	1.000 t	27.485	-	-	27.485
	v.H.	1000	-	-	100
Eisenerze(Fe-Inhalt)					
Vorräte insgesamt	Mill.t	663	3	80	580
bergbaulich erschl.	Mill.t	399	1	30	368
	v.H.	100	0,3	7,5	92,2
NE-Metall-Erze(Metall-Inhalt)					
Kupfererz	1.000 t	670	550	50	120
	v.H.	100	82,1	17,9	
Eleierz	1.000 t	1.280	500	20	760
	v.H.	100	39,0	1,6	59,4
Zinkerz	1.000 t	3.130	2.000	80	1.050
	v.H.	100	63,9	2,6	33,5

Tab. 36: Die regionale Verteilung der Bodenschätze in Deutschland nach der Voraus-
schätzung für Ende 1936(Dt.Reich 1937). Quelle: Gleitze(1956) S.220

sperrern u.dgl. durch deutsche Kampfeinheiten im Rahmen der "Taktik der verbrannten Erde" sind vorgekommen,haben aber keinen größeren Umfang erreicht,weil die konsequente Anwen-
dung dieser verbrecherischen Taktik hatte verhindert werden können.

Nettl¹⁰⁸⁾ geht davon aus,daß am Ende des Krieges die In-
dustriekapazitäten Restdeutschlands und der Ostzone auf den
Stand von 1936 reduziert,also in etwa wertmäßig die zusätz-
lichen Investitionen der Zeit von 1936 bis 1944 vernichtet
worden waren. Genaue Angaben sind allerdings nicht verfüg-
bar.

Barthel¹⁰⁹⁾ veranschlagt die gesamten materiellen Kriegs-
schäden der SBZ auf 195 Mrd. Mark,das wäre mehr als das
Dreifache des "Nationaleinkommens" von 1936. "Insgesamt sind

in der heutigen DDR durch direkte und indirekte Kriegseinkwirkungen mehr als 1.500 Großbetriebe und 800 kleinere und mittlere Betriebe zerstört worden. In der Industrie insgesamt sind etwa 40 Prozent der vorhandenen Kapazitäten zerstört worden."¹¹⁰⁾

Die strategischen Luftangriffe am Ende des Krieges richteten sich vor allem gegen Verkehrsknotenpunkte und Chemiezentren(synthetische Kraftstoffe) sowie andere rüstungswirtschaftlich bedeutende Anlagen. Barthel gibt an,daß etwa 50% der Produktionsanlagen der chemischen Industrie zerstört worden waren. Die Zerstörungen im Transportsystem waren ebenfalls erheblich. "Insgesamt waren im Gebiet der DDR nach dem Kriege nur noch 40 Prozent der Transportmittel vorhanden. Etwa 1.500 Brücken,darunter 970 Eisenbahnbrücken,waren durch Feindeinwirkungen und sinnlose Sprengungen der Naziwehrmacht zerstört worden. ... Es mangelte vor allem an Lokomotiven und Güterwagen,die in erheblichem Umfang durch den Krieg zerstört worden waren oder nicht wieder zum Ausgangsbahnhof zurückgelangten. Der vorhandene Wagenpark der Reichsbahn im Gebiet der heutigen DDR betrug im Jahre 1946,als alle Hauptstrecken wieder frei waren und der ehemals blockierte Fuhrpark wieder mit zur Verfügung stand,etwa 60 Prozent des Standes von 1936. Im Straßennetz gab es auf etwa 18.000 km größere Schäden."¹¹¹⁾

Durch Bombardements,z.T. auch durch Kampfhandlungen(vor allem in Berlin) waren,so Barthel,über 650.000 Wohnungen völlig oder stark zerstört worden. In nicht wenigen Großstädten betrug der Zerstörungsgrad weit über 50%,in Berlin und Dresden 65,in Magdeburg 50 und in Dessau gar 80%. In den einzelnen Ländern waren an Wohnungen zerstört oder unbrauchbar geworden¹¹²⁾; in Thüringen 31.000,in Sachsen 214.000, in Sachsen-Anhalt 161.000,in Brandenburg 125.000 und in Mecklenburg 109.000. Aus diesen riesigen Wohnraumverlusten ergab sich die Notwendigkeit umfangreicher,i.e.S. nichtproduktiver Bauinvestitionen und damitdie Bindung bedeutender Investitionsmittel sowie zahlreicher Arbeitskräfte.

7. Die Produktionsleistungen der SBZ

Kriegsfolgen, Teilungsdisparitäten, Reparationen und die allgemeine Desorganisation bzw. die einsetzende Neuordnung der Wirtschaft ließen die Produktionsleistungen der ersten Nachkriegsmonate und -jahre dramatisch absinken. Nach Nettl¹¹³⁾ betrug der Index der Industrieproduktion der SBZ im Durchschnitt der zweiten Jahreshälfte 1945 (gleicher Zeitraum 1936=100) bei der Gesamtproduktion 21, bei der Kohle- und Erzförderung 44 und bei der Wertzunahme durch Verarbeitung in der Konsumgüterindustrie 13. Erst um 1950 wurden für die gesamte Industrie (ohne Bau) die Ergebnisse des Jahres 1936 erreicht bzw. geringfügig übertroffen, wodurch das Ende der sog. Wiederherstellungsperiode (Roesler) markiert wird. Die folgenden Tabellen geben die Indices (1936=100) der industriellen Bruttoproduktion der Jahre 1946 bis 1950 nach Industriegruppen wieder.

	Industrie insgesamt (ohne Bau)	Grundstoffindustrie	Metallverarb. Industrie	Leichtindustrie	Lebensmittelindustrie
1946	42,1	52,4	29,1	44,4	89,4
1947	53,7	70,5	49,9	46,2	46,5
1948	71,4	95,7	62,1	70,3	51,1
1949	87,2	112,3	90,4	79,7	61,4
1950	110,6	134,1	120,7	103,8	78,5

Tab. 37 : Die industrielle Bruttoproduktion der SBZ 1946-50 nach Erzeugnishaupgruppen (1936 = 100). Quelle: Stat.Jb.DDR 1955 S.154f

Grundstoffindustrie					
	Energie	Bergbau	Metallurgie	Chemische Erz.	Baumaterialien
1946	83,2	66,9	19,0	63,7	30,5
1947	87,0	92,8	25,1	93,5	35,0
1948	136,6	115,6	31,9	122,9	58,3
1949	140,2	130,9	46,3	146,7	69,7
1950	157,2	146,0	61,8	177,7	86,5

	Maschinenbau	Metallverarb. Industrie Elektrotechn. Erzeugnisse	Feinmechan.u.opt. Erzeugnisse
1946	26,2	38,5	40,9
1947	47,1	59,7	55,2
1948	55,3	81,6	98,8
1949	80,6	128,2	115,8
1950	109,1	155,8	179,3

Leichtindustrie						
	Holzerzeugn. Kulturwaren	Textilien	Konfektions- u. Näherzeugn.	Leder, Schuhe, Rauchwaren	Zellstoff, Papiererzeugn.	Polygraph. Erzeugn.
1946	78,8	42,4	47,7	47,6	26,2	26,7
1947	89,9	42,6	50,1	50,1	24,2	28,5
1948	131,3	65,2	56,5	56,5	60,2	70,3
1949	146,4	71,9	69,2	69,1	70,3	77,3

Tab. 38 : Die industrielle Bruttoproduktion der SBZ 1946-50 nach Erzeugnisgruppen (1936=100). Quelle: Stat.Jb.DDR 1955 S.154f

Die Produktionsentwicklung und -steigerung verlief in den einzelnen industriellen Teilbereichen z.T. sehr unterschiedlich. Eine weitere Spezifizierung der industriellen Produktion nach einzelnen Gütern stößt bei den uns hier besonders interessierenden Erzeugnissen auf große Schwierigkeiten, weil für zahlreiche Produkte keinerlei Angaben aus den ersten Nachkriegsjahren vorliegen. Insbesondere für die Landmaschinenfabrikation der Jahre 1946 bis 1950 gibt es keine spezifizierten Zahlen.

	1936	1946	1948	1950
Kalisalze (1.000 t K ₂ O)	953	655	936	1.336
v.H.	100	68,7	98,2	140,2
Stickstoffdünger (1.000 t N)	229	.	131	231,4
v.H.	100	.	57,2	101
Phosphordünger (t P ₂ O ₅)	32.245	6.735	20.582	24.736
v.H.	100	20,9	63,8	76,7
Landmaschinen (Mill.DM)	98,9	12,2	27,4	64,4
v.H.	100	12,4	27,8	66,2

Tab. 39: Die Produktion ausgewählter Erzeugnisse in Mitteld. 1936 und 1946-50. Quelle: Stat.Jb.DDR 1955 S.162-169

Radschlepper wurden 1946 nicht gefertigt, 1948 waren es ganze 45, 1950 5.170. Für Drill- und Sämaschinen liegen keine Angaben vor, auch nicht für Heu- und Strohpressen und Ersatzteile landwirtschaftlicher Maschinen. Nicht hergestellt wurden 1946 und 1948 Kippdämpfer sowie Mähdrescher. Grasmäher wurden 1946 nicht produziert, für 1948 liegen keine Zahlen vor. Wieviel Erntebindegarn in den Jahren 1945 bis 1950 erzeugt wurde, ist nicht bekannt, wohl aber, daß großer Mangel an diesen bestand, so daß die Mähbinder oft nicht eingesetzt werden konnten, bzw. nur zum Schneiden.

Die in Tab.39 verzeichneten, z.T. recht beachtlichen Produktionssteigerungen waren begleitet von sehr geringer Arbeitsproduktivität und Effektivität sowie einer unzureichenden Investitionstätigkeit; die Bruttoinvestitionen waren geringer als die Substanzverluste durch Demontagen und Verschleiß. Die sog. Wiederherstellungsperiode war gekennzeichnet durch dekululative Prozesse ("negative Akkumulation"), die dadurch zustande kamen, daß der Gesamtverbrauch größer war als die

Gesamterzeugung¹¹⁴⁾.

	1947	1948
Gesamterzeugung	13,8	17,25
Gesamtverbrauch	14,12	18,35
Mehrverbrauch	1,04	1,1

Tab. 40: Gesamterzeugung und -verbrauch in der
SBZ 1947 und 1948(Mrd.M). Quelle:
Barthel(1979) S.143

Dieser Abbau von Lagerbeständen und produktivem Kapital(Desinvestitionen) in gewissem Umfang war in dieser Zeit unvermeidbar, wirkte sich aber später in einem enormen Investitions-(nachhol)bedarf aus.

Nun stand von der Gesamterzeugung der SBZ nur ein Teil für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung, da zunächst die Reparationsforderungen der Sowjets erfüllt werden mußten. Da auch das Ernährungspotential der Zone erheblich geschwächt war, gleichwohl aber Nahrungsmittel für Kompensationsgeschäfte mit den Westzonen und für Reparationszwecke verwendet wurden, führte dies zu einem außerordentlich niedrigen Lebensstandard(tatsächlicher Pro-Kopf-Verbrauch ausgewählter Produkte). Die, trotz gestaffelter Zuteilungen, unzureichende Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Bekleidung, Schuhwerk, Haushaltsgegenständen u.dgl. mußte, in Verbindung mit der minimalen Kapitalausstattung, die Arbeitsproduktivität drastisch sinken lassen. Besonders schlecht waren diejenigen dran, die allein mit ihren Geldeinkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten mußten, denn viele Waren konnten nur zu überhöhten(gemessen an den Festpreisen und den Einkommen) Preisen oder im Tausch über den schwarzen Markt bezogen werden. Da bald nach Kriegsende die Bankguthaben eingefroren worden waren, bestand für nahezu alle Arbeitsfähigen der Zwang, auf irgendeine Weise zu Geld oder Waren zu kommen bzw. den persönlichen Besitz "negativ zu akkumulieren", was oft bedeutete, ihn auf dem schwarzen Markt oder beim Bauern gegen Nahrungsmittel oder andere Gebrauchsgüter zu verscherbeln.

V Die Reparationsleistungen der SBZ

Bezüglich der von der SU aus der SBZ entnommenen Reparationen interessieren uns, gemäß unserem Programm, weder mit ihnen zusammenhängende juristische noch moralische oder sonstige, und nur ganz am Rande administrativ-technische Probleme. Allein ihre unmittelbaren Auswirkungen - die Reduzierung des Viehstapels, die Requirierung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Inventar, die Holzausfuhren¹¹⁵⁾ - sowie die mittelbare Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten - die Verminderung der Produktionskapazitäten in der Landwirtschaft benötigter Produktions- und Betriebsmittel - sollen kurz umrissen werden. Dabei ist es, wegen des Mangels an präzisen Informationen, sehr schwer, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den Reparationen und den geringen Produktionsleistungen, insbesondere der Landmaschinen-, der Düngemittel - und anderer Betriebsmittelindustrien, herzustellen. Zweifelsfrei ist, daß sowohl der direkte wie auch indirekte negative Effekt der Reparationen für die landwirtschaftliche Produktion erheblich gewesen sein muß.

Als die sowjetischen Truppen deutsches Gebiet erreicht hatten und ihren Vormarsch fortsetzten, wurden spezielle "Beuteabteilungen" (trofejnye brigady)¹¹⁶⁾ gebildet, deren Aufgabe es war, das von den geflohenen Deutschen zurückgelassene Eigentum zu sammeln und in die SU zu verladen. Diesen Abteilungen wurden im Divisionsmaßstab genaue Pläne¹¹⁷⁾ mit den zu beschaffenden Gütern vorgelegt, für deren Erfüllung die zuständigen Armeestellen verantwortlich waren. Spätestens westlich von Oder und Neiße wurde aus dem bloßen "Einsammeln" verlassenen Eigentums zwangsläufig eine Beschlagnahmung der entsprechend den Plänen zu beschaffenden Güter. Beträchtliche Mengen an Lebensmitteln¹¹⁸⁾ und Vieh wurden als Kriegsbeute von den Sowjets requiriert, aber auch "farm machinery" stand auf der Beuteliste¹¹⁷⁾. Daneben waren exzessive spontane Plünderungen auf eigene Rechnung der Plündernden auf der Tagesordnung der ersten Nachkriegsmonate.

Die Entnahmen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Saat-

und Pflanzgut und die Requirierung von Vieh mußten sich, bei der herrschenden Nahrungsmittelknappheit, sowohl auf die Versorgung der Bevölkerung als auch auf die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft äußerst nachteilig auswirken, selbst wenn sie für einige Erzeugnisse dem absoluten Wert nach nicht sehr groß gewesen sein mögen. Die Übernahme zahlreicher Großbetriebe durch die Rote Armee verminderte wohl die Gesamtmarktleistung der mitteldeutschen Landwirtschaft; da die sowjetischen Soldaten aber auf jeden Fall aus dem Lande ernährt werden mußten, war es letztlich gleichgültig, unter wessen Regie die Erzeugung für die Armee vor sich ging.

Als besonders schwerwiegender Nachteil für die SBZ-Landwirtschaft wirkte sich die zum größten Teil durch Requirierungen als Kriegsbeute bzw. Reparationsleistungen zustande gekommene Verminderung des Viehstapels aus, dessen Wiederauffüllung Jahre dauerte. Yershov, damals in der SMA tätig, berichtet darüber folgendes: "During the first years of the occupation immense quantities of livestock were rounded up by the army of occupation for dispatch to the Soviet Union. Only about one-third of the animals actually reached their destination, however; the remaining two-thirds of the requisitioned herds perished during the shipments as the result of badly organized facilities for holding, transferring, feeding, and shipping them. ... Moscow, however, expected the full number of animals which had been reported, and therefore demanded an increase in the rate of plunder. To meet Moscow's demands the occupation authorities were forced to order the confiscation of even more livestock, with the result that the rural economy of Soviet-occupied Germany was being utterly ruined. Shipments of confiscated cattle from Germany to the Soviet Union continued until the end of 1947, the last shipment amounting to over 200.000 animals."¹¹⁹⁾

Man kann davon ausgehen, daß die im folgenden wiedergegebenen Viehverluste 1946/47 gegenüber 1939 zum weitaus größten Teil als "Demontageverlust der Viehbestände" zu betrachten sind, obwohl natürlich nicht unberücksichtigt bleiben darf, daß der Viehstapel schon während des Krieges redu-

ziert worden war, und auch die Abgänge der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht allein der Roten Armee angelastet werden können.

Rinder		Pferde	Schweine	Schafe	Hühner
Insges.	Kühe				
Dez. 1939 (in Mill.)					
3,5	1,8	0,87	6,5	1,7	19
1946/47 (in Mill.)					
2,0	1,0	0,5	2,0	0,8	10

Tab. 41: Die Dezimierung der Viehbestände in der SBZ 1946/47 im Vgl. zu 1939. Quelle: Rep., Sozialprod., Lebensst. (1948) H. 3, S. 47

Die Viehdichte (Stck. je 100E) ging dadurch (1939 gegenüber 1946/47) bei Rindern von 18 auf 11 und bei Schweinen von 34 auf 11¹²⁰⁾ zurück.

Die Verminderung des Pferdebestandes gegenüber 1939 um ca. 370.000 Stück mußte, bei gleichzeitigem Ausfall zahlreicher Zugmaschinen und steigendem Bedarf (Neubauern) in der Landwirtschaft, ein Zugkraftproblem großen Ausmaßes hervorrufen. Die Dezimierung des Viehbestandes wirkte sich nicht nur direkt als geringere Verfügbarkeit tierischer Produkte aus, sondern über den verminderten Anfall organischer Dünger, bei gleichzeitiger Unterversorgung der Böden mit mineralischen Düngern, auch als Sinken der Ertragsfähigkeit der Böden.

Da die Sowjets einen Teil des Saat- und Pflanzgutes aus den requirierten Beständen zur Herbstbestellung 1945 und Frühjahrsbestellung 1946 zur Verfügung stellten, blieben die Ernteverluste wegen Saat- und Pflanzgutmangels relativ gering.

Die Konfiskation von landwirtschaftlichem Inventar hat sich anscheinend, wenn wohl auch nicht unbeträchtlich, in Grenzen gehalten und die Leistungsfähigkeit der mitteldeutschen Landwirtschaft jedenfalls nicht entscheidend beeinträchtigt.

Die Reparationen, die aus anderen Sektoren stammten, vor allem die Demontagen von Industriebetrieben und die Entnahmen aus der laufenden Produktion, wirkten sich über die dadurch hervorgerufene geringere Verfügbarkeit von in der Landwirtschaft benötigten Produktions- und Betriebsmitteln auch nachteilig auf deren Leistungsfähigkeit aus. Diese Reparationsleistungen¹²¹⁾ an die SU aus der SBZ erfolgten hauptsächlich

in Form von Demontagen von Industrieanlagen¹²²⁾(Investitionsgütern), von Lieferungen aus der laufenden Produktion, von Übernahme in sowjetisches Eigentum(vor allem von Industrieanlagen als SAG's)¹²³⁾, von Arbeitsleistungen(vor allem im Uran-Bergbau, aber auch in der SU selbst), von Nahrungsmittellieferungen, der speziellen Ausbeutungspolitik der sowjetischen Handelsgesellschaften. Eine besondere Form der Reparationen waren die sog. ideellen Güter wie: Patente, Konstruktionszeichnungen, Forschungsergebnisse, Fabrikationsverfahren u.dgl., deren Wert kaum abschätzbar ist.

Die Art der Durchführung der Reparationseinforderung ergab sich u.a. daraus, daß, so Nettl, "es ursprünglich die Absicht der Russen(war), ein Maximum an Investitionsgütern aus ihrer Zone zu demontieren und diesem Grundsatz alle anderen, insbesondere späteren Möglichkeiten für Reparationsentnahmen unterzuordnen. Jener Grundsatz war Anfang 1946 allein herrschend: er wich erst langsam einer steigenden Entnahme aus der laufenden Produktion und deren Export auf russisches Konto."¹²⁴⁾ Eine hektische, mangelhaft koordinierte Demontagetätigkeit von z.T. rivalisierenden, verschiedenen Behörden untergeordneten Einrichtungen(dem Special Committee¹²⁵⁾, das nur dem Rat der Volkskommissare verantwortlich war, und den entsprechenden Abteilungen der SMA bzw. der Roten Armee) in den Monaten bis Mitte 1946 führte mit ihrer "systematischen Systemlosigkeit" zu z.T. chaotischen Verhältnissen auf diesem Gebiet¹²⁶⁾. Es wurde ziemlich unsystematisch und ohne eigentliche Berücksichtigung der Wiederverwendungsmöglichkeiten in der SU möglichst viel demontiert. Die Transportkapazitäten reichten nicht aus, die demontierten Güter abzutransportieren. Organisation und Durchführung der Transporte waren oft so schlecht, daß es zu großen Lagerfristen unter ungünstigen Bedingungen kam und auch während der Transporte erhebliche Schäden entstanden. "Der Unterschied zwischen dem Wert, den die als Reparationen fortgenommenen Industrieanlagen für die Deutschen darstellten, und dem Nutzen, welchen sie für die russische Wirtschaft bedeuteten, muß beträchtlich gewesen sein."¹²⁷⁾

Die der SBZ-Wirtschaft entstandenen Schäden standen oft in keinem Verhältnis zu den geringen Wiederverwendungswerten. Bei der Berechnung der Demontageverluste muß man unterscheiden zwischen dem Wiederbeschaffungswert, den tatsächlich verlorenen Kapazitäten und den konkreten Produktionsverlusten. So kann z.B. ein relativ geringer Wiederbeschaffungswert durchaus einen großen Kapazitätsverlust bedeuten, wenn es sich um wichtige Teile einer Industrieanlage handelt. Andererseits mußte ein bedeutender Kapazitätsverlust unter den Wirtschaftsbedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht unbedingt ursächlich zu großen Produktionsausfällen führen, weil die Kapazitäten zu einem großen Teil, wegen Rohstoff- oder Zwischenproduktmangel, ohnehin kaum genutzt werden konnten. In diesem Falle wirkten sich die Demontagen erst viel später nachteilig aus.

Nach der ersten hektischen Demontagephase wurden bevorzugt Lieferungen aus der laufenden Produktion¹²⁸⁾ als Reparationsleistungen beansprucht. Diese wurden von den Sowjets selbst verwendet oder über ihre Handelsgesellschaften¹²⁹⁾ exportiert.

Der Gesamtwert der Reparationen aus Demontagen und Produktionsentnahmen (ohne Dienstleistungen) setzte sich, nach Nettl, wie folgt zusammen.

Demontage von Investitionsgütern (Ersatzpreise)	4.100
Reparationen aus Produktion und Lagerbeständen	4.390
Nahrungsmittel	970
Wert der SAG-Produktion	2.010
Zusammen	11.470

Tab. 42: Der Gesamtwert der Reparationsleistungen der SBZ aus Demontagen und Produktionsentnahmen (ohne Dienstleistungen) in Mill. RM, Wert von 1936.
Quelle: Nettl (1953) S. 241

Über die Auswirkungen der Reparationsverluste auf die Produktion von Kapitalgütern und Betriebsmitteln für die Landwirtschaft können im Grunde nur Vermutungen angestellt werden. Sieht man die Demontageliste der SBZ und die Liste der SAG's nach Betrieben durch, die Landmaschinen und mineralische Dünger produzierten, so kann man Belege für die Annahme finden, daß die Demontagen und Produktionsentnahmen die Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Produktions- und Betriebsmittel

doch erheblich vermindert haben dürften. Die folgende Aufstellung enthält die Werke der Demontageliste der SBZ¹³¹⁾, die dort ausdrücklich als Hersteller von Landmaschinen aufgeführt sind und ganz oder teilweise demontiert worden sind.

- | | |
|---|--|
| 1. Heimbucher, Berlin | 15. Keinh. Klinkhardt, Wurzen |
| 2. Maschinenfabrik Prometheus GmbH, Berlin-Reinickendorf | 16. Franz Richter, Döbeln |
| 3. F.F.A. Schulze, Berlin | 17. Rudolf Sack, Leipzig |
| 4. Märkische Maschinenbauanstalt Teutonia, Frankfurt/Oder | 18. Seniorwerk Busse, Wurzen |
| 5. Maschinenzentrale Rathenow | 19. Robert Wacker KG, Klotzsche |
| 6. F. Neuhaus GmbH, Maschinenfabrik, Eberswalde | 20. C. Aug. Wagner, Maschinenfabrik, Kirschau |
| 7. Herm. Raußendorf, Abt. Flötherwerk, Gassen/NL | 21. Wilhelm Stoll, Maschinenfabrik, Torgau/Elbe |
| 8. Richter Landmaschinenfabrik GmbH, Rathenow | 22. I.A. John AG, Erfurt |
| 9. Atlas-Werke K u. M. Gruhl, Leipzig | 23. Gebr. Röber GmbH, Wuthe |
| 10. Jul. Berthold & Co., Klingenthal | 24. C.A. Beng, Stralsund |
| 11. Planunger & Zuhse & Co., Maschinenfabrik Radebeul | 25. Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik Stralsund-Barth |
| 12. Gotthardt & Kühne, Lommatsch (Sa.) | 26. Gebr. Scheven, Eisengießerei und Maschinenfabrik, Teterow |
| 13. C.H. Haubmann, Großenhain | |
| 14. A. Hernig AG, Neustadt | |

Diese Aufzählung ist wahrscheinlich nicht vollständig. Hinzu kamen noch Zuckerfabriken und -raffinerien.

Auf die Düngerproduktion nachteilig ausgewirkt hat sich auch die Teildemontage der Bunawerke in Schkopau, des Leuna-Werkes, der Kali-Chemie AG in Bitterfeld sowie die Umwandlung in SAG's der Kalibergwerke¹³²⁾ Weimar, Kaiserroda, Sollstedt, Bismarckshall, Heiligenroda, Bartensleben und Teutschenthal. Nach der Beendigung der (Teil)demontagen bzw. deren Stopp wurden 1948 folgende chemische Werke als SAG's betrieben: das Leuna-Werk, die Bitterfelder Werke der IG Farben, das elektrochemische Kombinat in Bitterfeld, das Stickstoffwerk in Piesteritz, das Buna-Werk in Schkopau u.a. Betriebe.

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß selbst nicht direkt von der Demontage betroffene Werke durch diese, über den Ausfall von Zulieferern, in Mitleidenschaft gezogen wurden sowie der Umstand, daß zahlreiche Betriebsmittel der Landwirtschaft, wie z.B. Bindegarn, Lederwaren u.dgl. von Betrieben hergestellt wurden, die hier überhaupt nicht erwähnt wurden, aber z.T. sicher auch von den Demontagen und Entnahmen betroffen waren.

Häuser's Urteil über die Reparationen insgesamt fällt sehr hart aus: "Sicher ist, daß die Russen in den ersten Nachkriegsjahren die Produktionskraft ihrer Zone ruiniert haben. Die

wirtschaftliche Stärke dieses Teils von Deutschland hatte auf einer hochentwickelten Exportindustrie und auf seiner Landwirtschaft beruht. Die Exportindustrie wurde praktisch vernichtet, und die Landwirtschaft mußte den größten Teil ihrer Viehbestände und ihres Maschinenparks an die Besatzungsmacht abtreten. Immerhin blieb sie noch stark genug, eine Hungersnot zu verhüten."¹³³⁾

VI Die wirtschaftliche Situation und die Leistungsfähigkeit der mitteldeutschen Landwirtschaft in der Nachkriegszeit

1. Die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft nach Kriegsende

Hauptmerkmal der wirtschaftlichen Situation der mitteldeutschen Landwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren waren die großen Ertrags- und Leistungsrückgänge, sowohl der pflanzlichen Produktion als auch in der Viehwirtschaft. Deren Ursachen sind verschiedener Art. Es empfiehlt sich, die direkten und vermittelten Folgen des Krieges, von denen - wenn auch in verschiedenem Ausmaß - alle Besatzungszonen betroffen waren, von den für Mitteldeutschland eigentümlichen, vor allem systemspezifischen Produktionshemmnissen zu unterscheiden.

Allenthalben spürbar war die teilweise Zerstörung des "komplizierten, eng verzahnten Organisationssystems" (Nettl) der Landwirtschaft, das im Rahmen der Kriegswirtschaft und schon vorher entwickelt worden war. Die eng mit den nicht-agrarischen Wirtschaftsbereichen verflochtene Landwirtschaft wurde durch die Schäden in den anderen Sektoren stark in Mitleidenschaft gezogen. Die großen Schäden in der Infrastruktur und der entstandene Transportwirrwarr beeinträchtigten den Wirtschaftsablauf im allgemeinen und den der Landwirtschaft im besonderen erheblich. Die zonale Zwangsautarkisierung ließ die mitteldeutsche Landwirtschaft nahezu ausschließlich auf die stark reduzierte industrielle Produktion der SBZ bei der Versorgung mit Traktoren und Maschinen, mineralischen Düngern und sonstigen Betriebsmitteln angewiesen sein. Durch den Ausfall der großen Zahl in der Land-

wirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen und "Fremdarbeiter", die die zur Wehrmacht eingezogenen Betriebsleiter und Landarbeiter ersetzen sollten, war die Arbeitskräftesituation, besonders zu den Arbeitsspitzen während der Ernte im Spätsommer und Frühherbst 1945, äußerst angespannt. Der temporäre, durch Maschinenausfall entstandene geringere Mechanisierungsgrad verschärfte diese Situation zusätzlich. Zahlreiche nichtlandwirtschaftliche Arbeitskräfte mußten zur Einbringung der im übrigen schlecht ausgefallenen Ernte zwangsverpflichtet bzw. herbeigitiert werden. Das Arbeitskräfteproblem wurde durch die durch die Bodenreform bewirkte große Zunahme landwirtschaftlicher Erwerbstätiger dann, zumindest für eine gewisse Zeit, gelöst.

Die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges, vor allem der Kampfhandlungen, waren gebietsweise sehr verschieden in ihrem Ausmaß. Besonders betroffen davon waren die Mark Brandenburg - die Gegenden an der Oder und um Berlin - und Mecklenburg. Hier waren große Verluste an Gebäuden, Inventar und Vieh zu verzeichnen. Große Flächen waren durch militärische Anlagen und Minenfelder oder durch Kampfverwüstungen für die landwirtschaftliche Nutzung für einige Zeit unbrauchbar geworden. Die Beschädigung der Oderdeiche führte im Frühjahr 1946 zu größeren Überschwemmungen. Dagegen waren andere Gebiete der SBZ, besonders der südliche und westliche Teil, kaum oder gar nicht von Kampfhandlungen betroffen worden.

a. Pflanzliche Produktion

Die Gesamternten und Ha-Erträge waren schon während des Krieges, vor allem aufgrund sich kumulierenden Kunstdüngermangels, allmählich zurückgegangen. Der Nährstoffmangel ließ die Leistungsfähigkeit der Böden stetig abfallen, regelrechte Produktionseinbrüche gab es allerdings erst in den Nachkriegsjahren. Zwar war die Mißernte des Jahres 1947 zu einem nicht unwesentlichen Teil durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse des Winters 1946/47 und des Sommers 1947 mitverursacht worden (cf. Schaub. 1 und Tab. 5), die Hauptursache der in den ersten Nachkriegsjahren stark abgesunkenen Erträge war aber zweifellos die über Jahre andauernde Unterversorgung mit

mineralischen Düngern, die durch den Minderanfall organischen Düngs in ihrer Wirkung noch verstärkt wurde.

Produktionshemmend wirkten zweifellos auch die Änderungen der Agrarstruktur und des ganzen Agrarwirtschaftssystems durch die Bodenreform. Die durch die Schaffung zahlreicher Neubauernstellen erreichte arbeitsintensivere Produktionsweise führte aus verschiedenen Gründen nicht zu einer Ertragssteigerung. Zu dem Mangel an Kunstdüngern und extern produzierten Betriebsmitteln kam aggravierend die durchschnittlich völlig unzureichende Ausstattung der Neubauernwirtschaften mit Gebäuden sowie lebendem und totem Inventar hinzu. Viele Neusiedler waren zudem berufsunkundig und der größte Teil war ortsfremd. Die Qualität der Bodenbearbeitung litt unter dem Mangel an tierischer und Motorzugkraft - Kuhanspannung war weit verbreitet, für die Bearbeitung schwererer Böden aber völlig ungeeignet. Durch Terminzwänge bei der Bestellung und Ernte mußten viele Arbeiten zu völlig unrichtigen Zeitpunkten verrichtet werden. Es bestand nicht selten Anbauzwang für Früchte, für die die jeweiligen Böden ungeeignet waren, bedingt durch Fehler bei der stufenweisen Unterverteilung der Planziffern. Ausbleibender Saatgutwechsel machte die Kulturen krankheitsanfällig und ertragsärmer, erzwungener Frühdrusch und unsachgemäße Lagerung führten zu Ernte- und Lagerverlusten u.dgl.m.

b. Viehwirtschaft

Diese Rückgänge bei der pflanzlichen Produktion wirkten sich natürlich auch nachhaltig auf die Viehwirtschaft aus. Auch waren die Viehverluste in Mitteldeutschland höher als in den Westzonen gewesen, was besonders ins Gewicht fiel, wenn man bedenkt, daß die Besatzdichte schon vor und während des Krieges in Mitteldeutschland z.T. erheblich unter der Westdeutschlands gelegen war. Der größere Anteil der Großbetriebe hatte einen beträchtlich geringeren Rindviehbesatz bedingt, allerdings waren der Pferde- und Schafbesatz hier höher gewesen. In den von landwirtschaftlichen Großbetrieben geprägten Ländern Mecklenburg und Brandenburg war die Viehdichte weit geringer als in den "Bauernländern" Thüringen

und Sachsen. Und gerade diese ohnehin viehärmeren Länder hatten hohe Kriegsverluste bei Nutzvieh, wodurch, in Verbindung mit der Schaffung zahlreicher Neubauernstellen, die viehwirtschaftliche Situation schlicht katastrophal wurde. Besonders schwerwiegend war der Verlust vieler weiblicher Zuchttiere. Durch intra- und interzonalen Viehausgleich (Warentauschabkommen Nr.2) konnte die Lage wohl etwas entspannt werden. Die Zuwächse der Nutzviehbestände blieben jedoch relativ gering. Die bis 1948 nach der Kopfzahl durchgeführte Veranlagung bei der Pflichtablieferung¹³⁴⁾ tierischer Produkte enthielt keinerlei Anreiz zur Neuaufstockung der Bestände. Hier gab es ein echtes Dilemma, denn wegen der krass ungleichen Verteilung der Viehbestände war eine Ha-Veranlagung längere Zeit einfach nicht durchführbar. Durch die Umwandlung vor allem von Klee- und Luzerneansaat in Ackerland wurde die ohnehin schon relativ geringe Futterfläche und damit die Futtergrundlage noch weiter vermindert. In Verbindung mit dem Fehlen von Kraftfutter führte dies zu einer relativ geringen Milchleistung je ha LN, deren weitere Ursachen die Haltung leistungsschwächeren Höhenfleckviehs in den südlichen Gebieten und die weitverbreitete Kuhanspannung waren.

2. Der Bestand an Maschinen und Geräten

Zuverlässige Angaben darüber, wieviele Antriebs- und Arbeitsmaschinen der mitteldeutschen Landwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren zur Verfügung standen und wieviele von diesen einsatzfähig waren, liegen nicht vor. Die Statistiken der DDR geben erst wieder für 1949 genauere Auskunft¹³⁵⁾, die aber für unsere Zwecke nicht aussagekräftig ist.

Einerseits war der Maschinenbestand der Landwirtschaft zwischen 1939 und Kriegsende ganz beträchtlich angewachsen. Andererseits waren in den letzten Kriegsmonaten kaum noch Maschinen und Ersatzteile gefertigt und ausgeliefert worden, so daß bei Kriegsende zahlreiche Traktoren und Arbeitsmaschinen wegen Ersatzteilmangels nicht mehr oder nur sehr begrenzt einsatzfähig waren. Neue Traktoren und Maschinen wurden in der ersten Nachkriegszeit kaum gefertigt¹³⁶⁾. Es waren oft

nur wenige Teile, aber eben unentbehrliche, die fehlten und vorhandene Maschinen unbrauchbar machten. Hinzu kam der notorische Mangel an Treibstoff und wichtigen Betriebsmitteln (Bindegarn u.dgl.), die den Maschineneinsatz behinderten. Nicht wenige Maschinen sind auch durch unsachgemäßen Umgang beschädigt worden.

Von den nach Kriegsende vorhandenen einsatzfähigen Zug- und Arbeitsmaschinen sind nicht geringe Stückzahlen von den Sowjets als Kriegsbeute und zu Reparationszwecken requiriert worden, so daß die Zahl der 1945/46 effektiv einsatzfähigen Maschinen ganz erheblich unter der des letzten Kriegsjahres gelegen haben dürfte.

	SBZ	Branden- burg	Mecklen- burg	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Sachsen
Traktoren	150,9	119,9	101,4	166,6	191,4	202,7
Drill- u. Sä- maschinen	108,6	103,3	112,7	104,5	104,0	118,7
Düngerstreuer	81,3	70,0	70,1	88,0	77,5	95,4
Mähbinder	108,2	97,8	104,7	105,4	116,7	120,1

Tab. 43: Der Bestand an Traktoren u. ausgew. landw. Maschinen in der SBZ 1945(1939=100)
Quelle: Barthel(1979) S.48

* Barthel merkt dazu an: "Durch Doppelzählung ist die Anzahl der Traktoren nicht exakt angegeben; sie ist um etwa 10-15% niedriger. Weiterhin ist zu beachten, daß bei der Zählung der Traktoren auch die reparaturbedürftigen mit anzugeben waren. Die Tabelle insgesamt gibt keinen exakten Überblick über die Kriegszerstörungen, da z.B. mit den Flüchtlingstrecks eine Anzahl Traktoren ins Land kamen. Dennoch zeigen die Entwicklungszahlen der Länder Brandenburg und Mecklenburg im Vergleich zu anderen Ländern doch in gewissem Umfang die Auswirkungen des Krieges."

Legt man die bei Gleitze(1956) S.161 und Stat.Jb.DDR 1957 S.360 genannten Anzahlen zugrunde, so ergibt sich aus den bei Barthel(1979) genannten Relativzahlen folgender Bestand: Traktoren 28.973; Drillmaschinen 214.233; Düngerstreuer 48.855; Mähbinder 129.390. Geht man mit Müller/Reißig(1968) davon aus, daß ca. 30% aller Maschinen durch Kriegseinwirkungen zerstört oder unbrauchbar geworden waren, so ergeben sich folgende, grobgeschätzte Zahlen für die einsatzfähigen Maschinen(in Klammern der Bestand 1939): Traktoren 20.281(19.200); Drillmaschinen 149.963(197.268); Düngerstreuer 34.199(60.092); Mähbinder 90.573(119.584). Wenn diese Zahlen der Realität in etwa entsprechen sollten, so war - außer bei Traktoren - bei den hier erfaßten Maschinen der Bestand an einsatzfähigen deutlich geringer als 1939.

3. Der Verbrauch mineralischer Dünger

Der große Mangel an mineralischen Düngern war eines der schwerwiegendsten Probleme, denen sich die mitteldeutsche Landwirtschaft nach Kriegsende konfrontiert sah¹³⁷⁾. Die Erzeugung von Stickstoffdüngemitteln (ohne Kalkstickstoff) war in Mitteldeutschland von 1938 338.950t N auf 87.903t N 1944 zurückgegangen¹³⁸⁾, das ist etwas mehr als 1/4 der Produktion von 1938. In den anderen Gebieten Deutschlands war der Rückgang etwa genau so hoch. Die Erzeugung von Phosphordünger war ebenfalls völlig unzureichend, auch an Kalk bestand erheblicher Mangel. Allein an Kali waren Vorräte in nahezu ausreichender Menge vorhanden, allerdings wurde nicht genügend produziert, um den Verbrauch auszugleichen, zumal Kali auch für interzonale Kompensationsgeschäfte verwendet wurde. Auch fehlte es an Transportmöglichkeiten für die lagernden Mengen. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Düngerverbrauchs in Mitteldeutschland von 1938/39 bis 1949/50.

	N		P ₂ O ₅		K ₂ O		CaO	
	absolut	kg/ha	absolut	kg/ha	absolut	kg/ha	absolut	kg/ha
1938/39	218	32,6	182	27,3	323	48,4	520	77,9
v.H.	100	100	100	100	100	100	100	100
1945/46	48	7,6	9,5	1,5	414	65,3	40	6,3
v.H.	22	23,3	5,2	5,5	128,2	134,9	7,7	8,1
1946/47	75	11,8	7,0	1,1	283	44,6	117	18,4
v.H.	34,4	36,2	3,8	4,0	87,6	92,0	22,5	23,6
1947/48	118	18,5	23,5	3,7	232	36,4	258	40,5
v.H.	54,1	56,7	12,9	13,6	71,8	75,2	49,6	52,0
1948/49	175	27,4	60	9,4	240	37,6	413	64,7
v.H.	80,3	84,0	33,0	34,4	74,3	77,7	79,4	83,1
1949/50	186	29,2	95	14,9	275	43,1	460	72,1
v.H.	85,3	89,6	52,2	54,6	85,1	89,0	88,5	92,6

Tab. 44 : Der Düngerverbrauch in der SBZ 1945/46-1949/50 im Vergleich zu 1938/39 (1.000t Reinnährstoff). Quelle: Kramer(1951) S.20

"Die Düngemittelversorgung war in den ersten Nachkriegsjahren nicht nur vollkommen unzureichend, sie war auch völlig unharmonisch. Es fehlte vor allem an Phosphorsäure und Kalk. Angemessen wäre ein Verbrauch von N 250.000t (40 kg je ha landw.Nutzfläche), P₂O₅ 250.000t (40kg je ha), K₂O 440.00t (70kg je ha), CaO 900.000t (140kg je ha).

Zu dem Mangel an künstlichen Düngemitteln kam in der Sowjetzone, infolge der Reduzierung der Viehbestände, eine

unzureichende Stallmistdüngung. Die Stallmistpflege der Neubauern hält keinen Vergleich aus mit den Dungstätten der ehemaligen Großbetriebe." ¹³⁹⁾

Stellt man den von Kramer als "angemessen" bezeichneten Verbrauch dem tatsächlichen gegenüber, so ergibt sich ein wahrhaft erschreckendes Defizit (v.H. des "angemessenen Verbrauchs").

	N*	P ₂ O ₅ *	K ₂ O*	CaO*
1945/46	81	96,2	6,7	95,5
1946/47	70	97,2	36,3	86,9
1947/48	54	90,7	48,0	71,1
1948/49	31	76,5	46,3	53,8
1949/50	27	62,7	38,4	48,5

* Ein "angemessener" Verbrauch wäre gewesen (nach Kramer a. a. O.): N=40, P₂O₅=40, K₂O=70 u. CaO=140 kg Reinnährstoff je ha.

Tab. 45: Das Defizit des Düngerverbrauchs in der SBZ 1945/46-1949/50 anhand des Optimierungskriteriums "angemessener Verbrauch" (v.H. des "angemessenen Verbrauchs").
Nach: Kramer (1951) S. 21

Dieser Versuch, das Defizit an mineralischen Düngern nach pflanzenphysiologischen Erfordernissen und nicht nur anhand der Zahlen eines Basisjahres zu bestimmen, zeigt zweierlei: Erstens waren die Düngergaben in der deutschen Landwirtschaft zu keiner Zeit optimal und damit auch nicht die Erträge. Zweitens war der an einem Optimierungskriterium gemessene Mangel an mineralischen Düngern, verschärft durch den an natürlichem Dung, in der Nachkriegszeit viel größer, als die Differenz zu den Gaben von 1938/39 vermuten läßt. Hinzu kommt noch, daß die schon 1938/39 suboptimalen Gaben während des Krieges stark reduziert worden waren, die Versorgung der Böden mit Mineralien mithin schon geraume Zeit vor Kriegsende erheblich defizitär gewesen war. Die Wirkungen dieser Unterversorgung wurden zwar schon bald spürbar, in ihrer vollen Schwere machten sie sich jedoch erst in der unmittelbaren Nachkriegszeit geltend.

4. Erträge der pflanzlichen Produktion ¹⁴⁰⁾

Die Entwicklung der Erträge der landwirtschaftlichen Hauptkulturarten gibt die folgende Tab. 46 wieder ¹⁴¹⁾.

Fruchtart	1935/39		1946		1947		1948		1949		1950	
	1000 t	ds je ha	1000 t	ds je ha	1000 t	ds je ha	1000 t	ds je ha	1000 t	ds je ha	1000 t	ds je ha
Getreide (einschl. Hülsenfrüchte)	6 933	21,8	3 723	13,1	3 619	12,0	4 314	15,0	5 002	17,6	.	19,6
darunter:												
Roggen	2 190	14,0	1 388	11,7	1 418	18,1	1 790	18,0	8 035	18,6	3 600	.
Weizen	1 813	16,0	899	16,8	483	16,4	838	19,0	936	19,0	.	.
Gerste	1 287	20,0	451	14,1	423	14,2	420	16,8	458	18,1	1 900	.
Hafer	8 200	20,0	964	14,8	893	15,6	780	18,0	.	.	.	.
Mengenfrüchte	.	.	324	18,0	374	18,8	802	18,0	.	.	.	.
Hülsenfrüchte	128 ¹⁾	14,1 ¹⁾	103 ¹⁾	9,0 ¹⁾	108 ¹⁾	9,0 ¹⁾	134 ¹⁾	9,0 ¹⁾	180 ¹⁾	18,0 ¹⁾	.	.
Heckfrüchte	.	.	19 704 ²⁾	162,8 ²⁾	14 011 ²⁾	110,8 ²⁾	.	.	.	.	.	.
darunter:												
Kartoffeln	14 943	188,8	9 386	188,8	9 330	188,8	11 850	188,7	9 744	188,8	14 649 ³⁾	188,0 ³⁾
Zuckerrüben	8 040	289,3	3 970	188,4	2 826	188,1	4 379	189,4	3 493	178,0	8 733 ⁴⁾	174,0 ⁴⁾
Futterrüben	10 335	288,0	6 878	287,0	3 356	188,0	6 878	288,0	4 600	5 300	.	.
Ölfrüchte	46	13,5	59 ⁵⁾	8,5 ⁵⁾	68 ⁵⁾	4,7 ⁵⁾	101	7,3	162	9,7	.	13,5
darunter:												
Raps	.	.	19	6,6	15	7,7	88	8,9	.	.	.	.
Rüben	.	.	3	6,8	1	6,0	8	7,5	.	.	.	.
Wiesen	2 345 ⁶⁾	65,8 ⁶⁾	2 860	37,8	2 056 ⁶⁾	23,0 ⁶⁾	2 266	26,1	.	.	2 400	.

¹⁾ Speise- und Futterhülsenfrüchte (einschl. Linsen) und alle anderen Arten von Getreide und Hülsenfrüchten. — ²⁾ Speise- und Futtererbsen, Speise- und Ackerbohnen, Wicken, Soß- und Bitterlopinen, Hülsenfrüchtemenge. — ³⁾ Einschl. Kohlrüben und Futtererbsen. — ⁴⁾ Schätzung. — ⁵⁾ Mohr, Fische (Rechtangel- und Samensering), Hanf (Rechtangel- und Samensering), Körnererf (zum Ausreifen bestimmt). — ⁶⁾ Klee und Luzerne.

Tab. 46: Die Ernteerträge in Mitteldeutschland 1935/39 und 1946-50. Aus:
Stat. Jb. BRD 1953 S. 569

Die Relation der Erträge einiger ausgewählter Kulturen 1946 bis 1950 im Vgl. zu 1935/39 zeigt die folgende Tab. 47.

	1946		1947		1948		1949		1950	
	absolut je ha	absolut je ha	absolut je ha	absolut je ha	absolut je ha	absolut je ha	absolut je ha	absolut je ha	absolut je ha	absolut je ha
Getreide ⁺	53,7	60,1	52,2	55,0	62,2	68,8	72,1	80,7	.	89,4
Weizen	43,3	99,4	29,9	90,6	58,0	124,5	58,0	124,5	.	.
Roggen	57,9	64,3	64,7	66,5	81,7	70,9	92,5	85,7	137,0	.
Kartoffeln	65,2	64,7	50,8	52,9	81,1	76,9	68,4	64,2	102,8	96,4
Zuckerrüben	65,3	64,1	46,5	45,0	72,0	70,9	57,4	55,6	94,3	88,6
Wiesen	122,0	56,6	87,7	41,2	96,6	46,8	.	.	102,3	.

⁺ Insgesamt, einschl. Hülsenfrüchte.

Tab. 47: Die Erträge ausgew. Kulturen in der SBZ 1946-50 im Vgl. zu 1935/39 (1935/39=100).
Nach: Stat. Jb. BRD 1953 S. 569

Wenn die Zahlen der absoluten und Ha-Erträge bei Weizen richtig sind, bedeutet dies, daß die Weizenanbaufläche stark reduziert worden war. Die Zahlen markieren als den Tiefpunkt der absoluten und Ha-Erträge (außer bei Roggen) das Jahr 1947. Sieht man vom Weizen ab, lagen 1947 die Ha-Erträge bei den hier ausgewählten Kulturen zwischen 2/5 und 2/3 der Vergleichsergebnisse von 1935/39, eine ausgesprochene Mißernte mithin.

Selbst wenn diese Zahlen von den tatsächlichen Ernteergebnissen nicht unwesentlich abweichen sollten, was allerdings möglich ist, zeigen sie doch das Hauptproblem der mitteldeutschen Landwirtschaft nach dem Kriege, das in den geringen

Erträgen je Flächeneinheit bestand. Barthel¹⁴²⁾ gibt, unter Bezugnahme auf Zahlen, die von den oben genannten abweichen, den Eiweißwert der Ernte 1946 (1936=100) mit 60% und den Stärkewert mit 62% an. Winkel¹⁴³⁾ beziffert den Stärkewert der pflanzlichen Produktion von 1946 mit 60% (1935/39=100), den von 1947 mit 47%. Selbst wenn man voraussetzt, daß diese Zahlen etwas nach oben zu korrigieren sind, wird das enorme Ernährungsproblem deutlich, mußte doch mit diesen 1946 auf weniger als 2/3 der Vorkriegsernten reduzierten Erträgen eine um 1,3 Mill. Menschen angewachsene Bevölkerung ernährt werden, ohne daß nennenswerte Ausgleichslieferungen erfolgten. 1947 war die Lage - wie oben angedeutet - noch kritischer: die Bevölkerung war gegenüber 1946 noch weiter angewachsen (gegenüber 1939 um 2,1 Mill.), die Erträge aber hatten einen absoluten Tiefstand erreicht (47% des Stärkewerts von 1939). Die Ursachen für diese Ertragsabfälle wurden an anderer Stelle angesprochen.

5. Viehbestände und tierische Produktion

Ebenfalls an anderer Stelle wurde schon darauf hingewiesen, daß der Viehbestand in Mitteldeutschland im Kriege, vor allem aber in der unmittelbaren Nachkriegszeit, stark reduziert worden war. "Die eigentlichen Kampfgebiete in Brandenburg¹⁴⁴⁾ und im östlichen Mecklenburg sind zum Teil völlig viehlos geworden. Sie wurden ausgesprochene Notstandsgebiete."¹⁴⁵⁾ Nach der Bodenreform wurde durch innerzonalen, aber auch interzonalen (Bayern) "Viehausgleich" versucht, diese empfindlichen Lücken einigermaßen zu schließen. Besonders schwer wog auch der Verlust hochwertigen Zuchtviehs, der langfristig folgenreich sein mußte. Die Bestandsverluste der SBZ durch Krieg, Requirierungen, Futtermangel u.a. betrugen 1946 im Vergleich zu 1938 bzw. 1943 bei Pferden und den einzelnen Nutztvieharten: (Tab. 48 umseitig)

Diese Zahlen machen zugleich deutlich, daß die Bestände an Pferden und Schweinen schon von 1938 bis 1943 beträchtlich zurückgegangen waren. Pferde mußten der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden, während der Schweinebestand hauptsäch-

	1938	1943
Pferde	-20	- 9
Rindvieh	-24	-22
Kühe	-29	-30
Schweine	-66	-51
Schafe	-58	-59

Tab. 48: Die Verluste der SBZ
an Pferden u. Nutzvieh
in v.H. der Bestände
1938 u. 1943. Quelle:
Kramer(1954) S.32

lich reduziert worden waren, um bei der angespannten Ernährungslage den "Umweg über den Tiermagen" zu ersparen.

Der Viehbestand in Mitteldeutschland entwickelte sich von 1938 bis 1950 wie folgt¹⁴⁶⁾.

	1938	1946	1947	1948	1949	1950
Pferde	811	646	649	665	695	723
v.H.	100	79,7	80,0	82,0	85,7	89,1
Rinder	3.647	2.764	2.782	2.879	3.311	3.615
v.H.	100	75,8	76,3	78,9	90,8	99,1
davon						
Kühe	1.915	1.364	1.277	1.234	1.428	1.616
v.H.	100	71,2	66,7	64,4	74,6	84,4
Schweine	5.708	1.968	2.074	2.616	4.317	5.705
v.H.	100	34,5	36,3	45,8	75,6	99,9
Schafe	1.763	748	686	723	900	1.085
v.H.	100	42,4	38,9	41,0	51,0	61,5
Ziegen	679	899	1.072	1.398	.	.
v.H.	100	132,4	157,9	205,9	.	.

Tab. 49: Der Viehbestand in Mitteld. 1938-1950 (in 1.000 Stck.,
1938=100). Quelle: Stat.Jb.BRD 1953 S.570

Die Milchproduktion 1938, 1947 und 1948 zeigt die folgende Tabelle.

	Insgesamt (1.000t)	v.H. (1938=100)	je Kuh (kg)	v.H. (1938=100)
1938	4.939,7	100	2.547	100
1947	2.219,5	44,9	1.720	67,5
1948	2.025,4	41,0	1.732	68,0

Tab. 50: Die Milchproduktion in der SBZ 1938, 1947 u.
1948. Nach: Stat.Jb.BRD 1953 S.570

Das Absinken der Gesamterzeugung an Milch und der Durchschnittsleistung je Kuh muß, in Bezug auf die Versorgung mit Trinkmilch und Butter, als dramatisch bezeichnet werden. Hier zeigt sich auch, daß die Verminderung der Stückzahl allein noch nicht das ganze Ausmaß des Absinkens der tierischen Produktion deutlich macht. Die schlechte Ernährung des Viehs

senkte dessen Leistungsfähigkeit und führte neben anderem auch zu einer Verringerung der Schlachtgewichte. Grob gesprochen, sind Nutztiere von 1938 und 1946ff der Qualität nach nicht unbedingt vergleichbar.

Im Vergleich zu 1938 ergeben sich, nach Ländern aufgeschlüsselt, für 1946 folgende relative Bestände.

	Pferde	Rinder	Kühe	Schweine	Schafe
Brandenburg	68	54	54	23	21
Mecklenburg	75	59	61	25	21
Sachsen-Anhalt	91	82	79	42	52
Thüringen	84	98	93	50	62
Sachsen	84	88	72	31	56

Tab. 51: Der Viehbestand der SBZ 1946 nach Ländern (1938=100).
Quelle: Kramer (1951) S. 71

Die Viehdichte (Viehzahl je 1000) entwickelte sich dementsprechend wie folgt.

	Rindvieh		Kühe		Schweine		Schafe	
	1938	1946	1938	1946	1938	1946	1938	1946
Brandenburg	28	14	14	7	41	9	9	2
Mecklenburg	56	21	28	11	86	14	32	4
Sachsen-Anhalt	24	16	11	7	47	17	20	9
Thüringen	24	20	13	10	38	15	11	6
Sachsen	14	13	9	6	17	5	2	1
SBZ	24	16	13	8	38	11	12	4

Tab. 52: Die Viehdichte (Viehzahl je 1000) in den Ländern der SBZ 1938 u. 1946. Quelle: Kramer (1951) S. 70

Zum einen hatten Brandenburg und Mecklenburg die höchsten Viehverluste, und zum anderen hatte zumindest Mecklenburg besonders große Zuwanderungsgewinne an Heimatvertriebenen. Dies mußte die Viehdichte besonders stark sinken lassen, wie dies Tab. 52 auch zeigt. Da hier auch die weitaus größte Zahl an Neubauernwirtschaften entstand, mußte im nördlichen Teil der SBZ eine besonders prekäre Situation bei der Nutztierhaltung entstehen. Die großen relativen Bestandsreduzierungen in Brandenburg und Mecklenburg bei Pferden warfen hier ein Zugkraftproblem großen Ausmaßes auf, das besonders den Neubauern ihren Start sehr erschwerte.

6. Die ernährungswirtschaftliche Situation der SBZ

Die Versorgungskapazität eines Gebietes hängt von der Größe der zur Verfügung stehenden LN, deren Beschaffenheit (Boden-

qualität, Anteil absoluten Grünlands) und anderen natürlichen und binnenwirtschaftlichen Faktoren sowie der Anzahl der zu versorgenden Menschen ab. Durch die Zunahme der Bevölkerung bei gleichzeitiger Verringerung der LN und Verminderung der Leistungsfähigkeit der Böden, engte sich der Nahrungsraum Mitteldeutschlands nach dem Zusammenbruch erheblich ein. Die Abnahme der Viehdichte (GVE/E)¹⁴⁷⁾ führte zu einem beträchtlichen Abfall der Versorgungsleistung mit tierischen Produkten, zumal auch hier die Leistungsfähigkeit je Tier (z.B. Schlachtgewichte, Milchleistung) gesunken war. Andererseits führte die sich im verminderten Verbrauch tierischer Eiweiße und Fette ausdrückende qualitative Verschlechterung der Versorgung dazu, daß die Kalorienverluste, die durch den "Umweg über den Tiermagen" entstehen, durch den direkten Verbrauch pflanzlicher Produkte vermindert werden konnten, die quantitative Versorgung (Kalorien je E) also nicht noch schlechter wurde. Gleichwohl führten die abnehmenden Erträge und die Zuwächse der Bevölkerung dazu, daß die Stärkewerterträge je E erheblich sanken. Zudem muß beachtet werden - worauf schon hingewiesen wurde -, daß für die Versorgung der Bevölkerung nicht die gesamten Erträge der mitteldeutschen Landwirtschaft zur Verfügung standen. Aus der Erzeugung der Zone mußten die sowjetischen Truppen versorgt und Reparationsleistungen und Exporte abgeführt werden.

Die Stärkewerterträge der mitteldeutschen Ernten 1935/39 sowie 1946 und 1947 gibt Tab. 53 wieder.

	1935/39	1945	1946	1947
Ertrag insges. (1.000t)	14.446	.	8.733	6.772
v.H.	100	50-55*	60	47
Ertrag je E (kg)	781	.	472	366

* Grobschätzung für das Vierzonengebiet.

Tab. 53: Die Stärkewerterträge der Ernten 1935/39, 1946 u. 1947 in Mitteld. (1935/39=100).
Quelle: Liebe (1948) S. 30

Bei den Hauptkulturen wurden 1946 gegenüber 1935/39 folgende Mengen geerntet (Tab. 54).

Entsprechend mußten die Tagesrationen der ersten Nachkriegsjahre noch weiter gegenüber denen der Kriegszeit absinken,

	1935/39	1946	
	kg/E	kg/E	(1935/39=100)
Brotgetreide	195	107	54,9
Futtergetreide	155	91	58,7
Kartoffeln	736	495	67,3
Zuckerrüben	313	196	62,6

Tab. 54.: Die Pro-Kopf-Erntemengen der Hauptkulturen in der SBZ 1935/39 u. 1946(kg/E).
Quelle: Liebe(1948) S.31

wobei der vegetabilische Anteil, wegen der großen Bestandsverluste bei Nutzvieh, immer mehr zunahm. Der Kalorienwert der Tagesrationen für Normalverbraucher sah für die einzelnen Zuteilungsperioden wie folgt aus(Tab.55).

		v.H.	
		1936/38=100	1944/45=100
1936/38	3.000	100	179,5
1939/40	2.435	81,2	145,7
1940/41	2.445	81,5	146,3
1941/42	1.928	64,3	115,4
1942/43	2.078	69,3	124,4
1943/44	1.981	66,0	118,6
1944/45	1.671	55,7	100
1945/46	1.412	47,1	84,5
März 1946	1.100(1.200)*	36,7	65,8
Nov. 1947	1.325(1.517)	44,2	79,3
März 1948	1.336(1.552)	44,5	80,0
Dez. 1948	1.526(1.587)	50,9	91,3
Juni 1949	1.526(1.587)	50,9	91,3
Jan. 1950	2.200	73,3	131,7

* Sätze in Großstädten

Tab. 55: Der Kalorienwert der Tagesrationen für Normalverbraucher im Dt.Reich bzw. der SBZ der Zuteilungsperioden 1936/38 bis 1950.
Quellen: Bis 1945/46 Riecke(1953) S.337,
ab März 1946 Nettl(1953) S.164

Dabei muß beachtet werden, daß die Rationen gestaffelt waren. Diese Sätze waren die niedrigsten, für Schwerarbeiter waren sie wesentlich höher, für Bergarbeiter beliefen sie sich auf etwas weniger als das Dreifache. Es ist evident, daß die Hungerrationen der ersten Nachkriegsjahre, die unter dem Existenzminimum lagen, für die Ernährung nicht ausreichten. Die Zusatzbeschaffung von Lebensmitteln war eine der wichtigsten Beschäftigungen der deutschen Bevölkerung nach dem Kriege, sie erfolgte direkt beim Produzenten oder über den schwarzen Markt. Wer sich, aus welchen Gründen auch immer, keine zusätzlichen Nahrungsmittel beschaffen konnte, der befand sich allerdings in einer sehr prekären Situation, denn es kam auch vor, daß nicht einmal die angegebenen Sätze voll ausgeliefert werden konnten bzw. einzelne Bestandteile der Rationen durch minderwertigere ersetzt werden mußten. Der Drang

nach den "Quellen der Versorgung" und auch zur Selbstversorgung war eine durchaus verständliche Reaktion auf diese katastrophale Ernährungssituation.

VII Die "demokratische" Bodenreform

Die Bodenreform war keineswegs eine politische Maßnahme, die aus einer spontanen Massenbewegung der mitteldeutschen Landarbeiter, landlosen und landarmen Bauern sowie der Heimatvertriebenen gewissermaßen "erwachsen" wäre, um "den Forderungen der werktätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Grundbesitzes" (BRVO) genüge zu tun und die genannten Gruppen mit Boden auszustatten. Vielmehr war sie von langer Hand von den Sowjets und den im sowjetischen Exil befindlichen deutschen Kommunisten geplant und vorbereitet worden. Selbst der Text der Bodenreformverordnungen (BRVO) war, behauptet W. Leonhardt jedenfalls¹⁴⁸⁾, schon vorformuliert, mußte lediglich noch aus dem Russischen übersetzt werden. Die vermeintlich spontane Massenbewegung mußte erst mühsam mit großem propagandistischen Aufwand erzeugt werden, um der längst beschlossenen Enteignungs- und Umverteilungsaktion die Legitimation durch ein Schein-Plebiszit zu verschaffen. "Yet despite all these Communist efforts, the overwhelming mass of the peasantry remained impassive and suspicious. The ingrained conservatism of centuries did not yield overnight to a good propaganda campaign." "In any case, the main problem was really the reluctance of the peasants themselves. Their hesitation also reflected a well-founded modesty about their own ability to manage an independent farm."¹⁴⁹⁾ Es wäre auch erstaunlich gewesen, wenn sich nach Kriegsende plötzlich herausgestellt hätte, daß in der deutschen Landarbeiter- und Bauernschaft so etwas wie ein "revolutionäres Potential" vorhanden gewesen wäre, von dessen Nichtexistenz die Kommunisten am festesten überzeugt waren. Das "Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern" war bis dahin eine bloße Fiktion gewesen und mußte erst angestrengt herbei-

geredet und ständig deklamiert werden, bis es in der Weise einige Kontur bekam, daß Teile der Landarbeiter- und Bauernschaft sich zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereitfanden¹⁵⁰⁾. Die Durchführung der Bodenreform war in gewissem Sinne die Besiegelung dieses "Bündnisses", bei dem einigen von ihr nutznießenden Neusiedlern nicht sehr wohl gewesen sein dürfte, aber die Bedingungen der wirtschaftlichen Ausnahmesituation ließen kaum Alternativen offen.

Obwohl bei den bestehenden Machtverhältnissen die Enteignung ohne Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung hätte durchgeführt werden können, war doch für die Landübernahme und die Bewirtschaftung der Neusiedlerstellen freiwillige Zusammenarbeit seitens der Neubauernschaft unerlässlich. Gleichwohl bedeutete die Landübernahme keineswegs automatisch, daß ein Konsens mit der Ideologie und Politik der Kommunisten hergestellt war, oft war sie lediglich eine aus der schlechten Versorgungslage notgeborene Improvisation zum Zwecke der Subsistenzsicherung. Besonders für die zahlreichen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen mit landwirtschaftlichen Berufen gab es Ende 1945/Anfang 1946 überhaupt keine Alternative zur Landübernahme, wollten sie nicht für geraume Zeit unter elendsten Bedingungen dahinvegetieren. Gerade im Hinblick auf das harte Schicksal der Vertriebenen war eine Bodenreform nicht nur rechtfertigbar, sondern in der Tat sozialpolitisch notwendig. Die wirtschaftlichen Bedingungen der Regressionsphase ließen zudem keine andere Wahl, als zu einer arbeitsintensiveren Produktionsweise in der Landwirtschaft überzugehen, zumindest für die Zeit bis zur Wiederherstellung eines gesamtwirtschaftlichen Produktionsniveaus, das in etwa dem erreichten Entwicklungsstand der produktiven Kräfte entsprach. Um die vorhandenen Produktionsfaktoren maximal zur Output-Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nutzen zu können, war es allerdings nicht hinreichend, den Großbesitz zu parzellieren. Die Landaufteilung als sozialpolitische Maßnahme hatte sich nicht nur an Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit zu orientieren, sondern mußte auch in Einklang stehen mit wirtschaftlichen Erfordernissen und Er-

kenntnissen. Es kam also ganz besonders darauf an, wie die Bodenreform durchgeführt wurde und welches agrarwirtschaftliche System in ihrem Verlauf und als ihr Ergebnis entstand. Nach Möglichkeit war ein Widerspruch zwischen den ideologischen Zielen, den sozialpolitischen Intentionen und den wirtschaftlichen Auswirkungen einer Bodenreform zu vermeiden.

1. Rechtsgrundlagen

Auf der Jalta-Konferenz¹⁵¹⁾ war beschlossen worden, daß nach erfolgter bedingungsloser Kapitulation die Alliierten "bezüglich Deutschlands höchste Machtvollkommenheit haben"¹⁵²⁾. In den vier Deklarationen vom 5. Juni 1945¹⁵³⁾ wurden, "in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands", durch die Regierungen der nunmehr vier Alliierten die entsprechenden Modalitäten festgestellt. Den deutschen Verwaltungsstellen wurden keinerlei originäre Befugnisse zugestanden, wohl aber wurden solche der Alliierten an diese delegiert. Das "Kontrollverfahren in Deutschland" war so geregelt, daß die oberste Gewalt von den Oberbefehlshabern der vier Mächte "auf Anweisungen ihrer Regierungen" ausgeübt wurde, und zwar "von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten"¹⁵⁴⁾. Das Potsdamer Abkommen¹⁵⁵⁾ bestätigte diese Regelung (III.A.1)¹⁵⁶⁾. Da schon damals alles andere als Einmütigkeit über die Behandlung Gesamt-Deutschlands zu erwarten war und der in Berlin eingerichtete Kontrollrat nur einstimmig Beschlüsse fassen konnte, hieß dies nichts weiter, als daß jede Regierung in ihrer Zone nach Belieben verfahren konnte, soweit ihre Machtposition dies zuließ.

In den Abkommen, Verträgen, Deklarationen u. dgl. der Alliierten waren keine Bestimmungen enthalten, die eine grundlegende Änderung der Agrarstruktur in Deutschland vorsahen. Die vorzunehmenden Enteignungen landwirtschaftlicher Betriebe waren abgeleitete Maßnahmen, die sich aus den Festlegungen über die Behandlung von Kriegsverbrechern, Nazi-Organisationen, -Funktionären usw. ergaben. Eine durchgreifende Bodenbesitzreform hätte in jedem Falle der Zustimmung

des Kontrollrats bedurft, da es sich um einen Eingriff in das Wirtschaftsgefüge mit weitreichenden Konsequenzen für die Gesamtwirtschaft handelte.

Im Potsdamer Abkommen wurde ausdrücklich festgestellt: "Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich: ... der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Fischerei"¹⁵⁷⁾. Ein radikaler Eingriff in die Eigentumsstruktur der Landwirtschaft, so ein wichtiges Argument der Gegner einer solchen Maßnahme, könnte nachteilige Auswirkungen auf die Produktionsleistung haben und sei deshalb bei der gegebenen schwierigen Ernährungslage nicht durchführbar. Eine derartige, einseitig durchgeführte Maßnahme stand überdies nicht in Einklang mit mehreren Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. In den westlichen Zonen unterblieben dann auch tiefergehende Eingriffe, obwohl sowohl die Briten als auch die Amerikaner dem Großgrundbesitz keineswegs freundlich gesonnen waren. Erst im Frühjahr 1947, als die Bodenreform in der Ostzone längst abgeschlossen war, einigten sich die Außenminister der Alliierten auf die Durchführung einer Bodenreform, die in den Westzonen jedoch in den Ansätzen stecken blieb.

Die ganz konkreten Rechtsgrundlagen für die Durchführung der Bodenreform waren jedoch die von den einzelnen Länderregierungen erlassenen Verordnungen über die Bodenreform¹⁵⁸⁾. Diese Verordnungen hatten einen eigentümlichen Rechtsstatus. Die uneingeschränkte Machtvollkommenheit für das Gebiet der SBZ lag bei der SMAD, d.h. deren Befehle waren rechtsetzend, sie vereinigte alle drei Gewalten in sich. Sie delegierte einige Befugnisse an deutsche Verwaltungsstellen, ohne deshalb ihre Omnipotenz aufzugeben. Durch "Ermächtigungsgesetze"¹⁵⁹⁾ waren die von den Sowjets eingesetzten Länderregierungen befähigt worden, gesetzgebende Gewalt auszuüben. Natürlich konnte die SMAD die so beschlossenen Gesetze, die ihrer Zustimmung bedurften, jederzeit annullieren. Bemerkenswert dabei ist, daß es zunächst keine Länderparlamente gab, und daß deshalb die Gesetze von den Präsidenten der Länder er-

lassen wurden. So auch die erste BRVO der SBZ in Sachsen-Anhalt(vom 3.Sept.1945),die vom Präsidenten Hübner und den Vizepräsidenten Siewert,Thape,Hülse und Lohmann unterzeichnet war,und alle folgenden. Erst nachträglich wurde den VO von den später (1946) gebildeten Parlamenten die Zustimmung erteilt. Im Verlaufe der Durchführung der Bodenreform wurden eine ganze Reihe von ergänzenden Ausführungsbestimmungen u.dgl.¹⁶⁰⁾ erlassen,durch die zahlreiche Unklarheiten der BRVO ausgeräumt und bei der Ausführung auftretende Probleme gelöst werden sollten(Art.VII,§1 BRVO).

2. Rechtsprobleme¹⁶¹⁾

Hier wollen wir lediglich einige rechtliche Fragen ansprechen, die sich aus der BRVO bei deren Vollzug ergaben,nicht aber die rechtlichen Bedenken,die sich gegen die Maßnahme als solche vorbringen ließen.

Ein Problem war,daß die auf den Vorgang der Bodenreform bezogenen Befehle der SMA sich einer Terminologie bedienten, die der deutschen Rechtssprache bis dahin unbekannt gewesen waren. "In einer Reihe von Befehlen der SMAD wird ein gesetzlicher Tatbestand zitiert,den es im deutschen Recht unter der gewählten Bezeichnung nicht gibt."¹⁶²⁾

Aus der ohne Zweifel mit hohem symbolischen Gehalt versehenen Vernichtung der Grundbücher,die die Endgültigkeit der Landaufteilung dokumentieren und den Neubesitzern eine gewisse Sicherheit vermitteln sollte - Ballerstedt fühlte sich an die Verbrennung der feudalen Rechtstitel in der französischen Revolution erinnert -,ergab sich zwangsläufig auch der entschädigungslose Verlust aller dinglichen Rechte der Realgläubiger der betroffenen Gutsbesitzer. "Bezüglich der persönlichen Forderungen können sich noch schwierige, namentlich "interzonale" Rechtsfragen ergeben",meinte Ballerstedt 1947.

Die große Unklarheit,die einigen,zunächst nicht näher definierten Begriffen anhaftete(cf.II.AB zur BRVO),öffnete Willkürlichkeiten bei der Enteignung Tür und Tor,zumal keine Möglichkeit bestand,Gegenvorstellungen gegen die aufgrund

pauschaler Kriterien vorgesehene Enteignung vorzubringen. "Im deutschen Rechtsleben dürfte eine solche Eigentumsentziehung nur nach generell bestimmten Merkmalen ohne verfahrensmäßige Entscheidung im Einzelfalle bis zum Herbst 1945 ohne Beispiel gewesen sein."¹⁶³⁾ Die sog. Bodenreform trug deutliche Züge einer Agrarrevolution, wofür die grundsätzliche Verweigerung eines Resthofes¹⁶⁴⁾ ein weiteres Indiz ist.

Zu der Eigentumsübertragung selbst bemerkt Ballerstedt¹⁶⁵⁾: "In diesem Zusammenhang geht es darum, zu zeigen, daß die eigentümlich formlose und unbestimmte Gestaltung des Eigentumsübergangs, wie sie in der Bodenreform der Ostzone gewählt worden ist, nicht ohne Bedeutung für den Eigentumsinhalt selbst bleiben kann. Eigentum läßt sich nicht mit einem Federstrich begründen. Das Bodenreformgesetz sucht freilich durchaus den Eindruck zu vermeiden, als wenn das neue Bodeneigentum etwas anderes, etwa ein Recht minderen Ranges im Vgl. mit dem altbäuerlichen Besitz sei." Bei der Verleihung dieser Eigentumstitel habe es sich offenbar um keine privatrechtliche Eigentumsübertragung, sondern um eine öffentlich-rechtliche Zuweisung gehandelt. Ballerstedt weist auch darauf hin, daß der einzelne Landbewerber nicht darüber mitentscheiden konnte, wie das neue Eigentum sachlich gestaltet war. "Von einer individuellen Mitentscheidung des einzelnen Bewerbers kann offenbar nur sehr bedingt gesprochen werden. ... Die persönliche Entscheidung aber, soweit sie nicht mittelbar in der Abstimmung über den Aufteilungsvorschlag zur Geltung kam, konnte rechtlich offenbar nur wählen zwischen der Übernahme hier dieser plangemäß bestimmten Parzellen oder dem gänzlichen Verzicht auf Landerwerb überhaupt."¹⁶⁶⁾

Laut Art. II, § 5. d) unterlag "der Grundbesitz der Klöster, kirchlichen Institutionen, Kirchen und Bistümer" nicht der Enteignung. "Diese Bevorzugung des Kirchenlandes wurde begründet mit dem Hinweis auf die politisch einwandfreie Haltung der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus und auf die besondere Benutzungsart des Kirchenlandes, das niemals faschistischen oder militaristischen Zwecken gedient

habe."¹⁶⁷⁾ Außerdem habe der einzelne kirchliche Grundbesitz, d.h. der einzelnen Rechtsträger, nur in wenigen Ausnahmefällen eine Größe von 100ha oder mehr erreicht. Der kirchliche Besitz allerdings, der 100ha überstieg und in Erbpacht gegeben war, wurde mit der Begründung aufgeteilt, daß die Kirche nur noch ein formelles Obereigentum gehabt hätte. Nicht selten wurde auch anderes verpachtetes Kirchenland dem Bodenfonds zugeschlagen, u.a. auch deshalb, weil es falsch deklariert war. Die Bodenreform hatte noch weitere Konsequenzen für den Besitz bzw. die Einkünfte der Kirche. Da alle Schulden und Lasten auf dem Bodenreformland entfielen, "bedeutet die Bodenreform praktisch den Todesstoß für die Einrichtung des Patronats in der Ostzone überhaupt." "Neben dem Erlöschen der Patronatslasten führt auch der Wegfall der zahlreichen kirchlichen Realberechtigungen (laufende Geld- und Naturalleistungen), sowie das Erlöschen der kirchlichen Hypotheken, Grund- und Rentenschulden auf den von der Bodenreform betroffenen Gütern zu sehr starken Vermögenseinbußen der Kirchen."¹⁶⁸⁾ Da Rechtsmittel gegen die Bodenreformaßnahmen nicht eingelegt werden konnten, mußte die Kirche diese Eingriffe tatenlos hinnehmen. Auf diese Weise trug sie gezwungenermaßen auch materiell zur Reintegration der Heimatvertriebenen bei, denn von freiwilligen Landabgaben der Kirchen ist nichts bekannt, wobei beachtet werden muß, daß der weit überwiegende Teil des Kirchenlandes sich in bäuerlicher Nutzung befand, der ökonomische und soziale Effekt einer Landabgabe mithin äußerst gering, ja fragwürdig gewesen wäre¹⁶⁹⁾.

Ein weiteres Problem ergab sich aus der Enteignung verpachteten Landes. Petruschow¹⁷⁰⁾ meint zwar: "Pächter großer Güter, die keinen eigenen Grundbesitz oder nur einen solchen bis 100ha hatten, wurden von der Beschlagnahme nicht betroffen. Der Boden, den sie pachteten, wurde beschlagnahmt, da er einem Grundbesitzer mit 100ha und darüber gehörte, der Besitz des Pächters dagegen blieb unangetastet." Das war aber keineswegs immer der Fall, wie auch Dölling bestätigt. Oft wurde das Gut einschließlich des dem Pächter gehörenden Inventars aufgeteilt, was eindeutig gegen die BRVO verstieß und zu-

sammen mit anderen nichtrechtmäßigen Enteignungen zu Überlegungen über eine angemessene Entschädigung führte. Allerdings stellte sich die Restitution enteigneten Besitzes insofern als fast unlösbares Problem dar, weil die Neubesitzer zur Herausgabe des ihnen übergebenen Landes nicht verpflichtet waren. Ob in solchen Fällen "unrechtmäßig Enteigneter" überhaupt Entschädigungen gewährt wurden, obwohl sie, so auch Arlt, vorgesehen waren, und wenn ja, in angemessener Höhe und in welcher Form, ist nicht bekannt. Geldliche Abfindungen können unter den damals obwaltenden Umständen wohl nicht als angemessen betrachtet werden.

Radloff¹⁷¹⁾ spricht im Zusammenhang mit den unrechtmäßigen Enteignungen das Problem der längst faktisch aufgeteilten ritterschaftlichen Landgüter in Mecklenburg an, wo die Aufteilung grundbuchlich infolge der Kriegsereignisse noch nicht bestätigt war, die also noch als ein Gut geführt wurden bzw. als Eigentum der Siedlungsgesellschaft. Davon, daß derartige Aufteilungen rückgängig gemacht worden wären, ist nichts bekannt.

Bei Döring¹⁷²⁾ findet sich ein Protokoll der 3. Sitzung der Provinzialbodenkommission Sachsen-Anhalt vom 12. Juni 1947, in dem in Punkt II die Wiedergutmachung unrechtmäßiger Enteignungen unter 100ha, von denen es ca. 100 gegeben hat, angesprochen wird. Es wird herausgestellt, daß Neubauern, die rechtmäßig in den Besitz dieser Stellen gelangt sind, nicht heruntergesetzt werden dürfen. Abgestufte Entschädigungen sind entsprechend dem politischen Verhalten in der NS-Zeit vorgesehen. Wenn überhaupt, so sind Land- und begrenzte Geldentschädigungen in Aussicht gestellt worden.

Als nicht unbedenklich muß auch die pauschale, nichtspezifizierte rückwirkende Teilungsannulierung landwirtschaftlichen Besitzes zum 1. Juni 1945 (Art. III, §1 BRVO) betrachtet werden (cf. auch II. AB zu Art. III, §1 BRVO), denn sie machte auch Akte hinfällig, die keinerlei Bezug zu einer möglichen Enteignung gehabt hatten.

Dölling, der in dieser Sache wohl als unverdächtiger Zeuge gelten kann, führt selbst eine Reihe von Rechtsfragen auf,

die sich bei der Durchführung der Bodenreform ergaben. Probleme ergaben sich demnach: bei der Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch; bei der Kreditgewährung an Neubauern(Nichtbelastbarkeit); bei der Frage der Geltung von Art.VI BRVO für öffentlichen Besitz; bei der Eintragung von Altenteilen; bei der Entschädigung der Pächter, deren Inventar eingezogen worden war; bei der Neubesetzung freierwerdender Bodenreformstellen(Erbgang); bei der Enteignung und Zuweisung landwirtschaftlicher Nebenbetriebe; beim Lastenausgleich im Zuge des ländlichen Bauprogramms für Neubauern, um die Begünstigung für gut ausgestattete auszugleichen; bei den Bodenreformliegenschaften, die auf abbaufähigem Gelände lagen; bei der Arbeit der Siedlungsgesellschaften sowie bei der Gültigkeit alter Gesetze und Verordnungen.

3. Technische Durchführung

"Zur unmittelbaren Verwirklichung der Bodenreform" wurden Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Landes- bzw. Provinzialbodenkommissionen zur Durchführung der Bodenreform geschaffen (Art.IV, §§1-3 BRVO). Die Zusammensetzung einer Kommission wurde von der jeweils hierarchisch übergeordneten bestätigt. "2. In allen Gemeinden ist die Wahl der in der Verordnung Artikel IV vorgesehenen Gemeinde-Bodenkommissionen sofort in die Wege zu leiten. Die Gemeinde-Bodenkommission muß in einer allgemein öffentlichen Versammlung gewählt werden. Stimmberechtigt sind nur landlose und landarme Bauern, Landarbeiter und solche im Orte befindliche Kriegsflüchtlinge, soweit sie bisher in der Landwirtschaft berufstätig waren. Die Wahl geschieht öffentlich durch Handaufheben. Die Gemeinde-Bodenkommission soll nicht über 7 Mitglieder haben. Kein Stimmrecht in diesen Versammlungen haben Bauern mit mehr als 5ha Grundeigentum und Nichtlandwirte.

In die Bodenkommission dürfen ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen nicht gewählt werden. Der Bodenkommission steht es frei, auch fachmännische Hilfskräfte als Berater und Sachbearbeiter hinzuzuziehen. Alle Beschlüsse der Gemeinde-Bodenkommission unterliegen der Bestätigung

durch die Kreisbodenkommission.

3. Die Kreis-Bodenkommission wird vom Landrat aus den Reihen der bäuerlichen Antifaschisten berufen. Sie tagt in der Kreisstadt. Ihre Aufgabe besteht darin, den Gemeinde-Bodenkommissionen ihres Kreises tätige Hilfe zu leisten, insbesondere durch Zurverfügungstellung der notwendigen Kataster- und Vermessungsbeamten, von landwirtschaftlichen Schätzern sowie durch Schlichtung von Streitsachen."(I.AB zur BRVO, §§2,3)

Oberstes Überwachungsorgan in den Ländern(Provinzen) war die Landesbodenkommission, deren Vorsitz der 1.Vizepräsident, der fast immer der KPD angehörte, innehatte. Über die Parteizugehörigkeit und den sozialen Status der Mitglieder der Bodenkommissionen in den Ländern gibt Tab.56 Auskunft.

	Insgesamt	KPD	SPD	Bürgerl. Parteien	Partei- lose	Landw. Arb.	Klein- Pächter	Um- siedler	Sonstige
Mecklenburg	11.274	2.652	2.362	129	6.131	6.410	1.299	2.703	862
Brandenburg	9.847	2.111	1.183	87	6.466	3.712	3.487	1.458	1.190
Sachsen-Anhalt	11.508	3.445	2.579	249	5.235	4.879	4.012	939	1.678
Thüringen	9.480	1.705	1.373	309	6.093	2.330	4.499	549	2.102
Sachsen	10.183	2.562	1.667	200	5.754	2.369	5.259	703	1.852
Insgesamt(SBZ)	52.292	12.475	9.164	974	29.679	19.700	18.556	6.352	7.684
v.H.der Gesamt- zahl	100	23,9	17,5	1,9	56,8	37,7	35,5	12,1	14,7

Tab. 56 : Die parteipolitische und soziale Zusammensetzung der Bodenreformkommissionen.
Quelle: Ulbricht(1955) S.415

Dabei muß beachtet werden, daß viele den entsprechenden Parteien erst im Verlaufe der Bodenreform beigetreten waren, die Parteizugehörigkeit mithin oft aus anderen Gründen als der Kongruenz mit dem jeweiligen Parteiprogramm zustandegekommen war. Der relativ geringe Anteil der Umsiedler an der Gesamtzahl der Mitglieder blieb bei der praktischen Durchführung der Bodenreform nicht ohne nachteilige Konsequenzen für diese Gruppe.

Wenn man die Wahl der Gemeindekommissionen dem Modus nach als demokratisch passieren lassen kann, so gab es von den Kreiskommissionen aufwärts keine Mitgliederwahl mehr. Da die Zusammensetzung und alle Beschlüsse der Gemeindekommissionen durch die nichtgewählten Kreiskommissionen bestätigt werden mußten, war also schon vom Modus her der demokratische Charak-

ter der Bodenreform auf die Wahl der Mitglieder der Gemeindegemeindekommissionen beschränkt. Da die BRVO selbst nicht in einem demokratischen Verfahren zustande gekommen und auch durch kein Plebiszit legitimiert war, bleibt im Grunde nur der Verweis auf den angeblichen Volkswillen, um die Verwendung des Epithetons "demokratisch" im Zusammenhang mit der Bodenreform zu rechtfertigen.

Die Bodenreform sollte bis Ende Oktober durchgeführt sein, wobei parallel die Ernte zu bergen war.

Die Gemeindegemeindekommissionen hatten Listen der Landbewerber und des für die Enteignung vorgesehenen Landes zu erstellen sowie einen Aufteilungsvorschlag der Versammlung der landarmen und landlosen Bauern zu unterbreiten, die darüber abzustimmen hatte. Dieser Beschluß erhielt dann nach der Bestätigung durch die Kreiskommission Gesetzeskraft.

Die aus dem Bodenfonds zur Aufstockung bzw. Neusiedlung zu vergebende^d Bodenmenge durfte 5ha nicht überschreiten, konnte aber bei schlechter Bodenqualität auf 8 und bei sehr schlechter auf 10ha erhöht werden, wobei diese Aufstockungen der Genehmigung durch die Kreiskommission bedurften.

In den Bodenfonds eingebracht wurde der enteignete Grundbesitz¹⁷³⁾ "mit allen darauf befindlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen". Enteignet wurde (Art. II, §§ 2-4 BRVO) unabhängig von der Größe der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen, der Naziführer und aktiven Verfechter der Nazi- und ihrer Gliederungen sowie der führenden Personen des Hitlerstaates, darunter alle Personen, die in der Periode der Nazi-herrschaft Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstages waren (cf. II. AB zur BRVO). Desweiteren wurde "der gesamte feudal-junkerliche Boden und Großgrundbesitz über 100ha mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen" enteignet. Ein Resthof wurde, entsprechend dem Ziel der Bodenreform (Art. 1, § 1 BRVO), konsequenterweise nicht belassen. "Auch die Überlassung eines Resthofes an die Großgrundbesitzer mußte im Interesse der völligen Beseitigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht

konsequent abgelehnt werden. Ihr, wenn auch eingeschränktes Verbleiben in den bisherigen Positionen hätte sowohl die reibungslose Durchführung der Bodenreform entscheidend verzögert und die tatsächliche Erringung der Vorherrschaft der demokratischen Kräfte verhindert, als auch gleichzeitig relativ günstige Bedingungen für die Restauration der alten Machtverhältnisse geschaffen."¹⁷⁴⁾ In nicht unbeträchtlichem Umfang wurde auch staatlicher Grundbesitz in den Bodenfonds eingebracht. Ausdrücklich von der Enteignung ausgenommen wurde (Art. II, § 5 BRVO):

"a) Der Boden der landwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, der Versuchsanstalten und Lehranstalten;

b) der Boden, der den Stadtverwaltungen gehört und für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Versorgung der Stadtbevölkerung benötigt wird;

c) Gemeindeland und Grundbesitz der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Schulen;

d) der Grundbesitz der Klöster, kirchlichen Institutionen, Kirchen und Bistümer."

Gemäß diesen Bestimmungen setzte sich der Bodenfonds (1.1.1950) wie dies Tab. 57 zeigt zusammen.

Anzahl		Fläche	
		ha	v.H.
7.160	Privatbesitz über 100 ha (Junker und sonstige Großgrundbesitzer)	2.517.357	76,3
4.537	Privatbesitz unter 100 ha (Nazis und Kriegsverbrecher)	131.742	4,0
1.288	Staatsbesitz	337.507	10,2
169	Siedlungsgesellschaften und Naziinstitutionen	22.764	0,7
384	Staatswälder und Forsten	200.247	6,1
551	Sonstiger Grundbesitz	88.465	2,7
14.089	Gesamtbodenfonds	3.298.082	100,0

Tab. 57: Die Zusammensetzung des Bodenfonds nach der Herkunft der Objekte (1.1.1950). Quelle: Ulbricht (1955) S. 414

Für die einzelnen Länder ergibt sich das folgende Bild (Tab. 58 umseitig).

		Privatbesitz über 100ha unter	Siedl.Ges. Nazi-Inst.	Staats- besitz	Staatswälder u.-forsten	Sonst. Besitz	Insgesamt	
Mecklen- burg	Zahl ha	2.199 823.726	1.157 37.842	25 4.991	472 133.489	49 50.139	105 23.388	4.000 1.073.578
Branden- burg	Zahl ha	1.681 711.886	938 27.497	84 10.617	243 86.255	144 77.300	265 34.265	3.355 947.829
Sachsen- Anhalt	Zahl ha	1.849 544.117	781 28.585	21 4.963	300 77.117	86 52.046	109 12.949	3.146 719.777
Sachsen	Zahl ha	910 278.111	845 24.109	30 1.636	98 13.277	69 14.121	54 17.554	2.006 348.808
Thürin- gen	Zahl ha	521 159.517	816 13.706	9 557	175 27.369	36 6.632	18 309	1.575 208.090

Tab. 58: Die Zusammensetzung des Bodenfonds nach Ländern(1.1.1950.). Quelle: Stöckigt(1964) S.261

An Vieh wurde in den Ländern aus dem Bodenreformfonds(15.11.1946) verteilt(Tab.59):

	Arbeits- pferde	Rinder davon Kühe	Schweine	Schafe/ Ziegen	
Mecklenburg	14.932	23.506	19.033	13.733	17.470
Brandenburg	2.893	5.979	3.641	1.380	1.674
Sachsen-Anhalt	18.044	60.582	32.320	19.869	143.561
Sachsen	3.773	17.715	12.482	8.245	13.168
Thüringen	3.955	14.328	8.643	8.964	21.927
SBZ insges.	43.597	132.510	76.119	52.191	197.800

Tab. 59: Die Verteilung von Vieh aus dem Bodenreformfonds nach Ländern (15.11.1946). Quelle: Stöckigt(1964) S.267f

An landwirtschaftlichen Maschinen wurden ausgegeben(15.11.1946):

	Schlepper	Anhänge- pflüge	Dresch- maschinen	Garben- binder	Stroh- binder	Loko- mobilen
Mecklenburg	1.671	3.082	1.828	3.728	-	476
Brandenburg	631	1.316	969	1.626	622	229
Sachsen-Anhalt	2.185	2.357	1.559	2.913	1.507	365
Sachsen	825	973	709	1.088	599	70
Thüringen	695	652	476	681	299	47
SBZ insges.	6.007	8.380	5.531	10.036	3.027	1.187

Tab. 60: Die Verteilung von Maschinen aus dem Bodenreformfonds(15.11.1946). Quelle: Stöckigt(1964) S.270f

Für die in die Bodenreform einbezogenen Gebäude liegen folgende Zahlen vor(Tab.61 umseitig):

	Übergebene Gebäude			Fertige neue Gebäude		
	Wohn- gebäude	Ställe	Scheunen	Wohn- gebäude	Ställe	Scheunen
Mecklenburg	22.874	17.918	5.380	14.472	16.947	8.365
Brandenburg	7.905	8.865	3.362	15.347	12.752	7.031
Sachsen-Anhalt	11.150	17.140	5.705	11.176	13.528	5.662
Sachsen	3.862	4.432	3.075	8.471	9.363	8.920
Thüringen	2.055	2.495	1.434	5.130	6.734	6.365
SBZ insges.	47.846	50.850	18.956	54.596	59.324	36.343

Tab. 61: Die Verteilung von Gebäuden aus dem Bodenreformfonds und fertiggestellte Gebäude für Neubauern(1.1.1950). Quelle: Stöckigt(1964) S.276

Im Verlaufe der Bodenreform wurden "zum Zwecke der Hilfeleistung für die Bauernwirtschaften, die Boden durch die Bodenreform erhielten, sowie auch für andere Bauernwirtschaften, die sich an der Hilfe beteiligen wollen" Ausschüsse (Komitees) der gegenseitigen Bauernhilfe gegründet. Diese Ausschüsse übernahmen die Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen der enteigneten Betriebe zur Organisierung von Ausleihstellen landwirtschaftlicher Maschinen. Der 5-7köpfige Ausschuß wurde von der Versammlung der Bauern, die Land erhalten hatten und derjenigen, die sich an der gegenseitigen Bauernhilfe beteiligen wollten, gewählt und war dieser Versammlung rechenschaftspflichtig: die Mitglieder waren jederzeit abberufbar (VI. AB zur BRVO, II, §1). Eine Revisionskommission überprüfte ständig das Geschäftsgebahren.

Boden und Inventar aus dem Fonds wurde schuldenfrei an die Empfänger ausgegeben, die dafür eine Summe zu entrichten hatten, die dem Wert einer Jahresrente entsprach, also eine äußerst geringe Bezahlung. Die Entrichtung dieser Summe konnte ratenweise erfolgen und auch gestundet werden. Für die neugebildeten Wirtschaften wurde auch ein neues Grundbuchblatt angelegt, wobei unter der Rubrik "Verpflichtungen und Einschränkungen" zu vermerken war: "Diese Länderei kann lt. Artikel VI der 1. Verordnung über die Bodenreform vom 3.9. 1945 nicht verkauft oder verpachtet werden, sowohl im Ganzen als auch in Teilstücken." (VO über die Grundbucheintragung... Art. IV).

Bis zum 1.1.1950 erhielten folgende Personengruppen Land aus dem Fonds (Tab. 62 und 63 umseitig):

		Bodenfl. (ha)	Durch- schnitts- größe(ha)	v.H.des Bodenfonds
119.121	Landlose Bauern u.Landarbeiter	932.487	7,8	28,3
183.261	Nichtlandwirtschaftl.Arbeiter u. Angestellte	114.665	0,6	3,5
82.483	Landarme Bauern	274.848	3,3	8,3
43.231	Kleinpächter	41.661	1,0	1,2
91.155	Umsiedler	763.596	8,4	23,1
39.838	Waldzulagen an Altbauern	62.742	1,6	2,0
559.089	Individuelle Bodenempfänger	2.189.999	3,9	66,4
15.277*	Körperschaften d.öffentl.Rechts	1.010.462	66,1	30,6
	Rest(unsufgeteilt bzw.nicht ausgewiesen)	97.621		3,0
	Gesamtbodenfonds	3.298.082		100,0

* Nach dem Stand vom 1.1.1949.Die Zahl dürfte sich bis zum 1.1.1950 etwas erhöht haben,daß die Durchschnittsgröße geringfügig unter dem errechneten Wert zu liegen käme.

Tab. 62 : Die Aufteilung des Bodenreformfonds nach Eigentümerkategorien(1.1.1950).
Quelle: Stöckigt(1964) S.265f

	Bodenfl.(ha)	Durchschnitts- größe(ha)
43.231	In Eigentum überführte Pachtländereien	41.661
210.276	Neubauernstellen	1.696.083
122.321	Land- und Waldzulagen	337.590
183.261	Hauswirtschaftliche Landzuteilungen	114.665
559.089	Landzuweisungen	2.189.999

Tab. 63 : Die Art der in Individualeigentum überführten Landzuweisungen(1.1.1950).
Quelle: Stöckigt(1964) S.266

Nach Ländern aufgeschlüsselt ergibt sich das folgende Bild:

	SBZ	Mecklen- burg	Branden- burg	Sachsen- Anhalt	Sachsen	Thüringen
Landlose Bauern u. Landarbeiter	a: *119.121 b: 434.032 c: 932.487	38.286 130.131 365.352	27.665 100.338 220.276	33.383 128.805 218.209	13.742 49.280 87.289	6.045 25.478 41.361
Landarme Bauern	a: 82.483 b: 295.994 c: 274.848	10.867 36.859 41.316	20.821 73.105 77.582	20.359 78.987 71.865	17.553 59.445 50.895	12.883 47.598 33.190
Umsiedler	a: 91.155 b: 340.465 c: 763.596	38.892 133.674 365.943	24.978 94.625 208.812	16.897 69.236 114.227	7.492 30.106 51.573	2.896 12.824 23.041
Kleinpächter	a: 43.231 b: 141.633 c: 41.661	3.428 10.538 6.561	7.004 22.728 9.603	12.057 40.226 12.139	6.516 19.908 5.062	14.226 48.233 8.296
Nichtlandwirtschaftl. Arbeiter u.Angestellte	a: 183.261 b: 589.619 c: 114.665	9.842 30.193 19.437	27.251 82.900 28.409	63.319 218.285 33.116	55.772 163.015 21.142	27.077 95.226 12.561
Altbauern(Waldzulagen)	a: 39.838 b: 140.208 c: 62.742	13.204 42.288 16.814	9.579 29.943 19.254	6.374 26.039 9.731	5.091 17.955 8.168	6.590 23.983 8.775

* a=Zahl der Eigentümer; b=Zahl der Familienangehörigen; c=Zugeteilte Fläche in ha.

Tab. 64 : Die in Individualeigentum überführten Zuteilungen aus dem Bodenfond# nach Ländern.
(1.1.1950). Quelle: Stöckigt(1964) S.265f

Als Nichtindividualeigentum wurde an Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgegeben:

	Zahl d. Betriebe	Gesamtfl. (1.000ha)	v.H.des Fonds*	davon: Landw. Nutzfl.	Wald (1.000ha)
Kommunale Einrichtungen*	770	21,7	0,7	6,8	4,2
Länderbesitz**	1.849	653,5	21,5	183,2	416,3
Gemeinden	33.681	169,4	5,6	32,8	97,0
VdgB	4.122	32,6	1,0	19,8	4,9
Unaufgeteilt	-	113,3	3,7	49,0	27,0

* Stadtverwaltungen, Krankenhäuser, Schulen; ** Landwirtschaftl. u. wissenschaftl. Forschungsinstitute, Versuchs- u. Lehranstalten im Besitz der Länderregierungen.

+ Die Zahlen beziehen sich auf den Stand am 1.7.1947, Gesamtbodenfonds: 3.041.370ha

Tab. 65 : Körperschaften als Landempfänger aus dem Bodenfonds(1.7.1947).
Quelle: Reuber/Skibbe(1947) S.20

Über die Ausstattung der durch die Bodenreform geschaffenen Neusiedlerstellen geben die folgenden Tabellen Auskunft.

		Pferde	Rinder, davon:	Milchkühe	Schweine	Schafe	Ziegen	Geflügel
Mecklenburg	a:*	60.809	241.592	110.148	309.121	56.088	6.332	813.106
	b:	0,8	3,1	1,4	4,0	0,7	0,1	10,5
Brandenburg	a:	24.543	89.570	35.978	97.644	10.967	22.736	382.669
	b:	0,5	1,7	0,7	1,9	0,2	0,4	7,3
Sachsen-Anhalt	a:	34.154	104.891	43.928	155.237	63.448	20.410	380.301
	b:	0,7	2,1	0,9	3,1	1,3	0,4	7,6
Sachsen	a:	10.469	62.739	24.716	55.527	8.123	21.065	162.225
	b:	0,5	3,0	1,2	2,6	0,4	1,0	7,6
Thüringen	a:	5.581	33.184	14.150	42.608	15.222	10.505	93.142
	b:	0,6	3,7	1,6	4,8	1,7	1,2	10,4
SBZ	a:	135.556	531.976	228.920	660.137	153.848	81.048	1.831.443
	b:	0,6	2,5	1,1	3,1	0,7	0,4	8,7

* a=Gesamtviehbestand; b=Durchschnittlicher Viehbestand je Neubauernwirtschaft.

Tab. 66 : Die Viehbestände der Neubauern nach Ländern(1.1.1950). Quelle: Stöckigt(1964) S.269

	Maschinen bei Empfängern von Bodenreformland	davon bei den MAS
Schlepper	9.721	7.456
Anhängeflüge	10.245	8.080
Dreschmaschinen	24.633	6.355
Garbenbinder	13.070	8.027
Strohbinder	7.019	3.276
Kombines	499	381
Lokomobilen	1.305	954
Elektromotoren	36.350	10.649
Lastautos	793	518
Anhänger	3.034	2.068

Tab. 67 : Der Maschinenbestand bei den Empfängern von Bodenreformland(1.1.1950). Quelle: Stöckigt(1964) S.272

	SBZ	Mecklen- burg	Branden- burg	Sachsen- Anhalt	Sachsen	Thüringen
Pferdepflüge	55,0	62,5	44,9	47,0	57,8	87,4
Eiserne Eggen	42,8	40,0	35,4	37,5	56,4	84,3
Kultivatoren	7,8	6,3	3,9	9,4	15,3	16,5
Häufelpflüge	21,1	20,1	19,8	15,8	36,0	30,6
Drillmaschinen	3,2	1,2	1,4	4,6	7,1	13,2
Mähmaschinen						
für Getreide	1,5	0,9	1,0	1,7	2,3	5,3
für Grass	3,4	2,4	2,3	3,2	7,5	11,3
Pferderechen	2,6	2,3	2,2	2,2	3,8	5,9
Kartoffellege- maschinen	0,7	0,5	0,3	0,8	1,5	1,0
Kartoffelroder	2,7	1,4	1,1	2,5	8,7	10,0
Rübenheber	2,6	3,3	1,8	2,3	2,5	2,9
Häcksel-, Quetsch- u. Schnitzelmasch.	5,7	4,2	3,2	5,2	8,4	29,1
Separatoren	3,6	6,8	1,5	0,6	4,5	2,1
Wagen u. Anhänger	57,3	58,2	38,1	57,2	76,6	117,7

Tab. 68 : Der Gerätebestand bei je 100 Neubauern nach Ländern (1.1.1950).
Quelle: Stöckigt (1964) S. 275

Nimmt man die Familienangehörigen der jeweiligen Land- und Waldempfänger aus dem Bodenreformfonds hinzu, so profitierten von der Bodenreform insgesamt 1.941.951 Personen, von denen 340.465 Umsiedler auf 91.155 Stellen¹⁷⁵⁾ waren. Geht man von der durchschnittlichen Familiengröße der Landempfänger, die bei 3,47 Personen lag, und der Gesamtzahl der Neubauernstellen (210.276) aus, so konnte fast 730.000 Menschen eine neue eigenständige landwirtschaftliche Existenz, die durchschnittlich allerdings als wirtschaftlich nicht sehr tragfähig bezeichnet werden muß, verschafft werden. Demgegenüber war die vermutliche Zahl der durch die Bodenreform enteigneten privaten Besitzer (Kategorien: Privatbesitz über und unter 100 ha, sonstiger Grundbesitz) einschließlich der Familienangehörigen - dieselbe Familienstärke vorausgesetzt - mit ca. 42.500 Personen in der Tat gering.

Betrachtet man die Ausstattung der Neusiedlerstellen mit Boden, Gebäuden, lebendem und totem Inventar, so fällt die Dürftigkeit der wirtschaftlichen Ausgangsbasis dieser Betriebe ins Auge. Die durchschnittliche Ausstattung mit Land lag bei 8,1 ha. Übergeben werden konnten den Neubauern im SBZ-Maßstab zunächst nur weniger als 50.000 Wohngebäude, 50.000 Ställe und knapp 19.000 Scheunen. Das sind pro 100 Neubauernwirtschaften: 23 Wohngebäude, 24 Ställe und 9 Scheunen. Bis

1950 verbesserte sich die Gebäudeausstattung merklich, wobei beachtet werden muß, daß die Qualität und die Größe sehr gering waren. 1950 entfielen auf 100 Neubauernwirtschaften: 49 Wohngebäude, 52 Ställe und 26 Scheunen. Die Ausstattung hier wie auch mit Maschinen und Vieh war regional und lokal sehr unterschiedlich. So war der insgesamt äußerst geringe Viehbesatz in Thüringen noch am besten. Am 1.1.1950 betrug der Viehbestand der neuen Wirtschaften im Durchschnitt der SBZ 0,6 Pferde; 2,5 Rinder; 1,1 Milchkühe; 3,1 Schweine; 0,7 Schafe; 0,4 Ziegen und 8,7 Stück Geflügel. Nimmt man jedoch die Zahlen von 1946, so bietet sich ein wahrhaft klägliches Bild, denn die Bestände betrugen 1946 bei Pferden $\frac{1}{3}$, bei Rindern $\frac{1}{4}$, bei Milchkühen $\frac{1}{3}$ und bei Schweinen gar nur $\frac{1}{12}$ derjenigen von 1950. Die Ausrüstung mit Maschinen, die in den MAS stationierten mitgerechnet, war ebenfalls völlig unzureichend. Ein Grundproblem der Neubauern wird deutlich, wenn man bedenkt, daß den Empfängern von Bodenreformland nicht einmal 10.000 Traktoren (Stand 1.1.1950; 1946 waren lediglich 6.000 verteilt worden) und jedem zweiten Neubauern nur ein Pferd zur Verfügung stand.

Den überwiegend subsistenzwirtschaftlichen Charakter der Neubauernwirtschaften noch 1950 machen die folgenden Zahlen deutlich. In diesem Jahr entfielen auf je 100 Neubauern einschließlich deren Familienangehörige 18,6 Pferde; 73 Rinder; 31,3 Milchkühe; 90,5 Schweine; 21,1 Schafe; 11,1 Ziegen und 251 Stück Geflügel. Nur durch die rigorose Eintreibung der Sollquoten kam bei den meisten Wirtschaften überhaupt erst eine - erzwungene - Marktproduktion zustande, die nicht selten den Lebensstandard der Neubauernfamilie unter ein erträgliches Niveau absinken ließ.

4. Zu einigen Problemen bei der Durchführung

In Anbetracht der allgemein desolaten Zustände, der unzureichenden Vorbereitung und des forcierten Tempos konnte nicht erwartet werden, daß die Durchführung der Bodenreform problemlos und mängelfrei vonstatten ging. Besonders die geradezu überstürzte Geschwindigkeit ihrer Durchführung

mußte Probleme aufwerfen. "The entire process was to be completed by the end of October 1945 (Art. IV, §4 BRVO -AM). This emphasis on speed was for two reasons, one economic and the other political. First, the land reform had been timed to fall between the harvest and the autumn planting, and any extended period of disorder and uncertainty could adversely effect the latter and thus aggravate the food shortage. Secondly, the Communists deemed it essential to keep opponents, particularly the landlords themselves, off balance, so as to give them the least possible opportunity to organize any effective resistance or to remove large amounts of livestock and equipment to the West. A firm 100-hectare limit on estate size facilitated quick expropriation. As Ulbricht later observed, "The land reform commissions could determine which properties were to be confiscated merely by glancing at the land register".¹⁷⁶⁾

Es kam bei der Bildung der Bodenreformkommissionen, bei der Enteignung und Landvergabe, den Vermessungsarbeiten, ja bei nahezu allen Punkten der Durchführung zu Fehlern, Mängeln und Problemen. Aber auch Korruption war im Spiel. Dölling spricht einige dieser Kritikpunkte an. "Die Bodenkommissionen arbeiteten nach Maßgabe der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten. Nicht immer ging es reibungslos und friedlich zu. Fehler ließen sich sowohl bei der Bildung des Bodenfonds als auch bei der Verteilung des Bodens und des Inventars nicht immer vermeiden. Angehörige der verschiedensten Berufsgruppen entdeckten urplötzlich ihre besondere Befähigung zur landwirtschaftlichen Arbeit. Sie wurden allerdings häufig und bald davon überzeugt, daß ihr Drang nach Selbstversorgung mit den ernährungswirtschaftlichen Erfordernissen der Allgemeinheit nicht gut in Einklang zu bringen war."¹⁷⁷⁾ Manchmal hätten die Umsiedler-Neubauern kein Vieh erhalten, ihnen sei der schlechteste und am ungünstigsten gelegene Boden zugewiesen worden, und sie seien auch sonst in mancherlei Hinsicht benachteiligt worden. Zuviel Boden sei an die Gemeinden (205.500 ha) und die VdgB (fast 39.000 ha) vergeben worden. Bis Ende 1948 seien 56.000 ha Bodenreformland, aus

allerdings verschiedenen Gründen(Kriegsschäden und Gebäudemangel),noch nicht bestellt gewesen. Nicht selten sei es vorgekommen,"daß bei den Enteignungen selbst einige Irrtümer zu verzeichnen waren". Der Mangel an Vermessungsfachkräften ließ die Parzellierung des Großbesitzes zu einem Problem werden. Durch die Entnazifizierung und die Kriegsauswirkungen kam es auf dem Gebiet des Verwaltungs-,Vermessungs- und Grundbuchwesens zu Schwierigkeiten,so daß die frühere NSDAP-Mitgliedschaft allein kein Grund für eine Nichtweiterbeschäftigung in diesem Bereich war. "Bei der praktischen Durchführung der Bodenreform zeigten sich,wie bereits gesagt, manche in menschlichen Schwächen und partikularistischen Tendenzen begründete Fehler,die zum Teil selbst drei Jahre nach Erlaß der Bodenreformgesetze noch nicht völlig ausgeglichen werden konnten. So waren es z.B. Fachleute in den Selbstverwaltungen,die angeblich "im Interesse der ungestörten Erhaltung der Produktion",die Neigung zeigten,möglichst viele Güter als Saatzuchtbetriebe,Lehr-,Forschungs- und Musterwirtschaften,als Landesdomänen usw. zu erhalten; dies selbst auf die Gefahr hin,daß die Bauern,Landarbeiter und Umsiedler mit ihren berechtigten Wünschen nach Land hätten zurückstehen müssen. Hinzu kamen auch "kommunale" Schwächen. Manche Gemeinden machten,wie schon angedeutet, den Versuch,durch die Bodenreform in den Besitz möglichst umfangreicher Liegenschaften zu kommen.

Nicht immer brachten die Bodenkommissionen für Flüchtlinge und Umsiedler bei der Landverteilung das erforderliche Verständnis auf. Nicht nur Altbauern,sondern auch Neusiedler und selbst Mitglieder der Bodenkommissionen ließen in Bezug auf objektive Behandlung der "Ortsfremden" oft zu wünschen übrig."¹⁷⁸⁾

Daß die erwähnten Willkürlichkeiten bei der Enteignung nicht nur vereinzelt vorkamen,dafür spricht der Runderlaß vom 12.2.1946(bei Döring(1953) S.349). In Fällen,in denen die Besitzverhältnisse nicht völlig klar waren,wurde oft recht willkürlich verfahren. So kam es vor,daß Wirtschaften mit über 100ha Land,zumindest eine gewisse Zeitlang,weiter-

bestehen konnten, während kleinere enteignet wurden, und zwar unter Berufung auf die 100-ha-Grenze. Auf die Probleme, die sich aus sich überschneidenden Rechten, z.B. Reallasten, ergaben, konnte oder wollte man keine Rücksicht nehmen, ebensowenig wurden die Fragen, die mit den Pachtverhältnissen zusammenhingen, gründlich und gerecht behandelt.

Die Behandlung der Enteigneten war sehr hart und wies nicht selten äußerst brutale Züge auf. Die vormaligen Besitzer wurden entweder verhaftet und verschleppt, was nicht selten einem Todesurteil gleichkam, mit ihren Angehörigen in Lagern - eines der berüchtigtsten war auf Rügen - interniert oder des Ortes und Kreises verwiesen. Besitz in nennenswertem Umfang durften sie nicht mitnehmen. Restgüter wurden ihnen, wie gesagt, nicht belassen, Entschädigungen nicht gezahlt. Sofern sie überlebten, flohen die meisten der Enteigneten in die Westzonen.

5. Zur Lage und Gemeinwirtschaft der Neubauern

Die wirtschaftliche Lage der mitteldeutschen Landwirtschaft nach Kriegsende war, wie das vorgestellte Material belegt, außerordentlich schwierig. Schränkte diese die Produktionsmöglichkeiten der Altbauern schon erheblich ein, so mußten die der Neubauern, und bei diesen vor allem der heimatvertriebenen, ganz besonders ungünstig sein. Der Mangel an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, an Inventar, Geräten und Maschinen, an Vieh, maschineller und tierischer Zugkraft sowie an Saatgut und Dünger warf kaum lösbare betriebswirtschaftliche Probleme auf. Weiter verschärft wurde diese desolate wirtschaftliche Lage dadurch, daß zahlreichen Neubauern die Kompetenz zur selbständigen Wirtschaftsführung abging sowie durch die in Bezug auf die betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten zu hohen Sollquoten.

"Even in more fortunate areas, however, many peasants soon found they were unable to survive on their little plots. Lack of proper shelter and equipment was in some degree a problem everywhere. In January 1946, for example, it was reported that seventy per cent of new peasants in Saxony-

Anhalt(a comparatively untroubled area) would require complete outfitting with tools and livestock before they could begin farming. Moreover,the equipment available was not usable on a small farm,since much of it was horse-drawn and relatively few peasants had received - or could have supported - horses or oxen. Finally,as a "leading agricultural authority in the Soviet zone" confided to U.S. farm expert Philip Raup,"two thirds or more of the new settlers were incompetent to operate a farm at the time of their selection".Confusion and inequities in the production quota system created further hardships."¹⁷⁹⁾

Viele Neusiedler verließen resignierend ihre Stellen. Anfang 1946 nahm diese Flucht ein so großes Ausmaß an,daß geringere Quoten und Steuern zugebilligt und günstigere Kredite eingeräumt wurden sowie versucht wurde,Saatgut,Dünger, Geräte u.dgl.,soweit überhaupt möglich,zur Verfügung zu stellen.

Besonders in den "reinen oder überwiegenden Neubauern-dörfern"¹⁸⁰⁾ warf der Mangel an Zugkraft¹⁸¹⁾ größte betriebswirtschaftliche Probleme auf.

Bevor die staatlichen Hilfsmaßnahmen wirken konnten oder überhaupt erst anliefen,so der Viehausgleich und das Neubauernbauprogramm,mußten die Neubauern auf diese großen wirtschaftlichen Herausforderungen in irgendeiner Weise reagieren. Sie taten dies sehr oft in Form der sog. Gemeinwirtschaft oder Gemeinschaftswirtschaft,indem sie die aufzuteilenden Güter eine gewisse Zeit gemeinsam weiter bewirtschafteten. "Nur in seltenen Fällen haben die Neubauern schon im Herbst 1945 mit der selbständigen Bewirtschaftung des eigenen Bodens begonnen. Nach Schätzungen der Landeskommission für Bodenreform(in Mecklenburg -AM) trifft dies auf höchstens zehn Prozent aller Neubauern zu."¹⁸²⁾ Mecklenburg habe dabei keineswegs eine Sonderstellung eingenommen. "Nichts berechtigt zu der Annahme,die sog. neubäuerliche Gemeinwirtschaft sei ein ephimeres Problem gewesen."¹⁸³⁾ Kuntsche,der sich ausführlich und kompetent mit dem interessanten Phänomen der Gemeinwirtschaft beschäftigt hat,unterscheidet zwei Typen.

Einmal die Fortführung des Gutsbetriebes durch einen Treuhänder und zum anderen eine vom Willen der Neubauern getragene gemeinsame Wirtschaftsführung, wobei ein Bauernkomitee bzw. der Ortsausschuß der gegenseitigen Bauernhilfe die Leitung übernommen habe. Für die Verzögerung der betriebsstrukturellen Umstellung, deren Ausdruck die Gemeinwirtschaft war, gibt Kuntsche sowohl wirtschaftliche als auch agrarpolitische sowie psychologische Ursachen an: 1. Betriebswirtschaftliche und aus der Naturabhängigkeit der Landwirtschaft sich ergebende Gründe (u.a. die "Verschlingung des Prozesses der Landaufteilung mit der Herbstbestellung"); 2. Inventar-, Gebäude- und Zugkraftmangel; 3. Mängel des politischen Bewußtseins; 4. Gegenreformerische Tendenzen bei ehemaligen Besitzern und Verwaltern, die oft als Treuhänder eingesetzt waren; 5. Opportunistische bzw. sektiererisch-dogmatische Auffassungen über den Großbetrieb, die zum Versuch führten, gleich einen sozialistischen Genossenschaftsbetrieb zu schaffen. 6. Die Unentschlossenheit vieler Neubauern, die Aufteilung faktisch zu vollziehen, weil sie entweder Angst vor der Kollektivierung oder der Rückkehr der Gutsbesitzer gehabt, bzw. auf baldige Rückkehr in die Heimat gehofft hätten. Außerdem sei die Größe der Neubauernbetriebe umstritten gewesen und die Fortführung des Großbetriebs als sinnvoll erachtet worden. Überdies ließen die materiellen Schwierigkeiten, wie gesagt, viele Neubauern sehr bald resignieren.

Daß diese Form der Wirtschaftsführung ein "Hemmnis für die Konsolidierung der Bodenreform" darstellte und die gesamte Agrarumwälzung tendenziell gefährdete, wie Kuntsche feststellt, ist offenkundig. Sie habe auch gedroht, die Arbeitsinitiative der Neubauern zu ersticken. Gleichwohl ließen die wirtschaftlichen Gegebenheiten zunächst keine Alternative offen. Die Beseitigung der Gemeinwirtschaft setzte die wirtschaftliche Festigung der Neusiedlerstellen voraus, worauf dann auch die staatlichen Förderungsmaßnahmen abstellten. Da aber das agrarpolitische Ziel die Kollektivierung der mitteldeutschen Landwirtschaft war, mußte unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Zerstückelung der Großbetriebe und die Schaffung

kaum lebensfähiger Kleinbauernstellen als kostspieliger und durchaus vermeidbarer Umweg erscheinen, zumal die arbeitsintensivere Produktion nicht zu der erhofften Output-Steigerung geführt hatte.

VIII Die Betriebsgrößenverteilung

1. Die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1939

Genaue Zahlen über die Betriebsgrößenverteilung liegen für das Jahr 1939 vor (Betriebszählung 1939). Man kann davon ausgehen, daß es während des Krieges zu nur unbedeutenden Besitzübertragungen kam, da diese seit 1937¹⁸⁴⁾ nicht nur für Erbhöfe, sondern für alle landwirtschaftlichen Betriebe genehmigungspflichtig waren.

Betriebsgröße nach Nutzfläche	Deutsches Reich insgesamt (Gebiet 1937)	davon							
		Ostdeutschl. (Soll. O./N.)		Mittel- deutschland (Sowjetzone)		Berlin		West- deutschland	
		1000	1000	vH 1)	1000	vH 1)	1000	vH 1)	1000
a) Anzahl der Betriebe									
unter 0,5 ha	78,9	30,0	12,7	16,4	20,8	0,2	0,2	52,3	66,3
Anteil in vH	2,5	1,0	—	2,0	—	7,7	—	2,6	—
0,5 bis unter 5,0 ha	1'31,7	217,9	12,6	319,0	18,4	1,8	0,1	1193,0	66,9
Anteil in vH	54,9	41,8	—	54,2	—	60,2	—	58,4	—
5,0 bis unter 10,0 ha	627,8	119,9	19,1	94,1	15,0	0,3	0,0	413,5	65,9
Anteil in vH	19,9	23,0	—	16,0	—	11,5	—	30,2	—
10,0 bis unter 20,0 ha	456,8	107,3	23,5	95,4	20,9	0,2	0,0	253,9	55,6
Anteil in vH	14,5	30,6	—	16,2	—	7,7	—	12,4	—
20,0 bis unter 50,0 ha	212,2	48,8	23,0	48,7	23,0	0,1	0,0	114,6	54,0
Anteil in vH	6,7	9,4	—	8,3	—	8,9	—	6,0	—
50,0 bis unter 100,0 ha	80,9	9,3	30,1	9,1	26,2	—	—	13,5	43,7
Anteil in vH	1,0	1,8	—	1,4	—	—	—	0,6	—
über 100,0 ha	17,7	7,9	44,6	6,3	35,6	—	—	8,5	19,8
Anteil in vH	0,5	1,5	—	1,1	—	—	—	0,2	—
Insgesamt	3156,0	521,1	16,5	589,0	18,6	2,8	0,1	2044,3	64,8
Anteil in vH	100,0	100,0	—	100,0	—	100,0	—	100,0	—
b) Landwirtschaftliche Nutzfläche (ha) nach der Betriebsgröße									
unter 0,5 ha	25,0	8,6	14,4	5,4	21,7	—	—	16,0	64,0
Anteil in vH	0,1	0,1	—	0,1	—	—	—	0,1	—
0,5 bis unter 5,0 ha	3617,3	466,0	12,9	576,0	15,9	2,9	0,1	2572,4	71,1
Anteil in vH	13,2	6,6	—	9,0	—	10,5	—	18,5	—
5,0 bis unter 10,0 ha	4475,3	874,9	19,6	679,7	15,2	1,8	0,0	2918,9	65,2
Anteil in vH	16,4	12,5	—	10,6	—	12,1	—	21,1	—
10,0 bis unter 20,0 ha	6365,6	1498,1	23,5	1354,5	21,3	3,2	0,1	3310,0	55,1
Anteil in vH	23,3	21,3	—	21,2	—	21,5	—	25,3	—
20,0 bis unter 50,0 ha	6178,3	1425,8	23,1	1436,1	23,2	2,8	0,1	3313,6	53,6
Anteil in vH	22,6	30,3	—	22,5	—	16,7	—	33,9	—
50,0 bis unter 100,0 ha	2039,3	628,6	30,8	534,7	26,2	1,3	0,1	874,7	42,9
Anteil in vH	7,5	9,9	—	6,4	—	6,7	—	6,3	—
über 100,0 ha	4607,2	2127,6	46,2	1805,1	39,2	2,9	0,0	671,6	14,6
Anteil in vH	16,9	30,3	—	29,2	—	10,5	—	4,8	—
Insgesamt	2'308,2	7024,6	25,7	6391,5	23,4	14,9	0,1	13877,2	50,8
Anteil in vH	100,0	100,0	—	100,0	—	100,0	—	100,0	—
<i>Anmerkungen:</i> 1) In vH des Altreichs (Gebiet 1937). — Quelle: Entnommen bzw. errechnet aus: „Statistik des Deutschen Reichs“, Band 560 (Landwirtschaftliche Betriebsbezugs 1939).									

Anmerkungen: 1) In vH des Altreichs (Gebiet 1937). — Quelle: Entnommen bzw. errechnet aus: „Statistik des Deutschen Reichs“, Band 560 (Landwirtschaftliche Betriebszählung 1939).

Tab.69: Die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1939. Aus: Gleitze(1956) S.158

Bemerkenswert an den obigen Zahlen ist die Tatsache, daß 1939 auf dem Gebiet der späteren SBZ auf die Betriebe mit 100ha LN

und mehr, die einen Anteil an der Gesamtzahl von nur etwas über einem Prozent hatten, ca. 28% der LN entfielen. Legt man die Betriebsfläche zugrunde, wird der Anteil noch größer (29,7%). Im Vergleich dazu entfielen auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik auf die Betriebe mit mehr als 100ha LN, die nur 0,2% der Gesamtzahl ausmachten, lediglich 4,8% der LN, wohingegen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die Betriebe über 100ha 1,5% der Gesamtzahl, aber 30,3% der LN stellten. Allein aus diesen Zahlen wird deutlich, daß eine auf drastische Betriebsverkleinerung zielende Bodenbesitzreform in der SBZ viel weiterreichende Auswirkungen auf die Agrarstruktur haben mußte als in den westlichen Zonen.

Die Struktur in der SBZ wiederum war alles andere als homogen. Der Anteil der Großbetriebe nahm von Norden nach Süden ab.

Die Anteile der Länder an der Gesamtzahl der Betriebe der einzelnen Größenklassen und deren Anteil an der LN gibt Tab. 70 wieder.

Betriebsgröße(ha)	SBZ	Mecklenburg	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe						
0,5- 5	55,9	42,6	51,9	55,8	52,0	67,6
5- 20	33,1	36,6	33,9	31,4	38,7	28,3
20- 50	8,5	14,8	11,1	9,6	7,8	3,4
50-100	1,4	2,8	1,9	2,0	0,8	0,4
über 100	1,1	3,2	1,2	1,2	0,7	0,3
Anteil der Betriebe an der LN						
0,5- 5	9,0	3,8	7,7	7,4	11,4	20,8
5- 20	31,8	19,4	28,0	21,4	45,9	48,4
20- 50	22,5	20,2	25,1	25,0	24,0	16,1
50-100	8,4	8,2	9,5	11,2	5,8	4,7
über 100	28,3	48,4	29,7	27,0	12,9	10,0

Tab. 70 : Die Betriebsgrößenverteilung in den Ländern der SBZ 1939.
Quelle: Kramer et al.(1957) S.11

Die vorstehende Tabelle stellt die regionalen Unterschiede in der Betriebsgrößenverteilung klar heraus. So entfiel nahezu die Hälfte der gesamten LN in Mecklenburg auf Betriebe mit mehr als 100ha, wohingegen im "Bauernland" Thüringen deren Anteil mit 10% am geringsten war. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt war der Anteil der Großbetriebe an der Gesamt-

betriebszahl gleich(1,2%),bei der LN lag er jeweils knapp unter 30%. Weiter muß beachtet werden,daß in Brandenburg und Mecklenburg der Umfang dieser Großbetriebe um etwa 20-30% größer als in Sachsen-Anhalt und annähernd doppelt so groß wie in Sachsen und Thüringen war,wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist.

	0,5-5ha	5-20ha	20-50ha	50-100ha	über 100ha
Mecklenburg	2,0	12,0	30,8	65	343
Brandenburg	1,9	10,8	29,7	66	319
Sachsen-Anhalt	1,5	10,8	30,2	66	262
Sachsen	2,0	10,7	27,5	68	176
Thüringen	1,8	9,9	27,9	68	186

Tab. 71: Die durchschnittlichen Betriebsgrößen in den Ländern der SEZ 1939(in ha). Quelle: Kramer et al.(1957) S.11

Es wird deutlich,daß die Abwifechungen der Durchschnittsgröße bei den bäuerlichen und großbäuerlichen Betrieben(unter 100ha) sehr gering sind,bei denen über 100ha,wie erwähnt, aber beträchtlich. Die in den vorstehenden Tabellen gemachten Angaben lassen keinen Zweifel darüber zu,daß in den Ländern Mecklenburg und Brandenburg das größte absolute und relative Siedlungspotential nach Kriegsende zu finden war,eine Bodenbesitzreform hier deshalb auch zu den größten Veränderungen der Betriebsgrößenverteilung führen mußte. Daß dem so war, belegen die folgenden Zahlen,die über die Verteilung des Bodenfonds,d.h. des enteigneten und neuverteilten Landes, Auskunft geben.

2. Die Wirkung der Bodenreform auf die Betriebsgrößenverteilung

Die Schwere der Eingriffe und der Umfang der bewegten Bodenmasse zeigen ein deutliches Nord-Süd-Gefälle(Tab.72 umseitig). Der Anteil der Bodenreformländereien an der Nutzfläche betrug in Mecklenburg über 50,in Thüringen lediglich 15%.

	SBZ	Mecklen- burg	Branden- burg	Sachsen- Anhalt	Sachsen	Thüringen
Enteignete Betriebe	14.089	4.007	3.355	3.146	2.006	1.575
v.H.der Gesamtzahl	100	28,5	23,8	22,3	14,2	11,2
Durchschnitts- größe(ha)	234	268	282	229	174	132
Fläche (1.000ha)	3.298	1.073	948	720	349	208
v.H.des Ge- samtfonds	100	32,6	28,7	21,8	10,6	6,3
Gesamtfläche (1.000ha)	10.718	2.319	2.694	2.460	1.703	1.542
Nutzfläche (1.000ha)	9.290	1.984	2.288	2.170	1.471	1.377
Bodenfonds in v.H.der Ge- samtfläche	31	46	35	29	20	14
v.H. der Nutz- fläche	35	54	41	33	24	15

Tab. 72 : Die Verteilung des Bodenfonds und seine Anteile an der Gesamt- u.Nutzfläche in den Ländern der SBZ(Stand 1.1.1950). Quelle: Stöckigt(1964) S.261f

Wie einschneidend der Strukturwandel in Mecklenburg war, zeigt die folgende Tabelle.

	Anzahl d.Betriebe		v.H.d.Gesamtzahl		LN(in ha)		v.H.d.Gesamt-LN	
	1939*	1946	1939*	1946	1939*	1946	1939*	1946
0,5- 1	5.175	6.741	11,1	4,92	3.499	4.924	0,3	0,3
1- 2	6.400	8.721	13,8	6,36	8.907	12.931	0,8	0,87
2- 5	8.473	14.059	18,2	10,25	25.982	48.090	2,5	3,24
5- 10	5.863	68.072	12,7	49,64	40.669	518.240	4,0	34,88
10- 20	9.282	26.622	20,0	19,41	128.887	342.879	12,6	23,08
20- 50	7.883	10.685	17,0	7,79	228.059	328.005	22,2	22,08
50-100	1.719	1.889	3,7	1,38	96.084	118.295	9,4	7,96
100-200	351	131	0,8	0,10	41.159	16.993	4,0	1,14
über 200	1.185	202	2,7	0,15	453.306	95.328	44,2	6,42
Insgesamt	46.331	137.122	100,0	100,0	1.026.552	1.485.686	100,0	100,0

* Die Zahlen für 1939 beziehen sich auf den Gebietsstand des Landes Mecklenburg.

Tab. 73 : Die Betriebsgrößenverteilung in Mecklenburg-Vorpommern 1939 und 1946. Quelle: Dokumente zur Bauernbefreiung,Hg.Kuntsche(1976) S.76

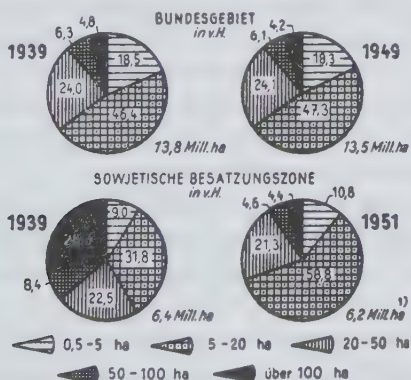
Wenn auch in dieser Tabelle die absoluten Zahlen nur bedingt vergleichbar sind - der Gebietsumfang 1946 war offensichtlich größer,so machen die Relativzahlen doch die Art des Strukturwandels deutlich. Die Gesamtzahl der Betriebe hat sich mehr als verdoppelt,wobei die größten Zunahmen in den Größenklassen zwischen 2 und 20ha lagen. Aber auch bei den Betrieben unter 2 und über 20 bis 100ha war die Gesamtzahl, wenn auch nur geringfügig,gewachsen. Die Zahl der Betriebe über 100ha ist drastisch reduziert worden,sie waren die

Hauptbodenlieferanten. Der Anteil an der Gesamtzahl aller Betriebe ist bei der Größenklasse 5-10ha auf das Vierfache gestiegen, der Anteil aller anderen ist z.T. ganz erheblich gesunken. Die genannte Größenklasse konnte ihren Anteil an der Gesamt-LN sogar mehr als verachtfachen. Fast verdoppelt hat sich auch der LN-Anteil der Betriebe zwischen 10 und 20 ha. Wie nicht anders zu erwarten, ist der LN-Anteil der Betriebe über 100ha drastisch gesunken, um fast 3/4 bei der Klasse zwischen 100 und 200ha und auf 1/7 bei der über 200 ha.

Die Akzente des Strukturwandels lagen in den anderen Ländern, je nach der vorgefundenen Struktur, in Einzelheiten zwar z.T. erheblich abweichend, doch insgesamt ähnlich. Die Entwicklung der Besitzverhältnisse für die gesamte SBZ gibt Tab.74 wieder.

Betriebs- größe(ha)	Zahl d. Betriebe (1.000)			v.H.d. Gesamtzahl			Landw. Nutzfläche (1.000ha)			v.H.d. Landw. Nutzfläche		
	1939	1946	1951	1939	1946	1951	1939	1946	1951	1939	1946	1951
0,5-1	118,3	137,4	171,8	20,7	18,4	21,8	82,1	95,2	126,0	1,3	1,6	2,0
1-5	202,1	194,6	197,5	35,3	26,1	25,1	495,8	491,9	543,5	7,8	8,1	8,8
5-10	94,1	235,3	250,3	16,4	31,6	31,7	679,1	1.677,5	1.949,3	10,6	27,6	31,4
10-20	95,3	118,4	120,1	16,6	15,9	15,2	1.352,0	1.564,5	1.697,4	21,1	25,8	27,4
20-50	48,7	50,9	43,4	8,5	6,8	5,5	1.436,6	1.460,5	1.324,4	22,5	24,0	21,4
50-100	8,1	7,6	4,5	1,4	1,0	0,6	538,1	469,2	283,7	8,4	7,7	4,6
über 100	6,3	1,2	0,9	1,1	0,2	0,1	1.812,3	312,7	275,1	28,3	5,2	4,4
insgesamt	572,9	745,4	788,5	100,0	100,0	100,0	6.396,0	6.071,5	6.199,4	100	100	100

Tab. 74 : Die Betriebsgrößenverteilung der land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe in Mitteld. 1939, 1946 u. 1951. Quelle: Ulbricht(1955) S.416



¹⁾ Einschl. 7200 ha = 0,1 v.H. nicht aufgeteilter Flächen
DIW 57
Schaub. 4: Die landwirtschaftliche Betriebsstruktur in der SBZ u. Westd. 1939 u. 1951. Aus: Liebe(1958) S.244

Will man sich "ein Bild" von dem Ausmaß dieses Strukturwandels machen, so ist das auf der vorhergehenden Seite befindliche Schaub. 4 sehr hilfreich, und hierbei besonders auch der Vergleich mit der Konstanz der Größenklassenanteile im Bundesgebiet.

IX Agraradministration und Planung

1. Verwaltungsaufbau

Die sowjetische Besatzungsmacht übte in der SBZ die "Oberste Gewalt" aus. Dementsprechend waren auch auf dem Gebiet der Landwirtschaftsverwaltung die zuständigen Stellen der SMA die allein maßgebenden Organe. Die deutschen Verwaltungsstellen hatten ausführende und beratende Funktionen. "The actual operations were carried out by the Germans themselves; the Soviet agencies controlled and supervised the execution of policy."¹⁸⁵⁾ Das agrarpolitische Ziel, das die Sowjets in ihrer Zone von Beginn an verfolgt hätten, sei, so Nevsky, "the establishment of socialism in the countryside, i.e., the collectivization of the means of agricultural production" gewesen. "The Politburo had set the following tasks in the field of East German agriculture: (1) the socialization of German agriculture; (2) fulfillment of the reparations plan in agricultural products; and (3) utilization of German agromomic experience for the Soviet Union."¹⁸⁶⁾ 1945/46 habe Punkt 2 im Vordergrund gestanden (cf. D V), dann der Punkt 3 und schließlich sei das Hauptgewicht auf die Erfüllung der zuerst genannten Aufgabe gelegt worden.

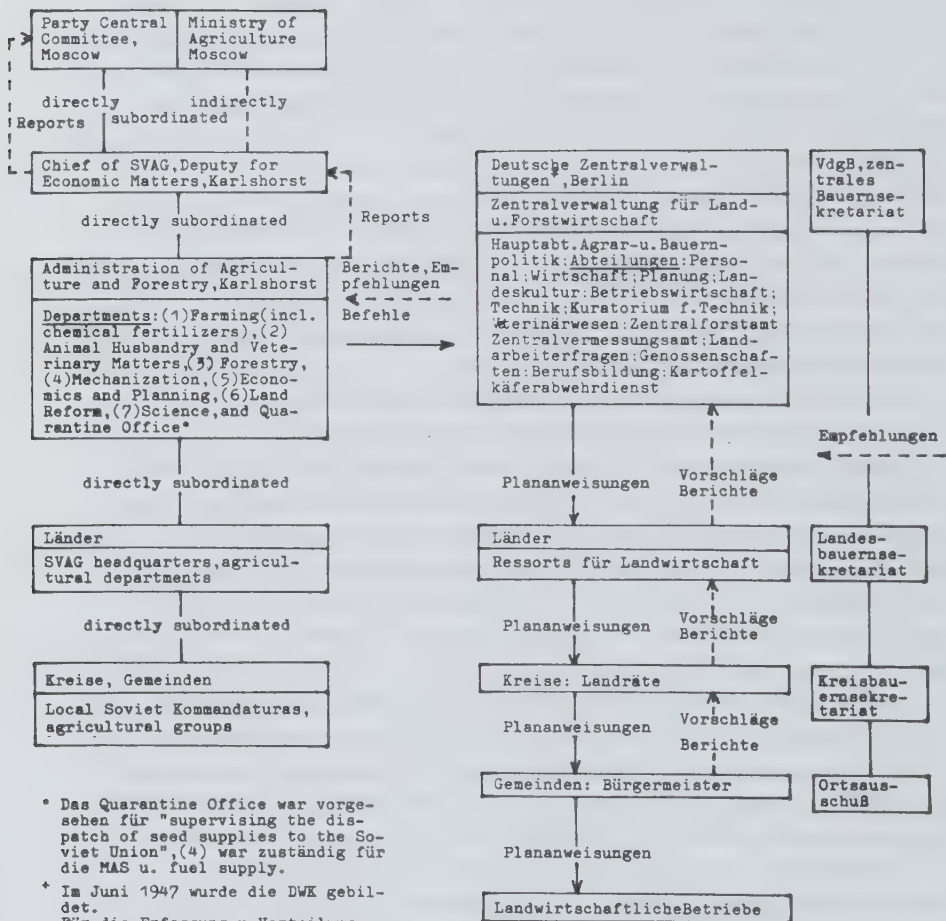
Die sowjetische Agraradministration war, nach Nevsky, wie folgt organisiert. An der Spitze stand, als Teil der SMAD in Karlshorst, die Verwaltung für Landwirtschaft und Forsten. Sie war dem Chef der SMAD und dessen Stellvertreter für wirtschaftliche Angelegenheiten direkt untergeordnet und lieferte diesen monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und Jahresberichte. Die Jahresberichte wurden vom Chef der SMAD an das Zentralkomitee der KPdSU, dem er direkt unter-

stellt war, weitergeleitet. Von dort erhielt dieser die grundlegenden Instruktionen. Die Administration war dem Landwirtschaftsministerium in Moskau "indirectly subordinated", was wohl bedeutet, daß die Kompetenzen nicht klar gegeneinander abgegrenzt waren, wie auch bei Slusser(1953) geschilderte Vorgänge belegen. Die sowjetische Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft hatte sieben Abteilungen und ein ebenfalls selbständiges Quarantänebüro(cf.Schaub.5). Auf Länderebene setzte sich die Verwaltung in die Landwirtschaftsabteilungen der SMA-Hauptquartiere fort. Ihre Verlängerung auf der Kreis- bzw. Ortsebene stellten die Landwirtschaftsgruppen der lokalen sowjetischen Kommandaturen dar.

Parallel zur sowjetischen Agraradministration war die deutsche aufgebaut. An der Spitze stand die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft(DVLF) mit ihrem Präsidenten Edwin Hoernle. Sie gliederte sich in Hauptabteilungen und 13 Abteilungen sowie den Kartoffelkäferabwehrdienst. Auf Länderebene stand sie mit den zuständigen Ministerien bzw. Ministerialdirektoren in Verbindung. Sie setzte sich über die Landräte und Bürgermeister auf die Kreis- und Gemeindeebene fort.

Die ab Ende 1946 ebenfalls zentralistisch durchorganisierte VdgB hatte auch wichtige politische und verwaltungsmäßige Funktionen, so bei der Anbauplanung, der Festlegung des Anbau- und Ablieferungssolls und deren Aufschlüsselung. Ihre Gliederung entsprach mit den Organen Zentrales Bauernsekretariat als Zentrale in Berlin, den Landesbauern- und Kreisbauernsekretariaten auf Länder- und Kreisebene sowie den Ortsausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe auf Gemeindeebene genau der der Landwirtschaftsverwaltung. Die Bauernsekretariate auf den verschiedenen Ebenen sollten dabei als "Verbundstellen der bäuerlichen Selbstverwaltung zu den Behörden" fungieren.

Neben diesen Einrichtungen war die mit der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betraute Deutsche Verwaltung für Handel und Versorgung(DVHV), insbesondere deren Abteilungen: Erfassung und Beschaffung von landwirtschaftlichen



* Das Quarantine Office war vorgesehen für "supervising the dispatch of seed supplies to the Soviet Union", (4) war zuständig für die MAS u. fuel supply.

+ Im Juni 1947 wurde die DWK gebildet. Für die Erfassung u. Verteilung landw. Erzeugnisse war die DVHV zuständig.

Die Hauptabt. Agrar- u. Bauernpolitik arbeitete, gemäß ihrem Leiter Dölling, "initiativ u. lenkend" an der Bodenreform mit. Präsident der DVLF war Edwin Hoernle (KPD/SED).

Schaub. 5: Zur Struktur der Agraradministration in der SBZ nach 1945. Nach: Nevelsky (1953) u. EA Dez. 1947 S. 1017ff

Gütern, Verteilung und Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Kontrolle der Erfassung und Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern für die mitteldeutsche Landwirtschaft von großer Wichtigkeit. Für ihre Erfassungstätigkeit bediente

sie sich hauptsächlich der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die auf diese Weise fest in die neue Agraradministration eingebunden waren.

Wenn auch nicht in demselben Ausmaß wie für andere Wirtschaftszweige (vor allem die Industrie und den Bergbau), spielte die "Arbeitsdiktatur der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (DVAS)"¹⁸⁷⁾ mit den Instrumenten Registrierungspflicht für alle Arbeitsfähigen und Zwangsverpflichtungen auch in der Landwirtschaft, so z.B. während der Erntekampagne 1945, eine wichtige Rolle.

Die Sowjets konnten es sich in Anbetracht ihrer formalen und realen Machtvollkommenheit anfänglich leisten, bei der personellen Besetzung der deutschen Verwaltungen, besonders der Zentralverwaltungen, äußerst großzügig nach dem Prinzip fachlicher Leistungsfähigkeit zu verfahren. "Ihnen lag damals der Aufbau einer arbeitsfähigen Verwaltung mehr am Herzen als eine Kontrolle der politischen Linientreue." (Nettl) Selbst relativ prominente Nazis¹⁸⁸⁾ wurden weiterbeschäftigt, in solchen Fällen erfolgte als Eintrag in die Personalunterlagen: "Politisch untragbar, aber auf russische Anweisung unersetzbar als Fachkraft."¹⁸⁹⁾ "Man trat an alle Verwaltungsfachleute und Wirtschaftler in Berlin und in der Zone heran, soweit sie als politisch unbelastet galten. Wenn nicht besondere Verdachtsmomente oder Beweise vorlagen, wurde von einer politischen Überprüfung der Betroffenen überhaupt abgesehen. War jemand während der nationalsozialistischen Zeit verhaftet oder im Konzentrationslager gewesen und jetzt Mitglied der OdF oder der VVN, so kam er automatisch infrage."¹⁹⁰⁾ "Die meisten Angestellten (der Zentralverwaltungen -AM) gehörten, wenn auch wohl nur formal, der Sozialdemokratie oder den bürgerlichen Parteien an. Die Kommunisten waren deutlich in der Minderzahl. Dieses System der Stellenbesetzungen - nach fachlicher Eignung¹⁹¹⁾ bei möglichst offensichtlicher politischer Gefügigkeit, Uninteressiertheit oder Harmlosigkeit - hatte einen durchschlagenden Erfolg. Als die Deutschen merkten, daß nicht politische, sondern fachliche Gesichtspunkte maßgebend waren, bewarben sie sich in großer Zahl. Bereits

im Oktober 1945 konnten sich die Russen rühmen, eine vollständige und arbeitsfähige Verwaltung für die Zone geschaffen zu haben."¹⁹²⁾ Gleichwohl versäumten es die Kommunisten auch hier nicht, wichtige Stellen mit ihren Leuten zu besetzen, wie sie dies besonders augenfällig in den Länderregierungen mit den Innenressorts getan hatten.

2. Planung und Erfassung

Auf Vorschlag der Gemeinden, Kreise und Länder erarbeitete die DVLF die Anbaupläne für das jeweilige Jahr, die dann der SMA zur Genehmigung vorzulegen waren. Die SMA prüfte diese anhand eigener Erhebungen und genehmigte sie oder verlangte Korrekturen¹⁹³⁾. Die von der DVLF erstellten Produktionspläne wurden mit den von der DVHV ausgearbeiteten Bedarfsplänen für die Versorgung der Bevölkerung sowie den Anforderungen der SMA für Eigenbedarf, Reparationen und Kompensationen verglichen. Der entsprechend diesen Anforderungen revidierte DVLF-Plan wurde dann von der SMA als Befehl an die einzelnen Länder ausgegeben. Die deutschen Behörden unterverteilten diese Pläne dann an die Kreise, diese an die Gemeinden, die dann schließlich den einzelnen Wirtschaften die Anbauquoten zuwiesen. Auf dem Anbausoll beruhte das Abgabesoll, d.h. Art und Menge der nach der Ernte abzuliefernden Produkte. "Das Abgabesoll wird durch Befehl der SMA für die Länder für jede Fruchtart festgesetzt, und zwar wird hierbei die Leistungsfähigkeit nach Bodengüte und Klima usw. bereits berücksichtigt. ... Die Länder haben die Möglichkeit, innerhalb ihres Gebietes weiter zu staffeln und die fruchtbaren Kreise mit einem höheren Abgabesoll zu belasten zugunsten der weniger leistungsfähigen Kreise. Die Kreise können die Gemeinden differenzieren und innerhalb der Gemeinden können die einzelnen Wirtschaften je nach ihrer Leistungsfähigkeit in unterschiedliche Liefersollklassen eingestuft werden. Grundsatz hierbei ist jedoch, daß das Gesamtabgabesoll der Länder, Kreise und Gemeinden unverändert bleibt."¹⁹⁴⁾ Das Abgabesoll war abhängig von der Betriebsgröße. Als Bemessungsgrundlage diente 1946 die Betriebsfläche, später dann die LN.

Bauernbetriebe unter 0,5ha, sonstige unter 0,25ha und Betriebe, die von Frauen über 55 oder Männern über 60 Jahre bewirtschaftet wurden, blieben abgabefrei. Die Mengen, die über das Abgabesoll hinaus produziert wurden ("freie Spitzen"), konnten für den Eigenverbrauch verwendet oder frei verkauft werden, dies war als Anreiz zur Produktionssteigerung gedacht.

"An und für sich liegen die Ablieferungsnormen gar nicht so hoch, und unter normalen Wirtschaftsverhältnissen müßten sie spielend erfüllt werden können. Bei den erschwerten Produktionsbedingungen der letzten Jahre und den sehr gesunkenen Ernteerträgen war es jedoch vielen Wirtschaften nicht möglich, die Ablieferungsnormen zu erreichen." ¹⁹⁵⁾

In der Viehwirtschaft erfolgte die Veranlagung in den ersten Jahren - ebenfalls nach Betriebsgrößen gestaffelt - nach der Stückzahl. Diese Art der Veranlagung, zunächst wegen des Viehmangels und dessen ungleicher Verteilung sinnvoll, stellte keinen Anreiz zur Viehvermehrung dar. "Einen Anreiz zur Vermehrung des Viehbestandes überhaupt bot die Veranlagung nach der Hektarfläche bei der Festsetzung der abzuliefernden Menge bei tierischen Produkten, die seit 1949 in der D...D... R... zur Anwendung kam. Die frühere Veranlagung nach der Viehkopfzahl führte zu Verheimlichungen, zum Abschlachten (besonders der Schweine) vor dem Veranlagungstermin und damit zur Beschränkung des Viehbestandes oder zu einer für die Viehaufzucht ungesunden Lenkung der Tiergeburten auf die Zeit kurz nach dem Veranlagungstermin. Die Kopfveranlagung war in ihren Grundzügen insofern ungerecht, als der Kleinbetrieb pro Hektar Nutzfläche durchschnittlich über 50 v.H. mehr an tierischen Produkten abzuliefern hatte als der große Bauernbetrieb. Entsprechend dem relativ geringen Viehbestand pro Flächeneinheit mußte der Großbauer nicht nur weniger Fleisch, Milch und Eier abliefern, sondern verbrauchte auch weniger Ackerprodukte (Getreide, Kartoffeln, Rüben usw.) für die Verfütterung, hatte also mehr für den freien Verkauf übrig, sofern er nicht gar den schwarzen Markt versorgte, was bei Großbauern leider häufig festzustellen war. Diese Hemmnisse und Schädigungen der Viehzucht und Gesamtwirtschaft wurden

durch die Veranlagung nach der Hektarfläche beseitigt."¹⁹⁶⁾

Die deutschen Behörden hatten bei der Veranlagung einen Dispositionsspielraum nach unten, es gab aber - wegen der Stückzahlregelung - keine Differenzierung bei den Betrieben. Betriebe unter 1ha blieben abgabefrei, Herdbuchvieh in Betrieben unter 20ha wurde mit der Hälfte der Normsätze veranlagt, für Arbeitskühe galten reduzierte Sätze.

"Die landwirtschaftliche Hauptverwaltung der DWK(bis 1947: DVLF -AM) arbeitete ferner Vorschläge zu den Pflichtabgabennormen aus, die sich auch mit den für die Neubauern in Betracht kommenden Sätzen befaßten. Diesen Vorschlägen konnte von der Besatzungsmacht nicht immer in vollem Umfang Rechnung getragen werden. Dennoch wurden im März 1946 die Pflichtabgabennormen für Milch, Fleisch und Eier für die Bodenreformwirtschaften auf 50 v.H. gegenüber der jeweilig geltenden Norm festgesetzt. Von der Pflichtablieferung von Fleisch wurden die Bodenreformwirtschaften, die nicht mehr als ein(!) Stück Vieh besaßen, überhaupt befreit."¹⁹⁷⁾ Die Sätze für die Bodenreformwirtschaften lagen zwischen 15 und 50 v.H. unter den allgemeinen Normen.

Der Zusammenschluß mehrerer Betriebe zu Liefergemeinschaften war möglich und für die Erfüllung der Quartalspläne auch oft unerläßlich. Der Verkauf der freien Spitzen war zunächst völlig frei. Später durften sie nur auf entsprechenden Märkten und an mit der Erfassung betraute Organisationen(Genossenschaften) verkauft werden. Die Preise betrugen das Doppelte bis Vierfache der Aufkaufpreise. Trotz der Zahlung von Warenprämien wanderte ein großer Teil der nichterfaßten landwirtschaftlichen Produkte auf den schwarzen Markt bzw. wurde direkt getauscht.

Dieses Planungs- und Erfassungssystem hatte zwangsläufig eine starke Tendenz zur totalen Überwachung aller wirtschaftlichen Vorgänge. Die Arbeit der deutschen Verwaltung wurde erheblich durch personelle Schwierigkeiten behindert. Obwohl die Hilfsmittel des RNST - Hofkartei, Kreiswirtschaftsmappe u.dgl. - in gewissem Umfang verfügbar gewesen sein dürften, fehlten doch wichtige Unterlagen für eine gerechte Verteilung

der Sollquoten, so daß die Anbaupläne nicht selten unerfüllbare Forderungen stellten. Hinzu kamen wirtschaftlich sinnlose Terminzwänge bezüglich der Bestell- und Erntearbeiten. Bürokratische Hindernisse verzögerten nach Auswinterungen oftmals die nötige Neubestellung der Flächen. Probleme ergaben sich auch daraus, daß der Anbau von Früchten verlangt wurde, für die die jeweiligen Böden ungeeignet waren. Die Zwänge und Unsicherheiten bei der Planung und deren Umsetzung führten zu einem allgemeinen Schematismus. Die bald eingeführte Mitbestimmung der VdgB bei der Planerstellung sollte zu einer Verfeinerung der Methoden beitragen. Jedoch ist kein agronomischer Sachverstand in der Lage, zentral festgelegte falsche Quoten auszugleichen. Große Schwierigkeiten ergaben sich mit Kulturen (Tabak, Ölsaaten u.dgl.), deren Anbau für viele Bauern neu war. Wirtschaftliche Probleme, wie etwa Saatgut- oder Zugkraftmangel, machten die Erreichung des Liefersolls oft zu einer unlösbaren Aufgabe.

Für den Abschluß der Bestellarbeiten wurden feste Termine vorgegeben, über ihren jeweiligen Stand wurden Meldungen angefordert. Hauptsächlich der Mangel an Zugvieh führte, um termingerecht zu sein, zu oberflächlicher Bodenbearbeitung und nicht selten zu falschen Berichten. Hatte ein Bauer versucht, auf diese Weise über die Runden zu kommen, so war er jedoch doppelt gestraft: einmal konnte er höchstwahrscheinlich sein Liefersoll nicht erfüllen, und zum anderen wurde er noch zur Hilfeleistung bei anderen Bauern bzw. in anderen Gemeinden zwangsverpflichtet. Denn: "Grundsätzlich sind die deutschen Behörden durch Verfügung der Militärverwaltung ermächtigt, zwecks Durchführung von Bestellungs- und Erntearbeiten jedes Fuhrwerk, ob tierisches Gespann oder Kraftwagen und Trecker, zum Zwangseinsatz zu bringen." ¹⁹⁸⁾

Für die Erfassung der Ernte waren, wie erwähnt, die Abteilungen für Handel und Versorgung zuständig, die in der Regel wenig Rücksichten auf betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten (Belassung von Saatgut und Futter) nahmen und rigoros das Ablieferungssoll eintrieben. Die Fälle, daß Bauern dann auf Karten versorgt werden mußten, waren so selten nicht.

"Unter normalen Betriebsverhältnissen könnten an sich die Pflichtabgaben spielend erreicht werden. Sie wurden für Brandenburg mit 5,5 bis 12 dz/ha festgesetzt, während die Ernten vor dem Kriege im Durchschnitt der Jahre bei den einzelnen Getreidearten zwischen 15 bis 20 dz/ha lagen. Im Jahre 1946 hat Getreide in Brandenburg jedoch nur etwa 55 v.H. der Normalerträge erbracht. Zieht man vorweg den Saatgutbedarf und die für die Eigenversorgung benötigten Mengen ab, so konnte das relativ niedrige Abgabesoll in vielen Fällen nicht erfüllt werden. Im Winter 1946 ging eine Welle von Anklagen und Verurteilungen wegen Nichterfüllung des Abgabesolls durch die Zone. Zusammen mit Bauern, die böswillig ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllt hatten, sind in vielen Fällen auch solche Bauern bestraft worden, die ihr Soll trotz besten Willens nicht erfüllen konnten, weil sie zu wenig geerntet hatten. Es bedurfte eines großen Aufgebots von Eingaben und von öffentlichen Stellungnahmen, um die SMA zu veranlassen, das offensichtlich zu hohe Ablieferungssoll herabzusetzen und eine Nachprüfung der ungerechtfertigt verhängten Strafen zu veranlassen." 199)

Die Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Abgabesolls bei Feldfrüchten wirkten sich natürlich auf die Viehhaltung aus. Die Kopfveranlagung führte dazu, daß die Bauern, um nicht zu hoch veranlagt zu werden, ihren Viehbestand niedrig hielten, diesen aber möglichst leistungsfähig machten. So konnten sie das Liefersoll erfüllen und die überschüssige Produktion selbst verbrauchen bzw. günstig verkaufen. Der Viehbestand durfte in dieser Zeit einer angespannten Ernährungslage ohnehin nicht zu sehr anwachsen, weil das Vieh direkter Nahrungskonkurrent des Menschen war. Andererseits ist aber ein Mindestbesatz an Vieh für die Gesunderhaltung der Böden nötig.

Auch bei tierischen Produkten wurde das Soll von den Abteilungen für Handel und Versorgung auf rigorose Weise eingetrieben. Bei Nichterfüllung des Gemeinde- oder Kreissolls trat eine Art Solidarhaft ein, d.h. die Gemein_de- und Kreispläne mußten mengenmäßig auf jeden Fall erfüllt werden, auch wenn einzelne Bauern oder Gemeinden ihren jeweiligen Anteil

nicht beibringen konnten.

Das damals in der SBZ zur Anwendung gekommene System des gestaffelten Liefersolls habe sich, so Liebe, nicht voll bewährt, u.a. weil es sehr schwer sei "exakte Maßstäbe für die Erfassung der objektiven Leistungsfähigkeit²⁰⁰⁾ der Betriebe" zu entwickeln. "Das System der Pflichtablieferungen und der freien Spitzen hat vieles für sich, setzt aber einen Wirtschaftsstand voraus, der dem Bauern weit mehr Bewegungsfreiheit gestattet, als es augenblicklich der Fall ist. Einmal ist der Bauer heute gar nicht in der Lage, sich diejenigen Betriebsmittel zu beschaffen, die er für eine Leistungssteigerung benötigt, und auf der anderen Seite ist er wenig an den höheren Preisen der freien Märkte - die immer noch weit hinter den Schwarzmarktpreisen zurückbleiben - interessiert, weil er sich für die Mehreinnahmen ja doch kaum etwas kaufen kann."²⁰¹⁾ Die Bauern betrieben auch deshalb unmittelbaren Tausch, statt der Abgabe freier Spitzen, weil dadurch die Gefahr ungünstiger (höherer) Einschätzung vermindert wurde.

Es ist unübersehbar, daß dieses System eine Reihe von Widersprüchen in sich trug, von denen einige prinzipiell nicht vermeidbar waren. Interessant ist Kramer's Urteil über diese Art der Lenkung und Erfassung in der Landwirtschaft: "Man war an die Bestimmungen der Kriegswirtschaft noch gewöhnt, wußte auch, daß die ernste Versorgungslage eine gewisse Lenkung im Anbau und in der Ablieferung der Produkte in einem stärkeren als bisher gekannten Maße rechtfertigte. Man konnte sich mit den neuen Ablieferungsmethoden vorerst einverstanden erklären, weil die Normen sich noch in einem erträglichen Rahmen hielten. Sie ließen einem tüchtigen Landwirt bei einer durchschnittlichen (sic!) Ernte außerdem noch so viel übrig, daß er sowohl den Eigenbedarf der Wirtschaft decken als auch noch den sogenannten "Freien Markt" beliefern konnte. Im Ggs. zu den Kriegswirtschaftsbestimmungen, die nach Zubilligung des inneren Wirtschaftsbedarfes an Saatgut, Viehfutter und an Brotgetreide Totalablieferung verlangten, bestand das neue Verfahren darin, daß unabhängig vom Eigenbedarf für alle Fruchtarten nach den Betriebsgrößen gestaf-

felte Ablieferungssätze festgelegt wurden. ... Durch die Möglichkeit des Austausches innerhalb der einzelnen Früchte wurde auch der Anbauplan noch nicht als übermäßige Belastung empfunden, zumal die Kontrolle des Anbaues zunächst nicht in ihrem späteren, unerträglichem Maße durchgeführt wurde."²⁰²⁾ Nicht nur viele Bauern haben das wohl etwas anders gesehen. Es könnte sein, daß Kramer bezüglich seiner Tätigkeit bei der DVLF gewisse Rechtfertigungsbedürfnisse hat, denn sein Urteil über das mitteldeutsche Agrarwirtschaftssystem ist ansonsten sehr negativ. Richtig ist, daß die mitteldeutschen Bauern mit vielen Elementen der Zwangswirtschaft längst vertraut waren, was aber nicht bedeuten muß, daß sie sie als notwendig akzeptiert hätten. Der Anbauplan, der "nichts anderes als eine staatliche Auflage an jeden bäuerlichen Betrieb zum Anbau ganz bestimmter Kulturen" war, stand nicht nur der Dispositionsfreiheit der Eigentümer entgegen, sondern verhinderte nicht selten die betriebswirtschaftliche Optimierung des Wirtschaftsablaufes. In seinem Wirtschaftsgebahren wurde der Bauer ständig bevormundet und überwacht. "Die Anbauplankontrolle wurde durch die staatlichen Organe, meist gestützt auf die Anbauplankommissionen, in den einzelnen Gemeinden nach Beendigung der Bestellungsarbeiten durchgeführt.

Dort wo der Bauer die ihm erteilten Auflagen nicht einhielt, lag ein Verstoß gegen die geltenden Gesetze, also nicht anders wie bei jeder Gesetzesverletzung, eine strafbare Handlung vor."²⁰³⁾ "Wurden landwirtschaftlich nutzbare Flächen nicht den Bestimmungen entsprechend genutzt, so sind verschiedene Maßnahmen durch die Landesregierung zulässig (Aufforderung zur Nutzung, Zwangsverpachtung und in Fällen vorsätzlicher Versäumnis: Entschädigungslose Enteignung...)"²⁰⁴⁾

W. Schmidt urteilt sehr realistisch über dieses System, nicht ohne einen dialektischen Schlenker anzufügen: "Diese Methode der Planung der Agrarproduktion war nichts anderes als die Planung der Bruttoproduktion jedes einzelnen bäuerlichen Betriebes und die Bestimmung des Teils des Bruttoproduktes, der zu Erfassungsspreisen an den Staat verkauft werden mußte.

Eine solche Methode der Agrarplanung war dem Wesen nach eine staatliche Zwangsmaßnahme und ein Eingriff in die private bäuerliche Produktionsweise und richtete sich gegen rückständige Elemente unter der Bauernschaft, d.h., um mit den Worten Lenins zu sprechen, gegen "den bäuerlichen Eigentümer, der spekuliert". ...

Sie war aber andererseits für die große Masse der werktätigen Bauernschaft eine Form der staatlichen Anleitung und Hilfe bei der Gestaltung ihres Wirtschaftsablaufes entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und zur Gewährleistung der richtigen Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen und individuellen bäuerlichen Interessen.^{"205)} Das Mittel zur Erreichung dieser Interessenkongruenz war aber eben Zwang (cf. weiter unten D XI 3.).

Schmidt läßt auch keinen Zweifel daran, daß die damals bestehende Form bäuerlichen Eigentums überwunden werden mußte, sollte das Planungssystem beibehalten und vervollkommen werden. "Privates bäuerliches Eigentum und die darauf beruhende Produktionsweise stehen im Widerspruch zu den Erfordernissen einer langfristigen Produktionsplanung."²⁰⁶⁾ Die Alternative zur zentralen Planung, die Restituierung einer kapitalistischen Marktwirtschaft, auf die die wirtschaftlich starken Bauern orientiert waren, konnte nur durch "erbitterten Klassenkampf" und unter Einsatz "staatlicher Zwangsmaßnahmen" verhindert werden. Damit wurde aber gleichzeitig der Spielraum für die bäuerliche Initiative weitestgehend eingeschränkt. "The introduction in this "new" Germany of the principle of state planning in itself signified the loss of the peasants' initiative, for Soviet planning is binding on everyone. The agricultural plan is a directive having the force of law."²⁰⁷⁾

In Mitteldeutschland war die zentrale Planung des Wirtschaftsgeschehens nach dem Zusammenbruch keineswegs nur als notgeborene Improvisation unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Ausnahmesituation gedacht, sondern hatte eine klare Perspektive, die für die Agrarwirtschaft die Beseitigung privaten bäuerlichen Wirtschaftens durch die Kollektivierung vorsah. "The inclusion of East German agriculture

in the sphere of state planning was an essential prerequisite to its later collectivization. The introduction of state planning in agriculture is not accidental; it is one of the essential features of the "democratization of agriculture". This typically Soviet concept really means "the state plans, the peasant fulfills the plan".²⁰⁸⁾

X Institutionen des neuen Agrarwirtschaftssystems

1. VdgB/MAS

Die durch die Bodenreform bewirkte Änderung der Agrarstruktur, die Zerschlagung der Großbetriebe und die Schaffung einer großen Zahl mit Inventar völlig unzureichend ausgestatteter kleinbäuerlicher Wirtschaften, machte die Organisierung wirtschaftlicher Hilfe in irgendeiner Form, insbesondere für die Neubauern, zu einem unabweislichen betriebswirtschaftlichen Erfordernis. Es ging aber nicht nur um die wirtschaftliche Stützung der Neubäuerlichen Betriebe, sondern auch um die Durchsetzung der längerfristigen agrar- und sozialpolitischen Ziele der Sowjets und der deutschen Kommunisten. Die ländlichen Genossenschaften hätten die anstehenden wirtschaftlichen Aufgaben sehr wohl übernehmen können; als Instrument der Verwirklichung der ideologisch-politischen Pläne waren sie aber - zunächst zumindest - ungeeignet. Die in Art. IV, §12 BRVO angeordnete Bildung der Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe" und von "Ausleihstellen landwirtschaftlicher Maschinen"²⁰⁹⁾ erfolgte aus dieser doppelten Zielstellung.

"Die Schaffung der VdgB im Zusammenhang mit der Durchführung und unmittelbaren Sicherung der Bodenreform hatte gewaltige politische Bedeutung. Die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe waren zusammen mit den Bodenkommissionen revolutionäre Ausschüsse der Klein- und Mittelbauern, die die demokratischen Errungenschaften der Bodenreform unmittelbar sichern und festigen sollten. Zur Durchführung dieser Aufgabe waren die landwirtschaftlichen Genossenschaften absolut ungeeignet, nicht nur, daß diese infolge der Kriegseinwirkungen nicht sogleich arbeitsfähig waren, sondern vor allem deshalb,

weil sie in der vorhergegangenen Periode ihrer Entwicklung zu kapitalistischen Einrichtungen geworden waren und sich völlig in den Händen kapitalistischer Elemente befanden, die dem Junkertum hörig und botmäßig waren. Diese Feinde der demokratischen Bodenreform konnten nie und nimmer die Bodenreform durchführen noch unmittelbar sichern.

Erst während der weiteren Entwicklung konnten die landwirtschaftlichen Genossenschaften grundlegend reformiert und reorganisiert werden, konnten sie in hartem Klassenkampf von kapitalistischen Elementen gesäubert und zu Instrumenten in den Händen der werktätigen Bauern werden." ²¹⁰⁾

Die Ausschüsse hatten die Zugmaschinen und größeren landwirtschaftlichen Arbeitsmaschinen der enteigneten Güter, die Zuchttiere, die Verarbeitungsbetriebe für landwirtschaftliche Produkte, die Reparaturwerkstätten und die notwendigen Wirtschafts- und Wohngebäude übernommen, wobei allerdings, wie Dölling feststellt, nicht selten Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Gleichwohl waren die von den Ausschüssen organisierten Ausleihstellen zunächst sehr dürftig mit Inventar ausgestattet, so daß diese die ihnen gestellten wirtschaftlichen Aufgaben nur unzureichend bewältigen konnten. Dafür wurde von Beginn an darauf geachtet, "daß sich in den Leitungen der VdGB keine großbäuerlichen Elemente festsetzen konnten, um etwa die Vereinigung in ihrem Interesse auszunutzen" (Arlt).

Über die Entwicklung der Zahl der Vereinigungen, ihrer Mitglieder sowie deren soziale und politische Zusammensetzung geben die Tabellen 75 und 76 Auskunft.

	Zahl der Vereinig.	Zahl der Mitglieder	Neubauern	v.H.	Altbauern	v.H.	Sonstige	v.H.
1.02.1946	8.127	43.076*						
15.11.1946	10.867	66.617*						
1.07.1947	10.756	406.930	218.084	53,6	146.867	36,1	41.979	10,3
1.01.1948	11.892	477.522	184.485	38,6	228.499	47,8	64.538	13,5
1.07.1948	12.101	507.741	189.576	37,3	245.611	48,4	72.554	14,3
1.01.1949	12.307	528.993	194.282	36,7	253.085	47,8	81.626	15,4
1.01.1950	12.497	566.772	197.174	34,8	280.276	49,4	89.324	15,8.

* Ausschußmitglieder

Tab. 75 : Die Zahl der VdGB, ihrer Mitglieder u. deren soziale Zugehörigkeit 1946-50.
Quelle: Stöckigt (1964) S.278

	Zahl der Mitglieder	SED	v.H.	CDU	v.H.	LDPD	v.H.	Parteilose	v.H.
1.02.1946*	43.076	15.002*	34,8		690(1,6)			27.384	63,6
15.11.1946*	66.617	27.600	41,4		3.932(5,9)			35.085	52,7
1.07.1947	406.930	169.717	41,7	12.200	3,0	10.181*	2,5	214.832	52,8
1.01.1948	477.522	148.287	31,0	16.617	3,5	15.157	3,2	297.461	62,3
1.07.1948	507.741	157.555	31,0	18.538	3,6	17.307	3,4	314.341	61,9
1.01.1949	528.993	158.919	30,0	19.175	3,6	16.598	3,1	336.185	63,5
1.01.1950**	566.772	166.611	29,4	20.779	3,7	17.953	3,2	348.159	61,4

* Ausschußmitglieder; ** 1950 gehörten den neugegründeten Parteien DBD 12.558(=2,2%) u. NDPD 712(=0,13%) der Mitglieder an; * KPD + SPD.

Tab. 76: Die Mitglieder der VdGB nach ihrer Parteizugehörigkeit 1946-50. Quelle: Stöckigt (1964) S.278

Wenn diese Zahlen verlässlich sind, was zweifelhaft²¹¹⁾ erscheint, so ist besonders bemerkenswert, daß der Neubauernanteil von über der Hälfte der Mitglieder 1947 auf ein Drittel 1950 abgesunken ist, während die Entwicklung bei den Altbauern fast genau umgekehrt verlief und der Anteil der "Sonstigen" in diesem Zeitraum um über die Hälfte anwuchs. Merkwürdig ist auch der Rückgang des Anteils der SED-Mitglieder an der Gesamtzahl der Mitglieder von über 40 auf unter 30%, während der Anteil der Parteilosen um fast 10% anwuchs. Die anderen Parteien waren nicht sehr stark vertreten.

Nachdem in den einzelnen Orten auf Initiative der Gemeindebodenkommissionen Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe gegründet worden waren, wurden Ende 1945/Anfang 1946 Kreisausschüsse (Kreisbauernsekretariat), im Frühsommer 1946 Landes- und Provinzialausschüsse (Landesbauernsekretariat) und im November 1946 eine Zonenorganisation der VdGB mit einem Zentralsekretariat (zentrales Bauernsekretariat) gebildet. Damit war die Vereinigung zentralistisch durchorganisiert und zum wirksamen Instrument der SED-Politik geworden. Eine Satzung wurde vom I. Deutschen Bauerntag am 22./23. Nov. 1947 verabschiedet, in der das Prinzip des "demokratischen Zentralismus" verankert wurde. Im Unterschied zu den Genossenschaften, deren Eigentum "kollektives kapitalistisches" war, war das der VdGB, so Arlt, vom Staat übergebenes "gesellschaftliches Eigentum niedrigerer Stufe". Den VdGB war "unentgeltliches Nutzungsrecht" hieran eingeräumt worden, sie kannten, im Ggs. zu den Genossenschaften, keine Gewinnverteilung an die Mitglieder.

Die wirtschaftlichen Aufgaben der VdgB waren diese: "a) Organisierung von Ausleihstellen landwirtschaftlicher Maschinen; b) Organisierung der bäuerlichen Gemeinschaftshilfe (gegenseitige Aushilfe mit Maschinen, Werkzeugen, Zugtieren usw.); c) Leitung der Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, die dem Ausschuß gehören, und Einsetzung von Betriebsleitern; d) Errichtung und Leitung von Deckstationen; e) Errichtung und Leitung von Reparaturwerkstätten für das landwirtschaftliche Inventar; f) Einrichtung von Saatreinigungsanlagen, Obstbaumschulen, Beerenkulturen u.a.; g) Hilfeleistung bei der Beschaffung von Krediten beim Ankauf von Vieh, Geräten, Düngemitteln, Saatgut usw."²¹²⁾ Neben diesen wirtschaftlichen Aufgaben hatten die VdgB als "bäuerliche Massenorganisation" und "Klassenorganisation der werktätigen Bauern" die weiteren der "allseitigen Entwicklung der Demokratie auf dem Dorf", der "Überwindung der kulturellen Rückständigkeit des Dorfes" durch Aufklärungs- und Kulturarbeit. Kurz, sie sollten neben den MAS und VEG eine "hervorragende Rolle bei der demokratischen Umgestaltung des Dorfes" spielen, wie die Kommunisten sich auszudrücken pflegten. Der politische Charakter der VdgB kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß sie bei der Agrargesetzgebung konsultiert werden mußte und 1946 eigene Kandidaten bei den Kommunalwahlen aufstellen konnte.

Die VdgB spielte auch eine wichtige Rolle bei der Erstellung der Anbaupläne und der Festlegung der Ablieferungskontingente. "Sie nimmt aktiven Anteil an der Vorbereitung und Durchführung der notwendigen landwirtschaftlichen Erzeugungs- und Lieferpläne und an der Arbeit der gerechten Aufschlüsselung der Anbau- und Abgabepflichten auf die einzelnen Kreise, Gemeinden und Einzelwirtschaften (Differenzierung)."²¹³⁾ Dadurch wurde der wirtschaftliche Einfluß der Vereinigung noch größer. Es ist völlig klar, daß eine solche Organisation sich fest in den Händen der Kommunisten befand, worüber auch der relativ geringe Anteil der SED-Mitglieder an der Mitgliedschaft nicht hinwegtäuschen kann. Sandford bezeichnete die VdgB als "Quasi-governmental organs" und als "the footholds of the party in

each village" sowie als "social and economic equalizer in the countryside", dessen Funktion u.a. die Herstellung eines "new community spirit among the peasants" gewesen sei. Im folgenden charakterisiert Sandford treffend einige system-spezifische Aufgaben der VdGB: "Its task of managing cooperative use of machines for planting and harvesting led the VdGB to be charged with overall supervision of agricultural production in the community. Beginning with the spring planting in 1946, it was the peasant committees who assigned and enforced the crop-planting goals and production quotas of local farmers. To meet production targets for the community as a whole, the VdGB needed the cooperation of all farmers, particularly those with equipment and expertise to contribute. The uncooperative could find themselves burdened by disproportionately heavy production requirements and a meager share of seed, fertilizer and other necessities. In spring 1946, the peasant committees and local administrations also received the authority to commandeer, or if necessary confiscate, all tractors regardless of ownership, for community use in the planting campaign."²¹⁴⁾ Da die VdGB zusehends mehr genossenschaftliche Funktionen übernahm, wurden die Bauern in immer stärkerem Maße von ihr abhängig, so bei der Kredit-, Inventar- und Betriebsmittelbeschaffung. Der größte Druck konnte, wie gesagt, über das Instrument der Differenzierung ausgeübt werden. "Politically intractable peasants could be subjected to a wide range of pressures from an organization which controlled so many vital resources. Should they fail to meet their quotas or otherwise expose themselves to a charge of "sabotage of the people's food supply", the VdGB could even have their farms confiscated under the land reform law."²¹⁵⁾

Nettl: "Eine ... Organisation mit ähnlichem Aufbau und ähnlichen Zielen wie der FDGB war die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Sie entstand folgerichtig aus der sowjetzonalen Agrarpolitik im allgemeinen und der zugehörigen Bodenreform im besonderen, die beide ein bedürftiges und darum einmal verhältnismäßig leicht kollektivierbares Bauerntum

zum Ziel hatten. In diesem Sinne war die Gegenseitige Bauernhilfe offensichtlich von vorneherein dazu bestimmt, die Masse der vielen neuen und oft mittellosen Kleinbauern zu stützen. Zugleich hatte die VdGB den Zweck, für die Bauern ein - den Gewerkschaften der Arbeiter entsprechendes - Instrument der politischen Willensbildung zu sein."²¹⁶⁾

2. Ländliche Genossenschaften

Unter dem NS-Regime waren die Genossenschaften gleichgeschaltet und in den RNST inkorporiert, aber nicht aufgelöst worden. Die bäuerliche Selbstverwaltung war durch das "Führerprinzip" und eine hierarchische Gliederung ersetzt worden. An die Stelle der leitenden Organe des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) und der Revisionsverbände war der Reichsbauernführer getreten. Das Vermögen der zentralen Genossenschaftskasse wurde z.T. zweckentfremdet verwendet. Die Organisation der Genossenschaften mit einem Stamm qualifizierter Mitarbeiter blieb jedoch erhalten, und viele der zahlreichen genossenschaftlichen Funktionen wurden, wenn auch unter geänderten Voraussetzungen, fortgeführt.

Wiewohl noch nicht offiziell zugelassen, aber auch nicht verboten, setzten die Genossenschaften nach dem Zusammenbruch ihre Tätigkeit inoffiziell und in sehr eingeschränkter Weise - die Kriegsverluste der Genossenschaften an Gebäuden und Inventar waren z.T. erheblich - fort. Von der durch die SMA angeordnete Bankenschließung waren auch die landwirtschaftlichen Spar- und Kreditgenossenschaften betroffen worden, die deshalb zunächst funktionsuntüchtig waren. Aber nicht wenige andere Genossenschaften trugen auf lokaler Ebene in den ersten Nachkriegsmonaten dazu bei, die landwirtschaftliche Tätigkeit und vor allem den Mechanismus der Erfassung und Verteilung landwirtschaftlicher Produkte aufrecht zu erhalten. Mit dem Befehl Nr. 146 vom 20. Nov. 1945²¹⁷⁾ wurde die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Genossenschaften angeordnet und ihr offizieller Status, sie wurden Rechtsnachfolger der alten Genossenschaften, wiederhergestellt. Die Aufgaben der Genossenschaften

formulierte §2 des Befehls Nr.146: "Als Grundaufgabe (ist) den landwirtschaftlichen Genossenschaften die Mitwirkung an der Entwicklung der Landwirtschaft und Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu stellen, und zwar: a) durch Kreditgewährung an eigene Mitglieder, b) durch Versorgung der Bauern mit Erzeugnissen, künstlichen Düngemitteln und anderen für die Landwirtschaft nötigen Waren, c) durch Organisation der Verarbeitung und des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten, d) durch Organisation von Leihanstalten für Maschinen und Deckstationen."²¹⁸⁾

§3 genehmigte die Bildung einer Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften auf Landes- bzw. Provinzialebene und von Zentralkassen. Das vor dem 9. Mai 1945 gebildete Genossenschaftsvermögen wurde nicht voll restituiert²¹⁹⁾, die danach gebildeten Konten wurden jedoch in vollem Umfang disponibel. Die "aktiven Verwaltungsorgane" waren zu entlassen, bis zu den Neuwahlen, die bis zum 15. Febr. 1946 durchzuführen waren, wurden Organisationsbüros bei den lokalen und Länderverwaltungen mit der Leitung beauftragt. Bei dieser Gelegenheit wurden die Genossenschaften von unliebsamen Mitgliedern gesäubert, Sandford²²⁰⁾ spricht von 38.400 Ausschlüssen allein 1946. Neue Statuten waren von der DVLf auszuarbeiten. Von Beginn an kam es zu einer Zentralisation und Politisierung der Genossenschaften: die Schlüsselpositionen in den Zentralvereinigungen übernahmen Kommunisten oder SPD bzw. SED-Mitglieder. Obwohl eine beträchtliche Zahl von Fachkräften, die politisch untragbar geworden waren, aus dem Dienst der Genossenschaften ausschieden, verblieb ein großer Stamm von "Raiffeisenfachmännern" (Buss), die den Genossenschaftsbetrieb auf allen Ebenen, zunächst ziemlich ungehindert, eingangsetzen konnten. Über die Entwicklung der Genossenschaften nach Art, Mitgliederzahl und Zusammensetzung gibt die umseitige Tab. 77 Auskunft.

Die große Zahl der Genossenschaften und Mitglieder schon Ende 1945 zeigt einmal das große Interesse der Bauern an genossenschaftlicher Kooperation, andererseits aber auch, daß die Genossenschaften ihre Organisation und Tätigkeit im wesentlichen auch nach dem Zusammenbruch hatten fortführen

	1946*	1947	1948	1949	1950
Kreditgen.	3.113	3.158	3.171	344	54
Reine Waren gen.	343	305	264	79	38
Molkereigen.	799	770	690	670	659
Viehverwertungsgen.	128	128	127	126	50
Zuchtgen.	92	84	83	86	73
Weidegen.	87	81	85	73	56
Maschinen- u. Dreschgen.	262	260	241	115	137
Elektrizitätsgen.	963	929	916	860	473
Dorfgen.	-	-	-	3.582	4.079
Sonstige Gen.*	423	457	534	527	349
Insgesamt	6.210	6.172	6.111	6.462	5.968
Zahl der Gen.-Mitglieder	834.614	866.094	957.706	1.024.436	.
davon Neubauern	111.202	118.303	152.876	166.058	.
v.H.der Gesamtzahl	13,3	13,7	16,0	16,2	.
v.H.aller Neubauern	52,8	56,2	72,7	78,9	.
Anteile der Größengruppen an d.Gesamtzahl:					
0- 5 ha	42,7	.	47,0	45,0	41,0
5-10 ha	22,6	.	25,0	27,0	33,1
10-20 ha	20,0	.	17,0	18,0	18,7
über 20 ha	14,7	.	11,0	10,0	7,2

* Nach Buss(1965) gab es in Mitteld. 1940 7.040 Genossenschaften mit 798.065 Mitgliedern(S.23); Ende 1945 waren es 733.950 Mitglieder(S.29); * Einschl. der Zentralgenossenschaften.

Tab. 77: Art u. Anzahl der landw.Genossenschaften, die Zahl der Mitglieder, der Anteil der Neubauern u. die soziale Zusammensetzung der Genossenschaften 1946-50 in der SBZ. Quelle: Barthelmann(1963), Tabellarischer Anhang

können. Die Geschäftstätigkeit der Genossenschaften hatte besonders beim Warenverkehr beträchtliche Zuwachsraten aufzuweisen.

	1947	1948	1949	1950
Vieh	20.016	23.368	17.466	20.621
Saatgut	38.482	64.191	65.813	159.585
Düngemittel	50.341	83.731	152.579	273.582
Maschinen	6.642	5.788	8.491	38.253
Chemikalien	3.975	5.401	6.056	11.404
Futtermittel	14.777	19.370	25.091	27.994
Textilien	-	-	44.513	27.079
Baustoffe	-	-	-	3.092
Sonstiges	22.872	32.535	54.626	60.096
Gesamtumsatz	157.105	234.544	332.635	671.706

Tab. 78: Der Umsatz der landw. Genossenschaften der SBZ 1947-50 nach Warengruppen. Quelle: Barthelmann (1963), Tabellarischer Anhang (in 1.000 DM)

Die einschneidenden Veränderungen der mitteldeutschen Agrarstruktur und die allgemeine Mangelsituation ließen einen großen Kreditbedarf, insbesondere natürlich bei den völlig unzureichend ausgestatteten Neubauern, entstehen. Schon 1946 waren über die Hälfte der Neubauern den Genossenschaften beigetreten, 1949 waren es über 3/4 aller Neubauern. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Genossenschaftsmitglieder war aber

immer kleiner als $1/6$. Die Kreditgewährung an die Neubauern, besonders Baukredite, war eine der wichtigsten Aufgaben der zahlreichen Kreditgenossenschaften. Buss meint, daß an Altbauern keine Kredite vergeben, sondern nur Ausreichungen getätigt wurden. In der Art der Kreditgewährung, es wurden nur Projekte kommunistischer Agrarpolitik wie die Bodenreform, die MAS und die "kommunistische Art des Absatzes von Agrarprodukten" finanziell unterstützt, zeigte sich schon von Anfang an, so Buss, die funktionelle Einbindung der Genossenschaften in ebendiese kommunistische Agrarpolitik.

Der Landhandel der Genossenschaften bekam eine besondere Bedeutung, weil die Politik der SED die Ausschaltung, zunächst des privaten Groß- und dann auch des Einzelhandels anstrebte. Die oben genannten Zahlen über den Warenverkehr spiegeln die zunehmende Bedeutung der Genossenschaften bei der Belieferung der Bauern mit Produktions- und Betriebsmitteln sowie bei der Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte wieder. Die Genossenschaften mußten in diesem Zusammenhang zahlreiche, ihrer ursprünglichen Zielstellung nicht entsprechende, "wesensfremde Tätigkeiten" (Barthelmann) übernehmen, so z.B. auch die Saatguterfassung und -verteilung. Auch beim sog. Vieh Ausgleich spielten die Viehverwertungsgenossenschaften die entscheidende Rolle. Im Viehhandel wurden die privaten Händler immer weiter zurückgedrängt, deren Funktionen übernahmen, in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Maße, die Genossenschaften.

Die, wie Barthelmann sich ausdrückt, "wesensfremde wirtschaftliche Tätigkeit"²²¹⁾ war eine wichtige Funktion der Genossenschaften in dem neuentstehenden Agrarwirtschaftssystem. Die staatliche Erfassungstätigkeit und der staatliche Einkauf "freier Spitzen" lief zum größten Teil über die Genossenschaften. Diese waren auch im zonalen, interzonalen und selbst im Außenhandel tätig.

Im Verlaufe der "erzwungenen Einschaltung in den sukzessive aufzubauenden komplizierten Apparat der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft" (Buss) wurde es den Genossenschaften immer schwerer, ihrer ursprünglichen, rein förderungs-

wirtschaftlichen Charakter und das Selbstverwaltungsprinzip zu erhalten. Die Bildung von universalen Dorfgenossenschaften - die Form der Spezialgenossenschaften habe den zu überwindenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprochen - und die Fusion mit der VdGB(Nov.1950) - die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Genossenschaften und der VdGB überschnitten sich z.T. beträchtlich - bildeten dann auch "Raiffeisens Ende" in der SBZ/DDR. "Das Ziel der organisatorischen Umgestaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaften konnte nur darin bestehen, solche Formen zu finden, die den sozial-ökonomischen Verhältnissen und der neuen Klassenstruktur der Gesellschaft entsprechen, aber andererseits der gesetzmäßigen Entwicklung zum Großbetrieb auch in den Genossenschaften nicht entgegenstand."²²²⁾

3. Staatsgüter

Entsprechend Art.IV,§14 BRVO war eine nicht unbeträchtliche Anzahl enteigneter Güter in den Besitz der Länder übergegangen und später als sog. VEG deklariert worden. Es handelte sich in der Regel um Tier- und Pflanzenzuchtgüter oder andere landwirtschaftliche Spezialbetriebe, allerdings nicht immer, wie Dölling kritisch anmerkte. Ihre Aufgabe bestand vor allem darin, die zahlreichen Kleinbetriebe mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut und Vieh zu versorgen sowie als Muster-güter zur Verbreitung moderner Agrikultur beizutragen.

Aber auch die Staatsgüter(VEG) als "volkseigener Sektor der Landwirtschaft" hatten eine ideologisch-politische Funktion zu erfüllen: "Unter den Bedingungen der Existenz Hunderttausender von einzelbäuerlichen Wirtschaften kam den VEG besonders große Bedeutung zu, denn sie mußten Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Dorfe sein. Zugleich mußten sie die Formen und Methoden der sozialistischen Großproduktion entwickeln und immer besser deren Überlegenheit über die einzelbäuerliche Wirtschaftsweise demonstrieren, und schließlich mußte der sozialistische Staat sich mit vielen seiner Maßnahmen zur Entwicklung der Agrarproduktion unmittelbar auf die VEG stützen können."²²³⁾

"Die große Bedeutung der VEG ergibt sich vor allen Dingen daraus, daß sie staatlich-sozialistische Betriebe sind und die zweckmäßigste Form der Arbeitsorganisation in der landwirtschaftlichen Produktion darstellen. Sie sind der höchste Typ des Eigentums in der landwirtschaftlichen Produktion und unterscheiden sich in dieser Hinsicht in nichts von den volkseigenen Betrieben in der Industrie."²²⁴⁾

XI Die Landwirtschaft im neuen Rechtssystem

Zunächst erhebt sich die Frage, welche der überkommenen, die Landwirtschaft betreffenden Rechtsbestimmungen weiter in Kraft blieben und welche nicht, sowie die nach dem Fortbestand nationalsozialistischer oder sonstiger Institutionen. Man muß dabei berücksichtigen, daß zahlreiche Gesetze, Verordnungen u. dgl. ausdrücklich oder implizit - im Rahmen genereller Bestimmungen, andere faktisch durch inhaltlich abweichende neue Verfügungen unwirksam geworden waren. Widerspruch ein bestehendes Gesetz einem SMA-Befehl, so war es faktisch außer Kraft gesetzt, ohne daß darauf formal ausdrücklich Bezug genommen werden mußte. Das Beispiel der Genossenschaften zeigt, daß nicht ausdrücklich verbotene Institutionen damit noch nicht als Rechtssubjekt fortbestanden; sie führten ihre faktische Existenz weiter, bis auf Widerruf, oder aber sie wurden ausdrücklich durch SMA-Befehl restituiert, wie dies bei den Genossenschaften der Fall war.

Grundlegend für das Recht der Landwirtschaft waren vor allem die BRVO, insbesondere die im Art. VI festgelegten Verfügungsbeschränkungen, und die ihr folgenden sowie die im Zusammenhang mit dem System der Planung und der Teilablieferungspflicht erlassenen Rechtsbestimmungen.

1. Alte Rechtsbestimmungen und Institutionen

Hinsichtlich der Geltungsfortdauer einzelner Rechtsbestimmungen bestand anscheinend, wegen der pauschalen, nicht-spezifizierten Außerkraftsetzung, eine gewisse Zeitlang keine völlige Klarheit. "Alle typisch nationalsozialistischen Ge-

setze wurden in der Tat ausgemerzt, zugleich aber ging das Bemühen anfänglich dahin, von dem bestehenden deutschen Recht so viel wie möglich zu übernehmen."²²⁵⁾ Uhlmann bezieht sich wohl auf diese pauschale Aufhebung, wenn er schreibt: "Nicht nur das Gesetz über die Zwangsablieferung, sondern auch alle anderen faschistischen Agrargesetze wurden aufgehoben. Der "Reichsnährstand" wurde aufgelöst, die Führung der Hofkartei und die Besuche des Hofberaters fielen weg. Damit war gewährleistet, daß die Bauern wieder zu Herren auf eigenem Boden wurden."²²⁶⁾ Wie dieses "Herr sein" aussah, wird unten gezeigt werden. Die Auflösung der nationalsozialistischen Zwangsorganisationen, deren wichtigste der RNST gewesen war, warf die Frage auf, welchen Status die inkorporierten Organisationen, wie etwa die Genossenschaften, erhielten. Sie mußten formal durch SMA-Befehle restituiert werden.

Die formelle Aufhebung der einzelnen Gesetze fand oft erst lange nach ihrer faktischen Außerkraftsetzung statt. So wurde das REG durch das KRG Nr. 45 vom 20. Febr. 1947 formell aufgehoben. "Durch das am 20. Febr. 1947 durch den Kontrollrat herausgegebene Gesetz Nr. 45 wurde eine ganze Reihe früherer landwirtschaftlicher Gesetze und Verordnungen außer Kraft gesetzt. Hierzu gehören u. a. das Reichserbhofgesetz vom 29. Sept. 1933, die Erbhofrechts-Verordnung vom Jahre 1936 und die Verfahrensordnung vom gleichen Jahre."²²⁷⁾ Gar erst 11/2 Jahre später wurden durch den Befehl Nr. 185 der SMAD vom 29. Sept. 1948 u. a. folgende Gesetze außer Kraft gesetzt: das Reichssiedlungsgesetz vom 11. Aug. 1919; das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung vom 31. März 1931; das Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums vom 14. Juli 1933; die VO über öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer im Genossenschaftswesen vom 7. Juli 1936; die VO über Maßnahmen auf dem Gebiet des Rechts der Handelsgesellschaften, der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 4. Sept. 1939; die VO über die Körperschaftssteuer der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 8. Dez. 1939; die VO über die Landbeschaffung zur Selbsthaftmachung von reichs- und volksdeutschen Umsiedlern vom 23. März 1944²²⁸⁾.

Dagegen wurden einige sehr rigorose Strafbestimmungen aus der NS-Zeit ausdrücklich weiter angewendet. Als "hauptsächliche materielle Rechtsgrundlage der Rechtsprechung in Wirtschaftsstrafsachen" dienten verschiedene Gesetze und VO aus der NS- und Kriegszeit²²⁹⁾, so besonders die Kriegswirtschafts-VO. Erst ab Mitte 1947 gab es Ansätze zur Entwicklung eines eigenen sowjetzonalen Wirtschaftsstrafrechts, wenn man einmal von den SMA-Befehlen absieht. Diese Wirtschaftsstrafbestimmungen wurden auch gegen Bauern angewendet, die ihren Ablieferungsverpflichtungen, die ja Auflagen mit Gesetzeskraft waren, nicht nachgekommen waren.

2. Das neue Agrarrecht

Von großer Bedeutung für das neue Agrarwirtschaftssystem waren die in Art. VI, §1 BRVO formulierten Verfügungsbeschränkungen für die Bodenreformwirtschaften. "Die auf Grund dieser Verordnung geschaffenen Wirtschaften können weder ganz noch teilweise geteilt, verkauft, verpachtet oder verpfändet werden. In Ausnahmefällen kann die Aufteilung oder Verpachtung der Wirtschaften nur auf Beschluß der Provinzialverwaltung geschehen." Dazu Arlt: "Durch diese Bestimmungen (Art. VI, §1 BRVO -AM) wird das durch die Bodenreform geschaffene Arbeitseigentum der Neubauern vor dem Wiedererstehen des kapitalistischen Grundeigentums, vor dem Joch der kapitalistischen Grundrente geschützt. Die geschaffenen Wirtschaften werden vor Verschuldung bewahrt und können nicht zersplittert(!) werden. Ihre Stabilität ist also rechtlich gesichert. Die wirtschaftliche Sicherung erfolgt durch vielfältige staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der werktätigen Bauernschaft. Die dem Bauern zu privatem Eigentum übertragenen Bodenreformländereien sind damit grundsätzlich dem Zivilrechtsverkehr entzogen."²³⁰⁾

Bei Altbauerneigentum waren diese Dispositionsbefugnisse nicht generell beseitigt, sondern durch die Genehmigungspflicht - wie schon in der NS-Zeit - eingeschränkt. "Hinsichtlich des Neubauerneigentums ist materiell-rechtlich festgelegt, daß dieses Eigentum weder veräußert noch verpachtet, noch belastet werden darf, während hinsichtlich des Altbauern-

eigentums Veräußerung, Verpachtung und Belastung genehmigungspflichtig sind. Die staatlichen Organe müssen diese Genehmigung verweigern, wenn auf Grund dieser Rechtsgeschäfte die betreffende Wirtschaft ausgebeutet oder kapitalistische Landwirtschaftsbetriebe geschaffen werden. Hier wird also mit Hilfe formell-rechtlicher Methoden der politische Zweck erreicht."²³¹⁾ Arlt fährt dann fort: "Damit ist jedoch noch nicht das Wesen des Unterschiedes in der rechtlichen Regelung des Eigentums am Grund und Boden von Alt- und Neubauern genügend verdeutlicht. Hierfür ist eine weitere Überlegung erforderlich.

Das private Arbeitseigentum der werktätigen Bauern stellte niemals und kann auch auf die Dauer niemals einen sozialen Typus des Eigentums oder Grundeigentums darstellen. Es war bisher immer nur eine Übergangsstufe von einer Gesellschaftsordnung zur anderen oder ein Überbleibsel aus historisch bereits überlebten Gesellschaftsordnungen. Unter den jetzigen Verhältnissen erzeugt das Eigentum der einfachen Warenproduzenten täglich, stündlich mit elementarer Gewalt Kapitalismus²³²⁾. Insofern bezeichnet der Marxismus-Leninismus auch die Bauernschaft als letzte kapitalistische Klasse. Es ist deshalb unmöglich, den Zerfall des Arbeitseigentums der einfachen Warenproduzenten in Kapitalisten oder Großbauern einerseits und in Proletarier oder Dorfarmut andererseits auf die Dauer aufzuhalten. ... Es liegt daher im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts, an die Stelle sowohl des großen wie auch des kleinen Privateigentums die gesellschaftliche Produktion unter gesellschaftlicher Kontrolle in der Landwirtschaft zu setzen."²³³⁾ Diesem Zustand sei man mit der rechtlichen Gestaltung des Neubauerneigentums einen wichtigen Schritt näher gekommen. "Das Neubauerneigentum am Boden ist im Unterschied zum Altbauerneigentum am Boden eine Stufe auf dem Weg zur sozialistischen Landwirtschaft, wenn auch die Schaffung des Neubauerneigentums selbst keine sozialistische Maßnahme ist."²³⁴⁾ Dadurch, daß sie Arbeitseigentum seien, also ohne fremde Hilfe bearbeitet würden, sowie durch die genannten Verfügungsbeschränkungen unterschieden sich die

Bodenreformländereien vom kapitalistischen Eigentum, aber auch von dem der "werktätigen Altbauern". Durch das Arbeitseigentum sowie durch die generelle Entschuldung bei der Zuweisung, dem Verschuldungsverbot und die Schließung der Banken habe der grundpfandrechtl. gesicherte Bodenkredit seine Bedeutung verloren und sei die absolute Grundrente ausgeschaltet worden. Die Bezahlung, die die Neubauern für die empfangene Wirtschaft zu entrichten hatten, könne deshalb auch nicht, wie unter kapitalistischen Bedingungen, als kapitalisierte Grundrente betrachtet werden. Der Neubauer "eignet sich voll und ganz die Früchte seiner Arbeit an, also auch die auf sein Grundstück entfallende Rente. Er realisiert folglich sein Grundeigentum. Der Neubauer kann jedoch in keinem Fall seine Rente durch Verkauf oder Verpachtung seines Grundstücks kapitalisieren. Hier finden wir diejenigen Keime, die den Übergang vom Privateigentum zum Kollektiveigentum ermöglichen. Damit hat dieser Boden den Charakter einer Ware verloren und kann nicht mehr Gegenstand des Zivilrechtsverkehrs sein." ²³⁵⁾ Hierzu macht Arlt eine seiner interessanteren Anmerkungen ²³⁶⁾: "Das bedeutet keineswegs ..., daß das Neubauern-eigentum eine neue Eigentumsart sei. Der Neubauer sei Privateigentümer, sein Eigentum sei eine Art Untereigentum. Der Staat indes sei Obereigentümer... Die vergleichsweise Anwendung feudaler Rechtsbegriffe ist allein schon deshalb unzulässig, weil sich der Staat in keiner Weise an der ökonomischen Verwertung des Grundeigentums des Neubauern beteiligt, genauso wenig wie umgekehrt der leibeigene Bauer sich im Feudalismus die Rente aneignete oder aneignen konnte." Da muß man Arlt jedoch widersprechen. Einmal leitete der Neubauer sein Eigentum, wie Arlt selbst ausführt, nicht vom Vorbesitzer, sondern vom Staat ab. Dieser machte in Form der Verfügungsbeschränkungen und der Teilablieferungspflicht Rechtsvorschriften über die Nutzung, die mit dem "bürgerlichen" Eigentumsbegriff etwa nicht übereinstimmen. Der Staat beteiligte sich auch an der "ökonomischen Verwertung des Grundeigentums", dadurch nämlich, daß er die Bauern zwang, einen Teil der erzeugten Produkte zu einem Preis an staatliche

oder in staatlichem Auftrag arbeitende Erfassungsagenturen abzuliefern, der deutlich unter dem - nichtrealisierten - Marktpreis lag. Dadurch konfiszierte der Staat einen Teil der anfallenden Rente und agierte in der Tat wie ein feudaler Obereigentümer. Daß diese Bezeichnung nicht gar so unpassend ist, wie Arlt glauben machen möchte, wird im folgenden noch deutlicher werden.

In Ausnahmefällen waren der Tausch von Neubauernwirtschaften und auch Verpachtung oder Aufteilung möglich, sind jedoch sehr selten vorgekommen. Altenteilverträge waren nicht zulässig. Belastungen im "öffentlichen" bzw. "gesellschaftlichen Interesse" waren möglich, konnten aber nur von staatlichen Stellen beantragt werden. Der Kredit an die Neubauern erfolgte nur bis zu einer sehr bescheidenen Höhe als Personalkredit. Bei den größeren Baukrediten (Neubauernbauprogramm) übernahm das Land die Bürgschaft gegenüber dem Kreditgeber, der in den meisten Fällen eine Kreditgenossenschaft war.

Bei eventueller Vererbung eines Bodenreformgrundstücks handelte es sich in jedem Falle um "originären Eigentumserwerb", nicht um derivativen; der Rat des Kreises bzw. die KBK mußten jeweils ihre Zustimmung geben²³⁷⁾. Nur in besonderen Fällen, bei Gebrechlichkeit des Besitzers o.dgl., war eine vorweggenommene Erbfolge möglich. Die weichenden Erben hatten keine Ansprüche an die Wirtschaft, nur an das persönliche Vermögen des Verstorbenen und an einem evtl. erwirtschafteten Wertzuwachs. Es gab ja keinen "Wert" des Neubauerngrundstücks als kapitalisierte Rente. Der Vorgang der Vererbung sah so aus: Der Erblasser sucht einen Erben aus und macht mit diesem einen "Überlassungsvertrag". "Dabei hat der Rat des Kreises zu prüfen, ob der Erbe den Voraussetzungen entspricht, die an einen Neubauern in fachlicher, charakterlicher und politischer Hinsicht zu stellen sind."²³⁸⁾ Interessanterweise sieht sich Arlt an dieser Stelle gehalten, zu bemerken: "Diese Regelung der Erbfolge an Neubauernwirtschaften ist keineswegs mit der faschistischen Erbhofgesetzgebung vergleichbar."²³⁹⁾ Der Vergleich drängt sich allerdings geradezu auf (cf. dazu D II 1.).

Mit Zustimmung des AdgB konnte ein Neubauer gegen Kaufpreiserstattung die Stelle zurückgeben, so jedenfalls war es in §2, Abs. 1 der X. AB zur BRVO vom 1. Aug. 1947, der allerdings nur bis zum 31. Dez. 1947 galt, festgelegt. Die Zusammenlegung zweier Wirtschaften und die Bearbeitung durch einen Bauern, sog. Zwillingswirtschaften, war unzulässig. Gesah es trotzdem, mußte jede Wirtschaft gemäß der neuen Größe abliefern. Bei Döring²⁴⁰) ist nachzulesen, daß bei Krankheit oder Überlastung des Besitzers die Aufteilung oder Verpachtung einer Bodenreformwirtschaft möglich war. Nicht existenzfähige Neubauernstellen (Kriterium!) konnten aufgestockt werden, sofern die KBK einwilligte. Der Entzug von Bodenreformland war möglich, wenn ein Strafurteil mit Vermögenseinziehung (z. B. bei "Wirtschaftsvergehen") ergangen war; bei Verlassen der Wirtschaft; wenn der Besitzer nachträglich als "Nazi-Aktivist" erkannt wurde.

Auch das Arbeitseigentum - der Bauer eignet sich die Ergebnisse seiner eigenen Arbeit an, "wobei er die landwirtschaftliche Produktion in der Hauptsache mit seinen eigenen Produktionsinstrumenten und -mitteln durchführt, also auch mit seinem eigenen Boden" - der Altbauern sei in dem neuen System von den "Fesseln der absoluten Grundrente" befreit worden. Das kapitalistische Grundeigentum der Großbauern habe jedoch noch fortbestanden. Veräußerung und Verpachtung von Altbesitz waren genehmigungspflichtig, ebenso auch die Belastung, wenn sie 50% des zuletzt geschätzten Einheitswerts überstieg. Bei Alteigentum bestand freie Vererbbarkeit und die Möglichkeit der "Kapitalisierung der bezogenen Rente". Es gab für Alt- und Neubauern nicht nur ganz konkrete Nutzungsvorschriften (Ablieferungsbescheide für pflanzliche und tierische Produkte), sondern eine generelle Nutzungspflicht. Bei tatsächlicher oder vermeintlicher Vernachlässigung dieser Pflicht bestand u. a. die Möglichkeit der Zwangsverpachtung.

Ziel all dieser Bestimmungen des Grundeigentumsrechts in der SBZ/DDR sei, so Arlt, die Verhinderung des Übergangs des Arbeitseigentums der Bauern in kapitalistisches Eigentum gewesen.

Arlt geht auch auf das KRG Nr.45²⁴¹⁾ ein, das in der Tat bemerkenswerte Vorschriften enthielt. Art.I hatte zunächst eine ganze Reihe von Gesetzen und VO, einschließlich des REG, für aufgehoben erklärt. Es hatte außerdem bestimmt, daß das Grundeigentum in Zukunft frei sei, aber auch die Genehmigungspflicht für den Bodenverkehr verfügt, bei schlechter Bewirtschaftung sogar Aufsicht oder Zwangsverpachtung (Art.VII) angedroht. Dazu Arlt: "Die Erklärung des KRG Nr.45, daß aller land- und forstwirtschaftliche Grund und Boden in Zukunft freies Eigentum sei, sagt noch nichts über den klassenmäßigen Inhalt dieses Grundeigentums aus. ...

Welche Einwirkungen dieses Gesetz auf die in der Landwirtschaft bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nehmen sollte, hängt also von seiner Handhabung und seiner Ausführungsgesetzgebung ab."²⁴²⁾ Die Genehmigungspflicht interpretiert er so: "Das KRG Nr.45 bot in Gestalt der Genehmigungspflicht jeder Verfügung, Belastung und Verpachtung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke die äußeren Mittel zur Einschränkung und Begrenzung der Wirksamkeit der kapitalistischen Grundrente."²⁴³⁾ Und weiter: "Die traditionellen formal-abstrakten Eigentümerbefugnisse - das Besitz-, Nutzungs- und Verfügungsrecht - sind zwar erhalten geblieben, haben aber insofern eine grundlegende Änderung erfahren, als neben das Besitz-, Nutzungs- und Verfügungsrecht eine durch die neuen demokratischen Gesetze genau festgelegte und ausgedrückte Besitz-, Nutzungs- und Verfügungspflicht getreten ist."²⁴⁴⁾

Damit ist klar, daß selbst eine formal einheitliche Agrargesetzgebung in Deutschland die Kommunisten nicht davon abhalten konnte, sie nach Belieben inhaltlich aufzufüllen und in die Praxis umzusetzen

Im Zuge und im Ergebnis der Bodenreform sei, so Arlt, "ein konsequent demokratisches Agrarrecht" entstanden. "Dieses Recht wurzelte von Anfang an tief in den Bündnisbeziehungen zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft. Es beinhaltete vor allem folgende Kernstücke, die zugleich die Fundamente der weiteren Entwicklung des Agrarrechts der sozialistischen Etappe in der DDR bildeten: das Recht des Arbeits-

eigentums der werktätigen Bauern am Boden und an den Wirtschaften einschließlich des Rechts der Neubauernwirtschaften; das Recht der VEG und des staatlichen Bodeneigentums; das Recht der Produktionsbeziehungen zwischen den staatlichen MAS/MTS und den Wirtschaften der werktätigen Bauern; das Recht der landwirtschaftlichen Genossenschaften auf der Grundlage der Gründung der VdGB als Massenorganisation der werktätigen Bauern und der demokratischen Umgestaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung sowie das Recht der Pflichtablieferung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse und ihres freien Aufkaufs."²⁴⁵⁾

3. Zur Rechtspraxis

Wer vorsätzlich, fahrlässig oder auch gänzlich ohne eigenes Verschulden seine Ablieferungsverpflichtungen nicht erfüllte, mußte damit rechnen, als Wirtschaftsstraftäter belangt zu werden ("Ablieferungsstraftaten"). Je nach Schwere der Verstöße waren die Strafen bis zur Todesstrafe gestaffelt. Als Rechtsgrundlage dienten, wie erwähnt, die Kriegswirtschafts-VO und andere Bestimmungen aus der NS-Zeit sowie die Befehle der SMA, von denen der Befehl Nr. 160 vom 3. Dez. 1945²⁴⁶⁾ besondere Bedeutung hatte.

Die Nichterfüllung der Ablieferungsverpflichtungen zählte zu den "Angriffen gegen den demokratischen Wirtschaftsaufbau". Diese Sammelbezeichnung umfaßte²⁴⁷⁾: Sabotage der neuen Ordnung einschl. der Bodenreform durch "faschistisch-imperialistische Elemente"; Schiebung und Warenspekulation; Nichtbeachtung der Gesetze über die Planung der Produktion, über die Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, über eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung; Korruptionserscheinungen im Staats- und Wirtschaftsapparat sowie Straftaten gegen staatliches, privates oder persönliches Eigentum und Verletzung von Bewirtschaftungsbestimmungen.

1946-48 sind nach Benjamin (1976) 50.000 bis 60.000 Wirtschaftsstraftaten - ca. 12 v.H. der Gesamtstraftaten - erfaßt worden. Dies sei aber nur ein Teil der gesamten Wirtschaftskriminalität gewesen, die unbekannt gebliebenen Fälle seien

erheblich mehr gewesen.

Wurde Säumigkeit bei der Ablieferung festgestellt, so lief folgender Vorgang ab: "Der Landrat händigt dem ihm listenmäßig gemeldeten Säumigen eine schriftliche Verwarnung aus. Der Säumige hat auf Grund dieser Verwarnung in 15tätiger Frist den gesamten Rückstand und eine vorzeitige Ablieferung der noch ausstehenden Restmengen vorzunehmen. Bei weiterer Nichterfüllung innerhalb der in der schriftlichen Verwarnung angegebenen Fristen hat der Landrat die Unterlagen dem Gericht zu übergeben zur Verantwortung entsprechend dem Befehl Nr. 160/1945 der SMAD."²⁴⁸⁾

Die Aburteilung, wenn sie nicht nach überkommenen Gesetzen (z.B. StGB) erfolgte, wurde als Strafbefehlsverfahren²⁴⁹⁾ durchgeführt. Hierbei spielte der Befehl Nr. 160, wie angedeutet, eine oft verhängnisvolle Rolle. "Eine spezielle Bedeutung erlangte Befehl Nr. 160 im Zusammenhang mit den SMAD-Befehlen über die Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, über Maßnahmen zur Bestellung der landwirtschaftlichen Flächen und des Aufbaus der Viehbestände. So wurde zum Beispiel in den Befehlen Nr. 45 vom 6. Februar 1946, Nr. 71 vom 6. März 1946, Nr. 163 vom 27. Mai 1946, Nr. 171 vom 17. Juni 1946, Nr. 14 vom 14. Januar 1947, Nr. 60 vom 13. März 1947 bestimmt, daß Personen, die sich böswillig ihren Pflichten aus der Pflichtablieferung, zur Bestellung der Felder oder zur Entwicklung der Viehbestände entziehen, nach Befehl Nr. 160 strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen sind. Damit sollten die wirklichen Saboteure an der Ernährung des Volkes getroffen werden. Befehl Nr. 160 war gemäß seinen Tatbestandskriterien nur bei einer bestimmten Schwere der Straftat anzuwenden. Einfache Verstöße gegen die Pflichten zur Erfüllung der Ablieferungsnormen fielen nicht darunter. ... In Ablieferungsstrafverfahren wurde er nicht selten unzulässigerweise angewandt, andererseits fand in Fällen von Wirtschaftssabotage oft nur das Wirtschaftsstrafrecht Anwendung."²⁵⁰⁾ Entscheidend sollte der böswillige und gesellschaftsgefährdende Charakter der Straftat sein, nicht die "formelle Erfüllung des gesetzlichen Tatbestandes" (Legalitätsprinzip). Über die Willkürlichkeit

der Rechtsprechung braucht man sich auch deshalb nicht zu wundern, weil ein Großteil der Richter in Schnellkursen ausgebildete "Volksrichter" waren, denen oft jegliche Rechtspraxis fehlte, die sie durch die richtige politische Einstellung ersetzen mußten. Besonders in Brandenburg und Mecklenburg sei es zu "überspitzten Urteilen" gekommen, nicht selten aber gezielt gegen politisch unliebsame Bauern, an denen man ein Exempel statuieren wollte. Für die Betroffenen bedeutete dies in vielen Fällen nicht nur den Verlust der persönlichen Freiheit, sondern auch der wirtschaftlichen Existenz. Es dürfte nicht immer leicht gewesen sein, die Vorsätzlichkeit der Nichterfüllung nachzuweisen, oft war man daran auch gar nicht interessiert.*)

Geringfügige Delikte - gewissermaßen aus "existenzieller Notwehr" - fanden sozusagen in aller Öffentlichkeit statt und wurden oft nicht weiter verfolgt. "Im strengen Winter 1946/47 und im Frühjahr 1947 nahmen bestimmte Wirtschaftsdelikte zeitweilig Massencharakter an, so das Entwenden von Brennmaterial, das Eintauschen von Lebensmitteln gegen Wertsachen, das Plündern von Kohle- und Lebensmittelzügen." ²⁵⁾

Gegen Bauern, die den schwarzen Markt belieferten oder Kompensationsgeschäfte machten, wurde in der Regel streng vorgegangen. Man muß aber einschränkend hinzufügen, daß die Bauern in dieser Situation allgemeinen Lebensmittelmangels durch Lebensmittelgeschenke bei der deutschen und sowjetischen Administration bisweilen einiges zu ihren Gunsten bewirken konnten.

*) Zur Qualität der Richter, des Personals der Justizverwaltung und zur Rechtspraxis cf. Löwenthal (1948).

E SYSTEMATISIERENDER TEIL:

STRUKTURELLE, FUNKTIONALE UND ÖKONOMISCHE SPEZIFIKA DER AGRARWIRTSCHAFT DER SBZ

I Wirtschaften in der Ausnahmesituation

Alle Grundtatbestände des Wirtschaftens sind natürlich auch in der wirtschaftlichen Ausnahmesituation gegeben. Im Ggs. zu den dem volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand in etwa entsprechenden Bedingungen der Normalsituation wird in ihr aber die Spannung zwischen den Bedürfnissen und der verfügbaren Gütermenge vor allem deshalb verstärkt, weil aufgrund der erheblichen Störungen des Wirtschaftsablaufs und der Beschädigung wichtiger Strukturelemente des Wirtschaftssystems sich die Menge der hergestellten Güter stark vermindert. Durch die Zunahme der mit Nahrungsmitteln zu Versorgenden bei gleichzeitigem Absinken der agraren Gesamtproduktion und dem Wegfall von Ausgleichslieferungen von außerhalb der Zone wurde die Befriedigung des physiologischen Grundbedürfnisses nach Nahrung zu einem eminenten Problem. Die unabwiesbare Notwendigkeit, sich zuallererst mit Nahrung, die zur Mangelware geworden war, zu versorgen, führte zu einer völligen Neubewertung der einzelnen Güter und zu ungewohnten Verhaltensweisen. Die Beschaffung der zum physischen Überleben notwendigen Nahrungsmittel wurde zu einem großen Zeitaufwand erfordernden Bemühung einer großen Zahl von Menschen. Unter derartigen Verhältnissen wuchs den Nahrungsmittelproduzenten natürlich eine privilegierte Stellung zu. Nicht nur entfiel für sie die aufreibende, kostspielige und oft demütigende Jagd nach Erbarem, sondern sie befanden sich ganz plötzlich in einer für sie außerordentlich günstigen Tauschsituation (Marktposition).

Die spezifische Struktur und Funktion des mitteldeutschen Agrarwirtschaftssystems muß auch im Zusammenhang mit dieser wirtschaftlichen Ausnahmesituation gesehen werden. Seine Konstruktion stellte u.a. den Versuch dar, auf die volkswirtschaftlichen Disparitäten in einer Weise zu reagieren, die unverdiente Nachteile der Konsumenten auf der einen und ebenso

unverdiente Vorteile der bäuerlichen Produzenten auf der anderen Seite auszugleichen ermöglichte. Längerfristige agrarpolitische Zielvorstellungen wurden dabei von Anfang an immer mitberücksichtigt, ja diese hatten in der Regel Priorität vor situationsadäquaten Anpassungen der Struktur und Funktion der Wirtschaft. Die vielen Härten, die dieses Agrarwirtschaftssystem den bäuerlichen Produzenten auferlegte, können nicht ohne Bezug auf die gesamtwirtschaftliche Situation und auf den durchaus legitimen Versuch, auch unter Zuhilfenahme von Zwangsmaßnahmen, die völlig ungleich gestreuten sozialen Belastungen gerechter zu verteilen, richtig beurteilt werden. In dieser Perspektive empfiehlt sich eine differenzierte und vorsichtige Einschätzung selbst der systemspezifischen Unzulänglichkeiten dieser eigentümlichen Wirtschaftsordnung.

Der Nutzenbegriff ist bekanntlich recht vage. Der Nutzen eines wirtschaftlichen Gutes hängt in jedem Fall von der Art der vorgegebenen Ziele und Zwecke ab. Demnach bedeutet Nutzenmaximierung, als Grundprinzip wirtschaftlichen Handelns, auch in den unterschiedlichen Allokationssystemen und unter verschiedenen Rechts- und Sozialverhältnissen auch verschiedenes. Wenn z.B. die Transformation des sozialen Gesamtsystems und damit auch des wirtschaftlichen Subsystems zum vorrangigen Ziel gemacht wird, ist zu erwarten, daß die i.e.S. wirtschaftlichen Nutzenvorstellungen durch außerökonomische Zielvorstellungen überlagert und relativiert werden. Ein solches Wirtschaftssystem kann deshalb auch nicht ohne Bezug auf derartige gesamtgesellschaftliche Zielvorstellungen angemessen evaluiert werden. Bewertungen und Vergleiche der Produktivität, der Produktionsleistungen, der Einkommen usw. sind zwar notwendiger Bestandteil einer solchen Evaluierung, sie sind aber nicht hinreichend. Je nach Zielvorgabe müßte man noch sehr schwer zu bewertende, hauptsächlich qualitative Aspekte in die Bewertung einbeziehen. Durch die Vernachlässigung dieser Gesichtspunkte wird oft der Wert systemvergleichender Analysen von Wirtschaftsordnungen beeinträchtigt.

Zur Frage der Nutzenmaximierung in einem engeren Sinne

läßt sich über das Wirtschaftssystem der SBZ folgendes anmerken. Durch die Art der Informationsgewinnung und -verarbeitung war die Kenntnis der wirtschaftlichen Daten sehr gering. Selbst wenn man annimmt, daß insgesamt eine hinreichende Menge an Information zur Verfügung stand, mußte durch die zentralistisch erfolgende Planung und Allokation der Produktionsmittel die Informationsverarbeitung und -nutzung stark beeinträchtigt werden. Es gab in diesem System auch keinen funktionierenden Knappheitsmesser und deshalb auch keine verlässliche Kostenrechnung. Da aber Kostenabwägungen für die Nutzenmaximierung unerlässlich sind, war sie durch diesen Umstand merklich behindert. Desweiteren ist Nutzenmaximierung ohne eine entsprechende Motivation der Wirtschaftssubjekte nicht vorstellbar. Die Besonderheiten des Plankoordinierungssystems und die Einschränkung der Dispositionsbefugnisse haben nicht nur die Allokationseffizienz vermindert, sondern in Verbindung mit der weitgehenden Eliminierung des Gewinnprinzips dürften sie auch demotivierend bei der Leistungsabgabe gewirkt haben. Trotz der systemspezifischen Hemmnisse und der situativen Besonderheiten, die seiner Verwirklichung im Wege standen und trotz der dadurch entstehenden Diskrepanz zwischen dem volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen und dem der einzelnen Wirtschaftssubjekte, blieb das Prinzip der Nutzenmaximierung auch in der Ausnahme-situation Leitmotiv wirtschaftlichen Handelns, wenngleich der Versuch seiner Anwendung oft zu skurrilen Verhaltensweisen führte.

II Strukturelemente des Agrarwirtschaftssystems

1. ZVW oder Marktwirtschaft?

Fragt man zum Zwecke einer ersten Orientierung danach, ob in dem nach dem Zusammenbruch in Mitteldeutschland entstandenen Agrarwirtschaftssystem markt- oder zentralverwaltungswirtschaftliche Elemente überwogen, so läßt sich anhand der Kurzcharakterisierungen der zwei reinen polaren Grundformen der Wirtschaftsordnungen schon eine eindeutige Klassifizierung

vornehmen. Bis auf die Eigentumsverhältnisse - ein allerdings wichtiges systemdifferenzierendes Ordnungselement - finden wir alle wesentlichen Merkmale einer Zentralverwaltungswirtschaft in diesem System vor.

Es gab zentrale Planung(DVLF) und Allokation der Produktionsfaktoren durch staatliche Stellen bzw. von von diesen kontrollierte Agenturen(VdGB,Genossenschaften,aber auch privater Handel) nach dem Prinzip der Feststellung von Bedarf (Bedarfsplan der DVHV) und Aufkommen(Produktionsplan der DVLF) auf der Grundlage der Mengensaldierung. Die Plananweisungen gingen von der Zentrale(DVLF) über die weiter differenzierenden intermediären Ebenen der Länder,Kreise und Gemeinden an die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe.

Allerdings herrschte eindeutig formal-rechtliches Privateigentum(bei Neubauern: "persönliches" Eigentum) an den sachlichen Produktionsmitteln vor. Durch die starke Einschränkung der Dispositionsbefugnisse wurden die wichtigsten Eigentumsrechte aber tatsächlich von staatlichen Instanzen ausgeübt. Eine eigenständige Willensbildung der Eigentümer war kaum möglich,für Neubauern noch weniger als für Altbauern. Das Ziel der landwirtschaftlichen Betriebe war die Erfüllung des Planes(Pflichtablieferungsauflagen).Ihre Leistung wurde über Planbilanzierung(Bestellungs- und Erntetermine,Ablieferungsmengen) kontrolliert. Die Preise für Agrarprodukte und auch für agrarextern erzeugte Inputs wurden staatlich festgesetzt. Durch das doppelte Preissystem hatten diese zwar keine echte Lenkungsfunktion,aber eine gewisse Anreizwirkung(freie Spitzen). Geld entstand nichtspontan in der 2. und 3. Form,auf subsidiären Märkten auch in der 1.Form,außerdem spielte Naturaltausch eine große Rolle.

2. Strukturelemente

Versuchen wir nun über die Beschreibung der einzelnen Ordnungselemente die drei Teilstrukturen - Entscheidungs-,Informations- und Motivationsstruktur - genauer zu erfassen.

Um wirklich genau zu sein,müssen wir darauf hinweisen, daß die von uns als zentrale Planinstanz angesprochene DVLF

selbst nur eingeschränkte Entscheidungskompetenz besaß. Nicht einmal das Hauptquartier der SMAD in Karlshorst kann als eigentliche Zentrale gelten, denn es war dem Politbüro in Moskau untergeordnet. Da aber die zentralen Plananweisungen von der DVLF ausgegeben wurden und auch die Erfüllungsmeldungen an sie gingen, werden wir sie auch weiterhin, obwohl gleich ein Gegenbeispiel folgt, wie eine vollkompetente Zentralinstanz behandeln.

Die DVLF stellte auf der Basis der Ernteergebnisse des jeweiligen Vorjahres und zusätzlicher (statistischer) Informationen Produktionspläne für die fünf Länder der Zone auf. Diesem Gesamtplan wurden der von der DVHV erarbeitete Bedarfsplan und die Planvorstellungen der Landwirtschafts- abteilung des SMAD-Hauptquartiers gegenübergestellt. Nach Abstimmung und eventueller Korrektur dieser Pläne wurde von den Sowjets der endgültige Produktionsplan als Befehl an die DVLF ausgegeben, die ihrerseits die Plananweisungen für die einzelnen Länder ausarbeitete und an diese weitergab. Die Länder unterverteilten (differenzierten) ihre Pläne an die Kreise, diese an die Gemeinden, die nun den einzelnen Betrieben ihre Sollquoten zuwiesen. Die Pläne, die auf der Grundlage eines Veranlagungssystems erstellt und ausdifferenziert wurden, legten Art und Menge der abzuliefernden Produkte fest. Selbst Termine für den Abschluß der Bestellungs- und Erntearbeiten wurden vorgegeben. Für die betriebsinterne Willensbildung konnte folglich nur ein sehr kleiner Spielraum übrig bleiben. Das Programm der pflanzlichen Produktion war in fast allen Einzelheiten dem Betriebsleiter vorgegeben. Bis zur Einführung der Hektarveranlagung bei der tierischen Produktion lag es jedoch bis zu einem gewissen Grade im Ermessen des Betriebsleiters, wieviel Vieh er halten wollte, denn die Sollmengen wurden nach der Stückzahl bestimmt und diese war nicht vorgeschrieben. Da auch die agrarextern produzierten Inputs (Produktions- bzw. Betriebsmittel) rationiert waren und nach staatlich vorgegebenen Richtlinien verteilt wurden, viele Bauern auch auf überbetriebliche Hilfe durch die VdgB/MAS und Genossenschaften angewiesen waren, die keineswegs freie

Assoziationen der Produzenten, sondern eher Agenturen des Staates waren, hatte die betriebsinterne Willenbildung nur noch rudimentären Charakter. Gleichwohl blieb auch unter diesen Umständen die Fähigkeit des Betriebsleiters ein wichtiger Produktionsfaktor ("human capital"), dessen Qualität den Betriebserfolg nicht unwesentlich beeinflussen konnte.

Die weitgehenden Einschränkungen der Dispositionsbefugnisse hatten, ungeachtet der fortbestehenden formal-rechtlichen Eigentumstitel, die tatsächlichen Eigentumsrechte an staatliche Instanzen übergehen lassen. Besonders ^{deutlich} wird dies bei neubäuerlichem Besitz, an dem sich der Staat eine Art Obereigentum vorbehalten hatte. Die Neubauern durften ihren Besitz weder belasten, noch verpachten, noch verkaufen. Sie konnten deshalb auch keine Altenteilverträge abschließen. Vererbung auf gewöhnliche Weise war nicht möglich, Testierfreiheit des Erblasers gab es nur in Form eines Vorschlagsrechts. Vererbung war nur als originäre Besitzübertragung durch die KBK möglich, wobei über die persönliche Eignung des "Erben" behördlicherseits befunden wurde. Die Altbauern waren demgegenüber in einer besseren Position. Ihre Dispositionsbefugnisse wurden hauptsächlich durch das System der Pflichtablieferungen und die staatliche Reglementierung der Input-Zufuhr sowie das Quasi-Monopol der Output-Abnahme eingeschränkt.

Man kann in Anbetracht der wohl auch durch die formal-rechtlichen Eigentumstitel begründeten privatwirtschaftlichen Motivation und der mit dem Teilablieferungssystem eingeführten marktähnlichen Strukturen (freie Spitzen) vermuten, daß auch das Gewinnprinzip das Wirtschaftshandeln der Bauern, wenn auch nicht entscheidend, mitbestimmte. Auch die Existenz z.T. illegaler, aber durchaus funktionierender subsidiärer Märkte dürfte das Gewinndenken vieler wirtschaftsstarker Bauern befördert haben. Dies war ja auch die erklärte Absicht der Systemkonstrukteure. Gleichwohl mußte, nicht zuletzt angesichts der angedrohten Sanktionen, das mit absoluter Priorität anzustrebende Betriebsziel die Erfüllung der zudiktierten Pläne sein. Nur überschießende Mengen konnten ja zu

erhöhten Preisen abgesetzt werden, so daß nur derjenige überhaupt an diese Form von Gewinn denken konnte, der seine Sollmengen abgeliefert hatte.

Die Leistung der Produzenten wurde direkt über die Bilanzierung der tatsächlich abgelieferten und der Sollmengen kontrolliert. Der Erfolg auf den subsidiären Märkten hatte dagegen nur untergeordnete Bedeutung. Bei Leistungsverweigerung, aber auch bei unverschuldetem Leistungsunvermögen - die Unterscheidung zwischen diesen Fällen war nicht immer möglich, wurde oft auch gar nicht versucht - drohten den Bauern harte Sanktionen. Gegenüber diesem Zwang zur Planerfüllung konnten die "ökonomischen Hebel", die über in Aussicht gestellte Einkommensvorteile ausgeübten Anreize, nur wenig bewegen. Leistungskontrollen über den Erfolg auf den subsidiären Märkten waren bestenfalls eine Ergänzung der direkten administrativen Kontrollen.

Wie in jeder ZVW bestand auch in der SBZ nach dem Zusammenbruch, trotz der durch die Bankenschließung den privaten Nachfragern entzogenen großen Geldmenge, ein beträchtlicher Geldüberhang, der zu inflationistischen Tendenzen führte, die man versuchte durch das Fixpreissystem latent zu halten, die jedoch auf den Restmärkten voll durchschlugen. Da bis zur Währungsreform die Geldsysteme der Zonen sich der gleichen Währung bedienten, war eine völlig autonome Geldpolitik der SBZ bis dahin nicht möglich. Die Sowjets und die sowjetzonale Administration schöpften gleichwohl Geld ohne große Rücksichtnahme auf volkswirtschaftliche Belange. Da das Geld aber nur noch sehr beschränkte Funktionen hatte, blieb dieser recht willkürliche Umgang mit ihm ohne größere Wirkungen. Als allgemeines Tauschmittel war das umlaufende Geld nur noch eingeschränkt verwendbar, hierfür hatten sich festere Währungen etabliert. Extrem knappe (Konsum)güter ("Zigarettenwährung") traten bei vielen Tauschhandlungen an seine Stelle oder man machte von vornherein geldfreie Kompensationsgeschäfte (eine Art Naturaltausch). Das Geld hatte auch deshalb wesentliche Funktionen verloren, weil die Preise (und Löhne) keine Indikatoren der relativen Güterknappheiten waren, sondern admi-

nistrativ fixiert wurden. Wenn nämlich veränderte Knappheitsverhältnisse(ceteris paribus) die geldliche Bewertung eines Gutes nicht ändern,weil eben der Preis fixiert ist,ist die preisliche Auszeichnung nur eine Begleiterscheinung mengenmäßiger Bilanzierung. Die auf dem Schwarzmarkt erzielten Preise standen in keinem Verhältnis zu den offiziellen Festpreisen. Für das Agrarwirtschaftssystem,wie für die gesamte Wirtschaft,hatten Geld und Preise kaum Lenkungsfunktionen, da die benötigten Inputs nur in unzureichender Menge verfügbar waren und rationiert und zugewiesen wurden,während der Output zum größten Teil als Soll gegen eine Geldmenge mit viel zu geringem Tauschwert(Schwarzmarktpreise als Anhaltspunkt) abgeliefert werden mußte,d.h. faktisch konfisziert wurde.

3. Die Grundprobleme des Wirtschaftens und ihre Lösung in der Ausnahmesituation

Das ohnehin sehr komplexe Problem der Lenkung der nur beschränkt verfügbaren Produktionsfaktoren in die möglichen alternativen Verwendungen hatte sich unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Ausnahmesituation weiter kompliziert. Die starke Verminderung des Produktionspotentials und die damit einhergehende Güterverknappung,insbesondere auch der lebensnotwendigen,wie z.B. der Nahrungsmittel,bei gleichzeitiger sehr ungleichgewichtiger Verteilung der Tauschwerte machte außergewöhnliche Maßnahmen der Faktor- und Güterverteilung notwendig. Es ging ja nicht nur um die Aufrechterhaltung der Wirtschaftstätigkeit als solcher und ihrer Optimierung unter den obwaltenden Bedingungen,sondern vor allem auch um eine Allokation der Faktoren und Güter,die sicherstellte,daß die gesamte Bevölkerung ein ihre physische Existenz sicherndes Minimum lebensnotwendiger Güter erreichte. Ein marktwirtschaftlich verfaßtes System,in dem nur die mit hinreichenden Tauschwerten ausgestatteten Nachfrager die lebensnotwendigen Güter in ausreichender Menge hätten ersteigern können,hätte dies vermutlich nicht leisten können. Nur die nach bestimmten Kriterien erfolgende direkte Zuwei-

sung der Güter konnte durch eine möglichst einheitliche Nivellierung des Lebensstandards auf einem Niveau in der Nähe des Existenzminimums das Überleben der gesamten Bevölkerung gewährleisten. Für die mitteldeutsche Landwirtschaft konnte in dieser Situation das mit absoluter Priorität zu versiehende Ziel nur sein: Maximierung der landwirtschaftlichen Produktion. Daß Output-Maximierung kein generelles Ziel wirtschaftlichen Handelns ist, sondern ein situationsbedingtes war, braucht wohl nicht eigens begründet zu werden. Daneben muß natürlich gerade in einer Zeit größten Mangels auf eine möglichst effiziente Verwendung und Kombination der Faktoren geachtet werden, denn, wie treffend bemerkt wurde, der Arme kann es sich noch weniger leisten als der Reiche, verschwenderisch zu sein. Dies bedeutet, daß die situationsspezifischen Ziele des Wirtschaftens mit minimiertem Faktoreinsatz (Minimalkostenkombination) zu verwirklichen waren. Um dies jedoch leisten zu können, hätte man über einen echten Knappheitsmesser und eine funktionierende Kostenrechnung verfügen müssen. Das war nicht der Fall, denn der dazu erforderliche Marktpreismechanismus war ja fast völlig abgeschafft und durch eine administrative Güter- und Faktorzuteilung (Rationierung) ersetzt worden. Die Komplizierung, ja das Dilemma des allgemeinen Allokationsproblems und damit aller Grundprobleme des Wirtschaftens in der Ausnahmesituation bestand u.E. darin, daß man einerseits, aus den oben genannten Gründen, gezwungen war, Effizienz- und Kostengesichtspunkte zu vernachlässigen, um durch eine möglichst gerechte, vorwiegend an außerwirtschaftlichen Kriterien orientierte direkte Güterverteilung die physische Existenz der Gesamtbevölkerung zu sichern, daß aber gerade unter den Bedingungen extremen Mangels zur Erreichung dieses Zieles die Optimierung des Faktoreinsatzes nötig gewesen wäre, die aber durch die notwendig gewordene Beseitigung des Marktpreismechanismus und die Dominanz zentralverwaltungswirtschaftlicher Elemente nachhaltig behindert wurde.

Die Produktionsfaktoren wurden von staatlichen Planungsinstanzen in ihre Verwendungen gelenkt. Fast alle in der

Landwirtschaft benötigten sektorextern produzierten Inputs waren rationiert, sie wurden über die Genossenschaften, VdgB und nur in geringerem Umfang über den privaten Handel, der auch staatlich kontrolliert wurde, an die bäuerlichen Produzenten bzw. Staatsgüter verteilt oder verblieben bei den komplementären Einrichtungen, z.B. den Maschinenhöfen. Saat- und Pflanzgut war auch nicht frei verfügbar und wurde ebenfalls über die genannten Agenturen verteilt. Insofern hatte der ländliche Kredit, für den es im übrigen auch keinen freien Kapitalmarkt gab, eine nur untergeordnete Bedeutung. Nach der Neuverteilung eines beträchtlichen Teils der Gesamtbodenmenge durch die Bodenreform war die Bodenmobilität sehr gering. Diese Umverteilung selbst war nach administrativ vorgegebenen sozialpolitischen Kriterien erfolgt. Die durch die Landvergabe aus dem Bodenfonds geschaffenen Neubauernstellen waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht nur mit lebendem und totem Inventar, sondern auch mit Boden völlig unzureichend ausgestattet. Eine notwendige durchgreifende Korrektur der Gesamtbodenallokation über den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf Faktormärkten war in dem bestehenden Agrarwirtschaftssystem weder vorgesehen noch möglich. Insofern war auch die Allokation des Faktors Boden administrativ festgelegt.

Die nach der Bodenreform überwiegend klein- und mittelbäuerliche Agrarstruktur der SBZ gab dem Arbeitskräfteproblem in der Landwirtschaft einen von dem der anderen Sektoren abweichenden Charakter. Die "Zwitterstellung der kleinen Warenproduzenten" zwischen Arbeiter einerseits und Klein-kapitalist andererseits, die im Klein- und Mittelbauern vollzogene Synthese von Produktionsmittelbesitzer und Arbeitskraft, schufen gerade unter den Bedingungen der Ausnahmesituation, günstige Voraussetzungen für die Lösung des Arbeitskräfte- und natürlich auch des Motivationsproblems in der Landwirtschaft. Mit der Etablierung der Neubauernstellen war im wesentlichen, zumindest für eine gewisse Zeit, auch die Arbeitskräftezuweisung für den Agrarsektor abgeschlossen. Ein Spielraum bestand im Grunde nur bei der Zahl der Fremd-

Arbeitskräfte, die allmählich wieder reduziert wurde, nicht aber bei den Familienarbeitskräften, solange nämlich kaum außeragrарische Beschäftigungsmöglichkeiten bestanden und vor allem die Agrarstruktur nicht verändert wurde. Die "Arbeitsdiktatur" der DVAS war zwar für den Agrarsektor weniger bedeutungsvoll als für die anderen Sektoren, sie war aber für das damalige System besonders charakteristisch. Alle Arbeitsfähigen mußten sich registrieren lassen und waren gehalten - bei Strafe des Entzugs der Lebensmittelkarten -, die ihnen von den Arbeitsämtern zugewiesenen Tätigkeiten zu übernehmen. Kam es während der saisonalen Arbeitsspitzen in der Landwirtschaft, z.B. in der Erntekampagne, zu Engpässen, konnten jederzeit genügend Arbeitskräfte aus anderen Wirtschaftssektoren herbeigeschafft werden. Auch der Einsatz des Faktors Arbeit wurde mehr oder weniger zentral "geplant" und durchgeführt. Freie Wahl des Arbeitsplatzes, Tariffreiheit u.dgl. gab es, außer auf dem Papier, nicht. Unter diesen Umständen konnten weder die Gewerkschaften noch die VdGB die Funktionen von Interessenvertretungen der Arbeiter, Landarbeiter und Bauern wahrnehmen. Ebenso wie die Preise wurden die Löhne administrativ festgesetzt und nicht vertraglich zwischen autonomen Gruppen vereinbart. Die diktatorische Verfügung über die Arbeitskräfte verhinderte nicht nur ihren optimalen Einsatz, sondern warf darüber hinaus eine Reihe weiterer schwerwiegender Probleme auf.

Unter den Bedingungen großen Gütermangels, der ungleichgewichtigen Verteilung der Tauschwerte und der relativ geringen Kapazität sowie Illegalität der subsidiären Märkte mußte sich das Rationierungssystem für den überwiegenden Teil der Bevölkerung wie eine administrative Bedürfnisfestsetzung auswirken. Es wurde faktisch nur der durch die Rationen abgedeckte Teil der Grundbedürfnisse als in dieser Situation berechtigt anerkannt. Im Grunde ist zwar jede Form zentraler Planung auf eine generelle Bedürfnisfestlegung oder zumindest Bedürfnisvorausschätzung angewiesen, wobei den Konsumenten ein mehr oder weniger großer Spielraum - je nach Güterangebot - belassen wird. Dieses System aber hatte nicht nur den

Wirtschaftssubjekten als Produzierenden alle wesentlichen Planentscheidungen entzogen, sondern auch den Verbrauchern keine Nachfrageentscheidung belassen, wenn man, wie gesagt, die Möglichkeiten der Restmärkte außer Betracht läßt.

Wir haben schon angedeutet, daß die Schaffung einer Agrarstruktur, in der klein- und mittelbäuerliche Familienwirtschaften vorherrschten, gerade unter den geschilderten Bedingungen günstige Voraussetzungen für die Lösung des Leistungsproblems in der Landwirtschaft herstellte. Andererseits wirkte das System der zentralen Planung zusammen mit der Teilablieferungs-pflicht und anderen systemspezifischen Hemmnissen in erheblichem Umfang demotivierend auf die bäuerlichen Produzenten. Gleichwohl darf man vermuten, daß es im allgemeinen am Leistungswillen der bäuerlichen Produzenten nicht gefehlt hat, daß die außerordentlich schlechten Produktionsergebnisse der mitteldeutschen Landwirtschaft in der besprochenen Zeit also nicht die Folge unzureichenden Einsatzes der Bauern gewesen sind. Obwohl die einzelwirtschaftlichen Interessen der Bauern als Planausführende mit denen der zentralen Planungsinstanzen sicher nur selten übereingestimmt haben, wofür die Notwendigkeit der Installierung eines Konfiskationssystems spricht, ergab sich daraus doch kein besonders schwer zu lösendes Motivationproblem. Wenngleich die meisten Bauern ihre Veranlagung als zu hoch (relativ zu ihren damaligen Produktionsmöglichkeiten) empfunden haben dürften und den weitgehenden Entzug der betriebswirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse sicher nicht begrüßt haben, versuchten sie dennoch möglichst hohe Erträge zu erzielen. Einmal geschah dies aus einer traditionellen Einstellung zur Arbeit, zum Hof, zu ihrer bäuerlichen Existenz als solcher heraus, zum anderen lagen die Vorteile der Erfüllung der Planvorgaben auf der Hand: negative Sanktionen blieben aus, der Eigenverbrauch konnte sichergestellt bzw. vergrößert werden und die Einkommen konnten ganz legal durch den Verkauf der freien Spitzen an die entsprechenden Agenturen ein wenig oder aber durch illegalen Verkauf (Tausch) ganz erheblich aufgebessert werden. In diesem System gab es also einkommensindifferente Leistungsanreize

bzw. -zwänge: traditionelle Einstellungen und der Versuch, negative Sanktionen zu vermeiden; sowie auch Anreize über die Steigerung der Einkommen: die Aussicht, die überschießenden Mengen günstig absetzen zu können. Dabei wirkten die über außerbetriebliche Kontrollen durch die staatliche Bürokratie ausgeübten Leistungszwänge mit diesen Leistungsanreizen zusammen. Ein echtes Motivationsproblem im Sinne fehlender Leistungswilligkeit der bäuerlichen Produzenten hat es u.E. in diesem System, trotz großer staatlicher Zwänge, nicht gegeben.

Ohne Zweifel bestand ein sich auch oft artikulierender scharfer Gegensatz zwischen den die äußerst knappen Lebensmittel produzierenden Bauern und den vorwiegend städtischen Konsumenten, denen die Bauern oft als gierige, satte Parasiten erschienen, die auf ihren Überschüssen hockten und sich überhaupt nicht um ihre angespannte Versorgungslage kümmerten, vielmehr diese mit halsabschneiderischen Methoden auszunutzen versuchten. Tatsächlich aber hatten die Bauern nur auf den (illegalen) subsidiären Märkten eine besonders starke Stellung. Ansonsten hatten partikuläre Interessen keine Chance, außerhalb der staatlichen Instanzen sich zu etablieren und nachhaltig auf das Wirtschaftsgeschehen einzuwirken, wiewohl es sie durchaus gab. In diesem, total durch den Staat dominierten Wirtschaftssystem war kein Platz für private wirtschaftliche Macht. Alle wirtschaftlichen Machtpositionen - die "Kommandohöhen der Wirtschaft" - waren an staatliche oder quasi-staatliche Stellen übergegangen, die öffentliche Ordnungsmacht war auch auf dem Gebiet der Wirtschaft weder begrenzt, noch wurde sie in irgendeiner Weise durch demokratieanaloge Verfahren bzw. Institutionen kontrolliert. Der angesprochene Interessenkonflikt zwischen Bauern einer- und Konsumenten von Nahrungsmitteln andererseits konnte in diesem System nur an Randstellen der Gesellschaft virulent werden. Der Staat schaltete sich dazwischen, indem er die Bauern zwang, den größten Teil ihrer Erzeugnisse abzuliefern, die er dann über das Rationierungssystem an die Konsumenten weiterreichte, und zwar jeweils zu Konditionen, die er selbst festlegte.

Damit ist auch schon das Verteilungsproblem und seine Lösung angesprochen. Die staatliche Omnipotenz auf allen Gebieten vereinfachte dieses Problem sehr. Die Kriterien der Einkommens- und Güterverteilung wurden durch staatliche Instanzen formuliert und über Fixpreise und -löhne, Produktions- und Abgabeauflagen, Rationierungen u.dgl. zur Anwendung gebracht. Die Einkommensverteilung innerhalb der Landwirtschaft wurde nachhaltig indirekt durch das System der Differenzierung, in dem auch außerwirtschaftliche Elemente zum Tragen kamen, beeinflußt. Die Begünstigung der Neubauern bei der Veranlagung kann man seiner Wirkung nach als einen sozialpolitisch motivierten, innersektoralen Einkommenstransfer betrachten. Durch die Teilablieferungspflicht blieb aber auch ein gewisser Spielraum für die eigeninitiative Beeinflussung der bäuerlichen Einkommen bestehen.

III Typologische Benennung

Versuchen wir nun, auf der Grundlage des oben Gesagten, eine Typisierung des Agrarwirtschaftssystems durch die Herausstellung der dominierenden systemkonstituierenden Ordnungselemente vorzunehmen.

Staatliche Stellen bestimmten über die Plansteuerung das Wirtschaftsgeschehen in entscheidender Weise. Neben der zentralen Plananweisung existierten zwar noch subsidiäre Märkte, auf die keine ZVW verzichten kann, die wohl auch für den kurzfristigen Wirtschaftsprozess eine gewisse Bedeutung, insgesamt aber nur ergänzende Funktionen hatten. Nach dem Kriterium der Dominanz des Plankoordinierungssystems handelte es sich bei diesem Wirtschaftssystem folglich um eine unvollkommene ZVW.

Es wurde gezeigt, daß, trotz Vorherrschens formal-rechtlichen Privateigentums, die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zum größten und entscheidenden Teil an staatliche Stellen übergegangen war. Nach dem Kriterium der Dominanz privater oder staatlicher Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel handelte es sich also um ein sozialistisches(bureaukratisches) Wirtschaftssystem.

Typisiert man dieses Wirtschaftssystem nach der Art der Kombination der sachlich konstitutiven Faktoren, des dominierenden Lenkungs- und Koordinierungssystems und der dominierenden Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, so kann man es als sozialistische (bureaukratische) unvollkommene (gemischte) Zentralverwaltungswirtschaft bezeichnen. (Bei dem typologischen Vergleich des nationalsozialistischen und sowjetzonalen Agrarwirtschaftssystems werden wir auf weitere, systemdifferenzierende Merkmale zu sprechen kommen.)

IV Agrarökonomische Spezifika der Ausnahmesituation

1. Zu den Grudtatbeständen und -problemen des Agrarsektors

1.1. Der primordiale Sektor

In der Ausnahmesituation treten die elementaren, oder wie Heidhues sie nannte: die unmittelbaren Bedürfnisse menschlichen Lebens in den Vordergrund und damit auch der Sektor, der die ihrer Befriedigung dienenden Güter produziert¹⁾. Die bei dem erreichten volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand als selbstverständlich vorausgesetzte Befriedigung der physiologischen Bedürfnisse war nun zu einem Problem für große Teile der Bevölkerung geworden. Dadurch mußte der Wirtschaftssektor, der die Voraussetzungen des Erhalts der physischen Existenz schuf, gegenüber den anderen wirtschaftlichen Bereichen an Gewicht gewinnen. Zugleich wurde die Möglichkeit der Landwirtschaft zu autarker Existenz angedeutet, eine Tatsache, die angesichts der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die für die Landwirtschaft mit der fortschreitenden Industrialisierung entstanden waren, längst in Vergessenheit geraten war. Die Abhängigkeit des landwirtschaftlichen Produktionsniveaus von außerlandwirtschaftlichen Zulieferungen, die ebenfalls in krasser Weise demonstriert wurde, kann nicht verdecken, daß die Landwirtschaft - auf einem allerdings relativ niedrigen wirtschaftlichen Niveau - prinzipiell von anderen Sektoren unabhängig bestehen kann. Diese Erfahrungen, die in Deutschland keineswegs zum ersten Mal gemacht werden mußten, können das Ver-

ständnis für eine Agrarpolitik, die die landwirtschaftliche Produktion nicht ausschließlich unter Produktivitäts- und Leistungsgesichtspunkten oder konjunkturpolitisch betrachtet, erhöhen. Es ist auch heute noch eine keineswegs völlig anti-quierte Zielsetzung der Agrarpolitik, den potentiellen Selbstversorgungsgrad der nationalen Landwirtschaft nicht allzu sehr absinken zu lassen. Selbstverständlich dürfen dabei die Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung und Kosten-gesichtspunkte nicht auf eine Weise vernachlässigt werden, die die Landwirtschaft zum Almosenempfänger innerhalb der Gesamtwirtschaft werden läßt.

1.2. Landwirtschaft und volkswirtschaftliche Entwicklung
In der Ausnahmesituation kommen einige der durch die fortschreitende volkswirtschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft induzierten Trends zum Stillstand oder kehren sich gar um. Diese gegenläufigen Trends können als Symptome der Anpassung an die vorübergehend zum Erliegen gekommene gesamtwirtschaftliche Entwicklung gedeutet werden. In der SBZ kam es in der Regressionsphase zu einer beträchtlichen absoluten Zunahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten und damit auch der Agrarbevölkerung. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am BSP nahm zu, vor allem wegen der Produktionsausfälle im gewerblichen Bereich, die absolut und auch relativ viel größer waren als die Produktionsrückgänge in der Landwirtschaft. Die Zunahme der Agrarbevölkerung führte im Zusammenwirken mit den Produktions- und Produktivitätsrückgängen der Landwirtschaft dazu, daß die landwirtschaftliche Produktion wieder einen stärker subsistenzwirtschaftlichen Charakter erhielt. Die landwirtschaftliche Marktproduktion war zu einem großen Teil eine durch das Ablieferungssystem erzwungene und entsprach anteilmäßig nicht der Leistungsfähigkeit des Agrarsektors. Die nachhaltige Störung der intersektoralen Tauschbeziehungen (Marktdesintegration) war vor allem eine Folge des katastrophalen Angebotsrückgangs bei gewerblichen Produkten. Ein System fixer Preise für die Pflichtablieferungen sorgte für die Nichtrealisierbarkeit der enorm gestiegenen Kaufkraft landwirtschaftlicher Erzeug-

nisse. Das gegenüber "normalen" wirtschaftlichen Verhältnissen umgekehrte Paritätsverhältnis drückte sich auf den subsidiären Märkten, also auf dem schwarzen Markt sowie bei Kompensationsgeschäften, überdeutlich aus, und zwar nicht so sehr in der geldlichen Bewertung - die war durch die inflationistischen Verzerrungen nicht realistisch-, sondern bei der Güteraufrechnung. Allerdings konnten die Bauern, die in der Lage waren, deutlich über ihre Veranlagung hinaus zu produzieren, die dadurch erzielten Einkommen nicht ertragssteigernd, sondern nur konsumtiv einsetzen, da es an in der Landwirtschaft verwendbaren Kapitalgütern mangelte. Der aus wirtschaftlichen Gründen entstandene Anpassungsdruck auf die Landwirtschaft hatte stark nachgelassen. Dafür war der politische Druck auf die Bauern größer geworden, der vor allem durch die Reform des gesamten Agrarwirtschaftssystems und das Ablieferungssystem induziert wurde. Genügte der Bauer den nach Art und Menge festgelegten Produktionspflichten nicht, so war seine wirtschaftliche Existenz bedroht.

Umgekehrt wurde auch die Entwicklung der Arbeits- und Bodenproduktivität: waren diese bislang, durch den Einsatz arbeits- und bodensparender Kapitalgüter, ständig gestiegen, so sanken sie nun infolge des Rückgangs der Kapitalverwendung und der Gesamtproduktion (Düngermangel) erheblich. Die intersektorale Mobilität des Faktors Arbeit war vorübergehend erhöht worden, hatte aber die Richtung umgekehrt, nämlich in den Agrarsektor hinein.

Die Nachfrage nach Agrarprodukten war stark angestiegen, der Output war stark vermindert, wodurch sich die Marktsituation der Landwirtschaft verbessert hätte, hätte es einen Markt gegeben.

Das Sinken des Wohlstandsniveaus in der Regressionsphase hatte, nimmt man die vorerwähnten Entwicklungen als Indikatoren, die Position der Landwirtschaft also deutlich verbessert, ein Umstand, dessen Implikationen bedenkenswert sind.

1.3. Die intersektoralen Beziehungen der Landwirtschaft
Mehr als die intersektoralen Beziehungen selbst müssen hier deren Bedingungen angesprochen werden. Die Gestaltung dieser

Beziehungen war gekennzeichnet durch die weitgehende und rigorose staatliche Reglementierung der Wirtschaftstätigkeit. Die Bedingungen der Ausnahmesituation stoppten die Tendenz zu zunehmender Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung wirtschaftlicher Vorgänge. Andererseits wurden die Beziehungen der Landwirtschaft zu den anderen Sektoren durch den akuten Mangel an Realkapital besonders wichtig. Durch die Schließung der Banken waren die Bauern bei der Kapitalbeschaffung auf die ländlichen Genossenschaften und die VdGB angewiesen, die nicht nur Betriebsmittel und anderes Realkapital, sondern auch Kredite verteilten. Nach einer kurzen Anlaufphase, in der die Genossenschaften noch gewisse Merkmale einer echten Selbstverwaltungskörperschaft aufwiesen, wurden diese immer mehr zu Funktionsträgern staatlicher Politik. Nach der Ausschaltung des privaten Großhandels und der Zurückdrängung des privaten Einzelhandels wurden die Genossenschaften und die VdGB zu den staatlich kontrollierten Organen, durch die die außerlandwirtschaftlich produzierten Inputs in den Agrarsektor gelangten und die den agraren Output abnahmen. Die Genossenschaften und die VdGB verloren sehr bald den Charakter bäuerlicher Selbsthilfeorganisationen und wurden zu Steuerinstrumenten in der Hand der Administration und ein Mittel zur weiteren zentralverwaltungswirtschaftlichen Umgestaltung des Agrarwirtschaftssystems. Die Bauern sahen sich sowohl als Input-Nachfrager als auch als Output-Lieferanten einem Monopol des Staates gegenüber. Darüber kann auch die formal genossenschaftliche Organisationsform, z.B. eines Teils des Kreditwesens (Genossenschaftskassen) oder der verarbeitenden Betriebe (Molkereigenossenschaften), nicht hinwegtäuschen. Unverkennbar wird die Rolle der Genossenschaften als Agentur des Staates bei der Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ("wesensfremde Tätigkeiten"). Die Verteilung der Betriebsmittel und Kapitalgüter durch die VdGB und Genossenschaften erfolgte nach staatlich vorgegebenen Schlüsseln und Direktiven. Die Mitspracherechte der bäuerlichen Mitglieder waren sehr gering und kaum entscheidungsrelevant, wie z.B. das Zustandekommen und die Ausdifferenzierung der

Anbaukontingente zeigen. Prinzipiell sind eben zentrale staatliche Planung und weitgehende Entscheidungs- und Dispositionsbefugnisse der Produzenten unverträglich. Diese träfen, in welche Richtung man auch die intersektoralen Beziehungen verfolgt, auf ein immer umfangreicher werdendes und sich verfestigendes Monopol des Staates.

1.4. Einkommen und Risiko

Einkommensinstabilität und wirtschaftliches Risiko sind Merkmale marktwirtschaftlich verfaßter Systeme. Schon das NS-Regime hatte durch die überwiegend zentralverwaltungswirtschaftliche Marktordnung die Marktmechanismen bis auf unbedeutende Reste beseitigt. Seitdem waren die Einkommen und auch die Erlös-Kosten-Relation zwar nicht völlig, aber relativ konstant. Daran änderte sich nach dem Zusammenbruch nur wenig. Die Einführung der Teilablieferungspflicht und damit verbunden des Systems der doppelten Preise für Agrarerzeugnisse brachte jedoch so etwas wie ein marktwirtschaftliches Element in das System. Die Preise für die Erzeugnisse im Rahmen der Pflichtablieferung und die für landwirtschaftliche Betriebsmittel waren administrativ festgelegt und so gut wie invariabel. Eine deutliche Aufbesserung ihrer Einkommen konnten die Bauern durch den Verkauf der überschießenden Mengen, der sog. freien Spitzen, erzielen. Allerdings war es nicht selten so, daß nicht besonderes betriebswirtschaftliches Geschick, sondern vielmehr Mängel bei der Ausdifferenzierung der Pflichtkontingente den Umfang der frei verfügbaren Produktion bestimmten. Insgesamt wurden die bäuerlichen Einkommen auf einem ziemlich niedrigen Niveau stabilisiert. Das Problem der Agrarüberschüsse war in dieser Zeit großen Nahrungsmittelmangels sozusagen automatisch "gelöst". Das Marktrisiko nahm in dem neuen Agrarwirtschaftssystem eine völlig neue Gestalt an. Absatzprobleme gab es für die Landwirte nicht, vielmehr mußten diese alles daran setzen, das ihnen auferlegte Ablieferungssoll zu erfüllen. Da ihnen auch die Art der abzuliefernden Erzeugnisse vorgeschrieben war, konnten auf betrieblicher Ebene auch keine Fehler im Produktionsprogramm gemacht werden, die in der Marktwirtschaft oft zu Absatzproblemen führen.

Ein Risiko erwuchs für die Bauern aus dem Umstand, daß sie bei Nichterfüllung der Ablieferungspflicht mit z.T. schweren Sanktionen rechnen mußten. Um diesen zu entgehen, sahen sich die Bauern gezwungen, ihre Produktion im vorgeschriebenen Sinne möglichst zu maximieren, einmal um ihre Kontingente abliefern zu können und zum anderen, um auf dem schwarzen Markt ihre Einkommen aufzubessern. Auf dem schwarzen Markt deshalb, weil die Bauern andernfalls mit einer höheren Veranlagung rechnen mußten. Daß diese Art Risiko beträchtlich war, das zeigen die zahlreichen Fälle wegen sog. Wirtschaftsvergehen belangter Bauern und die sehr große Zahl von Neubauern, die ihre Betriebe aufgeben mußten, bzw. nach Ablieferung des Solls nicht genügend selbsterzeugte Nahrungsmittel für den Eigenverbrauch übrig behielten.

1.5. Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte

Die Bodenreform hatte zur Beseitigung einiger Eigentums- bzw. Betriebsformen geführt. Neben dem eindeutig vorherrschenden bäuerlichen Besitz gab es nunmehr im produktiven Bereich nur noch staatliche Groß- bzw. Spezialbetriebe, die sog. volkseigenen Güter²⁾. Die altbäuerlichen Betriebe waren Privateigentum ihrer Besitzer, während die Bodenreformwirtschaften den Neubauern als "persönliches" Eigentum übergeben worden waren. Die (späteren) VEG waren Staatsbetriebe mit Lohnarbeitsverfassung und wurden von einem Direktor geleitet. Private landwirtschaftliche Betriebe mit Lohnarbeitsverfassung (kapitalistische Landwirtschaftsbetriebe) gab es nicht mehr, es sei denn, man bezeichnet die erweiterten Familienbetriebe so, also die Wirtschaften, in denen entweder ständig oder saisonal familienfremde Arbeitskräfte mitarbeiteten. Eindeutig dominierten die bäuerlichen Betriebe mit Familienarbeitsverfassung.

Die Nutzungs- und Verfügungsrechte waren für alt- und neubäuerlichen Besitz unterschiedlich festgelegt. Ganz allgemein waren sie für beide Besitzformen stark eingeschränkt worden. Durch die minutiöse Festlegung der Ablieferungspflichten hatten die Bauern kaum Möglichkeiten, das Produktionsprogramm zu gestalten. Die Überwachung der Anbau-

und Erntearbeiten in zeitlicher Hinsicht verhinderte oft die Optimierung der betriebswirtschaftlichen Abläufe. Der Wirtschaftsablauf wurde auch durch die kontingentierte Zuweisungen der Betriebsmittel und Kapitalgüter sowie durch die verbreitete Abhängigkeit von der Zugkraft- und Maschinenhilfe der VdGB oder Genossenschaften behindert. Dies war nicht allein eine Folge der Mangelsituation, sondern vor allem auch von systemspezifischen Unzulänglichkeiten. Diese planwirtschaftliche Steuerung hatte mithin eine starke Einschränkung der Nutzungsbefugnisse zur Folge. Die Verfügungsrechte - Verkauf, Vererbung, Belastung - waren, wie gesagt, ebenfalls erheblich eingeschränkt, für Neubauern stärker als für Altbauern. Altbäuerlicher Besitz konnte zwar verkauft werden, aber nur mit behördlicher Genehmigung, während neubäuerlicher Besitz grundsätzlich nicht veräußerbar war. Dieser durfte auch nicht verpachtet werden, während dies bei altbäuerlichem Besitz möglich war. Die Vererbung altbäuerlichen Besitzes war nach Außerkraftsetzung des REG wieder gemäß den Vorschriften des BGB möglich. Hingegen war die Vererbung einer Neusiedlerwirtschaft eine originäre Besitzübertragung und bedurfte administrativer Zustimmung, nämlich durch die KBK. Die Belastung einer Neubauernwirtschaft war grundsätzlich nicht möglich, allerdings bekamen, so im Rahmen des Neubauernbauprogramms, Neubauern Kredite, die jedoch keine Realbelastung begründeten, sondern als Personalkredite von den Genossenschaften oder VdGB ausgegeben wurden, wobei entweder die VdGB oder das Land dem Kreditgeber gegenüber bürgten. Altbäuerlicher Besitz war bis zur Hälfte des zuletzt geschätzten Einheitswertes belastbar, war der Kreditwunsch größer, mußte eine behördliche Genehmigung eingeholt werden. Während Altbauern Altenteilverträge abschließen durften, war dies Neubauern grundsätzlich verwehrt. Für Alt- und Neubauern bestand Nutzungspflicht. Wurde diese verletzt, waren graduell abgestufte Sanktionen, bis hin zum Nutzungsentzug, möglich.

Diese kurze Aufzählung der Einschränkungen der Dispositionsbefugnisse macht deutlich, daß die inhaltliche Aushöhlung des Eigentumsbegriffs so weit ging, daß, trotz formal bestehen-

den Privateigentums an den Produktionsmitteln die eigentliche Verfügungsgewalt über diese zum größten und entscheidenden Teil beim Staat lag.

1.6. Grundrente

Die oben angesprochenen Einschränkungen der Dispositionsbefugnisse wirkten sich natürlich auf die Realisierungsmöglichkeiten der verschiedenen Grundrentenformen aus. Es gab in der SBZ weder echte Faktormärkte noch eine Bewertungsmöglichkeit des Faktors Boden. Zwar konnten die Altbauern durch Bodenverkauf oder -verpachtung die Grundrente kapitalisieren - Neubauern konnten dies grundsätzlich nicht -, jedoch kamen in dem erzielbaren Preis die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse nicht zum Ausdruck. Da der Boden unterbewertet war, bestand kein besonderer Anreiz diesen aus Gründen der Einkommensverbesserung zu verkaufen oder zu verpachten. Allerdings konnte man durch Bodenverpachtung und auch -zupachtung eine relativ günstigere Veranlagung erreichen, dann nämlich, wenn man dicht über der Veranlagungsgrenze lag. Wenn man von der durch die Bodenreform erzwungene Bodenumverteilung in großem Stil absieht, war in der SBZ die Bodenmobilität sehr gering. Da das Veranlagungssystem von der Intention her so konzipiert war, daß nach Möglichkeit Ungerechtigkeiten dadurch vermieden wurden, daß man die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe berücksichtigte, verminderte es die Realisierungsmöglichkeiten der Residualrenten. Fruchtbarkeits-, Lage- und Intensitätsrente wurden zum großen Teil durch das System der Differenzierung abgeschöpft und die absolute Grundrente als Restgröße, die auch bei schlechtesten Böden verblieb, wurde minimiert oder völlig konfisziert. Die Mängel dieses Systems der Rentenkonfiskation ermöglichten es jedoch einigen Bauern, durch gesteigerten Eigenverbrauch bzw. den Verkauf überschießender Mengen, residuale bzw. differentiale Renten zu realisieren.

Die absolute Grundrente im Marx'schen Sinne hatte für Bodenreformwirtschaften, wegen der Dispositionsbeschränkungen, aufgehört zu existieren. Für altbäuerlichen Besitz hatte sie ihre Bedeutung verloren, weil die Trennung von Eigentum und

Nutzung nur in sehr geringem Umfang vorkam. Zwar existierte diese Rentenform noch, aber sie hatte, nicht zuletzt durch die Unterbewertung des Bodens und den geringen Umfang der Pachtungen, keine wirtschaftliche Bedeutung mehr.

1.7. Agrarpolitik

Wenn das deutschlandpolitische Konzept der Sowjets möglicherweise auch flexibler gewesen ist als gemeinhin angenommen wird, so lassen doch die Wirtschafts- und Agrarpolitik in der SBZ den Schluß zu, daß die Sowjets in ihrer Zone von Beginn an eine von klaren Zielvorstellungen geprägte Politik des Umbaus der Wirtschaft betrieben haben. Diese Wirtschaftsordnungspolitik war integraler Bestandteil einer ideologisch und machtpolitisch motivierten Gesellschaftspolitik, deren längerfristiges Ziel die Schaffung eines sowjetanalogen Gesellschaftssystems in der SBZ war.

Das agrarpolitische Ziel der Sowjets, daran können kaum Zweifel bestehen, war die Kollektivierung der mitteldeutschen Landwirtschaft. Zur Erreichung dieses Zieles verfolgte man eine, wie man glaubte, bewährte Strategie, deren Grundlagen Lenin in dem sog. Genossenschaftsplan formuliert hatte. Dabei war die Bodenreform einer der Zwischenschritte und das neugeschaffene Agrarwirtschaftssystem war als transitorische Phase der eigentlichen Kollektivierung bzw. kollektivierten Landwirtschaft vorgeschaltet, seine Installierung mithin - entgegen anderslautenden Beteuerungen - nur instrumentelles Zwischenziel. Wenn auch noch nicht voll entwickelt, enthielt dieses System doch schon alle wesentlichen Elemente einer ZVW.

Die direkte Produktionslenkung in der Landwirtschaft durch zentrale Planung wies, wie das unter den Bedingungen der Ausnahmesituation und aufgrund der Unvollkommenheit des Planungs- und Administrationssystems nicht anders zu erwarten war, noch zahlreiche improvisatorische Züge auf; die Tendenz zur totalen staatlichen Lenkung aller Wirtschaftsvorgänge war aber unverkennbar. Der Grad der Beschränkung der Verfügungsrechte und der Bestimmung der betriebswirtschaftlichen Abläufe durch die Anbau- und Ablieferungsaufgaben, die Betriebsmittelzuteilungen, das System der Differenzierung usw. war

derartig, daß von einem Fortbestehen unternehmerischer Freiheiten kaum die Rede sein konnte. Die Funktion der einzelnen Landwirte beschränkte sich im wesentlichen darauf, die ihnen von staatlichen Stellen vorgegebenen Produktionsziele zu verwirklichen. Das Planerfüllungs-, nicht das Gewinnprinzip, das unternehmerische Entscheidungsbefugnisse und eine eigenverantwortliche Wirtschaftsführung auf eigene Rechnung und eigenes Risiko voraussetzt, bestimmte die Tätigkeit der Wirtschaftssubjekte. Unter diesen Umständen mußte das Motivationsproblem besonderes Gewicht bekommen. Zum einen versuchte man die Bauern durch Druck und die Androhung sehr harter Sanktionen zur Leistungsabgabe zu bewegen. Ergänzend wurden andererseits sog. ökonomische Hebel angesetzt, um die Landwirte über das Inaussichtstellen von Prämien für über den Plan hinaus produzierte Mengen (doppeltes Preissystem, Sachprämien) zur Arbeit zu motivieren. Das Planerfüllungsprinzip mußte, und zwar nicht nur unter den damaligen Bedingungen, zu einem Auseinanderklaffen der privaten Interessen der Produzenten und den volkswirtschaftlichen führen, es sei denn, man identifizierte unrealistischerweise die administrativen Planaufgaben mit den gesamtgesellschaftlichen oder -wirtschaftlichen Erfordernissen. Um den angedrohten Sanktionen zu entgehen, mußten die Bauern alles daran setzen, die Planaufgaben zu erfüllen, wie unsinnig die daraus sich ergebenden betriebswirtschaftlichen Verhaltensweisen auch unter dem gesamtwirtschaftlichen Aspekt der optimalen Nutzung der Ressourcen und Produktionsfaktoren sein mochten. Die wünschenswerte Standortanpassung der landwirtschaftlichen Produktion wurde durch das sehr unsensible Auflagenverteilungssystem nachhaltig behindert. Nicht nur die riesige Bodenmenge des Bodenreformfonds war nach recht bedenklichen Kriterien alloziert worden; auch nach Abschluß der Bodenreform waren Korrekturen der Gesamtbodenallokation unter dem Gesichtspunkt der optimalen Nutzung dieses Faktors nicht erfolgt und nur in gesamtwirtschaftlich unbedeutendem Umfang überhaupt möglich. Die Frage nach der optimalen Betriebsgröße wurde - wenn überhaupt - nur rhetorisch gestellt, ihre Lösung wäre nur durch eine radikale

Änderung des gesamten Agrarwirtschaftssystems möglich gewesen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der agrarpolitischen Propaganda in der SBZ bestand darin, das weitverbreitete Mißtrauen unter der Bauernschaft gegenüber der Besatzungsmacht und den deutschen Kommunisten abzubauen. Die Bodenreform hatte diesen Argwohn gegenüber den Zielen der verfolgten Agrarpolitik eher verstärkt, und große Teile der Bauernschaft befürchteten - wie sich zeigen sollte: zu Recht -, daß langfristig die Kollektivierung der Landwirtschaft vorgesehen war. Sieht man sich die offiziellen agrarpolitischen Stellungnahmen dieser Zeit an, so fällt auf, daß immer wieder mit Nachdruck herausgestellt wurde, daß der bäuerliche Familienbetrieb das Fundament des seinerzeitigen und zukünftigen Agrarwirtschaftssystems sein sollte und an eine Kollektivierung nicht gedacht werde. Diese Verschleierung der tatsächlichen gesellschaftspolitischen Ziele und das Eingehen auf die unter der Bauernschaft vorherrschenden wirtschaftspolitischen Leitbilder erleichterte ohne Zweifel die Implementierung der kommunistischen Strategie auf dem Agrarsektor. Wenn auch die meisten agrarpolitischen Maßnahmen dieser Zeit keine eindeutigen Hinweise auf eine bevorstehende Kollektivierung gegeben haben, so konnte man aus der Verstaatlichungspolitik im industriellen Bereich doch leicht Schlüsse über die Zielrichtung der Umformung der mitteldeutschen Wirtschaft ziehen. Es war aber anfänglich selbst für mit der marxistisch-leninistischen Ideologie Vertraute nicht immer zweifelsfrei auszumachen, ob es sich bei den verschiedenen wirtschaftspolitischen Aktivitäten um situationsbedingte Improvisationen oder um Schritte auf dem Weg zur Errichtung eines sog. sozialistischen Gesellschaftssystems handelte. Man kann rückblickend feststellen, daß selbst dort, wo man improvisieren mußte, das strategische Fernziel nie aus dem Auge verloren wurde.

Die Bodenreform selbst ist ein gutes Beispiel für die marxistisch-leninistische Strategie, ein fest vorgegebenes agrarpolitisches Ziel auf einem genau kalkulierten Umweg zu erreichen. Denn der Weg zur anvisierten Großproduktion in

der kollektivierten Landwirtschaft führte von den sog. junkerlichen bzw. kapitalistischen Großbetrieben über das instrumentelle Zwischenziel der hauptsächlich kleinbäuerlich, aber in einem staatlich völlig kontrollierten Agrarwirtschaftssystem produzierenden Landwirtschaft. Allerdings mußte man dabei einen Konflikt zwischen längerfristigen gesellschaftspolitischen und aktuellen wirtschaftlichen Zielen in Kauf nehmen. Denn einerseits waren mit der staatlichen Reglementierung und der wirtschaftlichen Schwäche eines Großteils der Bauernwirtschaften günstige Bedingungen für eine Kollektivierung geschaffen worden, andererseits aber behinderten gerade diese Elemente des transitorischen Systems die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft in erheblicher Weise. Man darf aber auch nicht verkennen, daß eine arbeitsintensivere Produktionsweise unter den spezifischen wirtschaftlichen Bedingungen der Regrssionsphase ein unabweisbares Erfordernis war. Daß jedoch der in Mitteldeutschland beschrittene Weg keineswegs ein angemessener Versuch der Adaption an die Bedingungen der wirtschaftlichen Ausnahmesituation war - was er vorrangig auch gar nicht sein sollte, wird weiter unten gezeigt.

V Betriebswirtschaftliche Charakteristika

1. Determinanten agrarökonomischer Entscheidungen

Die naturgegebenen Standortbedingungen in Mitteldeutschland haben sich durch den Zusammenbruch natürlich nicht geändert. Zuvor war aber der mitteldeutsche Raum Teil eines größeren Wirtschaftsgebiets gewesen. Die Verschiebung der Grenzen des Wirtschaftsraumes und die erzwungene Verselbständigung der SBZ auch als Wirtschaftsgebiet gaben den natürlichen Standortbedingungen jedoch ein größeres Gewicht. Diese Bedingungen waren für die landwirtschaftliche Produktion insgesamt recht günstig. Die deutsche Landwirtschaft hatte sich auf einem hohen Entwicklungsniveau befunden, was u.a. auch in der großen Standortangepaßtheit der landwirtschaftlichen Produktion zum Ausdruck kam. Deshalb ist es auch nicht ver-

wunderlich, daß trotz der radikal veränderten volkswirtschaftlichen Bedingungen das Produktionsprogramm - von marginalen Abweichungen abgesehen - kaum Veränderungen aufwies. Auch die stark modifizierte Betriebsgrößenverteilung und der damit verbundene Versuch einer Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion waren in dieser Hinsicht ohne größere Auswirkung geblieben.

Strikt zu unterscheiden von der naturgegebenen Qualität der Böden ist ihre durch menschliche Einwirkung beeinflussbare Ertragsfähigkeit. Diese war allerdings, hauptsächlich infolge immer unzureichender gewordener Versorgung mit mineralischen Düngern, erst allmählich, dann sehr stark vermindert worden. Die erzielten Flächenerträge waren entsprechend niedrig.

So wenig wie die naturgegebene Qualität der Böden hatte sich das Klima verändert. Die Witterung jedoch unterliegt bekanntlich z.T. erheblichen Schwankungen, die aber im Ggs. zur Ertragsfähigkeit der Böden durch menschliche Einwirkung nicht beeinflussbar sind. Im Wirtschaftsjahr 1946/47 herrschten stark abnormale Witterungsverhältnisse - ein sehr kalter Winter und ein heißes Frühjahr sowie ein ebensolcher Sommer, wobei, vom März und Juni abgesehen, die Niederschläge weit unter dem langjährigen Durchschnitt lagen -, die 1947, im Zusammenwirken mit der gesunkenen Ertragsfähigkeit der Böden, zu einer ausgesprochenen Mißernte führten. In diesem Jahr hatten die Erträge der mitteldeutschen Landwirtschaft einen absoluten Tiefstand erreicht. Gewiß haben auch systemspezifische Hemmnisse mit zu diesem Produktionseinbruch beigetragen; im Jahre 1947 war dessen Hauptursache aber unverkennbar die ungünstige Witterung.

Im Ggs. zu den natürlichen, hatten sich die wirtschaftlichen Standortverhältnisse dramatisch verschlechtert. Die unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Ausnahmesituation erfolgende Zwangsautarkisierung der mitteldeutschen Wirtschaft und die Vermehrung der Lebensmittelnachfrager, bei stark gesunkenem landwirtschaftlichen Output, führten zu einer erheblichen Veränderung der Marktlage der Landwirtschaft.

Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen hätte sich die geänderte Absatzlage und die gestiegene Nachfrage nach Agrarprodukten in der Preisstruktur niedergeschlagen. Die offiziellen Preise in der SBZ hatten jedoch keine Indikatorfunktion für die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse. Die geänderte Marktlage wirkte sich aber auf das Tauschverhalten der Nachfrager bei Kompensationsgeschäften und auf dem schwarzen Markt aus. Aber auch die Existenz des staatlichen Konfiskationssystems und die harten Sanktionen bei Nichterfüllung der Sollmengen sind ein Indikator für die enorm gewachsene Kluft zwischen gestiegener Nachfrage und vermindertem Angebot. Auf den subsidiären Märkten kam die gestärkte Position der Bauern jedoch voll zur Geltung. Die sog. Hamsterfahrten sind eine sehr aufschlußreiche Illustration hierfür. Nicht mehr der Bauer mußte den Raum überbrücken, um zu versuchen, die von ihm angebotenen Erzeugnisse auf übersättigten, verbrauchernahen Märkten unter starkem Konkurrenzdruck abzusetzen, sondern die völlig unterversorgten Konsumenten suchten die Erzeuger auf und ersteigerten vor Ort im Tausch gegen alle möglichen nichtagrarischen Güter verhältnismäßig geringe Mengen an Nahrungsmitteln. Die unabweisbare Notwendigkeit, zuallererst eines der elementarsten Bedürfnisse, das physiologische Grundbedürfnis nach Nahrung, zu befriedigen, zwang zu einem Tauschverhalten, das aus der Perspektive einer "normalen" wirtschaftlichen Situation als völlig absurd erscheinen mußte.

Der volkswirtschaftliche Entwicklungsstand war temporär regrediert, und zwar nicht, weil das Niveau der Produktivkräfte gesunken wäre, sondern weil die güterwirtschaftlichen Möglichkeiten keine entsprechende Grundlage für die Realisierung ihres Potentials boten. Durch Kriegszerstörungen und Demonstagen war der Industrialisierungsgrad der SBZ, gemessen am Bestand an produktivem Kapital und dem Gesamtprodukt des sekundären Sektors, stark gesunken. Die intersektoralen Tauschbeziehungen - aber nicht nur diese - waren schwer gestört, was sich für die Landwirtschaft vor allem als notorische Unterversorgung mit außerlandwirtschaftlich erzeugten Inputs

darstellte. Infolgedessen ging der Kapitaleinsatz in der Landwirtschaft zurück, was im Zusammenwirken mit der Zunahme der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen die Arbeitsproduktivität auf einen außerordentlich niedrigen Stand sinken ließ. Auch die infrastrukturellen Mängel, insbesondere die Zerstörungen im Transportsystem, wirkten sich nachteilig auf die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft aus, wie z.B. die Schwierigkeiten bei der räumlichen Verteilung der ja durchaus vorrätigen Kalidünger zeigten.

Mit fortschreitender Industrialisierung verteuerte sich der Faktor Arbeit. Die Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen, vor allem der Fremdarbeitskräfte, ging zurück, die Wirtschaftsweise wurde kapitalextensiver. Nach dem Zusammenbruch führten der extreme Kapitalmangel und die durch den Zustrom der Heimatvertriebenen erhöhte Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Arbeitskräfte zu einer Umkehrung dieser Tendenz. Durch die Zerschlagung der Großbetriebe und die Schaffung der mit Betriebskapital völlig unzureichend ausgestatteten kleinbäuerlichen Neusiedlerstellen wurden hundertausende, bislang nicht in der mitteldeutschen Landwirtschaft beschäftigte Arbeitskräfte in diese eingegliedert. Die Produktivität der Arbeit sank infolgedessen erheblich. Aber auch die Effektivität der Arbeit sank. Der quantitative Überbesatz mit Arbeitskräften hatte keineswegs zu einem gleichgewichtigen Anstieg des "human capital" in der Landwirtschaft geführt. Vielen Altbauernstellen fehlten die gefallenen oder in Gefangenschaft geratenen qualifizierten Betriebsleiter, ein großer Teil der Neusiedlerstellen war an völlig unqualifizierte Eigentümer ausgegeben worden. Auch die Alters- und Geschlechterproportionen der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen waren nicht sehr günstig. Von daher muß man die Lage auf dem Arbeits"markt" auch unter dem Aspekt der Qualität betrachten. Ähnlich wie im gewerblichen Bereich war das Angebot an Arbeitskräften zahlenmäßig ausreichend, aber es fehlte an qualifizierten Fachkräften, und auch die Alters- und Sexualstruktur relativierte die wirtschaftliche Bedeutung der quantitativen Verhältnisse.

Die relativ niedrigen Kosten hatten zu einem hohen Kapitaleinsatz in der Landwirtschaft geführt, der verbunden war mit hoher Arbeits- und Bodenproduktivität. Die ersten Nachkriegsjahre waren nun aber gekennzeichnet durch eine außerordentlich geringe Verfügbarkeit von Realkapital in allen Formen. Der Kapitalbesatz der altbäuerlichen Wirtschaften war zurückgegangen, da z.B. durch nicht ersetzten Verschleiß viele Maschinen unbrauchbar geworden waren, von der Unmöglichkeit von Neuinvestitionen ganz zu schweigen. Die Ausstattung der Neubauernwirtschaften mit totem und lebendem Inventar war kläglich. Es ist klar, daß die Resubstitution von Kapital durch Arbeit die Arbeitsproduktivität sinken ließ. Es ist aber keineswegs so, daß landwirtschaftliches Betriebskapital beliebig und gleichwertig durch Arbeit ersetzt werden könnte. Fiel z.B. eine Zugmaschine aus, von denen es ohnehin viel zu wenige gab, so mußte dies, da an Zugvieh ebenfalls größter Mangel herrschte, sich nachteilig auf die Qualität und den zeitlichen Ablauf der Bodenbearbeitung auswirken. Die Folge war ein weiteres Absinken der schon niedrigen Bodenproduktivität. Auch die geringe Qualität vieler Kapitalgüter und Betriebsmittel (Vieh, Saatgut u.dgl.) wirkte sich nachteilig auf die landwirtschaftliche Produktion und Produktivität aus.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die durch die Bodenreform vorgenommene Neuverteilung einer großen Bodenmasse nicht an betriebswirtschaftlichen Optimierungskriterien ausgerichtet war. Auch waren nach vollzogener Verteilung keine nennenswerten Korrekturen der Gesamtallokation erfolgt, ja prinzipiell nicht möglich. Die Betriebsgröße war unter diesen Umständen also eine fest vorgegebene Größe und keine Funktion der nicht einmal ermittelbaren Minimalkostenkombination. Eine Verkleinerung der Betriebsgrößen, so richtig sie in der Tendenz aufgrund der geänderten Faktorverfügbarkeit, der desolaten wirtschaftlichen Zustände und der Notwendigkeit der Integration der heimatvertriebenen Landwirte auch gewesen sein mochte, hätte sich an bekannten agrarwirtschaftlichen Erkenntnissen zu diesem Problem ausrichten müssen, wenn tatsächlich, wie man vorgab, die Schaffung wirtschaftlich

lebensfähiger Betriebe das Ziel gewesen wäre.

2. Faktorenkombination

In der wirtschaftlichen Ausnahmesituation hatten sich die relativen Faktorkosten, oder besser - da es keine funktio-
nierende Kostenrechnung gab: die Verfügbarkeit der einzelnen Faktoren, geändert. Ohne Knappheitsmesser war es allerdings nicht möglich, über die Feststellung der Grenzproduktivität und der Grenzkosten, die Minimalkostenkombination zu bestimmen. Offensichtlich waren aber die größere Verfügbarkeit des Faktors Arbeit und die verminderte des Kapitals sowie der große Mangel an ertragssteigernden Betriebsmitteln. Entsprechend war die Resubstitution arbeitssparender und bodensparender Kapitalgüter durch Arbeit unvermeidlich. Das bedeutete, daß die Tendenz zu fortschreitender Mechanisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion vorübergehend zum Erliegen gekommen war. Oben wurde schon darauf hingewiesen, daß derartige Resubstitutionen sowohl die Arbeits- als auch die Bodenproduktivität absinken ließen. Da ein Ersetzen ertragssteigernder Betriebsmittel durch Arbeit nicht möglich ist, mußte der Gesamtbodenertrag ebenfalls sinken.

Die Zunahme der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen war eine durchaus angemessene Reaktion auf die geänderte Verfügbarkeit der Faktoren. Der ordnungspolitische Rahmen, in dem diese Adaptionsvorgänge sich vollzogen, war aber derartig eng, daß in ihm der später notwendig werdende Wandel der Faktorenkombination sich nicht vollziehen konnte. Die Schaffung einer überwiegend klein- und mittelbäuerlichen Agrarstruktur in diesem Ordnungssystem führte zu einer sehr unflexiblen Faktorzuordnung. In diesem Agrarwirtschaftssystem waren der Mechanisierung(A/K) und auch der Intensivierung(B/K) nicht nur wegen des notorischen Kapitalmangels, sondern aus strukturellen Gründen(Boden- und Arbeitskräfteimmobilität) sehr enge Grenzen gesetzt. Wollte man gleichwohl, bei sich notwendigerweise ändernder Faktorverfügbarkeit, nicht darauf verzichten, zumindest tendenziell die Minimalkostenkombination in der Landwirtschaft zu verwirklichen, so mußte man entweder

die Mobilität der Faktoren Arbeit und Boden wiederherstellen, d.h. die mit Boden- und Kapitalkonzentration verbundene Aufstockung der landwirtschaftlichen Betriebe zulassen, oder aber zu anderen Produktions- und auch Eigentumsformen übergehen, was in der SBZ wohl nichts anderes heißen konnte als: Kollektivierung der Landwirtschaft. Es war sicher, daß nach der über kurz oder lang eintretenden Überwindung der wirtschaftlichen Ausnahmesituation die dann notwendig werdende Neukombination der Faktoren in diesem Agrarwirtschaftssystem mit dem großen Anteil schon damals suboptimaler Betriebsgrößen nicht möglich war. So lassen schon allein diese Überlegungen über das Problem der Faktorkombination den transitorischen Charakter des nach dem Zusammenbruch geschaffenen Agrarwirtschaftssystems deutlich werden.

3. Betriebsvielfalt

Man kann sagen, daß es - von ausgesprochenen Spezialbetrieben, z.B. in der Saatgutvermehrung, abgesehen - in der SBZ eine durch die Planaufgaben verordnete Diversifizierung gab, die aber nicht das Ergebnis betriebswirtschaftlicher Kostenüberlegungen war. Durch die weniger kapitalintensive, arbeitsintensivere Wirtschaftsweise verminderte sich der Spezialisierungsdruck und entstand eine Tendenz zur Diversifizierung. Diese wurde überdies durch die Zunahme des Motivs der Selbstversorgung und eine gewisse Marktdesintegration befördert. Entscheidend dabei war aber, daß der tendenzielle Abbau von Spezialisierung und die Zunahme der Diversifizierung nicht so sehr ein Ergebnis aus Kostenüberlegungen sich ergebender betriebswirtschaftlicher Entscheidungen der einzelnen Bauern war, sondern administrativ verordnet wurde. Die Produzenten selbst hatten keinen nennenswerten Einfluß auf die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen über die Gestaltung des Produktionsprogramms und der Wirtschaftsweise. Gleichwohl entsprach ein Zunehmen der Diversifizierung den Bedingungen der Ausnahmesituation (Kapitalmangel), zumal nach der Zerschlagung der Großbetriebe die betriebswirtschaftlichen Bedingungen und Notwendigkeiten einer spezialisierten Produktion nur noch

für wenige Betriebe gegeben waren. Insbesondere den Neubauernwirtschaften, die größtenteils stark subsistenzwirtschaftlich orientiert waren, fehlten alle Voraussetzungen für eine auf kapitalintensiver Wirtschaftsweise beruhende Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion, nicht selten auch deshalb, weil das Fehlen einer entsprechenden Qualifikation der Betriebsleiter diese nicht zuließ. Auch in Bezug auf die Betriebsvielfalt läßt sich ein Stillstand bzw. eine Umkehr der bis dahin vorherrschenden Grundtendenz zu zunehmender Spezialisierung feststellen.

4. Optimale Betriebsgröße

Wenn es keine funktionierende Kostenrechnung gibt und außerdem die Mobilität der Faktoren, insbesondere des Bodens, so gering ist, wie dies in der SBZ nach der Bodenreform der Fall war, so ist es auch nicht möglich, die optimale Betriebsgröße zu bestimmen, geschweige denn zu realisieren. Das Problem der möglichst günstigen Gestaltung der Betriebsgröße stellt sich gleichwohl auch in ZVW's des sowjetzonalen Typs. Die Festlegung der Betriebsgrößenstruktur wurde hier aber von außerökonomischen Erwägungen bestimmt, so daß von vornherein zu erwarten war, daß sie im Sinne der aus theoretisch-ökonomischen Überlegungen abgeleiteten Kriterien nicht optimal war.

Betrachtet man die Bedingungen der Ausnahmesituation, so läßt sich sagen, daß mehrere Faktoren die Tendenz zur Aufstockung der kleinen und mittleren Betriebe hemmten und für die Zerlegung der Großbetriebe sprachen. Das gilt selbst dann, wenn man das sozialpolitische Argument der Notwendigkeit der Integration der Heimatvertriebenen nicht in den Vordergrund stellt. Die durch die geänderte Faktorverfügbarkeit notwendig gewordene arbeitsintensivere Wirtschaftsweise (gefallener Mechanisierungsgrad) war am günstigsten in relativ kleinen Betrieben mit Familienarbeitsverfassung durchführbar, nicht zum wenigsten auch deshalb, weil diese Betriebsform, selbst unter den Bedingungen der ZVW, die beste Lösung des Motivationsproblems verspricht. Durch das neugeschaffene System komplementärer Einrichtungen (Genossenschaften, VdgB/

MAS) konnten bis zu einem gewissen Grade auch kleineren Betrieben die Vorzüge großbetrieblichen Wirtschaftens vermittelt werden. Die engen Grenzen dieser Möglichkeit werden aber deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie gering deren ökonomische Potenz war, und daß bei der schlechten Ausstattung vor allem der Neubauernwirtschaften mit ~~Boeden~~ und lebendem und totem Inventar selbst derartige überbetriebliche Hilfe die großen wirtschaftlichen Nachteile ~~dieser~~ Miniwirtschaften nicht kompensieren konnte. Bei fortschreitender wirtschaftlicher Normalisierung war zu erwarten, daß nicht nur die Neusiedlerwirtschaften, sondern auch eine große Zahl altbäuerlicher Kleinbetriebe nicht einmal die Mindestbetriebsgröße erreichten. Sobald nämlich genügend industrielle Kapazitäten wiederhergestellt waren, würde eine Abwanderung aus der mit Arbeitskräften überbesetzten Landwirtschaft und die Fortführung der Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion wieder möglich, ja unvermeidlich werden. Diese Umlenkung der Arbeitskräfte würde ohne Zweifel die nichtagrarischen Opportunitätseinkommen deutlich ansteigen lassen, so daß bei gleichzeitigem Wegfall des Selbstversorgungsmotivs sowohl die volkswirtschaftlichen als auch einzelwirtschaftlichen Gründe der Fortführung dieser zahlreichen Kleinbetriebe entfallen würden.

Die Dominanz außerökonomischer Zielsetzungen bei der Gestaltung der Agrarstruktur, in Verbindung mit den Bedingungen der Ausnahmesituation, ließen für den Beginn der hier behandelten transitorischen Phase das Problem der optimalen Betriebsgröße sowohl in gesamtwirtschaftlicher wie auch einzelwirtschaftlicher Perspektive in den Hintergrund treten. Mit zunehmender Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde seine Lösung allerdings immer dringender. Da diese innerhalb des bestehenden Agrarwirtschaftssystems völlig ausgeschlossen war, mußte aus wirtschaftsrationalen Erwägungen, auf die man auch in ZVW's nicht verzichten kann, das ganze Agrarwirtschaftssystem umgestaltet werden, wie das ja wohl von Beginn seiner Errichtung an auch vorgesehen war.

VI Die Regressionsphase

Die Regressionsphase ist, im Ggs. zu den sog. Technisierungsstufen der Landwirtschaft, die dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte entsprechen, keine originäre Phase der agrar-ökonomischen Entwicklung, sondern sie ist einer der Grundphasen kurzzeitig als Versuch der Adaption an eine temporäre Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen überlagert. In ihr wird versucht, auf die von den in der Grundphase stark abweichenden Faktorkosten bzw. -verfügbarkeiten in einer Weise zu reagieren, die mit dem wirtschaftlichen Prinzip vereinbar ist. Ganz allgemein gesprochen geschieht dies durch Resubstitutionen der Produktionsfaktoren, d.h. durch deren Neukombination. Diese Zwischenphase weist deshalb Merkmale verschiedener Technisierungsstufen auf. Das Ende der Regressionsphase wird dann erreicht, wenn alle wesentlichen Charakteristika der unterliegenden originären Phase wieder beobachtbar werden. Wird in dieser Phase ein spezifisches Agrarwirtschaftssystem geschaffen, so ist damit zu rechnen, daß nach einer Normalisierung der Gesamtwirtschaft dieses seinen transitorischen Charakter erweist und wesentliche Struktur- und Funktionselemente ersetzt werden müssen.

Die besonderen Formen der Betriebsgestaltung, durch die die einzelnen Phasen gekennzeichnet werden, ergeben sich als Funktion der relativen Faktorknappheiten. Die Art der Faktorsubstitutionen ist deshalb das Grundmerkmal jeder Technisierungsstufe. Im zeitlichen Verlauf der Phasenabfolge werden diese Substitutionen begleitet von zunehmender ökonomischer und sozialer Differenzierung, einer Steigerung der absoluten Erträge und der Produktivität sowie einer Ausweitung der Wirtschaftsräume (internationale Arbeitsteilung). Sehen wir uns die Hauptmerkmale der sog. Regressionsphase an, so läßt sich nachweisen, daß sich in ihr die Richtung wichtiger Teilentwicklungen umkehrte.

Die absolute Zunahme der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen ist ein typisches Merkmal der Verdichtungsphase. Die Zuwanderung zahlreicher Heimatvertriebener hatte zu einem

Anwachsen der Gesamtbevölkerung geführt. Der gestiegene Arbeitskräftebesatz ließ natürlich den Grenzertrag der Arbeit sinken. Die gestiegene Nachfrage nach Agrarprodukten hatte eine Erhöhung des Bodenwertes und des Grundrentenanspruchs zur Folge. Allerdings konnten in dem damaligen System die Grundrenten weder den Knappheitsverhältnissen entsprechend kapitalisiert noch in angemessener Weise von den Eigentümer-Produzenten realisiert werden. Unter diesen Umständen war der Versuch, wie in der Verdichtungsphase durch eine B/A-Substitution zu einer, wenn auch nicht bodenproduktiveren, so doch arbeitsintensiveren Wirtschaftsweise mit stark abgesunkener Arbeitsproduktivität überzugehen, durchaus rational.

Da in dem untersuchten System die Preise nicht die relativen Knappheiten indizierten, hat es auch keinen Sinn, die jeweils festgelegten Preise der Faktoren und Güter bei unseren Überlegungen zu berücksichtigen. Die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse kamen in der Bewertung auf den subsidiären Märkten oder als Fehlmengen bei der Mengensaldierung im Zusammenhang mit der Produktions- und Bedarfsplanung zum Ausdruck.

Wies die Regressionsphase wichtige Merkmale der Verdichtungsphase auf, so hatte sie mit der Intensivierungsphase nur die verbesserten Absatzmöglichkeiten für Agrarprodukte gemeinsam. Alle entscheidenden Vorgänge der Intensivierung kamen in dieser Zeit nicht zum Tragen bzw. kehrten ihre Richtung um. So sanken der Kapitaleinsatz, die Produktionsleistungen, die Flächenerträge sowie die Arbeitsproduktivität. Von einer B/K-Substitution konnte bei dem herrschenden Kapitalmangel keine Rede sein.

Wenn wir davon ausgehen, daß, entsprechend dem Stand der Industrialisierung und der wirtschaftlich-technischen Entwicklung, sich die mitteldeutsche Landwirtschaft in der Mechanisierungsphase befand, wird, gemessen an deren Hauptmerkmalen, der Regressionscharakter der damaligen Entwicklung noch deutlicher. Entscheidendes Merkmal der Regressionsphase war die Resubstitution von Kapital durch Arbeit im Agrarsektor, also genau der umgekehrte Vorgang, der die Mechanisierungs-

phase charakterisierte(A/K-Substitution). Statt einer Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft, nahm deren Zahl zu. Gemessen an der tatsächlichen Stärke der Nachfrage nach Agrarprodukten und der sich daraus ergebenden(hypothetischen bzw. kalkulatorischen) Kaufkraft, war das Einkommensgefälle zwischen gewerblichem und Agrarbereich deutlich abgeflacht bzw. hatte sich umgekehrt. Der Arbeitskräfteüberschuß und die extreme Kapitalverknappung hoben einen großen Teil der Vorteile der Großbetriebe bei der Verwirklichung der Minimalkostenkombination(Kapitalbeschaffung und -nutzung) auf. Die K/A-Resubstitution ließ die Arbeitsproduktivität stark absinken. Die wirtschaftliche Zwangsautarkisierung der SBZ ließ eine interzonale bzw. internationale Arbeitsteilung nur noch in rudimentärer Form zu. Diese Umkehrung der Entwicklungsverläufe der Mechanisierungsphase ist das wesentliche Charakteristikum der Regressionsphase.

VII Transformation oder Reform?

Es braucht nicht eigens hervorgehoben zu werden, daß das mitteldeutsche Agrarwirtschaftssystem nach dem Zusammenbruch und der Bodenreform sich in vielerlei Hinsicht von dem der NS-Zeit unterschied. Mit dem gesamtgesellschaftlichen System änderten sich auch die Struktur und die Funktion der einzelnen Subsysteme. Die gesamte Wirtschaftsordnung wurde ebenso wie das Agrarwirtschaftssystem umgestaltet. Im empirischen Teil wurden die Grundzüge dieser Umformung beschrieben. Wir wollen hier nur der Frage nachgehen, inwieweit diese Änderungen die Grundstruktur des Agrarwirtschaftssystems berührt haben, m.a.W.: ob sich dadurch auch die typologische Zuordnung, die anhand der vorgestellten Kriterien vorgenommen wird, geändert hat. Dabei muß beachtet werden, daß die Struktur und Funktionsweise des Agrarsektors im NS-System gegenüber denen der anderen Wirtschaftsbereiche einige Besonderheiten aufwiesen, die möglicherweise auch für die typologische Einordnung relevant sind.

Peters hat das NS-Wirtschaftssystem im Kriege eine sozialistische(bureaukratische) zentralgesteuerte unvollkommene

(gemischte) Gruppenwirtschaft genannt³⁾. Die Einordnung nach dem Kriterium der Dominanz öffentlicher oder privater Verfügungsgewalt trifft sicher auch für das Agrarwirtschaftssystem zu. Nicht so klar ist die nach dem Kriterium der Dominanz des Plankoordinierungssystems. Denn man muß die formalen Ordnungsstrukturen und ihre tatsächliche Funktion klar auseinanderhalten, genau so wie die Differenz zwischen formalrechtlichen Eigentumstiteln und tatsächlichen Dispositionsbefugnissen. Die formal ständische Gliederung des NS-Agrarwirtschaftssystems(RNST) war mehr ein administratives Vehikel als eine verfassungsrechtlich eigenständige Organisationsform. Dadurch unterschied sich ihre Bedeutung von der formal ähnlichen im gewerblich-industriellen Bereich, in der in der Tat gruppenwirtschaftliche Elemente eine Zeitlang dominierten. Im Ggs. zu diesem Bereich gab es im agraren keine einflußreichen Interessengruppen, die entscheidenden Einfluß auf die staatliche Politik hätten nehmen können, wie das die Vereinigungen der Industriellen und Finanziers durchaus konnten, wenn auch mit abnehmender Wirkung im zeitlichen Verlauf. Wir neigen deshalb eher dazu, dieses System als unvollkommene ZVW anzusprechen. Dies ist aber eine Frage, wie man die formalen Strukturen und Abläufe ihrem sachlichen Gehalt nach beurteilt. Es scheint uns eben nicht richtig zu sein, den RNST als echte Standesorganisation der landwirtschaftlichen Erzeuger zu betrachten, die die Interessen dieser Gruppe nach außen artikuliert und vertrat. Es gab in diesem Sektor keine autonomen Gruppen und auch keine Verhandlungen, in denen die Gruppen ihre Pläne selbständig ausgehandelt hätten, die dann durch ein zentrales Kollektivorgan bestätigt worden wären. Die Bezeichnung "Gruppenwirtschaft" ist deshalb nicht angemessen.

Der unter "positiver Staatsaufsicht" stehende RNST war eine die gesamte Land- und Nahrungsgüterwirtschaft umfassende Zwangsorganisation, die zwar rechtlich zunächst nicht in den Staatsapparat eingegliedert war, aber faktisch staatliche Steuerungsaufgaben wahrnahm, und in dessen Belange die entsprechenden staatlichen Stellen jederzeit eingreifen konnten.

Deutlich wird diese Einbeziehung in den administrativen Apparat auch durch die Personalunion des vom Reichskanzler ernannten Reichsbauernführers, "dem Führer und gesetzlichen Vertreter" des RNST, und des Ernährungsministers, der ebenfalls vom Reichskanzler ernannt wurde. Die Befugnisse des Reichsbauernführers gingen entsprechend dem "Führerprinzip", wie an anderer Stelle ausgeführt, sehr weit. Im Kriege wurde dann der gesamte RNST in den staatlichen Apparat eingegliedert. In der Kriegsernährungswirtschaft konnte von Gruppenverhandlungen erst recht keine Rede sein. Vielmehr wurde, vor allem mit Hilfe der "Dienststelle für Ernährungssicherung" (Ernährungsbilanzen), eine besondere Form zentraler Planung eingeführt. In diesem System wurden nicht nur die Preise der Güter und die Löhne, sondern auch Anbaukontingente, Ablieferungsmengen, Handelsgewinne, Verarbeitungsmengen und -verfahren u. dgl. von einer zentralistisch organisierten Bürokratie innerhalb und außerhalb des RNST geplant und festgelegt. Selbst wenn die Verhältnisse in anderen Wirtschaftsbereichen anders gewesen sein mögen⁴⁾, so dominierten in dem agrarwirtschaftlichen Plankoordinierungssystem eindeutig die Elemente einer unvollkommenen ZVW. Die in diesem System zur Anwendung kommenden Organisationsformen unterschieden sich zugegebenermaßen erheblich von den später in der SBZ verwirklichten. Viel wichtiger sind aber die Ähnlichkeit der in diesen Systemen zum Tragen kommenden Grundprinzipien der Wirtschaftslenkung und ihre weitgehend analogen Grundstrukturen. Dies ist, wie erwähnt, der Grund, weshalb wir nicht von einer Transformation, sondern einer Reform des Agrarwirtschaftssystems sprechen. Wenn also gelegentlich von einer Transformation des Agrarwirtschaftssystems gesprochen wird, so bezieht man sich dabei hauptsächlich auf Änderungen der Organisationsformen des Plankoordinierungssystems und der Wirtschaftsverfassung, nicht so sehr dagegen auf in unserem Sinne strukturelle Verschiedenheiten. Vergewärtigen wir uns noch einmal zur Bestätigung die dominierenden systemkonstituierenden Ordnungselemente beider Systeme.

Die Anzeige der gesamtwirtschaftlichen bzw. sektoral auf-

geschlüsselten Güterknappheiten erfolgte in beiden Systemen über Mengensaldierung in Planbilanzen. Daran änderte auch die Tatsache der jeweils unterschiedlichen Formen, in denen dies geschah, nichts. Die Abstimmung der Pläne und Handlungen der Wirtschaftssubjekte wurde zentral von staatlichen Instanzen vorgenommen. Dabei bediente man sich in beiden Systemen unterschiedlicher Verfahren. Die Anbau- und Ablieferungsaufgaben waren in der SBZ detaillierter und mußten es im Teilablieferungssystem auch sein. Während in der NS-Zeit alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, bis auf die zur Selbstversorgung notwendigen, beschlagnahmt und zu festen Preisen aufgekauft wurden, hatte man in der SBZ dieses System dahingehend geändert, daß nunmehr nur eine bestimmte Sollmenge zu staatlich festgesetzten Aufkaufpreisen abzuliefern war, während über die überschießenden Mengen mit Einschränkungen frei verfügt werden konnte. Wenn man aber bedenkt, daß die Sollquoten oft so hoch waren, daß sie kaum erfüllt werden konnten, muß man konstatieren, daß dieses System für viele Erzeuger ähnliche Wirkungen hatte wie die Totalbeschlagnahmung zur NS-Zeit. Das soll den wichtigen Unterschied in der Konstruktion durchaus nicht verwischen, relativiert aber seine Bedeutung. Die Legalisierung eines Teils der subsidiären Märkte (freie Spitzen) darf jedoch in seiner Relevanz für das Plankoordinierungssystem auch nicht überschätzt werden.

Die Auflösung des RNST war nicht von grundsätzlicher Bedeutung, denn die Aufgaben dieser Zwangsvereinigung wurden, sofern sie nicht primär ideologischer Natur, sondern wirtschaftsrelevant waren, z.T. direkt von der neuen Agraradministration, z.T. von den komplementären Einrichtungen (VdgB/MAS, Genossenschaften) übernommen. Der Primat außerökonomischer vor i.e.S. ökonomischen Zielvorgaben war ein Kennzeichen beider Systeme wie auch die sich daraus ergebenden Zielkonflikte (von der Blubo-Ideologie inspirierte Agrarpolitik vs. dem, in den "Erzeugungsschlachten" angestrebten Ziel der Steigerung der agraren Gesamtproduktion (Autarkie); die an sozialpolitisch-ideologischen Zielvorstellungen orientierte Bodenreform mit ihren Folgen vs. dem Ziel der Ernährungs-

sicherung(Outputmaximierung)).

Der Spielraum der betriebsinternen Willensbildung war in beiden Systemen wesentlich eingeschränkt worden. Die Ausübung der Eigentumsrechte an den sachlichen Produktionsmitteln war in der SBZ zu noch größeren Teilen als im NS-System an staatliche Stellen übergegangen, wobei besonders auf die Einschränkung der Dispositionsbefugnisse der Neubauern hinzuweisen ist. (Raup: "Save for the absence of mystical references to race, blood and soil, there is very little difference between the tenure under ... the Soviet Zone land reform laws and the tenure that was involved in the Nazi Erbhof laws."⁵⁾) Die Unterschiede zwischen beiden Systemen waren demnach nur graduell, nicht prinzipieller Natur.

Wir sind daher geneigt, nach den Kriterien der Dominanz des Plankoordinierungssystems und der Verfügungsgewalt über die sachlichen Produktionsmittel, beide Agrarwirtschaftssysteme als sozialistische (bureaukratische) unvollkommene (gemischte) Zentralverwaltungswirtschaften anzusprechen. Gemischt deshalb, weil beide Systeme eben auch Elemente anderer als der dominierenden Wirtschaftsordnung aufwiesen, wie das im Grunde bei jedem konkreten Wirtschaftssystem der Fall ist.

Die sehr weit reichende Ähnlichkeit der Gestaltung der sachlich konstitutiven Faktoren ist die wichtigste Erkenntnis dieses kurzen typologischen Vergleichs. Dabei übersehen wir keineswegs, daß beide Systeme durchaus stark abweichende systemtypische Merkmale aufwiesen. Die vorherrschenden Ordnungsideen und die jeweiligen Wirtschaftsverfassungen beider Systeme wichen erheblich voneinander ab. Dabei ist der Umstand bemerkenswert, daß die jeweiligen Gesamtheiten der wirtschaftsrelevanten rechtsverbindlichen Regelungen sich nicht nur in vielerlei Hinsicht ähnelten, sondern direkte Überschneidungen aufwiesen (Kriegswirtschaftsverordnungen, Preisregelungen u. dgl.). Was die geistig konstitutiven Faktoren, also die vorherrschenden Ordnungsideen angeht, so muß man zwei wichtige Unterscheidungen treffen. Einmal die zwischen den unter den Wirtschaftssubjekten vorherrschenden Leitbildern und den offiziell verkündeten, zum anderen zwischen den Ideen,

an denen man sich zu orientieren vorgab und denjenigen, an denen man sich tatsächlich orientierte. Es ließen sich unschwer Belege dafür anführen, daß die unter den bäuerlichen Produzenten vorherrschenden Ordnungsideen und agrarpolitischen Leitbilder sich nach dem Zusammenbruch kaum von denen der NS-Zeit unterschieden haben. Gewiß sind einige Vorstellungen durch die Erfahrungen dieser Zeit modifiziert worden; illusionär wäre es aber zu glauben, daß bei den Bauern eine Art geistige Revolution stattgefunden hätte, mit dem Ergebnis einer völlig neuen ideologisch-ordnungspolitischen Orientierung. Ganz anders sah es in Bezug auf die offiziellen Ideologien der jeweiligen Machthaber aus. Hier finden wir inhaltlich ganz gegensätzliche Ordnungsvorstellungen, die aber, worauf die Totalitarismustheorien zu Recht hinweisen, in der gesellschaftlichen und ökonomischen Praxis nicht nur zu ähnlichen Herrschaftsmethoden, sondern auch zu ähnlichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen und Verhaltensweisen sowie analogen Einstellungen (autoritärer Charakter) geführt haben.

VIII Die "demokratische Bodenreform"

Nach dem in den Teilen C und D Ausgeführten,erübrigt es sich fast,festzustellen,daß die Bezeichnung "Bodenreform" für die nach dem 2.Weltkrieg in Mitteldeutschland stattgehabte Agrarumwälzung nicht gerade passend,ja bewußt irreführend ist. Die nähere Kennzeichnung durch den Zusatz "demokratisch" ist,wie gezeigt,genau so unberechtigt. Der von seinen Initiatoren "demokratische Bodenreform" genannte Maßnahmenkomplex war sowohl seinen Hauptzielen,der Art seiner Durchführung sowie seinen Wirkungen nach eine revolutionäre Aktion,die Teil der Umgestaltung des mitteldeutschen Wirtschafts-,ja des gesamtgesellschaftlichen Systems war. Trotz seiner keineswegs primär bodenreformerischen Motive und seines betont politischen Charakters hatte dieser Vorgang bodenreformmanaloge Wirkungen auf die mitteldeutsche Landwirtschaft.

Mit letzter Sicherheit lassen sich Aussagen über die Fern- bzw. Hauptziele der Bodenreform nicht machen. Für die Annahme,daß der durch die Bodenreform hergestellte Zustand von vornherein als Zwischenstufe("instrumentelles Zwischenziel") zur eigentlich angestrebten Kollektivierung der Landwirtschaft vorgesehen war,lassen sich zahlreiche,kaum zu entkräftende Belege beibringen. Insofern wären dann die sozialen und ökonomischen reformerischen Eingriffe nur Nebenziel der Bodenreform gewesen. Hinzu kommt,daß die ausdrücklich als Ziel formulierte politische,ökonomische und soziale Entmachtung der sog. Junkerklasse die Bodenreform eindeutig als "politische Strafmaßnahme"(Seraphim) charakterisiert.

Daneben ließen sich noch situationsspezifische sozialpolitische und ökonomische Motive für die Bodenreform anführen, die,wenn auch nur von untergeordneter Bedeutung,nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Man kann davon ausgehen,daß das Einströmen der großen Zahl Heimatvertriebener in die SBZ und die dadurch entstandene Aufgabe ihrer Integration weder die Maßnahmen selbst hervorgerufen noch die Art ihrer Durchführung entscheidend mitbestimmt,wohl aber ihre Rechtferti-

gung und ihren technischen Vollzug erleichtert hat. Wenn- gleich kein originäres Ziel der Bodenreform, wurde durch sie doch die Eingliederung zahlreicher Heimatvertriebener - durch ihre Ansetzung auf Neusiedlerstellen - ganz wesentlich be- fördert. Diese, gewissermaßen zweitrangige sozialpolitische Zielstellung der Bodenreform hatte gleichwohl Wirkungen von erstrangiger Bedeutung.

Was die i.e.S. ökonomische Zielstellung der Bodenreform betrifft, so muß man wiederum die hierarchische Ordnung der Ziele berücksichtigen. Primär waren die Bedingungen für eine spätere Kollektivierung der Landwirtschaft zu schaffen, dieses war das Hauptziel. Entgegen den jahrelangen Beteuerungen der agrarpolitischen Propaganda der Kommunisten, besonders auch Hoehle's, konnte es deshalb nicht ein echtes Anliegen der Reform sein, "lebensfähige und gesunde Bauernwirtschaften" mit dann zwangsläufig selbstbewußten, den traditionellen agrarpolitischen Leitbildern anhängenden und dem einzelbäuer- lichen Wirtschaften existenziell verbundenen Betriebsinhabern zu schaffen. Welche Motive sollten Bauern in wirtschaftlich gesicherten Verhältnissen für kollektives Wirtschaften ent- wickeln? Es war, im Gegenteil, dafür Sorge zu tragen, daß es den Einzelbauern und besonders den Neusiedlern niemals so gut ginge, daß sie mit besonderer Festigkeit an ihrer einzel- bäuerlichen Existenz festhielten. Wie oben wohl hinreichend deutlich gezeigt wurde, ging es den Neubauern durchschnittlich so miserabel, daß selbst der Alptraum der Kollektivierung allmählich seinen Schrecken verlor. Selbst wenn man die be- sondern angespannte Lage der mitteldeutschen Landwirtschaft nach Kriegsende und die Notwendigkeit der Eingliederung möglichst vieler Heimatvertriebener als Erklärung für die völlig unzureichende Ausstattung der Neusiedlerwirtschaften heranzieht, wird das Argument nicht entkräftet, daß diese wirt- schaftliche Schwäche kein Zufallsprodukt, sondern intendiert war. Es lassen sich unschwer Modi der Durchführung einer Bodenreform unter den gegebenen Umständen anführen, die zur Schaffung wirklich lebensfähiger und gesunder Bauernwirt- schaften geführt hätten. Über die sozialpolitische und wirt-

schaftliche Berechtigung, ja Notwendigkeit einer Bodenbesitzreform nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland kann u.E. kein Zweifel bestehen. Nur: Ziele, Art der Durchführung und Ergebnis einer Reform hätten den besonderen Erfordernissen der Nachkriegszeit und dem Stand der volkswirtschaftlichen Entwicklung (Technisierungsstufe) angemessen sein müssen.

Das ordnungspolitische Fernziel Kollektivierung mußte notwendigerweise mit den situationsspezifischen Erfordernissen kollidieren. Der, in Anbetracht der kritischen Ernährungslage, produktionswirtschaftlichen Notwendigkeit der Outputmaximierung konnten die außerordentlich leistungsschwachen neubäuerlichen Krüppelwirtschaften in keiner Weise entsprechen. Wenn die ökonomischen Voraussetzungen fehlen, muß auch der größten einzelbäuerlichen Leistungsanstrengung der Erfolg versagt bleiben. Und das sollte ja auch so sein - andererseits aber auch wieder nicht. Dieser Konflikt zwischen dem aus dem marxistisch-leninistischen Dogma abgeleiteten Endziel der Kollektivierung, für die die Bodenreform den Weg bereiten sollte, und den volkswirtschaftlichen Erfordernissen der unmittelbaren Nachkriegszeit ist ein Hauptmerkmal der durch die Reform geschaffenen agrarwirtschaftlichen Realität.

Auch die völlige Mißachtung gut gesicherter wirtschaftlicher Erfahrungen durch den "dogmatischen Schematismus" bei der Durchführung der Reform belegt die Annahme, daß die in der Propaganda in den Vordergrund gerückten sozialpolitischen (soziale Gerechtigkeit, Korrektur historischen Unrechts, Integration u.dgl.) und ökonomischen (Leistungssteigerung) Argumente für die Reform in erster Linie bloße Alibifunktionen hatten. Ebenso entsprach die Radikalität der Maßnahmen und ihre z.T. brutale Exekution keineswegs irgendwelchen wirtschaftlichen Erfordernissen.

Besonders aufschlußreich ist auch die Betrachtung der parallel zur Bodenreform durchgeführten ordnungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den anderen Sektoren. Dann nämlich sollten auch die letzten Zweifel am transitorischen Charakter des durch die Bodenreform geschaffenen, auf einzel-

bäuerlichem Wirtschaften beruhenden mitteldeutschen Agrarwirtschaftssysteme beseitigt werden - wenn dies nicht schon bei der Betrachtung ebendieses Agrarwirtschaftssystems, seiner Struktur und Funktionsweise, der Fall war.

Betrachtet man die Einschränkung der Dispositionsbefugnisse, die für die durch die Reform geschaffene Eigentümerkategorie der Neubauern besonders stark war, im Zusammenhang mit dem Plankoordinierungssystem, so wird deutlich, daß in diesem System die Grundlagen einzelnbäuerlichen Wirtschaftens: eigenverantwortliche Betriebsführung auf eigene Rechnung und eigenes Risiko, nicht bestanden und ihre Restitution auch nicht zu erwarten war. Der bodenpolitische bzw. allokatonspolitische Effekt der Reform war derart, daß eine effiziente Bodenallokation ausgeschlossen war, und zwar nicht nur, weil Bodenpreis und -rente nicht mehr als Knappheitsanzeiger funktionierten ("Indikatorrolle der Grundrente") und damit überhaupt funktionslos geworden waren, sondern weil auch die Bodenmobilität durch administrative Verfügungsbeschränkungen nur noch in völlig unzureichendem Umfang gegeben war.

War schon im NS-System das Bodeneigentum auf dem Spektrum zwischen "unbegrenztem und unbefristetem privatem Volleigentum" und dem Kollektiveigentum auf dieses letztere hin verschoben worden, so bewegte es sich durch die Bodenreform (Neubauern) noch weiter in diese Richtung.

Die Bodenreform war auch eine Siedlungsmaßnahme von grossem Umfang und ist von daher durchaus mit früheren Siedlungsvorhaben vergleichbar. Nach der Größe der bewegten Bodenmasse, der Zahl der Neusiedlerstellen, dem Tempo der Durchführung und den Wirkungen auf das Agrarwirtschaftssystem steht die sog. demokratische Bodenreform der SBZ in Deutschland einzigartig da und ist nur mit den Agrarumwälzungen in Rußland und Südosteuropa vergleichbar. Wir haben schon mehrmals betont, daß wir die Bodenreform als sozialpolitische (Siedlungs)maßnahme für rechtfertigbar halten. Mit Herlemann wurde andererseits oben festgestellt, daß die Agrarsiedlung in der Mechanisierungs- und Aufstockungsphase, in der eine Tendenz zur Betriebsvergrößerung besteht, keine Berechtigung

mehr hat. Nun war die "normale" bzw. Grund-Phase(Technisierungsstufe),in der sich die deutsche Landwirtschaft in der fraglichen Zeit befand,die Mechanisierungsphase. Von daher müßte man eine Agrarsiedlung in solchem Ausmaß als phaseninkonform bezeichnen. Andererseits,und das ist entscheidend,waren die ökonomischen Bedingungen in der wirtschaftlichen Ausnahme-situation regrediert und wiesen Merkmale früherer Technisierungsstufen(Verdichtung,Intensivierung) auf. Unter diesen konkreten Bedingungen bekam die Agrarsiedlung einen ganz neuen Stellenwert,sie gewann in der Regressionsphase ihre Berechtigung zurück. Jedoch: die grundsätzliche Berechtigung der Agrarsiedlung ist das eine; das andere sind die Art der Durchführung und die durch sie geschaffenen wirtschaftlichen Tatbestände. Nun verlangte die die Grund-(Mechanisierungs-) Phase überlagernde Regressionsphase ganz besondere Adaptionsvorgänge,gleichzeitig mußte aber der längerfristigen,vorübergehend latent gewordenen Grundtendenz in irgendeiner Weise Rechnung getragen werden - sofern man Ernst machen wollte mit dem verkündeten Vorsatz der Leistungsstärkung der Landwirtschaft. Wie gezeigt wurde,prädominierten bei der sog. demokratischen Bodenreform ideologisch-politische Ziele und ließen für eigentlich bodenreformerisch-ökonomische Orientierungen kaum Raum. Besonders deutlich wird die wirtschaftliche Fragwürdigkeit der Maßnahmen im Hinblick auf das Problem der optimalen Betriebsgröße. Gewiß,die Tendenz der Mechanisierungsphase war unter den Bedingungen der Ausnahme-situation gestoppt worden,nicht aber war der agrartechnologische Fortschritt - ein internationales Phänomen - zum Erliegen gekommen(Entwicklungsniveau der Produktivkräfte),und der würde über kurz oder lang,im Zusammenspiel mit der normalisierten Faktorverfügbarkeit,die Tendenz zur Mechanisierung und Betriebsvergrößerung wieder virulent werden lassen. In Mitteldeutschland war aber eine Vielzahl von Betrieben sub-optimaler,ja unter der Minimalgröße geschaffen worden,ohne daß,wie gezeigt,innerhalb dieses Agrarwirtschaftssystems die Möglichkeit für korrigierende Reallokationen des Bodens bestanden hätten. Hätte man der einzelbäuerlichen Produktions-

weise tatsächlich eine Zukunft geben wollen, hätte die Möglichkeit zur Betriebsaufstockung in dieses System eingebaut werden müssen. Das war aber explizit und mit Nachdruck abgelehnt und durch die Agrargesetzgebung unmöglich gemacht worden. Da die marxistisch-leninistische Ideologie aber die Überlegenheit des Großbetriebes als Credo hatte - und zwar des genossenschaftlichen, konnte als Ausweg aus den sich ergebenden wirtschaftlichen Zwängen nur die Sprengung des geschaffenen transitorischen Agrarwirtschaftssystems und der Übergang zur großbetrieblichen Produktion in einer kollektivierten Landwirtschaft vorgesehen sein.

Will man also die Phasenkonformität der durch die Bodenreform geschaffenen wirtschaftlichen Tatbestände beurteilen, ergibt sich eine merkwürdige Situation: Betrachtet man die Tatbestände allein, so kann man ^{sie} nicht anders als phaseninkonform nennen. Bezieht man hingegen das Fernziel Kollektivierung mit in die Beurteilung ein, und geht man davon aus, daß das geschaffene System in seiner besonderen Form für die Erreichung dieses Zieles, und dieses Ziel selbst, notwendig waren, so müßte man es, trotz gegenteiligen Augenscheins, als prinzipiell phasenkonform bezeichnen. Die Frage, ob die Kollektivierung eine angemessene oder gar notwendige Lösung der im agrarökonomischen Entwicklungsverlauf auftretenden Probleme war(ist), und wenn ja, ob das in Mitteldeutschland geschaffene Agrarwirtschaftssystem ein sinnvoller oder gar notwendiger Zwischenschritt dahin gewesen ist, muß hier unbeantwortet bleiben.

Als situationsadäquat kann man wirtschaftspolitische Maßnahmen bezeichnen, die angemessene (wirtschaftsrationale) Reaktionen auf ganz besondere, meist kurzfristige starke Abweichungen vom normalen Wirtschaftsablauf, der als erwünscht gilt, sind. Sie dienen hauptsächlich der Restitution durchschnittlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie der Beseitigung struktureller und funktioneller Mängel des Wirtschaftssystems, kurz: der Überwindung einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation. (Was als angemessen gelten kann, hängt natürlich von den Spezifika der jeweiligen Situation ab.)

In Anbetracht der Tatsache, daß die Regressionsphase Merkmale im normalen Phasenverlauf längst überwundener Technisierungsstufen aufwies, wie z.B.: Zunahme der Gesamtbevölkerung, Kapitalverteuerung(-mangel), temporäres Sinken des Mechanisierungsgrades, Produktivitätsabfälle, aber auch verbessertes Paritätsverhältnis u.a.m., mußten auch ähnliche, kurzfristige Adaptionsvorgänge wie in diesen Phasen erfolgen. Die geänderten Faktorverfügbarkeiten erforderten eine arbeitsintensivere Wirtschaftsweise, die am besten durch Aufsiedlung landwirtschaftlicher Großbetriebe zu erreichen war, und zwar vor allem aus den unter BIII 8. genannten Gründen. Natürlich mußten die Neusiedlerwirtschaften die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen, die da sind: angemessene Ausstattung mit Land, lebendem und totem Inventar sowie Gebäuden, fähige Betriebsleiter, erfüllen. Auch mußten die komplementären wirtschaftlichen Einrichtungen auf die situationsspezifischen Erfordernisse abgestimmt sein. Diese Bedingungen waren nur zum geringsten Teil erfüllt. Insbesondere konterkarierte die Gestaltung der Dispositionsbefugnisse von den Siedlungsmaßnahmen ausgehende positive Effekte. Wenn deshalb die Zerlegung der Großbetriebe und ihre Aufsiedlung als prinzipiell situationsadäquat gelten kann, so waren andererseits die Art der Durchführung der Siedlung und die solcherart geschaffenen konkreten wirtschaftlichen Tatbestände der Situation und ihren spezifischen Erfordernissen nicht angemessen. Die Art der Durchführung und die im Agrarwirtschaftssystem eingebauten ordnungsspezifischen Hemmnisse stellten nicht nur den wirtschaftlichen Erfolg der an sich sinnvollen Reformmaßnahme der Aufsiedlung in Frage, sondern auch deren situationsbezogene volkswirtschaftliche Rationalität.

Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit der sog. demokratischen Bodenreform wird man aus verschiedener Perspektive auch unterschiedlich beantworten müssen. Trotz der grundsätzlichen Vertretbarkeit einer großangelegten Enteignungsaktion unter dem Gesichtspunkt eines "nationalen Lastenausgleichs", muß an der Art ihrer Durchführung schärfste Kritik geübt werden, denn dadurch wurde z.B. die begrüßens-

werte und notwendige Hilfe für die schwer getroffenen Heimatvertriebenen moralisch entwertet. Es geht auch nicht an, die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit unter Quantitätsgesichtspunkten zu entscheiden: einer sehr großen Zahl unmittelbarer Nutznießer der Reform stand in der Tat eine relativ kleine Zahl Geschädigter gegenüber.

Wer mit den umfangreichen Überlegungen über mögliche Modi der Durchführung von Umsiedlungsmaßnahmen vertraut ist, wobei auch an die Diskussion in den westlichen Zonen nach dem 2. Weltkrieg gedacht wird, wird die Kriterien für die Kategorisierung der zu enteignenden Betriebe nur als äußerst willkürlich und primitiv bezeichnen können. Dies war allerdings eine beabsichtigte Primitivität, die mit dem Strafcharakter der Bodenreform in engstem Zusammenhang steht. Dabei denken wir nicht an die entschädigungslose Enteignung der Protagonisten des äußerst verbrecherischen NS-Regimes, die wir für legitim halten, obwohl hierbei unentschuld bare bewußte Willkürlichkeiten vorkamen, sondern an die schematische Bestimmung der übrigen zu enteignenden Personen bzw. Betriebe. Die Festlegung einer fixen Grenze der Betriebsgröße (hier: 100ha), über der alles und unter der nichts enteignet wird, ist unter wirtschaftlichem Aspekt (der gänzlich verschiedenen betriebswirtschaftlichen Situation der Betriebe) völlig sinnlos. Hätte man tatsächlich die Reform auch zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nutzen wollen, hätte man nicht umhin gekonnt, ein System gestaffelter Landabgaben zu entwickeln, in das natürlich auch die Betriebe unter 100ha hätten einbezogen werden müssen. Daß das Motiv des sozialen Lastenausgleichs keine Rolle spielte, wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß wohl ein 100ha-Betrieb in den Sandgegenden Brandenburgs enteignet wurde, aber ein ungleich leistungsstärkerer 90ha-Betrieb in der Magdeburger Börde nicht. Und warum erfolgte die Enteignung total (kein Resthof) und entschädigungslos? Es lohnt im Grunde nicht, diese Fragen weiterzuverfolgen: die ideologische Zielstellung und der politische Strafcharakter der Bodenreform ließen für Erwägungen sozialer Gerechtigkeit keinen Raum. Gleichwohl bleibt das Faktum zu

konstatieren, daß durch die Reform hunderttausenden Heimatvertriebenen eine neue, wenn auch keineswegs "gesunde" wirtschaftliche Existenz geschaffen worden ist. Dies war jedoch im Grunde mehr eine akzidentelle Nebenwirkung als ein originäres Ziel der Reform, sie bringt aber dennoch ein gewisses versöhnliches Element ein in ihre Bewertung, kann aber trotzdem kein positives Gesamturteil über die "demokratische Bodenreform" rechtfertigen.

F SCHLUSSBETRACHTUNG

Als das nationalsozialistische Regime im Ergebnis des mörderischsten Krieges der Menschheitsgeschichte militärisch besiegt und zerschlagen worden war, mußten noch seine kontagiosen Trümmer durch vielfältige Bemühungen so weit als möglich beseitigt werden. Es galt zunächst seine offenkundig schuldigen verbrecherischen Exponenten in angemessener Weise zur Rechenschaft zu ziehen, aber auch - und dies war der weitaus schwierigere Teil der Aufgabe - in allen gesellschaftlichen Bereichen die Bedingungen, die dieses Regime ermöglicht und gestützt hatten, zu beseitigen. Zu den sozialen Gruppen, die sich durch eine Komplizenschaft mit den NS-Herrschern schuldig gemacht hatten, zählten die alliierten Sieger übereinstimmend die pejorativ vereinfachend "Junker" genannten agraren Großbesitzer. Als Hort reaktionär-antidemokratischer Traditionen hätten sie erheblich zur Erosion der fragilen Weimarer Demokratie beigetragen und Hitler und seine Mordgesellen aus egoistischen Gruppeninteressen "in den Sattel geholfen" sowie dem NS-Regime auf verschiedene Weise als wichtige Stütze gedient. Ihre Eliminierung aus dem politischen Leben Nachkriegsdeutschlands durch den Entzug ihrer sozialökonomischen Basis war die unausweichliche Konsequenz aus dieser Bewertung, als deren Ergebnis die Enteignung des Großgrundbesitzes vertraglich festgelegt wurde. Eine für ganz Deutschland vorgesehene Bodenreform, die diese Zerschlagung des agraren Großbesitzes und die Neuverteilung des Bodens

bewirken sollte, war von daher wesentlich politisch motiviert. Hinzu traten ökonomische und gesellschaftspolitische Argumente, deren gewichtigstes neben der Sicherung der Nahrungsgrundlage zweifellos die Notwendigkeit der Integration der zahlreichen Umgesiedelten, Flüchtlinge und Vertriebenen durch Schaffung von Neusiedlerstellen war.

Der Wegfall des integrierenden "Anti" der Anti-Hitler-Koalition führte sehr bald nach Kriegsende zu politischen Dissonanzen zwischen den Alliierten und im weiteren Verlauf zu einer zunehmend sich verhärtenden Konfrontation. Unter diesen Umständen wurden für viele Probleme einvernehmliche Lösungen immer unwahrscheinlicher, so auch für das einer nach gleichen Grundsätzen in ganz Deutschland durchzuführenden Bodenreform. Die Konstellation der Mächte in Europa war aber nicht der einzige determinierende Faktor der sowjetischen Politik in Deutschland und besonders in ihrer Besatzungszone. Die innere sozioökonomische und politische Verfaßtheit der Sowjetunion brachte ideologische, wirtschaftliche und vor allem herrschaftstechnische Zwänge mit sich, die nur einen eingeschränkten außen- und machtpolitischen Spielraum zuließen und auch das Spektrum deutschlandpolitischer Optionen einengten. Da es zunehmend unwahrscheinlicher für die Sowjets wurde, Einfluß auf ganz Deutschland nehmen zu können, blieb ihnen kaum eine andere Wahl, als sich auf ihre Besatzungszone zu konzentrieren - wenn auch begleitet von im zeitlichen Verlauf immer aussichtsloser werdender Versuche, politisch in die Westzonen hineinzuwirken - und diese längerfristig politisch und wirtschaftlich in ihren engeren Machtbereich einzubeziehen und dafür die strukturellen Voraussetzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen. Anders als durch eine "Sowjetisierung Mitteldeutschlands" war dies nicht möglich. Wenn diese Zielsetzung auch nicht die mit höchster Priorität versehene deutschlandpolitische Option der Sowjets gewesen sein dürfte, war diese Variante wohl von Anfang an Bestandteil eines mehr oder weniger flexiblen politischen Kalküls der Sowjets gewesen, die ihre als "Entnazifizierung und Demokratisierung" etikettierte strukturbildende Politik in Mitteldeutschland so anlegten, daß ein Umschalten auf "Sowjetisierung" jederzeit möglich war.

Betrachtet man die "demokratische Bodenreform" in der SBZ isoliert, so läßt sich, wenn auch mit Einschränkungen, sagen, daß sie als solche ordnungspolitisch neutral war. Ihr "politischer Strafcharakter" war ursprünglich eine allen Alliierten gemeinsame Intention, und deshalb setzte sie die Westalliierten auch unter einen stark empfundenen Handlungsdruck, der allerdings im selben Maße schwächer wurde, wie die Konfrontation mit den Sowjets sich verschärfte. Schon die Art der Durchführung der Reform, vor allem aber die sie begleitenden und ihr folgenden Enteignungen in den anderen Sektoren ließen auch eine ganz andere Einschätzung als immer begründeter erscheinen, die nämlich, daß die Sowjets einen radikalen Umbau des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in Angriff genommen hatten, mit dem Ziel, eine der ihren weitgehend gleichende Gesamtordnung zu errichten. Diese, wie sich dann erwies: richtige Beurteilung der Vorgänge in der SBZ hat bekanntlich nicht unwesentlich zum Scheitern einer Bodenreform in den Westzonen beigetragen.

Die nichtkommunistischen politischen Gruppierungen in Mitteldeutschland, denen die Sowjets gestatteten sich zu artikulieren, waren zwar bereit, einen weitgehenden Umbau auch der Wirtschaftsordnung mitzutragen, versagten sich aber dem Kurs auf ein dem sowjetischen analoges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, was zwar keine Kursänderung bei den Sowjets bewirkte, wohl aber ihre Liquidierung als politisch eigenständiger Kräfte durch Fusion bzw. Gleichschaltung. Die deutschen Kommunisten ihrerseits haben, trotz anfänglichen inneren Dissenses und einiger taktisch motivierter verbaler Ausschweifungen, nie anders agiert, als man das von der verängstigten deutschen Sektion der stalinistischen KPdSU zu erwarten hatte. Ernsthafte Widerstand der Betroffenen gegen diese z.T. harten transformatorischen und politischen Maßnahmen in der SBZ konnte es nicht geben, er trat nur in seltenen Fällen offen als direkte Ablehnung zutage, nahm viel öfter die Form der Flucht in die Westzonen an oder verlagerte sich nach innen, wo er in längst angelegte Geisteshaltungen wie Russophobie, Antikommunismus u.dgl. sedimentierte. Die Mitwirkung der Deutschen an der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" in Mitteldeutschland beschränkte sich weitgehend auf kollabo-

rierende Hilfs- und nicht selten Büttelfunktionen sowie auf Befehlsausführung, wenn dies die Betroffenen auch nicht immer in dieser Weise empfunden haben mögen.

Die schon bei Kriegsende bei vielen Erkenntnisfähigen und -willigen anzutreffende Einsicht, daß neben zahlreichen anderen Ursachen auch strukturelle und institutionelle den Nazis die Herrschaftsübernahme und -ausübung in Deutschland und damit - unter Einbeziehung großer Teile des deutschen Volkes - die Begehung der ungeheuerlichsten Verbrechen aller bisherigen Geschichte hier und in weiten Teilen Europas ermöglicht haben, ließ eine bloße Restauration von nationalsozialistischer sozio-ökonomischer und politischer Strukturen oder gar den Verzicht auf jede Veränderung überhaupt nicht als echte Alternative zu dem zu, was in der SBZ geschah. Eine tiefgreifende gesellschaftliche und politische Umgestaltung erschien vielmehr als unabweisbare Notwendigkeit, wenn auch über Intensität und Richtung sowie inhaltlich über ein bloßes "Anti", nämlich antinationalsozialistisch, hinaus kaum Einigkeit zu erzielen war. Auch in den Westzonen war die Mitwirkung der Deutschen beim Zustandekommen der Grundentscheidungen für die Neuordnung doch recht bescheiden. So bestand wohl auch weitgehender Konsens über die Wünschbarkeit der Beseitigung wirtschaftlicher Machtpositionen durch Entflechtung, Sozialisierung u.ä. Maßnahmen, darüber, daß die "Demokratisierung der Wirtschaft" anzustreben sei; was das aber im einzelnen bedeuten sollte und wie weit man gehen müsse - diese Fragen wurden sehr unterschiedlich beantwortet. Die zunehmend feindlichere Haltung zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten veranlaßte letztere im Zusammenwirken mit wirtschaftlichen Zwängen dazu, immer mehr von ihren ursprünglichen Neuordnungsvorstellungen aufzugeben, wodurch die konservativen deutschen politischen Gruppierungen allmählich Oberwasser bekamen, was sich am Beispiel der Bodenreformdiskussion und -versandung in den Westzonen gut demonstrieren ließe.

In der SBZ wurde die Bodenreform als eine ^{der} für die notwendige Neuordnung, in diesem Falle der Wirtschaft, unumgänglichen Maßnahmen ausgegeben. Sowiet sie die Enteignung der "Kriegsverbrecher und Naziaktivisten" betraf, ist ihre Berechtigung zwei-

felsfrei. Die entschädigungslose Enteignung aller Betriebe über 100 ha läßt sich mit diesen Gründen, wenn überhaupt, dann nur für eine kleine Gruppe dieser solcherart Klassifizierten rechtfertigen. Die Enteignung wirtschaftlichen Eigentums aus politischen Gründen ist in Situationen wie der in Deutschland nach dem Ende der Nazi-Barbarei ohne Zweifel vertretbar, ja in vielen Fällen notwendig. Die Kriterien hierfür müssen aber angemessen und in jedem einzelnen Fall auch erfüllt sein, damit diese Maßnahmen ihre Legitimität nicht verlieren, etwa dadurch, daß sie mit den ungerechtfertigterweise Betroffenen auch alle anderen zu unschuldigen Opfern machen. Die Wirkung einer solcherart mißlungenen Aktion auf das allgemeine politische Bewußtsein kann nur schädlich sein; sie diskreditiert tendenziell den Gesamtvorgang der Neuordnung und exkulpiert überdies durch die Einbeziehung in die Solidarität mit den ungerechtfertigterweise Betroffenen auch die von diesen nicht mehr klar zu unterscheidenen wahrhaft Schuldigen, und sie erzeugt bzw. festigt eine allgemeine Abwehrhaltung gegen jede Veränderung. Die entschädigungslose Enteignung der bäuerlichen Wirtschaften über 100 ha (ohne Resthof) läßt sich als notwendiger Teil der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" nur insoweit rechtfertigen, wie jede beliebige Maßnahme auch. Bei den "Junkern" ist die Sachlage etwas komplizierter. Ganz abgesehen von der kaum lösbaren Schwierigkeit, ein Kriterium für die eindeutige Klassifizierung als "Junker" anzugeben, müßte überdies nachgewiesen werden, daß diese Gruppe bzw. die Großgrundbesitzer in toto sich in der oben angedeuteten Weise schuldig gemacht hätten. Dieser Nachweis ist aber nur für Einzelfälle führbar. (Auf das Gerede von Bauernbefreiung u.dgl. einzugehen, lohnt nun wirklich nicht.) Es lassen sich aber durchaus eine ganze Reihe anderer Gründe für die Enteignung agraren Großbesitzes, der eine behutsam festzulegende Größe übersteigt, angeben, die dann auch für die nicht zu Unrecht als feudale Relikte angesehenen "Junker" gelten würden. Ein auf der Hand liegender situationsspezifischer Grund war die Pflicht zu einem halbwegs gerechten Ausgleich der ungleich verteilten Kriegsfolgelasten, die gebot, den siedlungswilligen Vertriebenen und Flüchtlingen Land zur Verfügung zu stellen. Aber

dieses Argument konnte aus naheliegenden Gründen in der SBZ nur sehr vorsichtig verwendet werden. Tatsächlich aber geschah genau dies durch die Bodenreform, und dieser Ausgleichs- und Integrationseffekt darf nicht unterschlagen oder geringgeschätzt werden. Er läßt die Tatsache der Bodenreform, nicht aber die Art ihrer Durchführung als gerechtfertigt erscheinen.

Die Durchführung der Bodenreform in der SBZ war nun von solcher Art, daß sie von Anfang an nicht als Vorbild für eine in den Westzonen durchzuführende gelten konnte, vielmehr ihren dortigen Gegnern Argumente lieferte, die ihre Position stärkten. Gleiches gilt für die in ihrem Verlauf und Gefolge geschaffenen strukturellen und ökonomischen Tatbestände. Nicht daß wir die in der Bodenreformdiskussion in den Westzonen vorgetragenen Argumente pro und contra zum verbindlichen Maßstab einer Bewertung der "demokratischen Bodenreform" und des neuen Agrarwirtschaftssystems in der SBZ machen wollten; aber in diesem Argumentationsspektrum fanden sich die wichtigsten Überlegungen über das Ob, Wie und Zu welchem Zweck bezüglich einer Bodenbesitzreform in Deutschland, die jeder Entscheidung, wie sie auch aussehen mochte, wenn sie mehr sein sollte als ein bloßes Oktroy, zugrunde zu legen waren.

Andererseits zeigt aber auch die bis an die Grenze zur Bedeutungslosigkeit verwässerte Reform in den Westzonen, daß ohne ein gewisses Maß politischer Gewaltsamkeit wenig gegen reale und mentale petrifizierte Strukturen zugunsten eines fairen Lastenausgleichs und einer fundamentalen Neuorientierung auszurichten war und auch, daß es völlig verfehlt wäre, die hartnäckig mit heuchlerischer Präntention vorgetragene Verteidigung egoistischer partikularer Interessen als die Artikulation aufgeklärter, am Wohl aller orientierter Demokraten zu betrachten.

Sicher gab es unmittelbar nach dem Zusammenbruch gute Gründe dafür, die Deutschen als politisch unmündig zu behandeln; nicht aber dafür, durch strukturelle und institutionelle Arrangements sowie ideologische Indoktrination faktisch und wohl auch absichtsvoll auf die Perpetuierung dieses betrüblichen Zustands hinzuwirken.

Als wertendes Fazit sei folgendes festgehalten. Unter den besonderen Bedingungen einer nicht nur wirtschaftlichen Ausnahme-situation, regredierter und weiter regredierender Wirtschaft und ungleich verteilter Kriegsfolgelasten ein klares Ja zu einer Bodenbesitzreform, die in rechtfertigbarer Weise Großgrundbesitz und auch kleineren gestaffelt zur Landabgabe heranzieht; aber ein ebenso deutliches Nein zu einer Art der Durchführung, die durch brutale Willkür neues offenkundiges Unrecht schafft. Ja zur Aufsiedlung des geschaffenen "Bodenfonds" durch "Neubauern", aber ein Nein zu der dahinter stehenden betrügerischen Absicht und dem eingebauten wirtschaftlichen Exitus. Ja zu einer zeitweiligen Fortsetzung der durch die Umstände bedingten zentralistischen Zwangswirtschaft zum Zwecke sozialen und ökonomischen Ausgleichs, allerdings mit dem Ziel ihrer baldestmöglichen Überwindung; und deshalb auch ein entschiedenes Nein zu der Absicht, sie zu einer dauernden Institution und zur Grundlage eines neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu machen. Gleiches gilt für die komplementären Einrichtungen des neuen Agrarwirtschaftssystems: Ja zu Genossenschaften und allen Formen freiwilliger Kooperation in der Landwirtschaft; aber ein Nein zu ihnen, wenn sie nichts weniger als freie Zusammenschlüsse zum Zwecke wirtschaftlicher und sozialpolitischer Selbsthilfe sind, sondern lediglich Vehikel einer angestrebten Beseitigung freien bäuerlichen Wirtschaftens durch Zwangskollektivierung.

Ein gewisser Zwiespalt bleibt bei der Beurteilung der "demokratischen Bodenreform" und des neuen Agrarwirtschaftssystems; enthalten doch die Maßnahmen und Institutionen, die sich nicht erst im Rückblick als erste Schritte und Vorläufer eines auf vielfältigen Formen offenen und versteckten Zwangs beruhenden kollektivistisch verfaßten Agrarwirtschaftssystems erweisen, auch Elemente, die sie im Hinblick auf wirtschaftliche Erfordernisse, aber auch solche sozialen Ausgleichs als zumindest partiell situationsadäquat erscheinen lassen.

ANHANG

1. Abkürzungen

A	= Arbeit(Produktionsfaktor)
AB	= Ausführungsbestimmung(zur Bodenreformverordnung)
AdgB	= Ausschuß der gegenseitigen Bauernhilfe
AK	= Arbeitskraft
B	= Boden(Produktionsfaktor)
BRVO	= Verordnung über die Bodenreform(Bodenreformverordnung)
BSP	= Bruttosozialprodukt
DVAS	= Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge
DVHV	= Deutsche Verwaltung für Handel und Versorgung
DVLF	= Deutsche Verwaltung für Land- und Fortswirtschaft
E	= Einwohner
E.S.-	= Ernährungssicherungs-
FDGB	= Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GVE	= Großvieheinheit
K	= Kapital(Produktionsfaktor)
KBK	= Kreisbodenkommission
KRG	= Kontrollratsgesetz
LBK	= Landesbodenkommission
LN	= Landwirtschaftliche Nutzfläche(im Unterschied zur Betriebsfläche)
MAS	= Maschinenausleihstation
NS-	= nationalsozialistisch
OBK	= Ortsbodenkommission
OdF	= Opfer des Faschismus
REG	= Reichserbhofgesetz
RNST	= Reichsnährstand
RNSTG	= Reichsnährstandsgesetz
SAG	= Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	= Sowjetische Besatzungszone
SBZD	= Sowjetisch besetzte Zone Deutschlands
SMA(D)	= Sowjetische Militäradministration(in Deutschland)
SU	= Sowjetunion
U.k.	= Unabkömmlich(Rückstellung vom Kriegsdienst)

- VdgB = Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEG = Volkseigenes Gut
VO = Verordnung
VR = Volksrepublik
VVN = Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WD = Westdeutschland(amerikanische, britische und französische Zone)
ZVW = Zentralverwaltungswirtschaft

2. Dokumente





Dok. 1. u. 2.: Plakate aus der Zeit der Bodenreform. Quelle:
Dokumente Brandenburg (1966)

VERORDNUNG ÜBER DIE BODENREFORM IN DER PROVINZ SACHSEN

Entsprechend den Forderungen der werktätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Grundbesitzes sowie zum Zwecke der Landzuteilung an landlose und landarme Bauern, darunter auch an diejenigen Bauern, die aus anderen Staaten umsiedelten, beschließt die Verwaltung der Provinz Sachsen folgende Verordnung:

Artikel I

1. Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war. Durch die Bodenreform soll der jahrhundertealte Traum der landlosen und landarmen Bauern von der Übergabe des Großgrundbesitzes in ihre Hände erfüllt werden. Somit ist die Bodenreform die wichtigste Voraussetzung der demokratischen Umgestaltung und des wirtschaftlichen Aufstieges unseres Landes. Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind.

2. Das Ziel der Bodenreform ist:

- a) Das Ackerland der bereits bestehenden Bauernhöfe unter 5 ha zu vergrößern;
- b) neue selbständige Bauernwirtschaften für landlose Bauern, Landarbeiter und kleine Pächter zu schaffen;
- c) an Umsiedler und Flüchtlinge, die durch die räuberische hitlerische Kriegspolitik ihr Hab und Gut verloren haben, Land zu geben;
- d) zur Versorgung der Arbeiter, Angestellten und Handwerker mit Fleisch- und Milchprodukten in der Nähe der Städte Wirtschaften zu schaffen, die der Stadtverwaltung unterstehen, sowie den Arbeitern und Angestellten zum Zwecke des Gemüseanbaues kleine Grundstücke (Parzellen) zur Verfügung zu stellen;
- e) die bestehenden Wirtschaften, die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten und Experimentalzwecken bei den landwirtschaftlichen Lehranstalten sowie anderen staatlichen Erfordernissen dienen, zu erhalten und neue zu organisieren.

Artikel II

1. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wird ein Bodenfonds aus dem Grundbesitz gebildet, der unter den Ziffern 2, 3 und 4 dieses Artikels angeführt ist.

2. Folgender Grundbesitz wird mit allen darauf befindlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen, unabhängig von der Größe der Wirtschaft, enteignet:

- a) Der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen;
- b) Der Grundbesitz mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen, der den Naziführern und aktiven Verfechtern der Nazipartei und ihren Gliederungen sowie den führenden Personen des Hitlerstaates gehörte, darunter allen Personen, die in der Periode der Nazi-herrschaft Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstages waren.

3. Gleichfalls wird der gesamte feudal-junkerliche Boden und Großgrundbesitz über 100 ha mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen enteignet.

4. Der dem Staat gehörende Grundbesitz wird ebenfalls in den Bodenfonds der Bodenreform einbezogen, soweit er nicht für die Zwecke verwandt wird, die unter der nachfolgenden Ziffer 5 des Artikels angeführt sind.

5. Folgender Grundbesitz und folgendes landwirtschaftliche Vermögen unterliegen nicht der Enteignung:

- a) Der Boden der landwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, der Versuchsanstalten und Lehranstalten;
- b) der Boden, der den Stadtverwaltungen gehört und für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Versorgung der Stadtbevölkerung benötigt wird;
- c) Gemeindeland und Grundbesitz der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Schulen;
- d) der Grundbesitz der Klöster, kirchlichen Institutionen, Kirchen und Bistümer.

Artikel III

1. Bei der Durchführung der in Artikel II genannten Maßnahmen zur Beschlagnahme des Bodens wird als eine und dieselbe Wirtschaft angesehen:

- a) Grundstücke, die ein und demselben Besitzer gehören, aber sich in verschiedenen Bezirken Deutschlands befinden;
- b) das Grundstück eines Ehepaares;
- c) das Grundstück von Eltern und unmündigen Kindern;
- d) das Grundstück von Mitbesitzern.

Diejenigen Wirtschaften, die juristisch oder faktisch ihren Besitz nach dem 1. Juni 1945 geteilt haben, werden als eine Wirtschaft angesehen.

2. Bei der Durchführung der in Artikel II angeführten Maßnahmen ist unter der Bezeichnung Bodenbesitz der gesamte wirtschaftliche Besitz, einschließlich des Herrenhofes, der Wälder, Gärten, Wiesen, Weiden, Seen, Sümpe usw. zu verstehen.

Artikel IV

1. Die Vorbereitungen zur Durchführung der Bodenreform liegen in den Händen der Kreis- und Gemeindeverwaltungen unter der Kontrolle der Verwaltung der Provinz Sachsen.

2. Zur unmittelbaren Verwirklichung der Bodenreform werden bis zum 15. September 1945 folgende besondere Organe geschaffen:

a) In den Gemeinden:

Gemeindekommissionen zur Durchführung der Bodenreform, bestehend aus fünf bis sieben Personen, die auf allgemeinen Versammlungen der Landarbeiter, landlosen Bauern und Bauern, die weniger als 5 ha Boden besitzen, und der ansässigen Umsiedler gewählt werden. Die Kommission wählt aus ihren Reihen einen Vorsitzenden. Die Zusammensetzung der Kommission wird von der Kreisverwaltung bestätigt.

b) In den Kreisen:

Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform, bestehend aus fünf Personen unter dem Vorsitz des Landrates oder seines ersten Stellvertreters. Die personelle Zusammensetzung der Kommission wird nach Eingabe der Kreisverwaltung von der Bezirksverwaltung bestätigt.

c) In den Bezirken:

Bezirkskommissionen zur Durchführung der Bodenreform, bestehend aus fünf Personen unter dem Vorsitz des Bezirkspräsidenten oder seines 1. Stellvertreters. Die personelle Zusammensetzung wird nach Eingabe der Bezirksverwaltung von der Provinzialverwaltung bestätigt.

Anmerkung: In den in Punkt a, b und c angeführten Kommissionen werden frühere Mitglieder der Nazipartei nicht zugelassen.

3. Von der Verwaltung der Provinz Sachsen wird eine Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform gebildet, die aus den nachstehend genannten sieben Personen unter dem Vorsitz des 1. Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung besteht: 1. Vizepräsident Siewert, Halle; Vizepräsident Thape, Magdeburg; Vizepräsident Lohmann, Dessau; Landrat Hörnicke, Dessau; Kleinbauer Biering, Merseburg; Landarbeiter Otto, Saalkreis; der Präsident oder stellvertretende Präsident der Landwirtschaftskammer.

4. Die Vorbereitung der Bodenreform und ihre praktische Verwirklichung muß in der Zeit vom September bis einschließlich Oktober 1945 durchgeführt werden, während gleichzeitig die Bergung der Ernte und die Herbstbestellung völlig gesichert werden muß.

5. Die Gemeinde- und Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform machen bis zum 25. September 1945 eine Bestandsaufnahme desjenigen Grundbesitzes und landwirtschaftlichen Eigentums, das der Übergabe an den Bodenfonds gemäß Artikel II dieser Verordnung unterliegt.

6. Die Gemeindekommission zur Durchführung der Bodenreform fertigt bis zum 25. September genaue Listen der in ihrem Gebiet befindlichen Wirtschaften unter 5 ha an, in denen die Anzahl der in jeder Wirtschaft tätigen Familienmitglieder sowie das in ihr vorhandene tote und lebende Inventar vermerkt wird.

Den bisherigen landlosen Bauern, Kleinpächtern, Landarbeitern und Umsiedlern kann von der Kreiskommission für die Bodenreform eine Stundung des ersten Beitrages bis zu drei Jahren gewährt werden.

Artikel VI

1. Die auf Grund dieser Verordnung geschaffenen Wirtschaften können weder ganz noch teilweise geteilt, verkauft, verpachtet oder verpfändet werden. In Ausnahmefällen kann die Aufteilung oder Verpachtung der Wirtschaften nur auf Beschluß der Provinzialverwaltung geschehen.
2. Die Wirtschaften erhalten den Boden schuldenfrei. Die Abgabeverpflichtung für das Jahr 1945 wird von Personen geleistet, die von dem betreffenden Boden die Ernte einbringen.

Artikel VII

1. Technische Fragen, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform stehen, und die juristische Gestaltung der notwendigen Dokumente werden in den Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben.
2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Halle (Saale), den 3. September 1945

Der Präsident
gez. Dr. Hübner

Der 1. Vizepräsident
gez. Siewert

Die Vizepräsidenten
gez. Thape gez. Prof. Hülse gez. Lohmann

Dok. 3 : Die Bodenreformverordnung der Provinz Sachsen. Aus:
Dölling(1950) S.280-285

BEFEHL NR.160 DER SMAD:

„Zwecks Verhinderung der verbrecherischen Tätigkeit einzelner Personen, welche die Absicht haben, den durch die deutschen Selbstverwaltungsorgane durchgeführten wirtschaftlichen Aufbau zu vereiteln, befehle ich:

1. Personen, die Diversionshandlungen, welche auf die Verhinderung der wirtschaftlichen Maßnahmen deutscher Selbstverwaltungsorgane oder deutscher Verwaltungen gerichtet sind, überführt werden, sind mit Gefängnis bis zu 15 Jahren, in besonders schweren Fällen mit dem Tode zu bestrafen.
2. Denselben Strafen unterliegen Personen, die an Sabotageakten, die zur Stilllegung der Tätigkeit von Betrieben, ihrer Beschädigung oder Vernichtung dienen, schuldig sind.
3. Der Direktor der Deutschen Justizverwaltung, Schiffer, ist zu veranlassen, eine Verordnung für die Gerichte, denen die Schuldigen zwecks Aburteilung wegen der aufgezählten Verbrechen übergeben werden sollen, zu erlassen und zur Bestätigung der Rechtsabteilung der SMAD vorzulegen.
4. Die Kontrolle über die Durchführung dieses Befehls ist dem Chef der Rechtsabteilung und der Deutschen Justizverwaltung aufzuerlegen.“

Dok. 4 : Der Befehl Nr.160 der SMAD vom 3.Dez.1945. Aus:
Benjamin(1976) S.243

HIRTENBRIEF DER EV.-LUTH. KIRCHE MECKLENBURGS:

Hirtenbrief

der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs
an die neuen Bauern anläßlich der Bodenreform

Liebe Brüder und Schwestern!

In dem Augenblick, in dem Ihr das Euch zugeteilte Land übernehmt, stellen wir uns unter das Wort des ewigen Gottes, das auch das Tun der Menschen in unserer Zeit anredet. Im Kolosserbrief Kapitel 3, Vers 23, heißt es: „Alles, was ihr tut, das tut von Herzen, als dem Herrn, und nicht den Menschen.“ Zu Gott dem Herrn empor soll unser Blick sich erheben. Er geht durch die Zeiten hindurch und hält Sein hartes Gericht über uns, über unser Volk, ja über die ganze Welt. Sein Gericht spüren wir heute in jedem Augenblick. Die Veränderung aller Verhältnisse, auch bei uns auf dem Lande, ist die Folge der hinter uns liegenden zwölf Jahre und des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Herrschaft. Wir sehen Gottes Wege, wie Er die Menschen zerbricht, wenn sie Ihn verlassen, Seine Gebote aus den Augen setzen und Sein Wort nicht mehr hören wollen.

Wenn wir heute nun etwas Neues beginnen, wenn viele unter uns sind, die von weither gekommen, hier eine neue Heimat suchen, so muß unser erster Gedanke sein, auch dies neue Werk unter Gottes Augen zu beginnen und Seinen Segen herabzuflehen. Auch wollen wir uns der großen Verantwortung bewußt sein, die uns gegeben ist. Wer ein neues Stück Land bekommt, der hat damit die Verantwortung, nicht nur für sich und die Seinen zu sorgen, sondern an seinem Teil für unser ganzes Volk das Brot zu schaffen, damit Hunger und Seuchen den Städten und Dörfern ferngehalten werden und alle das bekommen, was sie zur Ernährung brauchen. Wer bei dem Landbesitz nur an sich denkt, der versündigt sich gegen den ewigen Gott. Wer aber sein Stück Land nur als ein anvertrautes Gut betrachtet, wird es aus Gottes Hand hinnehmen und wird es dann auch unter Gottes Augen bewirtschaften.

Bei den heutigen Verhältnissen wird es nun für viele unter den Landarbeitern und Flüchtlingen nicht leicht sein, eine eigene Wirtschaft aufzubauen. Es wird viel Arbeit und manche Einschränkung von den einzelnen Familien verlangt werden. Gott gebe allen dazu die nötige Kraft und Ausdauer! Gott verleihe, daß Zank und Streit vermieden werden, und setze den neu entstehenden Dörfern die Kirche zum einigenden Mittelpunkt, damit alle in Gottvertrauen und Nächstenliebe zusammenhalten und sich gegenseitig helfen und stützen! Gott lege Seinen Segen auf Euer Säen und Ernten, damit Euch Mißwachs und Teurung nicht heimsuchen, und lasse Sein heiliges Wort eine gute Saat für Eure Herzen sein, die Frucht bringt zum ewigen Leben!

Der Boden, den Ihr übernehmt, ist vor Euch in anderer Weise und von anderen Menschen bewirtschaftet worden. Viele haben ihr Bestes daran gegeben, diesem Boden abzurufen, was er nur bringen konnte. Wir wollen ihnen dafür danken und Gott bitten, daß Er auch sie mit Seiner Gnade geleite. Daß die neuen Zeiten uns nicht weniger treu finden möchten, sondern daß gerade jetzt in der Verantwortung vor Gott und durch Christi Gnade das neue Werk recht begonnen werde, das ist der Wunsch, den Eure Kirche Euch in diesem Augenblick für Eure Arbeit mitgibt. „Ans neue Werk unter Gottes Augen“, das sei die Lösung!

Schwerin, den 12. Oktober 1945

Der Oberkirchenrat

Dr. Beste
Maercker

Spangenberg
Werner

Dok.5 : Hirtenbrief der ev.-luth. Landeskirche Mecklenburgs
zur Bodenreform. Aus: Dölling(1950) S.309

— 4 —

Delitzsch, den 12. Oktober 1945

An
Herrn

in

A u f f o r d e r u n g

Sie haben sich mit Ihren sämtlichen Familienangehörigen innerhalb 3 Stunden nach Kenntnisnahme dieser Aufforderung nach Muspanfeld, Österreich . . . in Marsch zu setzen. Dorteibst haben Sie sich innerhalb 5 Tagen nach Eintreffen bei der Polizeibehörde des genannten Kreises zwecks Unterbringung resp. Ansiedlung zu melden.

Da die Enteignung eine vollständige ist, dürfen sie keinerlei eigene Fahrzeuge mitführen. Es ist Ihnen und Ihren Familienangehörigen gestattet, soviel Handgepäck mitzunehmen, als von Ihnen ohne fremde Hilfe befördert werden kann.

Eine Verzögerung dieser Aufforderung Folge zu leisten, zieht die sofortige Verhaftung nach sich.



I. A.

Kreisführer der Landpolizei.

Dok.6 : Bescheid über Enteignung und Ausweisung. Aus:
Weissbuch Hannover(1955) S.90

EIGENTUMSURKUNDE:



Dok.7 : Eigentumsurkunde eines Neubauern. Aus: Dölling(1950)
S.308

3. Verzeichnis der Karten, Schaubilder, Tabellen und Dokumente

Karten:

- 1 Die Bodentypen in Mitteldeutschland...87
- 2 Die Ackerzahlen in Mitteldeutschland (Anhang)
- 3 Die Heimatvertriebenen in der SBZ 1946...132

Schaubilder:

- 1 Diversifizierung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen im Wirtschaftswachstum...65
- 2 Das abnorme Witterungsjahr 1947(Anhang)
- 3 Die Organisation der Marktordnung und der Kriegsernährungswirtschaft...111
- 4 Die landwirtschaftliche Betriebsstruktur in der SBZ und WD 1939 und 1951...193
- 5 Zur Struktur der Agraradministration in der SBZ nach 1945... 196

Tabellen:

- 1 Die Grundtypen unvollkommener Wirtschaftsordnungen(Anhang)
- 2 Typen unvollkommener Wirtschaftssysteme...33
- 3 Stufen der Betriebsvielfalt in der Landwirtschaft...63
- 4 Volkswirtschaftlicher Entwicklungsstand und Technisierungsstufen der dt.Landwirtschaft...71
- 5 Die Witterungsverhältnisse in der SBZ 1946/47(Anhang)
- 6 Die Bodennutzung 1938 in Mitteldeutschland...92
- 7 Die land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche in der SBZ 1946-50...93
- 8 Der Index der industriellen Produktion 1939-44...108
- 9 Der Bestand ausgewählter Antriebs- und Arbeitsmaschinen in Mitteld. ...109
- 10 Der Verbrauch betriebsfremder Düngemittel in Deutschland 1939-43...114
- 11 Der Düngerverbrauch in Mitteldeutschland 1938/39 und 1942/43...115
- 12 Die Ertragsentwicklung bei Getreide in Mitteldeutschland 1935/39-1944/45...116
- 13 Die Ertragsentwicklung bei Kartoffeln und Zuckerrüben in Mitteldeutschland 1935/39 bzw. 1939-1944...116
- 14 Die Erträge der Hauptkulturen in Mitteld. 1934/38 und 1939/43...117
- 15 Die Viehbestände in Mitteld. 1936 und 1943...117
- 16 Die Kuhmilcherzeugung in Mitteld. 1938 und 1943...117
- 17 Der Pro-Kopf-Fleischverbrauch in Deutschl. 1938/39 bis 1943/44...118
- 18 Die Gesamtzahl der Heimatvertriebenen in der SBZ 1945 bis 1950...121
- 19 Gesamtzahl,Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsstand der SBZ 1939-50...121
- 20 Die regionale Bevölkerungsentwicklung und der Anteil der Heimatvertriebenen in der SBZ 1945/46...122
- 21 Saldo der Zu- und Abgänge der Wohnbevölkerung in den Ländern der SBZ 1946 und 1950...122
- 22 Die Bevölkerungsverschiebungen in der SBZ 1939-46 und 1939-50...122
- 23 Die Bevölkerungsveränderungen der SBZ 1939-46 und 1946-1950...123
- 24 Der Anteil der Geschlechter an der Wohnbevölkerung der SBZ 1939,1946 und 1950...124
- 25 Der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter an der Wohnbevölkerung der SBZ 1939,1946 und 1950...124

- 26 Der Anteil der Bevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter an der Wohnbevölkerung der SBZ 1939, 1946 und 1950...125
- 27 Das Leistungsgefüge in Mitteld. 1939 und 1946-49...126
- 28 Das Leistungsgefüge in Mitteld. 1939 und 1950...127
- 29 Der Anteil der voll arbeitsfähigen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 1945-49...128
- 30 Die Arbeitsproduktivität der Industrie der SBZ 1936 bis 1951...128
- 31 Die Verteilung der Bevölkerung, der Gebietsfläche und der Produktion in Deutschl. vor dem Kriege...137
- 32 Lieferungen und Bezüge der deutschen Teilräume 1936...139
- 33 Die Außenhandelsverflechtung der Regionen und ihre Import- und Exportquoten 1936...140
- 34 Der Selbstversorgungsgrad der Regionen 1936...140
- 35 Die regionale Entwicklung der industriellen Nettoproduktion in Deutschl. 1933-44...141
- 36 Die regionale Verteilung der Bodenschätze in Deutschl. 1936...142
- 37 Die industrielle Bruttoproduktion der SBZ 1946-50 nach Erzeugnishauptgruppen...144
- 38 Die industrielle Bruttoproduktion der SBZ 1946-50 nach Erzeugnisgruppen...144
- 39 Die Produktion ausgewählter Erzeugnisse in Mitteld. 1936 und 1946-50...145
- 40 Gesamterzeugung und -verbrauch in der SBZ 1947 und 1948 ...146
- 41 Die Dezimierung der Viehbestände in der SBZ 1946/47...149
- 42 Der Gesamtwert der Reparationsleistungen der SBZ...151
- 43 Der Bestand an Traktoren und ausgewählten landwirtschaftlichen Maschinen in der SBZ 1945...157
- 44 Der Düngerverbrauch in der SBZ 1945/46-1949/50...158
- 45 Das Defizit des Düngerverbrauchs in der SBZ 1945/46 bis 1949/50...159
- 46 Die Ernteerträge in Mitteld. 1935/39 und 1946/50...160
- 47 Die Erträge ausgewählter Kulturen in der SBZ 1946-50...160
- 48 Die Verluste der SBZ an Pferden und Nutzvieh 1945...162
- 49 Der Viehbestand in Mitteld. 1938-50...162
- 50 Die Milchproduktion in der SBZ 1938, 1947 und 1948...162
- 51 Der Viehbestand der SBZ 1946 nach Ländern...163
- 52 Die Viehdichte in den Ländern der SBZ 1938 und 1946...163
- 53 Die Stärkewerterträge der Ernten 1935/39, 1946, 1947...164
- 54 Die Pro-Kopf-Erntemengen der Hauptkulturen in der SBZ 1935/39 und 1946...165
- 55 Der Kalorienwert der Tagesrationen für Normalverbraucher 1936/38 bis 1950...165
- 56 Die parteipolitische und soziale Zusammensetzung der Bodenreformkommissionen...175
- 57 Die Zusammensetzung des Bodenfonds nach der Herkunft der Objekte...177
- 58 Die Zusammensetzung des Bodenfonds nach Ländern...178
- 59 Die Verteilung von Vieh aus dem Bodenreformfonds nach Ländern...178
- 60 Die Verteilung von Maschinen aus dem Bodenreformfonds...178
- 61 Die Verteilung von Gebäuden aus dem Bodenreformfonds und fertiggestellte Gebäude für Neubauern...179

- 62 Die Aufteilung des Bodenreformfonds nach Eigentümerkategorien...180
- 63 Die Art der in Individualeigentum überführten Landzuweisungen...180
- 64 Die in Individualeigentum überführten Zuteilungen aus dem Bodenfonds nach Ländern...180
- 65 Körperschaften als Landempfänger aus dem Bodenfonds...181
- 66 Die Viehbestände der Neubauern nach Ländern...181
- 67 Der Maschinenbestand bei den Empfängern von Bodenreformland...181
- 68 Der Gerätebestand bei je 100 Neubauern nach Ländern...182
- 69 Die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1939...189
- 70 Die Betriebsgrößenverteilung in den Ländern der SBZ 1939...190
- 71 Die durchschnittlichen Betriebsgrößen in den Ländern der SBZ 1939...191
- 72 Die Verteilung des Bodenfonds und seine Anteile an der Gesamt- und Nutzfläche in den Ländern der SBZ...192
- 73 Die Betriebsgrößenverteilung in Mecklenburg-Vorpommern 1939 und 1946...192
- 74 Die Betriebsgrößenverteilung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Mitteld. 1939, 1946, 1951...193
- 75 Die Zahl der VdGB, ihrer Mitglieder und deren soziale Zugehörigkeit 1946-50...207
- 76 Die Mitglieder der VdGB nach ihrer Parteizugehörigkeit 1946-50...208
- 77 Art und Anzahl der landw. Genossenschaften, die Zahl der Mitglieder, der Anteil der Neubauern und die soziale Zusammensetzung 1946-50...213
- 78 Der Umsatz der landw. Genossenschaften der SBZ 1947-50 nach Warengruppen...213

Dokumente:

- 1 Plakat aus der Zeit der Bodenreform...II
- 2 Plakat aus der Zeit der Bodenreform...III
- 3 Die Bodenreformverordnung der Provinz Sachsen...IV-VII
- 4 Der Befehl Nr.160 der SMAD vom 3.Dez.1945...VII
- 5 Hirtenbrief der ev.-luth.Landeskirche Mecklenburgs zur Bodenreform...VIII
- 6 Ausweisungsbescheid...IX
- 7 Eigentumsurkunde eines Neubauern...X

4. Anmerkungen

Zu Teil B

- 1 Manche Autoren setzen gleichrangig neben diese beiden Formen noch die marktsozialistische Wirtschaftsordnung, die sie z.B. in Ungarn und Jugoslawien verwirklicht sehen. Entsprechend der hier benutzten Terminologie handelt es sich bei dieser Ordnungsform um die modelltheoretische Rekonstruktion realer gemischtwirtschaftlicher Systeme, vergleichbar der "sozialen Marktwirtschaft".
- 2 Zum Problem der Bedürfnisse cf. neben anderen: Maslow(1981), Moser et al.,Hg.(1978),Meyer-Abich/Birnbacher,Hg.(1979); zu der Stufenfolge Bedürfnis-Bedarf-Nachfrage vor allem Schöldrers(1978).
- 3 "Zu allen Zeiten und überall vollzieht sich das menschliche Wirtschaften in Aufstellung und Durchführung von Wirtschaftsplänen. Auf Plänen beruht also alles wirtschaftliche Handeln. Genauigkeit und zeitliche Reichweite der Pläne sind bei den verschiedenen Menschen sehr verschieden. ... Ohne Pläne aber wirtschaften Menschen niemals. Der einzelne Plan und sein Zustandekommen ist es daher, dessen Untersuchung zuerst erfolgen muß..."Eucken(1965),S.78
- 4 Da in folgenden Termini wie "Gossen'sches Gesetz" u.ä. verwendet werden, sei in Anlehnung an Eucken folgendes angemerkt: Im strengen Sinne sind diese Sätze keine Gesetze, sondern es sind, so Eucken, Erfahrungsregeln, die er so charakterisiert: "Erfahrungsregeln sind keine Axiome. Sie sind auch keine 'Vernunftwahrheiten', die aus Axiomen mit apodiktischer Gewißheit deduziert werden können. Vielmehr sind es "Tatsachenwahrheiten", die der naive Mensch aus der täglichen Anschauung kennt und die ihm so selbstverständlich sind, daß er nicht über sie nachdenkt." Eucken(1965),S.134
- 5 Kosten als entgehender Nutzen, nicht Kosten als Aufwand.
- 6 Der Nutzenzuwachs, der durch eine zusätzliche Gütereinheit entsteht.
- 7 Welche Faktoren das sind, hängt von den jeweiligen wirtschaftlichen Gegebenheiten ab.
- 8 Auf die Verbundproduktion als einem typischen Merkmal der Agrarwirtschaft werden wir weiter unten ausführlicher eingehen
- 9 Feste Kosten sind solche, die vom Beschäftigungs- bzw. Nutzungsgrad unabhängig sind; variable sind solche, die sich mit dem Beschäftigungs- bzw. Nutzungsgrad ändern.
- 10 Dazu Gabriel(1978),S.279
- 11 Dazu Ropohl(1978),S.31f
- 12 Interdependenz bezeichnet das wechselseitige Bedingtsein wirtschaftlicher Vorgänge und die wechselseitige Abhängigkeit wirtschaftlicher Größen. In komplexen Systemen bewirkt Interdependenz nicht selten Prognoseprobleme: unbekannte funktion-

nale Zusammenhänge bringen oft neben den beabsichtigten auch unbeabsichtigte (Neben)wirkungen hervor.

13 Diese Sicht deckt sich im Grundsätzlichen mit dem DIM(decision,information,motivation)-Approach von Neuberger/Duffy(1976).

14 Cf. Anm. 1

15 Eucken unterscheidet drei Geldsysteme, die sich dadurch voneinander abheben, "daß in ihnen das Geld verschiedenartig entsteht und verschwindet. In den konkreten Geldordnungen (oder Währungen) meist miteinander "verschmolzen", selten rein verwirklicht - lassen sie sich abstrahierend einzeln herausheben". Eucken(1965), S. 117

1. "Oft entsteht Geld dadurch, daß irgendein Sachgut zu Geld wird. Das erste reine, idealtypische Geldsystem - oder Modell - besteht also darin, daß alles Geld auf diese Weise entsteht. ... Geld verschwindet in diesem Geldsystem, indem es wieder als Ware gebraucht wird." Ib.

2. "Geld entsteht bei Lieferung einer Ware oder bei Leistung von Arbeit als Gegenleistung. Dies ist das zweite Geldsystem." Ib. S. 118

3. "Das dritte Geldsystem: Der Kreditgeber schafft Geld: wiederum in mannigfachen Marktformen. Das Geld verschwindet bei der Rückzahlung von Krediten." Ib., S. 120

16 Es gibt zahlreiche Typologisierungsversuche; nur wenige dieser Typologien können allerdings als originell gelten. Cf. hierzu: Holesovsky(1977), Thalheim(1969), Thieme(1980), Neuberger/Duffy(1976), Grossman(1974), Balassa(1971), Kloten(1955), Levine(1973), Sombart in: Hedtkamp(1974) und Wagener(1979), Leopold(1981), Gutmann(1981), Hensel(1974) und (1977), Tuchtfeldt(1982), Kruppa(1981), Peters(1973b) und (1976), Koopmans und Montias(1973). Immer wieder verwiesen werden muß auf die fundamentalen Arbeiten von Eucken(1965) und (1975).

17 Peters WiWiSt(1976), S. 398

18 Peters(1973b)

19 Das wohlvertraute Phänomen des Auseinanderklaffens von Verfassungsanspruch und -wirklichkeit sowie ideologischem Anspruch und politischem Alltag. Daraus kann ein Circulus vitiosus entstehen, wenn nämlich die alltägliche Misere dazu zwingt, die ideologischen und Verfassungsansprüche immer wieder zu deklamieren oder gar zu verstärken.

20 Peters nennt ein solches System "sozialistisch". Begriffsinhalt und -verwendungsweise des Wortes "sozialistisch" sind diffus genug, um eine Anwendung in diesem Zusammenhang möglichst zu vermeiden. Überdies zwingt Peters' Terminologie ihn dazu, das NS-Wirtschaftssystem im Kriege eine "sozialistische zentralgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft" Peters(1973a), S. 76 zu nennen. Peters macht zwar unmißverständlich deutlich, was er unter "unvollkommen" versteht (Peters(1976), S. 399); die sich immer wieder aufräuhende normative Konnotation läßt es gleichwohl als ratsam erscheinen, es durch "gemischt" zu ersetzen. Der sachliche Gehalt bleibt durch diese Wortersetzungen unberührt.

21 Peters(1976), S. 402

- 22 Für unsere spätere Untersuchung aufschlußreich ist die folgende Exemplifikation von Peters(1976),S.402:"Beherrscht beispielsweise der Staat das gesamte Bankensystem, die Grundstoffindustrien sowie noch weitere Schlüsselindustrien und sind die Wirtschaftssubjekte des privaten Sektors auf die Gewährung von Krediten des staatlichen Bankensystems und Zulieferungen von Gütern öffentlicher Betriebe weitgehend angewiesen, so dominiert der öffentliche Sektor selbst dann, wenn der branchenmäßig heterogene Privatbereich insgesamt umfangreicher ist."
- 23 Peters(1973a),S.67-72 und (1976),S.403ff

Grundtypen unvollkommener Wirtschaftssysteme				
vorherrschendes Plan koordinierungs- system	vorherrschendes Plan koordinierungs- mittel	Einzelwirtschaften	vorherrschende Pläne der Gruppen	Zentralinstanz
Marktkoordinierung	Marktaustausch Ware gegen Geld	unvollkommene Marktwirtschaft		
	Gruppenverhandlungen, Kollektivverträge		marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	
Marktkoordinierung + indikative makroökonomische Entwicklungsplanung und Globalsteuerung	Markt + globale Zielprojektionen, Konzernierte Aktionen, konjunkturpolitische Instrumente	globalgesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft	global- und marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	
Marktkoordinierung + indikative mesoökonomische Entwicklungsplanung und indirekte sektorale Struktursteuerung	Markt + sektorale Zielprojektionen, Konzernierte Aktionen, Instrumente der sektoralen Strukturpolitik	sektoral gesteuerte unvollkommene Marktwirtschaft	sektoral- und marktgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	
Zentral- koordinierung	zentrale Plananweisung			unvollkommene Zentralverwaltungs- wirtschaft
	Gruppenverhandlungen, Kollektivverträge und zentrale Plangenehmigung		zentralgesteuerte unvollkommene Gruppenwirtschaft	

Tab. 1: Grundtypen unvollkommener Wirtschaftssysteme. Aus: Peters(1976) S.403

- 24 Peters(1976),S.403
- 25 Cf.u.a. Thalheim(1969),Kloten(1955)
- 26 Zur Hierarchie der Bedürfnisse cf.Maslow(1981),S.62ff
- 27 Cf.dazu Krzymowski(1961)
- 28 Der agrarwissenschaftliche Fortschritt und die außeragrarisches Produktivitätssteigerungen wirkten sich direkt oder vermittelt fördernd auf die Fortschritte in der Landwirtschaft aus.
- 29 Holesovsky(1977),S.354f
- 30 Das Wertäquivalent verschiebt sich zuungunsten der Agrarprodukte. Der Geldwert einer bestimmten Menge von diesen sinkt gegenüber dem einer bestimmten Menge nichtlandwirtschaftliche Produkte.

31 "Diese Steigerung der Produktivität zusammen mit einer unelastischen Nachfrage bedeutet, daß wenn die in der Landwirtschaft Tätigen ihr durchschnittliches Einkommen erhalten sollen(oder gar mit der allgemeinen Einkommenssteigerung Schritt halten), ihre Anzahl sich verringern muß." Hayek(1971), S.444

32 Cf. Herlemann(1969a)

33 Oder man löst die "Agrarfrage" "unter dem uneingeschränkten, alle sozialen Rücksichten außer acht lassenden Druck einer rein kapitalistischen Konkurrenz; oder durch eine, die geschichtlich gewordene Agrarstruktur hinwegfegende kommunistische Revolution". Haushofer(1958), S.356

34 Als "Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken", definierte sie das deutsche Genossenschaftsgesetz von 1898. Cit.nach Boelcke(1978), S.16f. Zum Unterschied zwischen genossenschaftlicher und sozialisierter Landwirtschaft cf. die folgende Übersicht aus Planck/Ziche(1979), S.260

Merkmale genossenschaftlicher und sozialisierter Landwirtschaft	
Genossenschaftliche Landwirtschaft	Sozialisierte Landwirtschaft
Freiwilliger Zusammenschluß	Staatlich erzwungener Zusammenschluß ¹
Interessenpriorität des Einzelbetriebes	Interessenpriorität der Gesellschaft
Gegenseitige Hilfeleistung	Gemeinschaftsunternehmen
Selbsthilfe	Staatliche Maßnahmen
Selbstverwaltung der Mitglieder	Politische Verwaltung
Gleichstellung der Mitglieder	Übergewicht der (Partei-)Kader
Mitglied bleibt selbständig	Mitglied wird abhängiger Kolchosbauer
Offene Mitgliedschaft	Geschlossene Mitgliedschaft
Möglichkeit des Austritts	Beschränkung des Austritts
Bei Austritt Anrecht auf adäquate Abfindung	Bei Austritt kein Anrecht auf Abfindung
Genossenschaft dient der Förderung der Einzelbetriebe	Genossenschaft dient dem Aufbau des Sozialismus
Genossenschaft ist Hilfsbetrieb der Einzelwirtschaften	Fusion der Einzelwirtschaften
Genossenschaft ist Instrument der Mitglieder	Genossenschaft ist Instrument des Staates
Privates Eigentum an Produktionsmitteln	Kollektiveigentum an Produktionsmitteln
Ertragsbeteiligung nach Einlagen	Ertragsbeteiligung nach Leistung (Arbeitsnormen)

35 Als eine Art "countermonopoly of sellers" resp. "buyers".

36 Zu erwähnen wäre, daß die Versuche, funktionsfähige Produktivgenossenschaften zu etablieren, regelmäßig fehlschlagen.

37 Dovring(1969): "There is a conflict between cooperative self-help and State support." Protektionistische Maßnahmen verhinderten nämlich Kooperation, wie andererseits wirkungsvolle Kooperation Staatshilfe überflüssig mache. Da in Deutschland die protektionistische Politik frühzeitig einsetzte und auch die Betriebsgrößenverteilung nicht sehr homogen war, also die zwei "basic conditions for farm cooperation", nämlich "market pressure and a high degree of distributive equity", nur unzulänglich erfüllt waren, konnten die Genossenschaften in Deutschland nicht dieselbe Bedeutung wie in anderen Ländern gewinnen.

38 "In some ways, agricultural cooperatives are to the farmer what labor unions are to workers. They represent a response of an atomistic sector of numerous competing units, to the threat of monopolistic exploitation." Holesovsky(1977), S.363

- 39 Aus der neuesten Wirtschaftsgeschichte ließe sich als Illustration die Fördermengenerhöhung einiger Mitglieder des OPEC-Oligopols bei sinkendem Ölpreis anführen. Ein solches Verhalten wirkt natürlich trendverstärkend, und in diesem konkreten Fall führte es zum vorübergehenden Auseinanderbrechen des Oligopols.
- 40 Grundsätzlich sei hier auch auf die Theorie der "Property Rights" verwiesen. Cf. z.B. Alchian/Demsetz(1973), Leipold (1978), Borchard(1977).
- 41 Holesovsky(1977), Kap. 14
- 42 Unter Nutzungsrechten seien hier subsumiert: Eigengebrauch, Vermietung, Verpachtung u.dgl.m.; unter Verfügungsrechten: Verkauf, Vererbung, Belastung u.dgl. Wir werden gelegentlich den Terminus "Verfügungsrechte" in einer Weise gebrauchen, die die Nutzungsrechte mit einschließt, um ihn dann den rechtlichen Eigentumstiteln gegenüberzustellen.
- 43 Dovring(1969)
- 44 Ib.S.1264
- 45 Holesovsky(1977), S.360ff
- 46 Ib.S.361
- 47 Er begründet das u.a. damit, daß sich selbst dort, wo die Grundlagen für großbetriebliches Wirtschaften vorhanden gewesen seien, Familienwirtschaften ausgebildet hätten. Dovring(1969), S.1266
- 48 Bodenmobilität entweder als Besitz- oder Nutzungsmobilität. Diese vorausgesetzt, ist für die Realisierung wirtschaftlicher Effektivität die Eigentumsfrage solange irrelevant, wie keine monopolistischen Marktstrukturen herrschen.
- 49 Der Bodenpreis ist die kapitalisierte erwartete Bodenrente.
- 50 Samuelson(1981), S.236
- 51 In der Realität ist das Gesamtbodenangebot selten völlig unelastisch. Z.B. führen staatliche Anbaubeschränkungen nicht nur zu einer Angebotsverknappung von Agrarprodukten, sondern auch zur Verringerung des Bodenangebots.
- 52 Samuelson(1981), S.238
- 53 Hier liegt natürlich eine Crux der ökonomischen Analyse. Die Ceteris-paribus-Forderung ist theoretisch zwar unerlässlich, in der Praxis aber nie erfüllt. Die in der Theorie unverzichtbare Reduktion hyperkomplexer Zusammenhänge kann sich bei unkritischer Übertragung theoretischer Erkenntnisse in die Praxis verhängnisvoll auswirken.
- 54 Rohstoffe müssen gewonnen und transportiert, Boden muß urbar gemacht und melioriert, Werkzeuge müssen hergestellt werden,
- 55 "Wie steht es mit dem Recht der Arbeit auf das gesamte Produkt? Die Arbeit ist der einzige menschliche Faktor und kann schwitzen, lachen, weinen und beten. Stimmt. Aber auch Mist trägt, obwohl er nicht schwitzen oder weinen kann, doch zum Wachsen der Kartoffeln bei und muß in einer guten Volkswirt-

- schaft ökonomisch verwendet werden."Samuelson(1981),S.476
- 56 Surplusprofit ist der den Durchschnittsprofit übersteigende Gewinn,der durch geringere als die durchschnittlichen Kosten erzielt wird.
- 57 Diese Gesetz besagt,daß ab einem gewissen Punkt bei gleich-betraglicher Steigerung des Aufwands(Arbeit,Kapital) die Erträge um immer geringer werdende Mengen anwachsen.
- 58 Die Profitrate ist der Quotient des Profits und des angewandten Kapitals.
- 59 Zitiert nach Kemper(1929),S.27
- 60 Cf. zur Einführung Samuelson(1981),Kap.21 und Seidenfus(1975).
- 61 v.Dietze(1967),S.67ff
- 62 Blohm(1966),S.97
- 63 Die Vergrößerung der durchschnittlichen Betriebsgrößen der ländlichen Siedlung zwischen 1933 und 1941 im Vgl. zur Weimarer Zeit trug dieser Tendenz in gewissem Umfang Rechnung. Der Rückgang der Zahl der jährlich eingerichteten Siedlerstellen,der im Ggs. zu ideologischen Forderungen stand,kann ähnlichen Motiven entsprungen sein.
- 64 Tschajanow(1930),S.1f
- 65 Ib.S.2
- 66 Ib.S.10
- 67 Holesovsky(1977),S.358
- 68 Cf.dazu auch Planck/Ziche(1979),S.293f,Weinschenck(1977)
- 69 Cf.Henning(1968),Anm.68
- 70 Weinschenck(1977),S.135
- 71 Holesovsky(1977),Kap.14
- 72 Ib.S.358-360
- 73 Ib.S.360
- 74 Bolhm(1966)
- 75 Herlemann(1969),(1961); Baron(1971). Zur Kritik an Herlemann cf.v.Dietze(1964),S.504ff
- 76 Andreae(1977),(1964)
- 77 Einwirkungen aus dem politischen Subsystem versuchen wir indirekt über ihre Beeinflussung der wirtschaftlichen Bedingungskonstellation zu berücksichtigen.
- 78 Je nach dem Grad der Faktormobilität,insbes. der Mobilität der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen einschließlich der Betriebsinhaber und der Bodenmobilität,ändert sich die determinierende Funktion der Betriebsgröße. Bei hoher Mobilität ist die Betriebsgröße eine Funktion der relativen Faktorkosten.
- 79 Angemerkt werden sollte,daß für die Gültigkeit der folgenden Charakterisierung einige Voraussetzungen erfüllt sein müssen, u.a. das Bestehen von Tauschbeziehungen bzw. von Marktver-

flechtung, d.h. es handelt sich nicht um reine Selbstversorgungsbetriebe; die relativen Faktorkosten müssen feststellbar sein; die Produzenten orientieren sich am ökonomischen Prinzip.

- 80 Natürlich nicht immer und überall in gleichem Maße. So können sich Spezialbetriebe auf den Anbau von Monokulturen bzw. auf industriemäßig betriebene Fleisch-, Eier- oder sonstige Produktionen beschränken. Der Verbundcharakter verliert dann an Bedeutung. Derartige Betriebe sind jedoch für die deutsche Landwirtschaft in der ersten Jahrhunderthälfte nicht charakteristisch gewesen.
- 81 Die Minimalkostenkombination ist gegeben, wenn die marginalen Kosten aller drei Produktionsfaktoren gleiche Grenzerlöse (in Geld ausgedrückte Ertragszuwächse: $\Delta Q \times P$) erbringen.
- 82 Als eine Skizze der Standortverteilung der mitteldeutschen Landwirtschaft cf. D I.
- 83 Die Standortabhängigkeit der einzelnen Betriebe ist unterschiedlich. Es gibt auch spezialisierte Betriebe, deren Produktionsrichtung nahezu flächenunabhängig und bisweilen auch klima indifferent ist, für die Boden also als bloßer infrastrukturell und wirtschaftlich bestimmter Standortfaktor ins Gewicht fällt. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und am Gesamtprodukt ist jedoch sehr gering.
Die Qualität des Bodens, die durch Meliorationen verbessert ist, darf nicht mit der, kurzfristigen Schwankungen unterworfenen, Ertragsfähigkeit (ertragssteigernde Betriebsmittel) verwechselt werden.
- 84 Das Klima bleibt definitionsgemäß über einen langen Zeitraum unverändert. Die Witterung hingegen, als der vorherrschende Charakter des Wetterablaufs bezogen auf die Jahreszeiten, Monate oder Wochen des Jahres, kann starken Schwankungen unterliegen. Ungünstige Witterungsbedingungen, darauf haben wir zu achten, können zur Verschärfung einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation erheblich beitragen.
- 85 Schwarzmarkt und Hamsterfahrten hatten u.a. die Wirkung, daß der Bauernhof zum Markt wurde und damit die so erzielten Preise überhöhte Loco-hofpreise waren, unter Wegfall der Transportkosten für Agrarprodukte für den Bauern.
- 86 In einem Industrieland beträgt der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an der Gesamtzahl deutlich weniger als 50%.
- 87 Ein Niveaurückfall in wirtschaftlichen Ausnahmesituationen kann sich auf alle diese Merkmale auswirken. So kam es nach dem 2. Weltkrieg zu einem Verfall der Infrastruktur, die Marktverflechtung ging zurück, der Kapitaleinsatz verminderte sich, die Arbeitsproduktivität sank.
- 88 Blohm (1966), S. 92
- 89 An der Familienarbeitsverfassung änderte sich während des Krieges und danach nur wenig. Schon während des Krieges jedoch und in noch stärkerem Maße danach, kam es zu einer Trendumkehr, nämlich der Zunahme zunächst nur der Fremdarbeitskräfte, nach

dem Kriege dann sowohl dieser als auch der Familienarbeitskräfte. Der Verlust von "human capital" (Betriebsleiter) führte zu einer Substitution von hochqualifizierten Arbeitskräften durch eine größere Zahl minderqualifizierter. Später wurde auch Kapital durch Arbeit substituiert.

- 90 Blohm(1966),S.93
- 91 Kapital sind alle produzierten Produktionsmittel. In der Landwirtschaft sind dies vornehmlich Anlagekapital(Gebäude u.dgl.) sowie lebendes und totes Inventar(Vieh,Maschinen). In gewisser Hinsicht kann auch Boden als Kapital betrachtet werden.
- 92 Umgekehrt führten steigende Kapitalkosten(=verminderte Verfügbarkeit,die sich nicht notwendigerweise in den Preisen niederschlagen muß) zu Resubstitutionen(K/B,K/A).
- 93 Die oben angesprochene "kurzfristige Instabilität" der Landwirtschaft hängt mit diesem Problem eng zusammen.
- 94 Das Verschuldungsproblem wurde z.T. durch die Formen der Kreditgewährung verschärft. Günstige Konjunkturen oder auch nur eine Scheinprosperität erzeugten ein günstiges Investitionsklima und ließen viele Landwirte auf Objektkredite mit dinglicher Absicherung und i.d.R. sehr kurzen Laufzeiten zurückgreifen,u.a. auch deshalb,weil die genossenschaftlichen Personalkredite zu sehr günstigen Konditionen,relativ langen Laufzeiten einfach nicht zur Verfügung standen. Die Nichtbedienung eines solchen Kredits konnte einen Landwirt schnell an den Rand des Bankrotts bringen.
- 95 Cf.hierzu auch weiter oben "Familienbetrieb und optimale Betriebsgröße".
- 96 Cf.auch Anm.78. Man kann sie - dabei müssen allerdings die realen Gegebenheiten als Grundlage dienen - u.U.,nämlich bei genügender Faktormobilität(Besitz- und Nutzungsmobilität),auch als Resultat der optimalen Faktorkombination betrachten.
- 97 Bei Nutzungsunfähigkeit vorhandenen Kapitals bzw. effektiver Kapitalverminderung kann eine Vernehrung der Kleinbetriebe mit Verminderung des Kapitalbesatzes je Flächeneinheit und K/A-Substitution durchaus sinnvoll sein,zumindest so lange der Kapitalmangel fortbesteht.
- 98 Oft wird eine Output(Einkommen)steigerung durch hohe Arbeitsintensität bei geringer Arbeitsproduktivität versucht.
- 99 So Andreae(1977),S.156
- 100 Ib.
- 101 "Dichtbesiedelt" heißt: mehr als 60 E/100 ha LN.
- 102 In dünnbesiedelten Industrieländern(z.B.USA) steht Boden in größerer Menge zur Verfügung. Folglich sind seine Kosten geringer und die Einsatzmenge größer.
- 103 Produktivität = $\frac{\text{Output}}{\text{Faktor}}$. Gibt man Output und Faktorkosten in Geldeinheiten an,erhält man aus ihrem Verhältnis eine dimensionslose Maßzahl für die Produktivität.
- 104 Die Intensität ist ein Maß der relativen(in Bezug auf die anderen Faktoren) Einsatzmenge eines Faktors. Produktivität

und Intensität sind folglich einander umgekehrt proportional.

105 Andraee(1977),S.158

106 Ib.S.159

107 "Um diese Maschinen-Aggregate herum sind die Agrarbetriebe zu organisieren,so daß eine vielseitige Wirtschaftsweise bei vollmechanisierter Verfahrenstechnik nur noch im Großbetrieb möglich ist. Die Masse der bäuerlichen Betriebe bleibt keine andere Wahl als zu spezialisieren." Andraee(1977),S.160

108 Ib.

109 Die stark verminderte Marktabhängigkeit der Landwirtschaft hat bekanntlich neben den positiven Wirkungen für die Erzeuger auch außerordentlich negative für die Konsumenten und z.T. auch für die proportionale Entwicklung der Gesamtwirtschaft.

110 Eine Fortsetzung der Untersuchung der Agrarsysteme nach dem dritten Ordnungsprinzip "Produktionsprogramm" ist in diesem speziellen Fall nicht sachdienlich(cf.D I 3.).

111 Herlemann(1961). Für ein an Herlemann angelehntes modifiziertes Phasenmodell cf.Weinschenk(1977),S.133. Zur Problematik der Periodisierung cf. Baron(1971),S.2

112 Herlemann/Stamer(1958),S.3f

113 Hier sei auf die Unzulänglichkeiten ebendieser ökonomischen Theorie hingewiesen. Zur Kritik an Herlemann selbst cf. v.Dietze(1964)

114 Herlemann/Stamer(1958),S.3

115 Dichtbesiedelt: mehr als 60 E/100 ha LN. Die Besiedlungsdichte ist eine wichtige Determinante des Industrialisierungsprozesses und damit der Faktorenkombination und des Technisierungsvorganges selbst.

116 Zur Terminologie cf.Herlemann(1961),S.63. A=Arbeit,B=Boden, K=Kapital. Die Substitution wird durch "/" angezeigt,wobei der substituierte Faktor links,der substituierende rechts steht.

<u>Substitution</u>	<u>die Wirtschaftsweise wird dadurch:</u>
K/A	kapitaleffektiver
B/A	arbeitsintensiver
B/K	kapitalintensiver
A/K	arbeitseffektiver
A/B	arbeitsextensiver
K/B	kapitalexteusiver

117 "Versuch einer Erweiterung der Intensitätslehre Thünens" ist der Untertitel von Herlemann(1969). Zu Thünens Lehre selbst cf. Herlemann(1961),Kap.I

118 Für unsere Zwecke wichtig ist der wiederholte Hinweis darauf, daß relative Knappheit nur bei freier Marktpreisbildung im Preis zum Ausdruck kommt,ansonsten haben Preise andere Funktionen. Bei administrativ festgesetzten,zumeist niedrigen Preisen erfolgt die Güterverteilung i.d.R. über Rationierung

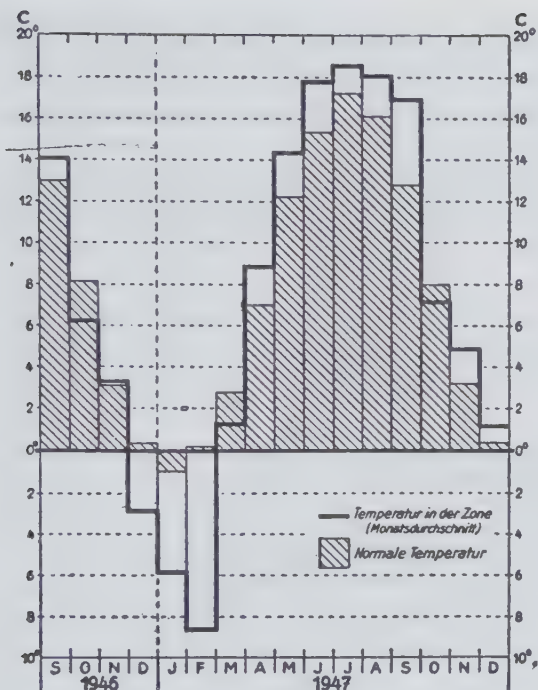
bei gleichzeitiger Herausbildung subsidiärer Märkte mit z.T. alternativen "Währungen"(Naturalgeld o.ä.).

- 119 Zur Verknappung des Faktors Arbeit ist anzumerken: Die Strukturen des Arbeitsmarktes und hohes Wohlstandsniveau können dazu führen, daß eine Kostensteigerung(hohe Löhne) bei gleichzeitigem Überangebot an Arbeitskräften(Arbeitslosigkeit) eintreten kann. Die Volkswirtschaft produziert dann weit innerhalb der Kapazitätsmöglichkeiten.
- 120 Cf.Herlemann(1969a)
- 121 Cf.hierzu neben Herlemann auch Baron(1971)
- 122 Baron(1971),S.4. Cf.auch die einschränkende Bemerkung von Herlemann weiter oben.
- 123 Politische Ereignisse und Handlungen,oder allgemeiner: Einflüsse von außerhalb des wirtschaftlichen Subsystems stellen sich in diesem durch ihre Wirkungen auf die ökonomisch relevanten Größen dar,u.a. auch dadurch,daß sie,wie vermittelt auch immer,die relativen Knappheiten der Faktoren beeinflussen. Auf der mikroökonomischen Ebene,d.h. für die Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebssysteme sind nicht nur Rechtsvorschriften unmittelbar,sondern auch deren indirekte wirtschaftliche Folgen wirksam.
- 124 Wenn z.B. die nichtveränderbare Zahl der Familienarbeitskräfte als "unteilbarer Faktor" fungiert.
- 125 Baron(1971),S.5
- 126 Ib.S.7
- 127 Herlemann(1969),S.68
- 128 Wenn,wie gegenwärtig,die außeragraren Wirtschaftsbereiche insgesamt nicht nur keine zusätzlichen Arbeitskräfte mehr aufnehmen können,sondern wie der Agrarsektor selbst noch Arbeitskräfte freistellen,entsteht ein sozialpolitisches Problem größten Ausmaßes("strukturelle Arbeitslosigkeit"), neben dem die speziellen Adaptionsprobleme der Landwirtschaft sehr an Gewicht verlieren(können).
- 129 Ausstattung der Arbeitskräfte mit Fläche.
- 130 Baron(1971),S.8

Teil C

- 1 v.Frauendorfer weist zu Recht darauf hin, daß die Wortbildung "Bodenreform" als nicht besonders glücklich bezeichnet werden könne, denn es gehe nicht darum, den Boden zu reformieren, sondern die Beziehungen der Menschen zum Boden. Gleichwohl werden wir im folgenden aus rein praktischen Gründen diese gängige Bezeichnung der längeren "Bodenbesitzreform" vorziehen.
- 2 Niehaus(1947), S.5f
- 3 So der Titel eines Buches von Theodore W.Schultz.
- 4 Cf. UN, Department of Economic Affairs, Land Reform: Defects in Agrarian Structure as Obstacles to Economic Development. New York 1951
UN, Department of Economic Affairs, Progress in Land Reform, First Report. New York 1954
Zu der Arbeit der UN-Gremien und dem Problem der Bodenreform unter dem Aspekt der Unterentwicklung cf. D.Warriner, Land Reform in Principle and Practice. Oxford 1969
- 5 Diehl(1924)
- 6 Ib.S.935
- 7 "Gemeint sind jene Bodenreformer, die zwar eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaftsordnung mit Überführung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum ablehnen, aber die Verstaatlichung von Grund und Boden befürworten."
v.Frauendorfer(1959), S.337
- 8 Diehl(1924), S.935
- 9 Ib.S.937
- 10 Ib.S.950
- 11 v.Frauendorfer(1959), S.338
- 12 Ib.S.339

- 13 Ib.S.340
- 14 Ib.S.341f
- 15 Cf. die typologischen Kriterien bei v.Frauendorfer(1959) S.342
- 16 Niehaus(1947); Seraphim(1949)
- 17 Dies ist ein ziemlich diffuser Begriff. Cf.dazu v.Dietze (1977)
- 18 Niehaus(1947)S.3. An anderer Stelle definiert er: "Unter Bodenreform soll hier die Änderung der Grundeigentums- und Betriebsgrößenverteilung verstanden werden." Niehaus (1948)S.101
- 19 Ib.S.13
- 20 Seraphim(1949)S.522
- 21 Ib.S.523f
- 22 Holzheu(1980)S.47
- 23 Als originärer Produktionsfaktor und als Standort.
- 24 Holzheu(1980)S.47. Aufgrund dieses Kapitalcharakters des Bodens ergibt sich aus der orthodoxen marxistischen Theorie die Notwendigkeit der Enteignung allen Bodens.
- 25 Agglomerationsvorteile sind Kostenersparnisse, die sich aus der räumlichen Konzentration gleicher oder verschiedenartiger Produktionseinheiten ergeben.
- 26 Holzheu(1980)S.47f
- 27 "Als Knappheitspreis ist die Grundrente von allen Faktoren abhängig, die die Knappheit bestimmter Nutzungsmöglichkeiten beeinflussen, also teils direkt, teils indirekt auch von der Bodenpolitik... Als "arbeitsloses" Einkommen war die Rente immer wieder Grund für bodenreformerische Forderungen nach voller oder teilweiser Abschöpfung zugunsten der Allgemeinheit." Holzheu(1980)S.50 Reformerische Eingriffe, die die Beseitigung arbeitslosen Renteneinkommens aus Bodenbesitz bewirken, sind nicht nur aus sozialpolitischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht zu begrüßen. Die allokatonspolitisch unverzichtbare Indikatorfunktion der Grundrente als Knappheitsmaß darf dabei nicht beeinträchtigt werden, sollen wirtschaftliche und mit diesen auch soziale Nachteile vermieden werden.
- 28 Holzheu(1980)S.51
- 29 Zur gewissermaßen kostenmäßigen Erfassung der Dispositionsbefugnisse und ihrer Änderung cf. die illustrativen Beispiele bei Alchian/Demsetz(1973) und die gesamte Property-Rights-Theorie.
- 30 Herlemann(1977) erinnert daran, daß die Siedlung in Deutschland nach dem 1.Weltkrieg u.a. die Verhinderung einer revolutionären Umgestaltung der Agrarverfassung bezweckt und erreicht habe.

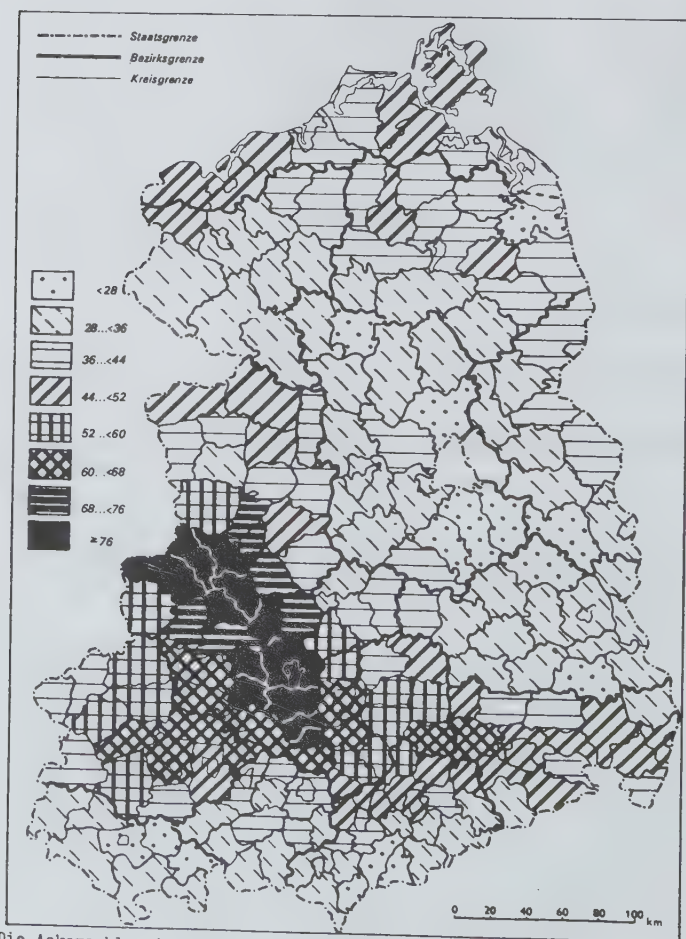


Auf Grund der monatlichen Angaben des Meteorologischen Zentralobservatoriums Potsdam. Die Lufttemperaturen ergeben sich als arithmetisches Mittel aus 17, ab Juli 1947 aus 22 Stationen unter 1000 m Seeshöhe. Die normale Temperatur beruht auf dem Durchschnitt der Jahre 1880 bis 1961.

Schaub.2: Das abnorme Witterungsjahr 1947. Aus: Stat.Praxis, 3. Jg. 1948, H. 2

- 8 Alles bezieht sich auf Mitteldeutschland. Die hohen Roggengausbringungen des Dt. Reiches kamen durch die nach 1945 wegfallende ostdeutsche Produktion zustande (cf. hierzu Gleitze (1956)).
- 9 Gerste (zum Brauen und als Futtermittel) und Hafer (1945 noch wichtiges Pferdefutter) hatten bzw. haben allerdings einen festen Platz in der Nahrungs- und Futtermittelproduktion. Mais gewann nach dem Kriege immer größere Bedeutung (Silomais).
- 10 Thünen stellte ein Modell der Anbauzonen auf, wobei die Art und der Umfang der angebauten Kulturen bzw. des gehaltenen Viehs als eine Funktion ihrer Beziehung zum Markt betrachtet wird. Cf. hierzu Herlemann (1961)
- 11 Gleitze (1950) S. 38f
- 12 Gemeint ist das Produktionsprogramm. Zur Entwicklung der Bodennutzung 1938-50 cf. Stat. Jb. DDR 1955 S. 200f

- 13 Nach Stat.Hdb.(1948)S.116-120. Hier findet sich eine Aufschlüsselung nach Bezirksverwaltungen sowie Stadt- und Landkreisen.
 - 14 Ackerflächenverhältnis: der Anteil der einzelnen Kulturen an der Gesamtackerfläche.
 - 15 Eine weitere Aufschlüsselung nach Getreidearten, die sehr aufschlußreich wäre - hoher Weizenanteil in Sachsen-Anhalt und hoher Roggenanteil in Mecklenburg(Böden) - unterbleibt aus Raumgründen.
- Zu Anm.6 S.XXVI:



Karte 2: Die Ackerzahlen in Mitteldeutschland (Kreisdurchschnittswerte). Aus: Ökon.Geographie der DDR Bd.1(1977) S.372

- 16 Der tatsächliche Rückgang der genutzten Fläche war wahrscheinlich geringer als der statistische, da die Bauern bestrebt waren, eine möglichst geringe Fläche zu melden, um bei der Flächenveranlagung der Sollquoten auf geringere Pflichtablieferungen zu kommen.
- 17 R. Walther Darré, Geleitwort zum REG. In: Saure(1934)S.9
- 18 "Als Ackernahrung ist diejenige Menge Landes anzusehen, welche notwendig ist, um eine Familie unabhängig vom Markt und der allgemeinen Wirtschaftslage zu ernähren und zu bekleiden sowie den Wirtschaftsablauf des Erbhofs zu erhalten. Saure(1934)S.74
- 19 Präambel. Saure(1934)S.73. Die Anzahl der zu Erbhöfen erklärten landwirtschaftlichen Betriebe betrug 1939 730.262 mit einer Fläche von 16.640.802ha. Davon waren 20.500 Erbhöfe kleiner als 7,5ha und 5.005 über 100 bis 125ha und 1.191 größer als 125ha. Stat.Jb.Dt.Reich 1941/42 S.112
- 20 Saure(1934)S.73.
- 21 Ib.S.77
- 22 Ib.S.78
- 23 Intestaterbrecht: die gesetzlich geregelte Erbfolge tritt nur bei Nichtvorliegen einer letztwilligen Verfügung des Erblassers in Kraft.
- 24 Saure(1934)S.81
- 25 Ib.
- 26 Realteilung: alle Abkömmlinge(oder zumindest alle männlichen) des Erblassers teilen sich mehr oder weniger gleichberechtigt(Lose) den Gesamtnachlaß, wobei bei Einzelübernahme des Hofes durch einen Erben die weichenden entsprechend abzufinden waren.
- 27 Haushofer(1958)S.209
- 28 Ib.S.213
- 29 Darré, Geleitwort zu Saure(1934)S.8
- 30 Ib.S.9
- 31 Ib.S.8
- 32 Reischle/Saure(1937)S.351
- 33 Saure(1935)S.15
- 34 Ib.S.11
- 35 §1(1) "Der RNST ist die Vertretung der deutschen Bauernschaft und der deutschen Landwirtschaft, einschließlich der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Landhandels (Groß- und Kleinhandel) und der Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse." Saure(1934)S.48
- 36 Cf.hierzu §4 der 1.VO zum RNSTG und Punkt 1 von Saures Kommentar hierzu bei Saure(1935)S.63

- 37 1935 gab es ca.40.000 landwirtschaftliche Genossenschaften. Saure(1935)S.20
- 38 Der RNST war Rechtsnachfolger der früheren ständischen Vertretungen(Landwirtschaftskammern u.dgl.) und der kraft Eingliederungsrechts eingegliederten Organisationen. Der Reichsbauernführer hatte außerdem das Recht zur Auflösung mißliebiger Organisationen.
- 39 Die Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zum RNST stellten die §§4 der 1.VO und 4 der 3.VO zum RNSTG fest.
- 40 "Allerdings liegt eine Selbstverwaltung in dem Sinne,daß jedes Mitglied auf dem Wege der Abstimmung und der Wahl an der Leitung teilnehmen könnte,nicht vor." Mehrens(1938) S.32
- 41 Die Staatsaufsicht erfolgte durch den Ernährungsminister. Darré hatte dieses Amt und das des Reichsbauernführers bis zu seiner Ablösung 1942 in Personalunion inne.
- 42 Saure(1935)S.70
- 43 Zur hierarchischen und fachlichen Gliederung cf.Schaub.3 S.116
- 44 Eine Einführung findet sich bei Saure(1935)S.72f
- 45 Cf.Anm.43 und Reischle/Saure(1937)S.60ff und 110ff
- 46 Die Beiträge wurden durch den Reichsbauernführer im Einvernehmen mit dem Ernährungsminister festgesetzt und durch die Finanzämter eingezogen.
- 47 Mehrens(1938)S.1f
- 48 Kontingentierungen gab es z.B. bei der Trinkmilcherzeugung,und zwar schon vor 1933(§8 des Reichsmilchgesetzes vom 31.7.1930): Ablieferungspflicht gab es bei Brotgetreide.
- 49 Mehrens(1938)S.3
- 50 Text,im Zshg. mit den VO bei Saure(1944)S.330ff,kommentiert bei Saure(1935)
- 51 Mehrens(1938)S.28
- 52 8.VO über die Bildung von Schiedsgerichten für die landwirtschaftliche Marktregelung vom 26.Febr.1936.In: Saure (1935)S.119ff
- 53 Mehrens(1938)S.30
- 54 Für die einzelnen Marktregelungen und Zusammenschlüsse cf.Mehrens(1938)
- 55 Die Reichsstelle für Getreide,Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse; für Milcherzeugnisse, öle und Fette; für Eier; für Tiere und tierische Erzeugnisse; für Garten- und Weinbauerzeugnisse. Mehrens(1938) S.39
- 56 Mehrens(1938)S.42f

- 57 Im Kriege, als Deutschland die Preise beständig niedrig hielt, kam es zu dieser Praxis.
- 58 Die formal bestehende Autonomie wurde dadurch inhaltlos, daß eine abhängige, dem "Stand" nicht rechenschaftspflichtige Person deren Rechtsvertreter war.
- 59 Cf. Anm. 40
- 60 Kehrle (1953) S. 272
- 61 Ib. S. 276
- 62 Stickstoff diente als Grundlage der Sprengstoffherstellung und ist gleichzeitig ein wichtiger Mineraldünger, so daß bei der Stickstoffknappheit während des 1. Weltkriegs die Frage - extrem formuliert - war: Granaten oder Getreide? Um einen Krieg führen zu können, braucht man aber beides.
- 63 Riecke (1953) S. 332
- 64 Cf. Tornow (1972) S. 138f. Dort auch alle anderen wichtigen VO u. dgl., die während des Krieges erlassen wurden.
- 65 Cf. hierzu Schaub. 3 S. 116
- 66 Riecke müßte es ja wissen, war er doch während des Krieges Staatssekretär im Ernährungsministerium.
- 67 Eine "Fettlücke" gab es von Anfang an. Aber das Niveau des Fettverbrauchs konnte etwas herabgesetzt werden, ohne daß dies die Ernährungslage stark beeinträchtigt hätte.
- 68 Hier gab es "Sonderkarten" (bei Eheschließungen u. dgl.) und besondere "politische Rationen" für Ostarbeiter u. ä. Gruppen, die deren Sätze unter denen der "Normalverbraucher" festlegten.
- 69 Die Einfuhren aus Dänemark und anderen besetzten Ländern erfolgten zum größten Teil auf handelsvertraglicher Grundlage.
- 70 Nach Riecke (1953) S. 342
- 71 Diese und die folgenden Zahlen zur Arbeitskräftesituation nach Haushofer (1963) S. 268f. Stichtag der Zahlen war der 31. Mai 1943.
- 72 Bei der Beurteilung einer Ration, die auf die Lebensmittelkarten ausgegeben wurde, ist zu fragen: 1. Konnten die Karten in vollem Umfang beliefert werden? 2. Welche Qualität hatten die Lebensmittel? 3. Waren die Karteninhaber auf diese Lieferungen allein angewiesen, oder konnten sie sich zusätzliche Nahrungsmittel verschaffen? 4. Welcher Personenkreis war überhaupt kartenberechtigt?
- 73 "In der sowjetischen Zone muß gegenwärtig die Bevölkerung gänzlich aus der Eigenerzeugung ernährt werden. Eine Einfuhr von Lebensmitteln aus den anderen Zonen Deutschlands oder gar aus dem Auslande kommt fast nicht in Frage." Reutter (1946) S. 262
- 74 Agrarprodukte und Vieh wurden von den Sowjets in beträchtlichen Mengen als Kriegsbeute und als Reparationen re-

- quiriert bzw. mußten zwangsweise exportiert werden.
- 75 Wir verwenden im folgenden gleichbedeutend: "Zugewanderte", "Umsiedler", "Vertriebene und Flüchtlinge", "Heimatvertriebene".
- 76 Arntz(1953)S.442. Cf. auch Gleitze(1956)S.26
- 77 Ib.
- 78 Es ist klar, was Arntz meint. Dennoch klingen derartige Epitheta auch heute noch ein wenig makaber.
- 79 Ib.S.443
- 80 Die Außenwanderung(außerdeutsche Bestimmungsorte) war nach dem Kriege beträchtlich, jedoch nur via WD möglich.
- 81 Seraphim(1954)S.45,65
- 82 Aus Platzgründen verzichten wir auf eine weitere Aufschlüsselung nach Stadt- und Landkreisen, die besonders aussagekräftig wäre.
- 83 Storbeck(1964)S.33
- 84 Cf. Seraphim(1953)S.185ff
- 85 Von allen Großstädten der SBZ hatte Erfurt am 1.12.1945 mit 12,3% der Gesamtbevölkerung den höchsten Anteil an Heimatvertriebenen. Seraphim(1954)S.46
- 86 Saekel(1947)S.44
- 87 EA(Archivbericht) 5/1954 S.6387
- 88 Nicht ganzzahlig gerundete Werte nach Storbeck(1964)S.271
- 89 Storbeck(1964)S.127
- 90 Gleitze(1950)S.37
- 91 Ib.
- 92 Ib.S.36
- 93 Wenn die Erzeugung bzw. das Gesamtprodukt(GP) nicht wächst, kann bei Verminderung der Arbeitsproduktivität(AP) die Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte(AK) - gemäß der Formel $AK \times AP = GP$ - erhöht werden. Die geringe AP war, neben anderen Faktoren, immer ein Garant für Vollbeschäftigung in der SBZ/DDR. Cf. dazu "Warum gibt es in der DDR keine Arbeitslosigkeit?" Hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1981.
- 94 Nettel(1953)S.174
- 95 Als Beleg für diese Behauptung kann die Wirkung der Bodenreform auf die Integration eines großen Teils der Umsiedler im ländlichen Bereich dienen.
- 96 Gleitze(1950)S.39
- 97 Die Heimatvertriebenen in der SBZ bekamen wohl geldliche Unterstützung. Da Geld als Tauschmittel nahezu funktionslos geworden war, konnte nur der auf dem Schwarzmarkt als

- Nachfrager auftreten, der Sachwerte tauschen konnte. Nur ein geringer Teil der Flüchtlinge, die relativ früh bzw. aus naheliegenden Gebieten gekommen waren, hatte Gegenstände oder Vieh in nennenswertem Umfang mit sich nehmen können.
- 98 Seraphim(1953)S.28f
- 99 Ib.S.30
- 100 Über die Lage der heimatvertriebenen Neusiedler weiter unten.
- 101 Stammer(1956)S.58f
- 102 Nettl(1953)S.125
- 103 Der wertmäßige Selbstversorgungsgrad von 100 oder darüber (D.1936=102), der sich aus der Gegenüberstellung von Erzeugung und Verbrauch unter Einbeziehung des Export-Importsaldos(bzw.der Zahlungsbilanz) ergibt, war nicht identisch mit güterwirtschaftlicher Autarkie.
- 104 Cf.dazu Gleitze's Standardwerk Ostdeutsche Wirtschaft (1956)
- 105 Da diese verarbeitende Industrie wertmäßig besonders bedeutsam war, mußte der auf der Annahme ausreichender Zulieferungen von Rohstoffen und Zwischenprodukten errechnete Selbstversorgungsgrad Mitteldeutschlands bei Fortfall dieser Bedingungen eine bloß hypothetische Größe werden.
- 106 Gleitze(1956)S.4f
- 107 UN Economic Bulletin for Europe, III/1949, Vol.1, No.3; Gleitze(1956)S.8
- 108 Nettl(1953)S.125ff
- 109 Barthel(1979)S.37ff. Er stützt sich dabei auf a.a.O. genannte Quellen.
- 110 Ib.S44
- 111 Ib.S.44f
- 112 Ib.S.41 Tab.11
- 113 Nettl(1953)S.129
- 114 Die Möglichkeit des Ausgleichs über Importe bestand nicht.
- 115 Die Holzausfuhren durch die sowjetischen Handelsgesellschaften waren beträchtlich. Da sie die Produktionsfähigkeit der mitteldeutschen Landwirtschaft nicht unmittelbar beeinträchtigten, gehen wir darauf nicht weiter ein.
- 116 Dazu Yershov(1953)
- 117 Als Beispiel cf.den bei Yershov S.2f wiedergegebenen Plan.
- 118 Man muß dabei unbedingt berücksichtigen, daß die Ernährungssituation in der SU mindestens so angespannt war wie im besetzten Deutschland.
- 119 Yershov(1953)S.7ff

- 120 Rep., Sozialprod., Lebensstand. (1948) H3 S.47
- 121 Im EA(1949)S.2069 sind die Reparationen in 14 Kategorien erfaßt.
- 122 Cf. die Demontageliste der SBZ in Rep., Sozialpro., Lebensstand. (1948) H1 S.113ff
- 123 Cf. zur Organisation der SAG's Nettl(1953)S.229ff. Ib. eine Aufstellung der SAG's für 1952. Eine Liste der SAG's für 1948 findet sich in Rep., Sozialprod., Lebensstand. H1 S.125f
- 124 Nettl(1953)S.188f
- 125 Cf. Rudolph(1953)S.18f. "The Special Committee was trying to dismantle and ship out of Germany as much equipment as possible before the conclusion of an agreement on reparations among the Allies." S.21
- 126 Es gab "waste and confusion which resulted from the policy of "economic disarmament" and the rivalry between Soviet agencies in Germany." Ib.S.36. Ende 1946 wurde das "Special Committee" aufgelöst.
- 127 Nettl(1953)S.184
- 128 Die Verrechnung der Reparationen erfolgte über ein zentrales Reparationskonto in Potsdam, auf das die Länder aus ihrem Etat festgelegte Beträge überwiesen, die dann zur Bezahlung der Lieferanten der Reparationsgüter verwendet wurden.
- 129 Nettl(1953)S.221: "Den Wert der gekauften und verkauften Güter abzuschätzen, die in Deutschland durch die Hände dieser Gesellschaften gingen und noch gehen, ist ganz unmöglich. Der Hauptschaden, den diese Gesellschaften - außer ihrer Beteiligung an den Reparationen - der deutschen Wirtschaft zufügten und weiter zufügen, besteht in der Differenz zwischen den Preisen, die sie bezahlen, und den Weltmarktpreisen in harter Währung, die sie von ihren ausländischen Kunden erhalten."
- 130 Nettl(1953)S.241
- 131 Rep., Sozialprod., Lebensstand. (1948) H1 S.113ff
- 132 An Kalidüngern bestand anfänglich kein Mangel. Die Distribution war aber durch den Ausfall von Transportkapazitäten behindert. Außerdem wurde Kali in großen Mengen exportiert.
- 133 Häuser in: Stolper(1964)S.216
- 134 Da Ziegen von der Pflichtablieferung ausgenommen waren, hielten sich viele Neubauern diese statt Rinder, um so ihren wirtschaftlichen Spielraum wenigstens etwas zu erweitern.
- 135 Die unten angeführten Zahlen sind nicht sehr zuverlässig. Sie wurden gewissermaßen der Vollständigkeit halber wiedergegeben.

- 136 "Die Sowjetzone produzierte 1936 rund 20-25 v.H. aller landwirtschaftlichen Maschinen in Deutschland. Durch den Mangel an Stahl war die Produktion nach dem Kriege praktisch lahmgelegt, insbesondere was Fahrzeuge anbetraf." Nettl(1953)S.152 Anm.1
- 137 Barthel(1979)S.49 bemerkt dazu: "In der Produktion mineralischer Düngemittel bestand folgende Situation: Die Leuna-Werke produzierten im September 1945 infolge der Kriegszerstörungen nur etwa 25 Prozent der Produktionsmenge an Stickstoff im Vergleich zum Vorkriegsstand. Das Stickstoffwerk Piesteritz hatte im Herbst 1945 die Produktion, bedingt durch Kriegszerstörungen, noch nicht wieder aufnehmen können. In den Kalibetrieben dagegen mußte in diesem Zeitraum die Produktion zeitweise gedrosselt werden. Die Kapazität überstieg die vorhandenen Lagermöglichkeiten. Wegen fehlenden Transportraumes konnte nur ein geringer Teil an Kali transportiert werden. Vor allem fehlte es im Gebiet der DDR an Phosphordüngemitteln. Die Übermengen von Kali, die nach dem Kriege vorhanden waren, konnten die Fehlmengen anderer Kunstdünger nicht kompensieren und führten bei einer fehlerhaften und einseitigen Anwendung, die nicht die optimale Düngemittelzusammensetzung nach den Erfordernissen des Bodens berücksichtigte, nicht zu hohen Erträgen."
- 138 Gleitze(1956)S161
- 139 Kramer(1951)S.21
- 140 Darüber liegen z.T.erheblich abweichende Angaben vor. Die bei Müller/Reißig(1968) für das Jahr 1947 sind offensichtlich unrichtig. Sie lagen bei den meisten Kulturen unter den Vorjahreswerten, und zwar hauptsächlich aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse während der Vegetationsperiode.(Cf.dazu Anm.7 S.XXVI f)
- 141 Für Mecklenburg cf. Dokumente, Hg, Kuntsche(1975)S.90
- 142 Barthel(1979)S.50
- 143 Winkel(1971)S.36
- 144 Barthel(1979)S.47 macht für 1945 für Brandenburg folgende Angaben über die Viehbestände(1938=100): Pferde 45,5%; Rinder 38,7%; Schweine 14,1%; Schafe 18,2%; Ziegen 51,9%.
- 145 Kramer(1951)S.32f
- 146 Angaben für Brandenburg, 1945, bei Barthel(1979)S.47, für Mecklenburg, 1938-50 in Dokumente, Hg. Kuntsche(1975)S.90
- 147 GVE=Größvieheinheiten
- 148 Leonhardt(1976)
- 149 Sandford(1979)S.118, 141f
- 150 "In mancher Gemeinde war es schwierig, die nötige Anzahl von Landbewerbern zu finden. Einige wollten mit "so einer Sache", wie es die Enteignung war, nichts zu tun haben." Uhlmann(1976)S.34

- 151 Text in: Dokumentation zur Deutschlandfrage(1961)S.13f
- 152 Punkt III,ib.S.18
- 153 Text in: ib.S.25ff
- 154 Punkt II/1,ib.S.31
- 155 Text ib.S.34ff
- 156 Ib.S.36f
- 157 Ib.S.39
- 158 Der Text der BRVO der Provinz Sachsen befindet sich im Anhang S.III-VII. Im folgenden wird darauf Bezug genommen.
- 159 Cf.z.B. "Gesetz des Landes Thüringen über die Handhabung der Gesetzgebungsgewalt im Lande Thüringen" vom 20. Aug.1945 in: Dokumente 1945-49(1968)S.124f
- 160 Cf.dazu vor allem Döring(1953)
- 161 Cf.hierzu vor allem Ballerstedt(1947)
- 162 Ristow(1947)S.127. Radloff(1947)S.85 merkt z.B. an: "Der Ausdruck "persönliches" Eigentum ist der deutschen Gesetzes- und Rechtssprache fremd."
- 163 Ballerstedt(1947)S.209
- 164 In den mecklenburgischen und thüringischen AB zu Art.2 §3 BRVO war allerdings die Möglichkeit vorgesehen,bewährten Hitlergegnern einen Resthof von 100ha zu belassen.
- 165 Ballerstedt(1947)S.211
- 166 Ib.S.211f
- 167 Granzow(1949)
- 168 Ib.S.467
- 169 Diese besondere Nutzungsweise des Kirchenlandes unter schlägt Berndt,wenn sie der Kirche eine hypokritische Haltung gegenüber der Bodenreform nachsagt: "Allerdings ist jedoch,trotz mancher guter Erklärungen über die "gerechte Verteilung der Erdengüter",kein Fall bekannt,daß die Kirchenleitung aus ihrem ausgedehnten Landbesitz etwa freiwillig Boden für die Umsiedler und Landarbeiter abgetreten hätte." Berndt(1959)S.975
- 170 Petruschow(1948)S.241
- 171 Radloff(1947)S.88
- 172 Döring(1953)S.322f
- 173 "Bei der Durchführung der in Artikel II angeführten Maßnahmen ist unter der Bezeichnung Bodenbesitz der gesamte wirtschaftliche Besitz,einschließlich des Herrenhofes, der Wälder,Gärten,Wiesen,Weiden,Seen,Sümpfe usw. zu verstehen." (Art.III,§2 BRVO)
- 174 Stöckigt(1964)S.53
- 175 Im Bundesgebiet waren bis 1952 26.212 Betriebe mit einer

Betriebsfläche von 258.129ha, also einer Durchschnittsgröße von 9,8ha, an Heimatvertriebene vergeben worden, wodurch ca. 91.000 Personen eine neue landwirtschaftliche Existenz erhielten.

176 Sandford(1979)S.134f

177 Dölling(1950)S.107

178 Ib.S.114 Dazu Sandford: "The peasants' lack of interest in the broader social aims of the land reform was most evident in their treatment of refugees from the East. ... To the native peasants, however, the refugees were interlopers. The more of them who came into the neighborhood to claim a share of the land, the less land would be available for older residents." S.148

179 Sandford(1979)S.149

"Trotz der von den staatlichen Organen bisher geleisteten Arbeit sowie der umfassenden materiellen Hilfsmaßnahmen der Arbeiterklasse bestand 1947 infolge der Auswirkungen des faschistischen Raubkrieges für einen großen Teil der Neubauern noch immer eine angespannte wirtschaftliche Situation. Vielfach fehlten ihnen die wichtigsten wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine selbständige Wirtschaftsführung. Das galt sowohl für Zug- und Nutzvieh als auch insbesondere für Stallungen, Scheunen und Wohnunterkünfte. Es galt, den Mindestbedarf von 146.000 Wohnhäusern für die mehr als 209.000 Neubauern zu sichern." Reinert(1975)S.1258

180 Woderich(1965) typisiert die Dörfer ,am Beispiel des Kreises Neubrandenburg, wie folgt: 1.Reine oder überwiegende Neubauerndörfer; 2.Gemischte Dörfer; 3.Reine oder überwiegende Altbauerndörfer; 4.Volkseigene(bzw. auch Kirchen-) Güter.

181 Cf.dazu Kuntsche(1972)

182 Kuntsche(1970)S.55

183 Ib.S.5

184 Cf.dazu Tornow(1972)S.115f

185 Nevsky(1953)S.90

186 Ib.S.91

187 Zur Funktion der DVAS schreibt Nettel(1953): "Diese Einzelheit berührt bereits die dritte Aufgabe der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialwesen, das "Disponieren", später das sogenannte "Einplanen" der Arbeitskräfte. Zunächst allerdings ging die Beschaffung von Arbeitskräften besonders für russische Zwecke allem anderen vor. Zu den anfangs gelegentlich vorkommenden Verschleppungen einzelner Kräfte an Stellen, an denen plötzlich dringend Arbeiter benötigt wurden, kamen bald auch in größerem Maßstab Arbeitsdienstverpflichtungen für die UdSSR selbst oder für russische Vorhaben in der Zone. Die Anweisungen wurden von der Zentralverwaltung in Berlin oder den zu-

ständigen Länderministerien auf Befehl der Russen gegeben und überwacht. Bei kleineren Anforderungen für kürzere Zeit wandten sich die regionalen und örtlichen Stellen der SMA auch unmittelbar an ein zeline deutsche Arbeitsämter als ausführende Organe. Die Verpflichtungen von Arbeitskräften für eigene deutsche Zwecke hatten damals noch einen sehr bescheidenen Umfang. Alle diese Maßnahmen wurden durch die "allgemeine Registrierung" wesentlich erleichtert, die auf Befehl der SMA, gemäß der Order Nr.42 vom 27.(25.? -AM) Aug.1945 und dem Verwaltungserlaß vom 30.Sept.1945, durchgeführt worden war. Auch wenn das dem Geist und dem Wortlaut aller Artikel in den (späteren -AM) Länderverfassungen, die die freie Wahl des Arbeitsplatzes garantieren, widersprach, so gab es doch schon lange vor der politischen Diktatur der SED in ausdrücklichem sowjetrussischem Auftrag eine Arbeitsdiktatur der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialwesen. Ungehorsam konnte den Hungertod bedeuten, da die Lebensmittelkarten entzogen wurden." S.90

"Die offizielle Arbeitsmarktpolitik der Sowjetzone war sehr streng. Der freie Wechsel des Arbeitsplatzes war verboten und die Registrierung Pflicht; die örtlichen Arbeitsämter hatten alle Kontrollvollmachten. Ein Befehl der SMA ermöglichte Zwangsverpflichtungen bereits zwei Monate bevor diese Vollmacht durch eine Entschließung des Kontrollrats für ganz Deutschland gebilligt wurde (KRG Nr.3 vom 17.Jan.1946 -AM). Bei jeder Verweigerung, einer Zwangsverpflichtung nachzukommen, wurde die Lebensmittelkarte entzogen. 1946 waren nahezu 14 v.H. aller Arbeitsplatz-Registrierungen in der Zone Zwangsverpflichtungen. Diese vollständige Kontrolle über den Arbeitsmarkt verschaffte den Behörden große Einflußmöglichkeiten in der Industrie, besonders was die Privatwirtschaft betraf. Den Russen gab sie jede Gelegenheit, die deutschen Arbeitskräfte für ihre eigenen Zwecke auszunutzen." S.180

- 188 In Thuringia (a problem area), thirty-two per cent of civil servants were still former Nazis in October 1945." Sandford(1979)S.141
- 189 Nettl(1953)S.25
- 190 Ib.S.38f. Über die Auswirkungen des Sonderstatus von Berlin: "So konnten die deutschen Stellen, die, wie die neugeschaffene Zentralverwaltung, für die Sowjetzone zuständig waren, aber ihren Sitz in Berlin hatten, von den Russen nicht so wirksam kontrolliert werden, wie sie es für notwendig hielten. Das hatte zur Folge, daß in diesen höchsten deutschen Verwaltungsbehörden für die Sowjetzone noch bis zum Januar 1948 offizielle Mitglieder der SPD tätig waren." S.51f
- 191 Als zwije Beispiele unter vielen seien Bruno Gleitze und Matthias Kramer angeführt, Verfasser wichtiger, hier von uns benutzter Werke. Gleitze war eine Zeitlang Präsident der DV für Statistik und Hg. von deren Organ Statistische Praxis, Kramer war Vizepräsident der DVLF.

- 192 Nettel(1953)S.86
- 193 "The whole process was one of endless planning both by the Soviet and German authorities. The basic production indices were worked out in the Department for Economics and Planning of SVAG's Administration of Agriculture and Forestry and were then forwarded to the German Administration of Agriculture and Forestry. Planning involved not merely the annual production indices but also the spring and autumn sowings and the harvesting campaign." Nevsky(1953)S.97
- 194 Liebe(1948)S.191
- 195 Ib.S.192
- 196 Dölling(1950)S.171f
- 197 Ib.
- 198 Liebe(1948)S.196
- 199 Ib.S.198
- 200 Das ist das eine, die Betriebsleiterfähigkeit ist etwas anderes. Außerdem ist die "objektive" Leistungsfähigkeit multideterminiert, so daß sie keineswegs eine feste Größe ist.
- 201 Liebe(1948)S.200
- 202 Kramer(1951)S.106f
- 203 W.Schmidt(1960)S.126
- 204 Dölling(1950)S.170
- 205 W.Schmidt(1960)S.126. Das würde heißen, daß die Planvorgaben völlig oder tendenziell identisch mit den "gesellschaftlichen Erfordernissen" gewesen wären. Daran darf allerdings gezweifelt werden.
- 206 Ib.S.126
- 207 Nevsky(1953)S.116
- 208 Ib.S.94
- 209 Dazu Dölling(1950)S.180: "Die Traktoren und Landmaschinen der MAS werden mit Vorrang den bedürftigen Klein- und Mittelbauern zur Verfügung gestellt. Die geltenden Tarife der MAS sehen für die Ausführung von Arbeit durch die Stationen sowohl Geld- als auch Naturalbezahlung vor. Letztere kann bis nach der jeweiligen Ernte gestundet werden. Von besonderer Bedeutung ist bei der Leistung und Bereitstellung der Traktoren und landwirtschaftlichen Geräte noch die Tatsache, daß die Tarife für Kleinbauernwirtschaften um 30 v.H. und für bedürftige mittelbäuerliche Wirtschaften um 15 v.H. ermäßigt werden können."
- 210 Arlt(1957)S.271
- 211 Einmal ist der Mitgliederrückgang bei Neubauern vom 1.7. 1947 bis zum 1.1.1948 und der gleichzeitige Zuwachs bei

Altbauern sowie auch die Abnahme der SED-Mitglieder im gleichen Zeitraum um über 10%, die verbunden war mit einem ebenso großen Zuwachs bei Parteilosen ein wenig rätselhaft. Man kann vermuten, daß hier Fehler der Statistik vorliegen oder eine völlig neue Erfassungsmethode angewandt wurde. Daß diese Bewegung tatsächlich stattgefunden hat, erscheint zweifelhaft.

Arlt(1957)S.186 Anm.9 gibt außerdem von den bei Stöckigt (1964) angeführten abweichende Zahlen.

212 VI.AB zur BRVO, Art.IV, §1. Döring(1953)S.32

213 Dölling(1950)S.162

214 Sandford(1979)S.172f

215 Ib.S.175

216 Nettl(1953)S.42f

217 Text in: Gärtner(1947)S.40-42

218 Ib.S.41

219 Es ist nicht ganz klar, was es mit den in §4 erwähnten "Restbeständen der Kassen" auf sich hat, möglicherweise handelt es sich hierbei, wie Gärtner annimmt, um genossenschaftliches Vermögen aus den Auflösungsbeständen des RNST.

220 Sandford(1979)S.182

221 "Von besonderer Bedeutung war die Handelstätigkeit der Genossenschaft. ... Es gilt jedoch festzustellen, daß die Genossenschaften nicht nur die Versorgung der bäuerlichen Betriebe mit Bedarfsgegenständen vornahmen, sondern in staatlichem Auftrage die Erfassung der gesamten ablieferungspflichtigen Erzeugnisse der Bauern, später auch der freien Spitzen vornahmen. Sie waren im Großhandel und Innerdeutschen Handel, selbst im Außenhandel tätig. Diese Tätigkeit mußte als wesensfremd angesehen werden." Barthelmann(1963)S.83

222 Ib.S.79

223 W.Schmidt(1960)S.151

224 Arlt(1957)S.157

225 Nettl(1953)S.86

226 Uhlmann(1976)S.26

227 Dölling(1950)S.200

228 Cf. ib.S.204f

229 Cf. Benjamin(1976)S.247f

230 Arlt(1957)S.123

231 Ib.S.142

232 Als Beleg für diese Behauptung, die wir m.a.W. auch als eine dem technologischen Stand und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragende Aufstockung der

Wirtschaften nennen können, ist die Abnahme des Anteils der Wirtschaften von 5-20ha bei gleichzeitiger Zunahme des Bodenanteils zu werten. Für Arlt ist dies ein Indiz für das Ende "der verlängerten Bedenkzeit des Kleinbauern auf seiner Parzelle" und die Notwendigkeit der LPG.

233 Ib.

234 Ib.S.144

235 Ib.S.143f

236 Ib.S.142 Anm.103

237 "Der §1922 BGB hinsichtlich des Eigentumsübergangs bei Erbfall gilt für die Neubauernstelle nicht. Die Erbschaft (Neubauernhof) geht nicht automatisch mit dem Tode eines Neubauern auf seine Erben über." Ib.S.125 Anm.56

238 Ib.S.126

239 Ib.S.127

240 Döring(1953)S.290f

241 Text bei Döring(1953)S.126-130

242 Arlt(1957)S.137

243 Ib.S.137 Anm.84

244 Ib.S.148

245 Arlt(1975)S.1251

246 Text bei Benjamin(1976) S.243. Hier S.VII

247 Cf.dazu ib.S.240f

248 Die Versorgung,1.Jg.1946,H 1/2 S.5

249 "Strafverfahren,in dem das Gericht auf Antrag des Staatsanwalts ohne Durchführung einer Hauptverhandlung durch schriftlichen Strafbefehl Geld- oder Haftstrafe als Maßnahme der strafrechtlichen Verantwortlichkeit aussprechen kann." Meyers Neues Lexikon,Bd.13,Leipzig 1976,S.226

250 Benjamin(1976)S.243f

Teil E

1 "In der Nachkriegszeit stellte die Landwirtschaft den bedeutendsten Wirtschaftssektor dar,da nur durch sie die Chance eines physischen Überlebens gegeben war."Weisz (1973)S.192

2 "Volkseigen" ist ein verschwommener ideologischer Terminus. Tatsächlich handelte es sich um Staatsgüter. Anfänglich wurde auch ausdrücklich von Landesgütern u.dgl. gesprochen.

3 Peters(1973a)S.76

4 Cf.dazu u.a. Barkai(1976)

5 Raup(1949)S.319f

5. Literaturverzeichnis

Verwendete Abkürzungen:

- BB = Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, Hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn
- BZG = Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin
- DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
- EA = Europa-Archiv
- HDSW = Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Hg. von Erwin von Beckerath u.a., 12 Bde + 1 Registerband, Stuttgart u.a. 1956-68
- HdWW = Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. Hg. von Willi Albers u.a., 9 Bde + Registerband, Stuttgart u.a. 1977-82
- HdSTAWI = Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Hg. von L. Elster u.a. Jena 1924
- JbG = Jahrbuch für Geschichte, Berlin
- JbGSLE = Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Berlin
- JbWG = Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin
- JEH = Journal of Economic History
- SSDG = Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Hg. von C.D. Kernig, 6 Bde + 1 Zusatzband, Freiburg/Br. 1966-72
- VFZG = Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
- WiSt = Wirtschaftswissenschaftliches Studium
- WZ(GS)/(MN) = Wissenschaftliche Zeitschrift (der Universitäten und Hochschulen der DDR), Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe/ Mathematisch - naturwissenschaftliche Reihe
- ZfAGuAS = Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
- ZfaLw = Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft, Ffm
- ZfG = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin
- ZfgStawi = Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
- ZfWiSo = Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Quellen

- Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 1945. Berlin 1946
- Die Bodenreform in Deutschland mit Zahlen und Dokumenten. Bearb. von Heinrich Reuber und Bruno Skibbe, Berlin 1947
- Die Bodenreform im Spiegel der Presse. Hg. von der Pressestelle der Landwirtschaftskammer Hannover, Hannover 1947 (Schriftenreihe der Landwirtschaftskammer Hannover Nr. 8)

- Bündnis der Arbeiter und Bauern. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der Bodenreform. Berlin 1975
- Die DDR auf dem Wege zum Sozialismus. Dokumente und Materialien, zusammengestellt und bearb. von Percy Stulz und Siegfried Thomas, Teil I 1945-1949. Berlin 1959
- Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949. Berlin 1968
- Heinz DÖRING, Von der Bodenreform zu den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Erläuterung und Kommentierung des neuen Agrarrechts. Berlin 1953
- Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961. Hauptband I: Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Aufkündigung des Berlin-Status durch die UdSSR 1958. Zusammenge stellt von Heinrich von Siegler. Bonn u.a. 2.A. 1961
- Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Hg. von Ossip K. Flechtheim. 2. und 3. Band: Die Programmatik der deutschen Parteien. Berlin 1963
- Dokumente deutscher Kriegsschäden. Hg. vom BM für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1958
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Band I. Berlin 3.A. 1952
- Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg. Ausgew. und eingel. von Fritz Reinert. Potsdam 1966
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Band 1 Mai 1945-April 1946. Berlin 1959
- Gottfried FEDER, Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken. München 1934 (Nationalsozialistische Bibliothek Heft 1)
- Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944. Hg. vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets. München 1949
- Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Rpublik. Hg. vom Deutscher Institut für Zeitgeschichte Berlin. Berlin 1956
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1953. Hg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden. Stuttgart-Köln 1953
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, 1956. Hg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. 1. und 2. Jg., Berlin 1956, 1957
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hg. vom Statistischen Reichsamt. 59. Jg. 1941/42. Berlin 1942
- KPD und demokratische Bodenreform. Einl. Monika Schwank/ Franz Göttlicher. In: BZG 17. Jg. 1975, S. 848-861

Die Deutsche Landwirtschaft. Zeitschrift der DWK in der SBZ.
Berlin 1947ff

Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen
Manifest zum Programm des Sozialismus. Hg.von Lothar Ber-
thold und Ernst Diehl. Berlin 3.A.1967

Statistische Praxis. Monatszeitschrift für theoretische und
angewandte Forschungs-, Verwaltungs- und Betriebssstatistik,
Hg.von Bruno Gleitze. 1.Jg. Berlin 1946

Hermann REISCHLE, Wilhelm SAURE, Der Reichsnährstand. Aufbau,
Aufgaben und Bedeutung. Berlin 2.A.1937

Wilhelm SAURE, Das Reichserbhofgesetz. Ein Leitfaden zum
Reichserbhofrecht. Berlin 3.A.1934

---Reichsnährstandsgesetze. Textausgabe mit Einleitung, Anmer-
kungen und Sachverzeichnis. Berlin und Leipzig 1935
(Quellentagische Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr.189)

---Deutsches Agrarrecht. Das Recht des Bauern und der Land-
wirtschaft mit Forst- und Jagdrecht. Berlin u.a. 1944

Die Vernichtung des selbständigen Bauerntums in der Sowje-
tischen Besatzungszone Deutschlands. Dokumente und Berichte
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landwirte und Bauern e.V.
Hannover 1965

Die Versorgung. Hg. von der DVHV in der SBZ. 1946ff

Volks- und Berufszählung vom 29.Oktober 1946 in den vier
Besatzungszonen und Groß-Berlin. Hg.vom Ausschuß der Deut-
schen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946.
Berlin 1951-53

Leisebuch über die "Demokratische Bodenreform". Dokumente und
Berichte zur Vertreibung und Vernichtung des bodenständigen
Landvolkes in der Sowjetischen Besatzungszone Deutsch-
lands. Hg.von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landwirte
und Bauern. Hannover 1955

Wirtschaft im Aufbau. Mitteilungsblatt des Ministers für Wirt-
schaftsplanung der Landes(Provinzial)regierung Branden-
burg. Berlin 1947ff

Wirtschaft und Statistik. Hg.vom Statistischen Reichsamt.
Berlin 19.Jg.1939-24.Jg.1944

Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945-1948
in Verbindung mit der deutschen Produktionsstatistik der
Vorkriegszeit. Oberursel 1948(Dokumente und Berichte des
ZA 33.3)

Literatur

Zu B Theoretischer Teil

- Wilhelm ABEL, Agrarpolitik. Göttingen 3.A.1967 (Grundriß der Sozialwissenschaft Bd.11)
- M.ABROSSIMOW, Die marxistisch-leninistische Lehre von der Überlegenheit der Großproduktion in der Landwirtschaft. In: Sowjetwissenschaft.Gesellschaftswissenschaftl. Beiträge,Heft 1, Berlin 1953,S.23-42
- Agrarwirtschaft und Agrarpolitik. Hg.v.Eberhard Gerhardt und Paul Kuhlmann. Köln,Berlin 1969 (NWB 30)
- Armen ALCHIAN,Harold DEMSETZ, The Property Rights Paradigm. In: JEH,XXXIII,No.1,S.16-27
- Bernd ANDREAE, Betriebsformen in der Landwirtschaft. Systematischer Teil einer Agrarbetriebslehre. Stuttgart 1964
- Agrarsysteme. In: HdWW 1,S.155-169 (1977)
- Fritz BLAICH u.a., Wirtschaftssysteme zwischen Zwangsläufigkeit und Entscheidung. Stuttgart 1971 (Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen Heft 18)
- Georg BLOHM, Agrarökonomie(Landwirtschaftliche Betriebslehre). In: SSDG 1(1966),S.91-106
- /Heinrich NIEHAUS, Agrarpolitik. In: SSDG 1(1966),S.106-124
- Erik BOETTCHER(Hg.),Beiträge zum Vergleich der Wirtschaftssysteme. Berlin 1970 (Schriften des Vereins für Socialpolitik. N.F.57)
- Morris BORNSTEIN(Ed.), Comparative Economic Systems. Models and Cases. Homewood,Ill. 1971
- BRD-DDR. Die Wirtschaftssysteme. Soziale Marktwirtschaft und Sozialistische Planwirtschaft im Systemvergleich. H.v. Hannelore Hamel. München 1977
- Richard L. CARSON, Comparative Economic Systems. New York,London 1973
- J.Daniel COUGER,Robert W.KNAPP(Eds.),Systems Analysis Techniques. New York u.a. 1974
- Constantin v.DIETZE, Systematisches und Methodisches in der wissenschaftlichen Agrarpolitik. In: Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Hg.v.Norbert Kloten u.a. Tübingen 1964,S.493-511
- Agrarverfassung. In: SSDG 1(1966),S.141-145
- Grundzüge der Agrarpolitik. Hamburg u.Berlin 1967
- Folke DOVRING, Variants and Invariants in Comparative Agricultural Systems. In : American Journal of Agricultural Economics, Vol.51(1969),S.1263-1273
- Alexander ECKSTEIN(Hg.), Comparison of Economic Systems: Theoretical and Methodological Approaches. Berkeley u.a.2.A.1973

- Walter EUCKEN, Deutschland vor und nach der Währungsreform. In: Vollbeschäftigung, Inflation, Planwirtschaft. Hg.v. A.Heinold Erlench-Zürich 1951, S.134-183
- On the Theory of the Centrally Administered Economy. An Analysis of the German Experiment. In: Bornstein(Hg.)(1971), S. 157-197
- Die Grundlagen der Nationalökonomie. Berlin 8.A.1965(Enzyklopädie der Rechts- und Sozialwissenschaft I)
- Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Hg.v.Edith Eucken u. K.Paul Hensel. Tübingen, Zürich 5.A.1975(Hand- und Lehrbücher aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften)
- Oscar W. GABRIEL, Systemtheorien. In: Grundkurs politische Theorie Köln, Wien 1978, S.223-266
- Marshall I.GOLDMANN(Ed.), Comparative Economic Systems: A Reader. New York 1971
- Paul GREGORY, Gert LEPTIN, Similar Societies and Differing Economic Systems: The Case of the Two Germanys. In: Soviet Studies, XXIX, No.4(1977), S.519-542
- Gregory GOSSMAN, Economic Systems. Englewood Cliffs, N.J. 2.A.1974
- Gernot GUTMANN, Volkswirtschaftslehre. Eine ordnungstheoretische Einführung. Stuttgart u.a. 1981
- Friedrich August HAYEK, Arten der Ordnung. In: Ordo, Bd.14(1963), S.3-20
- Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1969
- Die Verfassung der Freiheit. Tübingen 1971
- Der Weg zur Knechtschaft. München 1976
- Günter HEDTKAMP, Wirtschaftssysteme. Theorie und Vergleich. München 1974
- Theodor HEIDHUES, Zur Theorie der landwirtschaftlichen Entwicklung In: Die Landwirtschaft in der volks- und weltwirtschaftlichen Entwicklung(s.dort) 1968, S.9-39
- Anpassungsdruck in der Landwirtschaft - ein Prozeß ohne Ende? Göttingen 1972(Vortragsreihe der Niedersächsischen Landesregierung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen, Heft 47)
- Agrarpolitik. Agrarpolitik I: Preis- und Einkommenspolitik. In: HdWW 1(1977), S.106-128
- Friedrich-Wilhelm HENNING, Stadien der Entwicklung der Landwirtschaft in den heutigen Industrieländern. In: Die Landwirtschaft in der volks- und weltwirtschaftlichen Entwicklung(s.dort) 1968, S.41-81
- K.Paul HENSEL, Grundformen der Wirtschaftsordnung. Marktwirtschaft - Zentralverwaltungswirtschaft. München 2.A.1974
- Über die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Systeme betrieblicher Ergebnisrechnung. In: Das Profitprinzip - seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen Stuttgart 1972, S.1-22

- K.Paul HENSEL, Systemvergleich als Aufgabe. Aufsätze und Vorträge Hg.v.Hannelore Hamel. Stuttgart, New York 1977(Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen Heft 26)
- Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Stuttgart, New York 3.A.1979(Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen Heft 1)
- Hans-Heinrich HERLEMANN, Grundlagen der Agrarpolitik. Die Landwirtschaft im Wirtschaftswachstum. Berlin, Ffm 1961
- Technisierungsstufen der Landwirtschaft. In: Agrarwirtschaft und Agrarpolitik(s.dort) 1969, S.61-69
- Vom Ursprung des deutschen Agrarprotektionismus. In: Agrarwirtschaft und Agrarpolitik(s.dort) 1969, S.183-208 =(1969a)
- Agrarsiedlung. In: HdWW 1(1977), S.147-155
- /Hans STAMER, Produktionsgestaltung und Betriebsgröße in der Landwirtschaft unter dem Einfluß ddr wirtschaftlich-technischen Entwicklung. Kiel 1958(Kieler Studien 44)
- Vaclav HOLESOVSKY, Economic Systems. Analysis and Comparison. New York u.a.1977
- Franz HOLZHEU, Bodenpolitik. In: HdWW 2(1980), S.47-56
- Bruce F.JOHNSTON und John W.MELLOR, Die Rolle der Landwirtschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung. In: ZfaLW(1962), S.18-46
- Basile KERBLAY, Agrarsoziologie. In: SSDG 1(1966), S.125-141
- Norbert KLOTEN, Zur Typenlehre der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. In: Ordo VII(1955), S.123-143
- Peter KNIRSCH, Strukturen und Formen zentraler Wirtschaftsplanung. Berlin 1969
- Methodologie eines Vergleichs von Wirtschaftssystemen. In: Beiträge zum Vergleich der Wirtschaftssysteme.Hg.v.Erik Boettcher. Berlin 1970
- Jürgen KOCKA(Hg.), Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion. Göttingen 1977(Geschichte und Gesellschaft, SH 3)
- H.KÖTTER, Die Betriebsgröße in der Landwirtschaft als Funktion der gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. In: Berichte über Landwirtschaft, XXXVIII, H.3(1960) S.454-466
- Tjalling C.KOOPMANS and John Michael MONTIAS, On the Description and Comparison of Economic Systems. In : Eckstein(Ed.)(1973), S.27-77
- Michael KRÖLL, Die Wirtschaftstypologien Euckens und Ritschls. In: ZfgStawi 108(1952), S.470-494
- Adolf KRUPPA, Vergleich sozialökonomischer Systeme. Köln 1981
- Heinz LAMPERT, Die Wirtschaftsordnung - Begriff, Funktionen und typologische Merkmale. In: WiSt(1973)H.8/9, S.393-399

- Die Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Entwicklung.
mit Beiträgen von Theodor Heidhues u.a., hg. v. H.-G. Schlotter.
München u.a. 1968 (Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts-
und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band V)
- Helmut LEIPOLD, Theorie der Property Rights: Forschungsziele und
Anwendungsbereiche. In: WiSt 11/1978, S. 518-528
- Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich. Grundzüge
einer Theorie der Wirtschaftssysteme. Stuttgart 3.A. 1981
- Herbert S. LEVINE, On Comparing Planned Economies. (A Methodologica
Inquiry). In: Eckstein (Ed.) (1973), S. 137-160
- Abraham H. MASLOW, Motivation und Persönlichkeit. Reinbek 1981
- John Michael MONTIAS, The Structure of Economic Systems. New
Haven and London 1976
- Egon NEUBERGER, William DUFFY, Comparative Economic Systems: A
Decision-Making Approach. Boston u.a. 1976
- Hans-Rudolf PETERS, Ordnungstheoretische Ansätze zur Typisierung
unvollkommener Wirtschaftsordnungen. In: Hamburger Jahrbuch für
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Tübingen 18(1973), S. 47-
- Hauptsächliche Determinanten von Wirtschaftsordnungen. In:
ZfWiSo (1973a), S. 385-409
- Typologie der Wirtschaftssysteme. In: WiSt 5/1976, S. 398-405
- Ulrich PLANCK u. Joachim ZICHE, Land- und Agrarsoziologie. Stutt-
gart 1979
- Hans RAUPACH, Space, Time and Choice of a Centralized System. In:
Jb der Wirtschaft Osteuropas 2(1971), S. 123-136
- Fritz RDELICH, Steeped in Two Cultures. A Selection of Essays.
New York and Evanston 1971
- New and Traditional Approaches to Economic History. In: JEH
25(1965), S. 480-495
- Hajo RIESE, Ordnungsidee und Ordnungspolitik - Kritik einer wirt-
schaftspolitischen Konzeption. In: Kyklos XXV(1972), S. 24-48
- Hans RITSCHL, Wirtschaftsordnung. In: HDSW 12(1965), S. 189-203
- Günter ROPOHL, Einführung in die allgemeine Systemtheorie. In:
H. Lenk, G. Ropohl (Hg.), Systemtheorie als Wissenschaftsprogramm.
Königstein/Ts. 1979, S. 9-49
- Paul A. SAMUELSON, Volkswirtschaftslehre. 2 Bde Köln 6.A. 1975 (Bd. I
7.A. 1981 (Bd. II))
- Hellmuth St. SEIDENFUS, Sektorale Wirtschaftspolitik. In: Kompen-
dium der Volkswirtschaftslehre. Bd. 2, Göttingen 4.A. 1975
- Hans G. SCHACHTSCHABEL (Hg.), Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsord-
nungen. Darmstadt 1971
- Martin SCHNITZER, East and West Germany: A Comparative Economic
Analysis. New York u.a. 1972
- Arthur SCHWEITZER, Economic Systems and Economic History. In:
JEH 25(1965), S. 660-679

- Gerhard STAVENHAGEN, Wirtschaftssysteme. In: Staatslexikon, Bd. 8, Freiburg 1963, S. 827-838
- Karl C. THALHEIM, Systemtypische Merkmale von Wirtschaftsordnungen. In: Sozialwissenschaftliche Untersuchungen. Gerhard Albrecht zum 80. Geburtstag. Berlin 1969, S. 329-341
- Zur Problematik der Analyse von Wirtschaftssystemen und Wirtschaftsordnungen. In: Systemwettstreit als Signatur des Zeitalters. Festschrift für Hans Lades. Erlangen 1978, S. 21-32
- H. Jörg THIEME, Wirtschaftssysteme. In: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Bd. 1, München 1980, S. 1-47
- Alexander TSCHAJANOW, Die optimalen Betriebsgrößen in der Landwirtschaft. a.d.Russ. Berlin 1930
- Egon TUCHTFELDT, Wirtschaftssysteme. In: HdWW 9(1982), S. 326-353
- Hans-Jürgen WAGENER, Zur Analyse von Wirtschaftssystemen. Berlin u.a. 1979
- Hans-Ulrich WEHLER(Hg.), Geschichte und Ökonomie. Köln 1973(NWB 58)
- Günter WEINSCHENCK, Agrarpolitik. II Strukturpolitik. In: HdWW 1 (1977), S. 128-147
- Gerhard WEISER, Wirtschaftstypen. In: HDSW 12(1965), S. 269-280
- Peter BARON, Die Relativität des Urteils deutscher Agrarökonomien zum Betriebsgrößenoptimum und ihre Gründe. Diss. München 1971 (Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft, Heft 157)

Zu C Bodenreform

- D. CHRISTODOULOU, Towards a Typology of Land Tenure and Land Reform: Some Relevant Issues. In: Agricultural Typology and Land Utilization. Verona 1972, S. 41-51
- Karl DIEHL, Bodenbesitzreform. In: HdSTAWI 2(1924), S. 935-954
- Karin DOVRING, Land Reform as a Propaganda Theme. A Study in Quantitative Semantics. In: Folke Doving(1965), S. 278-375
- Sigmund v. FRAUENDORFER, Bodenreform. In: HDSW 2(1959), S. 336-355
- Handbuch der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern. Hg.v. Peter v. Blanckenburg u. Hans-Dietrich Cremer. Bd. 1: Die Landwirtschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart 1967
- Christian HEIMPEL, Kriterien der wirtschaftlichen Beurteilung von Agrarreformen in Entwicklungsländern mit Großgrundbesitzverfassung. In: ZfaLW 7. Jg. (1968), H. 1, S. 34-51
- Frithjof KUHNEN, Agrarreformen. In: Handbuch der Landw. u. Ernährung in den Entwicklungsländern(s.dort)(1967), S. 327-360
- Die Bedeutung der Agrarreformen im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung. In: ZfaLW, 7. Jg. (1968), H. 1, S. 22-33
- Jean LE COZ, Les Réformes agraires. Paris 1974

- Heinrich NIEHAUS, Theorien, Vorschläge und Gesetze zur Agrarreform
Opladen 1947 (Hefte für Agrarwissenschaft und Agrarpolitik 1)
- Der geographische Aspekt der Bodenreform. In: Erdkunde 2(1948)
S. 101-109
- Philip Martin RAUP, Der Beitrag von Bodenreformen zur landwirtschaftlichen Entwicklung - eine analytische Rahmendarstellung.
In: ZfLW 2.Jg.(1963).H.3,S.1-24
- Hans-Jürgen SERAPHIM, Deutsche Agrarreformen der Gegenwart. In:
ZfLW 105.Jg.(1949).H.3,S.522-555
- Elias H.TUMA, Twenty-Six Centuries of Agrarian Reform. A Comparative Analysis. Berkeley and Los Angeles 1965
- Doreen WARRINER, Land Reform in Principle and Practice. Oxford
1969

Zu D Empirischer Teil

- Die marxistisch-leninistische Agrarpolitik von der gegenseitigen Bauernhilfe und demokratischen Bodenreform zur Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der Landwirtschaft der DDR. Von einem Kollektiv unter Ltg. v. Gerhard Grüneberg. Berlin 1965
- Agrarstatistik. Von Ursula Lange u.a. Berlin 2.A.1966
- Vladimir ALEXANDROV, The Dismantling of German Industry. In: Slusser(Ed.)(1953),S.14-17
- Rainer ARLT, Agrarrechtsverhältnisse in West- und Ostdeutschland. Berlin 1957*
- Bodenreform und Entwicklung des Agrarrechts in der DDR. In: Staat und Recht, 24.Jg.(1975),H.9,S.1248-1257
- /Gerhard ROSENAU, Demokratische Bodenreform, neues Bodenrecht und neues Staats- und Rechtsbewußtsein der Bauern. In: Staat und Recht, 19.Jg.(1970),H.9,S.1410-1419
- Helmut ARNTZ, Die Menschenverluste im Zweiten Weltkrieg. In: Bilanz des Zweiten Weltkriegs(1953),S.439-447
- Fritz BAADE, Demontage. In: HDSW 2,S.566-672
- Rolf BADSTÜBNER, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung - Übergangsperiode - sozialistische Revolution. In: Ders. und Heitze(Hg.)(1979),S.54-84
- Kurt BALLERSTEDT, Die Bodenreform in der Ostzone als Rechtsproblem. In: Dt.Rechts-Zeitschrift, 2.Jg.(1947),H.1,S.208-212
- Avraham BARKAI, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Köln 1977
- Horst BARTHEL, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945-1949/50. Berlin 1979(Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte Bd.14)
- Robert BARTHELMANN, Die Bedeutung der Bodenreform für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur demo-

- kratischen Bauernorganisation. In: WZ(GS) 9.Jg.(1959/60),S. 393-398,Jena
- Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR. Berlin 1965
- Fritz BEHRENS, Amtliche Statistik in der Deutschen Demokratischen Republik. In: HDSW 10(1959),S.65-70
- Arne BENARY, Aktuelle Probleme der Agrartheorie des Marxismus-Leninismus. Berlin 1955(Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen,H.17)
- Roswitha BERNDT, Die demokratische Bodenreform in der Provinz Sachsen. In: WZ(GS) Halle-Wittenberg,8.Jg.(1959),H.6,S.969-982
- Die Bevölkerungsbilanz der sowjetischen Besatzungszone 1939 bis 1954. Bonn 1954(BB)
- Bilanz des Zweiten Weltkriegs. Oldenburg/Hamburg 1953
- Ernst BIRKE,Rudolf NEUMANN, Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas. Ffm 1959
- Fritz BLAICH, Deutschland. Reformen und Transformationen zwischen 1932 und 1948. In: Ders. u.a.(1971),S.141-151
- Die demokratische Bodenreform und der Beginn der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft auf dem Territorium des heutigen Bezirkes Dresden. Hg.v. der Bezirksleitung Dresden der SED. Dresden 1976
- Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf. Von Willi Herferth u.a. Berlin 1965
- Hans BÖHME, Die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands zwischen 1945 und 1949. In: Aus Politik und Zeitgeschichte,B 19/1969,S.35-54
- Bruno BUCHTA, Die ökonomische Hilfe der UdSSR für die volksdemokratischen Länder Europas 1944-1950. In: JbGSLE 18/1(1974), S.115-138
- Franz BUSS, Die Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Marburg 1965
- Ernst BUSSE, Die Bauerngenossenschaften. Der neue demokratische Aufbau der ländlichen Genossenschaften und ihre Aufgaben. Berlin 1949(?)
- Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 bis 1961. Hg.v. Rolf Badstübner und Heinz Heitzer. Berlin 1979
- DDR Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Hg.v. Zentralinstitut für Geschichte der Akad. der Wiss. der DDR. Berlin 2.A.1975
- Hans DEMME, Über die Durchführung der demokratischen Bodenreform in Dörfern des heutigen Kreises Worbis. In: Eichsfelder Heimathefte,15.Jg.(1975),S.294-320
- H.W.DÖLLING, Wende der deutschen Agrarpolitik. Berlin 1950*

- Folke DOVRING, Land and Labor in Europe in the Twentieth Century. A Comparative Survey of Recent Agrarian History. The Hague 1965(Studies in Social Life IV)
- Durchführung der Bodenreform in der Ostzone. In: Wirtschafts- dienst.Hg.Weltwirtschaftsarchiv Hamburg,29.Jg.(1949),H.5,S.32-
- J.E.FARQUHARSON, The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Germany 1928-1945. London and Beverly Hills 1976 (SAGE Studies in 20th Century History.Vol.5)
- Erhard FRIEDEMANN, Die Durchführung der demokratischen Bodenreform im Kreis Kamenz. In: L&topis,Rjad B,23.Jg.(1976),S.1-19
- Paul GÄRTNER, Die Genossenschaftsbewegung. Berlin 1947
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd.6,Von Mai 1945 bis 1949. Berlin 1966
- Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Von einem Autorenkollektiv unter Ltg.v.Rolf Badstübner. Berlin 1981
- Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.Abriß. Hg.v. Institut für Marxismus-Leninismus. Ffm 1978
- Zur Geschichte der Rechtspflege in der DDR 1945-1949. Von einem Autorenkollektiv unter Ltg.v.Hilde Benjamin. Berlin1976 (=Benjamin(1976))
- Horst GIES, Der Reichsnährstand - Organ berufsständischer Selbstverwaltung oder Instrument staatlicher Wirtschaftslenkung? In: ZfAGuAS,21.Jg.(1973),S.216-233
- Bruno GLEITZE, Die Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Mitteldeutschlands. In:Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW(1950),H.1,S.35-44
- Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen. Bonn 1951
- Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland.Berlin 1951
- Walter GÜRLITZ, Die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone. Soziale Errungenschaft oder volkswirtschaftlicher Widersinn? In: Arbeit und Sozialpolitik,10.Jg.(1956),H.7,S.226ff
- Siegfried GRAFFUNDER, Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft in der antiimperialistisch-demokratischen Agrarrevolution und ihrer Hinüberleitung in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR. In:BZG,22.Jg.(1980) H.1,S.48-58
- Chr.GRANZOW, Bodenreform und Kirchengut in der Sowjetzone. In: Archiv des Öffentl. Rechts,75.Bd.(1949),H.4,S.465-468
- Kurt GROSCHOFF, Die Anwendung des Marxismus-Leninismus durch die SED in der Agrarfrage. Berlin 1965(Dt.Akad.der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin,Sitzungsberichte,Bd.XIV,H.13)
- /Richard HEINRICH, Die demokratische Bodenreform - Ausgangspunkt neuer gesellschaftlicher Verhältnisse auf dem Lande. In :Wirtschaftswissenschaft,23.Jg.(1975),H.9,S.1328-1340

Friedrich GRUNDMANN, Agrarpolitik im "Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes. Hamburg 1979 (Historische Perspektiven 14)

Grundriß der deutschen Geschichte. Klassenkampf-Tradition-Sozialismus. Hg.v.Zentralinstitut für Geschichte der Akad.d.Wiss. der DDR. Berlin 1979

Dieter GRUPE, Die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands seit 1925. Hannover 1957(Agrarwirtschaft,SH 3/4 Au.B)

Arthur HANAU, Roderich PLATE, Die deutsche landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1975 (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte Bd.28)

Hellmut HARKE, Veränderungen der agrargeographischen Struktur des Kreises Wolmirstedt seit der Bodenreform. In: WZ(MN) Halle-Wittenberg 1957, S.863-884

Wolfgang HARTKE, Quelques aspects de la réforme agraire en Allemagne. In: Annales, 5. Jg. (1950), No. 1, S. 107-111

Heinz HAUSHOFER, Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet. Bd.II. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. München u.a. 1958

---Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter. Stuttgart 1963(Dt.Agrargeschichte Bd.V)

Peter HENNICKE(Hg.), Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften. Ffm 1973

Friedrich-Wilhelm HENNING, Das industrialisierte Deutschland 1914-1976. Paderborn 4.A.1978

---Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland.Bd.2 1750-1976. Paderborn 1978

Ludolf HERBST, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945. Stuttgart 1982 (Studien zur Zeitgeschichte Bd.21)

Edwin HOERNLE, Die Bodenreform. Ein Weg zu Demokratie und Frieden. Berlin 1946

---Bodenreform und Volksernährung. Berlin 1947

---Probleme der Agrarpolitik im neuen Deutschland. In: Einheit Nr.11(1948), S.1025-1040

---Ein Leben für die Bauernbefreiung. Berlin 1965

---Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928-1951. Berlin 1972

Manfred HOFFMANN, Das Schicksal der Bodenreformwirtschaften in der DDR. Ein Beitrag zur Analyse der Agrar- und Eigentumspolitik der SED. Köln 1978

Gerhard HOLZAPFEL, Bodenreform - ein Umweg? In: Urania 8/1965 S.634-639

Hans IMMLER, Agrarpolitik in der DDR. Köln 1971

Hans KEHRL, Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie. In: Bilanz

des Zweiten Weltkriegs(1953),S.265-285

Bruno KIESLER, Bodenreform - Grundlage der sozialistischen Entwicklung auf dem Lande. In: Einheit(1953),H.9,S.1003-1011

Volker KLEMM u.a., Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR. Berlin 1978

Christoph KLESSMANN, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. Bonn 1982

Grigori I. KOTOW, Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland 1945-1955, a.d. Russ. Berlin 1959

Matthias KRAMER, Die Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone, Produktionsmöglichkeiten und Produktionsergebnisse. Bonn 1951(BB)*

---,Gerhard HEYN,Konrad MERKEL, Die Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Entwicklung in den Jahren 1945-1955. Bonn 1957(BB)*

Jürgen v. KRUESENER, Zielkonflikte in der nationalsozialistischen Agrarpolitik. Ein Beitrag zur Diskussion des Leistungsproblems in zentral gelenkten Wirtschaftssystemen. In:ZfWiSo,4/1974, S.358-361

Siegfried KUNTSCHKE, Zur agraren Entwicklung eines ehemaligen Gutsdorfes in Mecklenburg. In: JbWG(1967),T.III,S.64-81

---Der Kampf gegen die "Gemeinwirtschaft" der Neubauern, für die Auflösung des Gutsbetriebes und den Aufbau der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. In: WZ(GS) Rostock,H.1/2,S.39-51

---Zur wirtschaftlichen Situation des werdenden Neubauernndorfes in Mecklenburg-Vorpommern. Das Jugkraftproblem. In:WZ(GS) Rostock(1972),H.1,T.II,S.149-165

Horst LAMBRECHT, Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960. Berlin 1977(DIW SH 117)

Horst LASCHITZA, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Berlin 1969*

Manfred LENTZ, Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-Sowjetunion 1945-1961. Eine politische Analyse. Opladen 1979

Wolfgang LEONHARD, Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln,Berlin 15.A.1976

Gert LEPTIN, Der wirtschaftliche Wiederaufbau in Mitteldeutschland In: Politik(1967),H.3,S.16-22

---Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West Vergleich. Opladen 2.A.1971

Hans LIEBE, Die Organisation der Landwirtschaft in der sowjetisch Besatzungszone.

---Agrarstruktur und Ernährungspotential der Zonen. Beide in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen(1948),S.188-202;22-35

- Die Entwicklung der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945 und der augenblickliche Stand der Versorgung mit Nahrungsmitteln. In: Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung, Festgabe für Ferdinand Friedensburg zum 70. Geburtstag. Berlin 1956, S. 151-178
- Die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone und ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft. In: Gegenwartsprobleme der Agrarökonomie. Festschrift für Fritz Baade zum 65. Geburtstag. Hamburg 1958, S. 290-295
- Fritz LÖWENTHAL, Der neue Geist von Potsdam. Hamburg 1968
- Valentina MAR'INA, Die Veränderung der Sozialstruktur des Dorfes in den Ländern Mittel- und Südosteuropas im Ergebnis der Agrarumgestaltungen 1944 bis 1949. a.d. Russ. In: JGGW 23/1 (1973), S. 81-102
- Helga MARX, Demokratische Bodenreform vor dreißig Jahren - erster Schritt zur Verwirklichung eines jahrhundertelangen Traumes der Bauernschaft. In: WZ Potsdam, 19. Jg. (1973), H. 4, S. 371-378
- Konrad MERKEL, Agrarproduktion im zwischenvolkswirtschaftlichen Vergleich. Auswertungsprobleme der Statistik am Beispiel des geteilten Deutschland. Berlin 1963
- und Eduard SCHUHANS, Die Agrarwirtschaft in Mitteleuropa, "Sozialisierung" und Produktionsergebnisse. Bonn 1966 (BB)
- Herbert MORGEN, Grundfragen der geistigen und sozialen Struktur unserer Landbevölkerung. In: Sozialpolitisches und soziologisches Material zur Agrarreform. Agrarsoziale Arbeitsgruppe. Göttingen 1946
- Hans MÜLLER, Karl REISSIG, Wirtschaftswunder DDR. Berlin 1968
- Konrad MÜLLER, Die mitteldeutsche Landwirtschaft 1945 bis 1974. Berlin 1975
- Christel NEHRING/Joachim PISKOL, Zur führenden Rolle der KPD in der demokratischen Bodenreform. In: ZfG, 28. Jg. (1980), H. 4, S. 324-339
- K.v.d.NEIDE, Raiffeisens Ende in der sowjetischen Besatzungszone. Bonn 1952 (BB)
- J(ohn) Peter NETTL, Die deutsche Sowjetzone bis heute. Politik/Wirtschaft/Gesellschaft. a.d. Engl. Ffm 1953
- Gerd NEUMANN, Die ökonomischen Entwicklungsbedingungen des RGW. Versuch einer wirtschaftshistorischen Analyse. Bd. 1: 1945-1958. Berlin 1980
- Viacheslav NEVSKY, Soviet Agricultural Policy in Eastern Germany, 1945-1949. In: Slusser (Ed.) (1953), S. 87-126
- A(lexander) PETRUSCHOW, Agrarverhältnisse in Deutschland und die Agrarreform. Berlin 1948
- Wilhelm RADLOFF, Rechtliche Probleme der Bodenreform. In: Neue Justiz, 1. Jg. (1947), S. 85-88
- Fritz REINERT, Die Rolle der staatlichen Organe bei der Festigung der Ergebnisse der Bodenreform. In: Staat und Recht, 24. Jg. (1975),

H.9,S.1258-1266

Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz. 4 Hefte. Bremen 1948*

Die Reparationen der Sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 bis Ende 1953. Bonn 1953(BB)

R(udolf) REUTTER, Großgrundbesitzerland wird wieder Bauernland. Berlin 1945

Hans-Joachim RIECKE, Ernährung und Landwirtschaft im Kriege. In: Bilanz des Zweiten Weltkriegs(1953), S.329-346

Charlotte RISTOW, Aktuelle Probleme des Wirtschaftsstrafrechts in der sowjetischen Besatzungszone. In: Neue Justiz, 1.Jg. 6/1947, S.125-129

Jörg ROESLER, Wiederherstellungsperiode und Wirtschaftspläne (1945 bis 1949/50). In: JbGSLE 21/1(1977), S.203ff

---Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Berlin 1978

---Die Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den europäischen Volksdemokratien. Ein Forschungsbericht zu ökonomischen Problemen der Nachkriegsentwicklung. In: JbGSLE 26/1(1982), S.113f

Otto ROSENKRANZ, Von der Bodenreform zum sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetrieb. Berlin 1967(Sitzungsberichte der Dt.Akad. der Wiss. zu Berlin, Klasse für Philos. ... ,Jg.1967, Nr.9)

Vladimir RUDOLPH, The Agencies of Control: Their Organisation and Policies. The Execution of Policy, 1945-47. In: Slusser(Ed.) (1953), S.18-61

Bruno SAEKEL, Das agrarstatistische Bild. In: Der Wirtschaftsspiegel, 2.Jg.1947, SH 2, S.45-50

SBZ von 1945 bis 1954. Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945-1954. Bonn 1956

Peter-Heinz SERAPHIM, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. Berlin 1954(Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F.Bd.7/I)

Harry SIEBER, Der gemeinsame Kampf der Arbeiter und der werktätigen Bauern zur Durchführung der Bodenreform in Thüringen in der Zeit von September bis November 1945. In: Beiträge zur Geschichte Thüringens(1968), S.140-171

Robert SLUSSER(Ed.), Soviet Economic Policy in Postwar Germany. A Collection of Papers by Former Soviet Officials. New York 1953(Research Program on the USSR, Studies on the USSR No.3)

Arnold SYWOTTEK, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1936-46. Düsseldorf 1971

---"Kriegswirtschaft" und "demokratische Wirtschaft". Zur Diskussion um "Übergangsgesellschaft" am Beispiel der SBZ 1945-1948. In: Industrielle Gesellschaft und politisches System. Festschrift für Fritz Fischer. Bonn 1978, S.151-171

Eberhard SCHINKE, Die agrarpolitische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945. In: Jb für

- Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 11(1962),S.238-271
- Walter SCHMIDT, Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart.I 1945 bis 1952. Berlin 1960(Vorlesungen zur Agrarökonomik,H.1)
- Gerhard SCHMIDT-RENNER(Hg.), Wirtschaftsterritorium Deutsche Demokratische Republik. Berlin 3.A.1962
- Karl-Heinz SCHÖNEBURG und Autorenkollektiv, Errichtung des Arbeiter und Bauernstaates der DDR 1945-1949. Berlin 1983
- Karl-Heinz SCHÖNEBURG u.a.,Vom Werden unseres Staates. Eine Chronik. Bd.1 1945-1949. Berlin 1966
- Otto STAMMER, Sozialstruktur und System der Werthaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: Schmollers Jb. für Gesetzgebung,Verwaltung und Volkswirtschaft,76.Jg.(1956), H.1,S.55-105
- Dietrich STARITZ, Sozialismus in einem halben Lande. Berlin 1976
- Siegfried STEIN, Die demokratische Bodenreform in Mecklenburg - ein Schlag gegen den Imperialismus und Militarismus. Schwerin 1960
- Paul STEINMANN, Bauer und Ritter in Mecklenburg. Schwerin 1960
- Rolf STÖCKIGT, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1946. Berlin 1964*
- Gustav STOLPER,Karl Häuser und Knut Borchardt, Deutsche Wirtschaft seit 1870. Tübingen 1964
- Wolfgang F.STOLPER, The Structure of the East German Economy. Cambridge,Mass. 1960
- Dietrich STORBECK, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Berlin 1964*(Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland Bd.4)
- Karl C.THALHEIM, Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. In: E.Birke u. R.Neumann(Hg.)(1959),S.333-371
- Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland. In: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik Chinas. Berlin 1961,S.267-343
- Werner TORNOW, Chronik der Agrarpolitik und Agrarwirtschaft des Deutschen Reiches von 1933-1945. Hamburg u. Berlin 1972 (Berichte über Landwirtschaft. 188.Sonderheft)
- Günter J.TRITTEL, "Siedlung" statt "Bodenreform". Die Erhaltung der Agrarbesitzstruktur in Westdeutschland(1948/49). In: ZfAGuAS,27.Jg.(1979),H.2,S.181-207
- Edgar TÜMMLER u.a., Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Berlin 1969(Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland 3)
- Wolfgang UHLMANN, Die Durchführung der demokratischen Bodenreform im Stadt- und Landkreis Chemnitz im Jahre 1945. In: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt,H.21(1976),S.21-40
- Walter ULBRICHT, Zur Geschichte der neuesten Zeit,Bd.I.1.Halbband. Berlin 1955

- Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik. Bd.I,Febr.1945-Juni 1958. Berlin 1961
- Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945. Berlin 1959
- Kurt VIEWEG, Der Aufstieg der Landwirtschaft in der Ostzone. Berlin 1949
- Hermann WEBER, DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1981. Hannover 1982
- (Hg.),Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950. Köln 1982
- Christoph WEISZ, Organisation und Ideologie der Landwirtschaft 1945-1949. In: VfZG,21.Jg.(1973),H.2;S.192-199
- Harald WINKEL, Die deutsche Wirtschaft seit Kriegsende. Entwicklung und Probleme. Mainz 1971
- G.WINKLER, Die demokratische Bodenreform - Grundlage der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Agrarökonomik,8.Jg.(1965),S.257-261
- Die Wirtschaft. Zeitschrift für Fragen der deutschen Wirtschaft. Berlin 1946ff
- Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme. Berlin 1947 (Hg.v.DIW)
- Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen. Berlin 1948(Hg.v.DIW)
- Vassily YERSHOV, Confiscation and Plunder by the Army of Occupation. In: Slusser(Ed.)(1953),S.1-17

Unveröffentlichte Dissertationen

- Robert BARTHELMANN, Das Wesen und der Funktionswandel der bäuerlichen Genossenschaften im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945. Diss.Jena 1963*
- Helmut DROSTE, Zur Rolle der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe bei der Verwirklichung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft. Diss.Leipzig 1961
- Hugo ELSER, Eine Untersuchung über die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete der Bodenreform. Diss. Tübingen 1958
- Eckard GEISLER, Die Entwicklung der Gemeinde Ihlenfeld,Kreis Neubrandenburg,von 1945 bis 1955. Diss. Berlin 1973
- Hans GOTTWALD, Die Entmachtung der Großgrundbesitzer und Naziaktivisten und die Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft während der ersten Etappe der demokratischen Bodenreform im Herbst 1945 auf dem Territorium des heutigen Bezirks Erfurt. Diss. Halle 1974

- H.HOFER, Die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Entwicklung der Neubauernwirtschaften in den Gemeinden Ilberstedt und Aderstedt, Kreis Bernburg (1945-1951). Diss. Bernburg 1966
- Karl Friedrich KAISER, Die Wirkungen der sowjetzonalen Bodenreform auf das Grundeigentum unter besonderer Berücksichtigung der mecklenburgischen Bodenreformgesetzgebung in der Zeit vom 9.5.1945 bis zum 1.3.1952. Diss. FU Berlin 1953
- Kurt KIJSASCHO, Die Taktik der KPD und der SED gegenüber der Bauernschaft und der DBD in der Zeit von 1945-1952. Diss.A Berlin 1974
- Lothar KÖLM, Die Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945-1949. Eine analytische Untersuchung. Diss. Berlin 1977
- Siegfried KUNTSCHE, Die "Gemeinwirtschaft" der Neubauern. Probleme der Auflösung der Gutsbetriebe und des Aufbaus der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. Diss. Rostock 1970
- G.KUSCH, Die Entwicklung der Landesgüter Mecklenburgs in der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Revolution. Diss. Berlin 1962
- Nicolai LEMCKE, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bodenreform der Ostzone von 1945. Diss. Münster 1947
- Werner LINEK, Die Entwicklung der sozialistischen Handelsorgane für Agrarerzeugnisse und ihre Aufgaben bei der Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern (von 1945-1961). Diss. Berlin 1963
- Christa MÜLLER, Probleme der Führungstätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Lande im Kampf um Veränderungen im Denken und Handeln der werktätigen Bauern während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und des Übergangs zur sozialistischen Revolution. Diss.A Berlin 1978
- Philip Martin RAUP, Land Reform in Post-War Germany: The Soviet Zone Experiment. Ph.D. diss., University of Wisconsin 1949
- Gregory William SANDFORD, The Commanding Heights: The Economic and Social Transformation of the Soviet Zone of Germany 1945-46 Ph.D. diss., University of Wisconsin, 1979 (Ann Arbor, Mich.: University Microfilms Internat. 1980)
- Herbert SCHÄWEL, Die Vorbereitung und Durchführung der demokratischen Bodenreform im Kreise Rügen. Diss. Greifswald 1964
- Rudolf WODERICH, Zu den Anfängen der Demokratisierung des Dorfes in Ostmecklenburg von 1945 bis Ende 1947, dargestellt am Beispiel des Kreises Neubrandenburg. Diss. Rostock 1965
- H.ZANDER, Die Rolle des staatlichen Aufkaufs- und Erfassungssystems in der Landwirtschaft 1945-1949. Diss.A Berlin 1972

LEBENS LAUF

- 1950 Kurt Johannes Armin MORITZ, am 5.8.1950 als zweiter von zwei Söhnen der Eheleute Wilhelm und Lucie Moritz, geb. Jennrich in Meseberg/Bez.Magdeburg geboren.
- 1956-66 Besuch der Grundschule in Meseberg und der Polytechnischen Oberschule in Samswegen/Bez.Magdeburg.
- 1966-69 Landwirtschaftliche Lehre in Lichterfelde/Bez.Magdeburg.
- 1969 Abitur und Facharbeiterbrief als Agrotechniker.
- 1970-72 Studium der Physik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- 1974-80 Studium der Neueren Geschichte, Philosophie und Germanistischen Linguistik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.
- 1980 Magisterexamen.
- 1984 Promotion zum Dr.phil.



Herstellung: Copy Center 2000 · Sonnenstraße 23 b · 8520 Erlangen
☎ 09131/60 2147